1 70000
51
1916
1./VIII.-18./VIII.
Äußere Politik
26.

Neues Wiener Tagblatt 1./VIII. 1916

Kriegsschiffsverluste, Handelskriegserfolge, Völkerrechtsverletzungen seit Kriegsbeginn.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Kriegsschiffsverluste (Linienschiffe, Panzer-, geschützte und kleine Kreuzer):

	England und seine Bundesgenossen		Deutschland und seine Bundesgenossen	
	Zahl	Wasserverdrängung Tonnen	Zahl	Wasserverdrängung Tonnen
1. Kriegsjahr	27	295,930	20	109,321
2. Kriegsjahr	22	266,320	10	82,210
insgesamt ..	49	562,250	30	191,531
davon	England allein		Deutschland allein	
	40	485,220	25	162,676

Die englischen Verluste setzen sich zusammen aus 11 Linienschiffen, 17 Panzerkreuzern, 12 geschützten Kreuzern. Bei den 11 Linienschiffen sind mitgerechnet der von der britischen Admiralität bis heute noch nicht bekanntgegebene Verlust des „Audacious" sowie der Verlust eines Schiffes der „Queen Elisabeth"-Klasse. Bei den Panzerkreuzern sind mitgezählt der von den Engländern noch heute bestrittene Verlust des „Tiger" sowie eines Panzerkreuzers der „Cressy"-Klasse, dessen Sinken in der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni fast von der gesamten deutschen Hochseeflotte festgestellt worden ist, bei den geschützten und kleinen Kreuzern 2 in der Seeschlacht vor dem Skagerrak gesunkene kleine Kreuzer. Im übrigen sind nur die von den Engländern selbst zugegebenen Verluste in Anrechnung gebracht.

In dem verflossenen Kriegsjahr (gerechnet vom 1. Juli 1915 bis einschließlich 30. Juni 1916) sind durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte ferner insgesamt 879 feindliche Handelsschiffe mit 1,816,782 Bruttoregistertonnen verlorengegangen. Insgesamt sind seit Kriegsbeginn bis zum 30. Juni 1916 durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte 1303 feindliche Handelsschiffe mit 2,574,205 Bruttoregistertonnen vernichtet worden, wobei die in den Häfen der Mittelmächte beschlagnahmten feindlichen Handelsschiffe nicht mitgerechnet sind.

Während im ersten Kriegsjahr insgesamt 20 nachweisbare Verletzungen des Völkerrechtes durch feindliche Handelsschiffe (Feuern auf deutsche Unterseeboote, Versuche, sie zu rammen usw.) begangen worden sind, waren im zweiten Kriegsjahr 38 solche Fälle zu verzeichnen. Insgesamt haben die Handelsschiffe der Alliierten in den beiden Kriegsjahren also nicht weniger als 58mal nachweisbar in grober Weise die Regeln des Völkerrechtes gegen unsre U-Boote verletzt.

Von den Kriegsschiffen der Feinde Deutschlands ist im Laufe des Krieges insgesamt dreimal das Völkerrecht in besonders schwerer Weise verletzt worden. Es sind dies die Fälle „Kaiser Wilhelm der Große", „Dresden" und „Albatros". Nicht nur als Bruch des Völkerrechtes und als ein Bruch mit den einfachsten Geboten der Menschlichkeit, sondern als gewöhnlicher Mord müssen die beiden Fälle „Baralong" und „King Stephan" bezeichnet werden.

Nicht zusammenstellen lassen sich die zahllosen Fälle, in welchen englische Kriegsschiffe unter Bruch des Völkerrechtes gegen Handelsschiffe der Mittelmächte und gegen Handelsschiffe der Neutralen vorgegangen sind.

Als Gesamtergebnis der beiden Kriegsjahre ergibt sich für die Flotte Englands und seiner Verbündeten ein nicht wieder gutzumachender Verlust an Material und an Prestige.

Dieser große, zu Beginn des Krieges wohl von niemand erwartete Erfolg der deutschen Flotte und der Seestreitkräfte der Verbündeten Deutschlands muß um so höher gewertet werden, als die Gesamtstärke der Deutschland und seinen Verbündeten gegenüberstehenden feindlichen Flotten zu Beginn des Krieges in fertigen und im Bau befindlichen Schiffen aus nicht weniger als 443 Kriegsschiffen von 5,428,000 Tonnen Wasserverdrängung bestand (ungerechnet Hilfskreuzer, Torpedobootzerstörer, Unterseeboote und sonstige bewaffnete Fahrzeuge, von welch letzteren England allein weit über 2000 in Dienst hat). Die gleichartigen Seestreitkräfte Deutschlands und seiner Verbündeten betrugen hingegen bei Beginn des Krieges nur 156 Schiffe mit 1,651,000 Tonnen Wasserverdrängung.

Einem $3^1/_2$mal so starken Gegner brachten also die Mittelmächte bisher fast genau dreimal so starke Verluste allein an großen Kriegsfahrzeugen bei, als sie selbst erlitten.

Neues Wiener Tagblatt
1./VIII. 1916

Verleumdungen gegen die deutsche Verwaltung in Frankreich.

Berlin, 1. August. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt unter der Ueberschrift „Abschub von Einwohnern der besetzten Teile Frankreichs in andre Gegenden dieses Gebietes":

Funksprüche von Lyon ergehen sich seit einigen Tagen in Verleumdungen der deutschen Verwaltung, weil sie einige tausend Einwohner des Gebietes von Lille und der benachbarten Städte in andre Teile des besetzten Gebietes fortschaffen ließ.

Es ist offenbar wieder ein Rummel der Entrüstung zu erwarten, wie er in den Verleumdungskrieg gegen Deutschland nicht mehr ungewohnt ist. Die Franzosen tun so, als hätte sich die größte Barbarei ereignet. Es wird behauptet, Tausende von Menschen seien wie Sklaven fortgeschafft, wie Vieh behandelt worden.

Demgegenüber wird folgendes festgestellt:

Die deutsche Verwaltung hat keinen Anlaß, zu verschweigen, daß sie viele tausend französische Einwohner beiderlei Geschlechts aus den großen Städten in Französisch-Flandern fortschaffen ließ. Sie beabsichtigt, es zukünftig noch weiter zu tun. Daß dies notwendig wurde, haben sich die Franzosen und ihre Verbündeten lediglich selbst zuzuschreiben.

Durch ihre völkerrechtswidrigen Maßnahmen, die Verpflegung Deutschlands und der von deutschen Truppen besetzten Gebiete zu erschweren, haben sie es erreicht, daß wenigstens in den großen Städten des besetzten Gebietes in der Nähe der Kampffront die Verpflegung der Zivilbevölkerung nicht mehr in dem Maße sichergestellt werden konnte, wie die deutsche Verwaltung es nach gewissenhafter Prüfung für notwendig hält und wie dies auch nach den Bestimmungen des dritten Abschnittes der Landkriegsordnung (Anlage zum Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907) ihre Pflicht ist.

Es bestand daher nur die Wahl, entweder die Zivilbevölkerung dauernd im Zustande der Unterernährung zu belassen, die auf die Dauer schwere Schädigungen dieser Bevölkerung erwarten ließ, oder aber geeignete Maßnahmen dagegen zu treffen. Als zweckmäßigster Weg ergab sich, Teile der Bevölkerung aus großen, dicht bevölkerten und deshalb schwer zu ernährenden Gebieten fortzuführen und in spärlicher bevölkerte zu verlegen, wo sich eine sachgemäße Verteilung der Nahrungsmittel leichter ermöglichen läßt.

Hiemit wurde gleichzeitig die Absicht verwirklicht, Gebieten mit geringerer Bevölkerungszahl in deren eigenstem Interesse die dort vor allem für die landwirtschaftlichen Arbeiten dringend nötigen Arbeitskräfte zuzuführen. Die ganze Maßnahme ist also ausschließlich zum Wohle der feindlichen Bevölkerung erfolgt, um die Maßnahmen auszugleichen, die zu ihrem Schaden von den eigenen Landsleuten ergriffen worden waren.

Französischerseits ist Kritik an der Art der Ausführung geübt worden. Diese Kritik ist völlig unbegründet. Es ist selbstverständlich, daß so umfangreiche Transporte von Menschen in gleichzeitig in lebhafter kriegerischer Tätigkeit begriffene Gebiete nicht ohne Härte für einzelne davon betroffene Personen durchgeführt werden konnten. Die deutsche Verwaltung tat jedoch alles, um solche Härten, wo sie ihr bekannt wurden, zu beseitigen.

Es bleibe dahingestellt, wie die Franzosen in einem ähnlichen Fall wohl mit deutschen Einwohnern verfahren haben würden. Merkwürdig aber berührt es bei einem nach seiner Ansicht demokratischen Volk wie den Franzosen, daß die erwähnten Klagen sich besonders darauf beziehen, daß bei den Abschüben kein Unterschied zwischen arm und reich, hoch und niedrig gemacht wurde.

Die von den erwähnten Notstandsmaßnahmen betroffene französische Bevölkerung hat sich im übrigen damit im vollsten Maß zufrieden erklärt, was auch, wie nicht verschwiegen werden soll, in der guten Aufnahme durch die französischen Einwohner der neuen Wohnorte mitbegründet ist. Die „Gazette des Ardennes" veröffentlicht schon seit vielen Wochen, und zwar nicht auf deutsche Veranlassung, sondern lediglich auf Wunsch von beteiligten Personen, im Abschnitt „Gazette Regionale" Mitteilungen der Abbeförderten, worin sie sich ausnahmslos über das ihnen zuteil gewordene Schicksal völlig zufrieden aussprechen. Die Tatsache, daß diese Maßnahmen ergriffen worden sind, ist den französischen amtlichen Stellen aus der „Gazette des Ardennes" zweifellos seit Monaten bekannt. Es unterliegt deshalb keinem Zweifel, daß der jetzt plötzlich einsetzende Entrüstungssturm nicht aufrichtiger Ueberzeugung entspringt, sondern lediglich künstlich gemacht ist.

Frankfurter Zeitung
1. Sonn. 1916

Die neutrale Sozialistenkonferenz.

t **Haag**, 31. Juli. (Priv.-Tel., zf.) Heute begann im Haag die internationale neutrale Sozialistenkonferenz. Mehrere Länder waren auf der Konferenz nicht vertreten, da ihre Delegierten unterwegs aufgehalten wurden. Die Spanier, die über Paris kommen, werden für morgen erwartet. Der Däne Stauning ist anwesend. Von den Amerikanern erschien nur Lee und man vermutet, daß andere in England aufgehalten wurden. Von Argentinien ist Repetto eigens zu der Konferenz herübergekommen, da die Argentinier einen großen Wert auf die Besprechungen legen. Die beiden Rumänen sind, wie bereits mitgeteilt wurde, wegen der politischen Lage ihres Landes nicht gekommen. Der Vorsitzende Troelstra, der hiervon Mitteilung machte, bemerkte dazu: Ich wünsche ihnen, daß ihr energischer Kampf zur Aufrechterhaltung der Neutralität ihres Landes von Erfolg gekrönt sein möge.

Troelstra, der Leiter der niederländischen Sozialisten, hielt seine Begrüßungsrede auf deutsch.

Er wandte sich dagegen, daß die Internationale für tot erklärt werde und daß an ihre Stelle nicht eine Teilunion gesetzt werde. Die zwei abgelaufenen Kriegsjahre haben gezeigt, daß die Lebensinteressen der Nationen statt die Fortsetzung des Krieges bis zum äußersten zu fordern, eine baldige, ja die sofortige Beendigung des Krieges nötig machen. Für alle Teilnehmer am Kriege ist die Aussicht auf einen endgültigen Sieg immer mehr illusorisch geworden. Wohl ist der Höhepunkt der Kriegserfolge der Mittelmächte vielleicht überschritten, aber wie lange müsse der Krieg noch dauern, damit die Ententemächte Deutschland gegenüber jene Position einnehmen, welche dieses ihnen gegenüber hat. Es steht wohl fest, daß, je länger dieser Krieg dauert, desto mehr die Bedeutung der russischen Heere und damit des Zarismus für die Ententemächte zunehme.

Troelstra erklärte, daß kein dauernder Friede auf der Basis der Kriegskarte oder auf der Basis der Vernichtung des deutschen Militarismus entstehen könne. Der Militarismus aller Länder müsse vernichtet werden. Er befürchtet, daß das Proletariat ebenso durch den Frieden überrumpelt werden könne, wie es durch den Krieg überrascht wurde, und meint, der historische Moment für die Internationale, die Grundlage zum Weltfrieden zu schaffen, dürfe nicht ungenützt vorübergehen. Die Mehrheit der sozialistischen Partei in Deutschland und in Frankreich habe den Burgfrieden ernster genommen, als die großkapitalistischen und reaktionären Parteien. Alle Regierungen haben in dieser Kriegszeit die Notwendigkeit kennen gelernt, von der sozialistischen Arbeiterbewegung unterstützt zu werden. Der Augenblick ist nun da, die Fortsetzung jener Unterstützung abhängig zu machen von der Erfüllung wichtiger Forderungen, sowohl was die Friedenspolitik der Regierung, als auch was die politische Stellung der Arbeiterpartei nach dem Kriege betrifft.

Ueber die Friedensziele sagte der Redner: Wiederherstellung Belgiens als selbständiger Staat, die Unabhängigkeit Polens und eine demokratische Föderation der Balkanvölker sind alte Forderungen der Internationale. Was die verschiedenen Nationalitätenfragen anlangt, so haben die verschiedenen Nationen in diesem Kriege im allgemeinen sich mit den Staaten, zu denen sie gehören, solidarisch erklärt. Die Lösung der Nationalitätenfrage wird darum zumeist in der nationalen Autonomie der demokratischen Staaten zu finden sein. Schwieriger ist vorläufig die elsaß-lothringische Frage. Wenn aber kurz vor dem Kriege die deutsche und die französische sozialistische Partei dieselbe Resolution über Elsaß-Lothringen beschlossen haben, worin sie die volle republikanische Autonomie und staatsrechtliche Gleichberechtigung forderten, so muß man — mag jene Lösung auch nur als ein Kompromiß zur Vermeidung des Weltkrieges erschienen sein — erwarten, daß sie die französischen und deutschen Sozialisten auch jetzt wird einigen können, wo es sich um die Beendigung des Weltkrieges handelt. Troelstra fordert dann die Anwesenden auf, ohne Leidenschaft und Haß gegen irgend eine Partei die Notwendigkeit der Aktion für den Frieden zu besprechen.

Der Generalsekretär des Internationalen Sozialistischen Bureaus, Huysmans, der nicht in offizieller Eigenschaft der Konferenz beiwohnte, verlas hierauf einen Brief von Van der Velde, und zwar ebenfalls in deutscher Sprache, da alle Mitglieder der Konferenz der deutschen Sprache mächtig sind. Später verlas dann Huysmans diesen Brief im französischen Urtext.

Van der Velde widersetzt sich in diesem Brief jeder Annexion durch Gewalt ohne die Zustimmung der zu annektierenden Völker. Die belgische Delegation könne nicht an der Konferenz teilnehmen (Van der Velde ist bekanntlich Vorsitzender des Internationalen Sozialistischen Bureaus), da die belgische Delegation nicht zu gleicher Zeit Richter und Partei sein könne. (In einem Briefe an die in Rotterdam erscheinende Zeitung „La Belgique" äußert sich jedoch Van der Velde bedeutend schärfer und sagt, man solle nicht erwarten, daß sich die Belgier zu einer pazifistischen Intrige hergeben. Der Berichterst.)

Von den Delegierten ergriff zuerst der Schwede Branting das Wort, der sich jedoch der Aufforderung Troelstras entsprechend äußerst gemäßigt ausdrückte.

Er bezeichnete als Ursache des Krieges den Imperialismus, sprach dann von dem Ueberfall Belgiens und Frankreichs, gab jedoch zu, daß bei Frankreich der Fall nicht so klar liege, da Frankreich sich mit Rußland verbunden habe. Er begreift die Haltung der französischen Sozialisten, die nicht mit denjenigen zu einer Konferenz zusammen erscheinen wollten, die den Ueberfall auf Frankreich ausgeführt hätten, er stellt sich jedoch nicht ganz auf den französischen Standpunkt. In vielen Punkten stimmt er mit Troelstra überein, wenngleich er auch in dieser Rede eine Ententefreundlichkeit, wenn auch in gemäßigter Weise, keineswegs verhehlt.

Nach ihm sprach der Argentinier Repetto, der dafür eintrat, daß kein Friede geschlossen werden dürfe, der eine Demütigung mit sich bringe. Dann hielt Lee (Vereinigte Staaten) eine Rede, welche deshalb bemerkenswert ist, weil von amerikanischer Seite u. a. die Einberufung einer Plenarsitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus befürwortet wird. Von den Dänen sprach Stauning.

Die Konferenz teilte sich alsdann in zwei Kommissionen, in eine wirtschaftliche und eine politische, in der die verschiedenen eingelaufenen Vorschläge beraten werden sollen, ehe sie der Konferenz, die am Mittwoch wieder tagen soll, vorgelegt werden. Vom deutschen Parteivorstand war ein Telegramm eingelaufen, in welchem der Konferenz Erfolg gewünscht wird.

Neues Wiener Tagblatt
1. VIII. 1916

5

Italienische Meldung über den Verlust von Tripolis.

Lugano, 31. Juli. (Privattelegramm.) Die heutigen Zeitungen lüften noch mehr den Schleier, der ein volles Jahr lang über die tripolitanischen Ereignisse gebreitet wurde.

Der „Secolo" fragt: „Wo sind die andern Gefangenen, da ja die tripolitanische Regierung die Gefangenen von Tarhuba nur im Austauschwege mit arabischen Gefangenen freibekam? Man weiß gar nichts von ihnen. Wo sind die Gefangenen der blutigen Kämpfe bei den Syrten vom April 1915, wo die Gefangenen von Ghebel und Akhadar und wo die Ueberlebenden der blutigen Schlachten von Sidi Garba, die seit Monaten in der Gefangenschaft der Senussen verschmachten? Nach Aussagen der durch den Herzog von Westminster befreiten englischen Gefangenen befinden sie sich in ganz abgelegenen Gegenden. Früher kam über Aegypten noch manche Nachricht von ihnen; seitdem nun aber auch zwischen den Senussen und den Engländern Feindseligkeiten ausgebrochen sind, erfährt man gar nichts mehr."

Der „Secolo" beschreibt, wie im vergangenen Jahr im April, Mai und Juni auf einmal von allen Seiten arabische Rebellen mit ihren italienischen Waffen die Küstenstädte umzingelten. So geschah es auch mit Tarhuna, das nur fünfzig Kilometer von Tripolis entfernt sei. Tarhuna hatte eine Besatzung von 2000 Mann unter dem Kommando des Obersten Antonicci. Die Italiener wurden total überrascht und konnten vom Vaterland, das sein ganzes Augenmerk auf die österreichisch-ungarische Front gerichtet hatte, weder Verstärkung, noch neue Munitionsvorräte erhalten. So fiel Tarhuna, und so kam beinahe ganz Tripolitanien wieder in den Besitz der eingebornen Stämme.

So lüften denn alle Zeitungen den Schleier des Geheimnisses, der dem italienischen Volke die Wahrheit über die Vorgänge in Libyen verbarg. Man hoffte, daß die Kolonien erhalten bleiben würden. Nun sind die Zeitungen aber offiziell autorisiert, zu erklären, daß die Kolonie mit ihrer Million Einwohner und einem Umfang von 1,115,000 Quadratkilometer verloren ist. So ist das Ergebnis eines großen, fast dreijährigen Krieges und einer Ausgabe von mehreren hundert Milliarden verloren. Nach dem Korrespondenten des „Corriere della Sera" kamen in Libyen unerhörte Dinge vor. Den offiziösen Blättern zufolge hat Italien den Stand der Dinge seinen Alliierten, den Franzosen und den Engländern, zu verdanken. Trotz des Bündnisses in Europa dauert in Afrika die Kolonialrivalität aus der Zeit vor dem Krieg fort und Italien muß die Spesen zahlen.

Zürich, 31. Juli. (Privattelegramm.) Der „Tagesanzeiger" meldet aus Mailand: Der „Corriere della Sera" meldet nunmehr ohne weitere Zensurbeschränkung den Verlust der Kolonie Tripolis.

* * *

Die italienischen Gefangenen in Lybien.

Lugano, 31. Juli. Wie die Agenzia Stefani mitteilt, hat der italienische Gouverneur von Libyen nach langen, mit Geschick und Geduld geführten Unterhandlungen die Rebellen bewogen, in den Austausch sämtlicher im italienischen Machtbereich befindlichen Araber gegen einen Teil der von den Rebellen gefangengenommenen italienischen Truppen, und zwar die in Tarhuna gefangen genommenen 23 Offiziere und 700 Soldaten einzuwilligen.

Die italienischen Zeitungen äußern sich mit großer Befriedigung darüber, daß die Italiener bei den Rebellen noch so viel auszurichten vermochten. Ministerpräsident Boselli, der aus dem Hauptquartier bereits zurückgekehrt ist, und der Kolonienminister sandten dem Gouverneur telegraphisch Glückwünsche.

Die Zeit Abend 1./VIII. 1916

Die schwarzen Listen.

Entschiedener Protest Amerikas.

KB Köln, 1. August.

Die Köln. Ztg. meldet aus Washington: Die Antwort der Vereinigten Staaten auf das System der schwarzen Listen besagt, die Einrichtung der eine Aechtung aussprechenden schwarzen Listen sei von Volk und Regierung mit schmerzlichster Ueberraschung aufgenommen worden. Sie scheine der Regierung eine Politik willkürlicher Einmischung in den neutralen Handel darzustellen, gegen die in den entschiedensten Ausdrücken zu protestieren, ihre Pflicht sei.

Der Umfang und die Wirkung dieser Politik seien außerordentlich. Nach demselben Grundsatz könnten Amerikaner in den Vereinigten Staaten der Bestrafung unterworfen werden wie einheimische geschäftliche Unternehmungen, falls sich nur ergäbe, daß sie mit einem ihrer eigenen Landsleute Handel treiben, dessen Name auf der Liste stehe. Die Regierung der Vereinigten Staaten erlaube sich, die englische Regierung daran zu erinnern, daß Bürger der Vereinigten Staaten durchaus innerhalb ihrer Rechte blieben, wenn sie versuchten, mit der Bevölkerung oder der Regierung irgendeiner der kriegführenden Nationen Handel zu treiben. Sie seien dabei nur den fest bestimmten internationalen Uebungen und Vereinbarungen unterworfen, die die englische Regierung, wie es der Regierung der Vereinigten Staaten scheine, zu leicht genommen und so häufig mißachtet habe.

Die Einführung der schwarzen Listen schiebe diese Schutzbestimmungen beiseite. Sie verurteile ohne Verhör und ohne vorherige Ansage und von vornherein. Es stehe ganz offenbar außer aller Frage, daß die amerikanische Regierung sich nicht bei solchen Methoden oder Strafhandlungen gegen ihre eigenen Bürger beruhigen könne. Die englische Regierung könne von ihr nicht erwarten, daß sie darin einwillige, daß Namen ihrer Bürger auf eine parteiische Liste gesetzt werden, ohne die Aufmerksamkeit der englischen Regierung in ernstester Form auf die vielen bedenklichen Folgen für die neutralen Rechte und die neutralen Beziehungen zu lenken, die ein derartiges Vorgehen notwendigerweise nach sich ziehen müsse.

Die amerikanische Regierung hoffe und glaube, daß die englische Regierung in ihrer naturgemäßen Inanspruchnahme durch einen einzelnen dringenden Gegenstand ohne volle Erkenntnis und ohne Rücksicht auf die mancherlei unerwünschten und nicht wünschenswerten Ergebnisse, die eintreten könn gehandelt habe.

Arbeiterzeitung

1./VIII. 1916

Die Arbeitsgemeinschaft gegen alles.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft (der abgesplitterte Teil der deutschen Reichstagsfraktio) hat in den letzten Julitagen eine Fraktionssitzung abgehalten, in der beschlossen wurde:

Die Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft legt entschiedenste Verwahrung ein gegen den Beschluß des Parteiausschusses, der dem Parteivorstand die Einberufung einer Reichsparteikonferenz während der Kriegszeit anrät. Eine solche Reichskonferenz würde aus denselben Gründen ungerechtfertigt sein wie ein Kriegsparteitag. In einer Zeit, in der der Opposition in der Partei die freie Aussprache in Versammlungen und in der Presse unmöglich gemacht ist, könnte die geplante Konferenz, anstatt Klärung zu bringen, nur Verwirrung stiften. Das Interesse der Partei verlangt unbedingt, daß erst nach Friedensschluß ein zur Regelung der Parteidifferenzen berechtigter Parteitag zusammentritt, also zu einer Zeit, in der volle Meinungsfreiheit für die Verhandlungen in Versammlungen und die Aussprache in der Presse bereits genügende Zeit in Kraft gewesen ist. Sollte jedoch allen Protesten zuwider der Parteivorstand auf der Abhaltung einer Parteikonferenz bestehen, so fordern wir unsere Freunde auf, überall beizeiten darauf hinzuwirken, daß die Opposition möglichst zahlreich auf dieser Konferenz vertreten ist, um allen Hindernissen zuwider unsere Ansichten dort zur Geltung zu bringen.

Eine in Nürnberg am 23. Juli zusammengetretene Konferenz von Parteigenossen hat sich mit dem Plan befaßt, die Austragung der bestehenden Parteidifferenzen zu mildern. Da vieldeutige Mitteilungen über diese Zusammenkunft den Glauben erweckt haben, daß Mitglieder unserer Fraktion an dieser Zusammenkunft beteiligt waren, und da außerdem an einzelne Fraktionsmitglieder die Aufforderung zu nachträglicher Zustimmungserklärung zu den Konferenzbeschlüssen ergangen ist, stellt die Fraktion fest: Kein einziges Mitglied der Fraktion hat an der Konferenz selbst oder an deren Vorbereitung mitgewirkt. Ferner ist die Fraktion einstimmig der Meinung, daß die erwähnten Bemühungen keine nützliche Wirkung haben können und deshalb die Zustimmung zu den Beschlüssen abzulehnen ist.

Also die Arbeitsgemeinschaft ist gegen einen Parteitag, ist gegen eine Parteikonferenz, ist auch gegen alle Versuche, die Austragung der bestehenden Parteidifferenzen zu mildern; ihrer Weisheit erster und letzter Schluß ist, daß alles bis „nach Friedensschluß" vertagt werden müsse, daß sich also die größte deutsche Partei von allen Entscheidungen über Krieg und Frieden auszuschalten habe. Und inzwischen soll die Zersetzung der Partei munter weitergehen! Auf der einen Seite hält man eine internationale Sozialistenkonferenz für möglich und ersprießlich (siehe Kautskys Artikel), auf der anderen Seite ist jeder Versuch einer gemeinsamen Beratung der deutschen Parteigenossen ein Verbrechen. Das verstehe, wer da kann!

Arbeiterzeitung 1./VIII. 1916

Für eine Internationale Konferenz.

In einem Artikel, der an den Tod Jaurès' am 31. Juli 1914 anknüpft, führt Karl Kautsky im „Vorwärts" aus:

Die Aufgabe der Internationale besteht darin, nach dem Beschluß des Stuttgarter Kongresses, „für die rasche Beendigung des Krieges einzutreten". Das kann nun nicht etwa bloß heißen, sich für rascheste Einstellnng aller kriegerischen Operationen, ohne Rücksicht auf das Ergebnis des Krieges einzusetzen. Sie muß nicht einen bloßen Waffenstillstand anstreben, der bald wieder durch neuen, noch fürchterlicheren Krieg abgelöst wird, sondern einen Friedenszustand, der erwarten läßt, er werde ein dauernder sein, und der den internationalen Grundsätzen entspricht. Das kann nur ein Friede sein auf einer Basis, die allen beteiligten Völkern ihre selbständige Entwicklung in gleichem Maße sichert.

Die Aufgabe der internationalen Zusammenkunft wäre es, zu untersuchen, ob eine Verständigung aller sozialistischen Parteien über eine solche Basis möglich ist. Gelingt die Verständigung, dann wäre es die Aufgabe der Sozialisten eines jeden Landes, von ihrer Regierung zu verlangen, daß sie ihre Bereitschaft erkläre, auf dieser Basis Frieden zu schließen. Jeder Regierung, die das ablehnt, wäre die energischeste Opposition anzusagen.

Sollte aber eine Verständigung über diese Basis nicht möglich werden, dann hätte die internationale Konferenz festzustellen, welche der angeschlossenen Parteien dabei die schuldtragende ist. Gegen die Wortführer dieser Partei wäre dann von der Internationale die international gesinnte Opposition in dem betreffenden Lande aufzurufen.

Darin bestänben die nächsten Aufgaben einer Internationalen Konferenz. Sie wird von Tag zu Tag dringender und unerläßlicher. Und wer ihren Zusammentritt erschwert, der handelt gewiß nicht im Sinne von Jaurès.

Daß keine sachlichen Gründe eine internationale Verständigung über den Frieden unmöglich machen, hat die Konferenz von Zimmerwald bewiesen. Darin liegt ihre historische Bedeutung. Diese wäre noch größer gewesen, wenn sie jeden Zweifel daran ausgeschlossen hätte, daß es ihr nur darum zu tun sei, die bestehende Internationale in Gang und ihre Beschlüsse zur Durchführung zu bringen; wenn nicht einzelne Teilnehmer das Bedürfnis gehabt hätten, die Neubelebung der Internationale damit beginnen zu wollen, daß sie die bestehende Organisation in die Luft sprengten und ihre Beschlüsse für nichtig erklärten.

Doch noch ist die alte Internationale nicht tot. Am 31. Juli, dem Todestage Jaurès', tritt die Konferenz der Vertreter der neutralen Mächte im Internationalen Büro zusammen. Wir dürfen erwarten, daß sie das Werk weiterführt und vollendet, das in Zimmerwald begonnen worden, die Neubelebung der Internationale.

Gelingt ihr das, dann begeht sie damit die würdigste Totenfeier des großen Vorkämpfers der Sache des Weltfriedens, Jean Jaurès'. Sie begeht sie nicht nur durch tatlose Klage, sondern durch tatkräftiges Wirken, um dem heißesten Sehnen der Millionen der Welt zum Ausdruck und Durchbruch zu verhelfen.

Die italienischen Organisationen zur „interproletarischeu Konferenz".

Wie erinnerlich, hat die Zentralorganisation der freien Gewerkschaften in Italien es abgelehnt, an der Londoner Konferenz teilzunehmen, die über die Arbeiterinteressen in den Ländern der Alliierten beraten soll. Die Ablehnung erfolgte mit der Begründung, daß der Konferenz, die übrigens in Leeds tagen wird, der internationale Charakter fehlt. Nun teilt das reformistische „Lavoro" mit, daß die Konferenz trotzdem von italienischen Organisationen beschickt werden wird, und gibt die Liste dieser Organisationen. Die wichtigsten sind: die Arbeiterkammer von Genua, die Föderation der Hafenarbeiter, der Zentralverband der Buchdrucker, der Zentralverband der Schwefelarbeiter Siziliens und schließlich der Zentralverband der staatlichen Arbeiter. Als Delegierte der angeführten Organisationen sollen die früheren Parteigenossen Cabrini, Calda und Bonfiglio ins Auge gefaßt worden sein. Auch die republikanischen Gewerkschaften werden ihre Vertreter senden. Die Organisationen der Unione Sindacale, deren Beteiligung das „Lavoro" meldet, haben dagegen auf einer unter Ausschluß der Oeffentlichkeit in Florenz abgehaltenen Tagung beschlossen, die Konferenz von Leeds nicht zu beschicken, weil sie ihr einen interventionistischen Charakter beimessen.

Arbeiterzeitung 1./III. 1916

Die bayrische Regierung gegen die Kriegsscharfmacher.

In München soll nun eine Filiale des Berliner Kriegsscharfmachertums gegründet werden; sie benennt sich: „Ausschuß der Richtlinien für Wege zum dauernden Frieden"; als Redner angemeldet ist der bekannte Oberannexionist Graf Reventlow und der Ex-Pastor Traub, der sich von einem Prediger der Lehren Christi zu einem Prediger des Völkerhasses entwickelt hat. Schon vor einigen Wochen haben die Herrschaften einen kostbaren Schwindel ausgesteckt (von dem wir nur sprechen, weil unsere heimischen Wichtigtuer mit der Sache krebsen gehen). Unter dem unverfänglich klingenden Titel: „Die Landwirtschaft und der Krieg" hielt der auf dem agrarischen Flügel des Zentrums stehende Abgeordnete Schlittenbauer in einer Versammlung in München eine Rede; aus der Versammlung über Landwirtschaft wurde aber in geschickter Weise eine Kundgebung für Kriegshetze und Annexionen gemacht. Eine Entschließung für rücksichtslose Anwendung aller Kriegsmittel gegen England kleidete man in Form von Huldigungstelegrammen an den König von Bayern und an den Kaiser und erklärte sie rasch als von der Versammlung gebilligt, als ein Teil der Zuhörer klatschte, während die Gegner schweigen mußten, wenn sie sich nicht der Mißdeutung aussetzen wollten, als wollten sie dem Kaiser und dem König die beantragte Ehrung verweigern. Dieses Taschenspielerstück scheint es zu sein, das nun die bayrische Regierung zu einer deutlichen Antwort veranlaßt. Die „Bayrische Staatszeitung" schreibt nämlich:

> Daß heute bei uns in Deutschland für alle Entscheidungen der Kriegführung wie der Politik nur der eine Gedanke maßgebend sein kann und entscheidend ist, unser Volk so bald und so schnell wie nur immer möglich zu einem ehrenvollen und dauernden Frieden zu führen, ist eine Selbstverständlichkeit, die auch nur eines Wortes der Versicherung nicht bedürfen sollte. Wenn es gleichwohl geboten erscheint, zu solchem Vertrauen zu mahnen, so trifft die Verantwortung hiefür Persönlichkeiten, deren Patriotismus nicht in Zweifel gezogen werden soll, die sich aber durch vermeintliches Besserwissen und eingebildetes Besserkönnen berufen fühlen, während Deutschland um seine Existenz und seine Zukunft kämpft, gegen unsere führenden Männer Mißtrauen auszustreuen und damit Unruhe und Unfrieden im Innern des Reiches zu stiften. In einer Zeit, in der Millionen von deutschen Männern ihr Leben fürs Vaterland einsetzen, in der Hunderttausende ihr Blut für die Heimat vergießen und in der von jedem einzelnen auch zu Hause bisher ungekannte Opfer und Entbehrungen verlangt werden, sind Einigkeit und Vertrauen unentbehrlicher denn je. Wir verbitten uns deshalb in solcher Zeit eine Agitation, die, auf falsche oder ungenügende und oft in recht bedenklicher Weise erworbene Informationen gestützt, bei ihrer Kritik Verleumdungen und Verdächtigungen niedrigster Art gegen unsere an leitende Stelle berufenen Staatsmänner geflissentlich verbreitet! Wir verbitten uns solche Machenschaften, denen häufig auch verborgen gehaltene Motive zugrunde liegen, Machenschaften, die bisher nicht in deutschen Landen heimisch gewesen sind und die wir auch in Zukunft dem feindlichen Ausland überlassen wollen! Wir verbitten uns in Deutschland Umtriebe und Intriguen, deren Erfolg nur von unseren Feinden mit freudiger Spannung erwartet wird! Deutschland ist durch seine Treue zu seinen Führern groß geworden — daran wollen wir auch in der ernsten Zeit, die Deutschland beschieden ist, festhalten!

Die „Piraten der öffentlichen Meinung" sind also wieder einmal deutlich gekennzeichnet.

Die Zeit
1./VIII. 1916

10

Die Hinrichtung Fryatts.

Deutsche Erwiderung auf Greys Polemik.

KB Berlin, 31. Juli.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus erklärte Viscount Grey, daß nach Ansicht der englischen Regierung die Handlungsweise des Kapitäns Fryatt vom englischen Dampfer „Brussels", der zum Tod verurteilt wurde, weil er versuchte, ein deutsches U-Boot zu rammen, vollkommen gesetzmäßig war. Er soll ferner behauptet haben, daß die Handlung, auf ein feindliches U-Boot loszusteuern und es zum Untertauchen zu zwingen, tatsächlich eine Verteidigungsmaßnahme sei, und daß diese Handlung auf die gleiche Stufe zu stellen sei mit dem Gebrauch der Bewaffnung eines Handelsschiffes zu dem Zweck, sich der Beschlagnahme durch ein Kriegsschiff zu widersetzen. Die englische Regierung sehe eine solche Verteidigung seitens eines Handelsschiffes als berechtigt an.

In einer weiteren Meldung heißt es: Die englische Regierung könne nur schwer glauben, daß, nachdem die deutsche Unterseebootflotte die Praxis annahm, Kauffahrteischiffe ohne Warnung und ohne Rücksicht auf das Leben der Passagiere zu versenken, der Kapitän eines Handelsschiffes, der Maßregeln ergriff, die die einzige Aussicht zu bieten schienen, nicht nur sein Schiff, sondern auch das Leben aller Mann an Bord zu retten, wegen dieser Tat mit Ueberlegung und kaltblütig erschossen worden sein könnte.

Es ist nur zu verständlich, daß die englische Regierung den Versuch macht, die Handlung des Kapitäns Fryatt zu rechtfertigen, denn sie selbst ist in hohem Maß mitschuldig. Kapitän Fryatt handelte nur auf Rat seiner Regierung so, wie er es tat. In den Aeußerungen der englischen Regierung liegt aber auch eine bewußte Irreführung der Oeffentlichkeit. Kapitän Fryatt versuchte nicht, einem warnungslosen Unterwasserangriff eines U-Bootes zuvorzukommen. Das U-Boot war über Wasser und hatte ihn nach den völkerrechtlichen Regeln des Kreuzerkrieges über Wasser durch Signal zum Stoppen aufgefordert. Deshalb hat er auch nicht versucht, das Leben seiner Besatzung zu retten, denn das war gar nicht in Gefahr. Fryatt ließ vielmehr am 28. März 1915 das U-Boot, daß sich seinem Schiff zwecks Untersuchung näherte, nahe herankommen, um es dann in hinterlistiger Weise plötzlich zu rammen und dadurch zu vernichten, um so die von der englischen Regierung ausgesetzte Belohnung zu verdienen. Das war keine Verteidigung, sondern der heimtückische Ueberfall des gedungenen Mörders.

Er rühmte sich seiner Tat, wenn er auch glücklicherweise sein Ziel, das U-Boot zu vernichten, nicht erreichte. Dies wurde ihm in der Gerichtssitzung dadurch vor Augen geführt, daß Zeugen aus der Besatzung des U-Bootes jetzt vor Gericht gegen ihn sprachen. Im englischen Parlament ist sein Erfolg geglaubt und lobend erwähnt worden. Die englische Regierung belohnte ihn. Das deutsche Kriegsgericht verurteilte ihn zum Tode, weil er eine Kriegshandlung gegen die deutschen Seestreitkräfte unternommen hat, ohne in die Streitmacht seines Landes eingereiht zu sein. Er ist nicht kaltblütig und mit Ueberlegung ohne weiteres erschossen worden, wie die englische Regierung behauptet, sondern vom Gericht selbstverständlich nach kaltblütiger Ueberlegung und gründlicher Prüfung als Franktireur verurteilt worden.

Wie das Kriegsrecht zu Lande die Angehörigen des Heeres vor dem Meuchelmord des Freischärlers durch Androhung der Todesstrafe schützt, so schützt dasselbe Kriegsrecht die Angehörigen der Seestreitkräfte vor dem Meuchel-

Vossische Zeitung
1. VIII. 1916

11

Noch eine Kriegsbilanz.

Kriegsschiffsverluste, Handelskriegerfolge, Völkerrechtsverletzungen seit Kriegsbeginn.

Kriegsschiffsverluste:

Linienschiffe, Panzer-, Geschützte und Kleine Kreuzer:

	England und seine Bundesgenossen		Deutschland und seine Bundesgenossen	
	Zahl	Wasserverdrängung t	Zahl	Wasserverdrängung t
1. Kriegsjahr	27	295 930	20	109 321
2. „	22	266 320	10	82 210
insgesamt	49	562 250	30	191 531
davon		England allein		Deutschland allein
	40	485 220	25	162 676

Die englischen Verluste setzen sich zusammen aus 11 Linienschiffen, 17 Panzerkreuzern, 12 geschützten Kreuzern. Bei den 11 Linienschiffen sind mitgerechnet der von der britischen Admiralität bis heute noch nicht bekanntgegebene Verlust des „Audacious“ sowie der Verlust eines Schiffes der „Queen Elizabeth“-Klasse. Bei den Panzerkreuzern sind mitgezählt der von den Engländern noch heute bestrittene Verlust des „Tiger“ sowie eines Panzerkreuzers der „Cressy“-Klasse, dessen Sinken in der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni fast von der gesamten deutschen Hochseeflotte festgestellt worden ist, bei den Geschützten und Kleinen Kreuzern 2 in der Schlacht vor dem Skagerrak gesunkene Kleine Kreuzer. Im übrigen sind nur die von den Engländern selbst zugegebenen Verluste in Anrechnung gebracht.

Handelsschiffsverluste:

In dem verflossenen Kriegsjahr (gerechnet vom 1. 7. 15 bis einschl. 30. 6. 16) sind durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte ferner insgesamt 879 feindliche Handelsschiffe mit 1 816 728 Br.-R.-To. verloren gegangen. Insgesamt sind seit Kriegsbeginn bis zum 30. 6. 16 durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte 1303 feindliche Handelsschiffe mit 2 574 205 Br.-R.-To. vernichtet worden, wobei die in den Häfen der Mittelmächte beschlagnahmten feindlichen Handelsschiffe nicht mitgerechnet sind.

Verletzungen des Völkerrechts:

Während im ersten Kriegsjahr insgesamt 20 nachweisbare Verletzungen des Völkerrechts durch feindliche Handelsschiffe (Feuern auf deutsche Unterseeboote, Versuche, sie zu rammen usw.) begangen worden sind, waren im zweiten Kriegsjahr 38 solcher Fälle zu verzeichnen. Insgesamt haben die Handelsschiffe der Alliierten in den beiden Kriegsjahren also nicht weniger als 58 mal nachweisbar in grober Weise die Regeln des Völkerrechts gegen unsere U-Boote verletzt.

Von den Kriegsschiffen der Feinde Deutschlands ist im Laufe des Krieges insgesamt dreimal das Völkerrecht in besonders schwerer Weise verletzt worden. Es sind dies die Fälle „Kaiser Wilhelm der Große“, „Dresden“ und „Albatros“. Nicht nur als Bruch des Völkerrechts und als ein Bruch mit den einfachsten Geboten der Menschlichkeit, sondern als gewöhnlicher Mord müssen die beiden Fälle „Baralong“ und „King Stephan“ bezeichnet werden.

Nicht zusammenstellen lassen sich die zahllosen Fälle, in welchen englische Kriegsschiffe unter Bruch des Völkerrechts gegen Handelsschiffe der Mittelmächte und gegen Handelsschiffe der Neutralen vorgegangen sind.

*

Als Gesamtergebnis der beiden Kriegsjahre ergibt sich für die Flotte Englands und seiner Verbündeten ein nicht wieder gut zu machender Verlust an Material und an Prestige.

Dieser große, zu Beginn des Krieges wohl von niemand erwartete Erfolg der deutschen Flotte und der Seestreitkräfte der Verbündeten Deutschlands muß um so höher gewertet werden, als die Gesamtstärke der Deutschland und seinen Verbündeten gegenüberstehenden feindlichen Flotten zu Beginn des Krieges in fertigen und im Bau befindlichen Schiffen aus nicht weniger als 443 Kriegsschiffen von 5 428 000 To. Wasserverdrängung bestand (ungerechnet Hilfskreuzer, Torpedobootszerstörer, Unterseeboote und sonstige bewaffnete Fahrzeuge, von welch letzteren England allein weit über 2000 im Dienst hat). Die gleichartigen Seestreitkräfte Deutschlands und seiner Verbündeten betrugen hingegen bei Beginn des Krieges nur 156 Schiffe mit 1 651 000 To. Wasserverdrängung.

Einem 3½ mal so starken Gegner brachten also die Mittelmächte bisher fast genau dreimal so starke Verluste allein an großen Kriegsfahrzeugen bei, als sie selbst erlitten.

Neue Freie Presse
2./VIII. 1916

Rumänien und die Entente.

Wien, 1. August.

Die „Moldava", das Blatt Peter Carps, schreibt: Man braucht sich nur Mühe zu nehmen, zu beobachten. Hier kündet ein Minister seinen vertrauten Freunden den nahen Einmarsch der Russen in unser Land an. Er gibt genaue Daten und teilt den Punkt mit, wo die Invasion der fremden Heere stattfinden wird. Dort sagt ein anderer einem Vertreter einer fremden Macht, daß wenn die Russen das Land betreten, Rumänien nicht die Kraft haben werde, sich der Invasion entgegenzustellen. Während dieser Zeit kann man an dem Ufer der Donau die Vorbereitungen der Russen sehen, um in unser Land einzudringen.

Die fieberhaften militärischen Vorbereitungen, die man in Erwartung einer unmittelbaren Zusammenarbeit unserer Armee mit den russischen Truppen macht, sind charakteristisch. In der Armee weiß man, daß die Maßregeln bereits getroffen sind, daß das Kriegsmaterial an im voraus festgestellten Punkten transportiert worden ist, daß die Ambulanzen bereitstehen und die Viehherden, die für die Armee notwendig sind, wenn sie zum Kampfe schreitet, vorbereitet sind.

Eine seltsame Verbrüderung hat sich bei den Eisenbahnen zwischen unseren hohen Funktionären und den russischen Eisenbahnbeamten in Erwartung der Truppentransporte ergeben.

Was aber am merkwürdigsten ist, in den militärischen Kreisen herrscht die Ueberzeugung, daß wir mit den Russen gehen, daß die Mobilisierung bald stattfinden wird und daß alles in Erwartung einer Aktion der Rumänen an der Seite der Russen vorbereitet ist.

Uebrigens ist die Zufriedenheit unserer Russophilen ein Zeichen, das nicht täuscht. Sie jubilieren. Der Gesandte Rumäniens in Petersburg kann seine Freude nicht verbergen. Er hat triumphiert, wir werden mit den Russen marschieren.

Reichspost
2./VIII. 1916

14

Wiederherstellung des alten irischen Regierungssystems.

London, 31. Juli.

Im Laufe der Erörterung im Unterhause über die irische Frage drückte Asquith nochmals die Hoffnung auf eine baldige Verständigung zwischen den Parteien aus und sagte, die Vorkehrungen für die Uebergangsperiode seien nötig gewesen. Unter den bestehenden Verhältnissen habe er es für unrichtig gehalten, die militärischen Streitkräfte in Irland, die dort zum Schutze der Bevölkerung (!) gegen mißleitete Handlungen unverantwortlicher Personen aufgestellt wurden, wesentlich zu vermindern. Die große Mehrheit des irischen Volkes sei bis ins Herz loyal (!). Es sei nötig, eine Zivilgewalt zu besitzen, die dem Parlament verantwortlich sei. Der neue Hofsekretär werde das unionistische Mitglied des Hauses Huke sein, der ein eifriger Befürworter des Ausgleiches mit Irland sei.

Redmond erhob zwar Einwendungen gegen die Wiederherstellung des alten irischen Regierungssystemes mit einem unionistischen Staatssekretär, sagte aber, es würde niemals wieder einen irischen Bürgerkrieg geben und wenn die Zeit reif sein werde, werden alle Schwierigkeiten friedlich beigelegt und das Ziel des vereinigten Irland erreicht werden.

Reichspost
2./VIII. 1916

Die Entscheidung ist gefallen!

Eine Erklärung des Berliner Kanzlerblattes.

Berlin, 1. August.

Die „Nordd. Allg. Ztg." bemerkt zu den kaiserlichen Erlässen anläßlich des Ablaufes des zweiten Kriegsjahres: Der Kaiser weist ernst und nachdrücklich darauf hin, daß noch Schweres vorunsliegt, daß die Losung der feindlichen Machthaber auch heute noch Deutschlands Vernichtung ist und daß wir in schwerem Streite weiterringen müssen um die Sicherheit unserer Lieben, um des Vaterlandes Ehre und für die Größe des Reiches. Aber damit ist nicht gesagt, daß noch ebensoviel zu leisten wäre, wie schon geleistet ist, und es ist falsch, von einem „Höhepunkt des Krieges" zu sprechen, wenn das bedeuten soll, daß seine ganze Entscheidung jetzt noch eine offene Frage wäre. Niemals verließ den Kaiser die feste Zuversicht, daß Deutschland trotz der Ueberzahl seiner Gegner unbezwingbar ist und jeder Tag befestigt sie aufs neue. Die Entscheidung ist also gefallen. Die Frage ist nur, ob unsere Feinde noch in der Lage sind, uns die Größe des Sieges zu verkümmern. Und so treten wir mit unserem Kaiser über die Schwelle des dritten Kriegsjahres, alle Kräfte des Geistes und der Seele auf das eine große Zeil gerichtet, jeden Muskel gespannt, zu jeder Kraftanstrengung fähig und entschlossen, zu jedem Opfer freudig bereit und darum des endgültigen Sieges so gewiß wie nur je an den leuchtenden Hochtagen der zwei Kriegsjahre, die nun hinter uns liegen, gewiß, daß wir diesen Kampf zu einem Ende führen, das unser Reich vor neuem Ueberfall schützt und der friedlichen Arbeit deutschen Geistes und deutscher Hände für alle Zukunft ein freies Feld sichert.

Arbeiterzeitung 2./VIII. 1916

Bülow und Bethmann.

Von **Eduard Bernstein** (Berlin).

In alten Märchen liest man oft von einem kranken König und einem Aufruf an alle diejenigen, welche ein Mittel zur Heilung von des Königs Leiden zu haben glauben, sich einzufinden und den Beweis zu liefern, daß ihr Mittel das rechte sei und sie die berufenen Retter. Der ihnen winkende Preis ist dann meist die Hand der selbstverständlich stets wunderschönen Tochter des Königs.

Solche kranken Märchenkönige sind heute die Länder, über die der Krieg gekommen ist. Er zehrt an ihren besten Organen, entzieht ihnen die wertvollsten Lebenssäfte und bedroht sie dadurch mit schließlich eintretender völliger Entkräftung. So schauen sich denn immer mehr Menschen nach dem Heilkundigen aus dem Märchenlande um, der das fertigzubringen vermag, was die Kunst der Leib- und Hofärzte — will sagen, der im Amte befindlichen Staatsmänner nicht erwirken will. Wenn die Menschen in großen Nöten sind, werden sie leicht wundergläubig. Soweit sie fromm sind, beten sie zum Himmel um das rettende Wunder, soweit sie an keine übersinnliche Macht glauben, blicken sie nach dem Uebermenschen aus, der die Rettung bringen kann und soll.

Solcher Leute, die auf der Suche nach einem Uebermenschen aus sind, gibt es heute auch bei uns in Deutschland nicht wenige. Nicht alle aber wollen von ihm das gleiche. Den einen ist es nur um den Frieden schlechthin zu tun, andere aber wollen, um es ganz objektiv auszudrücken, einen vor allen Dingen materiell ertragreichen Frieden, und da Herr v. Bethmann Hollweg ihnen den nicht in der gewünschten Beschaffenheit in Aussicht stellt, wäre ihnen dessen Ersetzung durch einen Kanzler gar sehr erwünscht, von dem sie solche Wunderdinge erwarten können, wie eine Zerschmetterung ganzer Nationen bis zur bedingungslosen Unterwerfung unter ihre aufgeherrschte Friedensvorschriften. Die sogenannte Bethmann-Fronde, das heißt die persönlich zugespitzten Angriffe auf Bethmann Hollweg aus den Reihen derer, die sich die Staatserhaltenden nennen, mag bei einigen mehr Pressionsmittel sein, Drohung oder Bluff, um den jetzigen Kanzler zur Verkündung von Kriegszielen in ihrem Sinne aufzustacheln. Bei anderen aber sind sie ganz ersichtlich von dem Wunsche eingegeben, einen unternehmungslustigeren Mann an der Stelle zu sehen, wo jetzt der „langweilige" Schloßherr von Hohenfinow steht.

In diesen Regionen hat man denn auch mit lautem Jubel das Buch begrüßt, das Bethmanns Vorgänger im Amt, Fürst Bülow, unter dem Titel „Deutsche Politik" (Verlag Reimar Hobbing, Berlin) veröffentlicht hat und das im wesentlichen eine Vorführung und Begründung der Gesichtspunkte ist, nach denen Bülow zufolge Deutschlands Politik betrieben werden muß, von ihm während seiner Kanzlerschaft betrieben wurde und somit auch, hat der Leser im Geist hinzuzufügen, von Bülow betrieben werden würde, wenn er aufs neue das Kanzleramt zugewiesen erhielte. Die Mehrzahl der Organe unserer Partei, die von diesem Buch Notiz genommen haben, haben ihm eine ziemlich schroffe Abweisung zuteil werden lassen. Danach möchte es überflüssig erscheinen, sich noch weiter mit ihm zu beschäftigen. Indes haben sich auch Sozialisten gefunden, die ihm eine gute Note erteilt haben, und dies sowie die Dithyramben, die ihm von Blättern gesungen werden, hinter denen Leute von nicht zu unterschätzendem Einfluß stehen, rechtfertigen es, das in dem Buche entwickelte Programm etwas genauer zu betrachten.

Zieht man die drei Jahre hinzu, während deren Bülow unter dem greisen Chlodwig Hohenlohe zwar nur erst Staatssekretär des Aeußern war, aber doch in dieser Staatsstellung eine ganz andere Rolle gespielt hat, als sie heute Herrn v. Jagow beschieden ist, so kann man sagen, daß Bülows Amt als Vertreter der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches zusammenfällt mit der Epoche, wo Deutschland anfängt, in größerem Stil und mit stärkerer Betonung „Weltpolitik" zu treiben, was sich bei Bülow in Weltmachtpolitik übersetzt. Es sind die Jahre der großen Flottenvorlagen, der Einleitung der deutschen Orientpolitik, der Festsetzung Deutschlands in China und der Tangerfahrt mit Algeciras im Gefolge. Dieses und vieles andere schildert der vierte deutsche Reichskanzler mit ersichtlicher Genugtuung in seiner bekannten leichtflüssigen Manier, wobei er es an Zitaten nicht mangeln läßt, die diesmal zu einem guten Teil aus der Literatur der Diplomatie stammen, und es müßte unnatürlich zugehen, wenn sich die Vorführung seiner Politik nicht unter seiner Feder zur Verherrlichung dieser Politik gestaltete. Der Leser des Buches empfängt den Eindruck, daß hier ein Staatsmann vor ihn tritt, der durch Festigkeit und diplomatisches Geschick das zu verwirklichen wußte, was er sich zum Ziele gesetzt hatte, und am Ende seiner Amtstätigkeit Deutschlands Macht und Geltung in der Welt sehr wesentlich stärker zurückließ, als sie zu deren Beginn gewesen waren. Ueber die Kehrseiten seiner Erfolge gleitet er, sofern er ihrer überhaupt gedenkt, was ziemlich selten der Fall ist, mit einigen eleganten Wendungen hinweg.

Darauf käme auch nicht allzuviel an, wenn das Buch lediglich Erzählung sein wollte. Niemand wird eine solche als erschöpfende Geschichtsdarstellung betrachten. Aber das Buch ist eine Tendenzschrift. Es ist als solche mit politischen Sentenzen durchsetzt, die zusammen, wie bemerkt, ein ganzes Programm abgeben, und wird von seinen Lobrednern als eine solche Programmschrift propagiert. Seine Auslassungen über die auswärtige Politik werden unter anderem als Kundgebung der Richtschnur bezeichnet, an die sich Bülow für die Bestimmung der Kriegsziele halten würde, wenn er das Steuerruder des Reiches wieder in die Hand bekäme. Und da fehlt es denn in der Tat nicht an Sätzen, die Bülow als den — sagen wir — wagenden Staatsmann erscheinen lassen, nach dem die Leute rufen, die nur von einem Frieden wissen wollen, den Deutschland diktiert.

Gleich im Vorwort stoßen wir da auf die Erklärung, das Ergebnis des Krieges dürfe kein negatives, es müsse ein positives sein. Es handle sich „nicht darum, daß wir nicht vernichtet, nicht verkleinert, noch zerstückelt, noch ausgeraubt werden, sondern um ein Plus in Gestalt realer Sicherheiten und Garantien als Entschädigung für nie gesehene Mühen und Leiden wie als Bürgschaft für die Zukunft". Unterscheidet sich dies noch wenig von den programmatischen Erklärungen Bethmann Hollwegs, so klingt es schon wesentlich mehr nach der Seite der Eingabe der sechs Verbände, denen Bülow denn auch an einer Stelle ein tiefes Kompliment macht, wenn er fortfährt:

> Gegenüber der Stimmung, die dieser Krieg gegen uns zurücklassen wird, würde die einfache Wiederherstellung des Status quo ante bellum (Zustandes vor dem Kriege) für Deutschland nicht Gewinn, sondern Verlust bedeuten. Nur wenn die Verstärkung unserer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machtstellung durch den Krieg die durch ihn entzündete Feindschaft erheblich überwiegt, werden wir uns mit gutem Gewissen sagen können, daß unsere Gesamtlage durch den Krieg verbessert wurde.

Dieser Satz, dessen sich die Presse der Ententeländer sofort bemächtigt hat, ist das Leitmotiv aller weiteren Ausführungen Bülows, die sich auf die Kriegsziele beziehen. Er vermeidet es zwar weislich, allzu konkret zu werden, gibt aber deutlich zu verstehen, daß im Westen und im Osten Deutschlands Grenzen eine vorteilhaftere Gestalt erhalten müssen, und ermöglicht dem Leser die Folgerung, daß er — Bülow — im gegebenen Zeitpunkt weit kräftiger zugreifen werde als der jetzige Kanzler. „König Ludwig III. — heißt es auf Seite 85 und 86 — hat dem bayrischen und dem deutschen Volke aus dem Herzen geredet, wenn er sagte, daß wir einen Frieden brauchen, der uns die Ruhe sichert; so ungeheure Opfer dürfen nicht umsonst gebracht worden sein." Wie König Ludwig das damals im konkreten gedeutet hat, ist bekannt; bekannt ist aber auch, welches Echo diese Deutung seinerzeit in der Welt hervorgerufen hat. Sie heute wieder aufzufrischen ist von einem Politiker, der das Ausland einigermaßen kennt, ein um so stärkeres Stück, als Bülow an anderen Stellen seines Buches in allerhand Variationen dem Leser zu Gemüte führt, daß die Leitung der aus-

Arbeiterzeitung 2./VIII. 1916

II

17

Bülow und Bethmann.

wärtigen Politik einer f e i n e n und starken s t a a t s m ä n n i s c h e n Hand bedürfe. Es ist aber von jeher Bülows Art gewesen, nach allen Richtungen hin Verbeugungen zu machen. In den Salons der Diplomatie mag das auch am Platze sein. Die von der furchtbarsten Heimsuchung getroffene Welt bedarf aber einer anderen Sprache. Hier heißt es: entweder — oder. Entweder bekenne dich rundheraus zur Politik des Draufgängertums mit allen seinen Konsequenzen und Gefahren für dein Volk oder denke bei allen Maßnahmen der Gegenwart, die du empfiehlst, an ihre Wirkungen in der vor dir und deinem Volk liegenden Zukunft. Wir haben es erlebt und sehen es heute deutlicher als je vor uns, wie die 1870/71 befolgte Politik der Grenzregulierung auf der Basis des Kriegsglücks auf die Beziehungen des deutschen Volkes zu einem großen Nachbarvolk zurückgewirkt hat und was das Ende davon war. Eine Staatskunst, die diese Lehren leichthin beiseite schiebt, statt sie dem eigenen Volke, dessen Urteil durch die Quellen, aus denen es seine Informationen über die Ursache und Entstehung des Krieges empfängt, unsicher geworden ist, in passender Form nachdrücklich zum Bewußtsein zu bringen, hat auf alle möglichen Bezeichnungen Anspruch, nur nicht auf den Titel f e i n und s t a a t s m ä n n i s c h. Ebensowenig ist sie im politischen Sinne des Wortes wahrhaft stark.

Aber wir brauchen gar nicht erst an die Zukunft zu denken. Schon mit Rücksicht auf die platte rauhe Gegenwart stellt sich das Problem ganz anders, als wie Bülow es präsentiert. Den am Ruder befindlichen Staatsmännern stehen für die Erzielung eines vernünftigen Friedens in fast allen Ländern ihre eigenen Reden aus dem ersten Kriegsjahr im Wege, wo sie Erfolgrausch oder Leidenschaft zu den weitestgehenden Ankündigungen über das Kriegsziel hinriß. Die Wahrscheinlichkeit ist, daß die bittere Notwendigkeit überall ein Zurückgehen von diesen Programmen erzwingen wird, und wo die Herren, die sie verkündet haben, nicht imstande sind, selbst von ihnen abzugehen, wird freilich ein Personenwechsel unerläßlich werden. Aber kein Land wird seine Lage dadurch verbessern, daß es, biblisch ausgedrückt, den alten Salomon wegbetet, um ihn durch den jugendfrischen Rehabeam zu ersetzen. Der Umstand, daß Herr v. Bethmann Hollweg von denen um Bassermann, Oertel und Westarp in unsinniger Art bekämpft wird, kann für die Sozialdemokratie kein Grund sein, von ihrer Oppositionsstellung ihm gegenüber abzulassen. Zwischen ihm und uns klafft der Unterschied einer ganzen Weltanschauung, den der gegenwärtige Krieg nur vertiefen konnte. Soviel müssen wir aber doch sagen, an dem Geist gemessen, der durch dieses Buch Bülows zieht, erscheint der gegenwärtige Kanzler immer noch als einigermaßen fortschrittlich angehaucht.

Ein Diplomat aus den Tagen der alten Kabinettspolitik könnte in seinen politischen Anweisungen nicht mit größerer Gleichgiltigkeit über alles hinweggehen, was in den Herzen und Köpfen der Völker lebt, als es hier von dem Manne geschieht, der sich sonst auf seine Modernität gern etwas zugute tat. Er vertritt hier nur die schlimmsten Seiten der Staatsentwicklung unserer Tage. Eine Modernität, von der wir übergenug haben.

Fremdenblatt
2./VIII. 1916

Ein Artikel Churchills.

Genaue Abmachungen mit Frankreich über die englische Kriegshilfe.

Berlin, 1. August. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Winston Churchills 4. Aufsatz im „Sunday Victorial", betitelt: „Das langsame Feuer", besagt: Das britische Heer ging nach Frankreich, so wie es Haldane vorbereitet hatte. In den acht Jahren seiner Ministerschaft hat er alles getan und die Pläne gefördert, eine Armee von 4 bis 6 Infanteriebrigaden — von der Kavallerie abgesehen — innerhalb 12 bis 14 Tagen nach der Mobilisierung nach Frankreich schicken zu können, die dort auf einem Flügel der französischen Front mitkämpfen sollte. Mit French und Nicolson hat er das alles vorbereitet und seine Fähigkeiten und beschränkten Mittel dazu verwendet. Es war ein bescheidener aber praktischer Plan, der genau, bis in alle Einzelheiten studiert war. Es war das Maximum, was mit dem Freiwilligensystem erreicht werden konnte. Es war eine Kunst, die entscheidenden Stellen umzustimmen.

Als die Schicksalsstunde schlug, lief alles, wie vorausgesagt, ab. Die Franzosen wußten genau, was sie im Falle der englischen Kriegsbeteiligung zu erwarten haben und von wo die Hilfe kommen würde. Mobilisierungspläne, Kursbücher, Organisierung des Eisenbahnverkehrs, Etappenorientierungen waren so gut ausgefertigt und als das Signal gegeben wurde, war alles bereit. Aber es war nicht so leicht, das Signal zu geben, denn man sprach darüber, ob England mittun soll oder nicht und im Kabinett gab es eine Fraktion, die meinte, wenn England mit eintrete, dürfte dies nur mit der Flotte geschehen.

Einflußreiche Minister, die seitdem im Lande rastlos und in lobenswerter Weise gearbeitet haben, waren dagegen, auch nur einen einzigen Soldaten in Frankreich zu verwenden und, wenn nicht alles schon vorher geregelt worden wäre, wer weiß, was sich ereignet hätte und welche Verzögerungen stattgefunden hätten. Denn zwischen einem kurzen Landkrieg mit einem blendenden Sieg für Deutschland und einem Landkrieg mit der Demütigung Deutschlands hat die Wage einen Augenblick geschwankt.

Die ersten Explosionen des Krieges sind vorüber und haben dem langsamen Feuer des Laufgrabenkrieges Platz gemacht. Fast zwei Jahre liegen die Heere Deutschlands und Englands sich in den Schützengräben gegenüber und die Menschen dahinter haben ihr Leben auf drei Dinge konzentriert: Kasernen, Arsenale und Hospitäler. Der Fortgang des Krieges wird nicht mehr bemessen nach Schlachten und Stellungen, sondern nach wirtschaftlicher und politischer Rückwirkung. Jeder Mann, jede Frau und jedes Kind, die arbeiten, bilden den Unterteil der Kriegsmaschine. Eine düstere Stimmung hängt über England. Erregung und Begeisterung sind der Apathie gewichen. Der Tod ist Alltagsereignis und der Gram ist stumm.

Fremdenblatt
2./VIII. 1916

Rumänien.

Die Entente verlangt die Duldung eines russischen Durchmarsches?

Budapest, 1. August. (Tel. d. Fremden-Blatt".) „A Nap" meldet aus Sofia: „Utro" will erfahren haben, daß die Ententegesandten in Bukarest bestrebt sind, Rumänien zur Duldung einer russischen Invasion nach dem Muster Griechenlands zu bewegen. Da die Zentralmächte einem solchen Vorgehen nicht untätig zusehen könnten, würde Rumänien dadurch in den Krieg hineingetrieben.

Bratianu über die Lage.

Budapest, 1. August. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) „Pesti Naplo" meldet aus Bukarest: „Dreptatea" meldet: In politischen Kreisen spricht man viel von Aeußerungen, die Ministerpräsident Bratianu gegenüber dem Redakteur der halboffiziellen „L'Indépendance Roumaine" in Anwesenheit des Abgeordneten Diamandi abgegeben hat. Bratianu habe gesagt, es ist zweifellos, daß die englisch-französische Offensive gescheitert ist und daß auch die russische Offensive nur langsam vordringe. Es sei seine Ueberzeugung, daß es zu einem neuen Winterfeldzug kommen werde.

Bratianu äußerte nach der „Dreptatea" dieselbe Meinung auch den Vertretern der Ententemächte gegenüber und fügte hinzu, daß von einer Intervention Rumäniens bloß an einem späteren Zeitpunkt die Rede sein könne.

Reichspost

2./VIII. 1916

20

Das Kriegsziel Rußlands.

Eine Erklärung des neuen russischen Ministers des Aeußern.

Rußlands Ministerpräsident und Minister des Aeußern Herr Stürmer läßt eine Kundgebung zu Beginn des dritten Kriegsjahres veröffentlichen, in der er als den Entschluß des Vierverbandes bezeichnet, „das bedrohte Europa von dem Joche der deutschen Vorherrschaft zu befreien." Es ist verständlich, wenn Engländer eine solche Phrase im Munde führen, denn sie verstehen unter dem Joch der deutschen Vorherrschaft den ungeheuer regsamen Wettbewerb, den auf allen Gebieten des Welthandels Deutschland entfaltete und der dem britischen Handelsvolke schwer auf die Nerven fiel. Aber wenn ein Russe solches sagt, ein Staatsmann jenes Reiches, das noch vor wenigen Jahren lieber bei Deutschland als bei England Anlehnung suchte, das Deutschen, wie General Kaufmann, die Befestigung seiner Weltstellung in Asien verdankt, Deutsche zu seinen hervorragendsten Staatslenkern und Generalen zählt, so ist dies abgeschmackt und gedankenlos. Wenn der Staatsmann, der solches spricht, noch obendrein den Namen Stürmer trägt, so wird die Redensart von dem Joche deutscher Vorherrschaft zu einer charakterlosen oder senilen Widerwärtigkeit. Herr Stürmer sagt also wortgetreu nach, was man ihm in England und durch die russischen Kreaturen Englands vorsagt. Und man hört da wieder bestätigt, was man ja von Anfang wußte, daß Rußland nicht aus reiner Liebe für Serbien den Krieg begann, sondern weil dies nach den Plänen Englands, für die Rußland gewonnen war, die Gelegenheit zur Abschlachtung Deutschlands werden sollte.

Indessen in nutzlosem Anstürmen Hunderttausende des russischen Heeres ins Grab sinken, Engländer, Franzosen und Italiener aussichtslos festgerannt vor den Verhauen verbluten, erzählt Stürmer, daß „die Truppen der Alliierten auf allen Fronten dem Gegner Schlag auf Schlag erteilen". So unfreundlich sonst das Bild des neuen russischen Ministers des Aeußern anmutet — eine Tugend scheint er zu besitzen: Er ist überaus genügsam.

•

Petersburg, 1. August.

Die Petersburger Telegraphenagentur erfährt aus unterrichteter Quelle, daß Ministerpräsident und Minister des Aeußern Stürmer am 2. Jahrestage der Kriegserklärung durch Deutschland folgende Kundgebung veröffentlichen wird: In dem Augenblicke, da die Alliierten in das dritte Kriegsjahr eintreten, ist die kaiserliche Regierung, ebenso wie ihre treuen Alliierten, mehr denn je fest entschlossen, den vom Feinde heraufbeschworenen Krieg bis zum endgültigen Triumph der Alliierten durchzuführen. Die zwei Kriegsjahre haben die Mächte der Entente durch die Waffenbrüderschaft der alliierten Truppen, durch ihren Heldenmut und durch das vergossene Blut noch enger zusammengeschweißt in ihrem Entschlusse, das bedrohte Europa von dem Joche der deutschen Vorherrschaft zu befreien. An allen Fronten erteilen die Truppen der Alliierten dem Gegner Schlag auf Schlag. Ich habe die Ueberzeugung, daß es den Alliierten mit dem Beistande des Allmächtigen gelingen wird, den Feind zu besiegen und ihre edle Sache zum Triumph zu führen.

Reichspost
2./VIII. 1916

Die Stellung Rumäniens.

Eine rumänische Meldung.

Das vierverbandfreundliche Blatt „Galatz“ schreibt: „Das Einvernehmen Rumäniens mit den Vierverbandsmächten ist abgeschlossen. Herr Bratianu wurde verpflichtet, sich definitiv zu äußern, und tat es. In der Zeit vom 1. bis zum 15. August wird die rumänische Armee mobilisiert sein, die Vorbereitungen sind schon seit langer Zeit getroffen. Rumänien wird am Weltkrieg nicht teilnehmen. Rumänien wird nur mobilisieren, um seine Grenzen zu verteidigen. Gleichzeitig wird die russische Armee durch die Dobrudscha sowie über Galatz und die Donau in Bulgarien einmarschieren. Die Operationen im Norden werden zugleich mit der Offensive in Saloniki beginnen. Rumänien wird eine Proklamation erlassen, in der es erklären wird, daß es niemand gegenüber Angriffsabsichten verfolgt, daß es aber, da Rußland die Durchführung der Bestimmungen des Bukarester Friedens vom Jahre 1913 mit den Waffen in der Hand betreibt, sich den russischen Absichten nicht entgegenstellen könne, da es selbst diesen Vertrag infolge seiner schwachen mititärischen Kräfte den Großmächten gegenüber nicht durchführen könne. Es wird weiterhin gerüstet eine abwartende Haltung beobachten.“

Wiedereröffnung aller rumänischen Grenzpunkte für den Export nach Oesterreich-Ungarn und Deutschland.

Bukarester Blättermeldungen zufolge wurden alle rumänischen Grenzpunkte für den Export nach Oesterreich-Ungarn und Deutschland am Samstag wieder eröffnet. Um eine Stauung zu vermeiden, wurde die Bestimmung getroffen, daß — außer den Waggons der „C. V. E.“ — über Palanka täglich 50 Waggons, über Predeal täglich 70 Waggons, über Verciorove täglich 37 und über Caineni täglich 24 Waggons das Land verlassen sollen. Der Grenzpunkt Burdujeni bleibt für jeden Warenverkehr geschlossen. Der Export von Petroleumprodukten in Zisternen wird wie früger nur über Predeal erfolgen. Die leeren Zisternen aber werden über Caineni und Palanka ins Land gebracht werden. Die leeren Waggons für die „C. V. E.“ werden auf dieselbe Weise wie bisher nach Rumänien gebracht werden.

Neues Wiener Tagblatt
2. VIII. 1916

Das deutsche Kriegsernährungsamt an die Bevölkerung.

Berlin, 1. August. Das Wolffsche Bureau veröffentlicht folgendes:

„An die Verteidiger des Vaterlandes in der Heimat!

Zwei volle Kriegsjahre mit allen ihren Schrecken und Nöten hat das deutsche Volk nunmehr ertragen müssen; ungeheure Opfer wurden ihm auferlegt. Sie wurden dargebracht, weil die Abwehr des Angriffes einer Ueberzahl von Feinden auf den Bestand des Reiches und die Freiheit der nationalen und wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands sie erforderten. Der unvergleichliche Todesmut unsres Heeres hat sich als unüberwindlich erwiesen. Von den wichtigen Zufuhrstraßen des Weltverkehres abgeschnitten und auf den Ertrag der eigenen Scholle angewiesen, vermochte das deutsche Volk das zweite schwere Kriegsjahr zu überstehen, indem es tapfer und entsagungsvoll seine Friedensgewohnheiten änderte und durch Einschränkungen, ja Entbehrungen die schwere Mißernte der letzten Jahre auszugleichen wußte. Der Höhepunkt der an die Entsagungsfähigkeit des Volkes gestellten Anforderungen traf mit den gewaltsten militärischen Anstrengungen zusammen, die je ein Volk bei der Abwehr einer Ueberzahl von Feinden zu leisten hatte.

Neben wütendem Kampf gegen die lebende Wehr, die Heimat und Herd des deutschen Volkes schützt, führen unsre Gegner einen schmählichen Krieg gegen Frauen und Kinder. Was die Waffengewalt auf dem Schlachtfeld nicht vermag, soll der Hunger erzwingen. Wir sollen mürbe gemacht und der zähe Widerstand unsrer Heere in der Heimat gebrochen werden. Das wird nicht gelingen! Auf den heimischen Fluren reift uns die Ernte entgegen, die einen reicheren Ertrag verspricht als die vorjährige. Sie gibt uns eine sichere Gewähr dafür, daß bei richtiger, die Mängel der bisherigen Regelung vermeidender Verteilung die hingebende Opferwilligkeit unsres Volkes keine seine Kräfte übersteigende Belastungsprobe erfahren wird. Das Kriegsernährungsamt wird alles daran setzen, daß die Nahrungsmittel gerecht und gleichmäßig verteilt werden und daß die Preise nicht über die durch die Kriegsverhältnisse gebotenen Grenzen hinausgehen.

Soweit sich ohne Gefährdung der Bedarfssicherung eine Senkung des Preisstandes der Nahrungsmittel ermöglichen läßt, wird darauf hingewirkt werden. Auch bei der Durchführung dieser Grundsätze muß sich das deutsche Volk Beschränkungen auferlegen. Sie sind aber gering anzuschlagen gegenüber den Entbehrungen und Opfern, die unser Heer seit zwei Jahren willig trägt. Unermeßlichen Dank schulden wir in der Heimat den Tapferen da draußen, die unsre Grenzen schützen. Ihr Vorbild soll uns leiten bei Anpassung an die Kriegsernährungsverhältnisse. So erfüllen wir einen Teil unsrer Dankespflichten und bekunden den unerschütterlichen Siegeswillen des deutschen Volkes durch die Tat.

Berlin, den 1. August 1916.

Der Vorstand des Kriegsernährungsamtes:
V. Batocki, Edler v. Braun, Dr. Dehne, Freiherr v. Falkenhausen, Gröner, Manasse, Dr. Müller, Reusch, Sänger, Graf von der Schulenburg, Stegerwald.

Dieser Erklärung schließen sich an: der Bund der Industriellen: Kommerzienrat Friedrichs (Potsdam); der Bund der Landwirte: Dr. Roesicke; der Zentralverband deutscher Industrieller: Roetger, Landrat a. D.; Vorortevereinigung der christlich-deutschen Bauernvereine: Freiherr v. Kerckerinck zum Berg; der Deutsche Bauernbund: Dr. Böhme und Dr. Lösche; der Deutsche Handelstag: Dr. Kaempf; der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag: Plate; der Deutsche Städtetag: Wermut; der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband: Bechly; die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands: Legien; der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands: Matthias Schiffer; der Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie: Dr. Rießer; der Reichsdeutsche Mittelstandsverband: Doktor Eberle; die Soziale Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände: Dr. Köhler (Hamburg), Reif (Leipzig) und Ehlers (Frankfurt a. M.) sowie der Verband der deutschen Gewerkvereine: Gustav Hartmann."

Pester Lloyd
2. VIII. 1916

(Studienreise deutscher Journalisten nach Ungarn.) Aus Temesvár wird dem „Magyar Kurir“ telegraphiert: Der Temesvárer Ausschuß des Landesvereins der Provinzjournalisten hat in Angelegenheit der Fahrt deutscher Zeitungsmänner nach Ungarn unter dem Vorsitze des Schriftleiters Michael Pogány in Temesvár eine Sitzung gehalten, in der Vorstandsstellvertreter Karl Krausshaar der Versammlung mitteilte, daß der Gedanke der Fahrt der deutschen Journalisten von ihm ausgegangen sei. Während seines Aufenthaltes in Berlin habe er oft darüber Klage führen gehört, daß die ungarischen Deutschen unterdrückt würden. Daher habe er die Einladung ergehen lassen, damit man sich von der Grundlosigkeit der Klagen überzeugen könne. Den Ausflug führt der Berliner Professor und Vorstand des „Deutschen Vereins für ländliche Wohlfahrt- und Heimatspflege“ Heinrich Sohnrey. Die bedeutendsten deutschen Blätter lassen sich von dreißig Redakteuren und Mitarbeitern vertreten. Solche exponierte Elemente wie Lutz Korodi, von dessen Teilnahme an der Fahrt einige hauptstädtische Blätter zu berichten wußten, werden nicht nach Ungarn kommen. Dagegen würden die Teilnehmer selbst Einspruch erheben, da sie mit ihrem Aufenthalte in Ungarn durchaus keine politischen Absichten verknüpfen wollen. Er soll vielmehr ein neuer Beweis sein für die Waffenbrüderschaft und das Freundesbündnis der Ungarn und Deutschen. Der Ausflug erstreckt sich auf sechzehn Tage. Die Staatsbahn stellt den deutschen Gästen zwei Pullmanwagen erster Klasse zur Verfügung. Die Fahrtrichtung ist: Zsolna, Rózsahegy, Tátrafüred, Budapest, Mezöhegyes, Szeged, Szenthubert, Csatád, Saroltavár, Zsombolya, Temesvár, Herkulesfürdö, Orsova, Adakaleh, Belgrad, Zimony, Ujvidek, Hódság, Vukovar, Gombos, Siófok, die Bäder des Plattensees, Keszthely und Sopron. Ueberall werden die Gäste die kulturellen Einrichtungen und die Fabriken besichtigen. In Südungarn und im Soprongebiete werden sie mehrere deutsche Gemeinden besuchen. In Budapest halten sie sich zwei Tage, in Temesvár einen Tag auf. Bürgermeister Geml teilte mit, daß die Stadt Temesvár sich für den Empfang der Gäste vorbereite. Die Anstalten dazu treffen die Stadtbehörden im Vereine mit dem Temesvárer Journalistenverbande.

Neue Freie Presse 3./VIII. 1916

Rumänien und Rußland.

Eine Erklärung der konservativen Partei Rumäniens.

Wien, 2. August.

Die konservative Partei Rumäniens veröffentlicht in ihrem offiziellen Organ „Steagul" nachstehende Erklärung:

Die Interventionen, die der Vierverband in der letzten Zeit bei der rumänischen Regierung unternommen hat, sollen, wie man sagt, den Zweck haben, die Regierung Bratianu zu einem Zusammengehen Rumäniens mit Rußland zu bewegen. Die Unterhandlungen sollen sich um die Klausel einer Militärkonvention Rumäniens mit Rußland drehen, deren Zweck darin besteht, für die russischen Truppen den Durchmarsch durch die Dobrudscha und den freien Weg durch die Moldau gegen Oesterreich-Ungarn zu erlangen.

Wir wissen nicht, ob die letzten vom Vierverband unternommenen Schritte tatsächlich den Zweck verfolgen, der ihnen beigelegt wird, nämlich eine Militärkonvention Rußlands mit Rumänien, ebenso wissen wir nicht, zu welchem Resultat diese diplomatischen Schritte der Entente geführt haben.

Die Frage einer Militärkonvention Rumäniens mit Rußland ist jedoch eine so außerordentlich ernste, daß wir als regierungsfähige Partei nicht umhin können, die Lage ohne einen Druck von außen und ohne jedes andere Interesse als das für das Wohl und die Würde des Landes zu beurteilen und unsere Ansicht über die Frage einer eventuellen Militärkonvention mit aller Entschiedenheit zu äußern.

Die Regierung Rumäniens darf mit einem fremden Staat keine Militärkonvention schließen, die auf eine, wenn auch nur vorübergehende Besetzung rumänischen Territoriums abzielt.

Eine derartige Konvention ist verfassungswidrig und gemäß Artikel 122 der rumänischen Konstitution ungültig. Dieser Artikel besagt nämlich: „Keine fremden Truppen werden in dem Dienste des Staates stehen, noch rumänisches Gebiet besetzen, noch auch durch solches marschieren dürfen, als nur auf Grund eines darauf bezüglichen Gesetzes."

Die Regierung darf sich daher keineswegs den stillschweigenden Vorbehalt machen, daß der Enderfolg die Verfassungswidrigkeit einer Militärkonvention mit Rußland entschuldigen wird.

Die konservative Partei des Landes bleibt der Regierung gegenüber so lange frei und jeder Zurückhaltung entbunden, als sie nicht den gesetzlichen Weg betreten und die eventuell in Aussicht genommene Konvention den gesetzgebenden Körperschaften zur Genehmigung vorlegen wird.

Die Regierung Bratianu wird aber die Verantwortung für ihr ungesetzliches Vorgehen auch durch einen Erfolg nicht von sich wälzen können, weil dieser Erfolg nicht ihr, sondern den Umständen zuzuschreiben sein würde. Die Ungesetzlichkeit und Verfassungswidrigkeit einer derartigen Konvention würde ein ernster Präzedenzfall bleiben, von dem die konservative Partei die liberale Regierung niemals lossprechen könnte.

Im Falle des Mißerfolges aber würde die Verfassungswidrigkeit der Konvention zusammen mit ihrem vernichtenden Resultat der gegenwärtigen liberalen Regierung den gehässigen Charakter einer unfähigen Diktatur verleihen. Einzig und allein der König hat auf Grund des Artikels 93 der Konstitution das Recht, Konventionen abzuschließen, aber auch diese müssen auf Grund konstitutioneller Bestimmungen der Genehmigung der gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet werden.

Die konservative Partei glaubt durch Veröffentlichung dieser Erklärung ihre Pflicht erfüllt und die Regierung zur Genüge auf die Ungesetzlichkeit einer Konvention mit Rußland aufmerksam gemacht zu haben.

Die konservative Partei behält sich daher volle Aktionsfreiheit gegenüber einer derartigen Konvention vor, die sie als ein persönliches Werk der Regierung Bratianu betrachten würde, das niemand andern als nur die Regierung Bratianu binden könnte.

Die konservative Partei stellt sowohl die Gesetzmäßigkeit als auch die Opportunität einer Konvention Rumäniens mit Rußland hiemit öffentlich in Abrede.

Neue Freie Presse
3./VIII. 1916

Keine Vermittlung des Papstes zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien vor dem Kriege.

Eine Erklärung des Vatikans.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Lugano, 2. August.

In bezug auf eine gestern in der „Tribuna" erschienene Nachricht, der Vatikan habe sich seinerzeit ins Mittel gelegt, um den Krieg zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn zu verhindern, die italienischen Ansprüche zu sichern und dafür die Vertretung des Heiligen Stuhls beim künftigen Friedenskongreß verlangt, um die römische Frage zu internationalisieren, schreibt der „Osservatore Romano", daß er autorisiert sei, diese Nachricht als bar jeder Begründung zu bezeichnen.

Arbeiterzeitung 3./VIII. 1916. 27 — 1

Die Sozialdemokratie und die Friedensmöglichkeiten.

Rede Troelstras auf der Internationalen Sozialistenkonferenz der Neutralen.

Die Internationale neutrale Konferenz in Amsterdam eröffnete der holländische Genosse Troelstra mit folgender Rede:

Troelstra begrüßt die Delegierten. Nach Schilderung der Wirkungen des Krieges führt er aus, daß die Sozialdemokratie in die Notlage mithineingerissen worden sei. Zwar mahnt sie überall zur Mäßigung und fordert Bereitwilligkeit zu einem dauernden Frieden, aber einen geschlossenen Kampf führt sie nicht. Die erste Vorbedingung dazu, die internationale Verständigung, war bis heute nicht zu erreichen. In den kriegführenden Ländern hat sich eine Kriegsideologie gebildet, deren Einfluß sich sogar gewisse sozialistische Kreise nicht ganz entziehen konnten. Es scheint, daß mancher Sozialdemokrat durch den herrschenden Burgfrieden die Kraft und Bedeutung der Arbeiterklasse als eines politischen Faktors ersten Ranges aus den Augen verloren hat.

Schon von Anfang des Krieges an hat das Exekutivcomité versucht, als

Friedensvermittler zwischen den Parteien der Internationale

tätig zu sein. Die nationalen Gegensätze waren aber bis heute noch zu stark. Es erwies sich sogar unmöglich, alle Parteien der kriegführenden Länder zu Privatkonferenzen mit dem Exekutivcomité zu bewegen. Es war namentlich die französische Partei, die, solange französischer Boden von den Deutschen besetzt sei, jede auch indirekte Unterhandlung mit der deutschen Partei ablehnte und sich von diesem Standpunkt nicht abbringen ließ. Der inzwischen von mehreren angeschlossenen Parteien gestellten Forderung, eine vollständige Bürositzung einzuberufen, hat das Exekutivcomité nicht nachgegeben, in der Erwägung, daß ein mißlungener Versuch nur vom Uebel sein könnte. Wir hoffen aber, daß es dieser Konferenz gelingen werde, die Bedenken gegen eine sofortige brüderliche Aussprache zwischen den Vertretern der durch die Politik ihrer bürgerlichen Regierungen geschiedenen Bruderparteien zu beseitigen. Aus dieser bedauerlichen Sachlage hat man auf verschiedenen Seiten, besonders bei den vom Nationalismus berührten rechtsstehenden Genossen, gefolgert, die Internationale sei tot. Auch auf gewerkschaftlichem Gebiet äußert sich dieses Bestreben, unter anderem auf der Konferenz in Leeds, die einen Antrag auf Errichtung einer internationalen Gewerkschaftsunion in der Schweiz angenommen hat. Der Zweck scheint zu sein, die bestehende, alle Länder umfassende Gewerkschaftsinternationale

durch eine Teilunion zu ersetzen,

deren Internationalität darin bestünde, daß sie nicht mehr international wäre. Der „Tod" der Internationale, den man in diesen Kreisen predigt, bedeutet nur, daß der internationale Gedanke bei ihnen selbst den Todesschlaf schläft. Die andere Todeserklärung der Internationale kommt von der linken Seite der Partei, wo man an die Notwendigkeit glaubt, die Taktik gegenüber der Nationalverteidigung und dem Militarismus in revolutionärem Sinn zu ändern.

Zweifellos wird der Krieg eine gründliche Diskussion dieser Fragen zur Folge haben. Aber ich glaube,

daß sie nicht auf Sonderkonferenzen einiger Gruppen und Parteien

zu lösen sind und eine Stellungnahme noch zu verfrüht ist. Wenn die Zeit dazu gekommen sein wird, wird die Internationale die Unzerstörbarkeit ihres Wesens eben dadurch zeigen, daß sie ihre Tätigkeit den neuen Verhältnissen anpassen und auch dort, wo die Meinungen auseinandergehen, die Einheit wahren wird. Als Kundgebung des Friedenswillens und als Aufruf zur sozialistischen Selbstbesinnung habe ich die Konferenz von Zimmerwald begrüßt. Ich meine aber, die sozialistischen Arbeiter warnen zu müssen vor dem Gebrauch, den gewisse intransigente Kreise davon machen, um das Vertrauen des Proletariats zu seinen Parteien und Organisationen zu untergraben und die Spaltung in die Parteien, in die Internationale hineinzutragen. Wenn das, was wir in jahrzehntelangen Kämpfen an sittlicher und intellektueller Erhebung, proletarischer Machtbildung, politischer Einsicht und Tatkraft in den arbeitenden Klassen errungen haben, in den Stürmen des Weltkrieges nicht zugrunde gehen soll, ist es unbedingt notwendig, die Einheit und das gegenseitige Vertrauen in den führenden Kreisen so gut wie nur möglich zu wahren.

Die zwei abgelaufenen Kriegsjahre haben gezeigt, daß die Lebensinteressen der Nationen, statt die Fortsetzung des Krieges bis zum Aeußersten zu fordern, eine baldige, ja die sofortige Beendigung fordern. Für alle Teilnehmer am Kriege ist die Aussicht auf einen endgiltigen Sieg immer mehr illusorisch. Wohl ist der Höhepunkt der Kriegserfolge der Zentralen vielleicht überschritten; aber wie lange muß der Krieg noch dauern, damit die Ententemächte gegenüber Deutschland jene Position einnehmen, die dieses jetzt ihnen gegenüber hat! Es steht wohl fest, daß, je länger dieser Krieg dauert, desto mehr die Bedeutung der russischen Heere und damit des Zarismus für die Ententemächte zunimmt. Sind dies angenehme Perspektiven für uns Sozialisten? Und wird nicht eine so lange Fortsetzung des Krieges, als zu einer gründlichen Aenderung der Kriegskarte notwendig ist,

so viel neue Opfer an Blut und Geld

fordern, daß es ein Verbrechen würde, für jeden zweifelhaften Erfolg Europa zum Ruin zu führen?

Wir verstehen die Chauvinisten und auch die Schwäche der Regierungen und der gemäßigten bürgerlichen Parteien ihnen gegenüber. Aber die Sozialdemokratie darf den herrschenden Klassen nicht blindlings auf dem Weg zum Verderben folgen, sondern muß in jeder Phase des Krieges die Frage seiner Fortsetzung nach seinen Aussichten und gemäß den wirklichen Volksinteressen prüfen, und wir sind der festen Ueberzeugung, daß eine derartige Prüfung im jetzigen Augenblick dazu führen muß, daß die sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder ihre Freiheit gegenüber den eigenen Regierungen und bürgerlichen Parteien zurücknehmen und sich miteinander über die Herbeiführung eines

dauernden, das heißt auf den Hauptforderungen des internationalen sozialistischen Friedensprogramms aufgebauten Friedens verständigen.

Dieses Programm, beruhend auf der Resolution des Internationalen Sozialistischen Kongresses von Kopenhagen (1910), ist während des Krieges von den französisch-englisch-belgischen Parteien in London, von den österreichisch-deutschen Parteien in Wien und von den skandinavisch-holländischen Parteien in Kopenhagen bestätigt worden. Dieses Programm von 1910 verpflichtet die parlamentarischen Vertretungen der sozialistischen Parteien, zu wirken für: obligatorische Schlichtung aller Konflikte zwischen den Staaten durch internationale Schiedsgerichtshöfe; fortwährende Arbeit in der Richtung der allgemeinen Abrüstung und vor allem für den Abschluß von Uebereinkommen zur Beschränkung der Rüstungen zur See und zur Abschaffung des Prisenrechtes; Abschaffung der Geheimdiplomatie; Autonomie aller Völker und ihre Verteidigung gegen jede Vergewaltigung und Unterdrückung.

Dieses Friedensprogramm kann schwerlich seine Durchsetzung von der Kriegsgewalt einer der kämpfenden Parteien erwarten, sondern nur von der Erkenntnis, daß sich der Krieg selbst überlebt hat, dank der Vervollkommnung der Technik und infolge der Staatengruppierungen, die keinen Sieg ohne den eigenen Ruin zulassen. Kein dauernder Friede also auf der Basis der „Kriegskarten" oder der „Vernichtung des deutschen Militarismus". In allen Ländern fordert man Garantien und einen Frieden, der das vergossene Blut wert sei. Welcher Friede aber könnte bessere Garantie geben und das vergossene Blut besser vergelten als einer, der den Krieg endgiltig besiegt? Deshalb sollte diese Konferenz der Sozialdemokratie der kriegführenden Länder nicht nur die Notwendigkeit des Erstrebens eines solchen Friedens klarmachen, sondern auch die Ueberzeugung aussprechen, daß der Zeitpunkt, ihn zu schließen, gekommen ist. Falls die sozialistischen Parteien nicht rechtzeitig in einer Vollversammlung des Internationalen Sozialistischen Büros gemeinsam Stellung zum Friedensschluß nehmen, ist zu fürchten,

Die Zimmerwalder Linke und die Friedensmöglichkeiten.

Arbeiterzeitung

Daß der Friede entweder das Proletariat ebenso überrumpelt wie der Krieg

oder daß er als Frucht der Erschöpfung in einem Zeitpunkt kommt, wo Anarchie und völlige Unmöglichkeit ruhiger Ueberlegung eine Notlage geschaffen haben. In beiden Fällen würde der historische Moment für die Internationale, die Grundlage zum Weltfrieden zu schaffen, ungenützt geblieben und dann würde die Internationale wirklich tot sein. Wenn die Sozialdemokratie aber zur richtigen Zeit die Führung einer energischen Volksbewegung für den Frieden übernimmt, wird sie bald die Klassen wieder für das sozialistische Ideal begeistern und die Kraft und Selbständigkeit wiedergewinnen, die sie sowohl für ihre internationale Friedensarbeit als auch für den Kampf im eigenen Lande bedarf.

Wenn die sozialistischen Parteien der Kriegsländer diesen Weg einschlagen, wird der Burgfriede nicht mehr bestehen bleiben. Dies erachten wir für keinen Nachteil, sondern für einen Vorteil. Bis heute haben wohl die Mehrheiten der sozialistischen Parteien in Deutschland und Frankreich den Burgfrieden ernster genommen, als dies von den großkapitalistischen und reaktionären Parteien geschah. Freilich kann es Situationen geben, wo eben zur Bekämpfung der imperialistischen Treibereien die Sozialdemokratie die Regierung unterstützen muß, die jenen widersteht. Dies kann aber auf die Dauer nur gelten, wenn man der Regierung zutrauen kann, daß sie im entscheidenden Augenblick bereit sein wird, die wesentlichen Forderungen des sozialistischen Friedensprogramms durchzuführen, und nicht selbst auf eine Lage hinsteuert, die den Keim neuer Konflikte enthält. Wer aber wagt es, diese Gesinnung bei der Regierung seines Landes zu verbürgen? Die große Gefahr ist, daß ein Friede unter dem Einfluß der imperialistischen Elemente des Finanz- und Kolonialkapitals und der Kartell industrie gemacht wird, deren Einfluß in den bürgerlichen Parteien bis heute so stark ist, daß ohne eine energische antimilitaristische Aktion der sozialistischen Arbeiterklasse ein Friede in unserem Sinne nicht denkbar ist.

Alle Regierungen haben in dieser Kriegszeit die Notwendigkeit kennen gelernt,

von der sozialistischen Arbeiterbewegung unterstützt zu werden.

Der Augenblick ist da, die Fortsetzung jener Unterstützung abhängig zu machen von der Erfüllung wichtiger Forderungen, sowohl was die Friedenspolitik der Regierung als auch was die politische Stellung der Arbeiterklasse nach dem Kriege betrifft. Werden jene Bedingungen nicht erfüllt, dann soll die Sozialdemokratie wieder ihren eigenen Weg gehen. So soll unter anderem die Sozialdemokratie zur aktiven, direkten Teilnahme an der Feststellung der Friedensbedingungen herangezogen werden. In den Ländern, wo sie einen Teil der Regierung ausmacht, kann dies der Fall sein, namentlich wenn sich die Vertreter der Partei in der Regierung nicht dazu hergeben, die Regierung mit ihrer Verantwortlichkeit zu decken, wenn sich diese in einer dem sozialistischen Willen entgegengesetzten Richtung bewegt; aber auch die aktive Mitarbeit der Parlamente und aller darin vertretenen Parteien ist unbedingt zu fordern und die Delegationen der Regierungen zum Friedenskongreß sollten in Ländern mit großen sozialistischen Parteien auch sozialistische Vertreter enthalten.

Auch die Aussichten der inneren Politik fordern die baldige

Selbstbesinnung der Sozialdemokratie und ihre Rückkehr zum Kampf für ihre eigenen Ideale

und gegen die Klassen und Parteien, die den Burgfrieden permanent machen wollen als das beste Mittel, die sozialistische Arbeiterbewegung zu lähmen. Die erste Aufgabe der Partei wird wohl sein, die vom Krieg geschaffenen neuen Möglichkeiten zur Entwicklung der Gesellschaft in sozialistischer Richtung voll auszunützen, damit sie nicht zur Verstärkung des absolutistischen oder bürokratischen Staates und der Abhängigkeit der Arbeiterklasse gebraucht werden. Ich denke hier besonders an Deutschland, das eine ausgebreitete soziale Fürsorge hat, wo aber die Arbeiterklasse keinen ernsthaften Kampf zur Einführung des parlamentarischen Regimes geführt hat. Die völlige Verwirklichung der bürgerlichen Demokratie und des liberalen Staatsrechtes wird in der kommenden Periode der Ausbreitung der Staatsmacht mehr als je notwendig sein, daneben eine gewisse Dezentralisation, Ausdehnung der Gemeindeautonomie und Heranziehung der sozialen Organismen der Arbeiterklasse wie Gewerkschaften und Genossenschaften zu den neuen Staatsfunktionen. Ich weise ferner auf die dringenden aktuellen Fragen der geplanten handelspolitischen Bündnisse, der Steuerpolitik, der Kolonialpolitik, auf die Frauenfrage und anderes hin, die die Notwendigkeit der baldigen Wiederaufnahme der gemeinsamen Beratung der sozialistischen Parteien zeigen.

Ich zweifle nicht daran, daß die Parteien auf

einer sozialistischen Friedenskonferenz

auch zu einem Einvernehmen über die noch strittigen Punkte kommen werden. Die sozialistischen Parteien aller Länder haben von Anfang an jede Annexionspolitik abgewiesen. Die französische Partei hat sich auch gegen jenen Beschluß der Pariser Wirtschaftskonferenz ausgesprochen, der die Fortsetzung des Wirtschaftskrieges gegen die Zentralmächte im Frieden bezweckt. Von den Verhandlungen der Vertreter der österreichischen und deutschen Sozialdemokraten habe ich den Eindruck empfangen, daß sie ein Bündnis nicht zur wirtschaftlichen Bekämpfung der Ententeländer, sondern zur Erleichterung des Verkehrs zwischen beiden Staaten anstreben; ich gebe indes zu, daß hier eine Gefahr besteht, und begrüße die Gelegenheit, die uns diese Konferenz bietet, uns über diese Pläne und über die Handelspolitik, die sich aus dem Friedensprogramm der Internationale ergibt, auszusprechen.

Was die verschiedenen Nationalitätenfragen anlangt, so haben sich die verschiedenen Nationen in diesem Kriege im allgemeinen mit den Staaten, zu denen sie gehören, solidarisch erklärt. Die Lösung der Nationalitätenfragen wird darum zumeist in der nationalen Autonomie im demokratisierten Staate zu finden sein.

Schwieriger ist vorläufig die elsaß-lothringische Frage. Wenn aber kurz vor dem Kriege die deutsche und die französische Partei dieselbe Resolution über Elsaß-Lothringen beschlossen haben, worin sie die volle republikanische Autonomie und staatsrechtliche Gleichberechtigung forderten, so muß man — mag jene Lösung auch nur als ein Kompromiß zur Vermeidung des Weltkrieges erscheinen — erwarten, daß sich die französischen und deutschen Sozialisten auch jetzt werden einigen können, wo es sich um die Beendigung des Weltkrieges handelt.

Parteigenossen! Als Sozialisten der neutralen Länder haben wir nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Pflicht, ohne Leidenschaft und ohne Haß gegen irgend eine Partei der Internationale die Notwendigkeit der Aktion für den Frieden zu besprechen. Sicherlich haben wir alle unsere eigenen Sympathien und Antipathien, aber in unseren Herzen lebt die Idee der Internationale gebietend fort und darum haben wir auch das Recht darauf, von den streitenden Parteien gehört zu werden. So hebe sich diese Konferenz aus der rasenden See der nationalen Leidenschaften als ein Eiland, wo noch die Internationale wohnt! Dann wird von ihr ein starker Drang ausgehen nach dem Frieden zwischen den Sozialisten, der ersten Vorbedingung des Friedens zwischen den Staaten.

* * *

Die Konferenz.

's Gravenhage, 31. Juli. Auf der Konferenz der Neutralen sind anwesend dreizehn Delegierte aus Holland, Dänemark, Argentinien, Schweden, den Vereinigten Staaten und Spanien. Aus der Schweiz und aus Norwegen sind wegen Paßschwierigkeiten keine Delegierten vertreten. Nach der Eröffnungsrede Troelstras sprachen nachmittags Branting im wesentlichen im Sinne der französischen Parteimehrheit, Repetto, der eine entschiedene Freihandelspolitik forderte, Algernon Lee, der feststellte, daß die amerikanische Partei die anfängliche Kriegskrise überwunden und der Kampf gegen den Jingoismus im Volk erstarkt sei, ferner Stauning, der Troelstras Standpunkt teilt, und van Kol. Morgen tagen die politische und die ökonomische Kommission. Nach Konferenzende findet am Mittwoch eine Versammlung in Amsterdam statt. Vandervelde sendete ein Schreiben, worin er den Grund für das Fernbleiben der belgischen Delegation darlegt und den belgischen Standpunkt vertritt. Huysmans wohnt der Konferenz bei, aber inoffiziell, da die Konferenz den Charakter einer autonomen Zusammenkunft der neutralen Länder hat.

Berner Bund
3./VIII. 1916

31

Rumänien als zweites Griechenland?

In den letzten Meldungen aus Rumänien, so besonders in der im heutigen Morgenblatte wiedergegebenen Aeußerung des rumänischen Blattes „Galatz" taucht eine Wendung auf, die die Lage in neuem Lichte sehen läßt. Danach bestehe Rußland darauf, die Bestimmungen des Bukarester Friedens von 1913 mit bewaffneter Hand durchzuführen. In diesem Frieden, der dem zweiten Balkankriege folgte, wurden bekanntlich die Grenzen zwischen den Balkanstaaten so festgelegt, wie sie vor Ausbruch des Weltkrieges standen. Da nun Bulgarien einen großen Teil des damals Serbien zugeteilten Gebietes von Mazedonien besetzt hat und zweifellos auch behalten will, so ist tatsächlich der unter rumänischem Patronate geschlossene Bukarester Friede gebrochen. Rußland, das angeblich hier Ordnung schaffen möchte, grenzt aber nicht an Bulgarien — es muß rumänisches Gebiet verletzen, wenn es die Bulgaren zu Lande angreifen will. Wenn nun der „Galatz" recht berichtet ist, so überlasse Rumänien die Rolle eines Herstellers des Bukarester Friedens Rußland, da es selbst militärisch zu schwach sei, um gegenüber den mit Bulgarien verbündeten Großmächten aufzutreten. Zugleich meldet das genannte Blatt, sobald der Vormarsch der Saloniker Armee erfolge, werde Rußland durch die Dobrutscha in Bulgarien einmarschieren; Rumänien aber könne sich diesen russischen Absichten nicht entgegenstellen. Das hieße also: die Rumänen gestatten der russischen Armee, die gegen Bulgarien operiert, den Durchmarsch durch rumänisches Gebiet, weil sie ihn nicht verhindern können. Das wäre genau der gleiche Fall wie die griechische Duldung der Operationen im Raume um Saloniki. Hier wie dort stellt sich sofort die Frage: Erkennen die Zentralmächte und ihre Verbündeten ein solches Gewährenlassen als «dura necessitas» an oder wird es für sie zum Kriegsgrunde gegen den seine Grenzen Oeffnenden? Griechenland gegenüber haben sie bisher geschwiegen, in Berücksichtigung der schwierigen Lage des Landes. Ob sie Rumänien den Durchmarsch russischer Truppen auch schweigend gestatten würden? Man darf füglich daran zweifeln.

Im Laufe des heutigen Vormittags sind übrigens Nachrichten eingetroffen, die von einer Beruhigung sprechen. So melden Berliner Blätter aus Bukarest, die langen und mehrmaligen Audienzen der konservativen Parteiführer beim König scheinen einen Umschwung oder doch wenigstens besonneneres Vorgehen zur Folge gehabt zu haben. Die Regierung dementiere die Ernennung des kriegsfreundlichen Generals Iliescu zum Generalstabschef. Ebenso seien die Manöver, durch welche die Armee unter Umgehung eines königlichen Dekretes hätte auf Kriegsfuß gebracht werden sollen, abbestellt oder verschoben worden. Der König könne als der Hort des Friedens angesehen werden. Das russenfreundliche Blatt „Adeverul" drücke bereits die Besorgnis aus, daß die diplomatischen Verhandlungen beendigt seien, ohne eine Entscheidung gebracht zu haben. Zur Stunde wisse niemand, was der Ministerpräsident Bratianu beschlossen habe. Er schweige, und man sehe bloß, daß sowohl die Diplomaten der Entente wie jene der Mittelmächte zufrieden erscheinen, und daß die fieberhafte Spannung nachgelassen habe. Die „Indépendance Roumaine" meldet, die Regierung habe sowohl bei den Mittelmächten wie in Rußland große Quantitäten Kohle bestellt, die nun nach und nach einzutreffen begännen.

Sicher scheint nach all diesen Informationen, daß Rumänien für die nächste Zeit seine abwartende Haltung nicht verläßt. Wie sich die Dinge dort weiter entwickeln, ist heute noch nicht zu ermessen.

Neues Wiener Tagblatt
3./VIII. 1916

32

„Kriegsnamen" für irredentistische Freiwillige in der italienischen Armee

Wien, 2. August. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Die italienische Oeffentlichkeit scheint sich in der Beurteilung des Falles Battisti keineswegs in Uebereinstimmung mit der italienischen Obersten Heeresleitung zu befinden. Letztere steht, wie aus einem aufgefundenem Befehle des höchsten Kommandos des italienischen Heeres, Operationsabteilung, Amt für verschiedene Angelegenheiten, Protokoll Nr. 4609 vom 9. Dezember 1915, unzweideutig hervorgeht, auf dem Standpunkt, daß Ueberläufer, auch wenn sie, wie Battisti und Filzi, im italienischen Heere dienen, nicht italienische Staatsbürger werden, so daß ihre Verurteilung als Hochverräter in Oesterreich-Ungarn vollkommen mit Recht erfolgt. Dieser Befehl lautet wörtlich:

Aus Besorgnis über die peinliche Lage, in die infolge der Kriegsereignisse jene Freiwilligen und ihre Familien der irredentistischen oder ehemals österreichisch-ungarischen Länder kommen können, die in unsern Reihen kämpfen, ermächtigt dieses Kommando, indem es beim Ministerium eingebrachten Gesuchen seine Zustimmung erteilt, jene unter ihnen, Offiziere und Mannschaft, die darum bei den zuständigen Korpschefs oder dienstlichen Vorgesetzten bitten, ein Pseudonym oder einen Kriegsnamen an Stelle ihres wirklichen Namens zu gebrauchen. Zu diesem Zweck sind folgende Vorschriften zu beobachten:

1. Die Annahme eines Kriegsnamens durch die genannten Freiwilligen wird auf die Dauer des Krieges beschränkt bleiben, ohne daß dies eine gesetzliche Anerkennung oder einen Wechsel der Staatsbürgerschaft in sich schlösse.

2. Das Pseudonym wird den Zunamen ersetzen und Vornamen unverändert lassen.

3. Ebenso wird zum Schein der Wahrscheinlichkeit das Geburtsdatum geändert und auch der Geburtsort, unter besonderer Berücksichtigung der Aussprache (Dialektes) des in Betracht komenden Mannes.

4. Diese neuen Daten haben allein in den Legitimationskapseln und in den Grundbuchblättern der Mannschaftspersonen Aufnahme zu finden. Alle ohne Unterschied (Offiziere und Mannschaft) müssen immer mit dem Kriegsnamen genannt werden und in jedem Militärdienstverhältnis sowie in der Brief- und Telegrammkorrspondenz unter ihrem neuen Kriegsnamen bekannt sein. Unter der neuen Namensbezeichnung müssen sie in sämtlichen Militärdokumenten figurieren.

5. Um die Umänderung praktisch durchzuführen, werden diejenigen, die hierunter fallen, aus dem Korpsbereich oder bei Mannschaftspersonen wenigstens aus dem Bataillonsbereich versetzt werden.

6. Die Verzeichnisse mit der doppelten Benennung (der wirklichen und der Kriegsbenennung) werden von den Regimentskommandos von den betreffenden Kaders vom Kriegsministerium (Generaldirektion der Personalangelegenheiten für Offiziere, Generaldirektion der Musterungsmannschaftsdirektion) aufbewahrt werden, wohin sie von den Korps direkt aufgegeben werden.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
A. Diaz."

Die Zeit Abend
4./VIII. 1916

Eine Drohung der Iren.

Mit einem neuen Kurs.

KB London, 4. August.

Im Unterhause erklärte Dillon (Nationalist), unter dem ersten Druck des Krieges hätte sich das Parlament fast um seine ganze Existenz bringen lassen, aber jetzt habe sich eine große Aenderung in seinem Geisteszustand vollzogen, und er selbst glaube nicht, daß die Regierung den Krieg ohne weitere Kritik ihrer Leitung fortführen dürfe.

Die irischen Abgeordneten hätten sich bisher jeder Kritik enthalten, damit die Regierung freie Hand habe, aber sie fanden keine Anerkennung für ihr Schweigen. Jetzt würden sie einen anderen Kurs einschlagen.

Die Zeit Abendbl. 4./VIII. 1916

Der Kampf gegen den Kanzler.

Neuausgabe der Junius Alter-Broschüre.

≈ Berlin, 4. August. (Priv.-Tel.)

Die bekannte Kampfschrift gegen den Reichskanzler von Junius Alter wird neuerdings anscheinend in größter Auflage verbreitet. Sie trägt jetzt den Titel: „Deutsche Reichspolitik seit 14. Juli 1909." Ein Verfasser und ein Druckort sind nicht angegeben, aber als Herausgeber zeichnen „Drei Deutsche", die der Schrift folgende, Pfingsten 1916, datierte Einleitung voranschicken:

„Wir halten uns für verpflichtet, den Inhalt dieser historisch gewordenen Streitschrift eines Ungenannten weiteren Kreisen ohne Aenderungen zu übergeben; denn die vereinzelt laut gewordenen Einwände erscheinen gegenüber der Wucht dieser vaterländischen Mahnung belanglos. Diejenigen aber, die allzu bequem trotz der politischen Notstandszeiten eine grundsätzliche Ablehnung jeder nicht mit vollem Verfassernamen gezeichneten Schrift verkünden, verweisen wir auf Hutten, Luther, Friedrich den Großen, Bismarck, Moltke und unzählige andere."

Die vorliegende Schrift ist übrigens nichts anderes als der wörtliche Abdruck der Junius Alter-Broschüre: „Das Deutsche Reich auf dem Wege zur geschichtlichen Episode." Versendet wird diese Neuausgabe aus verschiedenen Orten, wie zum Beispiel Braunschweig, Plauen, Hamburg-Fuhlsbüttel u. a.

Die Zeit Abend
4. VIII. 1916

Die Verletzung der schwedischen Neutralität.

Der Notenwechsel mit Rußland.

KB Stockholm, 3. August.

Die Schwedische Telegraphenagentur meldet: Die Antwort der russischen Regierung auf den schwedischen Protest gegen die Aufbringung der deutschen Dampfer „Lissabon" und „Worms" ist jetzt eingegangen.

Durch die vor Abgang des Protestes vorgenommene Untersuchung ergab sich für die schwedische Regierung, daß diese Schiffe in den schwedischen Hoheitsgewässern gekapert worden sind.

Von der „Worms" wurde ein Rettungsboot ausgesetzt, worin 13 Mann das Ufer erreichten. Die Russen versuchten, dies durch Karabinerschüsse zu verhindern. Ob die Schüsse scharf und gegen das Rettungsboot gerichtet waren, ist nicht festgestellt.

Die Besatzung der „Lissabon" erreichte in Rettungsbooten das Land, dagegen wurden 27 Mann der Besatzung der „Worms", darunter der Kapitän sowie auch der schwedische Lotse, von den Russen weggeführt.

Die russische Regierung hatte am 16. Juli mitgeteilt, daß der Bericht des betreffenden Befehlshabers eingefordert worden sei. In der jetzt vorliegenden Antwort wird dieser Bericht angeführt, demzufolge die Aufbringung der Dampfer sowie die Verfolgung der Rettungsboote des Dampfers „Lissabon" außerhalb der Dreimeilengrenze stattgefunden haben. Es wird jedoch die Möglichkeit eingeräumt, daß Prellschüsse in die schwedischen Hoheitsgewässer fielen. Es wird auch behauptet, daß die Besatzungen der „Worms" und der „Lissabon" sich weigerten, den Befehlen der russischen Fahrzeuge zu gehorchen, die Dampfkessel entleerten und die Maschinen beschädigten, was alles als Zeichen dafür angenommen wird, daß die Besatzungen sich bewußt waren, sich außerhalb der schwedischen Hoheitsgrenze zu befinden. Die russische Regierung bedauert, daß Prellschüsse schwedisches Hoheitsgebiet trafen. Der Oberbefehlshaber der Ostseeflotte erteilte dem verantwortlichen Offizier einen Verweis, und alle Offiziere der russischen Marine erhielten Befehl, jede Verletzung der Neutralität Schwedens zu vermeiden.

Nach dem Einreichen des Protestes erfuhr die schwedische Regierung durch zwei Verhöre des von Rußland heimgekehrten Lotsen sowie durch die Zeugnisse des Leuchtturmpersonals und des Lotsenpersonals an der Aufbringungsstelle sowie ferner des schwedischen Kapitäns Bonnevier, der sich an Bord der „Lissabon" befand, daß die Aufbringung der Dampfer innerhalb des schwedischen Hoheitsgebietes stattfand.

Der Schriftwechsel in dieser Frage ist noch nicht beendet.

Betreffs der Torpedierung des Dampfers „Cyria" und des Versuches der Torpedierung der „Elbe" ist eine befriedigende russische Antwort in den nächsten Tagen zu erwarten.

Die Zeit
4./VIII. 1916

Asquith über den Wirtschaftskrieg.

Verteidigung gegen Deutschlands Eroberungspläne.

KB London, 3. August.
(Meldung des Reuterschen Bureaus.)

Premierminister Asquith eröffnete gestern im Unterhaus die Debatte über die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz mit einer Rede, in der er sagte, der Zweck der Beteiligung Englands an der Konferenz sei erstens gewesen, den Feind zu überzeugen, daß die Alliierten entschlossen seien, den Krieg mit voller Einigkeit auf wirtschaftlichem Boden ebenso wie auf militärischem Boden zu führen, und zweitens für die Zeit nach dem Friedensschluß in Anbetracht der bekannten Haltung Deutschlands Vorbereitungen zu treffen. Deutschland werde auch nach dem Kriege von demselben Geiste beseelt sein und organisiere bereits seine Industrie für einen Angriff auf die Märkte der Alliierten sowie für einen kräftigen, wenn möglich siegreichen Angriff auf die Märkte der Neutralen.

Nicht gegen die Neutralen.

Asquith betonte, es sei aber jedem einzelnen unter den Alliierten anheimgestellt, seine Politik zur Durchführung der Beschlüsse der Konferenz auszuarbeiten. Die Beschlüsse seien nicht gegen die Neutralen gerichtet. Inzwischen sei aber in neutralen Ländern, namentlich in Amerika, die Befürchtung entstanden, daß die Beschlüsse gegen die Neutralen gerichtet seien. Aber dies sei nicht der Fall. Sie hätten bloß die notwendigen Selbstverteidigungsmaßnahmen gegen den wirtschaftlichen Ueberfall ins Auge gefaßt, der die Lebensinteressen der Alliierten bedrohe, aber bei der Durchführung der Maßregeln werde alle Anstrengung gemacht werden, um sicher zu verhindern, daß die Neutralen darunter leiden.

Die Zeit
4. VIII. 1916

Die Haltung Rumäniens.

Bulgarische Aeußerungen.

Z Budapest, 3. August. (Priv.-Tel.)

Aus Sofia wird dem Az Est telegraphiert: Der bulgarische Bautenminister Petrow äußerte sich in der heutigen Nummer des Utro in folgender, sehr scharfer Weise über Rumänien:

Nach nicht langer Zeit wird auch die Stunde für Rumänien schlagen. Auf sämtlichen Kriegsschauplätzen gehen jetzt Ereignisse von der allergrößten Bedeutung vor sich. Niemand kann jetzt mehr Zuschauer dieser Ereignisse bleiben, und am wenigsten kann dies Rumänien tun. Dieses Land steht vor zwei Alternativen: Wenn es mit uns geht, werden wir es vom Herzen gern sehen, aber es trifft uns auch nicht unvorbereitet, wenn es sich gegen uns wendet.

Pester Lloyd
4./VIII. 1916

Militärische Mission eines niederländischen Generalstabsoffiziers in Berlin.

Haag, 2. August.

Oberstleutnant im Generalstab Müller-Massis wurde mit einer militärischen Mission in Berlin beauftragt.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl. 4./VIII. 1916

39

Besuch des deutschen Kaisers beim k. u. k. Armeeoberkommandanten.

Wien, 3. August. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Kaiser Wilhelm hat dem Feldmarschall Erzherzog Friedrich im Standorte des k. u. k. Armeeoberkommandos einen Besuch abgestattet.

Reichspost 4./VIII. 1916

Papst und römische Frage.

In den letzten Tagen mehren sich in den offiziösen römischen Blättern die Anzeichen einer gewissen nervösen Unruhe des italienischen Kabinetts wegen der internationalen Haltung Papst Benedikts XV. So ließ die „Tribuna" die Nachricht aufflattern, der Papst habe vor Kriegsausbruch zwischen Oesterreich und Italien vermittelt, habe die italienischen Ansprüche vertreten und als Entgelt dafür von Oesterreich die Zusicherung des Eintretens für die Teilnahme des Papstes an dem Friedenskongreß erlangt. „Osservatore" brachte sofort ein formelles Dementi. Gleichzeitig begann das vom „Giornale d'Italia" angeführte Kesseltreiben wegen der „übertriebenen Neutralität und Friedenspropaganda", die in der Ansprache des Papstes an die römischen Kinder zum Ausdruck käme; für eine solche Neutralität sei jetzt kein Platz mehr in Europa. Beinahe in demselben Augenblick ist eine Schrift von Dr. Karl Höber erschienen, „Der Papst und die römische Frage", die aus einem im Verein akademisch gebildeter Katholiken in Köln gehaltene Vortrag entstanden ist und die deswegen besondere Beachtung verdient, weil sie die Lösung der römischen Frage in Umrissen erscheinen läßt, die nicht bloß innerhalb der Grenzen einer möglichen Verwirklichung liegen, sondern überdies sich den Ansichten maßgebender Seiten genauer anzupassen scheinen als die meisten früheren Lösungsvorschläge. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wird im September eine weitere Veröffentlichung zur römischen Frage erfolgen, die eine Persönlichkeit zum Verfasser haben wird, die viele Jahre in wichtiger Vertrauensstellung an der Seite der Päpste Leo XIII. und Pius X. stand. Hoeber gibt eine historische Uebersicht über die zwei Richtungen, die sich in Italien immer wieder entgegentreten. Die eine ist die freimaurerische, revolutionäre und republikanische, die aus Kirchenhaß den Papst vom Boden Italiens vertreiben möchte. Die andere ist die politisch gemäßigte, welche verschiedene Versuche unternahm, die Forderungen der Katholiken des Erdkreises zu schonen und einen gewissen Schein der Unabhängigkeit des Papsttums zu wahren. So wurde aus diesem Spiel von Gegensätzen das Zwitterding des heutigen Garantiegesetzes geboren mit seinen Schwächen und Lücken; jenes Garantiegesetz, dem der Charakter eines internationalen Vertrages von italienischer Seite immer entschiedener abgesprochen wird. Der Verfasser lehnt den Versuch ab, auf dieser ohnehin so schwankenden Unterlage ein internationales Recht aufzubauen, das dem Papste die nötige Unabhängigkeit bieten soll. Hoeber weist somit die Internationalisierung des Garantiegesetzes als ungenügende Lösung zurück. Diese Zurückweisung eines bisher von vielen vorgeschlagenen Lösungsversuches der römischen Frage erhält eine große Bedeutung dadurch, daß dem Verlage vor der Herausgabe der Schrift auf eine Anfrage im Vatikan von einem kirchlichen Würdenträger, der zweifellos sich in diesem Fall über die Meinung Benedikts XV. genau informiert haben mußte, folgende Erklärung über die Auffassung der maßgebenden Kreise des Vatikans zuging: „Nur ein wirklicher territorialer Besitz kann dem Papste diejenige Freiheit gewährleisten, deren derselbe zur Ausübung seines hohen Amtes bedarf. Der Papst muß ein wirklicher Souverän sein und nicht ein solcher, dem durch die Gnade eines Staates oder auch aller Staaten lediglich nur souveräne Ehrenrechte zugebilligt werden; das wäre unwürdig für das Oberhaupt der Kirche. Die Internationalisierung der italienischen Garantiegesetze würde den Papst nur zum Spielball sämtlicher Mächte machen."

Hier werden also von autoritativer Seite die Untersuchungen zur Lösung der römischen Frage in eine neue Richtung gelenkt. Hoeber zeigt, zu welchen schwierigen Verwicklungen und zu welch weiterer Verwirrung die verlangte Internationalisierung des Garantiegesetzes führen würde. Dagegen vertritt er mit aller Klarheit die Forderung nach einer wirklichen Unabhängigkeit des Papsttumes mit territorialem Besitz. Er schreibt: „Es muß auch der bloße Schein vermieden werden, als ob der Papst Untertan des italienischen Staates sei und damit als politisches Werkzeug desselben mißbraucht oder auch nur verdächtigt werden könne." Der Weltkrieg hat gezeigt, daß es nicht auf die Größe eines Territoriums ankommt, um die politische Unabhängigkeit eines Staatswesens zu schützen. Es handelt sich nicht um die größere oder kleinere Zahl von Quadratkilometern, sondern um die Grundlegung und die Anerkennung des Rechtes, auf das der Papst einen unbestreitbaren Anspruch hat. Und diese Stelle des Buches, „daß das Gebiet des Papstes nur wenige Quadratkilometer zu umfassen brauchte usw." wurde ausdrücklich in dem Antwortschreiben aus maßgebenden Kreisen des Vatikans ausdrücklich hervorgehoben. Da somit ein kleines Territorium die Lösung bringen kann und der italienische Staat selbst großes Interesse daran hat, die römische Frage durch diese einfache und praktische Lösung aus der Welt zu schaffen, so wird vielleicht bald der Zeitpunkt gekommen sein, in dem der italienische Staat durch eine Vereinbarung mit dem päpstlichen Stuhl die Frage auf diesem Wege lösen wird, um, wie die „Kölnische Volkszeitung" bemerkt, aus der bisherigen üblen Lage durch längeres Schwebenlassen dieser Frage auf unsicherem, internationalem Rechtsboden unter fortwährenden Klagen der Katholiken des ganzen Erdkreises herauszukommen.

Neue Freie Presse
4/VIII. 1916

Verweigerung der Unterzeichnung des Ententevertrages durch Rumänien.

Eine rumänische Meldung.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Budapest, 3. August.

„Nyok Orai Ujjag" meldet aus Bukarest: „Treptatea" bringt folgenden Bericht:

Es bildet kein Geheimnis mehr, daß der neue französische Gesandte in Bukarest, St. Aulaire, mit positiven Vorschlägen nach Bukarest gekommen ist und von der Regierung Bratianu verlangte, daß sie diese Vorschläge annehme oder ablehne, damit die Entente endlich über die tatsächlichen Absichten Rumäniens im klaren sei. St. Aulaire hat einen ganzen Monat hindurch in Petersburg Verhandlungen gepflogen und dort einen Vertrag zustande gebracht, in welchem die Bedingungen des Eingreifens Rumäniens festgestellt wurden. Den Text dieses Vertrages brachte er nach Bukarest und legte ihn dem Ministerpräsidenten Bratianu zur Unterfertigung vor.

Obwohl dieser Vertrag infolge seiner überaus günstigen Bedingungen für Rumänien die Abdankung Sasonows verursacht hat, weil Sasonow diese Bedingungen nicht akzeptieren wollte, hat die rumänische Regierung den Vertrag nicht unterfertigt. Man glaubte im ersten Augenblick, daß die Weigerung des Königs, den Vertrag zu unterzeichnen, die sofortige Demission der Regierung Bratianu nach sich ziehen werde. Nachdem aber Bratianu auch weiter an der Regierung geblieben ist, ist man in diplomatischen Kreisen der Entente überzeugt, daß Bratianu im vollen Einvernehmen mit König Ferdinand vorgegangen ist.

Die Führer der Opposition, Take Jonescu und Filipescu, haben auf Anraten der Vertreter der Entente neuerlich Audienzen bei König Ferdinand verlangt. Sie wollen dem König mitteilen, daß sie die sofortige Mobilisierung und das Eingreifen Rumäniens wünschen. Es wäre für Rumänien überaus nachteilig, wenn es auch weiter unentschieden bliebe.

Die ententefreundliche „Gazetta" beklagt sich darüber, daß auch diesmal aus dem Eintreten Rumäniens in den Krieg nichts geworden sei.

Die Folgen eines russischen Sieges für Rumänien.

Eine rumänische Betrachtung.

Bukarest, 2. August.

„Steagul" schreibt: Seit zwei Jahren sind wir Zeugen des Kampfes zwischen dem deutschen, auf die Erhaltung des Friedens gerichteten und dem englischen, eigens für den Krieg geschaffenen System. Der Abfall Italiens hatte auch unseren Abfall vom deutschen Verteidigungssystem zur Folge. Seit damals ist unser Land in zwei Lager geteilt: das eine, vertreten durch die konservative Partei, will der überlieferungsmäßigen Politik des Landes folgen, das andere ist revolutionär und will alle Grundlagen umwerfen, die uns zum deutschen System geführt haben. Die Entscheidungsstunde Rumäniens kann nicht mehr lange auf sich warten lassen. Das Land muß wählen zwischen einem Pufferstaat gegen Rußland und einem von Rußland geduldeten Staat.

Das Blatt bekämpft die Auffassung, als ob die rumänische Frage gegen Deutschland an der Seite Rußlands gelöst werden könnte. Damit würde sich Rumänien ganz in die Hand der Verbandes geben und selbst auf die Grundlagen verzichten, auf denen die europäische Politik den Staat an der unteren Donau geschaffen hat. Ein russischer Sieg wäre für Rumänien vielleicht der langsame Tod, der Kampf an der russischen Seite wäre freiwilliger Selbstmord.

Fremdenblatt
4./VIII. 1916

Italien und Deutschland.

Die Kündigung des Handelsvertrages.

K. Lugano, 2. August. Verschiedene italienische Blätter verzeichnen das Gerücht, daß Italien den Handelsvertrag mit Deutschland gekündigt oder, wie andere Meldungen besagen, ihn ohne weiters für verfallen erklärt habe.

K. Lugano, 3. August. „Corriere della Sera" erklärt die Nachrichten von der Kündigung des italienisch-deutschen Handelsvertrages für glaubhaft und führt die italienische Entschließung auf die Pariser Wirtschaftskonferenz zurück, in deren Sinne Italien sich vollkommene Handlungsfreiheit schaffen mußte, um seine Wirtschaftsenergie unabhängig und unter wirksamer Abwehr der wahrscheinlich aggressiven deutschen Wirtschaftspolitik nach dem Kriege entfalten zu können.

Die englische Belohnung für Italien.

Zugleich wird angekündigt, daß der englische Handelsminister Runciman nunmehr nach Italien kommen werde, um den italienischen Wünschen betreffs der Kohlenzufuhr und der Schiffsfrachten in ausreichenderem Maße zu entsprechen.

Wichtiger Ministerrat in Rom.

Berlin, 3. August. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Die „Tägliche Rundschau" meldet aus Lugano: Boselli berief den Ministerrat für Donnerstag vormittags ein. Die Presse erwartet von ihm wichtige Entscheidungen militärischer, politischer und wirtschaftlicher Natur.

Konferenzen Bosellis.

K. Rom, 2. August. Ministerpräsident Boselli hatte mit dem Minister des Aeußern, dem Kriegsminister, dem Marineminister, dem Unterstaatssekretär für Munitionswesen, dem Vizechef des Generalstabes und dem Generaldirektor des Flugwesens eine lange Konferenz.

Die Zeitungen legen dieser Konferenz besondere Bedeutung bei, insofern sie die Grundlage wichtiger, allerdings vorerst nicht zur Verlautbarung gelangender Beschlüsse des heutigen Ministerrates bildet, welchem auch die Ergebnisse der kürzlich vom Ministerpräsidenten Boselli ins Hauptquartier unternommenen Reise vorgetragen werden sollen.

Fremdenblatt 5./VIII. 1916

Asquith über die Wirtschaftskonferenz.

Verweigerung der Meistbegünstigung an Oesterreich-Ungarn und Deutschland.

K. Rotterdam, 3. August. Bei der Beratung über die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz führte Asquith im Unterhause nach dem Bericht des „Nieuwe Rotterdamschen Courant" weiterhin aus:

In den besetzten Gebieten Belgiens und Frankreichs hat Deutschland Werkstätten und Fabriken zerstört und große Mengen von Maschinen und Rohstoffen weggeführt, ohne von den Menschen zu sprechen, die nach den Industriezentren Deutschlands und Oesterreich-Ungarns geschickt wurden. Es verfügt außerdem über eine mächtige Handelsflotte, die augenblicklich sicher in den eigenen Häfen oder in Häfen neutraler Länder liegt. Aus den deutschen Handelsblättern geht deutlich hervor, daß die Deutschen mit diesen Faktoren rechnen, um die industrielle und kommerzielle Wiedergeburt der Alliierten zu behindern. Die Deutschen haben schon jetzt die Industrien für einen Vorstoß auf die Märkte der Entente und für eine energische, wenn möglich siegreiche Mitbewerbung in den neutralen Ländern während der Zeit der allgemeinen Erholung vom Kriege organisiert.

Die Wiederherstellung des verwüsteten Gebietes ist die allererste Forderung der Alliierten und diese Wiederherstellung muß sowohl die Ersetzung der Rohstoffe wie die der industriellen Maschinen, Ackerbauwerkzeuge, Vorräte und Handelsschiffe einschließen.

Außerdem verpflichteten sich die Alliierten untereinander, **den feindlichen Mächten für eine Anzahl Jahre die Behandlung auf der Basis der Meistbegünstigung zu verweigern.** Das bedeutet, daß für diese Periode das Entgegenkommen, das die Alliierten einander beweisen werden, **nicht auf Deutschland und Oesterreich-Ungarn ausgedehnt** werden soll.

Außerdem werden die Alliierten in der Zeit der Erholung vom Kriege ihre Hilfsmittel unter Bedingungen austauschen, die die Maßregeln Deutschlands, sich Vorräte und Material aus den neutralen Ländern zu sichern, durchkreuzen werden.

Wir müssen alle deutschen Monopole, die vor dem Kriege bestanden haben, wie zum Beispiel das Metallmonopol in Australien, verhindern. Das Handelsamt ist eifrig an der Arbeit, Pläne zu entwerfen, um uns von der Zufuhr aus Feindesland unabhängig zu machen. Was Hartstoffe, nichtraffiniertes Zink und andere wichtige Artikel betrifft, ist bereits der Plan für die Subsidierung der hiefür nötigen wissenschaftlichen und industriellen Untersuchungen aufgestellt.

Der Premierminister führte weiter aus, daß sich die Beschlüsse der Pariser Konferenz nicht gegen die Neutralen richteten. Es stehe im Gegenteil fest, daß die wirtschaftliche Offensive, die die Alliierten fürchteten, auch für die Neutralen, deren Interessen dieselben seien wie die der Alliierten, Gefahren einschließe.

Stimmen zur Rede Asquiths.

K. **London**, 3. August. Die protektionistische Presse ist mit Asquiths Rede sehr zufrieden. Namens des unionistischen Kriegskomitees erklärte Carson, daß die Pläne, die der Premierminister darlegte, allgemeiner Natur seien. Sie bänden aber die Regierung; diese könne davon nicht wieder abgehen. Was solle aber nun in England geschehen und welcher Plan sei beschlossen, ehe der Friede zustandekomme? Carson verlangte einen bestimmten Plan, vor allem, um zu verhindern, daß Waren unter dem Preis auf den Markt geworfen würden (Dumping), ferner Abänderung der fiskalischen Politik, um auf diese Weise Deutschland zu treffen und seinen Handel auf das Reichsinnere zu beschränken.

„Daily News" nimmt entschieden gegen diese neue Handelspolitik Stellung.

Auch „Daily Chronicle" erklärt: Wir wünschen nicht, daß England und die Alliierten einen Handelskrieg anfangen und die Feindschaften nach dem Friedensschluß fortsetzen. Es gibt viele Menschen, die einen Handelskrieg mit Deutschland mit Beifall begrüßen. Wir müssen uns deutlich vor Augen halten, daß es für uns notwendig ist, zunächst den militärischen Krieg zu gewinnen, und zwar gründlich zu gewinnen, und daß der Friede, der darauf folgt, ein wirklicher Friede sein muß.

Frankfurter Zeitung
5. Juni 1916

„Deutsche Friedensgedanken."

Professor Gustav Schmoller veröffentlicht unter dieser Ueberschrift in der Wochenschrift „Deutsche Politik" einen Artikel, der über die Zeit nach dem Kriege folgendes sagt:

Wir können im ganzen doch sicher sein: alle Weigerung billiger Handelsverträge, alle Handelsbündnisse gegen uns werden in kurzer Zeit daran scheitern, daß Deutschland ein so zahlungsfähiger, guter Abnehmer für englische, russischische, italienische Ware ist, und daß unsere Industriewaren dank ihrer Güte, ihrer Preiswürdigkeit immer wieder großen Absatz irgendwo draußen finden werden. Und soweit unsere Feinde uns das Geschäft zu verhindern versuchen und es ihnen gelingt, haben wir immer die gleiche Waffe gegen sie, können wir und unsere Alliierten sie von unseren Märkten aussperren, und es fragt sich dann, wer mehr Schaden hat. Auch eine große Schutzzollwelle, wie sie 1815 bis 1860, 1875 bis 1890 über die Kulturstaaten wegging, wird heute viel rascher ihr Ende finden als früher; sie will gegen die Natur der Dinge eine internationale Teilung der Arbeit vernichten, wie sie von 1860 bis 1914 sich zum Segen der Menschheit entwickelte.

Ich halte es für sehr wahrscheinlich, daß die Allianz unserer Feinde bald in einem großen Katzenjammer, in den stärksten gegenseitigen Vorwürfen endigen wird und daß schon deshalb deutschfeindliche handelspolische Verabredungen derselben scheitern werden. Unsere Feinde werden dabei einsehen, daß die Fortsetzung des Wirtschaftskrieges im Frieden falsch wäre; sie werden unsere Versuche nicht bloß aufgeben, sondern ihre ganze innere und äußere Politik neu orientieren müssen. Rußland wird einsehen lernen, daß es auf ein bis zwei Menschenalter auf Eroberung verzichten, daß es der inneren Reform sich widmen muß. Und dazu braucht es den Absatz nach Deutschland. Italien beginnt schon jetzt einzusehen, daß es ohne unser Kapital, ohne den Handel mit uns nicht auskommt. Frankreich wird durch den wahrscheinlichen russischen Staatsbankerott einsehen lernen, wie falsch es handelte; es wird ihm klar werden, daß es sich ruiniert hat, indem es sich zum Soldaten Englands verkaufte. Und Großbritanien ist realpolitisch viel zu klug, um nicht bald einzusehen, es fahre besser mit uns, als gegen uns. Es braucht nur ein mäßiges Stück seiner Weltherrschaftspläne aufzugeben, dann kann es in Frieden und Harmonie mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn weiter gedeihen und blühen. Vielleicht fängt die jüngere englische Generation, durch den Krieg belehrt, an, endlich Zentraleuropa genügend kennen zu lernen und so einzusehen, daß die Erde Platz für Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Großbritanien hat.

Lernt es das nicht einsehen, so wird allerdings der Kampf von heute nach ein oder zwei Generationen verstärkt wiederkehren. Man könnte ihn überhaupt mit dem zwischen Rom und Karthago vergleichen. Wir wären jetzt am Ende des zweiten Punischen Krieges. England hat die Wahl, unser Emporkommen zu dulden oder nicht. Tut es letzteres, so wird auch in Deutschland der Cato kommen, der jede Rede mit den Worten schließt: Ceterum censeo Carthaginem esse delendam. Und Deutschland wird dann die Männer haben und die Kräfte, diese Drohung wahr zu machen.

Ueber die Bedingungen des Friedensschlusses selbst äußert sich Professor Schmoller mit großer Zurückhaltung. Doch schreibt er: „Bei allen Land- und Gebietsfragen müssen unsere Gegner sich klar machen, daß sie diese oder jene Abtretung wahrscheinlich leichter ertragen werden, als übergroße Kontribution, die wir sonst fordern müßten. Rußland wird solche zu zahlen ganz unfähig sein, auch Italien und Frankreich werden sie zu schwer fallen. Und England wird lieber ein Stück belgischen Kongos opfern, als zahlen. Ich denke, es wird auch Calais behalten, unter dem Vorwand der Opfer, die es für Frankreich gebracht habe."

Reichspost
5./VIII. 1916

Ein englischer Geheimbefehl über die Vernichtung der holländischen Seeschiffahrt.

Berlin, 4. August.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Folgender Befehl wurde auf einem durch ein deutsches U-Boot versenkten englischen Vorpostenboot aufgefunden:

„Geheim. Rear-Admirals Office, Peterhead, 5. Juli 1916. Segelorder. Die Abteilung hat am Donnerstag Morgen anstatt Freitag nach Aberdeen zurückzukehren. Vorläufig sollen keine holländischen Fischerfahrzeuge mehr nach Peterhead eingebracht werden. Gez.: C. H. Simpson Rear-Admiral. An Lieut. C. Asquith R. N. R. H. M. T. „Onward."

Aus diesem Geheimbefehl folgt, daß die englische Regierung den Befehl gegeben hat, alle holländischen Fischerfahrzeuge, deren man habhaft werden konnte, nach England einzubringen. Es war der englischen Regierung also gleichgültig, ob gegen die einzelnen eingebrachten Fischerfahrzeuge ein Verdacht vorlag, der die Aufbringung gerechtfertigt hätte oder nicht. Es kam ihr offenbar allein darauf an, durch die nackte Vergewaltigung Mittel in die Hand zu bekommen, um die beabsichtigte Erpressung gegenüber der holländischen Regierung gegen die holländische Fischerei durchdrücken zu können.

Reichspost
5. VIII. 1916

Neue Unruhen in Irland.

Irische Kundgebungen für Deutschland.

London, 3. August.

Im Unterhause sagte Premierminister Asquith in der Debatte über Irland: In vielen Teilen des Landes fand eine beträchtliche Erneuerung der Sinnfeinbewegung in ihrer agressivsten Form statt. In einigen Orten kam es zu bedauerlichen öffentlichen Kundgebungen für Deutschland. Die Militär- und Polizeimacht war jedoch ausreichend, um einen neuen Aufruhr zu verhindern.

Reichspost
5. Juli 1916

Die christlichnationale Arbeiterschaft Bayerns für die Unterstützung der Kanzlerpolitik.

München, 4. August.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Die Konferenz der christlichnationalen Arbeiterführer, die heute in München tagte, befaßte sich nach einem Vortrage des Generalsekretärs Stegerwald mit den gegenwärtig schwebenden Fragen. Die sehr rege Aussprache ergab die volle Einmütigkeit der christlichen Arbeiterschaft Bayerns mit jener des gesamten Deutschen Reiches bezüglich der zu behandelnden Probleme. Das Ergebnis der Konferenz ist dahin zusammenzufassen, daß die christlich-nationale Arbeiterschaft die Treibereien gegen die Reichsleitung allerentschiedenst mißbilligt und die Arbeiter davor warnt, mit verlockenden Scheingründen sich zum Schleppträger der politischen Reaktion gebrauchen zu lassen. Von der Reichsleitung erwartet die christliche Arbeiterschaft Bayerns, daß auch die Wünsche der Arbeiterschaft künftig in Deutschland eine angemessene Berücksichtigung erfahren.

Neues Wiener Tagblatt
5./VIII. 1916

Rumänische Truppenkonzentrierungen.

Der Bukarester „Steagul" meldet: Wir erfahren von verläßlicher Seite, daß an Stelle der allgemeinen Manöver, auf welche bekanntlich verzichtet wurde, Konzentrierungen mit Beginn von Montag, den 25. Juli a. St. (7. August n. St.) angeordnet wurden.

Trotzdem sie für Regimenter und Truppenkörper bestimmt sind, werden diese Konzentrierungen allgemeine sein, weil sie sich auf alle Kommandements beziehen.

Die Zeit 5./VIII. 1916

Die dreißig Reden.

Die Berichte über die Reden, die der Deutsche Nationalausschuß am 1. August in zahlreichen deutschen Städten halten ließ, liegen nun vor und rechtfertigen die Zweifel, mit denen wir erst jüngst das eigenartige Unternehmen besprachen. Es waren wohl nicht fünfzig Redner aufgeboten worden, wie es ursprünglich geheißen hatte, sondern dreißig, aber auch dreißig im ganzen Deutschen Reich, zumeist von namhaften Persönlichkeiten gehaltene Reden über denselben Gegenstand bedeuten schon eine Riesenveranstaltung, der auch ein Riesenerfolg entsprechen müßte. Dieser ist aber, wenn man politisch urteilt, ausgeblieben.

Wohl haben die mehr oder weniger hervorragenden Männer, die sich da die Mühe nahmen, ihre Mitbürger über das Thema von Krieg und Frieden zu belehren, jenen Beifall gefunden, der ihrer persönlichen Leistung gebührte. Aber das Ziel, das sich die ganze Veranstaltung gesetzt hatte, eine einheitliche Stimmung in Deutschland aufzuzeigen oder zu erzeugen, scheint nicht erreicht worden zu sein. Seinem Programm hatte der Nationalausschuß den seinerzeitigen Ausspruch des Reichskanzlers zugrunde gelegt, daß Deutschland beim Friedensschluß Rußland territorial nach Osten zurückdrängen, im Westen aber sich mit realen Garantien gegen künftige Angriffe seiner Nachbarn begnügen sollte. Der Nationalausschuß wollte so die Annexionisten oder, wie er sie nannte, die Ueberannexionisten, die dem Reichskanzler so manche schwere Stunde bereitet haben, bekämpfen und Vertrauen für die Regierung fordern.

Doch nicht einmal die Redner alle hielten sich an dieses Programm, und manche von ihnen zeigten selbst eine deutliche Hinneigung zu den Annexionisten, die sie zu widerlegen hatten. Noch mehr wich die Zuhörerschaft von der „mittleren Linie" ab, die der Nationalausschuß vertreten wollte. Am lehrreichsten in dieser Richtung sind die Erfahrungen, die das geistige Haupt der ganzen Unternehmung, Prof. v. Harnack, machte, der in Berlin als Redner des Tages auftrat. Um die mittlere Linie zu entwickeln, zog er vor seinen Zuhörern erst die zwei äußersten Linien, zunächst die der allzu Bescheidenen, die sagen: „Wir sind überfallen worden und griffen darum zu den Waffen. Haben wir den Angriff abgewehrt, ist unser Werk getan; mehr brauchen und wollen wir nicht." Das Publikum hörte ruhig zu. Dann ging Prof. v. Harnack zur Schilderung der anderen Extremen, der allzu Unbescheidenen, eben der vom Nationalausschuß zu bekämpfenden Annexionisten, über, die sagen: „Mit der Herstellung des Früheren wäre nichts erreicht, wir dürfen nur einen Frieden schließen, der uns für die Zukunft sichert und automatisch Freiheit zu Lande und zu Wasser gewährt." Hier wurde er bei jeder Sentenz von der Versammlung mit stürmischem Beifall unterbrochen, den er abzuwehren sich bemühte. Die Versammlung hatte also die ihr von ihm zum Zwecke der Widerlegung vorgeführten Anschauungen seiner Gegner bejubelt. Als er aber dann endlich zur Widerlegung der Annexionisten kam, seine Bedenken und Rücksichten auf dies und jenes auskramte und sein eigenes Friedensprogramm entwickelte, das darauf hinauslief, daß Deutschland Opfer bringen müsse, um seine verlorenen Kolonien zurückzubekommen — da regte sich kein Zeichen der Zustimmung mehr unter der Zuhörerschaft. Harnacks Versicherung, daß die Amerika-Politik des Reichskanzlers die richtige gewesen sei, stieß auf offenen Widerspruch. Am ärgsten erging es dem Redner in Hamburg, dem Abgeordneten Haußmann, der durch stürmische Zwischenrufe, wie „U-Boote heraus!", „Nieder mit England!", unterbrochen wurde, und dort, wo er gegen die Annexionisten zu polemisieren versuchte, aus der Mitte der Versammlung heraus energisch zurückgewiesen wurde.

Der politische Mißerfolg des Nationalausschusses beweist, daß, sowie die Dinge heute liegen, das überschneidige Programm der Annexionisten und Englandzerschmetterer in Deutschland, wenigstens unter der Intelligenz, entschieden populärer ist als das bedächtige Programm der „mittleren Linie". Das versteht sich aber doch eigentlich von selbst, und um das zu erkennen, hätte es keiner besonderen Veranstaltung bedurft. In der Massenagitation ist immer jener, der am meisten fordert oder verspricht, dem anderen, der das Mögliche abzugrenzen sucht, weit voraus. Die Politik freilich ist die Kunst des Möglichen, und sie will der Nationalausschuß pflegen. Sein Publikum vom 1. August hat aber für diese schwere Kunst wenig Verständnis gezeigt.

Berner Bund 5./III. 1916

Rumänen und Bulgaren

Von St. Dimitroff, Bern

In den letzten Wochen konnte man in der Presse häufig lesen von den Bestrebungen der konservativen Politiker in Rumänien, die gegen den Anschluß Rumäniens an die Entente arbeiten. In diesem Zusammenhange ist es nicht uninteressant, die Meinung des bedeutendsten konservativen Politikers, des ehemaligen Ministerpräsidenten P. Carp kennen zu lernen, der sich vor einigen Wochen folgendermaßen geäußert hat:

„Wir gefielen uns immer im Glauben, daß wir höher geartet seien als die Bulgaren. In der Beurteilung der Bulgaren zeigten wir immer eine gewisse Mißachtung, verbunden mit Spott oder Tadel. Wir waren stets geneigt, gestützt auf unseren römischen Ursprung, uns glänzendere Eigenschaften beizulegen, uns in unserer Vorstellung erhabener zu dünken und mit Recht auf unsere „dickköpfigen" südlichen Nachbarn von oben herab zu blicken. Und ganz besonders war es unser Bestreben, den Bulgaren in jeder Weise zu zeigen, daß wir uns niemals erniedrigen könnten, von ihnen irgend etwas als vorbildlich für uns anzunehmen.

Gut, aber in diesem Augenblick ist die Lage der Bulgaren doch hundertmal günstiger als die unsrige, wie wir sie durch unsere Unfähigkeit und unsere Don Quichote-Illusionen verschuldet haben. Das mutige Vorgehen der Bulgaren könnte uns zum Vorbild dienen, um so mehr, als sie eine viel schwierigere Aufgabe zu erfüllen hatten als wir. Mit Tatkraft und Energie haben sie Resultate erreicht von größter Bedeutung für sie, von entschiedenem Nachteil für uns.

Die Bulgaren bewegten sich lange Zeit in der Sphäre der russischen Politik. Sie haben großen Nutzen aus der russischen Protektion gezogen und endlich doch das Band zerrissen, welches diese beiden slavischen Staaten so eng verband, daß vor einigen Jahren noch ein Uebergang der Bulgaren zu den Feinden Rußlands undenkbar gewesen wäre. Es ist kein Vergleich zwischen dem Band Bulgariens mit Rußland und mit demjenigen zwischen uns und Frankreich. Zwischen den ersten existierten nicht nur Rassenverbindungen, sondern auch die herzlichsten politischen Bande, während zwischen uns und Frankreich Sympathie nur unserseits besteht; die Gefühle Frankreichs gegenüber uns sind Stolz und Mißachtung. Dazu stützten wir uns seit Jahren auf die Gruppe, die gegen Frankreich ist. Was ist nun geschehen?

Bulgarien hat die Kraft und den Mut gefunden, die traditionellen Verbindungen zu zerreißen und alle Vorschläge des Vierverbandes und seines Vorkämpfers Take Jonescu abzuweisen. Mit feinem Gefühl für die Tatsachen machten die Bulgaren sofort einen Unterschied zwischen erfüllten Versprechungen und unerfüllten. Rasch begriffen sie die Chancen und folgten der lockenden Perspektive des Erfolges. Sie ergriffen den günstigen Moment mit voller Kraft und Energie, auf die Seite der Zentralmächte zu treten und heute sehen wir sie dort, wo sie sind. Was haben wir gemacht?

Viel leichter als die Bulgaren hätten wir alles erreichen können, weil wir seit 30 Jahren mit den Zentralmächten verbunden waren. Wir hatten einen formellen Vertrag mit ihnen und betrachteten Rußland als gefährlichen Feind unserer staatlichen Existenz. Aber was haben wir getan? Wir haben den Vertrag mit den Zentralmächten zunichte gemacht in dem Augenblick, in welchem wir den größten Nutzen daraus hätten ziehen können und haben uns in die Arme Rußlands geworfen, dieses gleichen Rußlands, vor welchem wir uns lebenslang als unsern Feind gefürchtet! Wahrhaftig, die Bulgaren haben Grund, uns auszulachen und stolz zu sein! So hätten „Dickköpfige" uns „Klugen" ein Beispiel geben können, welches zu befolgen auch uns von Nutzen gewesen wäre."

Im Anschluß an diese Ausführungen wollen wir noch einige Worte über die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Rumänien und Bulgarien beifügen.

Anläßlich des ersten und zweiten Balkankrieges haben wir häufig Gelegenheit gehabt, im „Bund" diese Verhältnisse zu besprechen, und wir haben damals betont, daß die Bulgaren bis zum Anfang des Balkankrieges die Rumänen als Befreier vom türkischen Joche betrachteten. In der Tat haben die Rumänen anno 1877/78 während des russisch-türkischen Krieges ungeheure Opfer gebracht. Das bulgarische Volk hat sich erkenntlich gezeigt, indem es Millionen gespendet, um glänzende Denkmäler auf den Schlachtfeldern bei Plevna, Grivitza usw. einrichten zu lassen. Das schönste Denkmal aber war die Freundschaft des bulgarischen Volkes gegenüber Rumänien. Diese Freundschaft wurde leider durch die unkluge Politik Rumäniens gegenüber Bulgarien während des ersten und zweiten Balkankrieges sehr getrübt.

Das bulgarische Volk kann niemals die Provinz Dobrutscha vergessen, welche man ihm weggenommen. Es ist ja klar, daß dieser Vorgang die Sympathie und Liebe gegenüber Rumänien vielfach in Mißmut und Haß umgewandelt hat. Dieser Haß, welcher besonders in Nordbulgarien lebhaft ist, könnte beseitigt werden, wen Rumänien die geraubte Provinz Dobrutscha freiwillig zurückerstatten würde. Der Bukarester Vertrag, kraft dessen Rumänien die Dobrutscha annektiert hat, existiert nicht mehr und weitere Herrscherrechte auszuüben auf diese Provinz, ist Rumänien nicht berechtigt. Es würde deshalb auch immer Anlaß geben zu Unruhen im Balkan.

Das bulgarische Volk, welches friedlich seinen Acker bebauen möchte, wird nicht eher ruhen, bis es seine völlige Vereinigung erreicht hat, und zu dieser Vereinigung gehört auch die Provinz Dobrutscha.

Neues Pester Journal 51 5

5./VIII. 1916

Die deutsch-italienischen Beziehungen.

Wirthschaftliche Offensive Italiens gegen Deutschland.

Zürich, 5. August. Die „Neue Zürcher Zeitung" erfährt über den letzten italienischen Ministerrath aus Mailand: Der Ministerrath beschloß wirthschaftliche Offensivmaßnahmen gegen Deutschland. Der Handel mit dem Feinde und seinen Verbündeten wird auch den im Auslande ansässigen Italienern verboten. Alle entsprechenden Verträge werden für nichtig erklärt.

Ein weiteres Dekret ermächtigt die Regierung, die in Italien seßhaften Gesellschaften mit feindlichem oder dem Feinde verbündetem Kapital zu beschlagnahmen oder aufzulösen. Nur die Versicherungsgesellschaften unterliegen nicht diesen Bestimmungen.

Lugano, 5. August. Die gestern mitgetheilten Angaben des „Secolo" über die Beschlüsse des Ministerrathes betreffend neue Maßnahmen zur Unterbindung des Handelsverkehres mit Angehörigen feindlicher und diesen verbündeter Staaten, sowie betreffend die Kontrolle der Handelsunternehmungen werden bestätigt.

„Giornale d'Italia" hebt ferner hervor, daß in der Verlautbarung des „Wolff-Bureaus" bereits festgestellt sei, Italien habe den Handelsvertrag und das Abkommen für den Kriegsfall mit Deutschland gebrochen und erachte sich von allen daraus abzuleitenden Verpflichtungen befreit. Es bestehe somit zwischen Deutschland und Italien keinerlei Abmachung mehr.

Die Ursachen des Unterbleibens der Kriegserklärung.

Zürich, 5. August. Nach einer von besonderer Seite stammenden Information der „Neuen Zürcher Nachrichten" habe Cadorna's bestimmter Einspruch die Kriegserklärung Italiens an Deutschland verhindert. Trotz aller Ministerbesuche an der Front hielt Cadorna aus militärischen Gründen an seinem Widerstande fest. Er soll energischer als je betont haben, daß die Lage an der österreichisch-ungarischen Front noch weniger als bisher die Entsendung einer italienischen Hilfsarmee gestatte, was der eigentliche Zweck der Kriegserklärung an Deutschland wäre.

Cadorna sei mit seinem Standpunkt umso eher durchgedrungen, weil er darauf hinweisen konnte, was sich militärisch in Italien abgespielt haben würde, wenn er nach den seinerzeitigen Forderungen Truppen nach Frankreich abgegeben hätte und dann die österreichisch-ungarische Offensive erfolgt wäre. Demnach scheinen auch die Forderungen der italienischen Blätter aussichtslos zu sein, daß Cadorna Truppen nach Saloniki sende.

Lugano, 5. August. Nach einem Artikel des „Secolo" richteten Grey und selbst König Georg an den italienischen Schatzminister Carcano die Frage, weshalb Italien nicht an Deutschland den Krieg erkläre. Der „Secolo" bemerkt hiezu, daß die Kriegserklärung mit Rücksicht auf die innere Lage unterblieb.

Fremdenblatt 6./VIII. 1916

Die Völkerrechtsverletzungen unserer Feinde.

Ein österreichisch-ungarisches Rotbuch.

Das k. u. k. Ministerium des Aeußern veröffentlicht soeben den zweiten Nachtrag zur Sammlung von Nachweisen für die Verletzungen des Völkerrechtes durch die mit der Monarchie kriegführenden Staaten. Der Nachtrag umfaßt die Völkerrechtsbrüche unserer Gegner bis zum 30. November 1915. In der Einleitung zu dieser Publikation, die in unzweideutiger, unwiderleglicher Form die barbarische Kriegführung unserer Feinde sowie deren systematischen Greueltaten an wehrlosen Personen jedes Alters und Geschlechtes dokumentarisch dartut, heißt es, daß die Sammlung keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit erhebe. Sie beschränke sich auf die Darstellung von Fakten, welche amtlich ermittelt oder sonst in einwandfreier Weise beglaubigt seien. Die Zahl der nachgewiesenen Fälle sei im Verhältnis zur Zahl derjenigen, die sich ereignet haben, eine geradezu verschwindende. Es sei gewiß unvermeidlich, daß sich im Gefüge so gewaltiger Heeresmassen, wie sie in dem im Gang befindlichen Krieg aufgeboten würden, mancherlei Verfehlungen gegen das Völkerrecht ereignen. Gleichwohl müsse es eine schwere Enttäuschung bereiten, daß gerade die Truppen und die Behörden jenes Staates, unter dessen Aegide die Haager Konferenzen das Kriegsrecht reformiert und ausgebaut haben, sich über die Verträge hinwegsetzen und nicht einmal der Bestimmungen achten, welche zum Schutze des Lebens, der Ehre, der Freiheit und der religiösen Ueberzeugungen der friedlichen Bürger, sowie im Interesse der Kunst und der Wissenschaft vereinbart worden sind. Nicht zum geringsten möge die Ursache hiefür in der Verwendung von Truppen zu suchen sein, welchen das Verständnis für die Schranken der Kriegführung schlechterdings abgehe. Ein französischer Jurist lehre, daß die Staaten, welche mit weniger zivilisierten Völkern Krieg führen, sich gezwungen sehen, ein Kriegsrecht in Anwendung zu bringen, das dem Grad der Sittlichkeit ihrer Gegner angepaßt ist. „So verfuhren" — fügte er bei — „die Franzosen in Afrika, Tongking, China und Dahomey, die Engländer in Indien, die Russen im Kaukasus und in Turkestan." Frankreich, Großbritannien und Rußland konnten daher füglich selbst nicht annehmen, daß ihre afrikanischen und asiatischen Untertanen die Bestimmungen des internationalen Rechts einhalten werden, und sie handeln daher fraglos wider besseres Wissen gegen das europäische Völkerrecht, wenn sie Wilde und Halbwilde gegen die Truppen europäischer Mächte zu Felde führen. Da es des weiteren zunächst nur darauf ankomme, diejenigen Verletzungen des internationalen Rechtes zu relevieren, welche sich speziell gegen die Monarchie und deren Angehörige richteten, fehlen in der Sammlung Belege für zahlreiche sehr schwerwiegende Rechtsbrüche, von welchen Oesterreich-Ungarn nur mittelbar betroffen wurde. Hieher gehören die jeder Rechtsbasis ermangelnden Verfügungen Frankreichs und Großbritanniens, betreffend die Stellung Marokkos, Aegyptens und Zyperns, sowie die Verletzungen der Rechte neutraler Staaten und die in ein förmliches System gebrachte Mißachtung der seerechtlichen Normen.

Als ein Frevel am Recht müsse es bezeichnet werden, wenn die feindlichen Mächte sich vermessen, die gesamte Bevölkerung großer Staaten der Hungersnot preisgeben zu wollen. Und nicht minder frevelhaft erscheint es, daß die feindlichen Regierungen das in der Geschichte unerhörte Treiben einer lügnerischen und verhetzenden Presse geduldet, wenn nicht geradezu gefördert haben. Auf eben dieses Treiben seien zu allermeist die wüsten Ausschreitungen zurückzuführen, welchen Tausende unschuldiger und wehrloser Menschen zum Opfer fielen.

Die Sammlung zerfällt in vier Teile. Die beiden ersten Abschnitte enthalten Nachweise über die Behandlung unserer diplomatischen und konsularischen Funktionäre durch die Behörden der Feindesstaaten. Es sind da Fälle aufgezählt, die den primitivsten Normen des seit altersher und bei den kulturell tiefst stehenden Völkerschaften geheiligten Gastrechtes widersprechen. Hervorgehoben seien die Verhaftung unseres Generalkonsuls in Ancona und die Verhaftung sowie Einkerkerung des österreichisch-ungarischen Botschaftskanzleirates in Petersburg. Im dritten Teile finden sich Nachweise über das Regime, dem die österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen in den feindlichen Ländern — auch in diesem Zusammenhange sind meist Vorkommnisse angeführt, die in die Zeit vor dem faktischen Beginne des Krieges fallen — unterworfen wurden. Wir begegnen der Internierung und unwürdigen Behandlung von Oesterreichern in Frankreich, in Britisch-Indien und in Algier sowie der widerrechtlichen Zurückhaltung, Internierung und unmenschlichen Behandlung des Kommandanten und der Besatzung des österreichischen Dampfers „Iris" in Rußland. Der vierte Teil enthält eine Reihe von Daten über grobe Verletzungen des Kriegsrechtes, und zwar durch Italien, Rußland und Serbien. Wir stehen da einer traurigen und unsere gegenwärtigen Humanitätsbegriffe empfindlich beleidigenden Fülle von Verfehlungen unserer Feinde gegenüber. Gibt es doch kaum eine kriegsrechtliche Norm, die von den gegnerischen Truppen nicht verletzt worden wäre. An zahllose Fälle der Mißachtung von Vorschriften über die verbotswidrigen Geschosse, des Haager Reglements über die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges und der Genfer Konvention reihen sich die entsetzlichen Greueltaten der Serben und Montenegriner, beredte Zeugnisse für die Verwilderung, die sich dieser Völker bemächtigt hat. Mehrere Illustrationen beleuchten die Kriegführung unserer Feinde und bilden eine wertvolle Ergänzung der übersichtlichen Zusammenstellung, deren Schlußwort lautet:

„Wenn also auch die Sammlung von Nachweisen, welche hiemit der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht wird, nicht annähernd ein Bild von dem Verfall des Völkerrechtes gibt, der im Laufe weniger Monate so viele Hoffnungen zunichte gemacht hat, so mag sie doch geeignet sein, denjenigen, welche sich die Unparteilichkeit des Urteils bewahrt haben, die Augen darüber zu öffnen, wer die Verantwortung dafür trägt, daß der Krieg, den unsere Feinde entfesselt haben, um friedliche und idealen Kulturgütern nachstrebende Völker zu vernichten, die Bande des Rechts und der Gesittung gelöst hat, und wer in Wahrheit für sich in Anspruch nehmen darf, in diesem schweren Ringen für Freiheit und Menschlichkeit zu streiten."

Fremdenblatt
6./VIII.1916

Tittoni und der Dreibundvertrag.

Berlin, 5. August. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Die „Tägliche Rundschau" meldet aus dem Haag: Tittoni richtete anläßlich des Jahrestages des Kriegsbeginnes ein Schreiben an den „Gaulois", in dem er mitteilt, daß er bereits am 24. Juli 1914 die Nichtanwendbarkeit des Dreibundvertrages auf den österreichisch-ungarisch-serbischen Streit in einer Drahtung an San Giuliano, selbst falls Rußland in den Kampf eintrete, aussprach.

Neue Freie Presse
6./VIII. 1916

Dementi aller Gerüchte über Rumänien.

Telegramm des Ministerpräsidenten Bratianu an die Gesandten.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

München, 5. August.

Den „Münchner Neuesten Nachrichten" wird aus Berlin gemeldet:

Wie wir bestimmt erfahren, hat der rumänische Ministerpräsident Bratianu an die Gesandten Rumäniens bei den Mittelmächten ein Telegramm geschickt, das alle Gerüchte, Rumänien wolle aus seiner Neutralität heraustreten, auf das energischeste dementiert.

Zugleich hat Bratianu darauf hingewiesen, daß es von Wert sei, die deutschen Handelskreise über die Haltung Rumäniens zu beruhigen.

In einem dieser Meldung angefügten Kommentar sagen die „Münchner Neuesten Nachrichten": Die Mittelmächte sind militärisch und wirtschaftlich so gut gestellt, daß sie der weiteren Entwicklung der rumänischen Politik mit gelassener Ruhe entgegensehen können. Gelangt Rumänien endlich zur Einsicht, daß sein eigener Vorteil ihm strenge Neutralität oder den Anschluß an die Mittelmächte gebietet, um so besser, andernfalls sind die Mittelmächte mit ihren Verbündeten, Bulgarien und der Türkei, gerüstet, Rumänien mit der nötigen Kraft entgegenzutreten.

Meldungen über Beendigung der Krise in der Politik Rumäniens.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 5. August.

Wie der „B. Z." aus Sofia gemeldet wird, besagen alle aus Rumänien dort vorliegenden Nachrichten, daß die Krise in der rumänischen Politik als überwunden zu betrachten sei. Rumänien soll die von Rußland zu erwartende militärische Hilfe nicht als ausreichend betrachten und auch wegen der Munitionsfrage keine genügende Sicherheit haben.

Neue Freie Presse
6./VIII. 1916

Wünsche der englischen Arbeiter für die Zeit nach dem Friedensschlusse.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 5. August.

Der parlamentarische Mitarbeiter der „Daily News" berichtet, daß eine Abordnung der englischen Eisenbahner, Bergwerks- und Transportarbeiter in dieser Woche eine Besprechung mit Asquith haben werde, um ihm Vorschläge über das schwierige Problem zu unterbreiten, wie die von der Front zurückkehrenden Arbeiter nach Friedensschluß den Industrien wieder zugeführt werden sollen. Die Arbeiter wünschen, daß die Demobilisierung schrittweise durchgeführt wird, damit die Soldaten den Arbeitsmarkt nicht überschwemmen, sondern nach und nach von den Industrien aufgenommen werden können.

Neue Freie Presse
6./VIII. 1916

Die Verletzungen des Völkerrechtes durch unsere Gegner.

Weitere Publikation des Ministeriums des Aeußern.

Wien, 5. August.

Das Ministerium des Aeußern hat einen zweiten Nachtrag zur Sammlung von Nachweisen über Verletzungen des Völkerrechts durch die mit Oesterreich-Ungarn Krieg führenden Staaten veröffentlicht.

Das in diesem Nachtrag enthaltene Material reicht bis zum 30. November 1915 und umfaßt drei Teile, und zwar: die Behandlung österreichisch-ungarischer diplomatischer und konsularischer Funktionäre durch Behörden feindlicher Staaten, die Behandlung österreichischer und ungarischer Staatsangehöriger in den feindlichen Staaten und Verletzungen des Kriegsrechts.

Neues Wiener Tagblatt 6./VIII. 1916

Die englischen Attentate gegen den Handel.

Armes Völkerrecht! Gut für den Frieden, der nur selten davon Gebrauch zu machen hat, beiseite geschoben dagegen im Kriege und bis zur Wertlosigkeit herabgedrückt. Die Verletzungen des Völkerrechtes durch England sind gar nicht mehr zu zählen. Solange sie sich nur auf die kriegführenden Gegner beschränkten, hatte man in den neutralen Ländern noch nicht die richtige Empfindung, daß Dinge vorgehen, die nach den primitivsten Regeln des internationalen Rechtes, ja selbst des Anstandes nicht in Ordnung sind. Es war zwar auch schon geeignet, die Neutralen zu befremden, aber sie spürten es noch nicht am eigenen Leibe, wenn sie lasen, daß die Engländer sich am Privateigentum von Angehörigen der feindlichen Staaten vergriffen oder Verbote erlassen hätten, an Firmen oder Privatpersonen in feindlichen Staaten Zahlungen zu leisten. Dadurch, daß von der Gegenseite Vergeltungsmaßregeln beschlossen wurden, hielt man in den nichtbeteiligten Staaten die Sache für abgetan und das wirtschaftliche und juristische Gleichgewicht hergestellt. Aber in der Nichtachtung völkerrechtlicher Grundsätze immer weitergehend, machte England auch vor den Rechten und Interessen der Neutralen nicht halt und rief hiedurch auch in den ihm wohlgesinntesten Kreisen einen Gesinnungsumschwung hervor. England, auf seine Seeherrschaft pochend, hat sich erlaubt, den gesamten Handel aller andern kontrollieren zu wollen. Jedes neutrale Land soll nur einführen oder ausführen dürfen, was England gnädigst gestattet. Die kleineren Neutralen mußten sich fügen, als ihnen die Bildung sogenannter Einfuhrtrusts vorgeschrieben wurde, holländische oder schweizerische Firmen wurden, wenn ihnen nicht durch England die Warenzufuhr abgeschnitten werden sollte, genötigt, englischen Ueberwachungsorganen ihre Bücher und Fakturen vorzulegen, und wehe ihnen, wenn sich daraus ergab, daß sie an deutsche oder österreichisch-ungarische Firmen lieferten, oder wenn sie sich weigerten, ihre Bücher vorzulegen. Sie wurden dann auf eine schwarze Liste, auf eine Proskriptionsliste gesetzt, in Acht und Bann getan, kein Engländer, aber auch sonst niemand, der nicht boykottiert werden wollte, durfte mit ihnen Handel treiben.

Als den Engländern der Appetit im Essen wuchs, das heißt, als sie so weit gingen, auch das große amerikanische Hundertmillionenreich ihrem Handelsdiktat unterwerfen zu wollen, bekam die Sache ein andres Gesicht. Schon vor dieser Provokation war in den Kreisen der von England hart bedrängten europäischen Neutralen, namentlich in Schweden und Holland, aber auch in der Schweiz angeregt worden, einen Bund der Neutralen zu schließen, um sich gegen die englischen Anmaßungen und Schikanen zur Wehre zu setzen. Ueber diesen Schritt wäre man in London wohl zur Tagesordnung übergegangen. Nunmehr droht jedoch England durch die Auflehnung der Vereinigten Staaten gegen die Beeinträchtigung des amerikanischen Handels und gegen die Einschreibung amerikanischer Firmen in die schwarzen Listen eine ernstliche Verlegenheit. Ein New-Yorker Telegramm hat gemeldet, daß die Notwendigkeit, Vergeltungsmaßregeln zu treffen, falls England auf dem beispiellos dastehenden Boykott besteht, in Erwägung gezogen wird. Ein Gesetz soll dem Kongreß vorgelegt werden, um durch Repressalien die Engländer zur genauen Beobachtung der Rechte Amerikas und der andern Neutralen zu zwingen. In der Haltung der amerikanischen Regierung gegen England ist ein vollständiger Wandel eingetreten. In kommerziellen Dingen verstehen die Amerikaner keinen Spaß. An Stelle der bisherigen Duldung aller Uebergriffe Englands ist der allgemeine Schrei nach energischester Abwehr, eventuell sogar durch ein Verbot jeder Ausfuhr nach England getreten. Darauf kann es natürlich England nicht ankommen lassen. Würde es dennoch so verblendet sein, auf seinem Standpunkt zu beharren und anderseits von Amerika mit dem Ausfuhrverbote als der jedenfalls wirksamsten Gegenmaßregel Ernst gemacht werden, so würde nicht nur den Munitions- und Waffenlieferungen, sondern auch den Lebensmitteltransporten, Baumwollimporten usw. ein Ende gesetzt sein. Hätte Amerika, ohne erst die Herausforderungen Englands abzuwarten, gleich zu Beginn des Krieges die Gestattung der Ausfuhr nach England, soweit sie Kriegszwecken diente, nicht zugelassen oder wenigstens davon abhängig gemacht, daß auch der Ausfuhr nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn kein Hindernis in den Weg gelegt werden dürfe, so hätte der Krieg wohl schon längst sein Ende gefunden, und es hätte auch England nicht einmal auf den Gedanken kommen können, die Gegner auszuhungern.

Zu Vergeltungsmaßregeln England gegenüber hat sich auch Deutschland wieder einmal genötigt gesehen. Bekanntlich ist in England gegenwärtig eine Zwangsliquidation der Filialen feindlicher Banken, die im Jänner dieses Jahres angeordnet wurde, in Durchführung begriffen. Deutscherseits ist jetzt als Antwort darauf die zwangsweise Liquidation aller in Deutschland befindlichen englischen Unternehmungen beschlossen worden. Man kopiert ganz einfach das englische Gesetz und wendet es auf die englischen Unternehmungen in Deutschland an, welche, wie es in dem Motivenberichte heißt, die ganze Schärfe des Vorgehens zu fühlen bekommen werden, falls die englische Regierung fortfahren sollte, sich der Stimme der Vernunft und der Billigkeit zu verschließen. Eine weitere Maßregel, zu der Deutschland durch das Vorgehen Englands schon früher gezwungen wurde, war die Anordnung der deutschen Reichsregierung, die englischen Guthaben in Deutschland zu registrieren. Es wird gegenwärtig auch erhoben und zusammengestellt, welchen Umfang die deutschen Forderungen an das feindliche Ausland haben. Jedenfalls haben Deutschland und Oesterreich-Ungarn genügende, auch wirtschaftliche Machtmittel in der Hand, um die Feinde nach Beendigung des Krieges zu zwingen, die von ihnen verfügten Vermögensbeschlagnahmen aufzuheben und den deutschen Staatsbürgern sowie auch den unsrigen, die ihr Vermögen in den Feindesstaaten im Stiche lassen mußten, wieder zu ihrem Besitz und zu ihren Rechten zu verhelfen. Das sind Dinge, die man beim Friedensschlusse nicht vergessen und in den betreffenden Verträgen nicht ungeregelt lassen wird.

Reichspost
6./VIII. 1916

Der Verkauf der Jungfrauen-inseln.

Auf Vorschlag der Union.

Kopenhagen, 4. August. (Ritzausches Bur.)

In der gestrigen geheimen Sitzung des Reichstages teilte Minister des Aeußern v. Scavenius mit, daß die Vereinigten Staaten von Amerika den Vorschlag gemacht hätten, ein Uebereinkommen abzuschließen, wodurch die dänisch-westindischen Inseln an die Vereinigten Staaten abgetreten werden und daß der dänische Gesandte in Washington durch einen Beschluß des Staatsrats vom 1. August ermächtigt worden sei, ein solches Uebereinkommen abzuschließen, jedoch so, daß die Vereinigten Staaten gleichzeitig die Erklärung abgeben, daß sie keinen Einspruch dagegen erheben, daß Dänemark seine politischen und kommerziellen Gerechtsame von den dänischen Kolonien Grönlands auf ganz Grönland ausdehne und daß die Vereinigten Staaten außerdem eine Entschädigung von 25 Millionen Dollars in Gold zahlen. Der Vertrag enthalte im übrigen wesentlich dieselben Bestimmungen wie der im Jahre 1902 entworfene Vertrag. Der Minister gab sodann eine nähere Darstellung der vorausgegangenen Verhandlungen und der verschiedenen Gründe, die die Regierung bewogen haben, den amerikanischen Vorschlag anzunehmen. Der Reichstag wird wahrscheinlich in der nächsten Woche zu einer Sitzung einberufen werden, in der der Vorschlag zur Beschlußfassung unterbreitet werden wird.

Reichspost
6./VIII. 1916

Italiens Bruch mit Deutschland.

Lugano, 5. August.

Die gestern mitgeteilten Angaben des „Secolo" über die Beschlüsse des Ministerrates, betreffend neue Maßnahmen zur Unterbindung des Handelsverkehres mit Angehörigen feindlicher und mit diesen verbündeter Staaten sowie betreffend die Kontrolle der Handelsunternehmungen werden bestätigt. „Giornale d'Italia" hebt ferner hervor, daß in der Verlautbarung des Wolffschen Bureaus bereits festgestellt sei, Italien habe den Handelsvertrag und das Abkommen für den Kriegsfall mit Deutschland gebrochen und erachte sich als von allen daraus abzuleitenden Verpflichtungen befreit. Es bestehe somit zwischen Deutschland und Italien keinerlei Abmachung mehr.

Neues Wiener Tagblatt 6./VIII. 1916

Verletzungen des Völkerrechtes durch unsre Feinde.

Eine Sammlung von Nachweisen.

Das Ministerium des Aeußern veröffentlicht einen zweiten Nachtrag zur Sammlung von Nachweisen über Verletzungen des Völkerrechtes durch die mit uns kriegführenden Staaten. Das Material, das bis zum 30. November 1915 reicht, zeigt, welchen Frevel unsre Feinde, die sich die berufensten Hüter des Völkerrechtes und der Humanität nennen, an allem begingen, was Völkerrecht und Menschlichkeit heißt. Das neue Rotbuch tut in unzweifelhafter Weise dar, auf wessen Seite Recht und Gesittung walten und wo die „Barbaren" hausen; dieses Dokument ist geeignet, der ganzen Welt unanfechtbar zu beweisen, wer die Bande des Rechtes und der Zivilisation gelöst hat und wer in Wahrheit in diesem schweren Kampfe für Freiheit und Menschlichkeit eintritt.

Die ersten zwei Teile der Sammlung enthalten Nachweise über die Behandlung, welche den diplomatischen und konsularischen Funktionären Oesterreich-Ungarns von seiten der Behörden feindlicher Staaten widerfahren ist. In den dargestellten Fällen handelt es sich um Verletzungen der primitivsten Normen des seit alters her und selbst bei Völkern niedriger Kulturstufe geheiligten Gastrechtes, Verletzungen, wie sie in solcher Häufung noch niemals erlebt wurden. Als besonders gravierend ist zu bezeichnen, daß die rechtswidrige Ausweisung oder Verhaftung in mehreren Fällen noch vor Eintritt des Kriegszustandes stattgefunden hat. Die mit bestehenden internationalen Verträgen nicht zu vereinbarende Ausweisung der k. u. k. diplomatischen Agenten aus Marokko und Aegypten wurde zum Gegenstand von formellen Protesten bei den neutralen Staaten gemacht. Im dritten Teil finden sich Nachweise über das Regime, welchem die österreichischen und die ungarischen Staatsangehörigen in den feindlichen Ländern — auch hier wieder zum großen Teil vor Beginn des Krieges — unterworfen wurden. Gerade ein französischer Rechtslehrer hat für ein solches Verhalten die Worte gefunden: „Wehrlosen Bürgern des Feindes ohne zwingendsten Grund Leiden zuzufügen, bedeutet einen Rückfall in die Barbarei."

Der vierte Teil umfaßt Belege für die Verletzungen des Kriegsrechtes. Die veröffentlichten Nachweise lassen erkennen, daß es kaum eine kriegsrechtliche Norm gibt, welcher die feindlichen Truppen nicht wiederholt zuwidergehandelt hätten. An die zahlreichen Fälle der Mißachtung der Vorschriften über die verbotswidrigen Geschosse, des Haager Reglements über die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges und der Genfer Konvention reihen sich die furchtbaren Greueltaten, deren sich die Truppen Serbiens und Montenegros schuldig gemacht haben.

Die „Sammlung von Nachweisen" erhebt nach keiner Richtung Anspruch auf Vollständigkeit. Sie beschränkt sich selbstredend auf die Darstellung von Fällen, welche amtlich erhoben oder sonst in einwandfreier Weise beglaubigt sind. Die Zahl der nachgewiesenen Fälle ist im Verhältnis zur Zahl derjenigen, die sich ereignet haben, eine geradezu verschwindende. Ueber das Schicksal einer Reihe verhafteter konsularischer Funktionäre ist dem Ministerium des Aeußern bis heute nichts bekannt geworden. Die Zahl der Angehörigen der Monarchie, welche noch gegenwärtig in den feindlichen Ländern zurückgehalten werden, geht in die Tausende. Sie sind fast alle jetzt noch stumme Zeugen des schmählichen Verrates, welchen die Regierungen der Gegner an Menschenwürde üben. Auch die im letzten Teil dieser Sammlung zusammengestellten Vergehungen gegen das Kriegsrecht können nur als vereinzelte Zeugnisse betrachtet werden.

Aus diesem so beredten Buch seien im folgenden nur einige Leidensblätter angeführt.

Behandlung unsrer diplomatischen Vertreter.

Unsere Generalkonsul in Ancona, Herr von Moricz, berichtet an den Minister des Aeußern Freiherrn v. Burian unter dem 27. Mai 1915 aus Zürich: „Am 24. d. wurde ich im Gebäude des k. u. k. Konsulats in Ancona verhaftet. Dies trug sich folgendermaßen zu:

Um 5 Uhr morgens, als noch die Gewehre, durch deren Schüsse die österreichisch-ungarischen Flieger abgewehrt werden sollten, knatterten, hörte ich an der Tür meines Schlafzimmers klopfen und sah vor mir, als ich öffnete, den Polizeikommissär D'Arpe in Begleitung eines Karabinierihauptmannes und mehrerer Karabinieri, die mit aufgepflanztem Bajonett und Gewehr bei Fuß im anstoßenden Zimmer standen. „Herr Konsul," sagte der Kommissär, „ihre Nation beschießt eine offene Stadt, ich nehme Sie deshalb als Geisel mit." Ich fragte hierauf, ob der Präfekt von diesem Schritt etwas wisse, und erhielt zur Antwort, daß er befohlen habe, mich zu ihm zu führen. Ich wollte die Tür schließen, um mich anzukleiden (ich hatte nur einen Morgenanzug an), wurde jedoch daran verhindert. Man machte die Tür weit auf und es traten außer dem Kommissär und dem gedachten Hauptmann zwei Karabinieri mit ihren Gewehren in das Schlafzimmer. Sie umringten mich, und man führte mich in die Präfektur, wo mich der Präfekt mit den Worten begrüßte: „Per bacco, dies ist eine offene Stadt, gegen das Bombardement derselben protestiere ich." Ich erwiderte ihm, daß ich infolge des Abbruches unsrer Beziehungen zu Italien keine Funktionen mehr auszuüben hätte. Auf seine Frage, wann ich den Befehl zur Abreise erhalten hätte, antwortete ich, er sei mir am Abend vorher zugegangen. Der Präfekt sagte hierauf zu den Anwesenden, daß er in Rom anfragen müsse, ging hinaus und ließ sich nicht mehr blicken.

Bald trat in das Zimmer, wo ich war, auch der deutsche Konsul, den ebenfalls Karabinieri und ein Kommissär aus seiner Wohnung abgeholt hatten. Wie mir, waren auch ihm auf der Straße aus den Fenstern die Worte „porco!" „assassini!" und ähnliche andre zugerufen worden. Von der Präfektur brachte man den deutschen Konsul und mich in die Quästur (Polizeidiektion). Dort erwartete uns eine größere Menge, welche pfiff und „Abzug!" schrie. In der Quästur wurden wir in das Zimmer des diensthabenden Funktionärs geführt. Dort hieß es, warten, bis die Antwort auf die Anfrage des Präfekten eintreffen werde. Wir gingen im Korridor stundenlang auf und ab. Zwei Kara-

jedoch die Melier an ihrem Stan[illegible] unverrückt festhielten, brachen die Feindseligkeiten aus, und nach heldenmütigem Widerstand wurden die Bewohner der unglücklichen Insel bezwungen und erfuhren vom Sieger eine überaus grausame Behandlung. Und so sehr man auch im allgemeinen die Katastrophe bedauern mag, die schließlich in diesem Kriege über Athen hereinbrach, durch die ruchlose Gewalttätigkeit seines Vorgehens gegen Melos hatte es dieses Schicksal fast verdient.

Daß aber solche empörende Verletzungen des Völkerrechtes auch heute noch möglich seien, hätten wir wahrlich nicht gedacht. Wir wähnten vor Ausbruch des Krieges, daß die europäische Menschheit hinsichtlich des völkerrechtlich Erlaubten zur Einhaltung fester, der modernen Gesittung entsprechender Grundsätze gelangt sei. Die Kampfesmethoden unsrer Feinde haben uns leider eines Besseren belehrt.

A. K.

Arbeiterzeitung 6./VIII. 1916

62

Hochmut und Furcht.

Der Jahrestag der englischen Kriegserklärung ist von den englischen Machthabern mit großen und klingenden Worten begangen worden. Der König telegraphiert seinen Kollegen „den Ausdruck seiner unentwegten Entschlossenheit, den Krieg fortzusetzen, bis die vereinigten Anstrengungen und Ziele, für die die Verbündeten gemeinsam zu den Waffen gegriffen haben, erreicht sind". Asquith meldet seinen Wählern „das stets wachsende Vertrauen in den endgiltigen Erfolg der Sache der Alliierten". Lloyd-George sendet die „Botschaft" in die Welt, „die letzten Aussichten der Mittelmächte, den Krieg zu gewinnen, sind jetzt vorbei. Der endgiltige Sieg kommt mit dem grimmigen Schritt des Schicksals in dem großen letzten Triumph." Und während also telegraphiert und kundgegeben wird, melden die Schlachtenberichte Tag um Tag von „schweren Verlusten", von „ungewöhnlich blutigen Verlusten", von zahllosen Leichen, die vor den Drahtverhauen liegen; während also phantasiert und prophezeit wird, steigt der Berg der Opfer himmelan und Ozeane von Blut trinkt die Erde. Wie lange werden die Völker derlei „Botschaften" vernehmen, bevor ihnen die „unentwegte Entschlossenheit" reift, mit denen, die den Krieg immer nur noch fortsetzen wollen und des Nachdenkens verstockt sich weigern, wie er beendigt werden könnte, ins Gericht zu gehen?

In diesem Kriege sind alle Begriffe um ihren Sinn gekommen und jedes Wort hat im Munde des anderen die entgegengesetzte Bedeutung, die es zu Hause besitzt. So wird Tugend zum Laster, die Gerechtigkeit erscheint als Mangel an Hochgefühl, Besonnenheit ist ein Defizit an Begeisterung, Vernunft ist dem Mißmut gleichgesetzt. Wohl eines der vieldeutigsten Worte ist nun das Wort: Sieg geworden. An der Depesche Lloyd-Georges kann diese Vieldeutigkeit geradezu studiert werden. Sie hebt mit der Versicherung an, es sei für die Mittelmächte aussichtslos geworden, „den Krieg zu gewinnen". Das kann bedeuten, daß die Mittelmächte, wie der englische Kriegsminister meint, keine Aussicht haben, Herren des Krieges und des Friedens zu werden; sie können *nicht so* siegen, daß sie den Frieden zu diktieren vermögen. Aber aus dieser bescheidenen Begrenzung der „Aussichtslosigkeit" der Mittelmächte macht Lloyd-George sonach schon ihre „sichere Niederlage" und den „endgiltigen Sieg" ihrer Gegner. Beileibe nicht, daß er meinte, die Verbündeten werden wirklich siegen, die Mittelmächte unterliegen, sondern sein Sieg, die Niederlage der anderen wäre ihm, wenn der Inhalt des Friedens von den Mittelmächten nicht *diktiert* werden kann; das ist es, was er meint, wenn er versichert, die Mittelmächte werden „den Krieg nicht gewinnen". Die Wahrheit ist nun, daß der Weltkrieg, dessen Riesenmaße alle Kriege und Schlachten der Geschichte als eine bescheidene, geradezu harmlose Begebenheit erscheinen lassen, die Vorstellung eines „Sieges" in dem vorgeschichtlichen Sinne, nämlich daß der Unterlegene ganz in die Gewalt des Siegers fällt, gar nicht zuläßt, dieser Begriff des Sieges für den Krieg, der schon beinahe die ganze bewohnte Erde erfaßt, schlechthin unanwendbar ist. Deshalb ist es möglich, jede wie immer geartete Kriegslage als die Bestätigung der Zuversicht auszugeben, daß der Gegner nicht gesiegt habe und nicht siegen werde; weil schon die *räumliche Ausdehnung* des Krieges einen Sieg, der nicht bestritten, ein Unterliegen, das nicht geleugnet werden kann, außer alle Möglichkeit rückt. Deshalb aber ist auch jede Kriegslage geeignet, um darüber nachzusinnen, ob durch Verhandlung und Vereinbarung nicht erreicht werden könnte, wozu sich alle Offensiven als unbrauchbar erwiesen haben und erweisen: daß dem unfruchtbaren Kriege ein Friede erblühe, in dem keinem die Besiegelung einer Niederlage aufgezwungen wird und der die Möglichkeiten der friedlichen Entwicklung aller verbürgt.

Was man so oft den Kriegswillen der Gegner benennt, wird gar nicht selten die Furcht vor dem Frieden sein, die Besorgnis, es müßte ihm, wenn er sich unvermögend zeigt, die Kriegslage zu ändern, bei der Bestimmung des Friedens übel ergehen. Daß sich die Entente, die in den Krieg gezogen ist mit der Gewißheit eines restlosen Sieges und gemeint hat, mit dem riesenhaften Aufgebot der Zahl rasch und glänzend zu siegen, nicht dazu bequemen mag, zu bekennen, daß sie längst auf die Linie der Verteidigung zurückgedrängt ist, vielmehr noch immer von dem „endgiltigen Triumph" fabelt und sich an den Ausmalungen der Folgen ihres Sieges immer noch ergötzt, das kann die wirklichen Tatsachen, die die Kriegsergebnisse schufen, natürlich nicht aufheben. Es ist eben ein merklicher Unterschied zu beachten. Wenn in Paris oder in London ein Hetzblatt in der Schilderung der Aufteilung Deutschlands schwelgt, ja wenn selbst dort ein König oder ein Ministerpräsident derlei Kriegsziele „darlegt", so ist das bei denen, die an der Kriegslage seit achtzehn Monaten *nicht* die geringste Aenderung herbeizuführen vermochten, nicht mehr als Rhetorik, die von ihnen selbst nicht ernst genommen wird und die als „unbeugsamen Siegeswillen" zu deuten uns eine arge Ueberschätzung des dort beliebten Wortrausches dünkt. Ganz anders steht es um die Sieger: bei diesen ist die *Macht der Dinge*; und wenn von ihnen Forderungen oder Erklärungen vernehmlich werden, so haben die Gegner allen Anlaß, ihr Gewicht zu fürchten. Ihrer „Vernichtungs"pläne können wir lächeln; vor den „realen Garantien", die von ihnen gefordert werden, müssen sie sich ängstigen. Und daß sie, wie die Kinder, die, um ihre Bangigkeit zu verscheuchen, ein fröhlich Lied singen, ihre Furcht vor der Ueberleitung der Kriegskarte in den Friedensvertrag dadurch zu betäuben suchen, daß sie die dummen Aufschneidereien, wie sie die Zentralmächte „nach dem Siege" aufzuteilen und die Fetzen in alle Winde zu zerstreuen gedenken — die immer Aufschneidereien waren, im Angesicht der Kriegslage aber stumpfsinnig-sinnlos geworden sind —, immer noch wiederholen, darf uns über die wahre Gemütsverfassung der Gegner nicht täuschen. Hinter dem „wachsenden Vertrauen in den endgiltigen Erfolg der Sache der Alliierten" des Herrn Asquith lauert die *Sorge*, ob sich der alte Siegerspruch nicht auch in dem Weltkrieg zur Erfüllung drängen will: Wehe den Besiegten!

Vielleicht liegt nun das Problem darin, wie den Gegnern der Hochmut auf den Sieg benommen wurde, nun ihnen auch die Furcht vor dem Frieden zu benehmen. Jenes hat das Schwert herbeigeführt, dieses ist die Aufgabe des Staatsmannes. Hoffen wir, daß die Staatsmänner ihre Aufgabe so zu leisten vermögen werden, wie die Heerführer es zuwege gebracht.

Fremdenblatt
6./VIII. 1916

Botschaften Asquiths und Lloyd Georges.

K. London, 4. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Anläßlich des zweiten Jahrestages des Krieges sandte Premierminister Asquith folgende Botschaft an seine Wähler: Wir treten in das dritte Kriegsjahr mit stets wachsendem Vertrauen in den endgiltigen Erfolg der Sache der Alliierten und mit einer durch jedes neue Beispiel der deutschen Verachtung von Recht und Menschlichkeit bekräftigten Entschlossenheit, weiter zu kämpfen bis die künftige Zivilisation auf den festen Grundlagen der Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Freiheit begründet ist.

Lloyd-George sandte folgende Botschaft an den „Glasgow Herald": Die letzte Aussicht der Mittelmächte, den Krieg zu gewinnen, ist jetzt vorbei. Die Ausbildung und der Mut unserer neuen Armee und der Fleiß unserer Munitionsarbeiter haben zusammen mit den Anstrengungen unserer tapferen Alliierten die Niederlage unserer Feinde sicher gemacht. Der endgiltige Sieg mag früh oder spät kommen, aber soweit menschliche Voraussicht es wahrnehmen kann, kommt er mit dem grimmigen Schritt des Schicksals in dem großen letzten Triumph. Das Tal des Clyde hat Anspruch auf einen Anteil an diesem Siege.

Fremdenblatt
6./VIII. 1916

Die Rede Asquiths.

„Deutschland und seine Verbündeten vor dem Zusammenbruch."

Köln, 5. August. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Die „Köln. Ztg." berichtet über die Rede, die Asquith im Unterhause über die Pariser Wirtschaftskonferenz gehalten hat, noch folgendes:

Als Hauptforderung für den künftigen Frieden stellte Asquith auf, daß Belgien, Serbien und die besetzten Teile Frankreichs sowie Polen wirtschaftlich und politisch wiederhergestellt werden müssen. In dem Hauptteil seiner Rede beschäftigt sich Asquith mit der Lage Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, die er in derart schwarzen Farben schilderte, daß die Vermutung naheliegt, er habe dies getan, um den Unmut der Bevölkerung über das voraussichtliche Scheitern der Offensive abzulenken. „Deutschland und sein Verbündeter stehen vor dem Zusammenbruch", sagte er, „der auch noch lange nach dem Kriege vorhalten wird. Deutschland hungert"; selbst Vertreter der neutralen Staaten in Berlin und anderen Plätzen müßten verhungern, wenn sie nicht aus dem neutralen Auslande, aus Amerika und auch aus England sich ihren Lebensbedarf decken könnten. Als weiteren Beweis für die Hungersnot in Deutschland führt er Aeußerungen von Leuten an, die Deutschland verlassen haben, ferner Sätze aus Briefen, die den Kriegsgefangenen abgenommen wurden, und selbst aus Briefen, die in beschlagnahmten Briefsäcken gefunden wurden. Er sprach von den Krawallen in Berlin, Charlottenburg und in den meisten großen Städten Deutschlands, wo das Militär mit Maschinengewehren zu ihrer Bekämpfung hätte auftreten müssen; dann sagte er freilich vorsichtigerweise weiter, man dürfe durchaus nicht annehmen, daß dies der Anfang einer Revolution in Deutschland sei, denn der Deutsche ertrage freudig alle Entbehrungen, so lange seine Siegeszuversicht nicht erschüttert sei, und daß dies nicht geschehe, dafür sorge schon die Regierung (soll heißen: die siegreichen Truppen). Die schwierige Lage werde trotz der Niederlage in Rußland, trotz der Offensive im Westen und trotz des Fehlschlagens der Angriffe auf Verdun als gut hingestellt. Oesterreich-Ungarn schneide am schlechtesten ab. Die Ernte sei ein Fehlschlag; niemand sei vorhanden, um sie einzuholen, da alle Leute bis zu 40 Jahren im Felde seien. Auch in Oesterreich-Ungarn hungere man usw. Die ganze Rede, so wie sie Reuter berichtet, klingt wie ein echter Hintertreppenroman und reiht sich würdig den Aeußerungen anderer „Staatsmänner" der Entente an.

Neues Wiener Tagblatt 7./VIII. 1916

65 I

Eine neue Hetzrede Asquiths.

London, 5. August. Premierminister Asquith hat in der Queenshall folgende Rede gehalten: Vor zwei Jahren ist Deutschland in der Woche vor Kriegsausbruch das Opfer einer doppelten Täuschung geworden. Deutschland war sich völlig sicher, daß wir, was immer wir auch als Protest tun oder sagen würden, niemals mit den Waffen in der Hand an die Seite Frankreichs und Rußlands treten würden. Ebenso sicher war man in Deutschland, daß das schwache und, wie es Deutschland schien, schutzlose Belgien mit Schmeichelworten oder mit Gewalt dazu gebracht werden würde, Deutschland das zu gewähren, was dieses am meisten brauchte, nämlich das Recht des Durchmarsches nach Frankreich. Das war ein Irrtum und, wie sich herausstellte, ein sehr kostspieliger Irrtum. Denn während zwei Jahren hat das britische Reich, die friedliebendste Familie von Gemeinwesen auf der Oberfläche der zivilisierten Erde, 5 Millionen seiner Söhne ausgehoben, um sie ins Feld zu schicken, und damit Deutschlands Absichten zunichte gemacht. Noch niemals hat sich in das wirre, stümperhafte Gebilde der deutschen Diplomatie ein so großer Irrtum eingeschlichen und eine Auffassung, die für ihre Träger so verhängnisvoll gewesen ist. Als vor zwei Jahren der Handschuh hingeschleudert war, hatten wir sehr bald eingesehen, daß wir vor einer jener epochemachenden Entscheidungen stünden, in denen der Kampf nicht zwischen einem Staat und einem andern geführt wird, sondern in denen es sich um einen Kampf zwischen verschiedenen und unversöhnlichen Idealen handelt, nämlich zwischen Mächten einerseits, die für Freiheit, Mannigfaltigkeit der Typen und Organisationen und für den ungehemmten Fortschritt der Menschheit einstehen, und Mächten anderseits, die notwendigerweise früher oder später alle Staaten zur Umbildung und Erneuerung der Welt unfruchtbar gemacht hätten.

Asquith fuhr fort: Ich möchte gerne besonders auf die ungetrübte Einigkeit der verbündeten Länder Frankreich, Rußland, Italien und uns selbst aufmerksam machen. Nichts war während des letzten Jahres bemerkenswerter als der Erfolg, mit dem die Verbündeten eine gemeinsame Politik und einen einheitlichen Plan suchten und befolgten. Ich bin froh, daß ich in diesem Augenblick sagen kann, daß zwischen uns in allen Kriegsfragen vollkommene Uebereinstimmung besteht. Es gibt kein besseres praktischeres Beispiel für diese unzweifelhafte Tatsache als die gleichzeitige Offensive, die jetzt mit solcher Kraft und solchem Erfolg an nicht weniger als drei Fronten betrieben wird. Um auf uns selbst zurückzukommen, halte ich es für das Glorreichste und Ermutigendste in der Aufstellung unsrer neuen Armeen, daß eine so riesige Zahl von Männern in jeder Lebenslage freiwillig Heim, Familienbande und Beruf aufgab, um im Dienste des Staates das Leben aufs Spiel zu setzen. Diese neuen Armeen, die während des letzten Monats auf dem blutgetränkten Felde der Picardie sich unsterbliche Lorbeeren errangen, sind das beste Denkmal, das Kitchener sich hätte wünschen können. Ich habe von der Armee gesprochen, was aber soll ich von unsrer und unsrer Verbündeten Dankesschuld an die britische

Neues Wiener Tagblatt, 2. VIII. 1916

66 II

Eine neue Lehre Asquiths.

Flotte sagen, die sich natürlich ebenso wie die Armee nach Waffengängen mit dem Feind auf offener See sehnt! Der Feind geht dabei mit größter Vorsicht zu Werke. Es werden sich also nur wenig Gelegenheiten dazu bieten. (Heiterkeit.) Seit dem „glorreichen Sieg" vom 31. Mai, wie ihn der deutsche Kaiser nennt, traut sich die deutsche Hochseeflotte, oder was davon übrig ist, nicht aus dem Hafen herauszukommen. (Anmerkung des Wolffschen Bureaus: Hier ist die Originaldepesche sehr unklar.) Die Deutschen schrecken offenbar davor zurück, ihre glorreichen Erfahrungen zu wiederholen, und nicht ohne Grund. Denn noch einige solche Siege würden nichts oder nur sehr wenig von der deutschen Flotte übrig lassen. (Beifall.) Wenn es aber unsern Seeleuten auch nur selten vergönnt ist, auf offener See im Kampfe mit dem Feinde sich zu messen, so dürfen wir doch nie vergessen, daß es die Flotte ist, die in unaufdringlicher, stiller Weise Wacht hielt und mit immer ehernerer Umklammerung die Macht der Deutschen und ihre Widerstandskraft erschöpft und das Leben Deutschlands erdrosselt. In der ganzen Geschichte ist niemals ein so deutlicher Beweis von der alles überragenden Wichtigkeit der Beherrschung der See erbracht worden.

Der Feind ist überall in der Defensive. (Beifall.) Auf keinem Kriegsschauplatz hat er die Initiative in der Hand oder versucht er, sie in der Hand zu behalten. Es sind Anzeichen von beträchtlicher Schwäche oder Erschöpfung vorhanden, die kaum täuschen können. Die jüngsten Kampfmethoden des Feindes verraten meiner Meinung nach Ansätze einer verzweifelten Stimmung. Ich meine da die Verrohung und wohlüberlegte Grausamkeit. (Beifall.) Die belgische Zivilbevölkerung, die sich weigert, an der Haltung und Verbesserung der militärischen Stellungen der ins Land eingedrungen Unterdrücker mitzuarbeiten, wird buchstäblich als Sklave behandelt. Die Schrecken der vor kurzer Zeit durchgeführten Deportierung eines großen Teiles der Zivilbevölkerung von Lille und andrer Städte des nördlichen Frankreichs, die Schrecken mitternächtiger Ueberfälle auf Privatwohnungen und die massenhaften Entführungen von Frauen und Kindern vereinigen sich zu einer Geschichte, die, wenn sie einmal vollständig niedergeschrieben sein wird, selbst für die schmutzigen Annalen der deutschen Armee noch ein Schandfleck sein wird. (Beifall.)

Wir können hier in England auch nicht die letzte gegen uns selbst gerichtete Infamie vergessen, nämlich die Ermordung des Kapitäns Fryatt, die die ganze zivilisierte Welt entrüstet und ihr Gewissen schändlich verletzt hat. Wir erwägen im Verein mit unsern Verbündeten die geeigneten Methoden, die gegenüber diesen Abscheulichkeiten und ihren Urhebern angewendet werden sollen (Anhaltender Beifall) und gegen eine Nation, die sie verzeiht und mit Beifall begrüßt. Vergessen wir aber nicht die Voraussetzung zu jedem derartigen Schritt, wenn er wirklich Erfolg haben soll, nämlich die, daß wir den Krieg gewinnen. Das ist unser höchstes Ziel, dem wir alles unterordnen. Ich sagte: „Den Krieg gewinnen!" Es ist, glaube ich, die einstimmige Ueberzeugung des Generalstabes der Verbündeten, daß unsre Aussichten auf den Sieg niemals so glänzend gewesen sind wie jetzt oder so vielversprechend. Alles, was unsre Verbündeten brauchen oder unsre Sache, ist die Zusammenfassung unsrer Energie und, was uns in diesem Lande betrifft, die Fortdauer desselben alles umfassenden selbstlosen, weitblickenden Patriotismus, der Hunderttausende, ja Millionen unsrer besten Arbeiter, Männer und Frauen, veranlaßte, auf ihre Feiertage zu verzichten. (Beifall.)

Bonar Law unterstützte die von Asquith der Versammlung unterbreitete Resolution, die durch Zuruf angenommen wurde, und sagte: Der Sieg, auf den wir ausgehen, den zu erringen wir fest entschlossen sind, wird überhaupt kein Sieg sein, wenn er nicht bedeuten würde, daß sowohl für unsre Zeit als auch für die Zeit, die nach uns kommt, es unmöglich gemacht wird, daß ein Mann oder eine Gruppe von Männern die Welt in solches Elend stürzt, wie es uns heute umgibt. Wo immer die deutschen Truppen hinkamen, sind ihre Fußstapfen von Blut befleckt gewesen, und das Andenken, das sie zurückließen, schreit laut nach Sieg und Rache. (Beifall.) Durch ihre Methoden und den Druck, den sie ausübten, haben die Deutschen mehr dazu beigetragen, das britische Reich zusammenzuschweißen, als Generationen unsres eigenen Volkes es hätten tun können.

Anmerkung des Wolffschen Bureaus. Ob die englischen Minister unter dem Galgen Casements und angesichts der Schlacht am Suezkanal Anlaß haben, mit ihren staatsmännischen Leistungen und kriegerischen Erfolgen so zufrieden zu sein, wie sie sich den Anschein geben, kann dahingestellt bleiben. Die Verhöhnung unsrer Diplomatie und unsrer Flotte und die wüste Beschimpfung unsres Heeres machte an und für sich nicht den Eindruck, als ob die ehrenwerten Herren ihrer Sache so sicher wären. Und Asquith hat schließlich selbst geglaubt, bemerken zu müssen, daß die Voraussetzung für alle Strafmaßregeln gegen Deutschland sei, daß England den Krieg gewinne. Sehr richtig, Herr Asquith! Und deswegen ist Ihre ganze Rede belangloses Geschwätz!

Neue Freie Presse 7./VIII. 1916 67 I

Volkerrechtsverletzungen und barbarische Kriegführung unserer Feinde.

Ein neues Rotbuch des Ministeriums des Aeußern.

Wien, 7. August.

Das Ministerium des Aeußern veröffentlicht neuerlich eine Sammlung von Nachweisen über Kriegsgreuel und Völkerrechtswidrigkeiten, deren sich unsere Feinde zuschulden kommen ließen. Es ist bereits das dritte Rotbuch dieser Art. Die erste Ausgabe schloß mit 31. Januar 1915 ab, umfaßte also die ersten Kriegsmonate; die zweite reichte bis Ende April 1915, die neue Sammlung verzeichnet die Vorfälle bis 30. November 1915. Fünfviertel Jahre Krieg und fünfviertel Jahre Gesetz- und Zuchtlosigkeit in der Kriegführung, ein Beweis, daß es sich nicht um zufällige, in der Leidenschaft begangene Ausschreitungen einzelner handelt, sondern daß die Mißachtung von Kriegs- und Völkerrecht tief eingerissen und im Wesen der gewalttätigen Politik unserer Feinde begründet ist.

Das jüngste Rotbuch unseres Ministeriums des Aeußern beginnt mit dem Mai 1915. Damals trat ein neuer Feind in die Reihen der Entente. Das treulose Italien. Noch als Mitglied des Dreibundes ein verräterischer bedenkenloser Gegner der Mittelmächte, hat es, in den Kreis der Kämpfer für „die Freiheit der kleinen Völker" aufgenommen, sofort gewalttätige, Recht und Menschlichkeit mißachtende Art der Kriegführung anwenden gelernt, mit der die Entente die europäische Kulturgeschichte bereichert hat. Eine der abstoßendsten Neuerungen, die die Entente ins Völkerleben eingeführt hat, war die Mißachtung der uralten Rechte der Gesandten und Konsuln. Gleich das erste Aktenstück der Sammlung ist nun ein Bericht des k. u. k. Generalkonsuls in Ancona Herrn v. Moricz an Baron Burian über seine Verhaftung durch die italienischen Behörden am 24. Mai 1915, dem ersten Kriegstage. Unsere Flotte hatte den Krieg mit einer vollkommen rechtmäßigen Beschießung der italienischen Ostküste begonnen. Um 1 Uhr morgens wurde, während noch die Gewehre gegen die österreichisch-ungarischen Flieger knatterten, Herr v. Moricz von Karabinieri aus dem Schlafzimmer geholt und vor den Präfekten geführt. Dort traf er den auf gleiche Weise verhafteten deutschen Konsul, dessen Regierung gar nicht im Kriege mit Italien ist. Herr v. Moricz wurde nach Piacenza eskortiert und erst dort freigelassen. Schlimmer war es dem Konsularoffizial Wiesler ergangen. Er wurde nach seiner Verhaftung über die Straße geführt, dort vom Pöbel unter Beteiligung der Karabinieri mißhandelt und unter Faustthieben und Kolbenschlägen der Karabinieri ins Gefängnis gesteckt. Erst am Abend konnte er mit dem Konsul abreisen. Eine völkerrechtliche Spezialität der Entente war die Verhaftung und Verschickung unserer Vertreter auf neutralem Boden. In Tanger und Aegypten waren unsere Beamten zu Beginn des Krieges unter Anwendung von Gewalt außer Landes gebracht worden. Italien hat dieses Beispiel nachgeahmt und den Vizekonsul v. Mayerhauser aus Valona, das doch zum neutralen Fürstentum Albanien gehörte, ausgewiesen; einige der Konsularbeamten wurden sogar vor der Verschickung in Haft genommen. Italien nahm auch an allen traurigen Verletzungen des Kriegsrechtes teil, die wider uns begangen wurden. Es hat bekanntlich, dem englischen Muster folgend, die neutrale albanesische Küste unter Blockade gestellt (Zirkularprotest des Freiherrn v. Burian an die neutralen Staaten vom 9. Juni 1915) und unverteidigte Grenzorte beim Einmarsch auf österreichisches Gebiet beschossen. Bezeichnend für die Rolle der „Erlöser", die sich die Italiener zurechtgelegt haben, sind die Mißhandlungen unserer Bevölkerung im Friaul. Unser Armeekommando an der Südwestfront steuert zu diesem Kapitel sehr charakteristische Mitteilungen bei: Verschleppung friedlicher Bürger, Vergewaltigung italienischer Frauen und Mädchen, Plünderungen und Erschießungen unschuldiger Menschen zieren das „Befreiungswerk" der italienischen Armee.

„Die Italiener," heißt es in einem Berichte über das Verhalten der italienischen Truppen in den österreichischen Grenzgebieten, „werfen den Bauern vor, daß sie alle Verräter und österreichischer gesinnt seien, als die Wiener. Unter diesen Beschuldigungen mißhandeln und drangsalieren sie die Bauern auf die niedrigste Weise." Rechtswidrige Beschießungen von Sanitätspatrouillen, so einer solchen auf der Marmolata-Scharte und verbotenes Hissen der Genfer Flagge durch ein italienisches Kriegsschiff vervollständigen die Liste der Völkerrechtswidrigkeiten, die Italien am Beginn des Krieges begangen hat.

Eine Reihe von Aktenstücken sind Nachträge zu den Nachweisen über die Völkerrechtsbrüche der anderen Mitglieder der Entente zu Beginn des Krieges. So das dritte Stück, ein langer Bericht des Hauptmannes Loster, Botschaftskanzleirates in Petersburg. Dieser Beamte war auf der Fahrt von der Botschaft zum Bahnhof bei der Abreise des diplomatischen Personals widerrechtlich unter dem Verdachte der Spionage verhaftet und monatelang durch russische Kerker geschleppt worden. Seine Gattin teilte dieses bedauernswerte Schicksal. Die russische Polizei hatte das Ehepaar monatelang vor dem Kriege beobachtet und ihre Verhaftung bei Ausbruch des Krieges war von der Ochrana planmäßig vorbereitet worden. Als Loster bei der Arretierung von seiner Frau getrennt wurde, entgegnete ihm auf seine Beschwerde der Polizeibeamte, „in Rußland gebe es noch keine Familiengefängnisse". Im Arrest traf Hauptmann Loster eine große Zahl deutscher Reichsangehöriger verschiedenen Standes, darunter den an Pleuritis erkrankten Konsul von Saratow, Herrn v. Schönstedt, den Vizekonsul v. Wilder, den Konsularsekretär Fischer, den Konsul v. Bülow und noch einen deutschen Konsul, dessen Name seinem Gedächtnisse entfallen ist.

Eine Hauptrolle in der Untersuchung spielte ein namenloses Adreßbuch, das bei der Gattin Losters beschlagnahmt wurde. Der Gendarmerieoberst, der die Untersuchung führte, sagte später über diese Angelegenheit: „Es war ein bedauernswerter Irrtum." Erst am 15. Februar 1915 wurde der Beamte und seine Frau freigelassen. Der Bericht des Hauptmann Loster reiht sich als Kulturdokument an die zahlreichen anderen Mitteilungen österreichischer und ungarischer Staatsbürger, die in diesem Kriege mit russischer Polizei und russischen Gefängnissen Bekanntschaft gemacht haben.

Der Bericht eines Schülers der Neuen Wiener Handelsakademie, Franz Möschl, ist ein Nachzügler zu den zahllosen traurigen Darstellungen über das Schicksal unserer in Frankreich bei Beginn des Krieges internierten Staatsangehörigen. Möschl war als Gast nach Frankreich gekommen, um die Sprache des Landes zu erlernen, und die Franzosen haben den Knaben als Spion verschickt. Als Kranker kam er nach Monaten in die Heimat zurück. Bezeichnend ist folgende Stelle im Bericht: „Wiederholt wurde ich aufgefordert, in die französische Legion einzutreten. Mit Entrüstung habe ich immer ein solches Ansinnen abgelehnt." Eine Note unserer Regierung an den amerikanischen Botschafter gibt ein Bild von der Behandlung unserer Bürger in Britisch-Indien. Die britische Regierung tat ihr möglichstes, um österreichische und ungarische Staatsangehörige vor den indischen Eingebornen als minderwertige Wesen erscheinen zu lassen. Die Gefangenen müssen alle Arbeiten selbst leisten, sogar solche niedriger Art, wie Latrinenkübel leeren, Kochgeschirre reiben usw. Ein Bericht eines Triester Kapitäns, dessen Schiff in Rußland bei Beginn des Krieges in einem russischen Hafen angehalten worden ist, schildert die Brutalitäten, die diesem und anderen österreichischen Seemännern auf der Verschickung in das Innere Sibiriens zugefügt worden sind. Mit gleicher Gewalttätigkeit und Tücke wurden nach einem Bericht des Amtsvorstehers des k. u. k. Generalkonsulats von Algier, Jantzke, unsere Untertanen von den französischen Behörden in Nordafrika behandelt. Die „Austro-Boches" lebten in fürchterlichen Gefängnissen. Jantzke erzählt:

„Unsere Nachtruhe war von vielen kleinen Wüstenmäusen gestört, die uns oft genug ins Gesicht sprangen. Die größte Plage aber waren die Millionen von Wanzen, die sich hauptsächlich im durchglühten Gebälk des Daches aufhielten und des Nachts, förmlich zu Klumpen geballt, sich auf uns herabfallen ließen. Eines Tages stieg einer der Internierten ins Gebälk, um Nachschau zu halten. In wenigen Augenblicken füllte er mit drei Handvoll Wanzen eine Düte an, die etwa einen halben Liter faßte! Oft und oft versuchten wir die Wachorgane zu bestimmen, uns die Bekämpfung dieser Plage mit eigenen Mitteln zu gestatten; doch wir begegneten nur einem höhnischen Lächeln. Manchem von uns lief das Blut in Strömen über die Beine, und wir

Neues Wiener Tagblatt
7. VIII. 1916

König Ludwig von Bayern für das Zusammenwirken aller Parteien.

München, 6. August. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: König Ludwig empfing gestern vormittag in Anwesenheit des Vorsitzenden des Ministerrates Staatsministers Dr. Graf v. Hertling und des Kriegsministers Generaloberst Freiherr Kreß v. Kressenstein folgende Herren in gemeinsamer Audienz: Geheimen Rat Dr. v. Gruber, Reichsrat Grafen Preysing-Lichtenegg-Moos, Reichsrat Franz Buhl, die Landtagsabgeordneten Einhauser, Löweneck und Hübsch, die Reichstagsabgeordneten Doktor Pfleger und Weilnböck, Oberlandesgerichtsrat Rohrer, Kommerzienrat Seitz und Geheimen Kommerzienrat Bromm.

Geheimer Rat Dr. v. Gruber verlas eine Adresse, in der er namens der zur Audienz Erschienenen deren Auffassung über die politische und militärische Lage darlegte und ihre von patriotischer Sorge getragenen Wünsche vorbrachte.

Der König mahnte in seiner Erwiderung zum Vertrauen in die verantwortlichen leitenden Stellen, da ein verständnisvolles einiges Zusammenwirken aller Stände und aller Parteien in so ernster Zeit unerläßlich sei. Er warnte davor, Spaltungen in das deutsche Volk zu tragen, um nicht das Durchhalten bis zu einem ehrenvollen Frieden zu erschweren.

Tägliche Rundschau

70 I

25/VIII. 1916

Hundertundfünfte Kriegswoche.

Wie ein dunkler Punkt steht die Stunde der Hinrichtung Casements im Bilde dieser Woche. König Georg von England war schlecht beraten, als er das Todesurteil gegen den Mann unterzeichnete, dessen Name zum Bannerzeichen der ganzen irischen Nation geworden war. Sie gedachten ihn zu töten; aber sie haben ihn lebendig gemacht für alle Zeiten, da noch ein irischer Volkswille gegen England leben wird. Vergeblich sucht Reuters Büro, sucht die Presse Lord Northcliffes mit ihrem krampfigen Lärm über die Hinrichtung des Freibeuters Fryatt das Grauen über den Mord an Casement zu ersticken. Die Welt, auf welche diese Finte berechnet ist, insbesondere die Millionen Iren diesseits und jenseits des Ozeans, werden sich nicht ihr Gefühl darüber betrügen lassen, daß zwischen einem Fryatt, der um eines von Englands Regierung ausgelobten Blutlohnes willen zum Meuchelmörder ward, und einem Casement, der dem Ideal seines Lebens alles opferte, kein Vergleich stattfinden kann. Ein Bravo und ein Märtyrer; — so werden Fryatt und Casement nebeneinander im Gedächtnis der Geschichte stehen und beide gegen England zeugen. Hätte es noch eines Beweises dafür bedurft, daß die englische Regierung an Casement keine Justiz, sondern Rache geübt hat, so hätte sie ihn schon längst selbst geliefert mit ihrem früheren Versuch, durch ihren Gesandten in Christiania einen Meuchelmörder gegen den im neutralen Auslande weilenden irischen Patrioten zu erkaufen. Es ist eine endgültige Selbstverurteilung der englischen Regierung in dieser Sache, daß sie selbst während ihres Willkürverfahrens gegen Casement keinen Versuch wagen konnte, die Tatsache zu bestreiten oder auch nur zu verdunkeln, daß sie es mit der Ehre Englands vereinbar fand, dessen Vertreter von Amts wegen mit der Anstiftung und Bezahlung eines Meuchelmordes zu beauftragen. Dies wird bleiben, und der blutige Schatten Casements dürfte den Londoner Machthabern noch unbequemer und unheimlicher werden, als ihnen jemals der Mann Casement im Leben hätte zu sein brauchen.

Die politische Lage Europas steht immer noch im Zeichen der rumänischen Wasserwage. Allerdings ist die rumänische Gefahr wieder minder brennend geworden. Die „große Stunde“ Rumäniens, die nach der Behauptung der Bukarester Rubelpresse wieder einmal und wieder einmal zum angeblich unwiderruflich letztenmal geschlagen hatte, ist dennoch abermals um etwas vertagt worden. Es kam genau so, wie wir es ohne jeden Stolz auf diese Prophezeiung vorausgesagt hatten: Die „große Stunde“ rückte automatisch mit dem Einmarsch der Russen nach Ungarn wieder in eine ungewisse Ferne. Es blieb dabei, daß Rumänien in keiner Weise den Gang der europäischen Dinge beherrscht, sondern hilflos von ihm beherrscht wird. Es blieb dabei, daß doch nicht nur das Rollen des Rubels, sondern auch das Rollen des Kanonendonners in Bukarest Eindruck macht. Und es blieb dabei, daß selbst die geschäftigste Geschäftigkeit und Drahtzieherei aller Diplomaten ein leeres Schattenspiel ist, solange das Schwert noch etwas zu sagen hat. Noch aber hat es alles zu sagen. Und seine Sprache war in diesen Tagen nirgends zugunsten der Verbändler.

Im Westen ernüchtert die täglich handgreiflichere, zu den gebrachten Opfern täglich in ein schreienderes Mißverhältnis rückende Ergebnislosigkeit des großen englisch-französischen „Auskehrs“ mehr und mehr die bis zur Schwärmerei hoffnungstrunkenen bundesbrüderlichen Gemüter. Wir werden hier in absehbarer Zeit die Sprache des grauen Elends hören. Sie wird um so schriller zu dem Vorschußsiegesjubel dieser letzten Wochen im Gegensatz stehen, da Herr Joffre noch eben jetzt so unvorsichtig war, den unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch der Feinde Frankreichs anzusagen, ohne dieser Ansage an Tatsachen mehr folgen zu lassen als den ergebnislos zusammengebrochenen und zurückgeworfenen jüngsten Vorstoß bei Verdun.

Im Osten ist die russische Offensive weiterhin gänzlich außerstande geblieben, das ihr gewiesene Ziel zu erreichen und dadurch endlich, endlich Rumänien auf die Seite Rußlands zu ziehen. Es verlautete — offenbar zu unserem vermeintlichen Erschrecken von dem Vierverbande her —, die rumänische Regierung habe mit Rußland jetzt über ein kriegerisches Eingreifen Rumäniens abgeschlossen, und zwar so, daß dieses erfolgen solle, u. a. wenn Rußland greifbare Erfolge gegen Hindenburg werde aufzuweisen haben und wenn die Heere der Mittelmächte über die Karpathen herübergeworfen sein würden. Das sind allerdings zwei gewaltige und gewichtige „Wenn“. Wir können den Rumänen zugestehen, daß wir in einem russisch-rumänischen Abschluß unter diesen Bedingungen einstweilen keinen Grund zu neuerlicher Trübung unserer Beziehungen zu Rumänien erblicken würden.

Mit der Erweiterung des Hindenburgschen Befehlsbereiches auf die ganze Ostfront haben die verbündeten Monarchen eine Kundgebung von hoher, zunächst moralischer Bedeutung erlassen. Mit wie unendlichem Geschrei und Reklamemachen vor aller Welt haben die Verbändler ihre einheitliche Front zusammengeflickt. Wie still und selbstverständlich haben hier die Herrscher Deutschlands und Oesterreich-Ungarns von einer Stunde zur andern den höchsten Grad solcher Einheitlichkeit hergestellt als die Lage das ratsam machte. Den Völkern hüben und drüben haben sie damit wahrhaft nach dem Herzen gehandelt und einen gemeinsamen Wunsch aus der Seele genommen. Denn in keinem andern Namen als in dem Hindenburgs ist bei uns und unseren Verbündeten eine solche unerschöpfliche Vertrauensreserve angehäuft. Und dieses auf einen solchen Heldennamen gesammelte Vertrauenskapital ganzer Völker ist kostbarstes Besitztum und soll gewiß nicht überflüssigerweise in Anspruch genommen werden. Hier ist es im rechten Augenblick flüssig gemacht worden, und mit ihm ein Strom neuer Zuversicht.

Im deutschen Hause hier brachte diese Woche mit der zweiten Wiederkehr des Kriegsjahrestages das mit so viel Geräusch angekündigte erste große Auftreten des Wedelschen

Tägliche Rundschau
7. VIII. 1916
71 II 7

Nationalausschusses. Es sollte sozusagen die Entschleierung seines Mysteriums werden. Jetzt, wo die Sache hinter uns liegt, versucht man vergeblich von ihrem Verlauf, ihrem Inhalt und ihrem Gewicht sich einen anderen Eindruck zu verschaffen als den der höchsten Verblüffung über so viel Lärm um so wenig Wolle. So weit wir die deutsche Presse verfolgt haben, hat selbst nicht ein einziges der Blätter, bei denen man die stärksten Neigungen für den Nationalausschuß voraussetzen darf, es versucht, sich vorzutäuschen, daß dieser seine drei Dutzend Redner etwa mit Glück und Erfolg auf die Nation losgelassen hätte. Im einzelnen wurde aus verschiedenen Städten berichtet, daß das Auftreten der Nationalausschußredner einen offenbaren Mißerfolg bedeutet habe. Im ganzen ging der „große Tag" ungeheuer eindruckslos vorüber. Am bemerkenswertesten war wohl noch die Berliner Versammlung mit Exzellenz Harnack als Redner, und auch sie war im wesentlichen eine akademische Eindrucksloſigkeit trotz der Ereiferung Herrn v. Harnacks gegen den Gedanken einer Festsetzung deutscher Macht an der flandrischen Küste, der einzigen Stelle, von der aus nach der Meinung aller Sachverständigen, die bisher zur Sache gesprochen haben, Deutschland imstande wäre, der englischen Uebermacht und Willkür zur See die Stange zu halten.

Eindruck, wirklichen Eindruck hat der große Tag des Nationalausschusses nur in dem uns feindlichen Auslande gemacht. Die englische und französische Presse legt in der Selbsteinschätzungsformel des Nationalausschusses als eines Ausschusses zur Vorbereitung eines ehrenvollen Friedens den Ton nicht auf das „ehrenvoll", sondern durchaus auf das „Frieden". Man betrachtet die Tätigkeit des Ausschusses nur als ein Eingeständnis deutschen Friedensbedürfnisses und nimmt sie — das ist das Schlimmste an der Sache —, nur für eine bestellte Schrittmacherei für eine entsprechende Politik unseres verantwortlichen Staatsmannes, als die Tätigkeit einer „offiziösen Friedensgesellschaft", wie der Londoner „Daily Chronicle" es ausdrückt. Der „Daily Expreß" aber gibt seinen und seiner Engländer Gedanken bei der Sache Ausdruck mit der Deutung: „Deutschlands Antwort auf die russischen Siege und den englisch-französischen Vorstoß im Westen ist die schleunige Gründung eines Nationalausschusses gewesen, dessen Aufgabe es ist, den Weg zu bereiten für einen ehrenvollen, Deutschlands Zukunft sichernden Frieden." Die französische und welschschweizerische, auch die italienische Presse lassen sich die vom Nationalausschuß geschaffene Gelegenheit auch nicht entgehen. Auf allen Seiten wird die Wut und der Mut unserer Feinde geschürt mit dem Hinweis auf das deutsche Friedensbedürfnis, und dieses Bedürfnis wird bewiesen mit dem Hinweis auf die Bestrebungen des Nationalausschusses. Einen „deutschen Seufzer" nennt die famose „Gazette de Lausanne" die Gründung dieses Ausschusses, und ein italienisches Blatt stellt schadenfreudevoll fest, „daß zum ersten Male offiziell öffentlich in Deutschland und nur in Deutschland vom Frieden gesprochen wird". Das Blatt vertraut, daß diese Feststellung allein genügen werde, um die Geister im Lager des Vierverbandes so zu stimmen wie der Verband sie braucht. Wir glauben, daß dies genügt, um zu zeigen, wie gründlich der Nationalausschuß auf seinem Wege und mit seinen Mitteln das Gegenteil von dem erreicht, was er gern möchte. Wer Menschen und Geister in ihrer Art ein wenig beobachtet hat, konnte ja auch wirklich keine andere Wirkung erwarten als diese, die einen klassischen Ausdruck in der Pariser „Bataille" findet, die in einem Artikel sagt:

„Woher kommt es, daß sich jetzt in Deutschland Ausschüsse und Vereinigungen bilden, die sich zur Aufgabe stellen, die Bedingungen eines ehrenvollen Friedens festzulegen? Diese Ausschüsse und Vereinigungen erklären zwar, daß Deutschland siegreich sei, nichtsdestoweniger setzen sie ihre Ansprüche herab und sprechen von Konzessionen, die sie in bezug auf die besetzten Gebiete machen wollen. Die Gründe für diese Nachgiebigkeit sind nicht schwer zu erraten, wenn man bedenkt, daß die Kräfte der Alliierten jetzt beginnen, einen kräftigen Ruck vorwärts zu machen, daß der Diktator des Reichsnährамtes seine Reisen vervielfachen und dem Volke Geduld predigen muß, und schließlich, daß der „ehrenvolle Friede" trotz aller Rabatte noch immer die Oberherrschaft Deutschlands über Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei bedeutet." Die „Bataille" meint aber, die Ententemächte würden sich durch diese Komödie nicht fangen lassen. Jedes weitere Wort der Kritik wird da überflüssig.

Inzwischen ist der Kaiser auf dem Wege von der Ostfront zur Westfront in Berlin gewesen und hat hier wichtige Vorträge entgegengenommen. Die Namen der zum Vortrag empfangenen Staatsmänner beweisen, daß die Angelegenheiten unserer heimischen Kriegswirtschaft der Sorge des Kaisers nicht minder nahe und wichtig sind als die Ereignisse draußen an der Front. Offenbar hält der Kaiser nicht, wie Herr v. Harnack, den wir um diese Seelenkraft fast beneiden könnten, z. B. die Sorge um unsere Volksernährung für eine Sorge zweiter Ordnung. Er weiß, daß sie genau so wichtig ist, wie der Krieg der Schützengräben, ja daß ihre gemäße Behandlung für jenen schlechterdings entscheidend ist. Möge diese Erkenntnis in den Maßnahmen unserer Regierung nunmehr recht fühlbar und wirksam werden.

F. H.

Berner Bund
7. VIII. 1916

72 7

Die Kriegsziele des Hansabundes

Sp. **Berlin**, 5. d. Der Hansabund, der es seinerzeit abgelehnt hat, sich den Kriegsziel-Forderungen der „Sechs Wirtschaftsverbände" anzuschließen, gibt nun seinerseits bekannt, welche Hoffnungen er auf den Ausgang des Krieges setzt: „An der öffentlichen Erörterung der Kriegsziele hat sich der Hansabund bisher nicht beteiligt, weil seine leitenden Kreise der Auffassung waren, daß das erste und nächste Kriegsziel der Sieg über die Feinde sein müsse. Aber es dürfte, unbeschadet dieser Auffassung, aus mehrfachen Gründen wohl jetzt an der Zeit sein, daran zu erinnern, daß sich das Direktorium des Hansabundes schon in seiner Sitzung vom 15. September 1915 mit den Zielen des Krieges befaßt hat. Von den damals gefaßten Entschließungen, soweit sie sich auf die Kriegsziele gegenüber unsern Feinden beziehen, kann mitgeteilt werden, daß sie, angesichts des noch nicht erfolgten Kriegsabschlusses bewußt darauf verzichten, derartige Kriegsziele anders als ganz im allgemeinen zu bezeichnen. Man war zunächst darüber einig, daß Deutschland, welches auch nach der mit Sicherheit zu erwartenden siegreichen Beendigung des Krieges seinerseits keine ausschließliche Herrschaft zu Wasser und zu Lande anstrebt, vor allem entschlossen sein müsse, die Freiheit der Meere sowohl von jeder ausschließlichen Herrschaft, als auch von der drückenden Vorherrschaft eines einzigen Staates im eigenen Interesse und in dem aller andern Staaten durchzusetzen. Man ging ferner davon aus, daß das deutsche Volk in seiner weitüberwiegenden Mehrheit gewillt sei, auch Gebietserweiterungen zuzustimmen, soweit sie einerseits unter Berücksichtigung unserer nationalen Politik nach außen und nach innen unbedenklich und andererseits dazu erforderlich seien, uns gegen eine Wiederholung jeder Angriffs- und Einkreisungspolitik möglichst dauernd zu schützen. Man war endlich darüber einig, daß außerdem die Rückgabe unseres kolonialen Besitzes, die Zahlung einer angemessenen Kriegskostenentschädigung und die Erfüllung aller sonstigen berechtigten Entschädigungsansprüche durch die Gegner, insbesondere auch die Schadloshaltung der völkerrechtswidrig geschädigten Auslandsdeutschen, notwendig sei.

So sehr auch heute noch nach manchem in dieser Richtung die Meinungen auseinandergehen, so ist doch immer lebhafter der Wunsch hervorgetreten, zu einer einheitlichen Auffassung darüber zu gelangen, welche Stärkung und Sicherung unserer nationalen Existenz und staatlichen Machtstellung aus diesem blutigen Kriege notwendigerweise hervorgehen müsse, um unsere Zukunft auf festem Grunde aufbauen zu können. Wir hoffen, daß eine solche Einigung der verschiedenen Ansichten sich auf ähnlichen Grundlagen wie den vorstehenden wird erzielen lassen. Der Gedenktag des 2. August wird diese Hoffnung doppelt begreiflich und doppelt dringlich erscheinen lassen. Wir aber wollen an diesem Gedenktage auch der Tatsache nicht vergessen, daß zu dem bisherigen für Deutschland und seine Verbündeten auf allen Gebieten so glänzenden Kriegsverlauf die in verständnisvollem Zusammenwirken mit der Regierung bewährte organisatorische Tüchtigkeit und Opferwilligkeit aller Erwerbsgruppen, Stände und Berufe erheblich beigetragen hat und daran mit dem Direktorium des Hansabundes die zuversichtliche Erwartung knüpfen, daß aus diesem Kriege eine „neue Zeit" erwachse, welche die notwendigen Folgerungen aus dieser Tatsache zu ziehen weiß. Diese neue Zeit wird alsdann nur beruhen können auf gegenseitigem Vertrauen von Volk und Regierung, auf dem freiheitlichen Ausbau aller staatlichen Rechte und Einrichtungen, auf verständnisvoller Förderung aller Kulturaufgaben, auf der gleichmäßigen Pflege von Industrie, Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Handwerk und auf der für das Wohl unseres Vaterlandes unerläßlichen gleichberechtigten Teilnahme aller Staatsbürger an der Verwaltung und Leitung des Staates."

Berner Bund 7./VIII. 1916

Ein Protest der französischen Regierung

(Von unserem Korrespondenten)

Z Paris, 3. August.

Die französische Regierung hat gestern ein Gelbbuch verteilen lassen, das tags zuvor allen neutralen Regierungen übermittelt worden ist. Das Werk besteht aus einer diplomatischen Note, die lebhaft Einspruch gegen das Verfahren erhebt, das die deutschen Behörden gegen die Bewohner der von den Deutschen besetzten französischen Departemente in Anwendung gebracht haben, und aus einer Sammlung von Zeugenaussagen zur Unterstützung des erhobenen Vorwurfes, daß die deutschen Behörden, die für ihre in Frankreich internierten Untertanen stetsfort den Schutz des Völkerrechts in Anspruch nehmen, die Bewohner der besetzten französischen Departemente völkerrechtswidrig behandeln.

Die Darstellung des Gelbbuches läßt sich kurz wie folgt zusammenfassen: In der Osterwoche dieses Jahres wurden auf den Befehl des Generals v. Graevenitz etwa 25,000 Franzosen, Männer bis zu 55 Jahren, junge Frauen und Töchter, zwangsweise aus den Städten Lille, Roubaix und Tourcoing entfernt. Die deutsche Behörde ließ die Bewohner nachts auf der Straße oder bei schlechtem Wetter im Hausgang antreten. Die Offiziere bezeichneten nach Gutfinden, wer zu evakuieren sei. Man nahm Jünglinge, Mädchen, Frauen und Männer aus allen Kreisen. Im Verlaufe von zwanzig Minuten bis zu einer Stunde wurden die Unglücklichen abgeführt, in Konzentrationsräumen zusammengepfercht, wobei zwischen ehrbaren Töchtern und Straßendirnen kein Unterschied gemacht wurde. Diese Evakuationen dauerten die ganze Osterwoche, nur am Ostertag hatte die Bevölkerung Ruhe. Familien wurden auseinandergerissen. Die Entführten wurden nach der Aisne und in die Ardennen gebracht und dort ihren Landsleuten der Wahrheit zuwider als freiwillige Arbeitskräfte vorgestellt. Sie wurden nicht nur zu landwirtschaftlichen Arbeiten gezwungen, vielfach mußten die Frauen und Mädchen auch für die Soldaten kochen und waschen und den Offizieren Ordonnanzdienste tun. Der Bischof von Lille und der Bürgermeister erhoben vergeblich Einspruch.

Im weitern werden Fälle aufgezählt, wo Greise und junge Leute gezwungen wurden, militärische Arbeiten unter dem Feuer der französischen Geschütze auszuführen. Ein sechzehnjähriger Zeuge erzählt, er habe im Pas de Calais sechs Tage lang mit etwa fünfzig Kameraden an Schützengräben arbeiten müssen. Vierzig von ihnen wurden durch das Artilleriefeuer ihrer eigenen Landsleute getötet, der Zeuge selbst verwundet. An vielen Orten wurden französische Frauen zur Herstellung von Sandsäcken für die Schützengräben genötigt. Verschiedene Zeugen sagen auch aus, sie seien von den deutschen Truppen als Schild gegen die französischen benützt worden.

Sobald der französischen Regierung diese Vorgänge bekannt waren, ließ sie durch den Botschafter des spanischen Königs am Berliner Hof bei der deutschen Regierung Protest einlegen. Herr v. Jagow antwortete ihm, daß die Evakuierten, deren Zahl ihm übrigens nicht bekannt sei, zu Erntearbeiten verwendet würden, deren Ertrag wiederum der französischen Zivilbevölkerung zugut komme. Die zwangsweise Versendung und die Trennung der Familien ist also nicht bestritten. Eine offiziöse deutsche Mitteilung sagte dann, diese Zwangsarbeiten seien nötig, wenn man nicht wolle, daß die französische Bevölkerung der besetzten Departemente Hungers sterbe. Die Zeugenaussagen des Gelbbuchs stellen die Dinge anders dar. Auf Seite 104 sagt ein Evakuierter aus, daß die Deutschen sogar Saatkorn geliefert hätten. Die Ernte hätten sie aber für sich genommen, ohne auch nur Requisitionsgutscheine zu verabfolgen. Unter Androhung von Gefängnisstrafe sei verboten, Korn oder Mehl bei sich zu haben. Aus Briefen von gefangenen französischen Soldaten (siehe Seite 73 des Gelbbuches) gehe ferner hervor, daß man die Zivilisten der französischen Norddepartemente auch gezwungen habe, sich auf drei Monate für Arbeiten im Rheinland und Westfalen zu verpflichten. Diese Arbeiten kämen sicher nicht den Norddepartementen, sondern den Deutschen zugute.

Die französische Presse ist schon in den letzten Tagen voll von Mitteilungen über dieses Gelbbuch gewesen, die ihr im voraus zugestellt worden sind. Die Veröffentlichungen haben einen riesigen Eindruck auf das französische Publikum gemacht. Besonders bewegt war das Publikum durch einen Brief einer Dame aus Lille, der vom 30. April datiert ist und im „Temps" vom 29. Juli zu lesen steht. Sie sagt, daß die preußischen Gardeoffiziere sich geweigert hätten, die Evakuationen selbst vorzunehmen; man habe dafür das Infanterieregiment Nr. 64 verwenden müssen. Und sie bittet: „Vor allem sollen unsere Soldaten, wenn sie einmal in Deutschland sind, uns nicht durch solche Akte rächen: sie sollen es Gott überlassen, solche Fehler, solche Verbrechen zu rächen."

Ueber die Zweckmäßigkeit von Repressalien hat sich dann in der Presse eine Debatte entwickelt. Aber man hat bald gefunden, daß das Reden nicht viel praktischen Wert habe. Man werde zur Vergeltung schreiten wenn der Sieg erfochten sei. Die französische Regierung aber ist, wie sie in ihrer diplomatischen Note sagt, der Ansicht gewesen, daß es nicht angehe, die endgültige Beilegung des Krieges abzuwarten und erst dann die Verantwortlichkeiten festzustellen. Darum wolle sie sich schon jetzt an das Gerechtigkeits- und Menschlichkeitsgefühl der neutralen Mächte wenden und an die öffentliche Meinung aller Völker. Dies sei um so notwendiger, als die deutsche Regierung sich bis anhin weigerte, Abordnungen neutraler Staaten in die von ihrer Armee besetzten Teile Frankreichs zuzulassen.

Neue Freie Presse
8/VIII. 1916

Unterhandlungen in der polnischen Frage.

Krakau, 7. August.

„Dziennik Narodowy" in Petrikau (Polen), ein Organ des polnischen Obersten Nationalkomitees, schreibt am 30. Juli an leitender Stelle:

„Aus offiziellen telegraphischen Kundmachungen ist bekannt, daß die politische Kommission des Polenklubs eine Beratung abhielt, welche als geheim erklärt wurde. Die aus diesem Anlasse in Kurs gesetzten Gerüchte von einer Audienz des Obmannes des Polenklubs, Dr. v. Bilinski, beim Kaiser, ebenso von einer Konferenz einer Deputation des Polenklubs mit Vertretern der gemeinschaftlichen Regierung in der polnischen Frage entbehren jedoch jeder Grundlage.

Die Verhandlungen, welche in der polnischen Frage zwischen Oesterreich-Ungarn einerseits und Deutschland anderseits gepflegt werden, haben zwar in letzter Zeit ein beschleunigtes Tempo angenommen, sind aber noch nicht so weit gediehen, daß öffentliche Ennziationen zulässig wären. In gutunterrichteten polnischen Kreisen wird versichert, daß die Leitung der polnischen Repräsentanz mit den maßgebenden politischen Faktoren in ununterbrochener Fühlung steht.

Reichspost 8. Juni 1916

Außerkraftsetzung des italienisch-deutschen Handelsvertrages.

Berlin, 7. August.

Der „Preußische Staatsanzeiger" veröffentlicht eine Bekanntmachung des Finanzministers über den deutsch-italienischen Handels-, Zoll- und Schiffahrtsvertrag, worin es heißt, daß dieser Vertrag von der italienischen Regierung als nicht mehr wirksam angesehen werde und daß demgemäß nunmehr auch deutscherseits auf die italienischen Boden- und Gewerbserzeugnisse die autonomen Tarife angewendet werden.

•

Nachdem Italien am Deutschen Reiche vertragsbrüchig geworden war, blieb diesem nichts übrig, als daraus die Folgerung abzuleiten. Italien, in seiner heutigen Ausdehnung und Gestalt, ein Geschenk der Politik Bismarcks, dankt nun seinem deutschen Wohltäter mit ähnlicher Untreue wie dem „österreichischen Erbfeind", der ihm drei Jahrzehnte hindurch ein wohlwollender Verbündeter gewesen. Der wirtschaftliche Zusammenschluß des Vierverbands äußerte seine erste Wirkung, indem er das wirtschaftliche Band zwischen Italien und dem Deutschen Reiche zerriß. Italiens Vertragsbruch, der auf ein Verlangen der Westmächte zurückzuführen ist, dürfte Italien selber empfindlicher treffen, als das Deutsche Reich. Der Fall zeigt übrigens neuerlich, daß unsere Feinde den Völkerzwist noch fortwährend zu vertiefen trachten. Deutschland aber legt, indem es aus Italiens Treulosigkeit die Folgerung zieht, wieder eine „Sentimentalität" zu den übrigen, die es im Verlaufe des Weltkrieges „verlernt" hat. Alle Illusionen werden Deutschland förmlich aus dem Kopf gehämmert, nun auch die italienische. Die geschichtliche Wahrheit und Wirklichkeit kommt zu ihrem Rechte. Das Abenteuer der italienischen Freundschaft ist nunmehr auch für Deutschland endgültig vorüber, der Traum ist endgültig ausgeträumt. Zurück bleibt die Erkenntnis der nichtsnutzigen treulosen Politik Neuitaliens, dieser einst vielbewunderten Schöpfung Cavours.

Kölnische Zeitung
8./VIII. 1916

Religiöser Deutschenhaß in Amerika.

Die Puritaner gegen Lutheraner und Katholiken.

In der Kreuzzeitung (Nr. 397) macht ein Beobachter amerikanischen Lebens sehr zutreffend auf eine Seite des amerikanischen Deutschenhasses aufmerksam, die trotz ihrer großen Bedeutung nur selten hervorgehoben wird. Er schreibt unter dem Stichwort: „Die Stellung der Amerikaner zum Weltkrieg vom religiösen Gesichtspunkt aus“ u. a.:

Die Überschrift dieses Artikels dürfte nicht wenige unserer Leser in Staunen versetzen. Amerika ist ein wesentlich protestantisches Land; unter seinen 100 Millionen Bewohnern gibt es etwa 17 Millionen römische Katholiken und 3 Millionen Juden; die übrigen sind fast alle protestantisch und dissidentisch. Nach amerikanischer Auffassung ist der Weltkrieg im wesentlichen ein Duell zwischen zwei protestantischen Mächten, England und Deutschland; wie sollten da die Amerikaner gerade vom religiösen Gesichtspunkte aus ihre Entscheidung treffen? Doch wir werden ja sehen.

Zunächst ist hier festzustellen, daß alle angloamerikanischen Kirchenkörper gegen Deutschland Partei ergriffen haben. Es hat damit nichts zu tun, daß sich einzelne amerikanische Synoden gegen die Waffenausfuhr erklärt haben, denn das geschah nicht aus Antipathie gegen England oder aus Liebe zu Deutschland, sondern auf Grund pazifistischer Anschauungen; einige sprechen sich sogar gegen Waffenfabrikation überhaupt und gegen den Kriegsdienst aus. Jedenfalls sind die Deutschen ihnen allen unsympathisch. Und das nicht nur wegen der mit England gemeinsamen Sprache und Kultur, sondern aus religiösen Gründen. Es gibt in Amerika zwei deutschfreundliche Denominationen, das sind die Lutheraner und die Katholiken. Entscheidend dafür ist, daß die Lutheraner meist Deutsche sind; einige von ihnen, wie die Dänen, nehmen ja auch eine andere Stellung ein. Die Katholiken sind meist Irländer, zum kleinern Teile Österreicher, Süd- und Westdeutsche. Die Nationalität ist also in beiden Fällen das Entscheidende. So aber ist das Merkwürdige eingetreten, daß sich eine Art lutherisch-katholischer Allianz gebildet hat, die für Deutschland eintritt. In unserm deutschen Vaterlande, das unter dem Eindruck eines Jahrhunderte langen Kampfes zwischen diesen beiden Konfessionen steht, muß diese Erscheinung fast wie ein Wunder wirken, so natürlich sie angesichts der vorliegenden Verhältnisse erscheint. Bedeutsamer ist noch eine andere Erwägung. Handelt es sich bei dieser noch niemals dagewesenen Konstellation nur um ein zufälliges Zusammengehen oder ist auch hüben und drüben von einer gewissen Gemeinsamkeit in den Anschauungen und verschiedenen leitenden Gesichtspunkten die Rede? Das wunderbarste ist, daß auch diese Frage bejaht werden muß. Dem amerikanischen religiösen Leben drückt der Puritanismus seinen Stempel auf. Er haßt die Welt- und Lebensfreude, wenigstens da, wo sie laut und öffentlich zum Ausdruck kommt, er verdammt den Alkoholgenuß und sonderbarerweise am meisten das Biertrinken und ist ein abgesagter Feind aller sonntäglichen Belustigungen. Der Sonntag soll feierlich und ohne jede Äußerung der Freude begangen werden. In Pennsylvanien wurde im Jahre 1892 eine anständige deutsche Gastwirtsfrau, die erst kurze Zeit im Lande war und noch nicht wußte, daß am Sonntage kein Bier ausgeschenkt werden durfte, wegen Übertritts dieses Verbotes zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, die sie auch abgebüßt hat, und ähnliche Verurteilungen sind viele erfolgt. Es ist klar, daß so etwas den Deutschen, mag er nun evangelisch oder katholisch sein, mit Haß und Erbitterung gegen den Puritanismus erfüllt, denn er versteht einfach nicht, weshalb dies als Verbrechen behandelt wird. Auf der andern Seite machen die Puritaner den evangelischen Deutschen ihren Mangel an kirchlichem Sinne zum Vorwurf und bezeichnen sie oft als „Heiden“. Die Methodisten, Presbyterianer usw. besuchen die Kirche viel mehr, als die Deutschevangelischen. In den Gemeinden dieser predigt ein Pastor oft nur 15—20 Zuhörern, während viel kleinere angelsächsische Gemeinden am Sonntagvormittag und im Abendgottesdienst um 6 Uhr „gesteckt voll“ sind, wie der Wiener sagt.

Natürlich kann keine Rede davon sein, daß dieser puritanische Geist noch das Gros der Amerikaner beherrscht — die meisten gehören vielmehr gar keiner Kirchengemeinschaft an und sind einfach ungläubig — aber er tritt noch in vielen ihrer Kirchenkörper sehr stark hervor. Und die meisten von ihnen haben Geld, sehr viel Geld, was in Amerika ja der wirksamste Hebel ist. Am reichsten sind die Methodisten, deren Vermögen das der katholischen und russisch-orthodoxen Kirche in andern Ländern weit übertrifft. Die S. A. (Salvation Army, Heilsarmee) mußte kürzlich vor einem New Yorker Gericht einen Überblick über ihre Finanzlage geben, um das Recht zu erhalten, auf ein Grundeigentum eine Hypothek aufnehmen zu dürfen, und die Bücher ergaben, daß die Aktiva sich auf 7 744 753 Dollar oder wahrscheinlich noch mehr beliefen, denen Passiva in der Höhe von 3 970 239 Dollar gegenüberstehen. Das ergibt ein Vermögen von rund 19 Millionen Mark nur für die amerikanische Heilsarmee. Das Riesenvermögen wird von der Familie Booth „kontrolliert“. Es heißt, daß die englische Heilsarmee, die Mutterkorporation, noch bedeutend reicher ist, als die amerikanische. Präsidentin der amerikanischen Korporation und zugleich Oberbefehlshaberin der amerikanischen „Armee“ ist Evangeline Booth, Vizepräsident und erster Sekretär ein Mann namens William Pearl. Man sieht hieraus, was es heißen will, wenn bei den Wahlen alle diese Korporationen gegen die Deutschen wirken. Ihre Abneigung richtet sich hauptsächlich gegen das Deutschtum, das deutsche Luthertum und den Papst. Ein presbyterianisches Kirchenblatt schrieb, die größten Feinde Amerikas in sittlich-religiöser Beziehung seien — „die deutschen Bierbrauer und Rom“. Zu dieser Zusammenstellung kann man auch mit Shakespeare sagen: „Die Politik schafft wunderbare Bettgenossen“, denn im Grunde handelt es sich hier ja wesentlich um Politik. Am meisten haben die Deutschen in den Prohibitionsstaaten zu leiden, wie Maine u. a. (Prohibition bedeutet so viel wie Temperenz) Die Temperenzbewegung steht unter dem Schutze der angloamerikanischen Kirchenkörper und wird auch eifrig gefördert von den Suffragetten. Da nun die Deutschen, einerlei ob evangelisch oder katholisch, sich darin einig sind, daß sie im Genusse eines Glases Bier keine Sünde zu erblicken vermögen, so werden sie alle in den großen „heidnischen“ Topf geworfen und als Renegaten der Lehre Christi betrachtet. Wer diese Erwägungen auf sich wirken läßt, wird auch verstehen, daß in der deutschfeindlichen Stimmung der Amerikaner ein religiöses Element mitwirkt, und es ist viel stärker, als oberflächliche Beobachter und europäische Studienreisende, die die Neue Welt schnell durchqueren, sich träumen lassen und erkennen können.

Arbeiterzeitung
8. VIII. 1916

Das „deutsche Irland".

Eine Kennzeichnung der Annexionisten.

Der Geheimrat Harnack hatte auf die berüchtigte „Eingabe" der sechs Wirtschaftsverbände die Bezeichnung „unersättlich" gebraucht. Einer aus der Gilde stellte ihn darauf zur Rede, worauf er von dem Gelehrten folgende Antwort erhielt:

Eurer Exzellenz bestätige ich den Empfang des geehrten Schreibens vom 22. Juli samt der gefälligen Mitteilung der „Eingabe". Nachdem ich sie gelesen, scheint mir aufs neue das Wort „unersättlich" nicht zu stark zu sein; denn um Belgien und Nordfrankreich zu behalten, diese Länder mit etwa zehn Millionen Menschen als Helotenländer, als ein deutsches Irland regieren zu wollen, das ist Unersättlichkeit, die vor nichts zurückschreckt.

Meine Annahme, daß die Kundgebungen des Alldeutschen Verbandes, wie sie vor dem Kriege verlauteten, auch im Kriege festgehalten würden — übrigens die einzig natürliche Annahme —, war also richtig. Eben deshalb weise ich hiemit den Vorwurf, daß ich ohne Kenntnis der Dinge geschrieben habe oder mich einer Erklärung angeschlossen habe, ausdrücklich zurück und muß mich umgekehrt beschweren, daß Eure Exzellenz einen ungerechtfertigten Vorwurf wider mich erhoben haben. Uebrigens sind Eure Exzellenz im Irrtum, wenn Sie mich als „den geistigen Führer" des Nationalausschusses bezeichnen. Ich habe mich ihm zur Verfügung gestellt, weil ich seine Ziele billige; aber ich habe nicht die Zeit, alle Sitzungen zu besuchen oder auch nur alle Kundgebungen mitzuberaten. Indem ich mich der Hoffnung hingebe, daß das deutsche Volk in seiner großen Mehrzahl auf die mittlere Linie treten wird, die der Nationalausschuß innehält, eine Hoffnung, die größtenteils schon verwirklicht war, als der Nationalausschuß entstand, habe ich die Ehre zu sein . . .

Arbeiterzeitung
8./VIII. 1916

Die Haltung Rumäniens.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" erfahren von einer Seite, die sie für gut unterrichtet halten, folgendes:

Meldungen aus bulgarischer Quelle besagen, daß Bratianu mit Rußland ein Uebereinkommen abgeschlossen habe; danach hätte sich Rumänien verpflichtet, in den Krieg auf Seite des Vierverbandes einzugreifen, wenn

1. die Russen greifbare Erfolge gegen Hindenburg erzielt hätten;
2. wenn die deutsch-österreichisch-ungarischen Heere aus Galizien in die Karpathen zurückgeworfen wären;
3. wenn sich Rußland verpflichte, mit zweihunderttausend Mann den Rumänen zur Seite zu stehen;
4. wenn Rußland zusage, Rumänien sowohl mit Munition und anderem Kriegsbedarf als auch mit Geld hinreichend zu unterstützen.

Es läßt sich vorerst nicht feststellen, ob diese Nachrichten wirklich zutreffen.

Die weitere Stellungnahme Rumäniens wird von der weiteren Entwicklung der Ereignisse auf dem galizisch-wolhynischen Kriegsschauplatz abhängen. Vollzieht sich diese, wie wir hoffen dürfen, in einem für die Mittelmächte günstigen Sinne, so wird die Voraussetzung für Rumäniens Beitritt zum Vierverband wegfallen, selbst wenn der oben erwähnte Vertrag wirklich besteht. Fraglich ist allerdings auch in diesem Falle, ob Rußland eine wirkliche oder auch nur scheinbar freie Entschließung Rumäniens überhaupt abzuwarten gesonnen ist und ob nicht in einem Zeitpunkt, der der Petersburger Regierung als günstig erscheint, russische Truppen ohne Rücksicht auf bestehende oder nicht bestehende Abmachungen rumänischen Boden betreten werden, um von hier aus vorzugehen. Auch diese Möglichkeit wird mehr oder weniger von der militärischen Lage bestimmt werden. Was Rumänien selbst betrifft, so besteht anscheinend dort die Absicht, zunächst einmal die Ernte, namentlich die Maisernte, sicher hereinzubringen, ehe man selbst aktiv vorgehen will. Trifft diese Annahme zu, so wäre ein Vorgehen Rumäniens aus eigenem Entschluß keinesfalls vor Anfang September zu erwarten.

Arbeiterzeitung
8./VIII. 1916

Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstages.

Berlin, 5. August. (Privat.) Mit dem 12. Jänner 1917 endet die Legislaturperiode dieses Reichstages und verfassungsmäßig müßten zu diesem Termin die Neuwahlen vorgenommen werden. Daß dies nicht möglich sein wird, darüber herrscht Uebereinstimmung zwischen allen in Betracht kommenden Faktoren. Unter dem Drucke des Belagerungszustandes ist ein Wahlkampf eine Unmöglichkeit. Die „Kölnische Volkszeitung", die sich gleichfalls mit dieser Frage befaßt, sagt: „Es fragt sich, auf wie lange die Legislaturperiode zu verlängern sein wird. Man wird geneigt sein, zu antworten: Solange, bis wenigstens der größte Teil der jetzt im Felde stehenden Wähler an den Neuwahlen teilnehmen kann. Auch nach dem Friedensschluß wird ein großer Teil dieser Wähler kürzere oder längere Zeit außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches festgehalten und dadurch an der Teilnahme bei den Neuwahlen gehindert sein. Es ist aber sehr schwer, heute schon zu überschauen, bis wann unter diesem Gesichtspunkt der Termin für die Neuwahlen hinausgeschoben werden muß. Zweifellos wird man so dazu kommen, die Legislaturperiode zunächst um ein Jahr zu verlängern. Das weitere muß sich dann später finden." Der von der „Täglichen Rundschau" vertretene Vorschlag, die Parteien sollten durch einen gemeinsamen Antrag die Verschiebung der Wahlen fordern, wird von dem Zentrumsblatt abgelehnt. Mit vollem Recht — es ist Sache der Regierung, dem Reichstag eine Vorlage zu unterbreiten.

Österr. Volkszeitung
8./VIII. 1916

Unerschütterliche wirtschaftliche und militärische Kraft Oesterreich-Ungarns.

Zurückweisung englischer Lügen.

Amtlich wird verlautbart: Wien, 7. August. Die Reuteragentur ist in letzter Zeit in noch erhöhterem Maße, als dies bisher seitens der Ententepresse während des Krieges üblich war, bemüht, eine verleumderische Kampagne gegen die Zentralmächte, insbesondere gegen Oesterreich-Ungarn, zu führen. Da die sehnsuchtsvoll erwarteten militärischen Erfolge der Entente trotz langer Vorbereitung und der größten Kraftanstrengung ausgeblieben sind, glaubt man nun zur Abwechslung wieder mit dem wirtschaftlichen Ruin Oesterreich-Ungarns und Deutschlands die wahrscheinlich ungeduldige öffentliche Meinung in den Ententestaaten aufmuntern zu sollen. Wer bewußt Lügen ausstreut, dem ist schwer zu helfen. Für den sachlich und unbefangen Urteilenden werden die auf eigenen Erfahrungen und Erlebnissen beruhenden zahlreichen Aeußerungen von wirklich neutraler Seite genügen, ihn über die tatsächlichen Verhältnisse in der österreichisch-ungarischen Monarchie zu orientieren und ihn von der unerschütterlichen wirtschaftlichen und militärischen Kraft Oesterreich-Ungarns zu überzeugen.

Die Zeit
8./VIII. 1916

Die Hetze gegen den Kanzler.

Intensiver Druckschriftenvertrieb.

zz Berlin, 7. August. (Priv.-Tel.)

Die Freisinnige Ztg. schreibt:
Auch die Denkschrift des ehemaligen General-Landschaftsdirektors Kapp (Königsberg) „Die nationalen Kreise und der Reichskanzler", die in der Rede des Kanzlers vom 5. Juni eine gewisse Rolle spielte, wird von den „drei Deutschen" in einer gedruckten Neuauflage verbreitet. Auch diesmal scheinen die „drei Deutschen" ihren Vertrieb recht „geschickt" einzurichten, indem sie die Druckschrift aus verschiedenen Ortschaften versenden. So hat sie ein Berliner Bezirksverein aus Kray erhalten. Uns ging das Exemplar aus Lübeck zu. (Die Broschüre von Junius Alter hatten wir aus Braunschweig erhalten.) In der Einleitung erklären die drei dunklen Ehrenmänner, die über viel Geldmittel zu verfügen scheinen, daß sie die Denkschrift Kapps ohne dessen Wissen neu aufgelegt haben.

Dazu bemerkt der Vorwärts:

Auch diese Nachricht ist ein weiterer Beweis dafür, mit welcher Zielsicherheit und Energie die Vertreter der „schärferen Tonart" zu Werke gehen, um ihren Bestrebungen Geltung zu verschaffen. Sie begnügen sich nicht damit, daß eine weitverbreitete Presse tagein, tagaus unermüdlich in ihrem Sinne tätig ist, sie suchen auch die für sie übrigens recht milden Schranken der öffentlichen Aeußerung zu umgehen, indem sie einen massenhaften „illegalen" Druckschriftenvertrieb im ganzen Reiche organisieren.

Arbeiterzeitung
9./VIII. 1916

Die Hinrichtung des Kapitäns Fryat.

In der „Kölnischen Zeitung" werden gegen die englische Erklärung wegen der Hinrichtung des englischen Kapitäns einige juristische Argumente ins Treffen geführt, von denen wohl Kenntnis zu nehmen ist. Die Erklärung der englischen Regierung beruft sich auf die deutsche Prisenordnung, mit der es folgende Bewandtnis hat: Der Anhang zu dieser Prisenordnung trägt das Datum 22. Juli 1914 und stammt also aus den Tagen knapp vor Kriegsbeginn. Sein Punkt 2 hat folgenden Wortlaut:

Leistet ein bewaffnetes feindliches Kauffahrteischiff bewaffneten Widerstand gegen prisenrechtliche Maßnahmen, so ist dieser mit allen Mitteln zu brechen. Die Verantwortung für jeden Schaden, den Schiff, Ladung und Passagiere dabei erleiden, trägt die feindliche Regierung. Die Besatzung ist als kriegsgefangen zu behandeln. Die Passagiere sind zu entlassen, außer wenn sie sich nachweisbar am Widerstand beteiligt haben. Im letzteren Falle ist gegen sie das außerordentliche kriegsrechtliche Verfahren anzuwenden.

Darauf antwortet nun das Blatt: Fryat hat mit seinem Handelsschiff der prisenrechtlichen Maßnahme des deutschen U-Bootes keinen „bewaffneten Widerstand", wie er oben verlangt wird, entgegengesetzt, sondern er hat auf das Signal des aufgetauchten U-Bootes, er möge seine Flagge zeigen, diese nicht gezeigt, sondern versucht, in hoher Fahrt das U-Boot zu rammen. Die Gewalthandlung des Rammens ist kein „bewaffneter Widerstand", weil bei ihr keine Waffe in Tätigkeit gesetzt wird. Vielmehr treffe auf ihn Abschnitt VII, Punkt 99, der deutschen Prisenordnung zu:

99. Ist ein Schiff nach 16b (Widerstand) oder 55a (Teilnahme an Feindseligkeiten) aufgebracht worden, so kann mit denjenigen Personen, die, ohne in die feindliche Streitmacht eingereiht zu sein, an den Feindseligkeiten teilgenommen oder gewaltsam Widerstand geleistet haben, nach dem Kriegsgebrauche verfahren werden. Die übrigen Personen der Besatzung werden zu Kriegsgefangenen gemacht.

Dazu wird wieder bemerkt: Nur wer „bewaffneten Widerstand", Widerstand mit der Waffe leistet, wird als Kriegsgefangener behandelt. Fryat konnte sich nicht auf ein solches Vorgehen berufen; er hat „gewaltsamen Widerstand" geleistet; mit ihm war also „nach Kriegsgebrauch zu verfahren". Die Unterscheidung zwischen „bewaffnetem" Widerstand und „gewaltsamem" Widerstand ist jedenfalls, sagen wir, sehr fein. Auf der einen Seite soll der Widerstand noch kein „bewaffneter" gewesen sein, weil er mit keiner Waffe geleistet ward, auf der anderen aber schon ein gewaltsamer; das

klingt nicht beweiskräftig. Die Begründung für die Hinrichtung wird wohl eher darin gefunden werden, daß Fryat keinen Widerstand „gegen prisenrechtliche Maßnahmen", sondern einen kriegerischen Angriff unternommen hat, zu dem er, mangels Einreihung in die feindliche Staatsmacht, nicht berechtigt war.

Neue Freie Presse
9/VIII. 1916

Zusammentritt des deutschen Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Zur Orientierung über die politische und die Kriegslage.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

München, 8. August.

Heute tritt in Berlin unter Vorsitz des bayrischen Ministerpräsidenten Grafen Hertling, der, wie bereits gemeldet, Sonntag von hier abgereist ist, der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten zu seiner von Zeit zu Zeit üblichen Orientierung über die auswärtige politische Lage Deutschlands und die Kriegslage und zweifellos auch über die damit zusammenhängenden innerpolitischen Fragen zusammen.

Hiezu wird den „Münchner Neuesten Nachrichten" von gut unterrichteter Seite aus Berlin noch berichtet: Ganz falsch ist es, wenn hie und da die Meinung auftaucht, als ob diese Zusammenkunft, wie solche ja während des Krieges schon wiederholt stattgefunden haben, mit den neuerdings wieder ohne jeden Anhaltspunkt verbreiteten Friedensgerüchten in Zusammenhang stünde.

Fremdenblatt
9./VIII. 1916

Falsche Meldungen über die Türkei.

Kein drohender Bruch mit Amerika.

K. **Konstantinopel**, 8. August. Die Agence Telegraphique Milli meldet:

Die Ententepresse verbreitet fortgesetzt phantastische Nachrichten über die Türkei, insbesondere über die Lage in Syrien. Kürzlich wußte die Ententepresse zu melden, daß unter den Christen in Syrien Hungersnot herrsche und daß der Geschäftsträger der Vereinigten Staaten in Konstantinopel die Aufmerksamkeit der türkischen Regierung auf die Absicht der neutralen Länder gelenkt hat, die syrischen Christen mit Lebensmitteln zu versehen, indem er der türkischen Regierung erklärte, daß, falls diesem Wunsche nicht Rechnung getragen würde, es zwischen beiden Staaten zum Bruche kommen würde. Der Ursprung dieser Meldungen ist in böswilligen Einflüsterungen zu suchen, die die Entente absichtlich in gewissen Preßorganen zu dem Zwecke lanciert, die öffentliche Meinung Amerikas der Türkei zu entfremden. Es ist unleugbar, daß, wie in allen kriegführenden Ländern, auch in der Türkei sich die Teuerung fühlbar macht; aber Syrien, eine der blühendsten Provinzen des Reiches, hat infolge seiner Kommunikationsmittel und der Fülle seiner Landesprodukte unter dem Kriege weniger gelitten als andere Gegenden. Die Ernte war im letzten Jahre gut. Die nach Einlagerung derselben aufgetretene Heuschreckenplage hat nur die Obstbäume zu schädigen vermocht. Für das heurige Jahr verspricht die Ernte eine seit 50 Jahren nicht dagewesene Fülle.

Was die angebliche drohende Mitteilung des Geschäftsträgers der Vereinigten Staaten betrifft, so ist dieselbe vollends aus der Luft gegriffen.

Fremdenblatt
9./VIII. 1916

Englisch-russisches Persien-Uebereinkommen.

K. Kopenhagen, 8. August. Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur haben die Gesandten Rußlands und Großbritanniens in Teheran und die persische Regierung am 6. August Noten ausgetauscht, durch die zwischen den drei Ländern ein Einvernehmen erzielt worden ist, das die freundschaftlichen Beziehungen zwischen England, Rußland und Persien endgiltig befestigt und verschiedene Fragen der finanziellen und militärischen Organisation Persiens in einer für alle Teile günstigen Weise löst.

Was die militärische Organisation anbetrifft, wird sie in Nord-Persien durch die Ausgestaltung der persischen Brigade mit Hilfe russischer Instruktoren und in Süd-Persien durch die Bildung genügend starker Kontingente mit Hilfe englischer Instruktoren verwirklicht werden.

Neue Freie Presse
9./VIII. 1916

Die Ernennung bayrischer Prinzen zu preußischen Generalfeldmarschällen.

München, 8. August.

Die Handschreiben, mit welchen der deutsche Kaiser den Kronprinzen Rupprecht von Bayern und den Prinzen Leopold von Bayern zu Generalfeldmarschällen in der preußischen Armee ernannte, haben folgenden Wortlaut:

Handschreiben Kaiser Wilhelms an den Kronprinzen Rupprecht.

„An des Kronprinzen Rupprecht von Bayern königliche Hoheit, Oberbefehlshaber der sechsten Armee.

Durchlauchtigster Fürst, freundlich lieber Vetter!

In hervorragenden Waffentaten haben die königlich bayerischen Truppen in diesem nun schon zweijährigen Kampfe um Deutschlands Zukunft deutsche Tapferkeit, Ausdauer und Stärke in glänzender Weise bewiesen! Insbesondere haben Eure königliche Hoheit an der Spitze der tapferen sechsten Armee an den Erfolgen unserer Waffen ruhmreichsten Anteil. Unter Eurer königlichen Hoheit sicherer, stets zielbewußter Führung heftete sich alsbald der Sieg an die Fahnen Ihrer Armee. In rascher Folge wurde der Gegner in blutigen Kämpfen geschlagen und geworfen und in zäher Ausdauer und heldenhaftem Aushalten verteidigt die Armee nun seit langem ihre Front, an deren Festigkeit der Ansturm des Gegners stets von neuem zusammenbricht.

In hingebender Verehrung und mit unerschütterlichem Vertrauen blickt die sechste Armee zu Eurer königlichen Hoheit als ihrem erprobten und bewährten Führer auf, alle Zeit bereit, auch weiterhin dem Vaterlande den endgültigen Sieg zu erkämpfen.

Ich aber habe heute den Wunsch, meine hohe Anerkennung und meinen warmen Dank für solche Leistungen erneut zu betätigen, demselben, wie auch meiner Wertschätzung und freundschaftlichen Gesinnung für Eure königliche Hoheit dadurch Ausdruck zu geben, daß ich Eure königliche Hoheit auch zum Generalfeldmarschall in der preußischen Armee ernenne.

Ich verbleibe mit der Versicherung vollkommener Hochachtung Eurer königlichen Hoheit freundwilliger Vetter

Wilhelm R."

Großes Hauptquartier, 1. August 1916.

Handschreiben an den Prinzen Leopold.

„An des Prinzen Leopold von Bayern königliche Hoheit, Oberbefehlshaber der neunten Armee.

Durchlauchtigster Fürst, freundlich lieber Vetter!

Eure königliche Hoheit können, seitdem Sie den Oberbefehl über die neunte Armee an der Ostfront übernommen haben, auf Erfolge zurückblicken, die der höchsten Anerkennung wert sind. Unter Eurer königlichen Hoheit sicherer Führung haben Ihre kampferprobten Truppen mit zäher Tapferkeit ihre ausgedehnte Stellung verteidigt und erst in letzter Zeit von neuem alle Anstürme des Gegners zum Scheitern gebracht. Mit meinem Dank für die Leistungen der Truppen habe ich heute besonders den Wunsch, Eurer königlichen Hoheit selbst einen erneuten Beweis meiner wahren Wertschätzung dadurch zu geben, daß ich Sie auch zum Generalfeldmarschall in meiner Armee ernenne, der Sie als gnädiger Chef zweier Regimenter bereits seit Jahren angehören.

Ich verbleibe mit der Versicherung meiner vollkommenen Hochachtung Eurer königlichen Hoheit freundwilliger Vetter

Wilhelm R."

Großes Hauptquartier, 1. August 1916.

Neue Freie Presse
9. VIII. 1916

Unterhandlungen in der polnischen Frage.

Wien, 8. August.

Unter dem Titel: „An der Schwelle wichtiger Ereignisse" veröffentlicht heute der in Wien erscheinende „Kuryer Polski" folgende Mitteilung:

Wie wir von kompetenter Seite erfahren, wird demnächst ein bedeutsamer Schritt der Zentralmächte in der polnischen Frage.

Dank der Polen für die Gemeindeautonomie in Warschau.

Wien, 8. August.

Wie die „Deutsche Warschauer Zeitung" berichtet, erschien der Präsident des Warschauer Gemeinderates Dr. Brudzinski mit einer Abordnung beim Generalgouverneur v. Beseler, um diesem namens der Warschauer Kommunalvertretung für die Gewährung der städtischen Selbstverwaltung den Dank auszudrücken.

In Erwiderung auf die Ansprache Brudzinskis erklärte der Generalgouverneur, er sehe mit Befriedigung, daß der nunmehr unternommene Schritt auf dem längst ersehnten Wege zur Förderung der Selbstverwaltung Anerkennung gefunden habe. „Ich hoffe" — sagte General v. Beseler — „daß dieser Schritt zur Entwicklung Ihrer schönen Stadt, die auch uns am Herzen liegt, beitragen werde, und wir werden uns freuen, falls Ihre Wirksamkeit für die Stadt und somit für den überwiegenden Teil der Bevölkerung ersprießlich sein sollte. Wir wünschen Ihnen von ganzem Herzen Erfolg für Ihre Arbeit und für die Stadt. Ich danke Ihnen vielmals."

Neue Freie Presse Abendbl. 9./VIII. 1916

Komitee zur Wahrung der Rechte der in feindlichen Staaten geschädigten österreichischen Staatsbürger.

Wien, 9. August.

Der Minister des Innern Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst hat das Protektorat über das Komitee zur Wahrung der Rechte der in feindlichen Staaten geschädigten österreichischen Staatsbürger (Sitz: 1. Bezirk, Graben 29a, Kanzlei Dr. Bernhard Schapira) übernommen. Dieses Komitee wurde im August 1914 gegründet und hat sich bekanntlich die Aufgabe gestellt, den in feindlichen Staaten geschädigten österreichischen Staatsbürgern bei Geltendmachung ihrer oft sehr bedeutenden, durch den Krieg erwachsenen Schadenersatzansprüche behilflich zu sein, diese Ansprüche schon jetzt zu formulieren, das notwendige Material zu sammeln und sie seinerzeit beim Friedensschlusse mit allem Nachdrucke zu vertreten.

Viele Hunderte solcher Ansprüche wurden dem Komitee bereits angemeldet und von diesem sachgemäß behandelt. Es wurden Erhebungen und Feststellungen durchgeführt, zum Teile auch unter werktätiger Beihilfe des k. u. k. Ministeriums des Aeußern, namentlich in seitens der Zentralmächte besetzten Ländern.

Insbesondere wurden die Ansprüche der aus Belgien und Serbien ausgewiesenen österreichischen Staatsbürger geprüft und, was insbesondere Belgien betrifft, wurden diejenigen Fälle, in welchen Plünderungen oder Verwüstungen seitens des belgischen Pöbels konstatiert wurden, endgültig im Wege des Schiedsgerichtes durch Liquidierung der angemeldeten Schäden erledigt.

Präsident des Komitees ist Bezirksrichter und Privatdozent Dr. Eduard Ritter v. Liszt, Vizepräsidenten sind Ministerialsekretär und Privatdozent Dr. Otto Ritter v. Komorzynski und Pfarrer Rudolf Eichhorn, Sekretär der Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Bernhard Schapira.

Weitere Schadenersatzansprüche werden jederzeit in der obigen Kanzlei entgegengenommen.

Reichspost
9./VIII. 1916

Nach den Handelstauchbooten Handelszeppeline?

Dem Berliner „Lokalanzeiger" zufolge berichtet die „Information Française" aus New-York, daß man dort am 15. August einen Zeppelin erwartet.

„New-York World" meldet aus Berlin: Am dritten Zeppelinangriff auf England nahmen zwei neue Riesenzeppeline teil, die auch in Handelsluftschiffe verwandelt werden können. Graf Zeppelin hofft damit, eine Verbindung mit Amerika zustande bringen zu können, gleich den Handels-U-Booten. Die Luftschiffe hätten einen großen Aktionsradius und große Tragfähigkeit, die Geschwindigkeit sei außerordentlich.

Die Zeit 9./VIII. 1916

Eine Denkschrift der Polen.

An den Zaren.

* Wien, 8. August.

Rußkoje Slowo vom 23. Juli schreibt:

Das polnische Kolo hat im Hauptquartier eine Denkschrift überreicht, betitelt „Maßnahmen, die vor dem Einmarsch der russischen Armee in das Königreich Polen zu ergreifen sind". Wir geben die Denkschrift fast vollständig wieder:

1. Ein Erlaß an das polnische Volk, der den Entschluß der Vereinigung der polnischen Lande bestätigt und enthält: Die Grundlagen der besonderen Verfassung Polens auf der Basis der Wiederherstellung des polnischen Königreichs, das mit dem russischen Staat vereinigt ist durch die Einheit des Thrones in der Person des allrussischen Zaren und Königs von Polen, durch die Gemeinsamkeit der Verwaltung der Angelegenheiten der rechtgläubigen Kirche, durch die Gemeinsamkeit der Reichspolitik, der Reichsverteidigung, der Zollgrenze, der Münze, des Monopol- und Akzisesystems, wobei dem Königreich Polen das Recht zur Einführung neuer Monopole und Akzisen sowie auch zur Erhöhung der Tarifsätze der gemeinsamen Monopole und Akzisen im Lande zusteht.

In allen übrigen Angelegenheiten wird die Verwaltung durch einen besonderen Gründungsakt geregelt, und zwar mit eigenen gesetzgebenden Kammern, einer eigenen Staatskasse und einer eigenen Regierung (Ministerien). Veröffentlichung einer Erklärung, daß die römisch-katholische Kirche im Lande eine besondere Fürsorge der Regierung und volle Freiheit der Verwaltung aller ihrer Angelegenheiten genieße. Erklärung der unverzüglichen Einführung einer zeitweiligen, der Militärgewalt des Höchstkommandierenden unmittelbar unterstellten Landesregierung, die in Kraft bleibt bis zu dem nicht später als beim Friedensschluß erfolgenden Antritt der dauernden Regierung des polnischen Königreiches.

2. Es wird das zeitweilige Amt eines Chefs der Zivilverwaltung des Königreiches Polen geschaffen, dem Höchstkommandierenden unterstellt und durch einen vom Zaren als Höchstkommandierenden unmittelbar zu ernennenden Bürger des Königreiches Polen besetzt. Dem Chef der Zivilverwaltung steht der persönliche Vortrag beim Zaren in den die Zivilverwaltung und Verfassung des Landes betreffenden Angelegenheiten zu. Unter dem Vorsitz des Chefs der Zivilverwaltung wird ein zeitweiliger Regierungsrat des Königreiches, bestehend aus zwölf Personen, gegründet. In der ersten Zeit empfiehlt es sich, in diesen nur etwa sieben Personen zu ernennen, die sich in den gegenwärtig besetzten Gebieten befinden, zum Beispiel den Fürsten Ljubomirski freizuhalten. Die Mitglieder des Regierungsrates werden vom Zaren auf Vorschlag des Chefs der Zivilverwaltung ernannt. Sie verteilen unter sich die Geschäfte nach den einzelnen Verwaltungszweigen. Der Regierungsrat erläßt allerhöchst zu bestätigende Verordnungen in allen Zweigen der Zivilverwaltung. Nach der Gründung des Regierungsrates werden alle Amtsernennungen und -Entlassungen in allen Zweigen der Zivilverwaltung vom Chef der Zivilverwaltung zur allerhöchsten Bestätigung vorgelegt.

Durch allerhöchsten Befehl wird gleichzeitig die polnische Sprache in allen Regierungs- und kommunalen Behörden und Anstalten des Königreiches Polen eingeführt unter Erhaltung des Schriftenwechsels in russischer Sprache mit den Militärbehörden des Königreiches und allen Regierungsorganen Rußlands außerhalb des Königreiches. Jeder Russe hat das Recht, sich in russischer Sprache an alle Behörden im Königreich zu wenden und von ihnen in derselben Sprache die Antwort zu empfangen.

3. Im Augenblick des Einmarsches der Armee in das Königreich Polen wird eine weitgehende politische Amnestie für die ganze Zeit der feindlichen Besetzung nach dem Vorbild des Jahres 1813 verkündet.

Arbeiterzeitung 9./VIII. 1916

Ein Buch der Gemeinschaftsarbeit.

„Recht, Verwaltung und Politik im neuen Deutschland."

Als einen „literarischen Versuch, politische Gegner zu organischer Gemeinschaftsarbeit an einer großen sozialen Frage zusammenzuführen", bezeichnet Bozi das Buch, das er mit Heinemann zusammen herausgegeben hat: „Recht, Verwaltung und Politik im neuen Deutschland." Nach Art des Thimme-Legienschen Buches „Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland" besteht es aus einer Reihe von Aufsätzen, die von Leuten der verschiedensten politischen Richtungen verfaßt sind — es sind der Aufsätze fünfundzwanzig auf vierhundert Seiten. Um es vorweg zu sagen, nicht nur daß die Fülle des Stoffes — die Aufsätze beginnen mit dem Koalitionsrecht und endigen auf dem Wege über die öffentliche Unsittlichkeit bei der äußeren Politik — jede Einheitlichkeit stört, kann nach dem Inhalt der Aufsätze von einer „organischen Gemeinschaftsarbeit" keine Rede sein, wenn auch einige sozialdemokratische Mitarbeiter im Eifer, sich der bürgerlichen Gesellschaft würdig zu erweisen, nicht nur ein übriges im Umlernen tun, sondern auch die Tatsachen auf den Kopf stellen. Dr. Hugo Heinemann, der bekannte sozialdemokratische Rechtsanwalt in Berlin, leitet das Werk mit einem Aufsatz: „Die soziale Kraft der Koalition" ein und betont, daß „ein Zusammenarbeiten aller Teile des Volkes in den Lebensfragen der Nation nicht bloß möglich, sondern notwendig ist". Um dieses Zusammenarbeiten zu ermöglichen, opfert er alles vom Programm angefangen bis zu den feststehenden und von ihm selbst früher festgestellten Tatsachen. Jahrzehntelang sah man den Erpressungsparagraphen als Ausnahmsrecht gegen die Arbeiterschaft mißbrauchen und nun sagt Heinemann, indem er die Erpressungsjudikatur zwar tadelt, es wäre „verlogene Demagogie", sie als Ausnahmsrechtsprechung zu Ungunsten der Arbeiter zu bezeichnen, denn das Gesetz sei schlecht. Also keine Klassenjustiz, nur ein unglücklich stilisierter Paragraph! Und trotz dieses reuigen Bekenntnisses wird Heinemann von dem zweiten Herausgeber wegen des „Parteistandpunktes" noch entschuldigt. Man muß eben gründlich umlernen, wenn man vollwertig genommen werden soll. Für den Geist des Artikels ist bezeichnend, daß er die Forderungen — die ja an und für sich die üblichen sind — also zusammenfaßt: „Gerechtigkeit und Gleichheit in Gesetzgebung und Verwaltung Gewährung von Freiheit für die Selbsthilfe der Arbeiterschaft." Gerechtigkeit? Das Wort ist ein bißchen verrufen. Wer soll entscheiden, was gerecht ist? Vielleicht Herr Hoffmeister, der einige Seiten später findet, daß die Verbesserung des Vereinsrechtes überflüssig und schädlich sei, und der meint, die Interessen der Landarbeiter seien in Kaninchenzuchtvereinen und Raiffeisenkassen genügend gewahrt, zumal wenn Pfarrer und Gutsbesitzer nach dem Rechten schauen. Wie man sieht, machen die bürgerlichen Mitarbeiter des Buches aus ihrer Gesinnung kein Hehl. Wie denn auch der Abgeordnete Marx sagt, nur eine „übelwollende Agitation" könne von Klassenjustiz reden. Den leitenden Gedanken des Buches gibt vielleicht der Redakteur des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften Th. Brauer wieder, indem er unter Hervorhebung der Bedeutung der Arbeiterbewegung für den sozialen Frieden eintritt. Alle müssen sie der Arbeiterbewegung eine gewisse Anerkennung zollen, machen aber ihr Lob, man möchte sagen, abhängig davon, daß sie auch nach dem Kriege brav bleibe. Darum können denn auch die sozialdemokratischen Mitarbeiter, ohne mit sich selber in Widerspruch zu geraten, nur dort mitreden, wo sie ein Gebiet der unmittelbaren Arbeit besprechen. Wenn Heine über den Volksrichter, Wissell über Arbeits- und Versicherungsrecht, Lindemann über Selbstverwaltung, Cohen über Arbeitsnachweis und Leipart über Tarifverträge sprechen, vermeiden sie es, allgemeintheoretische Behauptungen aufzustellen, schildern, was ist, und verlangen, was sein soll. Ihre Aufsätze gehören in ihrer schlichten Sachlichkeit zu den besten des Buches. Auch A. Müller spricht klar und anschaulich über die Konsumvereinsbewegung, nur betont er viel zu oft, daß die Bewegung keine ausgesprochen sozialdemokratische ist. Dabei muß er bei der Darstellung des Wesens der Konsumvereinsbewegung auf den Zusammenhang mit dem sozialen Umgestaltungsprozeß hinweisen. Ob es wirklich von Nutzen ist, immerfort zu betonen, die Konsumvereinsbewegung sei unpolitisch, und sie so auf eine Stufe mit einem literarischen Kränzchen strebsamer Backfische zu stellen? Noch eines Sozialdemokraten sei in diesem Zusammenhang gedacht, des Redakteurs Severing. Er schreibt über die „Presse der Zukunft". Er setzt einige Mängel aus, verlangt Selbstverständlichkeiten, die bei niemandem außer der Sensationspresse Anstoß erregen können, und schließt damit, daß „in Zukunft die alten, schon vor dem Kriege so abgegriffenen Schlagwörter von den vaterlandslosen Gesellen oder dem weltunterjochenden Imperialismus verstummen sollen". Mit einer solchen Annäherung werden die bürgerlichen Parteien schon zufrieden sein, sie verzichten auf das Schlagwort, die Sozialdemokraten auf den Kampf.

Es ist im Rahmen eines Artikels nicht möglich, über den Inhalt eines jeden Aufsatzes zu referieren, noch weniger, gegen einzelne Anschauungen anzukämpfen. Es muß aber festgestellt werden, daß im einzelnen wiederholt gute Anregungen gegeben werden, andere wieder von dem guten Willen zeugen, das öffentliche Leben zu demokratisieren. Berührt der eine die Dinge nur oberflächlich, legt der andere eiternde Wunden bloß, während der dritte nichts sagt. Franz spricht über die Schulung zum Verwaltungsbeamten, Marx tritt für die Unabhängigkeit des Richters ein. Die Rechtsprechung behandeln auch Campe und Nieß, die wohl beachtenswerte Gedanken äußern, aber den Zusammenhang von Gesetz und Rechtsprechung mit den Klassengegensätzen übersehen. Das Recht steht nicht über dem Staate, sondern wurzelt in seinen Funktionen und ist das Ergebnis von Klassenkämpfen. Die Rechtsprechung ist keine abstrakte Anwendung von Paragraphen, die allezeit dieselbe bleibt, sondern der Ausdruck jeweils herrschender Anschauungen. Darum ist denn auch die Unabhängigkeit des Richters, so notwendig sie ist, keineswegs das Um und Auf. Bamberger tritt für streitschlichtende Friedensgerichte ein, während Lilienthal eine Reform des Strafrechtes dahin verlangt, daß nicht die Tat, sondern der Täter gestraft werde. Die Strafe müsse sozial gestaltet werden. Hygiene und wirtschaftliche Mittel müßten vorbeugend wirken.

Von einem höheren Gesichtspunkt als Heinemann behandelt E. Lederer die Koalitionen und unterscheidet scharf zwischen sozialen und ökonomischen Vereinigungen. Die Kartellierung ist organisierte Wahrnehmung von Einzelinteressen gegen die Gesamtheit, die Arbeitervereinigung ist Aufgehen des einzelnen in der Masse, Verbundenheit in der Klasse. Die sozialistische Gewerkschaftsrichtung erfaßt das Schicksal des Arbeiters als ein einheitliches. Die sozialen Organisationen sind Ausdrucksformen der Klassenschichtung und können als solche nicht außerhalb des Rechtsbodens stehen. Es ist völlig belanglos, wenn er bei diesen grundlegenden Anschauungen im einzelnen Forderungen aufstellt, die von denen der Gewerkschaften abweichen. Die Aufsätze, die die Verwaltung berühren, haften noch mehr als die des Rechtes an Einzelheiten. Die Frage der Verwaltung ist noch mehr als die der Verfassung einer Machtfrage. Müssen selbst die Tore der Verfassungskörperschaften dem Ansturm der Massen weichen, die vielen Türen und Pförtchen der Verwaltung werden von den herrschenden Klassen sorgfältig gehütet. Preuß verlangt eine Neuorientierung, während der Zentrumsmann

Reichspost
9./VIII. 1916

Amerika bestreitet eine effektive Blockade Deutschlands!

Berlin, 8. August.

Der Vertreter des Wolffschen Bureaus in New-York meldet durch Funkspruch: In einem Leitartikel der „New-York World" wird der Satz der amerikanischen Note gegen die schwarzen Listen, der von wohlbekannten Mitteln und Strafen für Blockadebrüche in Fällen spricht, wo die Blockade wirklich und tatsächlich effektiv ist, zitiert und hiezu ausgeführt: Dieser Satz trifft den Kern der ganzen Schwierigkeit. Wenn die sogenannte Blockade Deutschlands wirklich und tatsächlich effektiv wäre, was wir bestreiten, so hätte zwischen den Vereinigten Staaten und England kein Riß entstehen müssen. Gerade weil es keine effektive Blockade Deutschlands gibt, mischt sich die Londoner Regierung in ungesetzlicher Weise durch Orders in Council in den neutralen Handel ein. Eine wirkliche Blockade Deutschlands würde die nicht zu verteidigenden Maßregeln, die England mit den Beschlagnahmungen zur See, der Aufstellung schwarzer Listen und der Beraubung der Post ergriff, um den Handel zwischen den Vereinigten Staaten, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen zu entmutigen, gänzlich unnötig machen. Dieser Punkt sollte mit wachsendem Nachdruck hervorgehoben werden.

Ein irischer Antrag im Repräsentantenhaus auf Abbruch der Beziehungen.

Berlin, 8. August.

Der Vertreter des Wolffschen Bureaus meldet durch Funkspruch aus Washington unter dem 2. d.: Das Mitglied des Kongresses Gallivan (ein amerikanischer Ire) aus dem Staate Massachusetts brachte im Repräsentantenhause einen Antrag ein, worin der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu England gefordert wird, weil England sich geweigert habe, Thomas Hughes Kelly und Josef Smith, zwei amerikanische Bürger, denen Unterstützungsgelder für die leidenden Iren anvertraut waren, zuzulassen. Der Antrag erklärt, daß in Anbetracht der Tatsache, daß die beiden Amerikaner Pässe und ein persönliches Schreiben des Staatssekretärs Lansing besassen, die Haltung Englands beleidigend sei.

Fremdenblatt
9./VIII. 1916

Ein Beschluß der französischen Sozialisten.

Für die Wiedereroberung Elsaß-Lothringens.

K. Paris, 7. August. Der Nationalrat der sozialistischen Partei hat mit 1820 gegen 1075 Stimmen die Priorität für den vom Minister Sembat unterstützten Beschlußantrag Renaudel angenommen.

Dieser Antrag weist die Richtung Zimmerwald—Kienthal als gefährlich zurück und erklärt jede These, die nicht entschieden das Recht des angegriffenen Landes auf Verteidigung proklamiert, für antisozial und betont im weiteren die Notwendigkeit, von der Regierung Erklärungen zu erhalten, in denen der Wille, einen auf die Wiederherstellung des im Jahre 1871 verletzten Rechtes gegründeten dauerhaften Frieden zu erlangen, bekräftigt wird.

Berlin, 8. August. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Der „Lokalanzeiger" meldet aus Genf: Der französische Sozialistentag beriet über den tiefgehenden Zwiespalt zwischen den Anhängern und Gegnern der Bestrebungen auf eine sofortige Anbahnung des Friedens. Die Letzteren vereinigten unter Führung des Parteiministers Sembat 1800 Stimmen auf die damit angenommene Tagesordnung Sembat—Renaudel, welche die Fortsetzung des Krieges gutheißt, und die Wiederaufnahme eines Verkehres mit den sozialdemokratischen Truppen der Mittelmächte für verfrüht erklärt.

Die Minderheit von 1075 Stimmen wird ihre Werbearbeit für das Zustandekommen einer Haager internationalen Sozialistenkonferenz fortsetzen.

Genf, 8. August. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Am nationalen Kongreß der französischen Sozialisten hatten mehr als 200 Delegierte teilgenommen, die 3000 Mandate vertreten. Präsident war der Abgeordnete Mistral von der Minorität. Auch die sozialistischen Minister Sembat, Geesde und Thomas waren auf dem Kongresse erschienen. Die wichtigste Beratungsfrage war, ob man mit Hilfe des internationalen sozialistischen Bureaus mit den deutschen Sozialdemokraten in Verbindung treten solle. Ein darauf bezüglicher Antrag wurde mit 1800 gegen 1000 Stimmen abgelehnt. Ebenso wurde ein Antrag auf Abhaltung von öffentlichen Sitzungen zurückgewiesen.

Fremdenblatt
9./VIII. 1916

Bulgarien bereit gegen jeden Feind.

Aeußerungen des bulgarischen Generalissimus.

K. Sofia, 8. August. „Kambana" veröffentlicht ein Interview mit dem Generalissimus Jekow, der sagt:

Heute steht die bulgarische Armee in jeder Hinsicht besser gerüstet da als jemals. Sie hat Artillerie und Munition usw. in Hülle und Fülle. Der Gesundheitszustand und der Geist sind vorzüglich. Dazu kommt die große Kriegserfahrung und der Kampfmut. Unter den Truppen herrscht größte Zuversicht, Pflichttreue und Patriotismus. Alle sind von dem Glauben an Bulgariens Größe beseelt, so daß man die Ueberzeugung gewinnt, daß jeder, der es wagen sollte, in Bulgarien einzufallen und uns die Früchte unserer Siege streitig zu machen, mit ungeahnter Erbitterung und Aufopferung vertrieben würde.

Vergessen wir nicht, daß wir an der Seite unserer ritterlichen Verbündeten, der Oesterreicher, Ungarn, Deutschen und Türken, für unser Recht, für die Freiheit und den Triumph der Zivilisation kämpfen. Kraft unseres Bündnisses und unserer wohlverstandenen Interessen bleiben die Feinde unserer Bundesgenossen bis zum Schluß auch unsere Feinde.

Wir bleiben bis zum letzten Blutstropfen treue und loyale Verbündete. Für Ehrenhaftigkeit und Bündnistreue haben wir bereits historische Beweise erbracht. Ich und mit mir jeder Bulgare erkennen die Bedeutung des jetzigen historischen Momentes und die Verantwortung vor dem jetzigen Geschlechte und den künftigen Geschlechtern. Wir alle wissen, daß jetzt oder nie Bulgarien triumphieren muß. Deshalb behaupte ich mit unerschütterlichem Glauben, daß kein Bulgare seine heilige Pflicht gegen das Vaterland versäumen und daß jeder gegen den Feind kämpfen wird, woher derselbe auch käme.

Arbeiterzeitung
10./VIII. 1916

Fälschung der öffentlichen Meinung.

Berlin, 8. August.

Nach den Versammlungen des Deutschen Nationalausschusses vom 1. d. wurde in der alldeutsch-nationalistischen Presse mit verdächtigem Eifer hervorgehoben, daß ein beträchtlicher Teil der Teilnehmer an verschiedenen Orten mehr auf Seite der „Unentwegten" als auf der der Anhänger der „mittleren Linie" gestanden habe. Besagte dieser Hinweis zwar nichts über die Anschauungen der breiten Massen, da bekanntlich nur das zahlungsfähige Bürgertum an den Versammlungen des Nationalausschusses teilgenommen hat, so konnte durch derartige Unterstreichungen immerhin der Eindruck erweckt werden, als habe das Bestreben einzelner Redner des Nationalausschusses — von allen kann man das nicht behaupten —, die Auswüchse des Annexionismus zu bekämpfen, den spontanen Protest der Anwesenden ausgelöst. Nun erfahren wir aber aus der „Frankfurter Zeitung", daß die in einzelnen Versammlungen erfolgten Kundgebungen für die „schärfere Tonart" vorhersorgfältig organisiert worden sind. Das Blatt gibt folgenden Auszug aus einem in Massen verbreiteten Rundschreiben des „Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden", der von einem der bösartigsten der Annexionsprofessoren, dem Dr. Dietrich Schäfer, unterschrieben ist und folgendes besagt:

> Der Deutsche Nationalausschuß wird mit einer umfassenden Werbetätigkeit beginnen. Es sollen für den 1. August nicht weniger als 75 Vorträge in 50 Orten in Aussicht genommen sein. Wir bitten unsere Vertrauensmänner dringend, sobald die Veranstaltung einer Versammlung des Nationalausschusses angekündigt wird, uns von der geplanten Versammlung und dem in Aussicht genommenen Redner umgehend Mitteilung zu machen. Sache unserer Vertrauensmänner wird es dann sein, genau zu überwachen, was geschieht, für möglichst zahlreichen Besuch unserer Gesinnungsgenossen zu sorgen und, wenn Diskussion zugelassen, zu widersprechen, sofern etwas vorgetragen wird, was unseren Anschauungen entgegengeht. Es werden als Redner des Deutschen Nationalausschusses Herren genannt die wir als unsere Gesinnungsgenossen ansehen müssen, da sie sich für uns eingetragen haben, von denen wir also annehmen dürfen, daß sie in unserem Sinne sprechen werden. Geschieht das, so können wir das nur begrüßen. Wird aber etwas vorgetragen, was wir als irreleitend oder schädlich ansehen müssen, und ist keine Gelegenheit gegeben, sogleich zu widersprechen, so müssen die Vertrauensmänner baldtunlichst Versammlungen folgen lassen, in denen unsere Auffassung nachdrücklich vertreten wird. Sofern sie für solche Versammlungen die nötigen rednerischen Kräfte nicht zur Verfügung haben, sind wir zu helfen bereit.

In demselben Rundschreiben fordert Professor Schäfer gleichzeitig zur Ueberwachung und Beeinflussung der Presse auf. Diese Aufforderung ergänzt das Bild, das sich hinsichtlich des Treibens des Unabhängigen Ausschusses aus seinem Rundschreiben ergibt und das manche Erscheinungen in den Versammlungen und dann in der Presse hinreichend erklärt. Einmal sorgten die Vertrauensleute der Unabhängigen für zahlreichen Besuch der Versammlungen, für Ueberwachung der Vorträge und, wo es anging, für „Widersprüche" an Ort und Stelle, die dann als „spontane Willenskundgebungen" ausgegeben werden. Hier setzte offenbar sofort die gewünschte Ueberwachung und Beeinflussung der Presse ein, deren Aeußerungen wiederum in derselben Weise wie die „Kundgebungen" in den Versammlungen ausgeschlachtet wurden. Ferner ergibt sich aus dem Rundschreiben noch die pikante Tatsache, daß als Redner des Deutschen Nationalausschusses Herren genannt wurden, die sich als Anhänger der alldeutschen Annexionisten eingetragen hatten. Wir wissen nicht, wie viele von diesen Herren tatsächlich gesprochen haben. Immerhin ergibt sich aus den Berichten über die Versammlungen vom 1. August, daß so mancher Redner der angeblichen „mittleren Linie" den zur „Ueberwachung" erschienenen Vertrauensleuten Professor Schäfers kaum Anlaß zum „Widerspruch" gegeben haben dürfte.

Arbeiterzeitung
10./VIII. 1916
103

Konferenz der französischen Sozialisten.

Bern, 8. August. (K.-B.) Die Hauptabstimmungen auf der Tagung des Nationalrates der sozialistischen Partei Frankreichs ergaben nach den heutigen französischen Zeitungen folgendes genaues Zahlenverhältnis:

Ein Geschäftsordnungsantrag, der zu Beginn der Sitzung von der Mehrheit gestellt worden war, wurde mit 1838 gegen 1060 Stimmen angenommen. Die Resolution Renaudel, die sich gegen die vorläufige Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen ausspricht, erhielt 1824 Stimmen, während 1085 dagegen abgegeben wurden. Das „Petit Journal" schließt daraus, daß die Minderheit seit der letzten Abstimmung im vorigen Jahre ungefähr zweihundert Stimmen gewonnen habe.

Das Ergebnis der Abstimmung über die Mehrheitsresolution wurde mit großem Lärm aufgenommen. Die Anhänger der Minderheit weigerten sich, an der absatzweisen Abstimmung über die Resolution teilzunehmen, und verließen, die „Internationale" singend, den Saal. Renaudel als Sprecher für die Mehrheitsresolution erklärte im Laufe der Erörterung, daß ein Zusammentreffen mit den deutschen Sozialdemokraten erst möglich sein werde, wenn sich diese von der Verantwortung, die sie für den Krieg trügen, freigemacht und an Stelle des Kaiserreichs die Republik gesetzt haben würden.

Die Kriegsziele wurden von den verschiedenen Mehrheitsrednern wie folgt gekennzeichnet: Unterdrückung des preußischen Militarismus, Kampf gegen die deutsche Vorherrschaft, billige Lösung der Nationalitätsprobleme, dauerhafter endgiltiger Friede vermittelst der Einrichtung des obligatorischen Schiedsgerichtes.

Der ständige Verwaltungsausschuß hatte einen Antrag eingebracht auf Einberufung einer Konferenz der sozialistischen Parteien der alliierten Länder, die eine Politik verlangen müßten, die jeden Eroberungsgeist ausschließe, die Achtung vor den Rechten der Nationen durch internationale Einrichtungen gewährleiste und den Wirtschaftskrieg sowie alles, was den Keim zu neuen Konflikten legen könne, vermeide.

Der Vertreter der Minderheit, Faure, versicherte, daß Jaurès, wenn er lebte, auf der Seite der Minderheit stünde.

Der Abgeordnete Deguise trat dafür ein, der Regierung ein Mißtrauensvotum zu erteilen, da man seit der Geheimsitzung wisse, was man von Charleroi und Verdun zu denken habe.

Pressemans sagte: Wenn wir alle darin einig sind, die deutschen Greuel zu verdammen, so folgt daraus nicht, daß nicht alle Militarismen verurteilt werden müssen. Er spielte auch auf die russischen Greueltaten in Ostpreußen und Galizien an und schloß: Man hat uns versichert, der Sieg sei nahe. Aber heute muß man die Lage ansehen, wie sie ist. Wir wollen alle Mittel anwenden, die sich uns bieten, um möglichst schnell dem Krieg ein Ende zu machen. Wenn die Erklärungen des deutschen Reichskanzlers nicht sehr klar sind, so sind es die der anderen Regierungen auch nicht viel mehr. Wir wünschen, daß die sozialistische Partei kein Mittel zurückweise, um Frieden zu machen, wenn es auf ehrenvolle Weise möglich ist. Wir müssen unsere Regierung durch eine parlamentarische Interpellation nötigen, sich über die Kriegsziele auszusprechen.

Die Veröffentlichung der Minderheitsresolution wurde den französischen Zeitungen von der Zensur verboten.

Die Zeit 10./VIII. 1916

Die Friedensdiskussion in Deutschland.

Prof. Harnack gegen die Alldeutschen.

* Wien, 9. August.

Wir haben im Morgenblatt vom 4. d. das Schreiben wiedergegeben, das der deutsche General der Kavallerie Freiherr v. Gebsattel, der stellvertretende Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, an Prof. v. Harnack als einen der Unterzeichner der vom Deutschen Nationalausschuß des Fürsten Wedel veröffentlichten Kundgebung richtete. Freiherr von Gebsattel wies darin den gegen die Alldeutschen vom Nationalausschuß erhobenen Vorwurf der „Unersättlichkeit" bezüglich der Kriegsziele zurück. Prof. Harnack hat, wie aus seinem gleichfalls veröffentlichten Antwortschreiben hervorging, den Vorwurf der Unersättlichkeit gegen die Alldeutschen aufrechterhalten. Freiherr v. Gebsattel sprach daraufhin in einem neuerlichen Schreiben an den Gelehrten sein Bedauern aus, daß er, der geistige Führer des Nationalausschusses, die Alldeutschen so schwer angreife, „ohne die einzige verbandsamtliche Kundgebung des Alldeutschen Verbandes in der Frage der Kriegsziele genau zu kennen".

Nun veröffentlichen die Alldeutschen Blätter eine Antwort Harnacks auf diesen Brief, die in ihrem wesentlichsten Teil lautet:

„Ew. Exzellenz bestätige ich den Empfang des geehrten Schreibens vom 22. Juli samt der gefälligen Mitteilung der ‚Eingabe'. Nachdem ich sie gelesen, scheint mir aufs neue das Wort ‚unersättlich' nicht zu stark zu sein; denn, um Belgien und Nordfrankreich zu behalten, diese Länder mit zirka zehn Millionen Menschen als Helotenländer, als ein deutsches Irland regieren zu wollen, das ist Unersättlichkeit, die vor nichts zurückschreckt.

Meine Annahme, daß die Kundgebungen des Alldeutschen Verbandes, wie sie vor dem Kriege verlauteten, auch im Kriege festgehalten würden — übrigens die einzig natürliche Annahme —, war also richtig. Eben deshalb weise ich hiermit den Vorwurf, daß ich ohne Kenntnis der Dinge geschrieben habe, beziehungsweise mich einer Erklärung angeschlossen habe, ausdrücklich zurück, und muß ich mich umgekehrt beschweren, daß Ew. Exzellenz einen ungerechtfertigten Vorwurf wider mich erhoben haben."

Die konservative Presse ist natürlich über diesen Brief Harnacks höchlichst entrüstet.

Die Anschauungen Prof. Harnacks beginnen bereits in Kreisen, die ursprünglich der Ansicht der Alldeutschen näher standen, Boden zu gewinnen. So tritt Hans Leuß in der Welt am Montag in energischer Weise für die Auffassung Harnacks ein, daß man aus Belgien kein neues Irland machen solle. Er schreibt:

„Hohe Offiziere und vernünftige Staatsmänner haben dieselbe Ansicht vertreten wie Harnack mit seiner Warnung. So viele geschichtliche Erfahrungen beweisen den Dauerschaden, den die Unterdrückung selbständiger Völker und Staaten, wenigstens in neueren Zeiten, für die Eroberer gebracht hat. Die Belgier von heute sind an Freiheit gewöhnt, sind betriebsam, tüchtig. Wie ihre Gesinnung sich gegen uns äußert, selbst unter dem Druck der militärischen Besatzung, davon kann man öffentlich schon sehr viel und unter der Hand noch ganz erheblich mehr erfahren. Welcher verständige Mensch kann wohl daran zweifeln, daß dem Deutschen Reich kaum ein böseres Geschenk gemacht werden könnte, als durch eine Annexion Belgiens! Ganz ohne alle ‚Ethik' und ‚Sentimentalität', rein aus politischer Vernunft heraus, muß man dem Deutschen Reich solch einen Zuwachs vom Halse halten. Harnack hatte durchaus recht mit seiner Warnung vor einem neuen Irland."

Die Zeit
10. Juli 1916

105

Die beiden Friedensausschüsse.

Der „Unabhängige" gegen den „Nationalausschuß".

zz Berlin, 9. August. (Priv.-Tel.)

Nach den Versammlungen des Deutschen Nationalausschusses vom 1. August unterstrich die alldeutsche Presse die Tatsache, daß ein beträchtlicher Teil des erschienenen Publikums an verschiedenen Orten mehr auf seiten der „Unentwegten" als der Anhänger der „mittleren Linie" gestanden habe. Besagte dieser Hinweis zwar nichts über die Anschauungen der breiten Massen, da bekanntlich nur das zahlungsfähige Bürgertum an den Versammlungen des Nationalausschusses teilgenommen hat, so konnte durch derartige Unterstreichungen immerhin der Eindruck erweckt werden, als habe das Bestreben einzelner Redner des Nationalausschusses — von allen kann man das nicht behaupten —, die Auswüchse des Annexionismus zu bekämpfen, den spontanen Protest der Anwesenden ausgelöst. Nun erfahren wir aber, aus der Frankfurter Zeitung, daß die in einzelnen Versammlungen erfolgten Kundgebungen für die „schärfere Tonart" vorher sorgfältig organisiert worden sind. Das Blatt gibt folgenden Auszug aus einem in Massen verbreiteten Rundschreiben des „Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden", gezeichnet Prof. Dr. Dietrich Schäfer und datiert Berlin den 22. Juli wieder:

„Der Deutsche Nationalausschuß wird mit einer umfassenden Werbetätigkeit beginnen. Es sollen für den 1. August nicht weniger als 75 Vorträge in 50 Orten in Aussicht genommen sein. Wir bitten unsere Vertrauensmänner dringend, sobald die Veranstaltung einer Versammlung des Nationalausschusses angekündigt wird, uns von der geplanten Versammlung und dem in Aussicht genommenen Redner umgehend Mitteilung zu machen. Sache unserer Vertrauensmänner wird es dann sein, genau zu überwachen, was geschieht, für möglichst zahlreichen Besuch unserer Gesinnungsgenossen zu sorgen und, wenn Diskussion zugelassen, zu widersprechen, sofern etwas vorgetragen wird, was unseren Anschauungen entgegengeht. Es werden als Redner des Deutschen Nationalausschusses Herren genannt, die wir als unsere Gesinnungsgenossen ansehen müssen, da sie sich für uns eingetragen haben, von denen wir also annehmen dürfen, daß sie in unserem Sinne sprechen werden. Geschieht das, so können wir das nur begrüßen. Wird aber etwas vorgetragen, was wir als irreleitend oder schädlich ansehen müssen, und ist keine Gelegenheit gegeben, sogleich zu widersprechen, so müssen die Vertrauensmänner baldtunlichst Versammlungen folgen lassen, in denen unsere Auffassung nachdrücklich vertreten wird. Sofern sie für solche Versammlungen die nötigen rednerischen Kräfte nicht zur Verfügung haben, sind wir zu helfen bereit."

In demselben Rundschreiben fordert Prof. Schäfer gleichzeitig zur Ueberwachung und Beeinflussung der Presse auf.

Reichspost 10./VIII. 1916

Unterstaatssekretär Zimmermann über Krieg und Frieden.

Budapest, 9. August. (Privat.)

Der Unterstaatssekretär des deutschen Auswärtigen Amtes v. Zimmermann gewährte dem Vertreter des „Az Est" eine Unterredung, in der er sich zunächst über die jüngste Rede des englischen Ministerpräsidenten äußerte: „Die Rede des Herrn Asquith," sagte Herr v. Zimmermann, ist keine eines Staatsmannes würdige Rede, ist nichts anderes als eine ganz gewöhnliche Verdächtigung, ein Geschimpfe, das uns übrigens überhaupt nicht mehr überrascht."

Der Berichterstatter fragte hierauf: „Exzellenz, werden wir wohl zu jenen Grenzen ankommen, bei denen man den Beginn der Friedensverhandlungen in Aussicht stellen könne? Was ist wahr an jenen Gerüchten, die im Kreise der Bevölkerung verbreitet sind, daß, während draußen an der Front die fürchterlichsten Kämpfe noch immer andauern, die maßgebenden Kreise über mögliche Friedensverhandlungen beraten?"

„Der Zeitpunkt derartiger Besprechungen ist noch nicht gekommen," sagte Exzellenz v. Zimmermann, „wir haben auch heute keine Gelegenheit, uns mit dieser Frage zu befassen. Sie wissen ja selbst, wie unsere Feinde jedes einzelne Wort gebrauchen, das bei uns über diese Frage fallen gelassen wird, um ihre bereits entmutigten und ermüdeten Völker zum Durchhalten anzueifern. So viel kann ich aber sagen, in keinem einzigen Stadium des Weltkrieges haben wir mit fremden Staatsmännern über Friedensbedingungen verhandelt. Im Bewußtsein unserer Kraft und auf Grund unserer Erfolge haben wir wohl wiederholt unsere Geneigtheit zum Ausdruck gebracht, die Friedensverhandlungen zu beginnen. Dies weiß ja übrigens jedermann, auch ist es bekannt, daß die Entente infolge des von England ausgeübten Druckes eine ähnliche Geneigtheit nicht gezeigt hat, und darum haben unsere Feinde die volle Verantwortung für das weitere Blutvergießen auf sich genommen. Die Entente setzt ihre Hoffnung darauf, daß sie durch ihre jetzige Offensive ihre Lage verbessern könne, wir aber sind fest davon überzeugt, daß die deutsche eiserne Mauer im Westen nicht erschüttert werden wird, im Osten aber erwarten wir neue Erfolge. Solange sich unsere Feinde um den Preis der Vereitlung ihrer Kraftanstrengungen nicht davon überzeugt haben, daß die militärische Lage sich nicht mehr zu unseren Ungunsten wenden könne, hat es keinen Sinn, sich mit den Fragen der Friedensaussichten zu beschäftigen. Wir müssen warten, bis die Gegner diesen falschen Traum ausgeträumt haben und in jeder Beziehung steht es in unserer Macht, dies abzuwarten. Unsere Ernte wird England lehren, daß die Aushungerungspolitik zwecklos ist."

Der Berichterstatter fragte: „Ist es vom allgemein menschlichen Standpunkte nicht fürchterlich, daß auf diese Weise das Blutvergießen nichts anderes ist, als eine Prestigefrage?"

„Vom allgemein menschlichen Standpunkte haben Sie vollständig recht," sagte v. Zimmermann, „doch unsere Feinde haben von allem Anbeginn an diesen Standpunkt außer acht gelassen. Die Mittelmächte haben mit ihren Siegen bewiesen, daß sie Herren der Kriegslage sind, und nunmehr suchen unsre Feinde durch Redensarten, wie Aushungerung und Blockade, auf überflüssige Weise den Krieg zu verlängern."

„Glauben Exzellenz, daß England bei Beginn seiner letzten Offensive seine gesamten Kräfte in den Kampf eingesetzt hat?"

„Jedenfalls. England spricht zwar noch von weiteren Millionen, doch wir wissen es aus Erfahrung, was man von diesen englischen Aeußerungen halten muß. England hat für seine Angelegenheiten immer seine Verbündeten auf die Schlachtbank geführt, und es ist fraglich, ob es auch gleichgültig zuschauen wird, daß auch seine eigenen Söhne aufgeopfert werden, ebenso wie bisher seine Verbündeten, denn in der Gegend der Somme sind die Verluste der Engländer über jedes Maß groß."

Fremdenblatt 10./VIII. 1916

Unterredung mit Unterstaatssekretär Zimmermann.

Budapest, 9. August.

Der nach Berlin entsandte Spezialberichterstatter des „Az Est" teilt eine Unterredung mit dem deutschen Unterstaatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten, Zimmermann, mit, der zuerst über die Rede Asquiths sprach und sagte: Die Rede des Herrn Asquith ist keine eines Staatsmannes würdige Rede. Sie ist nichts anderes, als eine ganz gewöhnliche englische Verdächtigung, ein Geschimpfe, das uns übrigens überhaupt nicht mehr überrascht.

Darauf wagte ich folgende Frage: „Exzellenz, werden wir wohl zu jenen Grenzen kommen, bei denen man den Beginn der Friedensverhandlungen in Aussicht stellen kann? Was ist wahr an jenen Gerüchten, die im Kreise der Bevölkerung verbreitet sind, daß, während draußen an der Front die fürchterlichsten Kämpfe andauern, die maßgebenden Kreise über mögliche Friedensverhandlungen beraten?"

„Der Zeitpunkt derartiger Besprechungen ist noch nicht gekommen," sagte Unterstaatssekretär Zimmermann, „wir haben auch heute keine Gelegenheit, uns mit dieser Frage zu befassen. Sie wissen ja selbst, wie unsere Feinde jedes einzelne Wort gebrauchen, das bei uns über diese Frage fallen gelassen wird, um ihre bereits entmutigten und ermüdeten Völker zum Durchhalten anzueifern. So viel kann ich aber sagen, in keinem einzigen Stadium des Weltkrieges haben wir mit fremden Staatsmännern über Friedensbedingungen verhandelt. Im Bewußtsein unserer Kräfte und auf Grund unserer Erfolge haben wir wiederholt unsere Geneigtheit zum Ausdruck gebracht, die Friedensverhandlungen zu beginnen. Dies weiß ja übrigens jedermann. Auch ist bekannt, daß die Entente infolge des von England ausgeübten Druckes eine ähnliche Geneigtheit nicht gezeigt hat und darum haben unsere Feinde die volle Verantwortung für das weitere Blutvergießen auf sich genommen.

Die Entente setzt ihre Hoffnung darauf, daß sie durch ihre jetzige Offensive ihre Lage verbessern könne, wir aber sind fest davon überzeugt, daß die deutsche eiserne Mauer im Westen nicht erschüttert werden wird, im Osten aber erwarten wir neue Erfolge. Solange sich unsere Feinde nicht davon überzeugt haben, daß die militärische Lage sich nicht mehr zu unseren Ungunsten wenden könne, hat es überhaupt weder Sinn noch Verstand, sich mit den Fragen der Friedensaussichten zu beschäftigen. Wir müssen warten, bis die Entente diesen falschen Traum ausgeträumt haben wird und in jeder Beziehung steht es in unserer Macht, dies abzuwarten. Unsere Ernte wird England lehren, daß die Aushungerungspolitik zwecklos ist."

Der Korrespondent fragte: „Ist es vom allgemein menschlichen Standpunkt nicht fürchterlich, daß auf diese Weise das Blutvergießen nichts anderes mehr ist, als eine Prestigefrage?"

„Vom allgemeinen menschlichen Standpunkte haben Sie vollständig recht," sagte Unterstaatssekretär Zimmermann, „doch unsere Feinde haben von allem Anbeginn an diesen Standpunkt außer acht gelassen. Die Zentralmächte haben mit ihren Siegen bewiesen, daß sie Herren der Kriegslage sind, und nunmehr suchen unsere Feinde mit dummen Redensarten, wie Aushungerung und Blockade, auf überflüssige Weise den Krieg zu verlängern."

„Glauben Exzellenz, daß England bei Beginn seiner letzten Offensive seine gesamten Kräfte in den Kampf eingesetzt hat?"

„Jedenfalls; England spricht zwar noch von weiteren Millionen, doch wir wissen es aus Erfahrung, was man von diesen englischen Aeußerungen halten muß. England hat für seine Angelegenheiten immer seine Verbündeten auf die Schlachtbank geführt und es ist fraglich, ob es auch gleichgiltig zuschauen wird, wenn auch seine eigenen Söhne aufgeopfert werden, wie bisher seine Verbündeten, denn in der Gegend der Somme sind die Verluste der Engländer über jedes Maß groß.

Fremdenblatt 10./VIII. 1916

König Ludwigs mahnende Worte.

Die bayrische Korrespondenz Hoffmann teilte, wie gemeldet, mit, daß König Ludwig in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Grafen v. Hertling und des Kriegsministers, Generaloberſten Freiherrn Kreß v. Kressenstein, in gemeinsamer Audienz eine Reihe von Mitgliedern der Ersten und Zweiten bayrischen Kammer sowie des Reichstages empfangen habe, um deren Auffassung der politischen und militärischen Lage entgegenzunehmen. Die „Münchener Neuesten Nachrichten", bringen jetzt nähere Einzelheiten darüber:

„Bekanntlich handelt es sich, kurz gesagt, um den U-Boot-Krieg und um die Stellung des Reichskanzlers zu dieser Frage. Daß in Norddeutschland die Vertreter einer schärferen Anwendung der U-Boot-Waffe vielfach auch von innerpolitischen Gründen sich leiten ließen, ist bekannt. Hier im Süden hat die Bewegung lediglich den Charakter nationaler Besorgnis gehabt; leider wurde aber im Zusammenhang damit auch hier der latente Kampf gewisser Kreise gegen den Reichskanzler unterstützt.

Wir haben schon wiederholt ausgeführt, daß wichtige Gründe den Ausschlag gaben, daß wir von unseren U-Booten eine Zeitlang keinen so rücksichtslosen Gebrauch gemacht haben und machen, wie es möglich wäre . . . Gegenüber der zurzeit in weite Kreise hineingetragenen Auffassung, bei deren Propagierung neben zutreffendem vielfach auch mit nicht stichhaltigem Material und in naturgemäßer Unkenntnis aller in Betracht kommenden politischen Erwägungen gearbeitet wird, als ob es im Deutschen Reiche politische und militärisch verantwortliche Stellen gäbe, die gegen unseren ernstesten und rücksichtslosesten Feind, England, irgendwelche Zurückhaltung in der Kriegführung beobachteten, kann nicht oft genug betont werden, daß eine solche Annahme vollkommen grundlos ist. Die albernsten Märchen, aufgelegter Klatsch, den zu verbreiten man sich schämen sollte, werden zur Begründung der angeblichen Flauheit verbreitet. Selbstverständlich sind die Herren, die heute empfangen wurden, hiefür nicht verantwortlich zu machen; aber die Tatsache besteht.

Es herrscht in Deutschland volle Einmütigkeit darüber, daß alle Kräfte und Hilfsmittel des Volkes zusammengefaßt und angewandt werden müssen, um England durch die Tat davon zu überzeugen, daß es mit seinen Vernichtungsplänen scheitern wird. Wenn Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind, so erstrecken sie sich, wie wir neulich schon ausführten, auf die technischen Fragen der Kriegführung und auf die Abschätzung ihrer politischen Wirkungen. Bedenklich erscheint es uns deshalb, wenn die verantwortlichen Stellen zu Handlungen gedrängt werden sollen, für die sie die Verantwortung nicht tragen können und wollen. Die verantwortlichen Stellen haben Anspruch auf Vertrauen, sie haben auch Anspruch darauf, daß das Volk in dieser ernsten Zeit geschlossen hinter ihnen steht.

So mahnte auch unser König in seiner Erwiderung auf die Darlegung der erschienenen Herren zum Vertrauen in die verantwortlichen leitenden Stellen, da verständnisvolles einiges Zusammenwirken aller Stände und aller Parteien in so ernster Zeit unerläßlich sei, und warnte davor, Spaltungen in das deutsche Volk zu tragen, um nicht das Durchhalten bis zu einem ehrenvollen Frieden zu erschweren."

„Wir geben der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck," schreiben die „Münchener Neuesten Nachrichten" zum Schlusse, „daß die ernsten Worte des Königs ihre Wirkung nicht verfehlen werden."

Fremdenblatt
10./VIII. 1916

Rumänien.

Russische Forderung nach Gestattung des Durchmarsches.

Budapest, 9. August. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) „Politikai Hirado" meldet aus Bukarest: Die russische Regierung hat wieder Schritte unternommen, um den Durchmarsch des russischen Heeres durch Rumänien zu erwirken. Begründet wird das Verlangen mit der Verpflichtung Rumäniens, die Aufrechterhaltung des von der rumänischen Regierung angeregten Bukarester Vertrages zu sichern, der von Bulgarien gebrochen worden sei. Die Duldung des Durchmarsches bedeute weder ein Eingreifen in den Krieg noch eine Verletzung der Neutralität.

Die Antwort der rumänischen Regierung steht noch aus.

Der wirtschaftliche Verkehr mit den Mittelmächten.

P. K. Bukarest, 8. August. Bisher wurden von den im zweiten Vertrag Rumäniens mit den Mittelmächten zur Ausfuhr bestimmten 1,400.000 Tonnen Getreide mit der Eisenbahn 458.000 Tonnen und auf der Donau 600.000 Tonnen befördert, im ganzen somit 1,058.000 Tonnen ausgeführt. Für den Rest steht vertragsmäßig noch die Zeit bis Ende September zur Verfügung. Obgleich durch die Ereignisse in der Bukowina ein Ausfuhrsweg verlegt ist, wird die Erfüllung des Vertrages möglich sein.

Die Bukarester Geschäftswelt begrüßt die Einrichtung eines Sonderdienstes für die Einfuhr von Waren aus Oesterreich-Ungarn nach Rumänien, der mit der kürzlich erfolgten Ankunft der sogenannten Merkurzüge in Rumänien verwirklicht wurde. Trotz aller Treibereien der Presse des Vierverbandes hat sich die Notwendigkeit reger wirtschaftlicher Beziehungen Rumäniens zu den Mittelmächten nicht nur bei den Kaufleuten, sondern auch bei der Mehrzahl der Politiker durchgesetzt, welcher Auffassung auch diese in der auswärtigen Politik huldigen. In den zustande gekommenen Vereibarungen mit der Monarchie erblickt man eine in erster Linie für Rumänien nützliche Ergänzung des Abkommens mit Deutschland.

Angebliche Truppenkonzentration.

Köln, 9. August. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Lugano: Den Meldungen über rumänische Truppenkonzentrationen vom 7. August wird in Italien keine Bedeutung beigelegt. Bratianus Urlaub gilt vielmehr als Beweis für eine neuerliche Verschleppungstaktik.

Die Militär-Attachés in Bukarest.

Budapest, 9. August. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) „Magyar Orszag" meldet aus Bukarest: Oberst Pichon, der bisherige Militär-Attaché Frankreichs, der von seiner Regierung abberufen wurde, erschien gestern in Abschiedsaudienz bei König Ferdinand und bei Ministerpräsidenten Bratianu.

Der ehemalige deutsche Militär-Attaché in Bukarest, Oberst Bronsard v. Schellendorf, wurde nach Bukarest zurückversetzt und ist bereits in der Hauptstadt eingetroffen.

Hamburger Fremdenblatt 11/VIII. 1916.

Die Neuverteilung Europas.

Aus den ersten Monaten dieses furchtbaren Völkerringens erinnern wir uns der in englischen Zeitschriften dargestellten sonderbaren Karten, die uns das neue Europa, wie man es jenseits des Kanals aus den Wirren dieses Krieges hervorgehen sah, handgreiflich aufzeigen sollten. In unsern Augen verfiel diese allzufrühe Vorwegnahme der kommenden Ereignisse dem Fluche der Lächerlichkeit, zumal die Erfolge der Entente auf den Kriegsschauplätzen nichts weniger als eine Berechtigung zu diesen törichten Darstellungen gaben. Deutschland im Westen bis an den Rhein und im Osten bis an die Elbe an Frankreich und Belgien wie an Rußland aufgeteilt, Preußen bis auf ein winziges Ueberbleibsel von der Landkarte verschwunden. — Es war zu dumm und zu frech für Gegner, die in Ost und West die deutschen Truppen bis weithin in ihrem Lande in siegreicher Stellung verschanzt sahen, solchen Hirngespinsten träger Stunden greifbaren Ausdruck zu geben. Es war auch, je mehr unter den deutschen Schlägen dem Inselvolke der furchtbare Ernst des Krieges aufging, stiller geworden von solchen Plänen. Nur die unverbesserlichen Chauvinisten schienen in ihrer Art, die jedes Augenmaßes für die durch die Kriegskarte festgelegten Verhältnisse entbehrt, für solche irrlichterierende Gedankenspiele noch Zeit übrig zu haben. Die unglaubliche Uebertreibung der Erfolge aber, von denen für den Augenblick in örtlichen Erfolgen die Waffen drüben im Wechsel des Kriegsglücks begünstigt erscheinen, will diesen Sport von neuem beleben. Die zwar ihres Chauvinismus wegen bekannte, aber doch immerhin als ernstes Blatt gewertete „Morning Post" ist es, die sich von neuem zum Propheten der Neuverteilung Europas aufwirft, und zwar sogleich in einer so grotesken Form, daß sie in der Welt, außerhalb Englands, nur ein laut schallendes Lachen hervorrufen kann, aber selbst in England vielleicht bei den noch vorhandenen ruhig Ueberlegenden ein Kopfschütteln verursachen wird.

Daß **Deutschland** in diesem neuen Weltverteilungsplan am schlechtesten wegkommt, ist selbstverständlich. Vor allem soll seine Heeresrüstung von Grund auf zerstört werden. Deshalb muß es den Hauptbestandteil seines **Kriegsmaterials an die Entente** ausliefern. Im Augenblick würde man ihm 4000 Geschütze, 10 000 Maschinengewehre, drei Millionen Mausergewehre, 3000 Flugzeuge und 20 Zeppeline abnehmen und zerstören. Sodann müssen ihm die Fühlfäden, mit denen es in das weite Getriebe der Weltwirtschaft hineingreift, abgekappt werden, daß es als ausschließliche Festlandsmacht in seinem ganzen Wirtschaftsleben auf Gnade und Ungnade seinen Feinden ausgeliefert ist. Deshalb haben seine Kolonien sämtlich zu verschwinden. In erster Linie England und Frankreich, aber auch Japan, Belgien und Portugal werden ihrer sich bereitwilligst annehmen. Hier fügt das Blatt bezeichnenderweise hinzu: „Für uns ist die Seeherrschaft eine Lebensbedingung, und das macht unsere Lage absolut klar." Aber auch der verhaßten deutschen **Handelsflotte**, die zum größten Zorne Englands die deutsche Flagge auf allen Meeren zeigte und die englische Handelsschiffahrt mehr und mehr in die zweite Stelle zu rücken drohte, soll der Garaus gemacht werden. Deshalb ist es eine Grundbedingung, ohne die ein Friedensschluß nicht denkbar ist, daß die im Laufe der Krieges zerstörte Tonnenzahl unserer Feinde aus dem Bestande der deutschen Handelsflotte ersetzt wird, und zu dem Zweck die feindlichen Kriegsschiffe berechtigt sind, jedes deutsche Schiff außerhalb der deutschen Gewässer wegzunehmen. „Es wäre vielleicht sehr gut," wird hier hinzugefügt, „wenn die englische Regierung dies als ihren Standpunkt schon jetzt ankündigen würde, um dem Feinde zu zeigen, **daß seine weiteren U-Boot-Angriffe gleichbedeutend mit einem Versenken seiner eigenen Schiffe wären.**

Die deutsche **Marine** muß selbstverständlich mit dem Friedensschluß vom Weltmeer ausgerottet werden. Herausgabe sämtlicher Schlachtschiffe und einer gewissen Zahl von Unterseebooten zum Versenken ist unbedingt notwendig. Bis diese Verstümmelung Deutschlands vollzogen ist, wird es **Helgoland, Sylt und Borkum** als Pfand an England ausliefern. Daß **Belgien** vollständig wiederhergestellt wird und eine angemessene Kriegsentschädigung erhält, ist zweifelsfrei, wie auch, daß **Elsaß-Lothringen** und ein Landstrich zwischen Rhein und Mosel zur Grenzberichtigung an Frankreich fällt. Ob das „verarmte" Deutschland dann noch eine Kriegsentschädigung zahlen kann, ist fraglich. So soll diese Frage offen bleiben. Aber **Rußland** wird Thorn und Posen, wie auch die anderen jetzt in Preußen gelegenen polnischen Distrikte erhalten, und damit die Vernichtung Preußens eingeleitet. **Oesterreich-Ungarn** soll auf Südtirol, Istrien und Teile von Dalmatien zugunsten Italiens, auf Bosnien, die Herzegowina, die Landschaften um Semlin und auf den Rest von Dalmatien zugunsten Serbiens verzichten. Großmütig soll ihm aber der Hafen **Fiume** gelassen werden, allerdings nur um den Preis seiner Flotte, die es an Italien als Kompensation ausliefern muß.

Was soll mit **Bulgarien** geschehen? Es ganz von der europäischen Karte verschwinden zu lassen, empfiehlt sich nicht, schon um den russischen Bundesgenossen, dem man Konstantinopel mit seinem Hinterland bis zur Linie Enos—Midia wohl zugestehen muß, nicht allzu mächtig auf dem Balkan werden zu lassen, zugleich möchte man sich bei den Balkandiplomaten auch hinfort eine gute Note erhalten, die später die weitere Einmischung der englischen Diplomatie in die dortigen Verhältnisse gestattet. So soll ihm nur der König genommen werden. **König Ferdinand** muß gehen. Das Land aber wird gar eine Vergrößerung erhalten, um die Balkanfrage in Güte zu lösen. Es soll Mazedonien und Türkisch-Thracien bis zur Enos—Midia-Linie erhalten, allerdings gegen eine große Kriegsentschädigung an Serbien und gegen die Auslieferung seiner Waffenrüstungen. **Rußland** wird außer durch die von Preußen abgetretenen Bezirke durch einen weiten Gebietszuwachs in Asien, durch die asiatische Seite des Bosporus und durch Armenien für seine Kriegsleiden entschädigt. Da es aber dem englischen Interesse nicht dienlich erscheint, das ganze Kleinasien für das Spiel seiner Diplomatie und für die Ausbreitung seines Handels zu verlieren, so soll **Anatolien** selbständiger Staat bleiben, dem Syrien, Mesopotamien, Turkestan und Armenien zugeordnet wird, unter Aufteilung in russische und englische Interessensphären. Alle **Konzessionen an Deutsche** in der Türkei und in Asien sind mit dem Friedensvertrag annulliert, und Mesopotamien unterhalb des Zusammenflusses des Euphrat und Tigris fällt an England. In der Tat, es verlohnte sich, auf Grund dieser Phantasien eine Karte anzufertigen, um das Ungeheuerliche an ihnen zu erkennen.

Doch wir fassen heute vor allem **die Heuchelei der englischen Presse** und der hinter ihr stehenden Politiker ins Auge, die in diesem Machwerk von neuem offenbart wird. Sie sind in ihrer Hetzarbeit gegen das Deutsche Reich jahraus, jahrein krebsen gegangen mit der Nachrede, es werde vom Geist der Annexionslust regiert. Es trifft sich eigenartig, daß fast an demselben Tage, an dem dieses annexionswütige Friedensprogramm einflußreichster englischer Kreise bekannt wird, der **Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands** mit einem Aufruf vor seine Parteigenossen tritt, in dem er auffordert, „Vorbereitungen für die Unterzeichnung einer Petition zu treffen, in der ein Friede verlangt wird, der **die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht** und unserem Lande die territoriale Unversehrtheit, Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit gewährleistet". Ohne zu diesem Aufruf des weiteren Stellung zu nehmen, nehmen wir ihn, um am Zusammenhalten der beiden Dokumente das Heuchlerische des englischen Vorwurfs gegen Deutschland ins Licht zu stellen. Aber vielleicht wurde der überspannte Plan nur eingegeben **durch die Angst vor dem deutschen U-Boot-Krieg**, dem man durch die Bedrohung der deutschen Handelsflotte die Spitze abbrechen wollte.

-c-

Frankfurter Zeitung 11./VIII. 1916.

Die Italiener in Görz.



Die militärische Lage am Isonzo hat sich durch den Verlust des Brückenkopfs von Görz, sowie des Städtchens selber nicht wesentlich verändert. Die Italiener haben hier einen taktischen Erfolg erzielt, der bei geschickter interner Ausnutzung dem Volk und der Armee neuen Antrieb gibt, der von Cadorna zur Rechtfertigung seiner ablehnenden Haltung gegenüber den Aufforderungen der Franzosen, an den Schlachten in Frankreich teilzunehmen, verwertet werden kann und der überdies unseren Verbündeten bei der Schwierigkeit des Stellungs- und Uferwechsels naturgemäß auch Opfer an Mannschaft und Material auferlegt hat. Das mag alles an sich bedauerlich sein. Aber der tapferste Verteidiger, der gegen eine gewaltige Uebermacht kämpft und gleichzeitig an anderer Stelle sehr viel wichtigere und größere Aufgaben zu bewältigen hat, kann in solchem Fall nicht restlos seine Stellung bewahren. Das ist Kriegserfahrung. Die österreich-ungarische Armee kann mit Genugtuung sagen, daß sie ihren Verlust in diesem schweren Kampf auf das Mindestmaß beschränkt hat, und daß ihre Isonzofront in der Hauptsache vollkommen intakt geblieben ist.

Das beweist ein Blick auf die Karte. Die alte Linie lief auf dem Höhenzug nördlich und nordwestlich von Görz am rechten Ufer des Isonzo. Monte Sabotino, Oslavija und Podgora sind geläufige Namen. Beim Monte San Michele ging die Frontlinie auf das östliche Flußufer über, wo sie dem Rand der Hochfläche von Doberdo folgte. Monfalcone war in italienischen Händen. Das waren die Vorstellungen, hinter denen die Hauptverteidigungslinien auf den östlich davon laufenden Bergrücken zu suchen sind. Der Besitz von Görz verhinderte einen Flußübergang der Italiener in dem Gebiet Görz—Wippachmündung. Der Eingang in das Wippachtal selbst, wo bei Dornberg eine Gabel nach Laibach und nach Triest, also in der Hauptrichtung nach Osten und nach Süden zeigt, wird aber nicht durch jenen Brückenkopf, sondern durch die Höhenstellungen östlich von Görz und hinter dem Plateau von Doberdo geschützt. Die Bahnlinie Isonzotal—Görz—Triest lag schon seit langem unter italienischem Feuer. Aus dieser Sachlage ergibt sich der Schluß, daß der Erfolg der Italiener nur lokaler Natur ist. Vorerst ist noch keinerlei Ansatz zu einer strategischen Verwertung zu sehen; eine solche wäre erst denkbar, wenn die Italiener die oben genannten österreich-ungarischen Hauptstellungen in ihre Gewalt bekämen. Davon ist aber keine Rede. Vorläufig halten sie in der allgemeinen Linie Sabotino—Görz—Merna — San Michele—Doberdo. Es bleibt abzuwarten, ob es Cadorna als nächste Folge der Besetzung von Görz gelingen wird, von Norden her den frontalen Angriff auf die Linie San Michele—Doberdo zu unterstützen und dadurch die Lage der Verteidiger in ihren Vorstellungen auf dem Plateau von Doberdo zu erschweren. Aber auch dies würde noch keine strategische Auswirkung des Einbruchs in den Brückenkopf von Görz zur Folge haben, denn die Zugänge nach Triest im Raum zwischen der Wippach und dem Meer sind, wie die Skizze zeigt, durch gute Bergstellungen gesichert.

Cadorna würde aber, selbst wenn seine Armee am Isonzo ernsthafte Fortschritte zu machen vermöchte, vor einer schweren Ueberlegung stehen: je weiter er seine Front nach Osten verschiebt, je zahlreicher die Hindernisse (Flüsse und Berge) werden, die er nach Osten zu überschreitet, desto exzentrischer wird seine Stellung und desto länger dehnen sich die Etappenlinien, die, wie der Vorstoß aus Südtirol bewies, nicht unter allen Umständen vor einer Flankierung sicher sind.

Fremdenblatt
11./VIII. 1916

Schmoller über deutsche Friedensgedanken

Im neuesten Heft der „Deutschen Politik" nimmt Geheimrat Professor v. Schmoller zu den Friedensgedanken Stellung: „Die Zentralmächte," so schreibt er, können dem Vierverband den Entschluß zum Frieden erleichtern, wenn sie in ihren Siegesansprüchen gemäßigt auftreten. Das ist aber leichter gesagt als getan. Eine deutsche Regierung, welche auf jede Machterweiterung und jede Kontribution verzichte, grübe sich selbst ihr Grab. Das deutsche Volksgefühl würde sich nach so großen Blutsopfern und so großen Siegen wie ein Mann dagegen erheben.

Die große Frage ist, wo liegt der Punkt zwischen unverantwortlicher Schwäche und Friedensliebe und der weitsichtigen Klugheit, die trotz unserer Siege uns Mäßigung und Rücksicht auf die Zukunft auferlegt? Die Stimmen in Deutschland zerfallen in drei Gruppen. Das Siegesgefühl, die patriotische Begeisterung und das wirtschaftliche Interesse verlangen in begreiflicher Gemütserregung einen möglichst großen Siegespreis. Eine fast überschlaue, in die Zukunft blickende Mäßigung will sich fast mit dem Status quo ante beruhigen. Die Mehrzahl der vernünftigen Leute, einschließlich der Regierung, hält die Mitte zwischen den beiden Extremen. Ich persönlich war in den ersten Kriegsmonaten, vor unsern großen Siegen geneigt, mich der zweiten Gruppe zu nähern; heute schließe ich mich auf Grund unserer Erfolge der letztgenannten an. Als die preußischen Truppen 1866 vor Wien und bei Frankfurt standen, wollte König Wilhelm das deutsche Nordböhmen und die althohenzollerischen Lande Ansbach-Bayreuth haben. Bismarck wußte ihm klarzumachen, daß beide Forderungen wegen ihrer Wirkung auf die Zukunft falsch wären. Als die Preußen 1870 Paris erreicht hatten, verlangte ganz Deutschland die Rückgabe Elsaß-Lothringens. Bismarck war wegen des künftigen Krieges dagegen; die Generale verlangten es aus militärischen Gründen. Und ich glaube heute, daß sie recht hatten, obwohl ich damals Bismarcks Standpunkt teilte.

Friedrich den Großen haben die Rücksichten auf einen etwaigen zweiten und dritten schlesischen Krieg nicht vom Erwerb Schlesiens nach dem ersten abgehalten: auf dem Wege zur Großmacht mußte Preußen Schlesien erwerben, während Oesterreich mit und ohne Schlesien damals so ziemlich die gleiche Großmacht blieb. So müssen heute England und Rußland, Frankreich und Italien Konzessionen machen, die ihnen natürlich nicht leicht werden, die sie aber hinnehmen müssen als die natürliche Folge ihrer falschen Politik, ihrer Unkenntnis über Deutschlands und Oesterreich-Ungarns Macht- und Hilfsmittel... Aber auch die Sieger müssen, um ihre Völker nicht zu sehr zu erschöpfen, von ihren Hoffnungen und Wünschen dies und jenes zurückstellen. Und ich glaube, dem ruhigen deutschen Volkscharakter wird das möglich werden. Wir werden unsere Forderungen nicht überspannen... Bei allen Land- und Gebietsfragen müssen unsere Gegner sich klarmachen, daß sie diese oder jene Abtretung wahrscheinlich leichter ertragen werden als übergroße Kontributionen, die wir sonst fordern müßten. Rußland wird solche zu zahlen ganz unfähig sein, auch Italien und Frankreich werden sie schwer fallen. Und England wird lieber ein Stück belgischen Kongos opfern als zahlen. Ich denke, es wird auch Calais behalten unter dem Vorwand der Opfer, die es für Frankreich gebracht habe...

Unsere Feinde werden einsehen, daß die Fortsetzung des Wirtschaftskrieges im Frieden falsch wäre; sie werden diese Versuche nicht bloß aufgeben, sondern ihre ganze innere und äußere Politik neu orientieren müssen. Rußland wird einsehen lernen, daß es auf ein bis zwei Menschenalter auf Eroberung verzichten, daß es der inneren Reform sich widmen muß. Und dazu braucht es den Absatz nach Deutschland. Italien beginnt schon jetzt einzusehen, daß es ohne unser Kapital, ohne den Handel mit uns nicht auskommt. Frankreich wird durch den wahrscheinlichen russischen Staatsbankerott einsehen lernen, wie falsch es handelte; es wird ihm klar werden, daß es sich ruiniert hat, indem es sich zum Soldaten Englands verkaufte. Und Großbritannien ist wahrscheinlich viel zu klug, um nicht bald einzusehen, es fahre besser mit uns als gegen uns. Es braucht nur ein mäßiges Stück seiner Weltherrschaftspläne aufzugeben, dann kann es in Frieden und Harmonie mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn weiter gedeihen und blühen. Vielleicht fängt die jüngere englische Generation, durch den Krieg belehrt, an, endlich Zentraleuropa genügend kennen zu lernen und so einzusehen, daß die Erde Platz für Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Großbritannien hat.

Fremdenblatt Abend
11./VIII. 1916

Die Schweiz und die Entente.

Völliger Mißerfolg der Pariser Verhandlungen.

K. Bern, 10. August. Die Schweizerische Telegraphen-Agentur meldet:

Die Unterhandlungen der schweizerischen Delegierten mit den Vertretern der alliierten Regierungen in Paris wurden gestern beendet.

Aus einem heute eingetroffenen Berichte geht hervor, daß die Unterhandlungen für die Schweiz zu einem völligen Mißerfolge fast auf der ganzen Linie geführt haben.

Dem Begehren um Ueberlassung von in deutschem und österreichisch-ungarischem Besitze befindlichen Bannwaren zu Kompensationszwecken wurde nicht entsprochen.

Der von der Schweiz vorgeschlagene Rohstoffersatzverkehr mit den Mittelmächten, wonach gegen Lieferung von Fabrikswaren die entsprechenden in diesen verwendeten Rohstoffe zurückerstattet werden sollten, wurde in bezug auf fast alle in Betracht kommenden Rohstoffe abgelehnt.

Ebenso wurden die von den schweizerischen Delegierten gewünschten Bindungen bezüglich einzelner noch freier Warenkategorien nicht angenommen.

Fremdenblatt
11./VIII. 1916

Der geplante Raub deutschen Gutes

Ankündigung deutscher Vergeltungsmaßnahmen

K. **Berlin**, 11. August. Zu seiner früheren Meldung über den angekündigten Zwangsverkauf des gesamten deutschen Grundeigentums in der englischen Kolonie Nigeria erfährt der „Berliner Lokalanzeiger" von unterrichteter Seite, daß die deutsche Regierung der britischen Regierung schon vor einiger Zeit mitgeteilt habe, im Falle der Verwirklichung des Raubes an deutschem Gut werde sie sofort das bekannte Palais der englischen Handelsagenten Sir Francis Oppenheimer in Frankfurt am Main öffentlich versteigern lassen.

Fremdenblatt
11./VIII. 1916

115

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und Staatssekretär v. Jagow in Wien.

Besprechungen mit Baron Burián über aktuelle Fragen.

Wien, 11. August.

Amtlich wird gemeldet:

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und Staatssekretär v. Jagow sind heute hier eingetroffen, um, wie dies zwischen den leitenden Staatsmännern der beiden verbündeten Mächte üblich ist, einen persönlichen Meinungsaustausch mit dem Minister des Aeußern Baron Burián über verschiedene aktuelle Fragen zu pflegen.

Der deutsche Reichskanzler wird von Sr. Majestät dem Kaiser in Audienz empfangen werden.

* * *

Aus der vorstehenden amtlichen Mitteilung wird unsere öffentliche Meinung mit Befriedigung entnehmen, daß wieder einmal, wie schon zu wiederholten Malen im Laufe des gegenwärtigen Krieges, deutsche und österreichisch-ungarische Staatsmänner zusammentreffen, um in gemeinsamer Beratung eine Klärung der die beiden verbündeten Mächte gleichermaßen interessierenden Fragen zu fördern. Wie die Armeen draußen angesichts der Feindesfronten Schulter an Schulter im Kampfe stehen und nach übereinstimmenden Weisungen dem Feinde gegenübertreten, so arbeiten daheim die Politiker der Verbündeten in loyaler Uebereinstimmung und in treuem Festhalten an dem Geiste des im Kriege so wunderbar bewährten Bündnisses. Herr v. Bethmann Hollweg hat vom ersten Tage seines Amtsantrittes angefangen als unentwegter und konsequenter Anhänger der Bündnispolitik hohe Wertschätzung genossen, und so wird ihn die Bevölkerung der Monarchie auch diesmal freudig willkommen heißen. Ihr Gruß gilt auch seinem hervorragenden Mitarbeiter auf dem Gebiete der äußeren Politik, dem Herrn Staatssekretär v. Jagow, der als zuverlässiger Freund der Monarchie Anspruch auf ihre dankbare Gesinnung hat. Man darf dessen sicher sein, daß die Beratungen der Staatsmänner einen ersprießlichen Verlauf nehmen und neuerdings dem feindlichen Auslande ein Bild der unerschütterlichen Einigkeit der verbündeten Mittelmächte vor Augen führen werden.

Herr v. Bethmann Hollweg wird auch Gelegenheit finden, vor Sr. Majestät dem Kaiser, der ihn bereits wiederholt mit Beweisen Allerhöchstseines Wohlwollens auszeichnete, in Audienz zu erscheinen.

Fremdenblatt 11. VIII. 1916

Rumänien.

König Ferdinand bleibt in Bukarest.

Budapest, 10. August. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Der Bukarester „Dimineatzar" meldet: Aus Hofkreisen erfahren wir, daß König Ferdinand sich entschlossen hat, den Sommer in Bukarest zu verbringen. Im verflossenen Herbste weilte der König zwei Monate in Sinaia, die gegenwärtigen Ereignisse veranlassen den König, die Hauptstadt nicht zu verlassen.

Konferenzen in Bukarest.

S. K. Zürich, 9. August. Aus Bukarest wird telegraphiert: Alle Minister und Abgeordneten haben ihre Sommerurlaube abgebrochen und sind nach Bukarest zurückgekehrt. König Ferdinand hat verschiedene fremde Gesandte, darunter auch den österreichisch-ungarischen Gesandten, empfangen. Ministerpräsident Bratianu konferierte wiederhalt mit verschiedenen auswärtigen Diplomaten. Gestern empfieng er zweimal den Besuch des russischen Gesandten. Nach dieser Konferenz fand abends eine Besprechung der Minister statt, die aber auch sonst fast täglich zusammenkommen.

Die Diskussionen der rumänischen Blätter für und gegen ein Eingreifen Rumäniens in den Krieg dauern inzwischen unverändert an. Es sind hier verschiedene Spezialkorrespondenten russischer und französischer Blätter eingetroffen, die bei den angeblich bevorstehenden Ereignissen auf rumänischer Seite tätig sein wollen.

Die Kuriere nach Frankreich und England.

Bukarest, 9. August. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Die „L'Indépendance Roumaine" meldet, daß laut einer Verfügung des rumänischen Ministeriums des Aeußern die rumänischen diplomatischen Kuriere, die nach Frankreich und England gehen, nicht mehr durch Oesterreich-Ungarn und Deutschland, sondern über Rußland und Schweden ihren Weg nehmen werden.

Eine neutrale Zone an der bulgarischen Grenze?

Budapest, 10. August. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) „Nationalul" erfährt aus Regierungskreisen: Die bulgarische Regierung hat der rumänischen den Antrag gestellt, zur Vermeidung von Zwischenfällen auf der Donau an der Donaugrenze der beiden Staaten eine neutrale Zone zu schaffen.

Graf und Gräfin Czernin bei der Königin.

K. Bukarest, 8. August. Der österreichisch-ungarische Gesandte Graf Czernin und Gemahlin waren gestern bei der Königin zum Dejeuner geladen.

Vossische Zeitung 11./VIII. 1916.

Schwarze Listen.

Der Handelskrieg gegen die Neutralen.

Sir Cecil Spring Rice, der britische Botschafter in Washington, ist, so schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", eifrig an der Arbeit, um den Amerikanern das für sie noch neuartige Gericht der „Schwarzen Listen" schmackhaft zu machen. Er wird nicht müde, zu versichern, daß sich die Schwarzen Listen gar nicht gegen die Neutralen richten, „außer wenn es deutlich ist, daß die betreffenden Neutralen systematisch mit einer Firma der Schwarzen Liste Geschäfte abschließen, um auf diese Weise die Verbindung zwischen dieser und englischen Firmen aufrecht zu erhalten". Sir Cecil verrät nicht, auf welche Weise festgestellt werden soll, ob ein Neutraler mit einer „Schwarzen Listefirma" gerade zu dem Zweck Geschäfte treibt, „die Verbindung mit englischen Firmen zu erhalten". Die Wahrheit ist, daß eben jeder Neutrale, der solche Geschäfte treibt, mit der Schwarzen Liste bedroht wird, d. h. es wird das Handelsverbot, das angeblich nur innerhalb Englands und für Engländer gilt, den Neutralen im neutralen Lande aufgezwungen; sie werden wie Feinde behandelt, wenn sie von dem bisher nie bestrittenen Recht, mit den Angehörigen aller kriegführenden Nationen innerhalb des neutralen Landes zu handeln, Gebrauch machen. Daß dies die Absicht ist, wird ausdrücklich festgestellt durch einen unverdächtigen und sachverständigen Zeugen, nämlich die italienische Handelskammer in Sao Paulo (Brasilien) in einem auf amtliche Weisung ergangenen Rundschreiben, das zwar nicht gerade für Deutschland bestimmt war, aber zufällig seinen Weg zu uns gefunden hat. Das Schreiben lautet in wörtlicher Uebersetzung wie folgt:

„Camera Italiana di commercio ed arti in Sao Paulo (Brasilie).
Nr. 1786.
Inhalt: Vertrauliche Mitteilung.
Sao Paulo, den 10. April 1916.

Sehr geehrter Herr!

Auf Anordnung des Herrn Präsidenten und in Ausführung einer Weisung, die von höherer konsularischer Autorität ausgegangen ist, erfülle ich die Pflicht, Ihnen in der Anlage die amtliche Schwarze Liste der englischen Regierung (Statutory Black List) mitzuteilen, worauf diejenigen Firmen mit dem Sitz in Brasilien aufgeführt sind, mit denen Handelsbeziehungen zu unterhalten verboten ist.

In pflichtgemäßer Erfüllung dieses Auftrages erlaube ich mir, die Aufmerksamkeit Euer Hochwohlgeboren auf die Fußnote der Liste hinzulenken, worin gesagt wird, daß jeder, der versuchen sollte, die Anordnungen des erwähnten Königlichen Dekrets zu umgehen, indem er irgendeine der auf der Schwarzen Liste befindlichen Firmen unterstützt, d. h. mit ihr Handel treibt, Gefahr läuft, seinerseits auf die Schwarze Liste gesetzt zu werden.

Genehmigen Euer Hochwohlgeboren etc. pp.
Der Sekretär der Kammer.
gez. A. Bertoletti.

Nicht weniger interessant ist ein Rundschreiben, das der englische Konsul in Pará an brasilianische Firmen auf Befehl seiner Regierung übersandt hat und worin er diese Firmen in ihrem eigenen Lande mit Strafe bedroht, wenn sie den „Schwarze-Liste"-Firmen irgendwie Beistand leisten. Dieses Rundschreiben lautet in seinem hier in Betracht kommenden Teile übersetzt wie folgt:

Rundschreiben.
Englisches Konsulat. Pará, den 10. April 1916.
Geehrte Herren!

Seit geraumer Zeit ist es der aufrichtige Wunsch der Regierung Seiner Britischen Majestät, die in Brasilien zwischen englischen Firmen und Untertanen sowie den Angehörigen der alliierten Länder einerseits und den in Pará ansässigen brasilianischen und neutralen Firmen anderseits glücklicherweise bestehenden guten Handelsbeziehungen aufrechtzuerhalten und zu erweitern. In der Absicht, den gegenwärtig zum großen Teil sich in den Händen deutscher, österreichisch-ungarischer, türkischer und bulgarischer Untertanen befindenden Handel auf diese Firmen zu übertragen und die Ausdehnung des feindlichen Handels einzuschränken, bin ich beauftragt worden, allen Personen und Firmen in diesem Konsulatsbezirk zur Kenntnis zu bringen, daß jeder Versuch, eine in der Schwarzen Liste stehende Firma oder Person vor den Folgen der Königlichen Verordnung Seiner Britischen Majestät zu schützen, damit bestraft werden wird, daß die betreffende Firma selbst auf die Schwarze Liste gesetzt wird.

Mit angelegentlicher Empfehlung
gez. G. B. Michell,
Englischer Konsul.

* *

Der Gedanke, fremde Länder wirtschaftlich zu boykottieren auf Grund besonderer sogenannter schwarzer Listen, deren bloßes Vorhandensein System in die Sache bringen und, was den Befürwortern dieser Methode sicherlich die Hauptsache ist, abschreckend wirken soll, ist für England nicht mehr neu. Dagegen ist der Umstand neu, daß man es in London und neuerdings auch in Paris wagt, diese Methode kommerzieller In-Acht-und-Bann-Erklärung nicht nur den kleinen neutralen Ländern, sondern nun auch den Vereinigten Staaten gegenüber anzuwenden. Und man tut schwerlich einen Fehlschuß, wenn man diese Ausdehnung der Boykottmaßnahmen auch auf Amerika mit dem überraschenden Erscheinen der „Deutschland" in Baltimore in Zusammenhang bringt.

Für die Entwicklung des Handels der Neutralen sind die englischen Maßnahmen außerordentlich einschneidender Natur. Nicht nur sind englische Schiffahrtsgesellschaften angewiesen worden, von den geächteten Personen, Firmen oder Verbänden keine Ladung anzunehmen und die Beförderung von Waren nach irgendwelchen Häfen abzulehnen. Auch neutralen Schiffahrtsgesellschaften, die Frachten der in den schwarzen Listen geführten Kundschaft entgegennehmen, soll die Kohle in englischen Häfen verweigert werden. Sie sollen aller sonstigen ihnen früher etwa eingeräumten Vorrechte verlustig gehen und auch ihrerseits auf die schwarze Liste gesetzt werden. Und die Folge davon ist, wie es in der amerikanischen Protestnote heißt, daß neutrale Bankiers, aus Furcht, gleichfalls geächtet zu werden, den auf der Liste Stehenden Kredite verweigern. Es ist ohne weiteres klar, daß die Wirkungen derartiger Boykottmaßnahmen, die sich wie eine Kette ohne Ende an den Wirtschaftskörper legen, für die freie Entfaltung der neutralen Wirtschaft verhängnisvoll werden müssen. Denn die auf die Liste gesetzten Firmen würden von dem Verkehr mit der übrigen Welt, soweit sie außerhalb des eigenen Landes liegt, abgeschnitten werden. Am meisten davon betroffen würden Import- und Exportfirmen, die Jahre gebraucht haben mögen, um sich ihre ausländischen Beziehungen aufzubauen, und die nunmehr Gefahr laufen, sie zu verlieren, wenn ihr Geschäftsverkehr mit jenen infolge des gewaltsamen englischen Eingriffes erst einmal unterbrochen worden ist.

Daß Deutschland und seine Verbündeten, die sich vom Handelsverkehr mit Uebersee seit nunmehr zwei Jahren so gut wie abgeschnitten sehen, auch der Wirkung schwarzer oder sonstfarbiger Listen mit Gelassenheit entgegensehen können, ist ohne weiteres klar. Der ohnehin auf ein Minimum zusammengeschrumpfte Außenhandel wird dadurch nicht beeinträchtigt. Nicht so der Außenhandel der Neutralen, deren Geschäftsmöglichkeiten gewaltsam beschnitten werden. Aufgabe der Neutralen als der hauptsächlich, wenn nicht ausschließlich Geschädigten ist es also, gegen eine derartige Praxis wirtschaftlicher Erdrosselung Einspruch zu erheben. Daß sie durch Androhung und, falls notwendig, Anwendung von Repressalien höchst wirksame Waffen in die Hände bekommen könnten, ist offenbar. Das fühlt auch derjenige Teil der englischen Presse, der sich von kleinlichen, aus dem Moment der Verbissenheit geborenen Maßnahmen keinen Vorteil für die britischen Interessen der Zukunft versprechen. Ist die Regierung überzeugt, so schreibt z. B. „Manchester Guardian", daß diese Politik der schwarzen Listen in bezug auf die Schwächung des Feindes wertvoll genug ist, um das Risiko sich erneuernder Streitigkeiten (die möglicherweise zu Repressalien führen können) mit den Vereinigten Staaten zu rechtfertigen und um uns mit einer Lehre von internationalem Recht zu identifizieren, welche die amerikanische Regierung jetzt entschlossen bekämpft und auch lange nach dem Kriege bekämpfen wird? Unsere Erfahrungen im fernen Osten sollten uns jetzt als Führer in dieser Sache dienen ....."

Vossische Zeitung 11. Juli. 1916.

Gespräche mit Karolyi und Apponyi.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

* **Budapest**, 10. August.

Ueber die Ursachen der jüngsten Spaltung der ungarischen Unabhängigkeitspartei befragt, erklärte mir Graf Michael Karolyi, seine Haltung richte sich gegen den von Friedrich Naumann geformten Begriff eines Mitteleuropas. Ich schätze, sagte Karolyi, das Naumannsche Buch als schriftstellerische Leistung außerordentlich hoch, und wäre ich als Deutscher geboren, so würde ich, wenn ich die Begabung dazu hätte, ebenso denken wie Naumann, aber der mitteleuropäische Gedanke, den mein Freund Apponyi fördert, birgt für die Auffassung der Unabhängigkeitspartei, wie ich sie vertrete, zwei Gefahren in sich: einmal befürchten wir, daß jenes Mitteleuropa, dessen Apostel Naumann ist, einen so großen politischen Konzern bilden würde, daß darunter die staatsrechtliche Souveränität Ungarns leiden könnte; ferner scheuen wir die wirtschaftlichen Gefahren eines wirtschaftlichen Blockes von ganz Mitteleuropa, weil wir dadurch den Wirtschaftskrieg zwischen den beiden Staatengruppen verewigen würden. Einen solchen Wirtschaftskrieg nach dem Krieg aber können wir unmöglich herbeiwünschen, vielmehr müssen wir darauf hinarbeiten, nicht bloß einen politischen, sondern auch einen dauernden wirtschaftlichen Frieden mit der anderen Mächtegruppe zuwegezubringen. Was aber meine Bemerkungen bezüglich Rumäniens betrifft, so habe ich sie in meine Parlamentsrede nur eingeschaltet, um die Vierverbandsmächte wissen zu lassen, daß für jeden Ungarn und nicht zuletzt für meine Partei Siebenbürgen ein Rührmichnichtan darstellt. Wer die nationale Hoheitsgrenze Ungarns und unser Kronjuwel Siebenbürgen antastet, ist unser Todfeind, gegen den wir bis zur Vernichtung kämpfen werden.

Graf Apponyi erklärte mir, er habe in seiner Rede den Empfang der drei Oppositionsführer bei Kaiser Franz Josef nicht berührt, weil auch Graf Karolyi diesen Punkt nicht angeschnitten habe, aber er lege Wert darauf, festzustellen, daß sich die Oppositionsparteien durch diese Empfänge in ihrer politischen Tätigkeit nicht einengen lassen; die Empfänge bedeuten keinen Anschluß an die Politik der Regierung, vielmehr behalte sich die Opposition volle Bewegungsfreiheit vor. In einem Punkt freilich gebe es für ihn und seine politischen Freunde keinerlei Zugeständnisse, nämlich in dem zähen Festhalten an den Bündnissen und in der wirtschaftlichen Vertiefung mit den Waffenbrüdern, damit das gemeinsame Ziel dauernd und endgültig erreicht und gesichert werde. Wenn auch die beiden Gruppen der Unabhängigkeitspartei von jetzt ab getrennt marschieren, so würden sie doch vereint schlagen, wo es zu verhindern gilt, daß die Hoheitsrechte des ungarischen Staates auch nur um ein Titelchen verkürzt werden.

Reichspost 11./VIII. 1916

Ungeheuere Wirkung der letzten Zeppelinangriffe.

Zahlreiche Fabriken, darunter Munitionsfabriken, vernichtet oder beschädigt, mehrere Schiffe versenkt, einige Luftschiffhallen abgebrannt.

Berlin, 10. August.

Das Wolffsche Bureau meldet über die Wirkung der deutschen Luftschiffangriffe vom 28. auf den 29. Juli, 31. Juli, 1. August und vom 2. auf den 3. August aus England:

Bekanntlich ist die englische Regierung ängstlich bemüht, das Bekanntwerden der Wirkung unserer letzten Luftschiffangriffe zu verhüten und die Angriffe selbst als völlig belang- und ergebnislos hinzustellen. Sie ging soweit, zu erklären, die deutsche Meldung, daß die deutschen Marineluftschiffe am 1. August London angegriffen hätten, sei glatt erfunden. Entweder hätten die Führer der Luftschiffe bewußt falsche Meldungen erstattet oder sie müßten völlig die Orientierung verloren und nicht mehr gewußt haben, wo sie sich befanden. Zu solch verzweifelten törichten Mitteln muß England greifen, um die Welt über seine Bedrängnis hinwegzutäuschen. Tatsächlich herrscht in London allgemein die Ueberzeugung daß der Angriff am 1. August der schwerste war, den London bisher durchgemacht hat.

Im Nachfolgenden sind einige einwandfreie Nachrichten über die Luftschiffangriffe in den Nächten vom 28. auf den 29. Juli, 31. Juli, 1. August und in der Nacht vom 2. auf den 3. August zusammengestellt:

Lincoln: Zwei Fabriken sind schwer beschädigt, eine in Bau befindliche Halle, worin das Remontendepot untergebracht war, ist völlig zerstört. Der größte Teil der Pferde kam in den Flammen um. Die Bahnlinie nach Chesterfield ist an mehreren Stellen unterbrochen. Bei Reepham, 20 Kilometer südwestlich von Cramer, sind das Eisenbahngebäude und die Anlagen schwer beschädigt. An der Humbermündung wurde ein Leuchtturm zerstört. Verschiedene Brände wurden beobachtet. Ein kleiner Kreuzer mit drei Schornsteinen und einem Mast wurde durch eine Bombe getroffen und schwer beschädigt. Unterhalb Grimsby wurden zwei Schuppen, die Munition enthielten, völlig zerstört. Zwischen Grimsby und Cleethorpes wurden Hafenanlagen und Gebäude und vor allem in der Nähe von Cleethorpes ankernde Fahrzeuge sehr schwer beschädigt. In Immingham, Grimsby und Spurn Head wurde schwerer Schaden angerichtet.

Hull: Die angerichteten Schäden gehen in die Millionen. Mehrere Waffen- und Munitionsfabriken sowie sonstige Anlagen von militärischer Bedeutung wurden zerstört, besonders bei South-Bridge-Road, King-Street, Nasen-Street und Prinzeß-Dock. In der Eisenbahnstation Hewjoint wurden die Dockanlagen schwer beschädigt. Unter der Bevölkerung herrschte Panik, als sie erkannte, daß die Abwehrbatterien gegen die Luftschiffe vollkommen ohnmächtig waren. Der Hafen Immingham wurde wegen der bedeutenden Schäden, die an den Docks und Kohlenlagern angerichtet wurden, gesperrt.

Die Bahnlinie der Great Central Railway wurde zwischen Norwich und Yarmouth an verschiedenen Stellen durch Bomben getroffen und beschädigt. Nordwestlich von Norwich auf der Bahnlinie Norwich—North Walsham und in einer Eisenbahnhalle wurden beträchtliche Zerstörungen angerichtet. In der Nähe von Watton, 30 Kilometer westlich von Norwich, wurde eine Reihe von Schuppen durch Bomben zerstört. Südlich von Cambridge wurde eine große Fabrikanlage in Brand gesetzt. Die Scheinwerferbatterie bei Great Yarmouth wurde zerstört, desgleichen die Abwehrbatterie vernichtet. In Harwich brannte eine im Bau befindliche Luftschiffhalle nieder. In Dover wurden die Wellington-Docks getroffen, Brandbomben auf die Luftschiffhalle im Nordosten Dovers geworfen und eine halbe Stunde lang dort ein Brand beobachtet.

Woolwich. Die Umgebung wurde schwer beschädigt, verschiedene Munitionsfabriken getroffen. Die in der östlichen Vorstadt Londons zur Hülsenfabrikation benützte Spinnerei wurde vollständig vernichtet. Ueber 1000 Männer und Frauen sind hiedurch beschäftigungslos. Mehrere große Themsebrücken, darunter die Laufbrücke Tower-Bridge, wurden beschädigt. In den Docks wurden mehrere Magazine und Anlegebrücken vollständig zerstört, dort ankernde Schiffe zum Teil schwer beschädigt. Bei einem Dock sind zahlreiche Schiffe, darunter ein großer englischer Frachtdampfer, die Lebensmittel für die Truppen nach Frankreich bringen sollten, verbrannt. Durch die Ballonabwehrgeschütze wurden viele Personen teilweise schwer verletzt. Auf der Themse wurde ein Torpedoboot durch eine Bombe getroffen und versenkt. Bomben fielen ferner an der Themse zwischen Northend und Erith, bei den Lillwall Docks und in Deptford. In Oxted bei London wurden zwei Munitionsfabriken vernichtet. Die Umgebung der Fabriken stand noch am nächsten Tage in Flammen.

Reichspost
11. VIII. 1916

Die Leistungen der polnischen Legionen.

Krakau, 9. August (Privat).

Der Kommandant der polnischen Legion General von Puchalski hat an das Oberste polnische Nationalkomitee folgendes Schreiben gerichtet:

„Standort, am 13. Juli 1916.

Von tapferer Ausdauer und wahrem patriotischen Geist beseelt, können die polnischen Legionen nach zweijährigen opferfreudigen Mühsalen und Kämpfen einen bedeutenden Erfolg auf ihrer militärischen Laufbahn und in der Festigung ihrer staatspolitischen Grundlagen heute aufweisen. Ich beeile mich, dem Obersten polnischen Nationalkomitee die höchsterfreuliche Nachricht mitzuteilen, daß das Armee-Oberkommando mit dem Erlaß vom 7. Juli l. J., Z. 9913, den Vorschlag neuer Abzeichen und Uniformen für die Legionäre wie auch neuer Bezeichnung von Offiziers- und Unteroffizierschargen angenommen und bestätigt hat. Hievon setze ich das Oberste polnische Nationalkomitee um so eifriger in Kenntnis, als es mein Wunsch ist, daß von diesen Errungenschaften und ihrer Bedeutung unsere Nation erfahre, und daß die Genugtuung, welche aus diesem Grunde uns zuteil wurde, einen Widerhall finde. Neuerdings haben wir eine Periode der schwersten Kämpfe und der unerhörtesten Mühsale erlebt, während welcher die Tapferkeit und die heldenhaften Taten der polnischen Soldaten in vollem Glanze zum Vorschein kamen. Durch schwere Kampfmühsale und durch reich vergossenes Blut hat er sich die allgemeine Anerkennung und Achtung erkämpft.

Ich ersuche, das Oberste polnische Nationalkomitee möge sich mit uns in diesem Augenblicke hineinempfinden, da wir an unsere in den letzten Kämpfen gefallenen Helden mit aller Achtung gedenken, zu gleicher Zeit aber unsere Erfolge in der Ueberzeugung feiern, daß in den Legionen eine unverwüstliche Lebenskraft bestehe, die sie trotz schwerer Erlebnisse und Verluste der Freiheit unseres Vaterlandes erhalten werde.

Puchalski m. p."

Dieses Schreiben wurde vom Obersten polnischen Nationalkomitee wie folgt beantwortet:

„Infolge der neuen, für die polnischen Legionen rühmlichen Anerkennung, der das Armee-Oberkommando Generalfeldmarschall Erzherzog Friedrich in dem Tagesbefehl vom 7. Juli l. J. Ausdruck zu verleihen geruhte, infolge der durch diesen Befehl angeordneten Vereinheitlichung der Uniformen in allen Brigaden der polnischen Legionen und der Gleichstellung der Legionsoffiziere und Unteroffiziere in bezug auf die Rangbestimmung mit den Offizieren und Unteroffizieren des k. u. k. gemeinsamen Heeres, was einen höchst bedeutenden Erfolg in der militärischen Entwicklung der polnischen Legionen und eine Festigung ihrer staatspolitischen Grundlagen bedeute, übersendet das Oberste polnische Nationalkomitee für die heldenmütigen, in den neuen blutigen Kämpfen mit frischem Ruhm bedeckten Kommandanten, Offiziere und polnischen Soldaten den Ausdruck seiner höchsten Bewunderung und gleichzeitig des wärmsten Dankes, daß sie durch ihren unbezwinglichen Heldenmut den polnischen Namen mit neuem Ruhm bekränzt haben. Die Zukunft, die unser harrt, möge sich der Anstrengungen und des Blutes der polnischen Helden, die für das Wohl der nationalen Sache gefallen sind, wert erweisen.

Jaworski,
Vizepräsident des Obersten polnischen Nationalkomitees.

Fremdenblatt
11. VIII. 1916

123

Die neuen deutschen Riesenzeppeline.

Englische Schilderungen.

S. K. Bern, 10. August. Aus dem Haag wird gemeldet: Aus englischer Quelle liegen Mitteilungen über die neuen deutschen Riesenluftkreuzer vor, die sich bei dem letzten Angriffe auf England beteiligten. Demnach sind die neuen mächtigen Luftkreuzer vorne und rückwärts sehr zugespitzt, der dunkelgrau gefärbte Körper ist schlank und habe eine Länge von etwa 240 Meter. Man habe vier gepanzerte Gondeln festgestellt, die außer mit Maschinengewehren auch mit Geschützen armiert sind. Die neuen Zeppeline schleudern Lufttorpedos für deren Lancierung besondere Vorrichtungen zu bestehen scheinen. Auch die Zahl der Propeller sei gegen die anderen Zeppelinschiffe vermehrt. Die neuen Zeppelinkreuzer hätten bei ihren Kreuzfahrten über England besondere Schnelligkeit, Wendefähigkeit und außerordentliche Steigkraft gezeigt.

Die Zeit Abendbl. 11./VIII. 1916

Wilson und die Friedensfrage.

Eine offizielle schweizerische Anfrage.

xx Berlin, 11. August. (Priv.-Tel.)

Der Voss. Ztg. wird aus Genf telegraphiert: Der Lyoner Progrès meldet aus Washington:

Der schweizerische Gesandte in Washington richtete an Lansing die Anfrage, ob es wahr sei, daß Wilson den Wunsch habe, Verhandlungen wegen eines Friedensschlusses einzuleiten.

Es wurde ihm geantwortet, Wilson sei jederzeit bereit, die Rückkehr des Friedens zu beschleunigen. Nach seiner Meinung sei jedoch der Augenblick zum Handeln noch nicht gekommen.

Neues Wiener Tagblatt
11./VIII. 1916

Die staatsrechtlichen Grundlagen der Wehrmacht Oesterreich-Ungarns.

Als Sonderabdruck aus der „Oesterreichischen Zeitschrift für öffentliches Recht" ist bei Manz eine Monographie über „Die staatsrechtlichen Grundlagen der Wehrmacht Oesterreich-Ungarns" erschienen. Der Autor ist der Sektionschef im Ministerratspräsidium Dr. Ivan Zolger, der sich durch eine Reihe aktueller Arbeiten über besonders wichtige staatsrechtliche Fragen im In- und Auslande einen ausgezeichneten Namen und Wertschätzung erworben hat. Sein neuester historisch-staatsrechtlicher Essay ist mit der ihm eigenen klaren Uebersichtlichkeit und minutiösen Gründlichkeit in der lesbarsten Form verfaßt. Das Interesse an dem Thema, das sich Dr. Zolger diesmal gewählt hat, muß nicht erst wachgerufen werden.

Dr. Zolger weist in seiner magistralen Darstellung nach, daß die Wehrmacht Oesterreich-Ungarns in den staatsrechtlich wichtigsten Belangen noch heute auf Grundlagen ruht, die vor nunmehr 200 Jahren gelegt worden sind. Dies ist insbesondere hinsichtlich des 1715 begründeten und durch die Pragmatische Sanktion ausgestalteten Systems der gemeinsamen Verteidigung, dann des wichtigsten Mittels dieser Verteidigung, der regulären gemeinsamen Wehrmacht, und hinsichtlich der die Wehrmacht betreffenden staatsrechtlichen Kompetenzen der Fall. Was speziell die staatsrechtlichen Kompetenzen anlangt, so liegt ihnen noch heute die durch die Gesetzgebung des Jahres 1715 festgestellte Scheidung zwischen den Rechten zugrunde, welche die Führung, Leitung und Organisation des Heeres einerseits und die das Heer „gleichsam von außen" berührenden Angelegenheiten anderseits zum Gegenstand haben. Weder was das Prinzip dieser Scheidung, noch was den Inhalt der Kompetenzsphären betrifft, hat die Gesetzgebung vom Jahre 1867 eine Aenderung herbeigeführt.

Positiv neues Recht hat die Ausgleichsgesetzgebung jedoch insofern geschaffen, als sie das konstitutionelle Verfahren für eine Umgestaltung des Wehrsystems feststellte. Außer der Aenderung der Ergänzungsmodalitäten ist aber im Jahre 1868 auch eine Erweiterung der Wehrmacht der Monarchie durch Schaffung nationaler Landesverteidigungsinstitute eingetreten.

Der Autor schließt seine treffliche Arbeit mit den Worten: „Die ruhmbedeckte, ehrwürdige Armee des Reiches bewährt auch in diesem größten aller Kriege aufs neue in glorreicher Weise die Grundlagen, auf welche sie vor nun gerade 200 Jahren gestellt worden ist."

Neues Wiener Tagblatt Abend
11. Juli 1916

126

Die englischen Kriegskosten.

London, 10. August. (Unterhaus.) Bei Beratung der Finanzbill führte Schatzsekretär Mac Kenna aus: Unsre Gesamtverschuldung wird für Ende März 1917 mit 3440 Millionen Pfund angenommen. Nach Abzug der unsern Alliierten und den Dominien gewährten Vorschüssen im Betrag von ungefähr 800 Millionen Pfund beträgt die Schuld netto 2640 Millionen Pfund. Das geht über jedes Maß dessen hinaus, was wir je gekannt haben. Das gesamte Nationaleinkommen beträgt ungefähr 2700 Millionen Pfund, so daß die gesamte Nationalschuld ungefähr dem jährlichen Nationaleinkommen gleichkommt. Das ist nicht als eine unerträgliche Last zu betrachten. Wir geben täglich auf dem Festlande mehr als eine Million, wahrscheinlich nahe an zwei Millionen Pfund für eigene Rechnung und Rechnung unsrer Alliierten aus.

MacKenna verteidigte sodann die Finanzpolitik bezüglich der kurzfristigen Sicherheiten und sagte: Wenn die finanzielle Verschuldung es rechtfertige, werde man ohne Zögern eine Anleihe auflegen und das Versprechen auf Umwandlung der schwebenden Kriegsschuld in Anleihen erfüllen.

Die Zeit Abendbl. 11./VIII. 1916

Spanien und Portugal.

Ministerrat im Beisein des Königs Alfons.

KB Bern, 11. August.

Nach einer Meldung des Temps aus Madrid fand unter dem Vorsitz des Königs ein Ministerrat statt, in dem die Beziehungen Spaniens zu Portugal ausführlich erörtert wurden.

Diese bildeten vorgestern und gestern auch den Gegenstand privater Unterredungen zwischen den Ministern beim Ministerpräsidenten. Der König bleibt in Madrid, um die endgültigen Beschlüsse des Kabinetts zu bestätigen.

Die Zeit Abendbl. 11./VIII. 1916

Der deutsche Reichskanzler in Wien.

Die Ankunft im Nordwestbahnhof.

Heute früh um 8 Uhr ist mit dem Schnellzug der Nordwestbahn der deutsche Reichskanzler v. Bethmann Hollweg in Begleitung des Staatssekretärs v. Jagow aus Berlin hier eingetroffen. Der Reichskanzler wurde im Bahnhof von dem deutschen Botschafter Herrn v. Tschirschky und Bögendorff und von seinem Neffen, dem der deutschen Botschaft in Wien zugeteilten Botschaftssekretär Legationsrat Dietrich v. Bethmann Hollweg, empfangen. Außerdem hatten sich zur Begrüßung der Vorstand des Bahnamtes Inspektor Tietz und der Vorstand der Polizeiinspektion Polizeirat Czech eingefunden. Nach herzlicher Begrüßung durch den Botschafter und den Neffen fuhren die Herren in das Hotel Imperial, in dem der Reichskanzler und der Staatssekretär v. Jagow während ihres Wiener Aufenthaltes wohnen. Heute findet bei der deutschen Botschaft ein Abendessen aus Anlaß der Anwesenheit des deutschen Reichskanzlers statt.

Frühstück bei Baron Burian.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und Staatssekretär v. Jagow hatten heute eine längere Konferenz im Ministerium des Aeußern. Um halb 2 Uhr begaben sich die Herren zum Minister des Aeußern Baron Burian, der sie zu einem Frühstück geladen hatte. Kurz vor halb 2 Uhr erfolgte die Abfahrt vom Hotel zum Frühstück bei Baron Burian. Im ersten Auto saß der deutsche Botschafter v. Tschirschky und Bögendorff mit Gemahlin; im zweiten, einem offenen Wagen, nahm der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und ihm zur Linken Staatssekretär von Jagow Platz. Der Reichskanzler, der sehr ernst aussah, trug feldgraue Uniform mit überzogenem Helm. Im dritten Wagen saßen der deutsche Marineattaché bei der Wiener Botschaft Baron Freyberg und Gardeoffizier Graf Zeth.

An dem heute abends in der deutschen Botschaft stattfindenden Essen nehmen teil: Ministerpräsident Graf Stürgkh, Minister des Aeußern Baron Burian, Kriegsminister Freiherr v. Krobatin und der gemeinsame Finanzminister Dr. v. Koerber, ferner verschiedene Funktionäre des Auswärtigen Amtes, wie Baron Macchio und Graf Hoyos und der ungarische Minister am Wiener Hoflager Baron Roszner.

Der Reichskanzler beim Kaiser.

Unmittelbar nach dem Frühstück beim Minister Baron Burian, an dem auch Ministerpräsident Graf Stürgkh teilnahm, fuhr der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg um 3 Uhr nach Schloß Schönbrunn, wo er vom Kaiser in Audienz empfangen wurde.

In Begleitung des Reichskanzlers befinden sich Rittmeister Graf Zeth und Geheimrat Bing sowie eine Anzahl Sekretäre.

Bevorstehende Ankunft Graf Tiszas.

Aus Budapest, 11. d., wird uns telegraphiert:

Ministerpräsident Graf Stephan Tisza begibt sich heute nach Wien, um an den Verhandlungen mit dem deutschen Reichskanzler und dem Staatssekretär des Aeußern v. Jagow teilzunehmen.

Das Programm des morgigen Tages.

Morgen vormittags findet ein Frühstück bei Ministerpräsident Graf Stürgkh statt und abends ein Abschiedsessen bei Minister Baron Roszner.

Neue Freie Presse
12./VIII. 1916

Beschlagnahme österreichischer, ungarischer und deutscher Unternehmungen in Italien.

Italienische „schwarze Listen".

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Lugano, 11. August.

„Gazzetta Ufficiale" veröffentlicht ein Dekret des königlichen Statthalters, dessen erster Artikel lautet:

Die im Königreich bestehenden Handelsgeschäfte, welche von Untertanen der Italien feindlichen oder mit diesen verbündeten Staaten betrieben werden und in denen sie vorherrschende Interessen haben, sind der Beaufsichtigung der Regierung und nötigenfalls der Beschlagnahme und der Liquidation unterworfen.

Die folgenden Artikel enthalten Ausführungsbestimmungen. Die Präfekten werden zur Ernennung der Aufsichtspersonen ermächtigt, welche ihrerseits die Fortführung unter ihrer Aufsicht oder die Liquidation der Geschäfte verfügen können. Der Reingewinn der Geschäfte ist in der Cassa dei Depositi e Prestiti zu deponieren. Die auswärtigen Versicherungsgesellschaften werden zum Teil abweichenden besonderen Bestimmungen unterworfen, welche vom Handelsminister erlassen werden.

Durch ein zweites Dekret wird allen italienischen Staatsbürgern im In- und Auslande verboten, Handel zu treiben mit Personen und Körperschaften in feindlichen Ländern oder in Staaten, die mit den italienfeindlichen Ländern verbündet sind, sowie mit Untertanen dieser Staaten, wo immer sich dieselben befinden, und mit Personen und Körperschaften, welche auf Antrag des Handelsministers in besondere Listen eingetragen worden sind. Letzterer Bestimmung nach werden also die schwarzen Listen nach englischem Muster auch für Angehörige neutraler Staaten eingeführt.

Beide Dekrete enthalten Strafbestimmungen für Zuwiderhandelnde. „Corriere della Sera" begrüßt die Dekrete als gerechte Vergeltungsmaßregeln gegen einen Feind, dessen Kriegführung allen menschlichen Grundsätzen zuwiderlaufe, und erwarte, daß die Regierung bei der Ausführung der Dekrete keine Schwäche zeigen werde. Mit diesen Dekreten habe Italien gezeigt, daß es völlig auf dem Standpunkt der Beschlüsse der Pariser Konferenz stehe.

Die Zeit 12./VIII. 1916

Eine Wandlung.

Am letzten Samstag erschien eine Deputation von bayrischen Reichstags- und Landtagsmitgliedern, Professoren und Fabrikanten unter Führung des bekannten Hygienikers Professor Max v. Gruber vor dem König von Bayern, um ihm, wie es in dem amtlichen Communiqué hieß, ihre „Auffassung von der militärisch-politischen Lage" und ihre „von patriotischer Sorge getragenen Wünsche" darzulegen. Die Herren gehörten sowohl der liberalen als auch der Zentrumspartei an, waren aber durchweg sogenannte „Nationalisten", wie man jetzt die alldeutsch angehauchten Leute in den verschiedenen Parteien nennt. Es war ein Versuch, auf die äußere Politik des Reiches, mit der die Alldeutschen bekanntlich nicht zufrieden sind, Einfluß zu nehmen. Der Versuch war von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt. Politischer Einfluß setzt organisierte politische Macht voraus, und durch eine Audienz beim König kann man politische Macht weder gewinnen noch auch nur ausüben.

Aber das möchten die unzufriedenen Alldeutschen jetzt gern haben, und sie denken nach, auf welchem Wege man zu dem ersehnten Ziel gelangen könnte. Da ist nun nach langem Suchen einer ihrer denkenden Köpfe endlich auf das Richtige gekommen, obzwar es eigentlich das Nächstliegende gewesen wäre. Der bekannte alldeutsche Wortführer, der Berliner Geschichtsprofessor Dr. Dietrich Schäfer, gelangt in einer langen Abhandlung, von der wir unseren Lesern an anderer Stelle einen Auszug vorlegen, zu dem Schluß, daß die von ihm und seinen Gesinnungsgenossen angestrebte Kontrolle der äußeren Politik nur auf einem Wege zu gewinnen ist: nämlich durch die Einführung des parlamentarischen Regimes, das die Regierung durch die jeweilige Parlamentsmajorität bedeutet. Zu ähnlichen Schlüssen sind auch, wenngleich nicht in so präziser Form, Männer aus anderen Parteien in Deutschland während des Krieges gekommen, so der Zentrumsführer Prof. Spahn und der nationalliberale Abgeordnete Fuhrmann. Das parlamentarische Regime herrscht bekanntlich schon seit langer Zeit in England, Frankreich, Italien, wie Prof. Schäfer ausführt. Seit kurzer Zeit selbst in Rußland, fügt Prof. Schäfer hinzu. Er hätte auch zahlreiche andere Staaten nennen können, die meisten sogar. Nur in Deutschland herrscht das parlamentarische System nicht. Aber nicht nur das. In Deutschland galt bisher die parlamentarische Regierung bei allen Parteien, ohne Ausnahme, als eine verwerfliche Einrichtung fremder Staaten, der das deutsche System der Beamtenregierungen, das autoritäre System, weitaus überlegen sei.

Noch im Beginn des Krieges legte eben Prof. v. Gruber, der jetzt eine Zweifler-Deputation zum König von Bayern führte, gelegentlich einer von uns veranstalteten Rundfrage über die Gründe der Unbeliebtheit Deutschlands im Ausland in der „Zeit" in überaus temperamentvollen Worten dar, daß das politische System der unparlamentarischen Regierung Deutschlands einen der Vorzüge Deutschlands wie einen der Gegenstände des Neides des Auslandes bilde, das System der von Volksstimmungen und Strömungen unbeeinflußten Beamtenregierung. Und jetzt trachtet er selbst, allerdings mit einem ganz ungeeigneten Mittel, Volksstimmungen Einfluß auf die Regierung zu verschaffen, und einer seiner Gesinnungsgenossen, Prof. Schäfer, verfällt schließlich auf die Idee, man solle das parlamentarische Regierungssystem, wie es in anderen Staaten bestehe, auf Deutschland übertragen.

Das ist eine arge Ketzerei. Gerade die politisch mehr oder weniger konservativ gerichteten Parteien in Deutschland, unter denen die Frondeure am stärksten vertreten sind, haben, im Gegensatz zum demokratischen Ausland, das Prinzip des konservativen Staatsrechtslehrers Stahl: „Nicht Majorität, sondern Autorität", bisher am allerenergischesten vertreten. Und jetzt plötzlich dieser Bruch, dieser Zweifel an der Autorität und die Flucht zur Majorität. Es hat den Prof. Schäfer in der heutigen Lage, da wir uns gerade mit den paradigmatischen Ländern des parlamentarischen Systems, England, Frankreich, im Kriege befinden, gewiß schwere innere Ueberwindung gekostet, sich öffentlich zu ihrem politischen System zu bekennen. Um so bemerkenswerter ist dieses Bekenntnis, das die erste positive Frucht eines bisher endlos fortgeführten unfruchtbaren Gezänkes über die Politik des Reichskanzlers ist, und man wird mit Spannung weiter beobachten müssen, ob sich hier eine dauernde Wandlung der politischen Ideen des gebildeten Deutschland ankündigt, bei der der Krieg den Erzieher gebildet hätte.

Reichspost 12./VIII. 1916

Rumänien.

Inspizierungen des russischen Admirals Wissolkin auf rumänischem Territorium.

Bukarest, 11. August. (Privat.)

Der Bukarester „Steagul", das Hauptorgan der konservativen Partei Rumäniens, meldet: Admiral Wissolkin, der Kommandant der russischen Truppen in Reni, besuchte dieser Tage, wie wir erfahren, in Begleitung mehrerer russischer Offiziere die Stadt Galatz. In Galatz zirkuliert das Gerücht, der russische Admiral habe in Begleitung der russischen Offiziere auch den Marktflecken Oancea sowie einige Dörfer in der Umgebung von Galatz inspiziert. Die häufigen Besuche dieses russischen Admirals in Galatz und Umgebung sind so sehr in die Augen springend, daß die Regierung Bratianu der auffallenden Liebe dieser ungebetenen russischen Gäste mehr Aufmerksamkeit schenken sollte.

Arbeiterzeitung
12./VIII.1916

Eine Kundgebung der deutschen Sozialdemokratie.

Berlin, 11. August. Der heutige „Vorwärts" bringt an der Spitze einen Aufruf der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in der es heißt:

Parteigenossen! Zwei unheilvolle Jahre liegen hinter uns. Noch immer jagt die schreckliche Kriegsfurie erbarmungslos mordend und sengend durch die Lande. Millionen blühender Menschenleben sind vernichtet, viele Hoffnungen und unermeßliche Kulturgüter zerstört worden. Nur das Bewußtsein, einen Verteidigungskrieg zu führen, der Deutschland von den gegnerischen Mächten aufgezwungen wurde, löst bei unseren Brüdern im Waffenrock die heldenmütige Hingabe und zähe Tapferkeit aus, mit denen wir dem Ansturm der feindlichen Massenheere standhalten. Nur für die Sicherheit des Landes, für seine politische Selbständigkeit und wirtschaftliche Lebensfähigkeit kämpft und leidet das deutsche Volk, nicht aber zur Verwirklichung irgend welcher Eroberungspläne. Der Reichskanzler hat mehrmals erklärt, daß er zu Friedensverhandlungen bereit sei. Leider haben die gegnerischen Regierungen eine Erklärung, daß auch sie zu Verhandlungen bereit sind, bisher nicht abgegeben, weil sie, wie die blutigen Offensiven an allen Fronten beweisen, immer noch hoffen, Deutschland und seine Verbündeten militärisch niederringen zu können. Sie stützen sich dabei auf einen unerschütterlichen Glauben an die größere Volkszahl und die Hilfsquellen der Vierverbandsländer.

Der Friedenswille, der bei den Völkern der gegnerischen Länder ebenso stark ist wie in Deutschland, wird zweifellos geschwächt und zurückgedrängt, wenn gleich den Eroberungspolitikern in den Vierverbandsländern auch in Deutschland einflußreiche Kreise Kriegsziele aufstellen und Eroberungspläne propagieren, die die Völker jener Länder zum zähesten Widerstand aufstacheln müssen. Es ist deshalb an der Zeit, daß das deutsche Volk frei und unbeschränkt zu diesen Eroberungsplänen Stellung nimmt, deren Verwirklichung den Keim zu neuen Kriegen legen würde und die nur zu sehr geeignet sind, den Krieg zu verlängern. Nachdem am 1. August in zahlreichen deutschen Städten Versammlungen des Nationalausschusses zur Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens stattgefunden haben, in denen von den meisten Rednern die Kriegsziele vielfach in annexionistischem Sinne erörtert wurden, ist es eine unabweisbare Pflicht der Regierung, die Erörterung der Kriegsziele allgemein freizugeben. Wir haben deshalb in einer Eingabe an den Reichskanzler die Freigabe der Kriegszielerörterung neuerdings dringend gefordert. Die Parteiorganisationen im Reiche fordern wir auf, demnächst öffentliche Versammlungen zu veranstalten, in denen zu den Kriegs- und Friedenszielen Stellung genommen werden soll. Auch ersuchen wir, Vorbereitungen für die Unterzeichnung einer Petition zu treffen, in der ein Friede verlangt wird, der die Freundschaft mit den Nachbarn ermöglicht und unserem Lande die territoriale Unversehrtheit, Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit gewährleistet.

Arbeiterzeitung 12./VIII. 1916

Die „drei Deutschen".

Berlin, 10. August.

Die Treibereien gegen den Kanzler gehen ruhig weiter. Es wird weiter mit dem von Bethmann so scharf gekennzeichneten Mittel der anonymen Schriften gearbeitet. Zunächst wird die vom Reichskanzler im Reichstag zitierte Denkschrift des ehemaligen Generallandschaftsdirektors Wolfgang Kapp: „Die nationalen Kreise und der Reichskanzler" herumgesendet, und zwar, wie wir schon erwähnten, mit einer von „Drei Deutschen" unterzeichneten Einleitung, in der gesagt wird, der Kanzler habe einen aus dem Zusammenhang gerissenen Satz des Generallandschaftsdirektors Kapp falsch ausgelegt und sie, die „drei Deutschen", wollten, daß das deutsche Volk in die Lage komme, sich von dem Inhalt der Ausführungen Kapps ein richtiges Bild zu machen. Aber mit der Versendung der Kappschen Schrift begnügen sich die „drei Deutschen" nicht. Die mutigen Männer, die ihre wertvollen Namen dem deutschen Volke leider vorenthalten, haben noch eine andere uns soeben zugegangene Schrift herumgesendet, die den Titel: „Die deutsche Reichspolitik seit dem 19. Juli 1909" führt. Für den Geist dieser Schrift sind folgende Ausführungen bezeichnend, die sich im Schlußabschnitt, der die Ueberschrift „Ceterum censeo" (im übrigen meine ich) trägt, befinden:

Was hier zunächst das Gebiet der inneren Politik betrifft, so haben die Schatten, welche die versprochene „Neuorientierung" schon während des Krieges vorausgeworfen hat, wohl für alle vaterländisch gesinnten Kreise die letzten Zweifel an der Aussicht behoben, daß sich uns die Schleusen einer ochlokratischen Hochflut (Pöbelherrschaft!) öffnen werden, die — unter allerschwersten inneren Kämpfen — die Grundlagen des preußischen Staates ebenso unterspülen muß, wie sie die Fundamente erschüttern wird, auf denen die einzelnen Throne und der Kaiserstuhl ruhen. Das ist, wenn Herr v. Bethmann am Ruder bleibt, so sicher wie das Amen in der Kirche. Freilich braucht eine solche Entwicklung sich bis zu ihren letzten Folgen nicht innerhalb eines Jahres zu vollziehen, ja diese Folgen werden vielleicht von Herrn v. Bethmann Hollweg selber gar nicht einmal mehr erlebt werden —, ausbleiben werden jedoch die Wirkungen der Ursachen keinesfalls, die er zu schaffen entschlossen und die er nach seiner ganzen Vergangenheit und Natur zu schaffen auch gezwungen ist. Aehnlich aber wie diese ochlokratische Hochflut die staatspolitischen Grundlagen des Reiches zernagen wird, wird sie auch die wirtschaftspolitischen Pfeiler zertrümmern, die bisher den Wohlstand des Reiches und des Volkes trugen. Schon jetzt, noch mitten im Kriege, hat der Sturmlauf wider den Schutzzoll begonnen und die Ueberbürdung der Industrie mit immer höheren Steuerlasten wird ein übriges tun, uns im wirtschaftlichen Wettbewerb der Völker mehr und mehr in die Hinterhand zu drängen. Das innere Leben des Volkes jedoch wird den durch die nationale Erhebung des Krieges zeitweilig unterbrochenen Niedergang unbeirrt fortsetzen; denn schon während des Feldzuges haben wir ja gesehen, wie sich der Gönnerschaft Herrn v. Bethmann Hollwegs in immer stärkerem Maße gerade diejenigen „geistigen Führer" des Volkes erfreuen, die in Weltanschauung, Literatur, Schrifttum und Kunst die Keime der Fäulnis in seine Seele gesenkt haben. Ist es nötig, die Folgen auszumalen? Sie dürften mit Händen zu greifen sein, wenn man die Entwicklung der letzten Jahre vor Kriegsausbruch in gerader Richtung verlängert.

Es wird dann noch weiter gesagt, daß der deutsch-englische Verständigungstraum noch nicht ausgeträumt sei; wenn es nach dem Reichskanzler ginge, würde es einen den Westmächten glimpflichen Frieden auf der Grundlage der Freiheit der Meere geben. Ein neuer Krieg werde diesem Kriege folgen, so sicher wie dem ersten Punischen Krieg der zweite gefolgt sei, und leider stehe bei langer Kanzlerschaft Bethmann Hollwegs zu befürchten, daß bis dahin zum mindesten die deutsche Flotte auf dem Altar der deutsch-englischen Freundschaft geopfert sein werde. Es wird dann weiter gefragt: Sollten sich unter den Führern der Industrie und Landwirtschaft und der Blüte des Beamtentums, kurz unter denen, die Pflicht und Recht hätten, Führer unseres öffentlichen Lebens zu sein, nicht diejenigen Männer finden, die offen zur Kenntnis des kaiserlichen Herrn brächten, was alle Unabhängigen von der Geschäftsführung des deutschen Kanzlers halten? Es gehe heute aufs ganze für unser Volk, für das Reich, aber letzten Endes auch für die Krone. Männer, so schließt die Schrift, haben das Wort, sollten es haben.

Es macht einen geradezu kläglichen Eindruck, wenn hier Leute, die nicht einmal den Mut haben, mit ihrem Namen hervorzutreten, das Maul darüber voll nehmen, wie notwendig es doch sei, daß sich mutige Männer finden, um dem Kaiser zu erzählen, was Bethmann Hollweg für ein erbärmlicher Wicht ist. Wenn wirklich das deutsche Volk durch den Kanzler so gefährdet ist, daß alles getan werden muß, um ihn zu beseitigen, dann müßten die Leute doch auch so viel Tapferkeit besitzen, um mit dem Gewicht ihres Namens für ihre Forderung einzutreten, oder sind unsere „drei Deutschen" so unbedeutende Persönlichkeiten, daß sie sich genieren, zu sagen, wer sie sind?

Aus den Ausführungen der neuesten anonymen Schrift gegen den Reichskanzler ergibt sich übrigens wieder von neuem deutlich, daß der Haß gegen den Kanzler durchaus nicht nur darauf zurückzuführen ist, daß er nicht auf die verstiegenen Kriegsziele der Annexionsscharfmacher schwört. Gewissen Leuten scheinen alle Glieder zu zittern bei dem Gedanken, daß in Deutschland nach dem Kriege nicht mehr ganz so im junkerlich-agrarischen Sinne regiert werden könne als früher. Und da Bethmann Hollweg nicht der starke Mann ist, der es fertigbrächte, ein Volk, das so viele schwere Opfer gebracht hat wie das deutsche, nach dem Kriege nach dem Rezept der Junker und Scharfmacher zu bütteln, läßt man alle Minen gegen ihn springen, um dem Manne ein Bein zu stellen.

Reichspost Abendbl 135 U 12
12./III. 1916

* **Die offizielle Berichterstattung über die ungarischen Reichstagsverhandlungen** wird durch eine Erklärung des Abg. Graf Michael Karolyi in eine eigenartige Beleuchtung gerückt. Im Bericht über dessen letzte Rede war behauptet worden, Graf Karolyi habe gesagt, er wolle der in einzelnen ausländischen Organen verbreiteten Auffassung entgegentreten, als ob er ein Anhänger des Friedens um jeden Preis und eines Sonderfriedens mit Rußland wäre, und als ob dies einer der Gründe der Spaltung der Unabhängigkeitspartei gewesen wäre." Nun protestierte gestern Graf Karolyi in der Sitzung seiner Partei gegen eine solche Berichterstattung; er habe ihm in den Mund gelegte Aeußerungen nicht gemacht und sich absichtlich über die Friedensfrage jeder Aeußerung enthalten. Wenn das wahr ist, dann steht die ungarische Parlamentsberichterstattung schön da.

Reichspost Abend 12./VIII. 1916 136

Die Kriegsziele der Bierbank.

Aus Berlin schreibt man uns:

Im Deutschen Reich droht ein Bierbankkrieg aller gegen alle über die Kriegsziele auszubrechen. Seit die früher untersagte Erörterung über die Kriegsziele so gut wie freigegeben ist, beginnen alle Schattierungen und Gruppen zwischen jenen, die auf der Karte Europas die phantastischesten Verwüstungen anstellen möchten, und jenen, die, wie der radikale Flügel der Sozialdemokraten, weder Sieger noch Besiegte wollen und ihr eigenes Vaterland um allen Lohn für die ungeheuren Opfer prellen möchten, für ihre eigenen Ziele eine lebhafte Propaganda. Bezeichnend ist der Umstand, daß nicht nur bereits eine ganze Anzahl von Ausschüssen besteht, die gegeneinander arbeiten, sondern daß auch der Wedelsche Nationalausschuß, der unter sichtlicher Förderung von oben mit der Stimmungmache begonnen hat, in den von ihm abgehaltenen Versammlungen recht widersprechende Friedenspläne vorgebracht hat. Fast gewinnt es den Anschein, als hätte die Regierung, als sie der Erörterung freien Lauf ließ, lediglich die Forderung ad absurdum führen wollen, daß man die Festsetzung der Friedensbedingungen der „öffentlichen Meinung" und dem „Volke" anvertrauensolle, da nach bekannter Auffassung die Staatsmänner mit ihrer Geheimtuerei von dem Geschäfte ja nichts verstünden. Nun ist aber doch der vorläufige Eindruck der, daß man besser täte, die Schleussen der Beredsamkeit wieder zu schließen, sonst könnte in der Tat das Vaterland noch die Fensterscheiben bezahlen müssen, die jetzt von den verschiedenen „öffentlichen Meinungen" eifrig eingeschlagen werden. Auch der sozialdemokratische Parteivorstand ist bereits in die öffentliche Erörterung eingetreten, fordert die völlige Freigabe der Diskussion und tritt gegen alle Eroberungsziele auf — worunter übrigens in der Partei selber starke Meinungsverschiedenheiten bestehen, denn Wortführer der Sozialdemokraten haben sich sogar dem Wedelschen Nationalausschuß angeschlossen. Der Parteivorstand verlangt vom künftigen Frieden, daß er „die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermögliche und dem Reiche die territoriale Unversehrtheit, Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit gewährleiste". Das ist nicht nur schön, sondern auch recht vieldeutig. — Aber wäre es nicht überhaupt klüger, derzeit die vielen müßigen geistigen Kräfte für fruchtbarere Dinge zu verwenden? Denn daß man durch Ueberflutung Deutschlands mit Meinungsverschiedenheiten dem Vaterlande oder auch nur dem Frieden nütze, wird wohl kein Mensch im Ernste annehmen.

Die Zeit 12/VIII. 1916 Abendbl. 138

Die Wirtschaftslage der Schweiz.

Eine Verständigung mit Deutschland?

KB Bern, 12. August.

Die ententefreundliche Berner Tagwacht schreibt zur französischen Note:

Gibt die Entente nicht nach, so wird nichts anderes übrig bleiben, als mit Deutschland eine Verständigung zu suchen, die den Austauschhandel, insbesondere den Kompensationsdienst, auf einen anderen Boden stellt.

Ohne eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Schweiz wird es dabei kaum abgehen, aber diese Lösung ist noch immer besser als Krieg.

Tägliche Rundschau
12./VIII. 1916

Zusammentritt des portugiesischen Kongresses.

London, 9. August. „Daily News" meldet aus Lissabon vom 7. August: Der Kongreß trat heute zusammen, und die beiden Minister, die von London zurückgekehrt sind, berichteten über ihre Reise. Dr. Affonso Costa erklärte, daß die englische Regierung alle bisherigen Anleihen übernommen habe. Der Gesamtbetrag werde England zwei Jahre nach Friedensschluß zurückerstattet. England wird ferner bei einer auswärtigen Angelegenheit seine Unterstützung leihen, soweit es irgend kann.

Der Minister des Auswärtigen Dr. Soares verlas eine Note des Foreign Office, worin Portugal zur Teilnahme an dem Kriege in Europa eingeladen wird, sobald es dazu in der Lage sei.

*

(Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.)

Genf, 10. August. Nach einer Meldung des „Matin" aus Lissabon gab der portugiesische Finanzminister in den Parlamentssitzungen einige Erklärungen über den Verlauf der von ihm mit der englischen Regierung geführten Verhandlungen ab. Das erste englische Anerbieten, alle in portugiesischen Häfen festgehaltenen deutschen und österreichischen Handelsschiffe an England abzutreten, habe er zurückgewiesen; dagegen sei eine Einigung dahin zustande gekommen, alle verfügbaren deutschen und österreichischen Schiffe einer englischen Reederei zu verpachten. Der Minister des Aeußern, Soares, fügte hinzu, daß der englisch-portugiesische Vertrag bezüglich der Teilnahme Portugals am europäischen Krieg am 16. Juli 1916 abgeschlossen wurde.

Bezugnehmend auf eine Lissaboner Meldung von der bevorstehenden Entsendung zweier portugiesischer Divisionen von 40 000 Mann zur Unterstützung der englisch-französischen Operationen an der Westfront berichten Pariser Blätter aus Madrid, daß der Ministerrat unter dem Vorsitze König Alfons zusammentrat und sich hauptsächlich mit den spanisch-portugiesischen Beziehungen beschäftigte. Es dürfte sich um eine Anfrage der portugiesischen Regierung über die Haltung des Nachbarlandes während der Operationen der einheimischen Streitkräfte außerhalb Portugals handeln.

Bern, 10. August. Der Präsident der portugiesischen Republik hat dem „Pariser Journal" in einer Depesche für seine Sympathiebezeugung gegenüber der Republik gedankt und hinzugefügt:

Von den ersten, so beunruhigenden Stunden des Krieges an haben wir unsere Soldaten in Uebereinstimmung mit unserem unzertrennlichen Verbündeten England in den Feldzug nach Afrika gesandt. Nach der Abstimmung im Parlament werden wir uns ebenfalls auf dem europäischen Kriegsschauplatz schlagen. Wir sind stolz darauf, Ihnen in die ruhmreichen Schlachten zu folgen, nach dem, was Frankreich in zwei Jahren grausamer Prüfungen geleistet hat. Sein Name ist der Gegenstand einer wahren Begeisterung in den Herzen der Portugiesen.

Die Art, wie sich die Portugiesen von den Engländern in einen Krieg schleppen lassen, der sie gar nichts angeht, beweist, daß sie auf der Stufe der schwarzen Hilfstruppen Englands angelangt sind.

Tägliche Rundschau
12./VIII. 1916

140

Englische Friedensbedingungen.

Eine neue Liste der Bedingungen, die Deutschland nach seiner Besiegung auferlegt werden sollen, stellt ein militärischer Mitarbeiter der „Morning Post" in der Nummer vom 4. August auf. Die wichtigsten Punkte sind die folgenden:

1) Selbstverständlich, daß die Verbandsmächte darauf bestehen, daß Deutschland den Hauptbestandteil seines Kriegsmaterials ausliefert oder daß dieses zerstört wird. Begönnen die Verhandlungen jetzt, so müsse man fordern: 4000 Geschütze, 10 000 Maschinengewehre, 3 Millionen Mausergewehre, 3000 Flugzeuge und zwanzig Zeppeline.

2) Die deutschen Kolonien müssen natürlich zwischen den kriegführenden Nationen, die sie erobert haben, geteilt werden. Denn es ist sehr wichtig, sie Deutschland wegzunehmen und Deutschland ihrer Häfen zu berauben. Das wird eine Sache sein, die in erster Linie uns und Frankreich angeht, aber auch Japan, Belgien und Portugal müssen berücksichtigt werden, und das würde keine Schwierigkeiten bieten. Für uns ist die Seeherrschaft eine Lebensbedingung, und das macht unsere Lage absolut klar.

3) Unter Außerachtlassung der internationalen Gesetze hat der Feind eine große Zahl von Handelsschiffen versenkt, und es ist deshalb eine conditio sine qua non, daß Deutschland uns und ebenso unseren Bundesgenossen (soweit sie in Frage kommen) die gleiche Tonnenzahl zur Verfügung stellt, die es zerstört hat. Bis diese Forderung erfüllt ist, müssen unsere Kriegsschiffe das Recht haben, jedes deutsche Schiff, welches sie außerhalb deutscher oder innerhalb neutraler Gewässer antreffen, wegzunehmen. Es wäre vielleicht sehr gut, wenn unsere Regierung diesen ihren Standpunkt in der Angelegenheit jetzt schon ankündigen würde, um dem Feinde zu zeigen, daß seine weiteren U-Boot-Angriffe gleichbedeutend mit einem Versenken seiner eigenen Schiffe wäre.

4) Was die deutsche Marine anbetrifft, so müssen wir in Gemeinschaft mit unseren Bundesgenossen auf Herausgabe sämtlicher Schlachtschiffe und einer gewissen Anzahl von U-Booten bestehen. Es wäre vielleicht besser, sie alle zu versenken, als sie in Besitz zu nehmen.

5) Um eine Garantie für die Erfüllung der Friedensbedingungen zu haben — auch was Kriegsentschädigung an Belgien und die Uebergabe des Kriegsmaterials anbetrifft —, so müssen wir eine Okkupation von Helgoland, Sylt und Borkum während dieser Zeit fordern.

7) Belgien muß natürlich vollständig wiederhergestellt werden, ebenso muß eine angemessene Kriegsentschädigung gezahlt werden.

8) An Frankreich muß Elsaß-Lothringen zurückfallen und eine Berichtigung der alten Grenze zwischen Rhein und Mosel vorgenommen werden, die eine größere Sicherheit bietet.

9) Die Frage der Kriegsentschädigung ist sehr schwer. Nicht deshalb, weil Frankreich Anspruch auf eine große Entschädigung hätte, sondern weil es sehr schwer sein würde, aus einem verarmten Deutschland in absehbarer Zeit soviel Geld zu ziehen.

10) Italien muß von Oesterreich-Ungarn den Trentino, Istrien und die Teile von Dalmatien erhalten, die nicht an Serbien und Montenegro fallen. Die italienische Regierung müßte aber vielleicht Fiume Oesterreich belassen. Diese Konzession müßten die Verbandsmächte deshalb machen, damit Oesterreich wenigstens einen Hafen an der Adria hätte. Sie bekämen aber dafür die österreichisch-ungarische Flotte, die unter ihnen zu verteilen wäre.

11) Rußlands Forderungen im Hinblick auf Polen scheinen noch nicht formuliert zu sein. Sollte der Zar Thorn, Posen und die anderen jetzt in Preußen gelegenen polnischen Distrikte dem russischen Polen einverleiben wollen, so wäre das nur im Interesse der Verbandsmächte, da es Preußen schwächen würde.

12) Ohne Zweifel wird Rußland sowohl Galizien als die Bukowina haben wollen, wenn nicht Rumänien durch eine Teilnahme am Kriege auf seiten des Verbandes einen Anspruch auf Teile der letzteren Provinz sich noch verdient hat.

In bezug auf Kompensationen blickt Rußland in erster Linie auf Konstantinopel, und das rollt die Balkanfrage und die Frage der Balkanstaaten auf, welche töricht genug waren, den Mittelmächten die Hand zu reichen — die Türkei und Bulgarien.

13) Die Nord- und Westgrenzen Serbiens festzulegen, ist leichter, als über die südlichen Teile des Königreichs zu bestimmen. Bosnien, die Herzegowina, Landschaften um Semlin, Dalmatien einschließlich eines oder zweier guter Häfen müßten einen Teil von Groß-Serbien bilden.

14) Betreffs Mazedonien ist die Frage schwer zu lösen, weil seine Bevölkerung mehr bulgarisch als serbisch ist. Und was soll man mit Bulgarien machen? König Ferdinand muß natürlich gehen. Es wäre aber gut, die Balkanfrage in Güte zu lösen, und das könnte eigentlich nicht gut gemacht werden, ohne Mazedonien und einen großen Teil von Türkisch-Thrazien einem augenblicklich feindlichen Staate zu geben. Man könnte aber Bulgarien eine größere Ausdehnung geben, ihm aber zugleich alle seine Ausrüstung fortnehmen und ihm auferlegen, an Serbien eine große Kriegsentschädigung zu zahlen.

15) Wenn Bulgarien so bis zur Linie Enos—Midia reicht, müßte die europäische Seite des Bosporus, die Küsten des Marmara-Meeres mit der Gallipoli-Halbinsel an Rußland fallen. So hätte dann das ottomanische Reich in Europa aufgehört. Rußland will aber ohne Zweifel auch die asiatische Seite des Bosporus haben und will seine Eroberungen in Armenien behalten. Aber es scheint kaum im Interesse des Verbandes zu liegen, daß das ottomanische Reich gänzlich aufgelöst wird. Anatolien ist ganz türkisch und sollte ein unabhängiger ottomanischer Staat werden. Mesopotamien unterhalb des Zusammenflusses des Euphrat und Tigris müßte an England fallen. In bezug auf Syrien, Mesopotamien, Kurdistan und Armenien müßten Interessensphären geschaffen werden, die wenigstens nominell unter der Herrschaft der Nachkömmlinge Ottomans bleiben könnten. Alle Konzessionen an Deutsche in der Türkei und in Asien müßten durch den Friedensvertrag beseitigt werden; es müßte der deutschen Regierung überlassen werden, ihre Untertanen zu entschädigen.

Pester Lloyd
12. Dez. 1916

Eine Erklärung des Grafen Michael Károlyi.

In der heutigen Konferenz seiner Partei ergriff Graf Michael Károlyi das Wort, um gegen die Art und Weise zu protestieren, wie vom hiesigen Korrespondenzbureau seine jüngste Parlamentsrede nach Wien weitergegeben worden ist. Graf Károlyi behauptet, in dem nach Wien gesandten Auszuge seien seine Ausführungen entstellt wiedergegeben und es seien ihm Aeußerungen in den Mund gelegt, die er absolut nicht getan habe.

„Ich muß," sagte Graf Károlyi, „mich gegen das verwahren, was meinen Ausführungen willkührlich hinzugefügt wurde. Es beziehen sich diese Worte auf den Friedensschluß um jeden Preis und auf die Frage eines Sonderfriedens. Vorsätzlich habe ich in meiner Rede diese Momente gemieden, denn ich war der Ansicht, daß es ein Fehler gewesen wäre, wenn ich in diesen heiklen Fragen in welcher Richtung immer eine Aeußerung getan hätte. Mit der größten Vorsicht und mit möglichstem Takt war ich bestrebt, ein konkretes Eingehen auf das Friedensthema zu vermeiden. (Zustimmung.) Daß mir aber jetzt Worte imputiert werden, die ich nicht gesagt habe und die ich auch gar nicht sagen konnte, das ist es, wogegen ich in entschiedenster Weise Einsprache erhebe, und ich fordere, daß dieser Irrtum — ich will annehmen, daß es bloß ein Irrtum ist — dort gutgemacht wird, wo er begangen worden ist. (Zustimmung.) Wenn ein Politiker in so schwierigen Zeiten sich äußert, so erwägt er genau seine Worte, und es ist nicht angängig, diesen Worten etwas hinzuzufügen, noch etwas von ihnen wegzunehmen. Ich erwarte, daß in dieser Sache eine Reparation stattfinden wird."

Die Parteikonferenz nahm die Erklärung ihres Präsidenten zustimmend auf.

Es wurden sodann in der Konferenz die laufenden Angelegenheiten erledigt.

Vossische Zeitung 12/VIII. 1916.

Rumänien im Weltkriege.

Von unserem Sonderberichterstatter.

* **Lugano**, 8. August.

Unter dem Titel „Rumania docet" schreibt der bekannte Militärschriftsteller Hauptmann Ranzi im „Resto del Carlino" vom 4. August: Man schelte in Italien auf die „niedrige Berechnung und rätselhafte Haltung" der „rumänischen Spione". Man täte besser, von Rumänien zu lernen. Bratianus Politik sei mustergültig. Das rumänische Problem ist: in ein furchtbares Spiel großer Weltinteressen das eigene, im Verhältnis kleine nationale Interesse derart einzufügen, daß die Sicherheit und die Wahrscheinlichkeit des glücklichen Ausganges die größten werden. Es ist das Problem des tönernen Topfes, der sich mit eisernen Töpfen auf die Reise begibt. Seit Kriegsbeginn verkündet die Vierverbandspresse in „monotoner Hirnlosigkeit", daß Rumänien in den nächsten Tagen an der Seite des Verbandes in den Krieg eintreten werde. Aber die Bedingungen hierfür seien bisher nie gegeben gewesen. (Diese Bedingungen, die nun aufgezählt werden, hat die Zensur gestrichen). Jetzt, da ihre Erfüllung nahe sei, schicke sich Bratianu zum Handeln an, oder — fügt Ranzi, selbst ein wenig in jene Monotonie verfallend, hinzu, — müsse es doch tun, falls er nicht blind sei.

Nun schildert Ranzi Rumäniens Verhalten im Weltkrieg. Am 3. August 1914 habe in Rumänien ein Kronrat stattgefunden; der König Karol sei für sofortiges Eintreten an der Seite der Zentralmächte gewesen, aber alle Anwesenden mit Ausnahme P. Carps hätten dagegen gestimmt und den casus foederis nicht für gegeben gehalten. Es sei nun sehr klug von Bratianu gewesen, daß er, um sich in keiner Weise zu binden, nicht die Neutralität, sondern die „unparteiische Haltung" Rumäniens verkündet hätte, während er gleichzeitig die nötigen Maßnahmen zur Verteidigung der Grenzen traf. Hierauf habe er einen Bund gleich interessierter kleinerer Staaten zustande zu bringen versucht, an deren Spitze sich Italien stellen sollte, das stark genug zu ihrer Führung, aber zu schwach zu einer ersten Rolle im Weltdrama war. Leider habe Italien abgelehnt. Als Beweis führt Ranzi ein im Mai 1915 (im Text steht 1914, es muß aber 15 heißen) in der Pariser „Information" erschienenes Interiew mit dem rumänischen Minister des Aeußeren Prorumbaro an, in dem es heißt, Rumänien habe eine Konferenz zum Zweck eines Bundes Italiens und der Balkanstaaten angeregt; der direkte Eintritt Italiens in den Weltkrieg habe aber diese Pläne zerstört.

Rumänien, fährt Ranzi fort, habe nun allein handeln müssen. Zum Dank habe es keinen Artikel VII in seinem Vertrag gehabt, der es zum Eingreifen ins Wespennetz hätte verleiten können. Rumänien fragte Oesterreich-Ungarn, was es für die Neutralität biete. Die österreichisch-ungarische Regierung habe ohne Zögern geantwortet: ein Stück vom Banat und der Bukowina (?) und rumänische Schulen in Siebenbürgen. „Zu wenig", antwortete (nach Ranzi) Rumänien, erklärte darum aber noch keineswegs Oesterreich den Krieg. Das sei nicht vornehm, aber klug gewesen. Ranzi bedauert, dem guten Boselli Unrecht geben zu müssen. Die „Weisheit Sonninos" sei zwar allgemein gepriesen worden, aber niemand wisse die Gründe für solches Lob anzugeben. Statt sich auf Artikel VII zu berufen, hätte Italien sagen müssen: „Wenn ihr einen so ungeheuren Krieg entfesselt, gibt es keine Verträge und geschriebenen Gesetze mehr, die ein Volk verhalten können, an einer Neuordnung Europas für vielleicht mehr als ein Jahrhundert teilzunehmen." Bratianus Schaukelspiel gegenüber den verschiedenen Strömungen sei ein politisches Meisterstück gewesen. (Von dem Schluß des Ranzischen Artikels sind die 80 wesentlichsten Zeilen gestrichen.) —

In einem früheren Artikel hatte sich Hauptmann Ranzi in demselben Blatte über die Frage der Zweckmäßigkeit einer Kriegserklärung Italiens an Deutschland verbreitet und dabei zunächst die damit im Zusammenhange stehenden französischen Bewegungen ins Auge gefaßt. Er erzählt, er habe in Paris eine Denkschrift gelesen, in der es wörtlich hieß: „Wir werden Italien nach dem Kriege noch nötiger brauchen als während des Krieges: sowohl bei den Friedensverhandlungen, als auch später als Gegengewicht gegenüber dem deutsch-österreichischen Block." Es gebe aber auch eine andere Strömung, die Verbindungen mit dem französischen Ministerium des Auswärtigen und dem Elysée habe. Die Vertreter dieser Anschauung sagen, Triest dürfe nicht an Italien fallen, und in Kleinasien müsse man den italienischen Handel und Einfluß bekämpfen. Die Pichon, Doumer, Lachaire, Barthou und andere „Förderer" der französisch-italienischen Freundschaft seien unzuverlässig. Dieser Auffassung gegenüber sei in jener Denkschrift gesagt worden: „Eine solche Politik muß Italien ganz von selbst wieder Deutschland in die Arme treiben." Das gleiche habe Ranzi selbst in einem offenen Brief an Briand auseinandergesetzt, dessen Veröffentlichung die italienische Zensur leider verboten habe. Darauf habe er den Brief an den französischen Unterstaatssekretär (Munitionsminister) Thomas gesandt, der ihm recht gegeben habe.

In einem folgenden Artikel wollte Ranzi ausführen, welches Interesse Deutschland an einem freundlich gesinnten Italien habe, auch wenn Italien im Vierverbande verbleibe, und wie die politische Haltung Italiens in dem zukünftigen Europa überhaupt beschaffen sein müsse. Dieser Artikel ist bis zum 7. d. M. nicht erschienen; ob er von der italienischen Zensur verboten wurde, oder ob ihn die Redaktion des Blattes zurückhält, läßt sich natürlich nicht sagen.

* **Budapest**, 11. August.

In einem Bukarester Telegramm wird gesagt: Die Regierung befaßte sich im letzten Ministerrat mit der Lage Rumäniens und mit der Frage einer neuerlichen Neutralitäts-Erklärung. Die Regierung weigert sich, eine solche Erklärung abzugeben. Der Ministerrat war der Meinung, daß Rumänien auch weiterhin einen abwartenden Standpunkt einnehmen müsse.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl 12./VIII. 1916

Die Haltung Rumäniens.

Unter der Ueberschrift: „In ernster Stunde" richtet das „Bukarester Tagblatt" ein Mahnwort an die rumänische Regierung und führt unter anderm aus:

In diesen Augenblicken, wo so viel von einer entscheidenden Wendung in der Haltung Rumäniens gesprochen wird, kann nicht genug die Lage der „kleinen Nationen" den Großmächten gegenüber beleuchtet werden. Kleine Nationen verdienen aber bloß insolange Schutz und Schonung, solange sie ihre eigene Politik machen und nicht das Werkzeug in der Hand der großen sind. Diesen Grundsatz haben die Zentralmächte stets hochgehalten. Weder die österreichisch-ungarische Monarchie noch Deutschland haben jemals die Rolle des englischen Walfisches gespielt, der mit Vorliebe seinen Rachen für kleine Fische öffnet. Die größte Gewissenlosigkeit der Entente wurde eben an den kleinen Nationen ausgeübt. Eines der vielen Beispiele ist Griechenland. Auch Italien, das nur durch die Unterstützung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns als Großmacht gegolten hat, mußte nicht nur seine Lebensinteressen, sondern auch seine Ehre opfern, indem es den Bestechungen und nachher den Erpressungen der Entente nachgab. Ein Opfer nach dem andern ist zur englischen Schlachtbank gebracht worden, und nun wirft die Entente ihre Netze nach neuen Opfern aus, in erster Reihe nach Rumänien. Das rumänische Volk soll in den Wahn hineingehetzt werden, daß ihm die großartigste Zukunft an der Seite der Unterdrücker und Ausbeuter der kleinen Nationen winkt. Wahrlich, mit den allerdümmsten Kälbern, welche selbst den Kopf unter das Schlächtermesser stecken, braucht man kein besonderes Mitleid zu haben, aber tragisch ist das Los der kleinen Nationen in diesem Weltkrieg, welche das Opfer ihrer Blindheit geworden sind. Die englische und russische Fahne ist das Bahrtuch vieler kleiner Nationen.

Während Oesterreich-Ungarn der klassische Staat der Schonung der Völkerindividualitäten ist, hat sich die russische Staatsweisheit stets in der Vernichtung der Völkerindividualitäten erschöpft. Hätten die kleinen Nationen seit Beginn des Weltkrieges ihre eigene Politik verfolgt, so hätten sie ihren Platz von der ersten Minute an nur an der Seite der Zentralmächte suchen müssen. Vom Siege der Zentralmächte können alle Staaten des Balkans die Sicherung ihrer Existenz und ihrer Zukunft erwarten. Ein starkes Deutschland, ein starkes Oesterreich-Ungarn bedeutet einen starken Balkan, dessen Freiheit und Unabhängigkeit auf verläßlichen und unerschütterlichen Säulen ruht. Schafe, die sich den Wölfen gegenüber in der Weise verteidigen, daß sie, um mit ihnen liebedienerisch zu heulen, in ihr Lager übergehen, verdienen das Los, von ihren sogenannten Gönnern zerrissen zu werden!...

Neue Freie Presse
13./VIII. 1916

Androhung italienischer Repressalien.

Wegen Bestrafung von Hochverrätern in Oesterreich-Ungarn.

Wien, 12. August.

Die reichsitalienischen Zeitungen bringen die Nachricht, daß der österreichische Staatsbürger Damiano Chiesa, der im italienischen Heere gegen Oesterreich kämpfte und von österreichisch-ungarischen Truppen gefangen wurde, in Oesterreich wegen Hochverrats mit dem Tode bestraft worden ist. Die Zeitungen knüpfen daran die Bemerkung, daß die Verurteilung dieses Oesterreichers nicht zulässig gewesen sei, weil er italienische Uniform getragen hätte und daher wie die übrigen gefangenen Italiener als Kriegsgefangener und nicht als Verbrecher zu behandeln gewesen wäre. Aus diesem Grunde verlangen die italienischen Zeitungen, daß für jede Verurteilung eines in italienischer Uniform gefangenen österreichisch-ungarischen Staatsbürgers ein in Italien kriegsgefangener österreichisch-ungarischer Offizier oder Soldat mit dem Tode bestraft werde.

Die reichsitalienischen Zeitungen scheinen an einer vollkommenen Verwirrung der Rechtsbegriffe zu leiden. Es wird niemand bezweifeln können und es ist auch bisher noch nie bezweifelt worden, daß jeder Staat das Recht und die Pflicht hat, seine eigenen Staatsbürger — gleichgültig ob sie in Uniform oder Zivil gekleidet sind — dann zur Verantwortung zu ziehen, wenn sie an hochverräterischen Umtrieben gegen ihr Vaterland teilnehmen oder gar mit den Waffen in der Hand gegen den eigenen Staat kämpfen. Eine Gleichstellung dieser Hochverräter mit jenen österreichisch-ungarischen Soldaten, die ihre Eidespflicht erfüllen und gegen den Feind ihres Staates kämpfen, wird Italien wohl ernstlich nicht durchführen wollen. Sollte jedoch die italienische Regierung und Heeresleitung dennoch dem Wunsche der Zeitungen Italiens entsprechen und schuldlose österreichisch-ungarische Offiziere und Soldaten hinmorden, dann zweifeln wir nicht, daß die österreichisch-ungarische Regierung und Heeresverwaltung in der gleichen Weise gegen die in der Monarchie gefangenen Offiziere und Soldaten vorgehen werden.

Neue Freie Presse
13./VIII. 1916

Die Haltung Rumäniens.

Aeußerungen ungarischer Politiker.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Budapest, 12. August.

„Az Est" hat eine Rundfrage bei ungarischen Politikern über ihre Ansicht bezüglich der gegenwärtigen Haltung Rumäniens veranstaltet.

Der Präsident der Arbeitspartei Graf Khun-Hedervary sagte: Mit Rücksicht auf die berechnende Politik Rumäniens und den Umstand, daß die rumänischen Staatsmänner die internationale Lage stets sehr gut zum Vorteil ihres Landes auszunützen verstehen, einmal mit den Zentralmächten, das andere Mal mit den Ententestaaten, messe ich der heftigen Agitation der letzten Tage kaum größere Bedeutung bei. Nachdem aber niemand die Zukunft kennen kann, rechnen wir mit allen Eventualitäten, und wenn dort drüben die Verhetzung der Entente auch Erfolg haben sollte, so werden wir doch unseren Platz behaupten.

Albert v. Berzeviczy, der Präsident des Delegationsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, bemerkte: Die Haltung Rumäniens ist für alle Fälle eines der interessantesten Probleme der ganzen Kriegsepoche. Daß sich Rumänien bisher weder zur Haltung Italiens, noch zu jener Griechenlands hergegeben hat, beweist, daß es klüger und stärker ist als mancher andere Staat. Die Ereignisse besitzen jedoch eine solche dynamische Gewalt, daß, wie diese selbst unberechenbar sind, auch die Politik der Länder und Regierungen mehr oder weniger unberechenbar werden kann. Wir haben Grund, anzunehmen, daß unser südöstlicher Nachbar einer jeden Lockung und Gewalttat gegenüber bei seiner klugen und für ihn heilvollen Neutralität verharren werde, doch ist es unsere Pflicht, auch für das Gegenteil vorbereitet zu sein.

Graf Albert Apponyi, Präsident der Unabhängigkeitspartei: Zunächst kann ich es nicht glauben, daß Rumänien eine so selbstmörderische Politik befolgt, die es befolgen würde, wenn es sich an die Seite Rußlands stellte. Ich nenne diese Politik eine selbstmörderische. Denn ihre Folgen sind für Rumänien in gleicher Weise schädlich, ob es nun in diesem Abenteuer siegt oder besiegt wird. Im Falle des Sieges würde es die russische Macht ins Unermeßliche steigern, die früher oder später auch Rumänien zerschmettern würde, wenn es sich ohne Gegengewicht ausdehnen könnte. Daß die Besiegung mit schwerwiegenden Folgen verbunden wäre, braucht gar nicht erörtert zu werden. Wenn aber diese unglaubliche Verirrung, die ich, wie ich wiederhole, für ausgeschlossen erachte, doch erfolgen sollte, so würde dies zweifellos unsere militärische Lage schwieriger gestalten, anderseits aber die Selbstverteidigungsenergie der ungarischen Nation verdoppeln. Denn dann könnte es tatsächlich keinen Ungarn geben, der nicht fühlen würde, daß der Kampf um unsere Existenz geführt wird. Jene Müdigkeit, die der seit zwei Jahren andauernde Krieg naturgemäß auch in der öffentlichen Stimmung starker Nationen hervorgerufen hat, würde vor dieser neuerlichen und grelleren Beleuchtung der unmittelbaren Gefahr wie durch einem Zauberschlag verschwinden.

Graf Aladar Zichy, Präsident der Volkspartei: Ich finde es für sehr natürlich, daß in Rumänien die Nervosität immer größer wird. Denn dafür sorgt man ja drüben stets und mit künstlichen Mitteln. Trotzdem aber dürfen wir nicht daran zweifeln, daß die führenden Staatsmänner so wie bisher auch weiterhin bestrebt sein werden, ihr Land im eigenen, wohlerfaßten Interesse auch weiterhin auf dem Standpunkte der Neutralität zu erhalten.

Wenn wir uns trotzdem täuschen sollten und unsere Armeen auch in Rumänien aufmarschieren müßten, dann würde der Weltkrieg zu einem Moment gelangen, wo unsere Armee nicht nur für die Interessen der Monarchie und mittelbar für die Interessen Ungarns ins Feld zieht, sondern in erster Reihe die Verteidigung ungarischen Bodens die Aufgabe unseres Heeres sein würde. In diesem Falle kann auch ich wiederholen, was Graf Michael Karolyi gesagt hat, daß an der Grenze Siebenbürgens die rumänische Armee sich nicht einfachen Soldaten, sondern Tigern gegenüber befinden würde.

Kupferrequisition, Mitteilung machte und ihn ersuchte, das von der russischen Gesandtschaft im Lande angekaufte und auf dem Gute des Herrn Sabareanu im Distrikte Jalomitza abgelagerte Quantum Kupfer ausliefern zu lassen?

Der russische Gesandte, Herr Poklewsky-Koziell drohte mit Repressalien, falls die rumänische Regierung es wagen sollte, die 47 Waggons Kupfer zu requirieren!

Die russische Regierung würde sofort — so erklärte Herr Poklewsky-Koziell dem Leiter der Munitionsdirektion, Herrn Saligny — den Export von Pferden nach Rumänien verbieten, den Transit der für Rumänien bestimmten Waren verweigern und noch andere, viel energischere und empfindlichere Maßnahmen gegen Rumänien ergreifen, falls das bei Herrn Sabareanu im Auftrage der russischen Gesandtschaft abgelagerte Kupfer angerührt werden sollte!

Die 47 Waggons Kupfer befinden sich heute noch auf dem genannten Gute und niemand wagt sich an dieselben heran, weil es Herr Poklewsky-Koziell — dem rumänischen Requisitionsgesetze zum Trotz — nicht erlaubt! . . .

Ueber diesen geradezu unerhörten Eingriff eines fremden Gesandten in die konstitutionellen Rechte unserer Regierung — ein noch nie dagewesener Fall, dessen Richtigkeit verbürgt ist — so schließt der Bukarester „Steagul" seine Ausführungen, möchten wir die Ansicht unserer Russophilen hören!

Fremdenblatt
13./VIII. 1916

Vorstellungen gegen den Durchmarsch der Russen.

Bukarest, 12. August. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) „Dreptatea" meldet: Der russische Gesandte hat bei der rumänischen Regierung Schritte unternommen, um den Durchmarsch russischer Truppen zu erwirken.

Die Vertreter der Zentralmächte warnten den rumänischen Ministerpräsidenten, daß das Wiener und Berliner Kabinett sich gegenüber dieser Eventualität nicht damit begnügen können, daß die rumänische Regierung sich auf einen einfachen Protest beschränke, sondern fordern, daß die rumänische Regierung jede russische Invasion mit bewaffneter Macht zurückweise.

Fremdenblatt
13./VIII. 1916

Die Schweiz und die Entente.

Das Scheitern der Pariser Verhandlungen.

K. Berlin, 11. August. Zum Scheitern der Pariser Verhandlungen schreibt die „Thurgauer Zeitung": Bei dem deutschen Besitz, dessen Freigabe verlangt wird, handelt es sich zum guten Teil um ägyptische Baumwolle, deren Transit nach Deutschland durch die britische Konterbandeerklärung verhindert wurde, und keineswegs ausschließlich um Waren, die von deutschen Agenten aus schweizerischen Vorräten zusammengehamstert wurden. Formell gingen die Schweizer Forderungen einfach auf eine sinngemäße Erfüllung des Einfuhrtrustabkommens. Nicht um eine Verpflichtung der Schweiz gegenüber Deutschland handelt es sich, sondern um Verpflichtungen der Entente gegenüber der Schweiz.

Die Schweiz empfindet die Behandlung durch die Entente als große Unfreundlichkeit. Die Entente reiht

Willkür an Willkür,

um ihr Ziel, das unbesiegte Deutschland wirtschaftlich niederzuringen, zu erreichen. Die Unterbindung der Schweizer Zufuhr, die Nichterfüllung feierlich übernommener Verpflichtungen, die Entblößung unserer Industrie von unentbehrlichen Betriebsmitteln, das alles sind Willkürakte, die von neuem zeigen, daß die Entente die Interessen aller Unbeteiligten und

Unschuldigen ihrem Kriegszwecke zu opfern

bereit ist. In der Rolle einer Hüterin des Rechtes der Neutralen soll sie vor uns nicht mehr auftreten, wenn sie zur Vergewaltigung nicht noch den Hohn fügen will.

Auch das sei einmal hier gesagt, daß es

eitler Wahn

ist, wenn man sich in London und Paris etwa einbildet, durch eine solche Behandlung sich die Schweiz

auch militärisch dienstbar

zu machen. Man weiß in der Schweiz, wo der Urgrund unserer wirtschaftlichen Verlegenheiten liegt. Man ist hierzulande zu nüchtern und zu besonnen, um sich andern zuliebe in verhängnisvolle Abenteuer zu stürzen.

Die Zeit 13./VIII. 1916.

Die Versorgung der besetzten Gebiete.

Zwei Noten Greys an Amerika.

≈ Berlin, 12. August. (Priv.-Tel.)

Der Lokalanzeiger meldet aus dem Haag: Grey sagt in einer Note über die Antwort der deutschen Regierung in Sachen des Angebots der Entente zur Hilfeleistung für die Bevölkerung in den von den Deutschen besetzten Gebieten: „Die englische Regierung stellt fest, daß nach Meinung der deutschen Regierung, die man auch wohl als Wortführer Oesterreich-Ungarns betrachten kann, weitere Verhandlungen zwecklos sind. Unter diesen Umständen versteht die britische Regierung, daß sie in dieser Angelegenheit weiter nichts tun kann. Sie muß es daher der Regierung der Vereinigten Staaten überlassen, selbst die nötigen Schritte zu tun."

In einer anderen Note an den amerikanischen Botschafter sagt Grey: „Ich habe von der serbischen Regierung das dringende Ersuchen erhalten, dem amerikanischen Roten Kreuz 2000 Tonnen rumänisches Getreide für die Bevölkerung in Serbien zur Verfügung zu stellen. Ich habe dem englischen Gesandten in Bukarest den Auftrag gegeben, der amerikanischen Gesandtschaft mitzuteilen, daß die Zentralmächte über riesenhafte Mengen rumänischen Getreides verfügen, und es daher ihre Pflicht sei, für die serbische Bevölkerung zu sorgen.

Ich benütze diese Gelegenheit, um die Unsicherheit zu betonen, in die die Ententeregierungen fortgesetzt durch den Umstand kommen, daß sie niemals irgendwelche amtliche Mitteilungen von der deutschen und der österreichisch-ungarischen Regierung über deren Haltung empfangen. Die Mittelmächte beschränken sich nur auf Propagandamitteilungen in der Presse, daß kein Bedarf zur Einführung von Lebensmitteln besteht, und das zur selben Zeit, wo der englischen Regierung fortgesetzt ans Herz gelegt wird, daß eine solche Einfuhr nach Serbien und Polen absolut notwendig sei."

Die Zeit 13./VIII. 1916.

150 I

Politik hinter und vor den Kulissen.

Von H. v. Gerlach (Berlin).

Während in Rußland zu allen Zeiten die „illegale" Literatur einen integrierenden Bestandteil seines politischen Gefüges dargestellt hat, war sie in Deutschland seit den Zeiten des Sozialistengesetzes verschwunden. Damals allerdings, das heißt von Ende der siebziger bis Ende der achtziger Jahre, spielte sie bei uns eine gewaltige Rolle. Alle sozialdemokratischen Schriften waren eigentlich verboten. Aber so gut wie alle wurden auch unter der Hand vertrieben. Neben der amtlichen deutschen Reichspost existierte unter der Leitung des später zum Reichstagsabgeordneten von Leipzig gewählten „roten Postmeisters" Motteler eine wohlorganisierte geheime „rote" Post, die in erster Linie für die regelmäßige Zustellung des in der Schweiz erscheinenden Sozialdemokraten an seine zahlreichen Abonnenten in Deutschland sorgte.

Seit dem Kriege haben wir wieder eine umfangreiche Geheimliteratur. Sie ist natürlich eine Folgeerscheinung der strengen Zensurbestimmungen. Soweit diese Bestimmungen vom ganzen Volk als notwendig empfunden werden, das heißt, soweit sie sich auf das rein militärische Gebiet beziehen, gibt es keine geheime Reaktion dagegen. Wenigstens ist mir nicht bekannt geworden, daß etwa irgendeine geheime Kritik an dem technischen Teil der Kriegführung verbreitet worden wäre.

Nicht allgemeiner Zustimmung, sondern vielfacher Anfechtung begegnen dagegen die Bestimmungen der Zensur über Burgfrieden und Kriegsziele. Der zu Beginn des Krieges proklamierte „Burgfriede" bedeutete die Einstellung aller inneren Auseinandersetzungen zugunsten einer Konzentration aller Kräfte gegen den äußeren Feind. Je länger der Krieg dauert, um so schwieriger wird es jedoch, die nun einmal vorhandenen politischen und wirtschaftlichen Gegensätze zu ignorieren und auf jegliche Kritik an den Behörden zu verzichten, wie das auch unter dem Motto des Burgfriedens verlangt wird. Noch peinlicher macht sich das Verbot der Erörterung der Kriegsziele bemerkbar. Immer stärker tritt das Bedürfnis zutage, sich darüber auszusprechen, weshalb eigentlich der Krieg geführt wird, und bis zu welchem Ziele er verfolgt werden soll.

Die bestehenden Bestimmungen zogen der Auseinandersetzung in Presse und Versammlung so enge Grenzen, falls sie sie nicht überhaupt verhinderten, daß der „unterirdische" Weg sich fast automatisch einstellte. Den Beginn machten die sechs großen Wirtschaftsverbände (Bund der Landwirte, Deutscher Bauernbund, Christliche Bauernvereine, Zentralverband der Industriellen, Bund der Industriellen, Deutscher Mittelstandsverband) mit einer Eingabe an den Reichskanzler, in der unter ausführlicher Begründung weitgehende Annexionen verlangt wurden. Daß das Schriftstück als Eingabe an den Reichskanzler bezeichnet wurde, war natürlich nur Formsache. Die Hauptsache war den Machern, für ihr umfassendes Annexionsprogramm Stimmung im Volke zu machen. Die Eingabe wurde deshalb gedruckt und in Massen unter der Hand verbreitet.

Ungefähr denselben Inhalt hatte eine fast gleichzeitig verbreitete Eingabe, die unter der Aegide des orthodoxen Berliner Theologieprofessors Seeberg Unterschriften hauptsächlich unter den Intellektuellen (Professoren, Beamten, Schriftstellern) sammelte.

Um der von den überreichen Geldmitteln der Schwerindustriellen und Agrarier getragenen geheimen Annexionsliteratur einigermaßen entgegenzuwirken, hielten es gewisse pazifistische Kreise für erwünscht, auch ihren Standpunkt (nämlich den gegen gewaltsame Annexionen) zur Kenntnis weiterer Volkskreise zu bringen. In derselben Form wie ihre Gegner (Eingabe an den Reichskanzler) verbreiteten sie eine Drucksache unter dem Titel „Sollen wir annektieren?", der alsbald die kleinere, volkstümlicher gehaltene Schrift „Reale Garantien" folgte.

Prompteste schritt die Behörde gegen diese Antiannexionsschriften ein. Sie wurden, wo man sie erlangen konnte, konfisziert, ihre weitere Verbreitung verboten, gegen die Tätigkeit der pazifistischen Kreise überhaupt mit einer Schärfe vorgegangen, daß sie seitdem völlig lahmgelegt sind. Eine pazifistische Geheimliteratur gibt es seit Jahresfrist nicht mehr. Nur die um Liebknecht geschaarte, also äußerstradikale Spartakusgruppe macht es immer noch möglich, Flugblätter zu verbreiten, die ihren Standpunkt kennzeichnen. Ob sich diese Verbreitungsmöglichkeit auf irgendwie größere Volkskreise erstreckt, entzieht sich meinem Urteil. Mir ist es jedenfalls noch kaum einmal möglich gewesen, eines dieser Flugblätter auch nur zu Gesicht zu bekommen.

Sicher ist dagegen, daß die annexionistische Geheimliteratur in ungeheuren Mengen bis auf den heutigen Tag verbreitet wird, ja, daß ihre Produktion augenscheinlich im stärksten Maße zunimmt. Anscheinend ist es

Die Zeit 13./VIII. 1916.

151 14

Politik fenster und vor den Kulissen

für die Behörden weit schwieriger, dieser Literatur und ihren Erzeugern das Handwerk zu legen, als den Pazifisten und ihren Erzeugnissen. Bemerkenswert ist übrigens, daß die annexionistischen Geheimschriften mit der Zeit immer schärfer ihre Spitze gegen den Reichskanzler kehren. Ja, manche sind eigentlich weiter nichts als Pamphlete gegen ihn.

Ein Teil der Schriften ist von den Verfassern mit Namen gezeichnet. So die des Prof. Lezius, die des Prof. v. Liebig und die des Generallandschaftsdirektors Kapp, die Herr v. Bethmann sich im Reichstag so kräftig vornahm, daß ihm deshalb mit einem Duell gedroht wurde. Aber auch diese durch Namen gedeckten Schriften tragen sämtlich mit Rücksicht auf die Zensur Vermerke etwa der Art: „Als Manuskript gedruckt!", „Nicht für die Presse!" oder so ähnlich. Die ganz schlimmen Schriften erscheinen natürlich anonym oder pseudonym, dazu ohne Angabe des Druckers. Vorsicht ist der Tapferkeit besserer Teil! Je wüster man auf den Reichskanzler loszieht, um so mehr muß man dafür sorgen, daß man um keinen Preis deshalb zur Rechenschaft gezogen werden kann.

Am bekanntesten ist die Schrift des Herrn Junius Alter geworden, die Herr v. Bethmann ja gebührend gekennzeichnet hat. Schade, daß er nur einige, noch relativ harmlose Stellen daraus vorlas! Die Wirkung der Brandmarkung dieses „Piraten der öffentlichen Meinung" wäre weit stärker gewesen, wenn er die gegen ihn gerichteten geradezu beschimpfenden Ausdrücke der großen Oeffentlichkeit mitgeteilt hätte. Der Verfasser des Machwerkes hat übrigens noch immer nicht den Mut aufgebracht, sich zu nennen, obwohl sein feudaler Name von Mund zu Mund geht.

Das neueste Erzeugnis der politischen Pornographie, das mir zugeflogen ist, betitelt sich: „Dreizehn Briefe eines Marineoffiziers." Natürlich anonym, ohne Angabe des Druckers, dafür aber hinten und vorn mit dem Eisernen Kreuz geschmückt. Daß der Verfasser wirklich ein Offizier ist, muß aufs entschiedenste bezweifelt werden. Kein Offizier würde sich dazu hergeben, unter dem Schutz der Namenlosigkeit eine solche Fülle von Gemeinheit zu produzieren. Denn die Schrift ist wohl das Tiefststehende, was gegen den Kanzler während des Krieges vorgebracht worden ist. Im Gegensatz zu Bethmann wird übrigens Tirpitz in den Himmel erhoben.

Die enorme geheime Stimmungsmache gegen die Regierung hat in ihr natürlich das Bedürfnis erweckt, sich zur Wehr zu setzen. Dazu genügte selbstverständlich der einmalige Vorstoß Bethmanns im Reichstag nicht, so dankenswert er auch war. Eine umfassende und dauernde Einwirkung auf die öffentliche Meinung schien nötig.

Der Regierung sehr nahestehende Persönlichkeiten entschlossen sich deshalb, den Deutschen Nationalausschuß ins Leben zu rufen, der am 1. August mit einigen dreißig Versammlungen in die große Oeffentlichkeit getreten ist. An der Spitze des Nationalausschusses steht Fürst Wedel, der frühere Botschafter in Wien und spätere Statthalter der Reichslande. Er scheint sich mit einer repräsentativen Rolle zu begnügen, ist bisher in keiner Weise, außer durch Hergabe seines Namens, hervorgetreten, weilt übrigens seit längerer Zeit in Schweden. Die journalistische Vertretung des Ausschusses wird in erster Linie durch zwei links gerichtete Journalisten, den Mitarbeiter der Frankfurter Zeitung Ulrich Rauscher und den bisherigen Feuilletonmitarbeiter des Vorwärts Robert Breuer wahrgenommen. Der Ausschuß selbst setzt sich aus Männern der Mitte (gouvernementalen Liberalen und gouvernementalen Zentrumsanhängern) zusammen. Er hat einen großen Apparat zur Verfügung und arbeitet mit großen Mitteln. Sein Bestreben ist, für die „mittlere Linie" der Bethmannschen Politik Stimmung zu machen. Er wendet sich mit gleicher Entschiedenheit gegen die Alldeutschen rechts und die Pazifisten links. Sein Programm, soweit man nach der Unbestimmtheit seiner öffentlichen Kundgebungen überhaupt von einem solchen sprechen kann, gipfelt in der äußeren Politik in der Forderung der „realen Garantien" nach dem Westen und der Hinausschiebung der Grenzen nach dem Osten, in der inneren in dem Bekenntnis zu einer maßvollen „Neuorientierung". Deutlicher vielleicht wird das Ziel des Ausschusses, wenn man kurzweg sagt: er will um jeden Preis die Position Bethmanns gegen seine mannigfachen Widersacher stärken.

Daß das der Hauptwille des Ausschusses ist, ging aus seinen Veranstaltungen vom 1. d. hervor, wo er in fast vierzig deutschen Städten das Thema „An der Schwelle des dritten Kriegsjahres" behandeln ließ. Es war dies das erste Massenaufgebot öffentlicher Versammlungen seit Kriegsbeginn, das heißt, die Oeffentlichkeit hatte insofern einen Haken, als man nur gegen bezahlte Karten (die Eintrittspreise schwankten zwischen 30 Pfennig und 1 Mark) eingelassen wurde, und jede Diskussion ausgeschlossen war. Der Besuch war infolgedessen in vielen Städten sehr schwach. Die Redner rekrutierten sich fast ausschließlich aus den Kreisen der Fortschrittler, des Zentrums und der parteilosen Professoren. Außerdem waren drei sehr weit rechts stehende Sozialdemokraten gewonnen worden. Nationalliberale oder gar Konservative fehlten völlig.

Man kann nicht sagen, daß das Debüt des Deutschen Nationalausschusses einen Erfolg bedeutet. Immerhin hat es eine Wirkung gehabt, nämlich die, daß die rechtsstehenden Kreise (die sich um den von Prof. Dietrich Schäfer geleiteten „Unabhängigen Ausschuß für einen deutschen Frieden" gruppieren) stürmischer als je die volle Freigabe der Erörterung der Kriegsziele verlangen und daß auch die pazifistischen Kreise sich wieder zu rühren beginnen. Von rechts wie von links erschallt die Forderung: Was denen in der Mitte recht ist, muß uns billig sein!

Inzwischen geht die Wühlarbeit gegen den Kanzler hinter den Kulissen munter weiter. Die Kappsche Denkschrift, die ursprünglich nur in Maschinenschrift verbreitet wurde, ist im Druck erschienen. Von Junius Alter ist eine neue Ausgabe herausgekommen. Zahllos flattern diese beiden Schriften, wie die „Dreizehn Briefe eines Marineoffiziers", durch die deutschen Lande, von allen möglichen Städten aus versendet. „Drei Deutsche" zeichnen als die Verbreiter dieser Pamphletliteratur. Sie berufen sich auf Hutten, Luther und Bismarck, bleiben aber selbst mit ihren Namen vorsichtig im Dunkeln. Jedenfalls müssen sie eine große Organisation und reiche Geldmittel zur Verfügung haben.

Mit welchen technischen Hilfsmitteln die geheime Propaganda der Ueber-Annexionisten arbeitet, dafür zum Schluß ein bezeichnendes Beispiel. Im Frühjahr hatte ein sehr bekannter Deutscher einen Vortrag gehalten, der ganz in die Kerbe der Alldeutschen hieb. Eine hannoversche Zeitung brachte darüber ein ausführliches Referat, wurde jedoch sofort nach Erscheinen verboten. Daraufhin ließ die Geheimorganisation das gedruckte Referat photographieren und die Photographie, die etwa Quartformat hatte, in Massen versenden. Natürlich konnte man nur durch die Lupe die erhebende Lektüre der provozierenden Rede genießen.

Die Zeit 13./VIII. 1916.

152 I

Oesterreichs Kulturarbeit in Italien.

Von Hochschulprofessor Alfred Birk (Prag).

In den Jahren vom Wiener Kongreß bis zum ersten Wetterleuchten der Revolution und noch darüber hinaus ist für das lombardisch-venezianische Königreich unter Oesterreichs Regierung viel getan worden; die Erinnerung daran war noch lange in Mailand und Venedig und überall dort lebendig, wo man ohne Haß auf Vergangenes zurückschaute und es ohne Voreingenommenheit beurteilte.

„Die Kultur — schreibt der österreichische Landwirt Burger — ist bis zur Adda immer dieselbe: Aecker mit Mais und Weizen, Weinreben und Maulbeerbäume; über die Adda kommt man in das Land der Bewässerung; nun hören allgemach Weinreben und Maulbeerbäume auf, man sieht nichts als bewässerte Wiesen und Aecker." Die Wasserfreiheit der Lombardei: das Recht, sein vom Staate gekauftes Wasser überall hinzuführen, hat die kreuz und quer neben- und selbst übereinander laufenden Kanäle geschaffen, die das flache Land bewässern; sie ist die Quelle der Millionen, die der Dom in Mailand gekostet hat, die Quelle der Wohlhabenheit dieser Länder. Das waren freilich Einrichtungen, die schon Jahrhunderte bestanden; aber unter der österreichischen Regierung wurden sie zu einer Vollkommenheit entwickelt, die wegen der geregelten Einteilung der Bewässerung und wegen ihrer großen Ausdehnung wohl einzig dastand. Die österreichische Regierung veranlaßte eine Sammlung aller Gesetze und Verordnungen über Gewässer und Straßen und förderte auch die in dieser Richtung tätige Mitwirkung der Privatingenieure, der Grundbesitzer und Pächter. Schon lange vor der französischen Herrschaft waren unter Maria Theresia und Josef II. durch fortgesetzte Vermessung und Katasterschätzung die Wertverhältnisse und Pachtverträge geklärt und erleichtert und war die Grundlage für die Bodensteuer geschaffen worden. Bereits Maria Theresia hatte den Kataster begründet, der sich von hier aus in seiner musterhaften Ausführung über Europa verbreitete. In den Gebieten von Mantua und Venedig war wohl die Wasserfreiheit beschränkter als in der Lombardei; hier bildete Eigentum an Wasser nicht mehr jene höhere und hochrentierende Kapitalsanlage wie dort; hier litt auch der Landbau unter der verheerenden Macht der Wildbäche, die öfter selbst die höchsten Schutzdämme und alle Felder und Wiesen weithin überfluteten; im Jahre 1839 stand das Wasser an einigen Stellen bis zu sieben Meter über dem gewöhnlichen Pegel, und bei Mantua bedeckte es an 26 deutsche Quadratmeilen fruchtbaren Bodens. Freilich lag in diesen ernsten Verhältnissen auch die Quelle einer reichen wasserbautechnischen Tätigkeit, wie sie neben Venezien vielleicht nur Holland in gleichem Maße aufweist und die auch wie in Holland dem Verkehr zahlreiche und wichtige Wege erschloß. Der andauernde Kampf mit der Natur, die man zu bändigen und sich dienstbar zu machen suchte, lenkte den Sinn der Bevölkerung von jeher auf das Studium der angewandten Mathematik. Es ist kein Zufall, wenn viele tüchtige Ingenieure, die an der Wiege des österreichischen Eisenbahnbaues standen, aus den italienischen Provinzen hervorgegangen sind, wenigstens dort ihre theoretische und fachliche Ausbildung erlangt haben. Die Ingenieure bildeten in Mailand und Venedig einen starken Berufsstand, der ebenso angesehen wie einflußreich war; zählte doch im Jahre 1864 Mailand allein 270 Ingenieure, von denen jeder verordnungsgemäß gleichsam als Zeichen seiner staatlichen Berechtigung zur Ausübung des technischen Berufes eine Kaution von 8000 Zwanzigern in Papieren der lombardisch-venezianischen Schuld („Monte") erlegt hatte.

Die größte Aufmerksamkeit schenkte die Regierung dem Ausbau der Verkehrswege. Viele neue Straßenzüge wurden gebaut, so neben anderen die schönen Verbindungen vom Comersee durch das Meratal über den Splügen in die Schweiz; durch Veltlin über das Stilfserjoch nach Tirol; von Vicenza über Schio und durch das Assatal nach Südtirol, von Conegliano zur Piave und an ihr entlang in das Ampezzotal. Viele alte, oft unzulängliche Straßen wurden umgebaut und verbessert; so jene von Verona durch das Etschtal; so auch die Straße über den Pontebbapaß und jene von Udine im Tale des Tagliamento nach Kärnten. Große Brückenbauten zeugten für die Kunst der heimischen Baumeister. Bedeutende Summen wurden für die Erhaltung der großen Verkehrsstraßen geopfert; aber auch die Verbesserung und sachgemäße Erhaltung der früher arg vernachlässigten Vizinal- und Gemeindestraßen bildete einen wichtigen Punkt der Arbeitstätigkeit der Regierung, die durch Worte und Taten auf die Interessenten dieser Wege aneifernd einwirkte. Die Lombardei zählte im Jahre 1847 schon 4032 Klafter Straßen auf eine Quadratmeile und überragte in dieser Beziehung weit das straßenreiche Böhmen. Freilich begünstigten die gute Beschaffenheit des Baustoffes, das milde Klima und das leichte Fuhrwerk, das in Verwendung stand, die gute Erhaltung der Straßen, deren Benützung keine Mautgebühren belasteten.

Die unter französischer Herrschaft begonnenen Kanalbauten in Pavia wurden planmäßig vollendet; die Schiffahrtkanäle, die aus dem Po und der Etsch, aus dem Gebiet von Treviso und aus dem Friaul nach Venedig führten, wurden erweitert, vertieft und geregelt, ebenso die Lagunenkanäle in Venedig selbst, die man durch neu errichtete Mauern gegen die Meeresstürme schützte; im Hafen von Malamocco erstand ein mächtiger Seedamm, und zur Verbesserung der Schiffahrt zwischen Venedig und den Ebenen von Padua, Vicenza und Este wurde der Lauf der Brenta und der Bacchiglione zweckmäßig gestaltet. Als Oesterreich die beiden Länder im

Die Zeit 13./VIII. 1916.

153. II

Österreichs Kulturarbeit in Italien

Jahre 1815 übernahm, befanden sich die meisten der Flüsse in einem wüsten Zustand, den die Hochwasser der Jahre 1816 bis 1829 und die von ihnen verursachten Dammbrüche noch verschlimmerten. Mit bedeutenden Geldmitteln wurde hier in den nächsten Jahrzehnten erfolgreiche Abhilfe geschaffen; Entwürfe, die seit Jahrhunderten in Schwebe und in Verhandlungen standen, kamen zur Ausführung; Hand in Hand damit ging die Trockenlegung versumpfter Gegenden.

Schon im Jahre 1837 war einem Ausschuß, den die Handelskammern von Venedig und Mailand eingesetzt hatten, die Bildung einer lombardisch-venezianischen Aktiengesellschaft für den Bau einer Eisenbahn von Venedig nach Mailand genehmigt worden. Die Anmeldung auf die Aktien der Gesellschaft brachte eine bedeutende Ueberzahlung. Die erste Generalversammlung stand im Zeichen unbeschränkter Begeisterung und größter Hoffnungsfreudigkeit. Die neue Linie sollte den Namen „Privilegierte lombardisch-venezianische Ferdinandsbahn" tragen und auf ihrer ganzen Länge doppelgleisig erbaut werden. Heimische Ingenieure und Bauunternehmer sollten das große Werk beginnen und vollenden. Im April 1840 geschah der erste Spatenstich, und ein Jahr später fand in Gegenwart des Vizekönigs die Grundsteinlegung zu der berühmten Brücke statt, die mit 222 Bögen die Lagunen Venedigs in einer Länge von 3602 Meter überschreitet.

Das große Bauprogramm für die Staatsbahnen Oesterreichs vom Jahre 1841 verzeichnete auch die Eisenbahn von Venedig nach Mailand mit einer Verbindung zum Comersee. Dadurch ergab sich für die Regierung die Möglichkeit und wohl auch die Pflicht, den Bau dieser Eisenbahn finanziell zu fördern, als die Mittel der Gesellschaft erschöpft waren, die kapitalskräftige Bevölkerung das Vertrauen zu dem Bau verlor und die Gefahr der Baueinstellung sich ernsthaft bemerkbar machte. Die außerordentliche Kreditkasse, die Kübeck im Jahre 1846 ins Leben rief, hatte bis Ende des Jahres 1847 bereits mehr als 30.000 Aktien der lombardisch-venezianischen Ferdinandsbahn erworben.

Das Jahr 1848 zerstört vieles, was die früheren Jahre geschaffen hatten. Das Land blutet aus zahlreichen Wunden. Oesterreich zögert nicht, sie zu heilen. In Verona wird eine Oberbaubehörde ins Leben gerufen; ihr unterstehen Bau und Betrieb der Eisenbahnen, Wasserbau, Straßenbau, Zivilbau und Telegraphenwesen. Negrelli wird ihr Vorstand. Eine umfassende Bautätigkeit beginnt. Das Vernichtete wird wieder aufgebaut; zu dem Alten tritt Neues. Es werden die Grundzüge für ein großes Eisenbahnnetz entworfen; die Bahnen durch Tirol, nach Venedig, gegen die Schweiz treten in das Zeichen der Verwirklichung. Die Regelung der freien Schiffahrt auf dem Po und seinen Nebenflüssen ist eine Hauptaufgabe Negrellis; die vielen Belästigungen und Quälereien, denen die Schiffahrt in den einzelnen Staaten durch die Zollbeamten unterworfen war, die hohen Schiffahrtabgaben, die lange Dauer der Fahrt hören auf; die gefährlichen Pfahlbauten bei Piacenza werden durch einen Kanal umgangen, Mühlen und fliegende Brücken behindern nicht mehr die Fahrt der Schiffe; Signale kennzeichnen Untiefen und gefahrdrohende Stellen, bequeme Landungsplätze entstehen; die Ausfahrt ins Meer ist ohne Gefahr; Bruck, damals Präsident des Lloyd, ruft eine Po-Flottille ins Leben, die allerdings im Jahre 1864 an den Vizekönig von Aegypten verkauft wurde, aber bis dahin doch alljährlich bedeutende Frachtmengen auf dem Po beförderte.

Ein anderer großer Gedanke, den Negrelli tatkräftig verfolgte, war der Bau einer Eisenbahn, die Mailand und Venedig mit Florenz, Rom und Neapel verbinden sollte, die — wie er zutreffend sagte — im kleinen die Aufgabe zu erfüllen hätte, die dem Suezkanal im großen vorbehalten sei: den Verkehr der beiden Meere von der Umseglung der Südspitze Italiens zu entheben, wie der Suezkanal den Verkehr Europas mit Indien der Umseglung Afrikas entheben soll. Im Jahre 1851 unterzeichneten die Bevollmächtigten Oesterreichs, des Kirchenstaates, Modenas, Parmas und Toskanas, den Eisenbahnvertrag. Es war eine mühselige Arbeit diplomatischer, finanzieller und auch technischer Natur, die Negrelli darauf verwendete, den großen Gedanken zur Tat werden zu lassen. Es ist nicht seine Schuld, wenn es ihm — solange er in Italien wirkte — nicht gelang, den Bau in die Wege zu leiten; die zerfahrenen politischen Verhältnisse waren eben ein Damm, über den auch sein Genie nicht hinüber konnte.

Als Negrelli im Jahre 1855 aus Verona scheiden mußte, herrschte auf dem bautechnischen Gebiet eine frohe, zuversichtliche, lebhafte Tätigkeit. Eisenbahnen, Straßen, Kanäle, Telegraphen durchzogen die Länder Venedig und Mailand, und wo sie noch nicht bestanden, dort schafften Hunderte von Arbeitern mit Spaten und Kelle oder suchten Ingenieure mit ihren Meßwerkzeugen die günstigsten Richtungen neuer Verkehrswege. Schon damals stand die Welt im Zeichen des Verkehrs, und gerade in diesem Zeichen hat Oesterreich — wie wir hier flüchtig gezeigt haben — für Italien nicht geringe Kulturarbeit getan.

Österr. Volkszeitung 13./VIII. 1916.

Die Kriegshilfe Portugals.

Telegramme des k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.

England ladet Portugal zum Tanz ein.

London, 11. August. „Daily News" melden aus Lissabon vom 7. d.: Der Kongreß ist zusammengetreten. Die beiden von London zurückgekehrten Minister erstatteten Bericht über ihre Mission. Affonso Costa erklärte, die englische Regierung habe alle bisherigen Anleihen übernommen. Der Gesamtbetrag werde England zwei Jahre nach dem Friedensschlusse zurückerstattet werden. England leihe ferner bei auswärtigen Angelegenheiten seine Unterstützung, soweit es irgend könne. Minister des Aeußern Soares verlas eine Note des Londoner Auswärtigen Amtes, worin Portugal zur Teilnahme am Kriege in Europa eingeladen wird, sobald es dazu in der Lage sei.

Portugal wird sich auf dem europäischen Kriegsschauplatz schlagen.

Bern, 11. August. Der Präsident der portugiesischen Republik dankte dem Pariser Blatt „Journal" in einer Depesche für seine Sympathiebezeigung gegenüber der portugiesischen Republik und fügte hinzu: Von den ersten so beunruhigenden Stunden des Krieges an haben wir unsere Soldaten in Uebereinstimmung mit unserem unzertrennlichen Verbündeten, England, in den Feldzug nach Afrika geschickt.

Nach der Abstimmung im Parlament werden wir uns auch auf dem europäischen Kriegsschauplatz schlagen und wir sind stolz darauf, an den ruhmvollen Schlachten teilzunehmen nach dem, was Frankreich in den zwei Jahren grausamer Prüfungen geleistet hat. Sein Name ist der Gegenstand wahrer Verehrungen in den Herzen der Portugiesen.

Ein englisches Geschwader vor der Tajomündung.

Haag, 12. August. (Privat.) Aus Madrid wird gemeldet: In hiesigen diplomatischen Kreisen eingelaufene Meldungen besagen, daß sich bereits seit Ende Juli ein größeres englisches Geschwader vor der Tajomündung aufhält, dessen Anwesenheit offenbar den Druck auf die Lissaboner Regierung in Angelegenheit der geforderten effektiven Teilnahme am Kriege erhöhen soll. Wie man in diplomatischen Kreisen hört, ist Portugal für die endgiltig erfolgte Zusicherung der Entsendung von 40.000 Mann an die Westfront und deren Unterhalt eine Anleihe in der Höhe von fünf Millionen Pfund zugesagt worden. Die Entsendung der Truppen werde jedoch erst in einigen Monaten vorgenommen werden können.

Österr. Volkszeitung 13./VIII. 1916.

Literarische Rundschau

Kriegsliteratur.

Zur Geschichte des österreichisch-russischen Gegensatzes.

Von **Ernst Molden.**

Die Politik der europäischen Großmächte und die Aachener Konferenzen. (Wien, 1916. Verlag von Seidel u. Sohn.) Ein neues Buch über Metternich wird Politik der europäischen Großmächte und die Aachener Konferenzen. (Wien, 1916. Verlag von Seidel u. Sohn.) Ein neues Buch über Metternich wird immer willkommen sein, besonders wenn es ein gutes ist, wenn es, auf gediegener wissenschaftlicher Grundlage aufgebaut, unsere Kenntnisse bereichert und zugleich angenehm zu lesen ist. Beide Vorzüge vereint in hohem Maße das von der „Gesellschaft für Neuere Geschichte Oesterreichs" herausgegebene geistvoll und flott geschriebene Buch Ernst Moldens, eines jungen Wiener Gelehrten, der sich bereits durch eine gehaltvolle Studie über die Orientpolitik des österreichischen Staatskanzlers gut eingeführt hat. Um so willkommener, da es auch sehr zeitgemäß ist und viel zum Verständnisse der Fragen, die jetzt im Vordergrunde unseres lebhaftesten Interesses stehen, beiträgt. Daß der gegenwärtige Weltkrieg nicht wie aus der Pistole geschossen, etwa durch die schändliche Bluttat von Sarajevo und die gerechte Abwehr seitens unserer Monarchie hervorgerufen wurde, sondern in seinen Wurzeln weit zurückreicht, darauf ist anläßlich der im Vorjahre unter so traurigen Umständen begangenen Jahrhundertfeier des Wiener Kongresses mit Recht hingewiesen worden. Wenn damals der Kongreß „tanzte", aber „nicht vorwärtsgehen" wollte, so waren eben die starken Gegensätze schuld, die zwischen den Verbündeten selbst zu bereinigen waren und um ein Haar zur Austragung mit den Waffen geführt hätten. Napoleon hatte die seherischen Worte gesprochen: „Wenn ich nicht mehr sein werde, dann wird nicht Frankreich, sondern Rußland den Deutschen gefährlich werden." Metternich erkannte frühzeitig diese große Gefahr und die Sorge, daß statt des napoleonischen Uebergewichtes ein russisches kommen werde, ließ ihn nicht los. Der französische Premierminister Richelieu sprach spitzig von einer „fixen Idee" Metternichs, die ihn „ständig und ausschließlich" beschäftigte. Jene Sorge war nur zu sehr am Platze, und ihr mit allen Mitteln entgegengewirkt zu haben, ist, wie Molden treffend bemerkt, das „große Verdienst" des Staatskanzlers. Zar Alexander I., dessen Charakterbild in diesem Buch glänzend gezeichnet ist, hatte seine Freundschaft mit Napoleon ausgiebig dazu benützt, die imperialistischen Pläne der Zarin Katharina der Verwirklichung näher zu bringen: Schon war durch den Einmarsch russischer Truppen in die Donaufürstentümer und nach Serbien die orientalische Frage in bedrohliche Nähe gerückt; durch Napoleons Sturz aber, durch die Zertrümmerung des Herzogtums Warschau gesellte sich zu ihr auch die polnische Frage. Und nun kam dazu, daß das Reich, welches seine Grenzen so weit nach dem Westen vorgeschoben und in die benachbarten Vormächte Deutschlands einen Keil hineingetrieben hatte, mit dem eben gedehmütigten Frankreich als dem „natürlichen Verbündeten" liebäugelte. „Ein Blick auf die Landkarte", wie Gentz sich ausdrückte, zeigte die große Gefahr eines solchen russisch-französischen Bündnisses, auf welches eine geschäftige Diplomatie hinarbeitete. Wohl war es vielfach nur die inoffizielle russische Politik, aber bei der bekannten Wankelmütigkeit des Zaren war es nicht ausgeschlossen, daß er, der sich heute in der Rolle des Friedensengels gefiel und für Völkerverbrüderung schwärmte, am nächsten Tage ein anderes Gesicht aufsteckte. Sehr vertrauenerweckend war es jedenfalls nicht, wenn er im Jahre 1818 erklärte, daß Rußland eine Armee halten müsse, die so stark sei wie die von Oesterreich und Preußen zusammengenommen. Es ist interessant, zu sehen, wie unmittelbar nach dem Abschluß der vom Zaren angeregten „Heiligen Allianz", durch welche die europäischen Staaten und Völker zu einer „großen Familie" werden sollten, die Wühlarbeit der russischen Diplomaten einsetzte und wie die Vorstöße der russischen Mittelmeerpolitik, der Plan einer Flottenstation in Minorca, sofort die Besorgnisse Englands wachrief, wie aber andererseits auch die Notwendigkeit eines engen Verhältnisses zwischen Preußen und Oesterreich von den leitenden Männern dieser Staaten richtig erkannt wird. Ebenso schön wie zeitgemäß muten uns da die Worte des preußischen Polizeiministers Fürst Wittgenstein an, wenn er den kaiserlichen Gesandten in Berlin ermahnte, man möge in Wien ja nicht vergessen, daß zwischen Oesterreich und Preußen keine Art Rivalität existieren dürfe und daß durch die wechselseitige Unterstützung nur beide Regierungen gewinnen könnten. Auf den Konferenzen von Aachen, die in erster Linie den Zweck hatten, über die Räumung des französischen Territoriums von den „uniformierten Gästen", den Okkupationstruppen der Verbündeten, zu beraten, treten alle diese großen Fragen hervor, und wenn sich der Verfasser die Aufgabe stellte, die „großen Linien" der europäischen Politik aufzuzeichnen und auf die „Hauptprobleme" hinzuweisen, so hat er sie trefflich gelöst: Wir sehen sie klar und plastisch aus den diplomatischen Verhandlungen hervortreten und wir sehen vor allem, daß es dieselben sind, die uns auch heute in Spannung und Atem erhalten und nun hoffentlich einer glücklichen Lösung zugeführt werden.

v. Bibl.

Die Zeit 13./VIII. 1916.

Die alldeutschen Kriegsziele.

Eine neue Flugschrift.

zz Berlin, 12. August. (Priv.-Tel.)

Das Tageblatt berichtet: Der Unabhängige Ausschuß des Prof. Schäter wird, wie wir hören, heute nachmittags eine neue Flugschrift zur Lage in einer Auflage von 300.000 Exemplaren an die verschiedensten Adressen in Deutschland von Berlin aus versenden. Es ist uns aus bekannten Gründen nicht möglich, Auszüge aus dieser Flugschrift, die uns bereits vorliegt, zu veröffentlichen, nur so viel sei gesagt, daß darin noch einmal die weitestgehenden alldeutschen Kriegsziele hinsichtlich Frankreichs, Belgiens, Rußlands und Englands skizziert werden. Auch unser künftiges Verhältnis zur Türkei und Oesterreich-Ungarn wird dargelegt. Im Zusammenhang damit werden das Polenproblem und die Frage des mitteleuropäischen Staatenbundes berührt.

Reichspost 13./VIII. 1916.

Ein Geständnis Tittonis.

PK. Eine vom italienischen Botschafter in Paris, Tittoni, an den „Gaulois" gerichtete Zuschrift bietet einen neuen Beitrag zur Kennzeichnung der Haltung Italiens in den kritischen Tagen vor dem Ausbruch des europäischen Krieges. Tittoni sandte dieser Zuschrift zufolge am 24. Juli 1914 an den damaligen italienischen Minister des Aeußern, Marchese di San Giuliano, ein Telegramm, in dem er hervorhebt, daß die von der österreich-ungarischen Regierung an das Belgrader Kabinett am 23. Juli gerichtete Note „eine Kriegsprovokation" am Balkan bedeute, woraus sich ergebe, daß für Italien auch im Falle des Eingreifens Rußlands ein casus foederis im Sinne des Dreibundvertrages nicht vorliege. Durch diese Enthüllung Tittonis wird auf die moralische Mitschuld Italiens an der europäischen Katastrophe neues Licht geworfen. Der französische Botschafter am Quirinal, Barrère, gab, wie dem französischen Gelbbuch zu entnehmen ist, in einem am 26. Juli nach Paris gerichteten Telegramm der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß Italien sich nicht an der Seite der Mittelmächte am etwaigen Kriege beteiligen werde. Es unterliegt ferner keinem Zweifel, daß der damalige Minister Fernando Martini den englischen Botschafter in Rom, Rennell Rodd, in die Beschlüsse, die der italienische Ministerrat am 27. Juli faßte, schon am nächsten Tage einweihte. Alle Wahrscheinlichkeit spricht nun dafür, daß Tittoni die Auffassung, die er in seinem am 24. Juli an San Giuliano gerichteten Telegramm vertrat, auch den leitenden französischen Staatsmännern gegenüber ausgesprochen hat. Auf die Entschlüsse des Dreiverbandes in den letzten Tagen des Juli 1914 war, wie durch offizielle Mitteilungen bestätigt wird, die Ueberzeugung von großem Einfluß, daß Italien an einem Kriege seiner damaligen Verbündeten nicht mitwirken, sondern „Neutralität" beobachten werde. Diese Ueberzeugung mußte aber naturgemäß Aufklärungen zur Grundlage haben, die der Dreiverband in den kritischen Tagen mittelbar oder unmittelbar von italienischer Seite erhielt. Die Gegner der Mittelmächte sind somit durch ihre Kenntnis der voraussichtlichen Haltung Italiens zur Herbeiführung des furchtbaren Weltkrieges ermutigt worden und Tittoni hat seinen Anteil daran.

Reichspost 13./VIII. 1916.

Paris.

* **Zur Rede des Grafen Karolyi.** Nunmehr bekennt auch das Ung. Tel.-Korr.-Bur., daß sein Bericht über die Rede des Abg. Grafen Karolyi (vergl. die heutige Nachmittagsausgabe der „Reichspost") in irrtümlicher Form übermittelt wurde; Graf Michael Karolyi habe sich tatsächlich mit den Fragen eines Sonderfriedens oder eines Friedens um jeden Preis nicht beschäftigt; vielmehr erklärte er selber nachträglich, daß er absichtlich die Erörterung dieser Fragen unterlassen habe, weil es nach seiner Anschauung ein Fehler gewesen, über diese heiklen Angelegenheiten eine Erklärung, welcher Art immer, abzugeben. — Der „Irrtum" des Uebereifers, mit dem Karolyi zu einem großmächtigen Patrioten gestempelt werden sollte, war also ganz überflüssig. Karolyi handelte, indem er schwieg, ohnehin patriotischer als der Bericht, der ihm ungesprochene Aeußerungen in den Mund legte.

Neue Freie Presse
13. Juni 1916

Wien, 12. August. (Die Aenderungen im Völkerrechte infolge des Krieges.) Der europäische Krieg hat einen großen Teil des mühsam aufgebauten Völkerrechtes zerstört. Fast jeder Tag vermehrt diesen Abbröckelungsprozeß, und das Bedürfnis liegt nahe, einen Ueberblick über das zu gewinnen, was der Krieg vernichtet hat und was allenfalls an Keimen neuer Entwicklung der Zukunft erhalten geblieben ist. Diesem Bedürfnis kommt eine kleine Schrift des hervorragenden preußischen Staatsrechtslehrers Conrad Bornhak entgegen („Der Wandel des Völkerrechtes" von Conrad Bornhak, Berlin, Karl Heymanns Verlag). Der Verfasser stellt in volkstümlicher knapper Form die Entwicklung des Völkerrechtes, soweit es sich um die Fragen des Krieges handelt, bis zum Jahre 1914 dar und die Verheerungen, welche der europäische Krieg, in erster Linie infolge des Verschuldens Englands, angerichtet hat. Die Darstellung hinterläßt gerade in ihrer nüchternen Sachlichkeit für den Freund des Rechtes und der Menschlichkeit einen traurigen Eindruck. Bornhak gibt selbst in der Einleitung folgende Charakteristik: „Die erste praktische Erprobung schien jenem Pessimismus recht zu geben, der bisher schon den Bestand eines Völkerrechtes geleugnet hatte. Der Weltkrieg legte den Kulturfortschritt eines Jahrhunderts in Trümmer. Das Seekriegsrecht wurde nicht auf die Höhe des Landkriegsrechtes emporgehoben, sondern das Landkriegsrecht auf den Zustand des Dreißigjährigen Krieges zurückgeschraubt." Trotzdem wäre es falsch, von einer Vernichtung des Völkerrechtes zu sprechen. Was sich in der kurzen Zeitspanne von zwei Jahren abgespielt habe, sei aber immerhin ein Wandel des Völkerrechtes. Viele Rechtssätze, die vor dem Kriege vertragsmäßiges Recht waren, gelten heute nicht mehr. Andere seien, namentlich im Zusammenhang mit den neuen Kriegsmitteln, im Werden. Professor Bornhak beleuchtet diese Gedanken an der Hand der einzelnen in Betracht kommenden Rechtsinstitute. So galt es bis 1914, hauptsächlich infolge der Erfahrungen der napoleonischen Kriege, als wesentlicher Grundsatz des Kriegsrechtes, daß der einzige Zweck des Krieges die Niederwerfung der Heeresmacht des Feindes durch die eigene Kriegsmacht sei, daß aber die feindlichen Untertanen mit Person und Vermögen vom Kriege unberührt bleiben sollen. Unter Englands Einfluß hat hier der Weltkrieg einen Umschwung in entgegengesetzter Richtung gebracht. Es wurden die zurückgebliebenen Rechtsgrundsätze des Seekrieges, die noch immer den Krieg gegen das feindliche Privateigentum zuließen, auf das Landkriegsrecht zurückübertragen. Nicht mehr Niederwerfung der feindlichen Heeresmacht, sondern Vernichtung der feindlichen Volkswirtschaft wurde das Kriegsziel. So weit hier in das bisherige Völkerrecht Lücken gerissen sind, ist kein neues Recht entstanden, es herrscht der Zustand der Gewalt und Rechtlosigkeit. Das bisherige Völkerrecht hat die Rechte, die aus der Besetzung feindlichen Staatsgebietes entstehen, genau geregelt. Es war verboten, aus der Besetzung Rechte der Eroberung geltend zu machen. England, das schon im Burenkrieg von diesem Grundsatz abgewichen war, hat dem gegenüber bei Beginn des Krieges gegen die Türkei das Völkerrecht verletzt, indem es Zypern und Aegypten seinem Kolonialbesitz einverleibte. Rußland hat trotz der vertragsmäßigen Bestimmungen der Haager Konvention in Ostpreußen und Galizien von den Bewohnern nicht nur den Treueid gefordert, sondern dessen Verweigerung mit dem Tode bestraft. Bornhak stellt dieser Verleugnung des Rechtes die musterhafte Rechtstreue Deutschlands und Oesterreich-Ungarns auf den von ihnen besetzten Gebieten entgegen. Die willkürliche Erklärung der Nordsee zum Kriegsgebiet durch die englische Regierung, welche auf dem Wege der Repressalie die Erklärung der Gewässer um Großbritannien als Kriegsgebiet durch Deutschland nach sich zog, hat das Seerecht auf die Zeiten vor Hugo Grotius zurückgeworfen. Diese Rückentwicklung war die Folge des von England nie aufgegebenen Grundgedankens, daß der Seekrieg sich nicht bloß gegen die militärische Macht, sondern auch gegen die Wirtschaft des Gegners richtet. Diesen Grundsatz übertrug England während des Krieges auch auf den Landkrieg und zerstörte damit den ganzen im neunzehnten Jahrhundert mit Mühe aufgerichteten Bau des Völkerrechts.

Heute ist das Privatvermögen feindlicher Untertanen nicht unverletzlich; diese sind gegenüber dem Kriegsgegner ihres Staates rechtlos. Inwieweit ein Kriegführender feindliches Privatvermögen achten will, liegt jetzt einzig und allein in seinem Ermessen. Ebenso sind feindliche Privatpersonen vogelfrei, ihre Festhaltung als Zivilgefangene und Unterbringung in Lagern ist zulässig. Dies trifft selbst Konsuln, soweit sie nicht Staatsangehörige sind. Der völlige Umsturz des Seekriegsrechtes durch England konnte schrittweise verfolgt werden. Durch die Bewaffnung von Handelsschiffen ist die bisherige Unterscheidung zwischen Kriegsmacht und Handelsmacht hinfällig geworden. Da sich neues Völkerrecht nicht bilden konnte, stehen wir vor dem Nichts. Die Unverletzlichkeit feindlichen Gutes auf neutralen Schiffen, die Grundsätze über Konterbande und Blockade sind in Stücke zerrissen. Der Seekrieg ist wiederum der rechtlose Zustand einfacher Gewaltanwendung geworden. Die neuen Kriegsmittel des Unterseebootes und der Luftschiffe haben bisher neues Völkerrecht nicht ergeben, da die Auffassungen der Kriegführenden einander widersprechen. Bornhak meint, daß das Völkerrecht der Zukunft sich der Natur des Unterseebootes werde anpassen müssen, allerdings werde dadurch das Seekriegsrecht an Menschlichkeit nicht gewinnen. Am Schluß behandelt der Verfasser die Stellung der Neutralen. Dieses Kapitel führt bezeichnenderweise den Titel „Die Not der Neutralen". Das Ergebnis des Krieges ist: Neutrales Gebiet kann auf keine Unverletzlichkeit mehr rechnen. Untertanen der Kriegführenden sind auf neutralen Schiffen nicht mehr geschützt. Die Pariser Seerechtsdeklaration ist infolge der ungeheuerlichen Ausdehnung des Begriffes der Konterbande durch England zerrissen. Die Ueberseetrusts haben neutrale Länder, in denen sie eingeführt sind, wirtschaftlich zu englischen Vasallenstaaten gemacht. Ein Bund der Neutralen gegen den Umsturz des Völkerrechts wäre unter Teilnahme der Vereinigten Staaten noch immer möglich. Allein diese, die von jeher für die Freiheit des Meeres von englischer Seeherrschaft und für die Unverletzlichkeit des Privateigentums im Seekriege kämpften, haben in diesem Kriege versagt.

Neue Freie Presse 13./VIII. 1916

Ein brutaler Eingriff des Bukarester russischen Gesandten in die Rechte der rumänischen Regierung.

Wien, 12. August.

Das Bukarester Blatt „Steagul", das Hauptorgan der unter Führung Marghilomans stehenden konservativen Partei Rumäniens, berichtet über einen brutalen Eingriff des russischen Gesandten am Bukarester Hofe, Herrn Poklewsky-Koziell, in die konstitutionellen Rechte der rumänischen Regierung, der in parlamentarischen Kreisen Aufsehen und sichtliches Unbehagen hervorruft.

Das Blatt schreibt: Im Laufe einiger Monate hat die hiesige russische Gesandtschaft ein Quantum von 47 Waggons Kupfer angekauft. Dieses enorme Quantum Kupfer ist auf einem im Distrikte Jalomitza gelegenen Gute des Herrn Sabareanu, mit dessen Hilfe die ganze Aktion durchgeführt wurde, abgelagert worden. Als nun die rumänische Regierung die Requirierung von Kupfer anordnete und zu diesem Zwecke bei Herrn Sabareanu Requisitionsbeamte erschienen, erwiderte dieser, daß das im Lande aufgekaufte Kupfer nicht ihm, sondern dem Bukarester russischen Gesandten Herrn Poklewsky-Koziell gehöre. Gutsbesitzer Sabareanu erklärte gleichzeitig, die Requisitionsbeamten mögen sich in dieser Angelegenheit an den russischen Gesandten in Bukarest direkt wenden.

Welches war aber die Antwort, die Herr Poklewsky-Koziell erteilte, als der Leiter der Munitionsdirektion, Herr Saligny, bei ihm auf der russischen Gesandtschaft vorsprach, ihm von der gesetzlichen Anordnung der rumänischen Regierung, betreffend die-

Neue Freie Presse
13./VIII. 1916

Die unwahren Behauptungen Lord Cecils über die Lebensmittelversorgung in Serbien.

Sofia, 11. August.

Die Agence Télégraphique Bulgare meldet:

In der Sitzung des englischen Unterhauses vom 26. Juni d. J. erwiderte Lord Cecil auf eine Anfrage über die Lage in Serbien, daß die Nachrichten der englischen Regierung über diesen Gegenstand ziemlich widersprechend lauten; es scheine jedoch, daß wenigstens in gewissen Teilen Serbiens Mangel an Lebensmitteln recht große Leiden verursache, was die okkupierenden Staaten zu diskreditieren geeignet wäre.

Die maßgebenden bulgarischen Kreise heben den vagen Charakter dieser Erklärung hervor, der ein Beweis ihrer Unrichtigkeit sei, und erklären, daß die bulgarischen Behörden durch die beizeiten getroffenen Maßnahmen die aus dem Kriegszustande sich ergebenden Uebel in allen serbischen, gegenwärtig von bulgarischen Truppen besetzten Gebieten auf das möglichste beschränkt haben und daß die Bevölkerung sich dort jetzt eines Regimes erfreue, mit dem zufrieden zu sein sie alle Ursache habe.

(Anmerkung. Wir verweisen auf die von der „Politischen Korrespondenz" am 30. Juni l. J. veröffentlichte Notiz, worin von zuständiger Seite den Behauptungen Lord Cecils, soweit es sich um die von österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Gebiete Serbiens handelt, entgegengetreten wurde.)

Berner Bund 13./VIII. 1916

164

Eine Aenderung in der auswärtigen Politik Rußlands?

Wl. E. Die Uebernahme des Portefeuilles des Aeußeren durch den russischen Ministerpräsidenten Stürmer hat in der russischen Presse Stimmen geweckt, die um so interessanter sind, als sie mit einer bei den dortigen Zensurverhältnissen höchst ungewöhnlichen Offenheit über Dinge reden, die man sonst in Kriegszeiten nicht leicht an die Oeffentlichkeit treten läßt. Und es ist insbesondere die konservative Presse, die in diesem Zusammenhange Beachtung verdient. Die „Birschewija Wjedomosti" (Börsenzeitung), die als das Sprachrohr des neuen Außen-Ministers gilt, weist darauf hin, daß nun nach Austritt Ssasonows, dem ein „gewisses Europäertum" eigen gewesen sei, das Ministerium einheitlich geworden sei und daß nun die äußere und die innere Politik in das gleiche Fahrwasser geleitet werden. Der Rücktritt des ehemaligen Ministers Ssasonow wird am meisten vom „Rußkoje Sslowo" bedauert. Die „Nowoje Wremja" findet, daß Ssasonow nicht genug Slave gewesen sei. Das Blatt erinnert an die bekannte Phrase Ssasonows im Frühjahr 1913: „Dem Muschik (Bauer) von Kasan ist ja gleichgültig, wer Skutari besitzt." Hätte es Ssasonow im Frühjahr 1913 verstanden, die russische Diplomatie mit Geschick zu leiten, so wäre es nach der Ansicht der „Nowoje Wremja" gar nicht zu diesem furchtbaren Krieg gekommen. Das Blatt wünscht, daß sein Nachfolger, den es warm begrüßt, in den slavischen Fragen mehr Verständnis zeigen werde. Das Auswärtige Amt solle jetzt im nationalen Sinne geleitet werden, was übrigens Stürmer schon versprochen habe. Da das Friedensmoment mehr und mehr an Bedeutung gewinne, so brauche Stürmer wohl talentvolle Mitarbeiter.

Die ausgesprochen konservativen Blätter Rußlands freuen sich einstimmig über den Rücktritt Ssasonows und die Ernennung Stürmers. Nach der „Moskowskija Wjedomosti" ist die Macht jetzt in starken Händen. Der „Swiet" findet es sonderbar, daß Ssasonow in der kosmopolitischen Presse mehr als in den nationalistischen Blättern gelobt werde. Nach dem „Rossijskij Graschdanin" sei der Krieg allein für eine Anzahl neutraler Staaten und Finanzleute gewinnbringend, für Rußland jedoch unter allen Umständen mit unersetzlichen Verlusten verbunden. Das Blatt fährt u. a. fort: Die Nachricht von der Verabschiedung Ssasonows erfüllt uns mit der größten Genugtuung. Die „Semschtschina" bezeichnet den Rücktritt Ssasonows als Sturz und sagt u. a.: „Wäre Ssasonow nicht ein so schlechter Diplomat gewesen, so wäre dieser Krieg nicht ausgebrochen." Mit Kaiser Wilhelm habe Ssasonow nicht verstanden zu unterhandeln, wie es nötig gewesen wäre. Er habe es nicht verstanden, rechtzeitig Konzessionen zu machen. Infolge dieser schlechten Politik sei Rußland gezwungen gewesen, mit Deutschland Krieg zu führen.

Den Aeußerungen der konservativen Presse schreibt das Oktobristenblatt „Utro Rossiji" große Bedeutung zu, da sie ja allesamt reichlich vom Staate subventioniert seien. So seien diese Aeußerungen als inspirierte zu betrachten. Uebrigens werde die Staatspolitik Rußlands ja vor dem Ministerwechsel bestimmt und dann erst der Leiter für ihre Ausführung berufen. So sei es auch diesmal gewesen. Nach der Ansicht der „Rjetsch" müsse man jetzt sehr wachsam sein.

Petersburger Meldungen zufolge erregte in dortigen politischen Kreisen die plötzliche Abreise des englischen Botschafters Buchanan nach Finnland zu dem dort weilenden Ssasonow großes Aufsehen. Dieser Reise werde große Bedeutung beigemessen.

Neue Freie Presse
14. VIII. 1916

165 14

Türkische Berichte aus Libyen und Aegypten.

Die Vertreibung der Italiener aus Tripolis und Benghasi.

Konstantinopel, 12. August.

Die Agence Télégraphique Milli meldet:

Aus amtlicher Quelle wird berichtet:

Im ganzen Gebiete von Tripolitanien, das sich westlich von Sert bis zur tunesischen Grenze erstreckt, gibt es keinen italienischen Soldaten mehr, außer innerhalb der Städte Homs und Tripolis. Die Stämme an der tunesischen Grenze haben sich den tripolitanischen Kriegern angeschlossen und im Vereine mit ihnen die ganze Zone zwischen Tatawin und Dehibat besetzt. Zurzeit werden diese Gebiete von den Scheichs und den Führern der Krieger verwaltet. Der ottomanische Halbmond glänzt in allen diesen Gegenden, man erweist dem Großkalifat und der ottomanischen Regierung tiefe Ergebenheit und Treue. Die gleiche Lage herrscht in Benghasi. Die Krieger zeigen feste Entschlossenheit und entfalten eine große Kraft gegen die Engländer.

Die gegen den Emir von Darfur Ali Dinar entsendeten ägyptischen Truppen sind zum größten Teile zu den Streitkräften des Emirs übergegangen, was zur Folge gehabt hat, daß die Verbindungen zwischen dem Sudan und Aegypten abgeschnitten wurden. Letzthin haben die Führer der in Afrika operierenden Kriegertruppen Post- sowie andere Verbindungen mit Ali Dinar hergestellt. Im übrigen setzt der Emir von Darfur, der sich niemals eine Gelegenheit entgehen ließ, seine Treue gegenüber dem Kalifat zu beweisen, auch diesmal inmitten ungeheurer Schwierigkeiten den Engländern tapferen Widerstand entgegen und hat es auf diese Weise dahin gebracht, einerseits die Früchte des Dschihad zu pflücken, anderseits wieder einmal seine Ergebenheit dem Kalifen gegenüber zu bekunden.

Die muselmanische Bevölkerung Aegyptens zögert in keiner Weise, jedesmal, wenn sich Gelegenheit bietet, ihre Sympathien zur ottomanischen Regierung zu bezeugen. Das von den Engländern in Aegypten eingeführte grausame Regiment hat nur eine Verstärkung dieser Gefühle der Ergebenheit und der Treue bewirkt. Wenn im Freitagsgebet der Name des falschen Chediven genannt wird, demonstrieren die Anwesenden dagegen, während, wenn der Name des Kalifen angerufen wird, sich aus tausenden aufrichtigen Herzen die „Amen" erheben, was die in der Umgebung der Moscheen aufgestellten Geheimagenten vor Wut schäumen läßt. Vor einigen Monaten wollten die Engländer die ägyptischen Reservisten unter die Fahnen einberufen; diese empörten sich jedoch nach ihrer Einberufung und erklärten, daß sie ihre Waffen nicht gegen Muselmanen gebrauchen werden. So war man gezwungen, auf die Einberufung dieser Reservistenklasse zu verzichten.

Tägliche Rundschau
14. VIII. 1916

166

Die bisherigen Ergebnisse der russischen Offensive.

1.

Die Offensive, die die Russen unter Oberbefehl des Generals Brussilow anfangs Juni des Jahres gegen die südliche Hälfte der deutsch-österreichischen Ostfront in einer Breite von 350 Km. eröffnet haben, ist nunmehr seit zehn Wochen im Gange. Ihren Verlauf von Tag zu Tag zu verfolgen, ist bei der Ausdehnung des Gebietes, über das sie sich erstreckt, und bei der Knappheit der Nachrichten über sie schwierig. Um so mehr wird ein periodischer Ueberblick über ihre bisherigen Ergebnisse und die infolgedessen auf dem östlichen Kriegsschauplatz bestehende Kriegslage willkommen sein. Der gegenwärtige Zeitpunkt erscheint dafür aus mehrfachen Gründen besonders geeignet.

Ueber die Stärke, Beschaffenheit und räumliche Verteilung der Streitkräfte, über die Rußland gegenwärtig verfügt, wissen wir im wesentlichen folgendes: Von dem russischen Heere befanden sich am Ende des vorjährigen Feldzuges nur wenige Korps noch in operationsfähigem Zustande. Im übrigen waren von ihm nur noch Trümmer vorhanden, auch die Ersatztruppen erschöpft. Fast zwei Millionen Russen, darunter 13 000 Offiziere, waren im bisherigen Verlauf des Krieges in Gefangenschaft geraten, kaum weniger als die doppelte Zahl getötet oder invalide, der größte Teil der Geschütze und Maschinengewehre sowie des sonstigen Kriegsmaterials war eine Beute des Feindes geworden, vernichtet oder verlorengegangen.

Die militärische Kraft oder wenigstens die Offensivkraft Rußlands schien auf lange hin gebrochen. Denn, wenn man auch wußte, daß das Land noch eine zahlreiche Reserve kriegsbrauchbaren Heeresersatzes, besonders in den alljährlich vom Heeresdienst im Frieden befreit gebliebenen, der Reichswehr zweiten Aufgebotes zugeteilten Wehrpflichtigen besaß, so mangelte es doch an den erforderlichen festen Rahmen, um aus ihnen kriegstüchtige Truppen zu bilden, namentlich an Erziehern und Führern, nicht minder an geeigneten Personen für die zahlreichen Hilfsdienste, deren ein großes Heer bedarf. Und schon die Schwierigkeit, das fehlende Kriegsmaterial zu beschaffen, schien für das Land bei seinem Mangel an eigenen Hilfsmitteln für diesen Zweck, der Behinderung seines Außenverkehrs und der Lahmheit der inneren Verwaltung die Wiederherstellung einer starken Kriegsmacht aufs äußerste zu erschweren. Wenn gleichwohl Rußland alle diese Hindernisse in der Zeit von wenig mehr als einem halben Jahr so weit überwunden hat, daß es sich für seine gegenwärtige Offensive stark genug fühlte, und wenn es dies trotz des störenden Einflusses seiner Märzoffensive und seiner frühzeitigen starken Truppenversammlung an der rumänischen Grenze vermocht hat, so ist dies eine immerhin anerkennenswerte, schwer vorher zu sehen gewesene Leistung. Möglich ist sie nur gewesen durch weitgehende Aushilfe an technischem und Lehrpersonal seitens der verbündeten Staaten sowie dadurch, daß Japan und Amerika fast den ganzen Bedarf an Kriegsmaterial gedeckt haben, Frankreich und England mit ihrem Kredit für Deckung der Kosten eingetreten sind. Die ausgesprochene Anerkennung ist indes nicht vorbehaltlos. Wir kennen die schwachen Seiten, die der russischen Neuschöpfung ähnlich wie jeder Treibhauspflanze anhaften: ihrer Lebenskraft sind enge Grenzen gezogen. Erst die Zukunft wird darüber entscheiden, ob die Hoffnungen, die unsere Gegner auf jene Neuschöpfung setzen, berechtigt sind, und wir sehen dieser Entscheidung vertrauensvoll entgegen.

Die deutsch-österreichische Ostfront verlief bekanntlich seit dem Herbst vorigen Jahres vom Meerbusen von Riga längs dem Südufer der Düna bis Dünaburg, von dort in annähernd gerader südlicher Richtung, nahe östlich von Pinsk vorbei, bis zur Mündung der Strypa in den Dnjestr und erreichte dann mit einer kurzen Wendung nach Osten die Ostgrenze der Bukowina, der sie bis zur rumänischen Grenze folgte. Ihre Verteidigung war derart geregelt, daß sie im Norden bis zum Njemen der Heeresgruppe Hindenburg, von da bis zum Pripjet der Heeresgruppe Prinz Leopold von Bayern oblag. Südlich des Pripjet folgten die Armeen des Generals v. Linsingen, des Erzherzogs Josef Ferdinand und Puhallo, die nach Beginn der russischen Offensive und nach Eintreffen von Verstärkungen unter gemeinsamen Oberbefehl des Generals v. Linsingen zu einer Heeresgruppe zusammengesetzt wurden. An die Armee Puhallo schloß sich die Armee Böhm-Ermolli, dann folgten die Armeen des Grafen Bothmer und Pflanzer-Baltin. Ferner wurden laut amtlicher Bekanntmachung vom 1. August die sämtlichen nördlich des Pripjet befindlichen Truppen der Verbündeten sowie die Heeresgruppe Linsingen unter den Oberbefehl des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, die weiter südlich gelegeneren Teile der Ostfront unter den Oberbefehl des Erzherzogs Karl gestellt. Endlich lassen amtliche Kundgebungen auch erkennen, daß anfangs dieses Monats auf dem rechten Flügel der Ostfront die bisher auf anderen Kriegsschauplätzen tätig gewesene österreichisch-ungarische Armee des Generaloberst v. Köveß sowie auch deutsche Truppen eingegriffen haben. Und am 25. Juli wurde das bevorstehende Eintreffen türkischer Truppen angekündigt.

Von der russischen Streitmacht stehen zwei Heeresgruppen, nämlich das Nordheer unter General Kuropatkin und das Heer der Mitte unter General Ewert, nördlich des Pripjet, das bei weitem stärkste Südheer unter General Brussilow südlich des Pripjet unserer Ostfront gegenüber, eine Armee in Armenien, schwächere Kräfte in Persien.

v. Blume, General der Infanterie z. D.

Pester Lloyd 14./VIII. 1916

Abendblatt 167 14/8

Die Erledigung des mexikanischen Konflikts.

London, 13. August.

Die „Times" melden aus Washington vom 9. d.: Präsident Wilson hat den Vorschlag Carranzas angenommen, daß ein gemeinsamer Ausschuß zur Erledigung der mexikanischen Frage eingesetzt werde. In erster Linie soll die Zurückziehung amerikanischer Truppen erörtert werden. Darnach sollen die inneren Fragen Mexikos in Angriff genommen werden. Es besteht geringe Hoffnung, daß die Verhandlungen erfolgreich enden werden. Im allgemeinen glaubt man, daß es sich um einen Schachzug handelt, um die Lösung der mexikanischen Krisis hinauszuschieben, bis sich der politische Horizont geklärt hat.

Pester Lloyd Abendblatt 14./VIII. 1916

168

Abgeordneter Scheidemann über den Frieden.

(Telegramm des „Pester Lloyd".)

Berlin, 14. August.

Das „Berliner Tageblatt" meldet aus Dresden: Unter großem Tumult begann heute die sozialdemokratische Versammlung, bei der der Reichstagsabgeordnete Scheidemann, der Führer der Reichstagsfraktion, über den Krieg, das Volk und den Frieden sprechen sollte. Die Versammlung, die im Zirkus Sarasani abgehalten wurde, war von mehr als 5800 Männern und Frauen besucht.

Einige gut verteilte Radikale versuchten durch Zwischenrufe und Reden zur Geschäftsordnung ihren Ansichten Ausdruck zu geben. Ein Redner erklärte, Scheidemann spreche wie ein Landpastor. Ein anderer rief: „Wir wollen ihn nicht hören!" usw. Es erhob sich dann ein großer Lärm, der minutenlang andauerte, bis schließlich unter dem Eindruck einer Gegenkundgebung die wenigen Radikalen verschwanden oder verstummten.

Dann konnte Scheidemann ungehindert seine Rede halten, in der er die Regierung aufforderte, dringend für das Nötige auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung zu sorgen, und mit aller Schärfe das Geschwätz zurückwies, daß man einen Frieden um jeden Preis schließen solle. Das bedeute, daß Deutschland zu einem Bettelvolke unter den Völkern der Erde werde und daß auch die Arbeiter zu Bettlern werden würden. Ein baldiger Frieden sei erwünscht, aber kein Frieden um jeden Preis. Der Reichskanzler habe es in seiner Rede deutlich genug ausgesprochen, indem er auf die Kriegskarten verwies, die auch die Seekarten einschlössen. Scheidemann wies zum Schluß darauf hin, daß die Sozialisten in den feindlichen Ländern noch immer nicht das Geringste von einer Wiederanknüpfung der Verbindung mit den deutschen Sozialisten wissen wollten. Die deutsche Parteileitung habe wohl zehnmal versucht, in dieser Richtung zu vermitteln, aber alles sei vergeblich gewesen. Es heiße jetzt durchhalten. Man dürfe unseren kämpfenden Brüdern und Söhnen, denen gegenüber wir unseren Dank nicht abtragen können, nicht in den Rücken fallen.

Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, in der ein baldiger Frieden gewünscht wird, jedoch kein Frieden um jeden Preis, nur ein Frieden, der die Unabhängigkeit, territoriale Unversehrtheit und freie gewerkschaftliche Entwicklung Deutschlands gewährleistet. Der Beifall, den Scheidemann erhielt, war außerordentlich stark.

Pester Lloyd
14. VIII. 1916

Tripolis von den Italienern gesäubert.
Der Sudan in Flammen.

Konstantinopel, 12. August.

(„Agence Milli.") Aus amtlicher Quelle wird berichtet: Im ganzen Gebiete von Tripolitanien, das sich westlich von Sert bis zur tunesischen Grenze erstreckt, gibt es keinen italienischen Soldten mehr, außer innerhalb der Städte Homs und Tripolis. Die Stämme an der tunesischen Grenze haben sich den tripolitanischen Kriegern angeschlossen und im Verein mit ihnen die ganze Zone zwischen Tatavin und Dehibad besetzt. Zurzeit werden diese Gebiete von den Scheichs und Führern der Krieger verwaltet. Der ottomanische Halbmond glänzt in allen diesen Gegenden. Man erweist dem Großkalifat und der ottomanischen Regierung tiefe Ergebenheit und Treue. Die gleiche Lage herrscht in Benghazi. Die Krieger zeigen feste Entschlossenheit und entfalten große Kraft gegen die Engländer.

Die gegen den Emir von Darfur Ali Dinar entsandten ägyptischen Truppen sind zum größten Teile zu den Streitkräften des Emirs übergegangen, was zur Folge gehabt hat, daß die Verbindungen zwischen dem Sudan und Aegypten abgeschnitten wurden. Letzthin haben die Führer der in Afrika operierenden Kriegergruppen Post- sowie andere Verbindungen mit Ali Dinar hergestellt. Im übrigen setzt der Emir von Darfur, der sich niemals eine Gelegenheit entgehen ließ, seine Treue gegenüber dem Kalifat zu beweisen, auch diesmal inmitten ungeheurer Schwierigkeiten den Engländern tapferen Widerstand entgegen und hat es auf diese Weise dahin gebracht, einerseits Früchte des Dschihad zu pflücken, andererseits wieder einmal seine Ergebenheit dem Kalifen gegenüber zu bekunden.

Die muselmanische Bevölkerung Aegyptens zögert in keiner Weise, jedesmal, wenn sich die Gelegenheit bietet, ihre Sympathien zur ottomanischen Regierung zu bezeigen. Das von den Engländern in Aegypten eingeführte grausame Regime hat nur eine Verstärkung dieser Gefühle der Ergebenheit und Treue bewirkt. Wenn im Freitagsgebet der Name des falschen Khediven genannt wird, demonstrieren die Anwesenden dagegen, während wenn der Name des Kalifen angerufen wird, sich aus Tausenden von aufrichtigen Herzen die Amen erheben, was die in der Umgebung der Moscheen aufgestellten Geheimagenten vor Wut schäumen läßt. Vor einigen Monaten wollten die Engländer die ägyptischen Reservisten unter die Fahnen einberufen. Diese empörten sich jedoch nach ihrer Einberufung und erklärten, daß sie ihre Waffen nicht gegen Muselmanen gebrauchen werden. So war man gezwungen, auf die Einberufung dieser Reservistenklasse zu verzichten.

Neue Freie Presse
14./VIII. 1916

Verhaftung von Friedenspropagandisten in Berlin.

(Telegramme der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 13. August.

Vor kurzem wurde mitgeteilt, daß in Berlin durch anonyme Flugschriften der Versuch unternommen wird, für eine gewaltsame Herbeiführung des Friedens Stimmung zu machen, besonders durch Generalstreiks usw. Auch der sozialdemokratische Parteivorstand hat vor diesem gefährlichen Treiben im „Vorwärts" gewarnt. Wie nun der „Lokalanzeiger" erfährt, hat die Polizei in dieser Sache Hausdurchsuchungen vorgenommen und als Hersteller mehrerer solcher anonymen Druckschriften eine hiesige kleine Druckerei ermittelt, deren Inhaber noch nebenbei in einer hiesigen Fabrik zu arbeiten pflegt, in der sonst das Anarchistenorgan „Der freie Arbeiter" gedruckt worden war. Als Auftraggeber dieser Drucksachen mit irreführenden Preßvermerken, wie Schweizerische Genossenschaftsdruckerei, Bern, wurde ein Redakteur des hiesigen sozialdemokratischen Pressebureaus und als Verbreiter ein Schriftführer des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend festgenommen, die beide auf dem Boden der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft stehen. Der Drucker, der Besteller und der Verbreiter sind nach eingehenden Feststellungen dem Staatsanwalt zugeführt worden und sehen strenger Bestrafung entgegen.

Neue Freie Presse
14. Juli. 1916

Die Verpflegung der Bevölkerung von Polen und Serbien.

Abweisende Noten Greys an die amerikanische Regierung.

London, 12. August.

Das Reutersche Bureau meldet:

Staatssekretär Grey sagt in einer Note zu der Antwort der deutschen Regierung auf das Anerbieten der alliierten Regierungen in betreff der Hilfeleistung für die besetzten Gebiete:

„Ich will nicht eingehen auf die Unbestimmtheit und die Ungenauigkeit dieser Antwort, wie also die grundlose Behauptung, daß es unmöglich sei, vor dem 1. Oktober irgendwelche Nahrungsmittel nach Polen einzuführen. Ein solcher Streit würde meines Erachtens nutzlos sein. Der Regierung liegen bis jetzt die Denkschrift der deutschen Regierung über das nördliche Polen und die Denkschrift der österreichisch-ungarischen Regierung über Serbien vor. Beide Denkschriften stehen in geradem Widerspruch zu den Behauptungen der Persönlichkeiten, die andauernd Bittgesuche an die Regierungen der Alliierten im Interesse der besetzten Gebiete richten. Sr. Majestät Regierung bemerkt, daß nach Meinung der deutschen Regierung auch weitere Verhandlungen zwecklos sind. Unter diesen Umständen fühlt Sr. Majestät Regierung, daß sie nichts mehr tun kann und es der Regierung der Vereinigten Staaten überlassen muß, weitere Schritte zu tun, die sie für recht und nützlich hält."

In einer anderen Note Greys an den amerikanischen Botschafter heißt es:

„Ich erhielt von der serbischen Regierung ein dringendes Unterstützungsgesuch, daß dem amerikanischen Roten Kreuze angesichts der Verzweiflung der Bevölkerung wegen der in verschiedenen Gebieten herrschenden Hungersnot 2000 Tonnen rumänischen Getreides seitens der Regierungen der Verbündeten zur Einfuhr nach Serbien freigegeben werden möchten. Ich habe den Gesandten Sr. Majestät in Bukarest angewiesen, den dortigen Gesandten der Vereinigten Staaten davon zu unterrichten, daß sowohl die österreichisch-ungarische als auch die deutsche Regierung gewaltige Mengen Nahrungsmittel in Rumänien besitzen. Ihnen kommt es zu, für die serbische Bevölkerung zu sorgen. Ich nehme diese Gelegenheit wahr, um auf den beständigen Zustand der Ungewißheit hinzuweisen, in die die Regierungen der Alliierten durch die Tatsache versetzt werden, daß sie niemals irgendwelche amtliche Mitteilungen von der deutschen und der österreichisch-ungarischen Regierung über die Stellung zu den Unterstützungsplänen erhalten, die den Regierungen der Alliierten von Zeit zu Zeit durch Neutrale in dringender Weise vorgelegt werden. Die deutsche und die österreichisch-ungarische Regierung beschränken sich auf Mitteilungen in der Presse gerade zu einer Zeit, wo die dringende Notwendigkeit der Einfuhr Sr. Majestät Regierung durch philanthropische amerikanische Gesellschaften dargelegt wird."

Neue Freie Presse
14./VIII. 1916
173

Die Forderung nach Einziehung der deutschen Vermögen in England.

Eine ausweichende Antwort der englischen Regierung.

London, 12. August.

In der Sitzung des Oberhauses vom 9. d. stellte Lord Beresford die Anfrage, ob die Regierung den Wert der britischen Vermögen in Deutschland und der deutschen Vermögen in Großbritannien bekanntgeben könne und ob die Regierung nicht jetzt nach der Ermordung des Kapitäns Fryatt Vergeltung üben könnte, indem sie alles deutsche Vermögen beschlagnahme und alle Personen deutscher Geburt internieren ließe. Lord Beresford fragte weiter, ob man nicht einen Teil des deutschen Vermögens beschlagnahmen und der Witwe Fryatts 50.000 Pfund Sterling daraus überweisen könnte.

Minister Lansdowne erwiderte, die vorhandene Statistik über deutsches Vermögen in England und englisches in Deutschland sei unvollständig und unzuverlässig; sie könne daher nicht veröffentlicht werden. Was die Idee betreffe, durch Vermögenseinziehung Vergeltung zu üben, so ließe sich darüber eher reden, als über den anderweitig geäußerten Gedanken, durch Akte der Grausamkeit, Verfolgung und Barbarei Vergeltung zu üben. Eine solche Politik sei mit Recht verurteilt worden. Die Frage der Vergeltung durch Vermögensbeschlagnahme sei von der Regierung in Erwägung gezogen worden, aber eine solche Politik müsse mit viel Ueberlegung ausgeführt werden. Die wirtschaftlichen Fragen seien sehr verwickelt; man müsse sicher sein, daß man sich vor dem Feinde nicht eine größere Blöße gebe als dieser. Die Regierung berate über diese Frage gegenwärtig mit Fachleuten des Handels- und Bankwesens.

Die Zeit 14. VIII. 1916

Kriegsfragen im Unterhause.

Fleischlose Tage.

KB London, 14. August.

Im Unterhaus sagte der erste Kommissär für Arbeiten und öffentliche Bauten Harcourt auf eine Anfrage Fabers, da die Zeit herannahe, wo die einheimische Fleischproduktion steige, könne man nicht sagen, daß die Fleischnot dringlicher werde.

Faber warf darauf ein, daß sehr große Teile der Bevölkerung Fleisch wegen der hohen Preise nicht mehr bezahlen könnten.

Harcourt erwiderte, er hoffe, daß die Preise sinken werden.

Faber fragte weiters, ob es nicht vorteilhaft wäre, fleischlose Tage einzuführen. Harcourt antwortete, er glaube nicht, daß dies die Lage verbessern würde.

Die Zeppelinangriffe.

Einige Mitglieder des Unterhauses kamen auf die letzten Zeppelinangriffe zu sprechen und bemerkten, daß in einer Stadt an der Ostküste, wo einige Personen bei dem Zeppelinangriff umgekommen seien, nur ein Abwehrgeschütz und ein unbedeutender Scheinwerfer vorhanden waren; an einem anderen Platz versagte der Scheinwerfer.

Pringle fragte, ob die betreffende Stadt, die ein bekanntes Angriffsziel für Luftschiffe sei, nicht besser geschützt werden könnte.

Johnson Hicks fragte, wann der längst angekündigte Schutzplan ausgeführt werden würde.

Major Baird antwortete im Namen der Regierung, das Ministerium habe auch noch andere Aufgaben und müsse sowohl den Bedürfnissen der Armee im Felde als auch denen des Abwehrdienstes entsprechen.

Die Finanzgebarung des Schatzamtes.

In der Kommissionsberatung kritisierte das Mitglied C. Henry die Finanzgebarung des Schatzamtes und führte aus: Der Schatzkanzler gab in der letzten Zeit kurzfristige Anweisungen aus, namentlich Schatzwechsel, anstatt eine Anleihe aufzunehmen. Der Betrag der ausstehenden Schatzwechsel beläuft sich jetzt auf 850 Millionen Pfund, wofür 6 Prozent Zinsen bezahlt werden. Die Gebarung schadet dem finanziellen Prestige Englands. Der Grund, weshalb der Schatzkanzler keine neue Anleihe aufnehme, sei offenbar der, daß er gelegentlich der Anleihe vom Jahre 1915 das Versprechen gegeben habe, daß, wenn eine künftige Anleihe zu günstigeren Bedingungen stattfände, die Inhaber der alten Anleihe dieselben Vorteile genießen sollten. Der Schatzkanzler, sagte der Redner, war zu optimistisch, da er an ein baldiges Kriegsende glaubte und er in diesem Falle annahm, die Anleihe zu vorteilhafteren Bedingungen ausgeben zu können. Dies ist ein Irrtum, denn nach dem Kriege würde beim Publikum das Geldinteresse die patriotischen Empfindungen bei Geldanlagen überwiegen. Die neue Anleihe würde daher eine Zwangsanleihe sein müssen. Redner erklärte, er habe die Erhöhung der Bankrate auf 6 Prozent für einen Fehler gehalten, und sprach die Erwartung aus, daß der Schatzkanzler, der für die Kriegsdauer weiter Geld borgen müsse, die Praxis der kurzfristigen Schatzanweisungen aufgeben würde.

Frederic Banbury schloß sich der Kritik des Vorredners an, erklärte jedoch, daß er die Erhöhung des Bankdiskonts für richtig gehalten habe. In der City halte man die schwebende Schuld von 850 Millionen Pfund für eine große Gefahr. Man dürfe die Ausgabe einer festen Anleihe nicht allzu lange hinausschieben. Redner halte es für unwahrscheinlich, daß nach dem Kriege mehr und billigeres Geld verfügbar sein werde.

Die schrecklichste Katastrophe der Weltgeschichte.

Faber sagte: Wir stehen vor der schrecklichsten Katastrophe der Weltgeschichte. Niemand ahnte, daß solche ungeheuere Finanzfragen der Lösung bedürfen werden. Fünf Millionen Kriegskosten täglich! Gott allein weiß, wann das aufhören wird! Wenn der Schatzkanzler diese Entwicklung von Anfang an vorausgesehen hätte, würde er eine andere Politik verfolgt haben. Der Betrag der Schatzanweisungen erreichte eine beunruhigende Höhe. Die Banken bedürfen einer Ruhezeit, um bei ihren Kunden weitere Geldquellen erschließen zu können.

Schatzkanzler MacKenna erwiderte, er habe die Praxis kurzfristiger Schatzanweisungen vorgefunden, aber im Gegensatz dazu eine feste Anleihe ausgegeben. Wenn er seitdem nicht zu neuen Anleihen geschritten sei, so könne man sich denken, daß das politisch begründet war. Wenn er eine Anleihe lange voraus ankündigen würde, würde das nur zu großen Börsenspekulationen führen. In den vier Monaten April bis Ende Juli seien 275 Millionen Pfund Schatzwechsel ausgegeben, aber die dreimonatigen Schatzwechsel vermindert und dafür solche von sechs, neun und zwölf Monaten bevorzugt worden. Ein beträchtlicher Teil der Anweisungen würde aus den Staatseinnahmen zurückgezahlt werden. Was die Frage einer Anleihe betreffe, sei das innere Finanzproblem wenig gegenüber der Aufgabe der täglichen Finanzierung der Bezüge aus dem Ausland. Diese täglichen Zahlungen kämen zwei Millionen Pfund nahe. Wenn es schon schwierig sei, die notwendigen Kredite in England zu erhalten, so sei es noch viel schwerer, sie im Ausland auf der Höhe zu halten. Diese Zahlungen an das Ausland machten eine Erhöhung der Bankrate notwendig. Gegenüber den ausländischen Gläubigern müsse das Schatzamt auf die Einkommensteuer verzichten, da die Banken in den neutralen Ländern nicht unter fünf und mehr Prozent und nur ohne Einkommensteuer Kredite gewähren. Aber England sei in der glücklichen Lage, im Ausland Geld zu einem niedrigeren Zinsfuß zu erhalten als jede andere kriegführende Macht. Er könne nicht sagen, wann er eine neue Anleihe ausgeben werde, aber er werde es sicher ohne Zögern tun, wenn die Gelegenheit günstig sein werde und die allgemeinen Bedingungen der englischen Finanzen es angezeigt erscheinen lassen werden.

Neue Steuern und Anleihen.

Der Schatzkanzler gab hierauf die bereits gemeldete Uebersicht der Gesamtschuld und des Volkseinkommens und schloß mit dem Hinweis darauf, daß, wenn man zwei Jahre Geld zu einem annehmbaren Zinsfuß erhalten habe, er nicht daran zweifle, daß das britische Publikum die Regierung auch weiterhin durch Steuern und Anleihen unterstützen werde. England werde seinen Kredit bis zum Ende des Krieges, so lange er auch noch dauern möge, aufrechterhalten.

Bryce führte aus, es sei erstaunlich, daß sowohl Frankreich als auch Rußland 200 Millionen in Gold aufspeicherten, um, wie sie sagten, den Kredit nach dem Kriege aufrechtzuerhalten. Aber ihr Kredit würde doch nur durch England aufrechterhalten. Rußland und Frankreich sollten England 50 oder 100 Millionen von ihrem Golde abgeben, wodurch sich die Finanzlage Englands völlig ändern würde.

Sir Henry wies darauf hin, daß der Schatzkanzler die eigentliche Kritik an seiner Finanzgebarung unbeantwortet gelassen habe.

Hamburger Fremdenblatt 15/VIII. 1916.

Die Schweiz zwischen Hammer und Amboß

dt Bern, 11. August.

„Die Deutschen hören nicht auf, die Schweiz zwischen Hammer und Amboß zu drängen." So schrieb Herr Jean Herbette noch am 8. August im „Echo de Paris" und ließ sich die Feder dabei, wie gewöhnlich, offenbar vom französischen Auswärtigen Amte führen. Seit gestern ist es keinem Schweizer mehr fraglich, wer wirklich die Schweiz zwischen Hammer und Amboß drängt. Mag immerhin der klare, unveränderte und wohl begründete deutsche Standpunkt wie ein Amboß erscheinen, die unfreundliche an Vertragsbruch grenzende Weigerung der Entente, der Schweiz auch nur das geringste Entgegenkommen zu erweisen, wirkt wie ein sinnlos niedersausender Hammerschlag, der das ganze Land aufs schwerste trifft und auch den Neutralsten der Neutralen plötzlich spüren läßt, was die Schweiz von Frankreich und seinen Verbündeten zu gewärtigen hat.

Einen Faustschlag auf den Tisch genannt hat Jean Herbette in jener Nummer des Pariser „Echo" unsere Ausführungen im Ersten Morgenblatt vom 3. ds. Mts. über „Die deutsche Note und die Not der Schweiz", und er hat eine ganze lange Spalte daran gewendet, sie zu widerlegen. Wir sind uns nicht bewußt, mit geballter Faust auf den Tisch geschlagen zu haben, obgleich das hin und wieder eine ganz heilsame Bewegung ist, aber wir müssen wohl den Nagel auf den Kopf getroffen haben, da der offiziöse Schreiber sich so eifrig bemüht, unserer Darlegung die Spitze abzubrechen. Heute, da die Verhandlungen der Eidgenossenschaft mit der Entente gescheitert sind und jedes weitere Wort zwischen der Schweiz und den Alliierten überflüssig geworden ist, hat es keinen Zweck, die einzelnen Streitpunkte nochmals durchzuhecheln. Ein paar Lügen, Verdrehungen und Geständnisse aber aus der Erwiderung des Herrn Herbette, als des Sprachrohrs der Entente, auf unseren Aufsatz wollen wir doch noch aufgreifen, um sie ein für allemal zu erledigen.

Da echot Herbette im „Echo" die alte Lüge wieder, Deutschland habe durch einen zu Kriegsbeginn abgeschlossenen Vertrag der Schweiz versprochen, ihr die nötige Kohle bedingungslos zu liefern. Wenn es jetzt die Kohlenlieferung von der Fortsetzung des Kompensationsverkehrs abhängig mache, behandele es jenen Vertrag als einen Wisch Papier. Die Schweiz weiß seit gestern, wer Verträge wie einen Fetzen Papier behandelt. Jenes Abkommen aber existiert nur in der Phantasie der Ententeschreiber. Niemals hat Deutschland der Schweiz versprochen, ihr die nötige Kohle zu liefern; es hat ihr nur zugesichert, der Zufuhr von Kohle in die Schweiz keinerlei Hindernisse in den Weg zu legen. Wenn also Schweden oder sonst ein Land der Schweiz heute Kohle liefern wollte und könnte, so dürfte und würde Deutschland dem Transport über sein Gebiet nichts in den Weg legen. Das Recht, die Ausfuhr seiner eigenen Kohle einzuschränken, wenn aus irgend einem Grunde sein Lebensinteresse ihm dies gebietet, hat Deutschland selbstverständlich nie aus der Hand gegeben.

Herbette klammert sich besonders an unsere Darstellung der Baumwollfrage. Er kann nicht bestreiten, daß der Baumwollvorrat in Deutschland durch den von der Schweiz vorgeschlagenen, von der Entente jetzt abgelehnten sogenannten Restitutionsverkehr, den Austausch von baumwollenen Fertigfabrikaten gegen Rohbaumwolle, keineswegs zunehmen würde. Er scheint auch nicht im Ernst daran zu glauben, daß Deutschland auf die Rohbaumwolle aus der Schweiz warte, um neue Spengstoffe daraus herzustellen. So viel Voraussicht traut die Entente der deutschen Heeresleitung, die doch den Krieg ihrer Meinung nach seit 44 Jahren vorbereitet hat, wohl zu, daß sie das bißchen für ihre Zwecke nötige Baumwolle längst zurückgelegt hat, vom Ersatz der Baumwolle durch Zellulose ganz zu schweigen. Aber, gesteht Herbette, „die Rohbaumwolle kann den feiernden deutschen Spinnereien und Webereien Arbeit liefern". Da sagt der Franzose einmal ausnahmsweise die Wahrheit und enthüllt damit ein neues, edles Kriegsziel der Entente. Sie will nicht nur die deutsche Bevölkerung aushungern, nicht nur die Vermehrung des deutschen Rohstoffbestandes verhindern, sie will, auch wenn dieser Bestand der gleiche bleibt, die deutschen Arbeiter im Lande zum Feiern zwingen. Und die Schweiz muß leiden, damit deutsche Arbeiter brotlos werden! Wenn Herbette sich im übrigen wundert, daß Deutschland bei seinem eigenen Mangel an Baumwollfabrikaten noch bereit sei, solche in die Schweiz auszuführen, so ist darauf nur zu sagen: hier liegen seit langem von der Schweiz bei Deutschland gemachte Bestellungen vor, und deutsche Kaufleute pflegen ihre Aufträge auszuführen.

Ueber den Kernpunkt unserer Darlegung voltigiert der Franzose mit einer frechen Verdächtigung hinweg. Er hütet sich, mit einem einzigen näheren Wort darauf einzugehen, sondern behauptet nur, die von uns zum Beweise herangezogene Stelle aus den Statuten der S. S. S. hätten wir gefälscht. So drückt man sich in Frankreich um die Wahrheit herum. Die Schweiz weiß, daß der zweite Absatz des Artikels 11 des Trusivertrags die Ausfuhr weiterer Austauschwaren, die Gegenstand besonderer Unterhandlungen bilden sollte, vorsah. Wenn Frankreich mit seinen Alliierten jetzt eine solche Ausfuhr glatt ablehnt, so hat es damit den Vertrag gebrochen, wie es bei seiner Abschließung die Schweiz wissentlich betrogen hat. Was für Folgerungen die Eidgenossenschaft aus diesem Verhalten der Entente ziehen wird, muß die nächste Zeit lehren.

Herr Herbette macht schließlich der „Frankfurter Zeitung" einen „ehrenwerten Vorschlag" und bittet ihren, wie er sagt, wohlunterrichteten und kompetenten Mitarbeiter, dafür zu sorgen, daß Deutschland die Akten seiner ganzen Verhandlungen mit der Schweiz den Augen der Welt unterbreite. Herr Herbette überschätzt bei weitem den Einfluß eines bescheidenen Zeitungskorrespondenten, der in den Schriftenaustausch zweier Staaten weder Einsicht noch auf die Entscheidung über seine Veröffentlichung oder Geheimhaltung den geringsten Einfluß hat. Vielleicht erfreut sich Herr Herbette am Quai d'Orsay einflußreicherer Beziehungen. Für diesen Fall schlagen wir unsererseits ihm vor, er möge die französische Regierung bestimmen, die Urkunden ihrer Verhandlungen mit der Schweiz über den Artikel 11 der Statuten der S. S. S. der Welt bekanntzugeben. (Und dazu vielleicht auch den Meinungsaustausch, der über § 11 zwischen Paris und London gepflogen worden ist. Red.) Dieser Artikel interessiert im Augenblick die Schweiz und die anderen Neutralen ganz besonders, nachdem er soeben von der Entente mit Füßen getreten ist.

Neue Freie Presse 15./VIII. 1916

Ein deutsches Weißbuch über die „Baralong"-Affäre.

Berlin, 13. August.

Dem Reichstage ist ein Weißbuch über den „Baralong"-Fall zugegangen. Dasselbe enthält die diesen Fall betreffenden amtlichen Schriftstücke, nämlich: 1. die Denkschrift der deutschen Regierung über die Ermordung der Besatzung eines deutschen Unterseebootes durch den Kommandanten des britischen Hilfskreuzers „Baralong" am 28. November 1915 und Anlage 1 bis 5 zur Denkschrift, enthaltend Zeugenaussagen in englischer Sprache nebst deutscher Uebersetzung; 2. die Antwort der britischen Regierung vom 14. Dezember 1915 nebst deutscher Uebersetzung; 3. die Erwiderung der deutschen Regierung vom 10. Januar 1916; 4. die Antwort der britischen Regierung vom 25. Februar 1916 nebst deutscher Uebersetzung; 5. das Schlußwort der deutschen Regierung.

Das Schlußwort lautet: Die deutsche Regierung hat in ihrer Erwiderung auf die Erklärungen der britischen Regierung zu der deutschen Denkschrift über den „Baralong"-Fall vom 10. Januar 1916 den Standpunkt eingenommen, daß es für sie im Hinblick auf die empörende Haltung der britischen Regierung nicht möglich sei, weiter mit ihr über diesen Fall zu verhandeln. Sie kündigte zu gleicher Zeit an, daß sie nunmehr selbst die der Herausforderung entsprechenden Vergeltungsmaßregeln treffen werde. In ihrer letzten Antwort glaubt die britische Regierung über den Mord, den der Kapitän und die Mannschaft des „Baralong" an der wehrlosen Mannschaft eines deutschen Unterseebootes begangen haben, mit dem bloßen Hinweis auf die Unzuverlässigkeit der Aussagen eines Zeugen, dessen Namen sie nicht einmal angibt, hinweggehen zu können. Dagegen stützt sie sich für die von ihr mit dem „Baralong"-Fall in Zusammenhang gebrachten drei Fälle angeblich von deutschen Seestreitkräften begangener Grausamkeiten lediglich auf haltlose Behauptungen, ohne dafür irgendwelches Material beizubringen. Die deutsche Regierung kann diese Behauptungen auf Grund der eidlichen Aussagen und dienstlichen Meldungen der zur Sache vernommenen Zeugen nur mit Entrüstung zurückweisen.

Was aber den „Baralong"-Fall betrifft, so muß nochmals mit aller Schärfe darauf hingewiesen werden, daß sich die britische Regierung trotz des ihr mitgeteilten Materials geweigert hat, selbst eine Untersuchung einzuleiten. Damit hat sie anerkannt, daß sie es nicht wagen kann, den Fall vor ein Gericht der eigenen Standesgenossen der Beschuldigten zu bringen. Die deutsche Regierung sah sich hienach, ihrer Ankündigung entsprechend, genötigt, die Ahndung des ungesühnten Verbrechens selbst in die Hand zu nehmen. Eine Vergeltung der Untaten der britischen Seeleute im „Baralong"-Fall mit Maßnahmen gleicher Art, etwa durch Erschießung britischer Kriegsgefangener, hat sie selbstverständlich abgelehnt, aber die deutschen Luftschiffe werden das englische Volk davon überzeugt haben, daß Deutschland in der Lage ist, die von den Offizieren und Mannschaften des „Baralong" begangenen Straftaten nicht ungesühnt zu lassen. Wenn früher die unvermeidliche Gefährdung der Zivilbevölkerung bei der Verwendung der deutschen Zeppeline für militärische Zwecke besondere Berücksichtigung gefunden hat, so konnten angesichts des „Baralong"-Mordes solche Rücksichten nicht mehr durchgreifen. England gegenüber wird seitdem die Waffe des Luftschiffes innerhalb der Grenzen des Völkerrechts rücksichtslos ausgenützt. Bei jedem Luftschiff, das auf London oder auf andere verteidigte oder Anlagen militärischen Charakters enthaltende englische Städte seine zerstörenden Bomben abwirft, soll England sich des „Baralong"-Falles erinnern.

Neue Freie Presse
15./VIII. 1916

177

Wien, 14. August. (Gebrauch der kroatischen Bezeichnungen für Ortsnamen Dalmatiens.) Das zuständige Armeeoberkommando hat angeordnet, daß alle ihm unterstehenden Kommanden, Behörden, Truppen und Anstalten im amtlichen Verkehr untereinander und im Verkehr mit den Zivilstellen für die nachfolgend genannten Orte im Königreich Dalmatien statt der bisher gebräuchlichen italienischen die kroatischen Bezeichnungen zu gebrauchen haben: Zara — Zadar, Sebenico — Sibenik, Stretto — Tijesino, Scardona — Stradin, Trau — Trogier, Salona — Solin, Spalato — Split, Clissa — Klis, Almissa — Omis, Fortopus — Opuzen, Ragusa — Dubrovnik, Stagno — Ston, Ragusavecchia — Cavtat, Castelnuovo — Ercegnovi, Cattaro — Kotor, Teodo — Tivat, Budua — Budva, Risano — Risan, Perasto — Peraft. Für die entsprechende Bezeichnung der übrigen Ortschaften Dalmatiens gibt das amtliche Ortsnamenregister Aufschluß. Zur Vermeidung von Unstimmigkeiten oder Reibungen sind vorläufig den kroatischen die bisher gebräuchlichen Namen in Klammern beizusetzen, nach Ablauf der bestimmten Frist jedoch lediglich die ersteren zu gebrauchen.

Hamburger Fremdenblatt 15. VIII. 1916

Bernard Shaw's Abrechnung mit Lord Grey.

t Haag, 13. August. (Priv.-Tel., zf.)

In der „New York Times" vom 9. Juli schreibt Bernard Shaw über Grey aus Anlaß von dessen Interview, das am 14. Mai in der „Chicago Daily News" erschienen war. Shaw nennt das Interview beunruhigend und sagt, es scheine fast aus den Tagen des August 1914 zu kommen. „Seit diesem jämmerlichen Monat," heißt es weiter, „in dem alle Menschen einen Haufen von Unsinn auskramten, zu dem Sir Edward Grey seinen vollen Anteil beitrug, scheint Grey keinen Schritt vorwärtsgetan zu haben, und das ist doch eine betrübende Aussicht. Man darf nicht vergessen, daß im Gegensatz zu alledem, was in England über die Friedensbedingungen geredet wird, z. B. daß man lieber sterben werde als verlieren, daß man bis zum letzten Penny und bis zum letzten Blutstropfen kämpfen werde, dennoch der Tag kommen wird, an dem Grey im Unterhause mitteilt, daß er einen Vertrag gezeichnet habe und daß England selbst, wenn es nicht wolle, den Vertrag schlucken könne. Das ist auch die Manier," fährt Shaw fort, „durch welche Großbritannien in den Krieg gebracht wurde, das ist die Manier, nach der Grey sich verpflichtet, nicht aufhören zu kämpfen, bevor seine Bundesgenossen davon genug haben."

„Man kann nicht klar genug begreifen, daß am Ende des Krieges genau so wie zu Beginn England gänzlich in den Händen des Ministeriums des Aeußern ist und daß, solange Grey Staatssekretär des Aeußern bleibt, Englands Interessen und in der Tat Europas Zukunft, soweit die Diplomatie Einfluß darauf hat, vollkommen der Tchtigkeit und dem Charakter des Sir Edward Grey ausgeliefert sind. Das ist eine schwere Verantwortung, und selbst bei der günstigsten Beurteilung der Talente Greys ist für das britische Reich so viel auf dem Spiele, daß nur ein gänzlich wahnsinnig gewordener Hasardspieler und ein phantastischer Anhänger der englischen Junkerregierung davon einen herzhaften Genuß haben kann. Man steht deshalb ganz erstaunt da, wenn man in den Aeußerungen Greys Darlegungen und Behauptungen liest, die seit der Mitte des Jahres 1915, als die öffentliche Meinung etwas mehr zur Besinnung kam, von ernsteren Beurteilern des Krieges bereits zum alten Eisen geworfen worden sind.

„Grey scheint noch immer auf der Behauptung bestehen zu wollen, daß er in einen „Kreuzzug" gegangen ist, wie Treitschke früher von den deutschen Kriegen geschrieben hat; (die deutsche Regierung und das deutsche Volk sind gleichermaßen wenig verantwortlich für diese Dinge, die sie zum größten Teil überhaupt nicht gelesen haben, ebensowenig wie das englische Volk und die englische Regierung verantwortlich sind für Dinge, die General Buller und andere englische militärische Autoren geschrieben haben.) Grey steht noch immer unter dem Eindruck, daß Belgien von Deutschland, Frankreich und England das Versprechen erhielt, seine Neutralität werde geachtet. Die Wahrheit ist, wie Grey bequem aus seinen eigenen Weißbüchern nachkontrollieren kann, daß alle drei Mächte darin übereinstimmten, die Neutralität Belgiens zu garantieren, jedoch lediglich auf Grund der Bedingungen, daß die zwei anderen Mächte dies auch taten, was gleichstand mit der Bedingung, daß kein Krieg stattfinde. Wir müssen dieser belgischen Frage klar gegenübertreten. Von der Unabhängigkeit Belgiens kann ebensowenig die Rede sein, wie von der Unabhängigkeit Irlands. So ist es stets gewesen, seit Belgien als Pufferstaat zwischen die Großmächte Westeuropas eingesetzt worden ist. Solange Belgien nicht unter den Schutz einer übernationalen Organisation gestellt wird, die stärker ist als die nationalen Mächte oder ihre kampflustigen Verbände, muß Belgien sein gegenwärtiges Los als ein Bollwerk für England und Frankreich gegen Deutschland ertragen, wie Grey und auch der Reichskanzler ganz richtig gesagt haben. England ist unsere Burg, aber Belgien ist unser Außenwerk und wir können Belgien als unser Außenwerk nicht übergeben, ebensowenig wie wir zaudern können, unsere Truppen in dieses Land zu werfen, wenn es sich nicht gegen Deutschland halten kann. Wir müßten es genau so verteidigen, als wäre es Portsmouth, ganz gleich wie stark auch Belgien dagegen protestieren möge.

„So liegt nun die Sache für uns und genau so liegt sie auch für Frankreich. Jeder Mann in Europa weiß es außer den Abonnenten der Londoner illustrierten Half-Penny-Blätter. Grey und seine Kollegen erhielten bei Beginn des Krieges die Unterstützung des Publikums, indem sie die Neutralität Belgiens als etwas so heilig Hohes hinstellen, daß allein die am tiefsten gesunkenen Hunnen ihre Waffen gegen Belgien ziehen konnten. Ich war damals so gänzlich anderer Meinung wie Sir Edward Grey, daß ich sagte, wenn unser eigener militärischer Erfolg auf dem Spiel stände, würden wir eher die Neutralität des Himmelreiches verletzen, als einem deutschen Soldaten auch nur den Schatten einer Möglichkeit zu geben, den Fuß auf einen Weg in Kent zu setzen. Was in Griechenland geschehen ist, hat bewiesen, daß ich vollkommen recht hatte. Wie das Interview der „Chicagoer Daily News" zeigt, hat sich Lord Grey nun zu meiner Auffassung bekehrt. Er hält daran fest, daß Deutschland auf Grund der Neutralitätsfrage abgeurteilt werden müsse, selbst wenn er deshalb unser eigenes Vorgehen in Griechenland als moralisch unzulässig preisgeben müßte. Da ich nun glücklicherweise im Jahre 1914 heldenhaft der Versuchung widerstanden habe, die Haager Konferenz und den Vertrag von 1839 als einen Stock zu gebrauchen, um Deutschland damit zu schlagen, kann ich nun, ohne mich öffentlich lächerlich zu machen, zugeben, daß die militärische Notwendigkeit England das Recht gab, die griechischen Inseln zu besetzen und für seinen Bundesgenossen Serbien das Recht des Durchzugs zu verlangen. Ich kann wiederholen, daß der deutsche Angriff auf Frankreich ein gänzlich zweckloser Bruch des Friedens von Westeuropa war und die wahre Achillesferse von Deutschlands moralischer Position bildet. (Nach Shaws Ansicht hätte also wohl Deutschland warten sollen, bis Frankreich, das es ablehnte neutral zu bleiben, das linke Rheinufer besetzt hätte. D. Red.) Meine Befürchtung ist nun die, daß einer unserer Bevollmächtigten, der sich in diese schwierige Angelegenheit hineinbegibt, während sein Urteil noch umnebelt ist, keine Chancen haben wird gegenüber den deutschen Staatsmännern, die wohl kaum geschickter als die unseren sind, aber mit Worten bedeutend sparsamer umgehen und die eine Energie des Handelns erreichen, indem sie ihren Weg durch den sittlichen Humbug hindurchhacken.

„Dieser Punkt ist von der höchsten Wichtigkeit, da wir gegenüber der belgischen Frage nicht deutlich und klar genug sein können. Unsere These ist, daß, solange die gegenwärtige militärische Grundlage der internationalen Beziehungen nicht selbst eine Grundlage des übernationalen Rechtes erhält, Belgien von Deutschland unabhängig sein muß. Die deutsche These ist, daß Belgien unabhängig sein muß von Frankreich und England. Die kriegführenden Parteien meinen, daß Belgien, obschon dem Namen nach unabhängig (in der Friedenszeit ist es dies in der Tat) im Kriege an die Seite einer kriegführenden Gruppe zu treten hat. Natürlich verlangt jede der Mächtegruppen, das Belgien seine Partei nehme. Wenn nun dieser Konflikt allein durch die kriegführenden Parteien geschlichtet werden muß, so muß er eben mit Blut und Stahl und nicht mit Weihnachtswünschen und Traktätchen geschlichtet werden. Nun, wo Deutschland im Besitze von Belgien ist und mit Wagners Lindwurm sagen kann: „Ich liege und besitze", muß England Deutschland durch den Kampf und durch Aushungerung aus Belgien vertreiben, Deutschland aber muß mit eiserner Gewalt sich verteidigen und sich äußerst anstrengen, um sich nicht vertreiben zu lassen."

Shaw denkt an die Möglichkeit, daß die neutralen Mächte dem Kampfe ein Ende machen könnten, indem sie gemeinschaftlich für die Unabhängigkeit Belgiens eintreten. Amerika müsse hierfür die Leitung übernehmen. Vor einem Monat, meint Shaw (Juni oder Mai) hatte England große Hoffnung, daß Amerika an seine Seite treten würde, aber General Maxwell hat diese Hoffnung vorläufig in Irland abgeschossen. Shaw macht sich darüber lustig, daß Grey in seinen Auslassungen stets mit „wir" redet, während er „ich" sagen müßte, und führt weiter aus: „Wir wissen alle, daß Grey nicht auf den Krieg vorbereitet war, zumal er nie auf irgend etwas vorbereitet ist, das in dieser groben und konkreten Welt geschieht, wenn es auch an ihn herangedonnert kommt wie ein verrückt gewordenes Automobil. Aber wenn Grey direkt im Gegensatz zu den Versicherungen der englischen Admiralität und des englischen Kriegsministers aussagt, daß „wir" nicht auf den Krieg vorbereitet wären, dann ist der Eindruck in Europa der, daß der machiavellistische Grey der deutschen Phantasie in Wirklichkeit besteht, denn das englische Kriegsministerium und die englische Admiralität haben deutlich herausgesagt, daß der Oberbefehl in Flandern schon fünf Jahre, bevor der Krieg begann, geregelt worden sei, daß der englische Oberbefehlshaber zu dieser Zeit das Terrain studiert habe und daß die Flotte mit ihrer Aufstapelung von Munition bereits vor fünf Jahren bereit gewesen ist. Wenn er sagt, daß wir den Gebrauch giftiger Gase verworfen hätten, dann fragt sich der erstaunte Ausländer, ob der englische Minister des Aeußern wirklich nicht bemerkt hat, daß England sich sehr beeilt hat, diese giftigen Gase zu benutzen, sobald Deutschland gezeigt hatte, daß dies möglich ist. Was nun die schöne alte Treue Greys gegen das Nationalitätenprinzip und die politische Freiheit betrifft und seinen Spruch: „Wir wollen ein freies Europa" und „Frankreich, Rußland und Italien, führen Krieg, um das zu hüten, was ihren Nationalitäten teuer ist", so müssen wir fragen, welche Wirkung muß das alles auf die neutrale Welt haben und auf unsere so sehr kritischen Feinde, wenn sie sehen, daß die nationale Unabhängigkeit nur ein unbrauchbarer Aberglaube ist, wenn Frankreich in Marokko, Italien in Dalmatien und die Russen in Polen ebenso nach Freiheit und nationaler Unabhängigkeit streben wie Oesterreich in Böhmen, Deutschland in Posen und Schleswig-Holstein, England in Aegypten, Indien und Irland und die Vereinigten Staaten, wenn sie schlau sind, in Mexiko."

„Aber wozu dient es, diese Dinge der Welt zu sagen? Diese denkt und urteilt anders als die englische Heuchelei, die von der Londoner „Times" zugegeben und sogar verteidigt wird."

Die Zeit 15./VIII. 1916

Akademische Kritik.

Der „Deutsche Nationalausschuß" — bekanntlich eine Vereinigung angesehener Persönlichkeiten in Deutschland, die für eine maßvolle Begrenzung der Kriegsziele im Sinne der Bethmannschen Politik eintritt — hat bisher mit seinen Veranstaltungen wenig Glück gehabt. Im Nationalausschuß selbst scheint es vorläufig an Klarheit über die einzuschlagende Richtung und daher auch an einem harmonischen Zusammenwirken zu fehlen. Infolge einer Rede, die eines der führenden Mitglieder des Ausschusses, Prof. v. Harnack, am 1. August hielt, sind einige hervorragende Großindustrielle — an ihrer Spitze steht der bekannte Name Thyssen — aus dem Nationalausschuß ausgetreten. Harnack hatte über das Verhältnis zwischen Privat- und Gemeinwirtschaft gesprochen; er kritisierte scharf das Wirken der „lediglich auf Profit gestimmten" Privatwirtschaft in der Kriegszeit, das Treiben der „Wucherei und Hamsterei", und machte dafür das ganze wirtschaftliche System verantwortlich, das „den vollen Handelsegoismus und das rücksichtslose Verdienen auch im Kriege erlaubt". Nach Harnacks Ansicht folgt daraus, daß in der künftigen Entwicklung die Privatwirtschaft immer mehr durch die Gemeinwirtschaft, das heißt durch staatliche und kommunale Betriebe, abzulösen wäre. Die halb ethischen, halb staatssozialistischen Ideen, die Prof. Harnack — Theolog und nicht Volkswirt von Beruf — aussprach, sind weder neu noch revolutionär, und die Art, wie die Staatsverwaltungen nach dem Kriege von ihren, dann sicherlich vermehrten und erweiterten Wirtschaftsmonopolen Gebrauch machen werden, wird die harmlosen „Gemeinwirtschafts"-Schwärmer wahrscheinlich bald kurieren. Auffallend war allerdings der ungewöhnlich scharfe Ton, in dem ein Mann von der akademischen Stellung Harnacks gegen „Wucherei und Hamsterei" loszog. Sollte der derbe Ton aus so vornehmem Gelehrtenmunde die Herren Thyssen und Genossen so sehr verstimmt haben?

Jedenfalls ist es eine für die Verhältnisse der Kriegszeit überaus charakteristische Tatsache, daß ein titel- und würdenreicher Akademiker wie Harnack, wenn er von den wirtschaftlichen Erscheinungen und Zuständen des Tages spricht, unwillkürlich in den Ton des Volksredners verfällt und ganz unverblümt von Profitgier, von rücksichtslosem Verdienen, von „Wucherei und Hamsterei" spricht. Natürlich meint der gelehrte Mann hier nicht das unschuldige Hamstern der Hausfrau, die ihre Speisekammer nicht leer sehen kann, sondern das Hamstern des Spekulantentums, das durch Zurückhalten notwendiger Bedarfsartikel die Preise hinauftreibt. Und wenn ein Mann von Harnacks Stellung über diese Dinge mit so offenbarer Entrüstung und Verärgerung spricht, so ist das von symptomatischer Bedeutung, weil sich daraus die Stimmung einer ganzen, sozial und kulturell sehr wichtigen Gesellschaftsschichte Deutschlands erkennen läßt. Das sind die Männer der Wissenschaft, der akademischen Berufe, die führende Intelligenz. Diese Schichte hat keinen Anteil an den Kriegsgewinnen, sie erzeugt und verschleißt weder Kriegsmaterial noch Massenbedarfsartikel, ihre wirtschaftliche Existenz ruht in der Regel auf fixen Bezügen oder einem variablen, mäßigen Einkommen — und darum leidet sie schwer unter der Kriegsteuerung und ist schlecht auf die Kreise zu sprechen, für die der Krieg eine gute Geschäftskonjunktur bildet. Wenn reiche Industrielle aus einer Vereinigung austreten, weil ihnen der Ton, in dem ein Akademiker wie Harnack über die Kriegswirtschaft spricht, nicht mehr akademisch genug ist, so zeigt dies, daß sich eine bedenkliche Kluft zwischen dem deutschen Erwerbsleben und dem deutschen Geistesleben aufzutun beginnt.

Die Zeit
15./VIII. 1916

Vom Deutschen Nationalausschuß.

Austritt mehrerer Industrieller.

zz Berlin, 14. August. (Priv.-Tel.)

Infolge der Angriffe, die Prof. v. Harnack in seiner Rede am 1. d. gegen die deutsche Privatindustrie erhoben hat, haben die Herren August Thyssen, Louis Röchling, Peter Klöckner und Freiherr v. Bodenhausen-Degener in Würdigung der maßgebenden Stellung, die Exzellenz v. Harnack innerhalb des Deutschen Nationalausschusses einnimmt, ihren Austritt aus dem Ausschuß erklärt.

Aus der Rede Harnacks.

Die Stelle der Berliner Rede Harnacks, die die ausgetretenen Großindustriellen meinen, lautete wie folgt:

„Das zweite große Ziel hier aber ist die Herstellung einer deutschen Gemeinwirtschaft, das heißt einer wirklich nationalen Arbeitsgemeinschaft. Das Wahlrecht in allen Ehren — ich wünsche, daß sich die weitestgehenden Hoffnungen erfüllen lassen; die religiöse Freiheit in allen Ehren — ich wünsche, daß der Staat nicht mehr nach der Religion forscht, sondern überall und ausschließlich nach der Befähigung und der hingebenden Pflichttreue — ja, aber viel wichtiger noch als diese beiden großen Stücke scheint mir, daß in unserem nationalen Wirtschaftsleben eine entscheidende Aenderung eintritt. Der Krieg hat den unerträglichen Mißstand aufgedeckt, unter dem wir hier leiden. Was haben wir vor dem Kriege besessen? Eine internationale Privatwirtschaft und neben ihr auf einigen Gebieten eine gut arbeitende fiskalische und militärische Staatswirtschaft. Was haben wir im Kriege erlebt? Die fiskalische und militärische Staatswirtschaft erweiterte sich und arbeitete in umfassender Weise, geleitet von genialen Männern, bald ausgezeichnet. Aber dagegen: die internationale Privatwirtschaft brach zusammen, die ausländische Konkurrenz fiel fort und eine unbekümmerte, lediglich auf Profit gestimmte, heimische Privatwirtschaft trat in weiten Kreisen an ihre Stelle. Wucherei und Hamsterei wuchsen auf, und vom Geiste des August 1914 war hier wenig mehr zu spüren. Ich klage nicht einzelne an, obwohl einzelne es verdienen. Ich klage das ganze System an, dem sie unterlagen, das System, das den vollen Handelsegoismus und das rücksichtslose Verdienen auch im Kriege erlaubt, weil man eben überhaupt Grenzen hier nicht gekannt hat und kennt. Wenn es nun gewiß ist, daß wir das in einem Kriege nicht wieder erleben dürfen, so muß man schon im Frieden eine große Aenderung ins Auge fassen. Diese kann sich nur auf der Linie bewegen, auf der einige bedeutende Betriebe unserer nationalen Wirtschaft schon stehen. Ich denke an die Bergwerke, die Kohlen, den Forstbetrieb. Gemischte Unternehmungen brauchen wir in großer Zahl, an denen der Staat oder die Kommunen beteiligt sind. Nirgendwo soll der frische Unternehmersinn und die private Verantwortlichkeit ausgeschaltet werden; aber an den Bedürfnissen und dem Wohl des Ganzen soll sie ihre Grenzen finden. Diese kann nur die Gemeinschaft, repräsentiert durch den Staat, bestimmen."

Neues Wiener Tagblatt
15. Juni 1916

Meldungen über Rumänien.

Budapest, 14. August. (Privattelegramm.) „Magyarorszag" meldet aus Bukarest: Bratianu hat auf die Note der Entente noch immer keine Antwort erteilt. Rußland hat alle Verfügungen an der rumänischen Grenze getroffen. Wo früher kleine Wachtposten den Grenzdienst versahen, stehen jetzt Infanterieregimenter in voller Ausrüstung. Niemand darf die Grenze überschreiten, und die rumänischen Kaufleute, die sich in geschäftlichen Angelegenheiten nach Rußland begaben, haben unaufgefordert das Land sofort zu verlassen. Die russische Regierung will sich nämlich, bis sie auf die Durchzugsnote eine Antwort erhält, für alle Eventualitäten vorbereiten.

* * *

Budapest, 14. August. (Privattelegramm.) Dem „Az Est" wird aus Bukarest gemeldet: Die Königin und der Kronprinz sind wieder nach Sinaia zurückgekehrt und auch die Parteiführer haben sich in die Sommerfrische begeben, um die Parlamentsferien fern von Bukarest zu verbringen. Auch Peter Carp und Marghiloman sind aus Bukarest abgereist.

* * *

Budapest, 14. August. (Privattelegramm.) „Magyarorszag" meldet aus Bukarest: Das offiziöse Blatt „Viitorul" stellt fest, daß die Nachricht russophiler Blätter, die ungarische Grenze sei abgesperrt worden, jeder Grundlage entbehre. Der Personen- und Warenverkehr wird ungestört abgewickelt. Bei Predeal, Orsova und durch den Rotenturmpaß ist der Weg frei, nur bei Burdujeni ist die Grenze abgesperrt.

Peter Carp über das Schicksal Rumäniens.

In seinem Blatte „Moldova" schreibt Peter Carp, der Altmeister der Konservativen Rumäniens, in nachstehender bemerkenswerter Weise über das Schicksal seines Vaterlandes: „Es zirkulieren wieder die alarmierendsten Gerüchte. Aus dem Lager der Vierverbandsanhänger wird das Gerücht verbreitet, daß wir nahe daran sind, an der Seite Rußlands in den Krieg zu treten. Und dennoch wird dies nicht geschehen; wir können es mit Sicherheit behaupten. Es wird nicht geschehen, weil Menschenwille nicht imstande ist, in einem Augenblick den Gang von Ereignissen zu ändern, die die Arbeit und der Fleiß von Jahrzehnten vorbereitet haben. Sie hatten die Macht, sie hatten die sogenannte öffentliche Meinung für sich — und dennoch konnten sie nichts ausrichten. Wie sehr sie sich auch anstrengen mögen, so werden sie doch nichts erreichen. Die feste Politik der Vergangenheit hat uns einen Weg gebahnt, von dem wir nicht abweichen können. In dem heutigen Ringen stellt uns das Schicksal an die Seite der Zentralmächte, und niemand und nichts wird uns an der Erfüllung der Aufgabe hindern können, für die wir uns schon seit fünfzig Jahren vorbereiten. Früher oder später wird Rumänien doch den von lange her vorbereiteten Platz einnehmen und seine historische Rolle spielen!...."

Eine italienische Stimme über Rumänien.

Die „Rivista Politica e Parlamentare" legt den interventionistischen Demonstrationen in Rumänien keine große Bedeutung bei und findet es merkwürdig, daß hitzige Elemente in Frankreich und Italien ihre Bedeutung übertreiben, während sich die rumänische Regierung darüber nicht viel aufrege.

Reichspost Abendbl. 16. Juni 1916

184

Die Friedensfrage und die reichsdeutschen Sozialdemokraten.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Der sozialdemokratische Wortführer Dr. Gustav Müller beschuldigte kürzlich in den „Sozial. Monatsheften" Nr. 14 die Führung der Scheidemanngruppe, daß sie noch immer „dem Wortradikalismus Konzessionen mache", in der irrigen Hoffnung, ihm „durch Entgegenkommen das Gewerbe zu erschweren", daß es ihr an „Bekennermut" fehle, das als richtig erkannte auch offen und rückhaltlos zu vertreten. Dr. Müller meinte damit die ganze Haltung der Gruppe, besonders aber ihre Stellungnahme zu den Fragen der Lebensmittelversorgung, mit welchen der Wortradikalismus durch bloßes Geschimpfe und demagogische Pauschalbeschuldigungen der Produzentenkreise fertig zu werden glaubt. Daß aber Müllers Kritik auch für das Verhalten der Parteimehrheit in der Friedensfrage zutreffend ist, scheint der Wettkampf, der zwischen den Scheidemannleuten und dem Wortradikalismus auf diesem Gebiete entstanden ist, zu beweisen.

Der Parteivorstand (der Scheidemanngruppe) hat soeben in Verfolg seiner letzten Kundgebung eine „Petition an den Reichskanzler" veröffentlicht, worin Herr v. Bethmann-Hollweg „aufgefordert" wird,

daß dem Kriege, der seit mehr als zwei Jahren Europa verwüstet und allen beteiligten Ländern ungeheure Opfer an Gut und Blut auferlegt, so bald als möglich ein Ende bereitet wird. Unter Ablehnung aller Eroberungspläne, die nicht nur den Krieg verlängern, sondern auch den Keim zu neuen Kriegen in sich tragen, fordern die Unterzeichneten von den verbündeten Regierungen, daß sie sich zum Abschluß eines Friedens bereit erklären, der dem Reiche 1. seine politische Unabhängigkeit, 2. seine territoriale Unversehrtheit, 3. seine wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit gewährleistet.

Die Petition solle von jedem volljährigen Reichsdeutschen ohne Unterschied der Partei und des Geschlechts unterschrieben werden; in der Tat weiß in der Sozialdemokratie infolge des heillosen Wirrwarrs bald niemand mehr recht, ob er „Mannd oder Weibl" sei, insofern also darf die Unterschriftensammlung, da jeder und jede und jedes unterschreiben darf, auf einen Erfolg rechnen. Aber man erkennt auch hier unschwer die Konkurrenz mit dem „Wortradikalismus." Die Anhänger des letzteren haben kürzlich Scheidemann im Zirkus Sarasani-Dresden, wo er in einer großen Versammlung die Friedensfrage besprach, viel zu schaffen gemacht. Einige gut verteilte Radikale versuchten durch Zwischenrufe und Reden zur Geschäftsordnung ihren Ansichten Ausdruck zu geben. Ein Redner erklärte, Scheidemann spreche wie ein Landpastor. Ein anderer rief: „Wir wollen ihn nicht hören!" usw. Es erhob sich dann ein großer Lärm, der minutenlang andauerte, bis schließlich unter dem Eindruck einer Gegenkundgebung die wenigen Radikalen verschwanden oder verstummten. Dann erst konnte Scheidemann ungehindert seine Rede halten, in der er zurückwies, daß man einen Frieden um jeden Preis schließen solle. Das bedeute, daß Deutschland zu einem Bettelvolke unter den Völkern der Erde werde und daß auch die Arbeiter zu Bettlern werden würden. Scheidemann wies auch darauf hin, daß die Sozialisten in den feindlichen Ländern noch immer nicht das Geringste von einer Wiederanknüpfung der Verbindung mit den deutschen Sozialisten wissen wollten. Die deutsche Parteileitung habe wohl zehnmal versucht, in dieser Richtung zu vermitteln, aber alles sei vergeblich gewesen. Es heiße jetzt durchhalten. Man dürfe unseren kämpfenden Brüdern und Söhnen, denen gegenüber wir unseren Dank nicht abtragen können, nicht in den Rücken fallen. Die Versammlungsmehrheit billigte schließlich durch Beschluß diese Auffassung des Redners.

Daß aber der Wortradikalismus nicht locker läßt, erhellt aus der Tatsache, daß dieser Tage, wie der „Lokalanz." mitteilte, es der Berliner Polizei gelang als Hersteller gemeingefährlicher anonymer Flugschriften, in denen für eine gewaltsame „Herbeiführung des Friedens" Stimmung gemacht wird, eine Berliner kleine Druckerei zu ermitteln, in der auch das anarchistische Blatt „Der freie Arbeiter" gedruckt worden war. Als Herausgeber dieser Drucksachen mit irreführenden Preßvermerken, die die schweizerische Genossenschaftsdruckerei in Bern oder Eugen Döske und Komp. gedruckt haben, wurde ein Redakteur des Berliner sozialdemokratischen Preßbureaus und als Verbreiter ein Schriftführer des „Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine in Berlin und Umgebung" festgenommen, die beide auf dem Boden der Sozialdekratischen Arbeitsgemeinschaft (Haase-Richtung) stehen. Der Drucker, der Besteller und der Verbreiter sind nach eingehenden Feststellungen der Staatsanwaltschaft zugeführt worden und sehen einer strengen Bestrafung entgegen.

Reichspost Abend
16./VIII. 1916

Empfang der konservativen Parteiführer beim König.

Bukarest, 15. August.

Der König hat am letzten Samstag Majorescu und heute Carp in Audienz empfangen.

Die Sozialisten hielten gestern eine öffentliche Versammlung ab, worin sie gegen die kriegerischen Absichten der Föderalisten Verwahrung einlegten und die Regierung aufforderten, Maßnahmen gegen die Teuerung zu ergreifen.

Fremdenblatt
16./VIII. 1916

Rumänien.

Carp beim König.

Gr. Berlin, 15. August. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Das „Berliner Tageblatt" meldet aus Bukarest: König Ferdinand von Rumänien hat gestern nachmittags den ehemaligen Ministerpräsidenten Carp in Audienz empfangen. Damit sind die hervorragendsten Persönlichkeiten der konservativen Partei, Marghiloman, Majorescu und Carp, vor dem König in Audienz erschienen. Dieser Audienz kam aber nur ein informativer Charakter zu.

Ein bulgarisches Urteil über die Lage.

D. Budapest, 15. August. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) „Az Est" berichtet auf Grund von Mitteilungen seiner Spezialberichterstatter über die Lage in Rumänien:

Die halboffiziöse bulgarische „Kambana" schreibt in einem sehr ernsten und scharfen Artikel über die Lage: Eine Gebietserweiterung Rumäniens kann nur nach Osten, also in der Richtung gegen Bessarabien erfolgen. Wenn Rumänien aber diese Gebietserweiterung wünscht, so muß es sie mit Blutopfern, mit Mühsal erkaufen, ohne dabei die nationale Anständigkeit aus den Augen zu verlieren. Es darf nicht seine Neutralität verräterischerweise aufgeben, um dieses Ziel zu erreichen. Wenn Rumänien Bessarabien haben will, so muß es darum kämpfen. Wenn Rumänien sich an Rußland anschließt, dann wird sich die Zange, die es von Osten, Süden und Norden umgibt, schließen und unter dem Druck dieser übergewaltigen Zange wird Rumänien zusammengepreßt werden. Aber Rumänien ist nicht das Land kühler Ueberlegung, sondern das Reich der diplomatischen Intrigen und deshalb hat sich die Lage ernst gestaltet.

* * *

Gr. Frankfurt, 15. August. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Bukarest: Der ehemalige rumänische Kriegsminister Crainiceanu schreibt im Bukarester „Universul" über die Frage eines bulgarischen Angriffs gegen Rumänien, er habe schon öfter behauptet, die Bulgaren würden Rumänien bei der ersten sich bietenden Gelegenheit angreifen, um ihm die Neue und Alte Dobrudscha zu entreißen. In diesem Falle sei für Rumänien nicht die Eroberung Siebenbürgens, sondern die Erhaltung der territorialen Integrität von größter Wichtigkeit. Nicht einmal für ganz Ungarn dürfe man die Dobrudscha hingeben. Die Frage sei jetzt nur, ob es nicht besser sei, statt Bulgariens Angriff abzuwarten, schon jetzt an Bulgarien den Krieg zu erklären, um die Initiative zu erhalten.

Eine Kundgebung der Sozialisten und Demokraten.

Budapest, 15. August. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) „A Nap" meldet aus Bukarest: Am Sonntag fand in Bukarest eine große Versammlung der rumänischen Sozialdemokratie statt, in der alle Redner lebhaft gegen den Krieg und gegen die kriegshetzerischen Kreise Stellung nahmen. Besonders beachtenswert ist das Auftreten der rumänischen Demokraten im Bunde mit den Sozialisten für die Aufrechterhaltung der Neutralität. Auch bei der großen Aktion der Sozialisten im September werden die Demokraten beteiligt sein.

Fremdenblatt
16./VIII. 1916

Deutscher Luftangriff auf Oesel.

K. Berlin, 15. August. Das Wolffsche Bureau meldet: Am 13. August griffen abermals mehrere unserer Marineflugzeuggeschwader die feindlichen Flugstationen Papenholm und Lebara bei Oesel an. Es wurde eine gute Wirkung erzielt.

Trotz heftiger Beschießung durch Abwehrbatterien und durch feindliche Seestreitkräfte sind sämtliche Flugzeuge wohlbehalten nach ihren Stützpunkten zurückgekehrt.

Kaiser Wilhelm an der Ostfront.

K. Berlin, 15. August.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Der Kaiser begab sich wieder an die Ostfront, nachdem er gegen Ende seines mehrtägigen Aufenthaltes an der Westfront auch die Heeresgruppe des Kronprinzen besucht und in Gegenwart des Oberbefehlshabers die verschiedenen Truppenteile hinter der Kampffront besichtigt hatte.

Neue Freie Presse
16. Juni. 1916

Die Krise in Rumänien.

Besprechungen des Königs mit Staatsmännern.

Wien, 15. August.

Rumänien war immer ein von Minderheiten beherrschtes Land. Der Bauer und der von Notlöhnen bedrückte Arbeiter kommen wenig zur Geltung. Wenn nach den tieferen Ursachen der bei der geographischen Lage von Rumänien kaum verständlichen Krise gesucht wird, werden Zusammenhänge mit ähnlichen Erscheinungen namentlich in einzelnen romanischen Ländern sichtbar, wo ebenfalls Minderheiten plötzlich Gewalt über große Mehrheiten der Nation bekommen und sie fortgerissen haben. Minderheiten waren es, die in den Ländern der Entente durch ihre Umtriebe und durch den Einfluß fremder Diplomaten den Krieg hervorgerufen haben. Die Industrie, der Handel und der Großgrundbesitz in Rumänien haben keine Lust, den Reichtum, der ihnen durch den Verkauf ihrer Erzeugnisse zuströmt, in einem Kriege zu verlieren und den Boden des Landes zum Schlachtfelde, zur Stätte der Verelendung werden zu lassen. Eine Minorität drängt jedoch zum Kriege, und auch in Bukarest ist die Frage zu entscheiden, ob die Mehrheit sich unterwerfen wolle.

Nach den Erfahrungen eines zweijährigen Krieges und nach den Eindrücken aus der Zeit, da er angezettelt wurde, ist der Glaube, daß in Krisen, die eine Minderheit heraufbeschwört, die ruhigen und nüchternen Erwägungen sich durchsetzen, nicht stärker geworden. Wenn die Rumänen gegen die Einflüsse der Entente widerstandsfähiger wären, hätte die Krise nicht beginnen können. Rußland opfert gegenwärtig in Wolhynien und in Ostgalizien ohne Gewissensbisse eine halbe Million Menschen, und die Parteien der Duma, besonders die Freisinnigen, stimmen nachdrücklich zu und rühmen sich, daß die Angriffsschlachten des Generals Brussilow ihr Verdienst seien. Vor nicht mehr als etwa einem Jahrzehnt ist der Führer der Kadetten, Miljukow, in Berlin gewesen und hat sich dort gegen die Bewilligung von Anlehen an Rußland ausgesprochen, weil diese Hilfe für die despotische Politik verhaßt sei und seine Partei zur Feindschaft gegen das Deutsche Reich dränge. Dieser Mann ist jetzt panslawistisch gesinnt und verlangt, der Krieg dürfe ohne die Eroberung von Konstantinopel nicht enden. Rußland müsse die Meerengen haben, nicht um das Testament Peters des Großen zu vollstrecken, auch nicht aus kirchlicher Romantik, sondern aus wirtschaftlichen Gründen, weil es durch den freien Weg in das Mittelmeer und durch die Herrschaft über die Ausgänge des Schwarzen Meeres einer machtvollen Entwicklung entgegenzugehen hoffe. Diese Pläne sind jetzt in der russischen Gesellschaft tiefer verankert als die früheren, die mit den Glaubensüberlieferungen zusammenhingen. Rußland will diese Politik selbst um den Preis noch größerer Menschenopfer durchführen. Kein unbefangener Mensch wird bis auf den letzten Rest begreifen, daß Rumänien, das in Gefahr schwebt, zerdrückt zu werden, bei dieser Arbeit, bei der Herstellung der russischen Alleinherrschaft über die Küsten des Schwarzen Meeres und über die Dardanellen noch helfen soll. Diese Politik wäre so wirr, so gegen die Natur und gegen den Trieb der Selbsterhaltung, daß ihre Möglichkeit nur in einem Zeitalter zugegeben werden kann, in dem Minderheiten aus Beweggründen, die nicht immer im Tagbau zu fassen sind, einem Lande die bedenklichste Politik aufzwingen können.

Die wirtschaftlichen Farben, mit denen jetzt die russische Eroberungspolitik angestrichen wird, verbergen nicht, daß der Zar die Pläne der Panslawisten vollständig in sich aufgenommen hat. Sie haben ihm geraten, besonders Ostgalizien von der Monarchie loszusprengen und durch die Erwerbung dieses Landstriches und durch den Druck, der von dort und von Beßarabien ausgehen könnte, Rumänien und den Balkan niederzuhalten. Danilewski hat in seinem Buche, das vor etwa einem halben Jahrhundert erschienen ist, die Voraussetzungen der russischen Weltmacht geschildert, und bei dieser Verteilung der Erde wurde Rumänien ohne viel Rücksicht auf die mit so viel Stolz gepflegten lateinischen Erinnerungen in ein vom Zaren abhängiges Mazedonien hineingepfercht. Die Ansichten von Danilewski sind noch jetzt eine der stärksten treibenden Kräfte in der russischen Politik, der nichts widerwärtiger ist als gerade Rumänien mit seiner Fremdsprachigkeit und mit seiner nationalen Kirchenverfassung. Wie es trotzdem geschehen konnte, daß Rumänien eine Neutralität hat, die zuweilen den Mittelmächten keineswegs besonders wohlwollend gewesen ist, bleibt eines der dunkelsten Rätsel, dessen Auflösung nur durch die Kunstfertigkeit der Minoritäten von heutzutage gefunden werden kann.

Es ist schon oft mitgeteilt worden, daß Rumänien nach dem Beispiele von Lloyd-George eine heimische Munitionsindustrie durch Umwandlung von Fabriken, die früher ganz anderen Zwecken gedient hatten, schaffen will. Ebenso bekannt sind die Beispiele auffallender Nachgiebigkeit gegen die Entente, während die Mittelmächte früher nicht so liebenswürdig behandelt worden sind. Bulgarien war noch neutral und wurde trotzdem von dem neutralen Rumänien im Bezuge von Waren viel strenger beschränkt als das bereits im Kriege befindliche Serbien. Die Freiheit auf der Donau, die der Wiener Kongreß und später der Pariser und der Berliner Vertrag feierlich bestätigt hatten, galt auf der rumänischen Strecke eigentlich nur für Rußland, aber nicht für die übrigen Uferstaaten. Der Rechtsbruch, den Serbien beging, als es die Donau durch Minen sperrte, wurde von Rumänien geduldet, obgleich es, da die Meerengen abgeschlossen waren, durch diese Schonung auf den einzigen Wasserweg ins Ausland verzichtete. Wie sich in den rumänischen Köpfen eine Welt malt, in der Rußland der Herr über den Balkan und Konstantinopel wäre, kann niemand verstehen. Die Minoritäten, die den Krieg wollen, sind jedoch nicht verstandesmäßig zu beurteilen. In die Heimlichkeiten ist schwer einzudringen. Aber die Tatsache muß nüchtern festgestellt werden, daß die auswärtige Politik von Rumänien mit einer Krise belastet ist.

Arbeiterzeitung
16./VIII.1916

Für den Frieden.

In der Kundgebung des Vorstandes der deutschen Sozialdemokratie, die die Freigebung der Erörterung der Kriegsziele begehrt und zu öffentlichen Versammlungen anrät, werden die Genossen auch aufgefordert, eine Massenpetition an die Regierung zu richten, in der ein Friede verlangt wird, der die Freundschaft mit den Nachbarn ermöglicht und das herbeiführt, wofür die deutschen Arbeiter ins Feld gezogen sind.

Der Parteivorstand hat nun eine Eingabe herausgegeben, die jetzt in Deutschland zur Unterschrift aufgelegt wird. Sie lautet:

Petition an Seine Exzellenz den Herrn Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg.

Die Unterzeichner fordern, daß dem Kriege, der seit mehr als zwei Jahren Europa verwüstet und allen beteiligten Ländern ungeheure Opfer an Gut und Blut auferlegt, so bald als möglich ein Ende bereitet wird.

Unter Ablehnung aller Eroberungspläne, die nicht nur den Krieg verlängern, sondern auch den Keim zu neuen Kriegen in sich tragen, fordern die Unterzeichneten von den verbündeten Regierungen, daß sie sich zum Abschluß eines Friedens bereit erklären, der dem Reiche 1. seine politische Unabhängigkeit, 2. seine territoriale Unversehrtheit, 3. seine wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit gewährleistet.

Jeder volljährige Deutsche, Mann und Frau, ohne Unterschied der Partei oder der sonstigen Ueberzeugung, der die Herbeiführung eines baldigen Friedens will, der nicht erst nach Eroberungen geschlossen wird, wird aufgefordert, seine Unterschrift zu geben.

Die Zeit 16./VIII. 1916

Nahe Entscheidung.

Rumänien durchlebt jetzt kritische Tage. Nach allen Berichten, die aus Bukarest vorliegen, wie nach den Aeußerungen der dortigen Presse unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß das Kabinett Bratianu sowohl von den diplomatischen Vertretern der Entente wie auch von den Führern der nationalistischen Bewegung im Lande zu einer Entscheidung gedrängt wird. Von beiden Seiten, von der diplomatischen wie von der agitatorischen, ist der Druck ein starker. Allerdings ist diese Erscheinung keine neue; der führende Mann der rumänischen Politik hat während des ganzen Kriegsverlaufes solche Lockungen und Drohungen über sich ergehen lassen, ohne sich bisher zu einer klaren Stellungnahme zu entschließen. Ob das Hinauszögern einer Entscheidung aus der Charakteranlage dieses Staatsmannes entsprang oder aus einer kühlen Berechnung, die sich das entscheidende Wort unter allen Umständen erst für ein vorgerücktes Kriegsstadium vorbehalten wollte, ist für den fernstehenden, auf widerspruchsvolle Berichte angewiesenen Beurteiler schwer zu sagen. Die Absichten der rumänischen Politik sind bisher dunkel geblieben, doch scheint immerhin der Tag, der die Lösung des Sphinxrätsels bringen soll, nicht mehr fern zu sein. Da es auf alle Fälle sicher ist, daß Bratianu sich nicht von Gefühlsregungen, sondern von nüchternem, geschäftsmäßigem Kalkül leiten lassen wird, so dürfte es wohl zweckmäßig sein, sich in das innere Getriebe einer derartigen Geschäftspolitik hineinzudenken und die Posten durchzugehen, die in ihren Berechnungen etwa den Ausschlag geben könnten.

Was kann also die Entente Rumänien bieten? Hier fallen natürlich nicht so sehr die Versprechungen künftigen Landerwerbes ins Gewicht — denn ein Land, das zwei Jahre neutrale Zurückhaltung geübt hat, ist für bloße Gewinnchancen nicht zu haben, wenn man ihm nicht zugleich das verhältnismäßig geringe Risiko beweisen kann. Mit welchen Verringerungen des Kriegsrisikos können also die Ententeagenten Rumänien ins Garn zu locken suchen? Offenbar ist die Hauptnummer dabei die französisch-englische Armee in Saloniki, deren so oft angekündigte und ebenso oft verschobene Offensive angeblich nur auf das Losschlagen Rumäniens warten soll. Als Nummer zwei dient eine angeblich in Bessarabien zum Einmarsch bereitstehende russische Armee. Diese russische Reservearmee soll zwar im Verlauf des Krieges bereits wiederholt anderwärts Verwendung gefunden haben, wo man sie dringend brauchte — trotzdem soll sie aber noch immer auf Rumäniens Wink parat stehen. Dazu kommt als Nummer drei: die Munitionszufuhr über Rußland. In Rumänien weiß man nach den Erfahrungen dieses Krieges, daß Munitionsmangel eine gefährliche Sache ist, aber die russische Regierung soll durch reichliche Zufuhren in der allerjüngsten Zeit bewiesen haben, daß Rumänien, wenn auch auf diesen einzigen weiten Importweg angewiesen, doch zur Genüge versorgt werden kann. Das sind die drei Posten, durch welche die Entente, um Rumäniens Beitritt werbend, dessen Kriegsrisiko als ein geringes und den Erfolg als gesichert darstellen will. Es fragt sich nun, ob es in Rumänien noch klare Köpfe gibt, die diese Rechnung genau und scharf zu überprüfen vermögen. Man sollte denken, daß keinerlei Sophismen die verantwortlichen Staatsmänner darüber hinwegtäuschen könnten, daß bei einem Heraustreten aus der Neutralität die ganze nationale und staatliche Zukunft Rumäniens auf dem Spiele steht. Für eine Nation, die ohnedies, rings von durchweg fremden Stämmen umschlossen, eine schwierige internationale Stellung hat, ist und bleibt das ein Risiko, das durch keinerlei diplomatische Agentenberedsamkeit verkleinert werden kann. Auch die neueste Variation der Verlockungen: daß Rumänien vorläufig noch seine Entscheidung hinausschieben könne und zunächst bloß den Durchmarsch russischer Truppen zu gestatten brauchte — würde an dem Wesen der Sache und dem Ernst der Entscheidung nichts ändern. Rumänien ist der Herr seiner Geschicke und mag den Weg wählen, der ihm paßt. Wir warten ab, was kommt, und was immer kommt, wird uns nicht unvorbereitet finden.

Österr. Volkszeitung
16./VIII. 1916

Der Untergang des „Leonardo da Vinci".

Bestätigung durch eine hohe Persönlichkeit der italienischen Marine.

Genf, 15. August. (Privat.) Eine aus Tarent zurückgekehrte hohe Persönlichkeit der italienischen Marine bestätigte dem Turiner Berichterstatter des „Petit Journal" den Verlust des Ueberdreadnoughts „Leonardo da Vinci".

Das Panzerschiff, an dessen Bord sich 1200 Mann befanden, war bei Marpiccollo verankert und von zahlreichen Kriegsschiffen, darunter einem englischen Panzer, umgeben. Um 11 Uhr 30 Minuten (das Datum fehlt) brach in den Küchen des Panzerschiffes ein Feuer aus, das sofort einen großen Umfang annahm und die Munitionsräume ergriff. Die Gefahr erkennend, ließ der Kommandant des Schiffes die Munitionskammern sofort unter Wasser setzen und versuchte, den Panzer an einer weniger tiefen Stelle zum Scheitern zu bringen. Die plötzliche Explosion einer Munitionskammer machte aber alle Anstrengung zuschanden. Das Schiff neigte zur Seite und sank.

Zirka 300 Mann ertrunken.

Ein großer Teil der Mannschaft, der sich auf der Schiffsbrücke befand, fiel ins Wasser. Etwa 300 Mann, darunter mehrere Offiziere, ertranken. Man hofft, diese mächtigste Einheit der italienischen Flotte demnächst wieder flott machen zu können. Der Panzer liegt mit der Seite nach unten auf dem Meeresgrund.

Der Korrespondent meint, ein Angriff seitens eines feindlichen Unterseebootes sei ausgeschlossen, da die Brücke, die Margrande von Marpiccolo trennt, wo der „Leonardo da Vinci" verankert lag, jeden Zugang sperrte.

Reichspost
16./VIII. 1916

Der Verkauf der dänischen Jungferninseln.

Drohungen der dänischen Regierung gegen das Parlament.

Kopenhagen, 14. August.

Das Folkething setzte die Aussprache über die Vorlage, betreffend den Verkauf der dänisch-westindischen Inseln mit dem Abänderungsvorschlag auf Abhaltung einer Volksabstimmung fort.

Ministerpräsident Zahle schloß die Aussprache folgendermaßen: Wenn der Reichstag die Vorlage annimmt, ist die Sache in Ordnung. Wenn der Reichstag die Vorlage verwirft, so wird das Ministerium baldmöglichst eine Vorlage über das Inkrafttreten des neuen Verfassungsgesetzes und die Vornahme von Wahlen einbringen. Gleichzeitig wird die Regierung die Vereinigten Staaten um Aufschub ersuchen; ob dies gelingt, kann ich nicht sagen. Jedenfalls trifft die Verantwortung diejenigen, die den Vorschlag verwerfen. Es wird kein geringer Aufschub sein, da die Wahlen erst im November stattfinden können. Es ist übrigens nicht nötig, den Vorschlag abzulehnen, um Wahlen zu erreichen. Aeußert nach Annahme des Vorschlages irgendeine Partei den Wunsch nach Reichstagswahlen, so wird die Regierung dem Wunsche nachkommen.

Der Abänderungsvorschlag wurde darauf mit 62 Stimmen der Radikalen und Sozialisten gegen 44 Stimmen der Linken und der Konservativen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Sechs Mitglieder waren abwesend. Die abgeänderte Vorlage wurde darauf mit derselben Stimmenzahl angenommen.

Das Landsthing wird den Vorschlag morgen verhandeln.

Die Niederländer verkaufen auch?

Haag, 15. August.

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" tritt dem Gerüchte von einem möglichen Verkauf der Insel Curaçao an die Vereinigten Staaten entgegen. Das Blatt schreibt, der niederländische Gesandte in Washington habe die Richtigkeit der Nachricht in Abrede gestellt. Man erwarte, daß die Insel infolge der Oeffnung des Panamakanals eine Zukunft habe und trage diesem Umstande durch die Errichtung größerer Anlagen Rechnung. Anlagen, Magazine und Petroleumraffinerien würden sicher nicht gebaut werden, wenn nur die Möglichkeit des Verkaufs bestünde.

Reichspost 16./VIII. 1916

Der deutsche Kaiser an der Ostfront.

Berlin, 15. August.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Der Kaiser begab sich wieder an die Ostfront, nachdem er gegen Ende seines mehrtägigen Aufenthaltes an der Westfront auch die Heeresgruppe des Kronprinzen besucht und in Gegenwart des Oberbefehlshabers die verschiedenen Truppenteile hinter der Kampffront besichtigt hatte.

Neues Wiener Tagblatt 16. Juni 1916

194

Berliner Professoren über Friedensaussichten.

Hier soll nicht gewürdigt und gewertet, hier soll nur berichtet werden. An allen Fronten rasen die wildesten Kämpfe, wie kann man da vom nahen Frieden sprechen? Aber in manchen Köpfen malt sich schon eine hellere Zukunft ab, manche Männer wagen es, Erwartungen zu äußern, die durch die Siedehitze der gegenwärtigen Kriegsereignisse widerlegt zu sein scheinen, die aber nicht bloß trotzdem, vielmehr vielleicht gerade deshalb gehegt und an die Oeffentlichkeit gebracht werden. Wir wollen hören, was diese Männer uns zu sagen haben. Der eine ist der Historiker Professor Hans Delbrück, der andre ist Gustav Schmoller. Jener benützt die Preußischen Jahrbücher, dieser die Wochenschrift „Deutsche Politik" zur Darstellung seiner Ansichten.

Delbrück schreibt: „Werden die Russen zum Stehen gebracht, zeigt sich, daß das russische Wesen im Innern bereits zu sehr zerrüttet ist, um die Offensive noch einmal aufzunehmen, bleibt Rumänien infolgedessen neutral und erweist sich die englisch-französische Offensive an der Somme als definitiv gescheitert, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß der psychologische Moment, in dem man vom Frieden sprechen darf, bei unsern Gegnern bemerkbar wird. Schon in der Geheimsitzung der französischen Kammer soll die Kriegsmüdigkeit sehr stark zutage getreten sein, und man hat die Deputierten mit dem Hinweis auf die bevorstehende Offensive beruhigen müssen. Man nennt diesen Krieg einen Ermattungskrieg, der gewisse Analogien zur Kriegführung Ludwigs XIV., Prinz Eugens und Friedrichs des Großen zeigt. Auch damals pflegten die Kriege in der Weise zu Ende zu gehen, daß die Staatsmänner und Feldherren sich sagten: einen Feldzug, was damals bedeutete ein Jahr, wollen wir es nun noch versuchen, und wenn wir dann nichts erreicht haben, mögen die Friedensverhandlungen beginnen. So etwa wird man auch den jetzt auf allen Fronten angesetzten Angriff unsrer Gegner einzuschätzen haben." Allerdings salviert sich Delbrück sogleich einigermaßen, indem er meint, wir seien „also prinzipiell noch fern von jeder Friedensaussicht", aber dann rechnet er doch damit, „daß ein ziemlich plötzlicher Wandel eintritt und irgendein Angebot an uns herantritt". Auch die Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson tauche wieder auf.

In einem bemerkenswerten Parallelismus zu dieser Ansicht bewegt sich die Auffassung Schmollers. Der berühmte Gelehrte spricht vom „wahrscheinlich bald kommenden Frieden", und er fährt fort: „Der Friede muß ja bald kommen, weil Rußland ganz erschöpft ist, weil Frankreichs Volkswohlstand halb vernichtet ist, weil Italien seinen Irrtum einzusehen beginnt, weil Großbritanniens Mittel auch nicht unerschöpflich sind, weil die Vereinigten Staaten den Frieden haben wollen und zuletzt, weil Deutschland und Oesterreich-Ungarn zwar die Sieger sind, aber auf jeden Frieden einzugehen bereit sind, der dem bisherigen Kriegsresultat entspricht."

Somit rechnet Delbrück mit einem „ziemlich plötzlichen Wandel" und einem Angebot von der Gegenseite, Schmoller aber ist, und zwar kaum mit Einschränkungen, überzeugt davon, daß „der Friede bald kommen muß". Darüber ließe sich nun vieles sagen, mit Zustimmung und mit Einwendung, aber ob man sich so oder so stellt, jedenfalls muß die drängende Pflicht des Tages erfüllt werden, der Vierverband muß lernen, daß alle seine Anstrengungen, die Mittelmächte zu bezwingen, vergeblich sind und bleiben werden. Dies wird er erfahren, dies weiß er schon jetzt. Welche Folgen er aus seinen furchtbaren Aderlässen ziehen will, wird und muß, das bleibt ihm überlassen. Wir hinter unsern unzerstörbaren Wällen tapferer Leiber und glühender Herzen können es abwarten.

Inzwischen hat es seinen Reiz, auf den Spuren eines so bedächtigen, klugen und weitblickenden Beobachters wie Gustav Schmoller zu gehen und dem nachzudenken, was ein solcher Mann, bald deutlich und bald andeutend, uns an Betrachtungen und Hoffnungen zu bieten hat. „Die Vierverbandsmächte," so schreibt er, „wollen den Frieden, aber nur um den Preis einer Demütigung des Siegers. Sie faseln davon, sie hätten größere Flächen deutschen Koloniallandes besetzt als die Verbündeten an französischen, belgischen, russischen, serbischen Gebieten. Daher seien sie die Sieger. Von solchen Wahnvorstellungen werden sie lassen müssen. Sie werden es aber erst nach weiteren Niederlagen tun, nach weiterer Verschärfung ihrer schlechten wirtschaftlichen inneren Lage.

Die Zentralmächte können ihnen den Entschluß zum Frieden erleichtern, wenn sie in ihren Siegesansprüchen gemäßigt auftreten. Das ist aber leichter gesagt als getan. Eine deutsche Regierung, welche auf jede Machterweiterung und jede Kontribution verzichtete, grübe sich selbst ihr Grab. Das deutsche Volksgefühl würde sich nach so großen Blutsopfern und so großen Siegen wie ein Mann dagegen erheben.

Die große Frage ist, wo liegt der Punkt zwischen unverantwortlicher Schwäche und Friedensliebe und der weitsichtigen Klugheit, die trotz unsrer Siege uns Mäßigung aus Rücksicht auf die Zukunft auferlegt? Die Stimmen in Deutschland zerfallen in drei Gruppen. Das Siegesgefühl, die patriotische Begeisterung und das wirtschaftliche Interesse verlangen in begreiflicher Gemütserregung einen möglichst großen Siegespreis. Eine fast überschlaue, in die Zukunft blickende Mäßigung will sich fast mit dem Status quo ante beruhigen. Die Mehrzahl der vernünftigen Leute, einschließlich der Regierung, hält die Mitte zwischen den beiden Extremen. Ich

Neues Wiener Tagblatt 16/VIII. 1916

II

Berliner Professoren über Friedensaussichten

195

persönlich war in den ersten Kriegsmonaten, vor unsern großen Siegen, geneigt, mich der zweiten Gruppe zu nähern; heute schließe ich mich auf Grund unsrer Erfolge der letztgenannten an."

Das ist ein Bekenntnis, von dem es besonders interessiert, daß der Verfasser erst den Uebergang von der zweiten zur dritten Gruppe hat finden müssen. Aber gefunden hat er ihn. Und nun fährt er fort:

„Bei allen Land- und Gebietsfragen müssen unsre Gegner sich klarmachen, daß sie diese oder jene Abtretung wahrscheinlich leichter ertragen werden als übergroße Kontribution, die wir sonst fordern müßten. Rußland wird solche zu zahlen ganz unfähig sein, auch Italien und Frankreich werden sie zu schwer fallen. Und England wird lieber ein Stück belgischen Kongos opfern als zahlen. Ich denke, es wird auch Calais behalten unter dem Vorwand der Opfer, die es für Frankreich gebracht habe.

Im übrigen ist von all derartigem eingehender zu reden heute noch nicht die Zeit. Wir können nur im allgemeinen sagen: Den Siegern Bedingungen von Besiegten aufzuerlegen ist ein lächerlicher Gedanke. Die Hoffnung, jetzt noch aus den heutigen Siegern Besiegte zu machen, ist ein utopischer Wahn, den man in Petersburg und Rom wohl auch schon aufgegeben hat, den man aber auch in Paris und London bald begraben wird. Eine solche Hoffnung zu begründen auf die wirtschaftliche Erschöpfung Deutschlands beruht auf der Unkenntnis unsrer Gegner und der Absicht, unsre Vorräte geringer darzustellen, als sie sind. Wohl leiden auch wir heute unter manchen Einschränkungen in der Ernährung, aber viel weniger als die Engländer. Professor Levy veröffentlicht immer wieder nach der „Times" die Preise von Getreide, Brot, Fleisch und zeigt, wie viel teuerer es in England ist. Und die große Ernte, die für 1916 zu erwarten ist, wird unsre Entbehrungen noch wesentlich einschränken.

Der Hunger wird uns so wenig niederzwingen wie die Waffen unsrer Feinde. Das ganze deutsche Volk ist heute wie 1914 von Siegesgewißheit erfüllt, wie sie uns unser gutes Gewissen und unsre gute Vorbereitung auf den uns drohenden Krieg gab. Und die Besten unsres Volkes empfinden den Krieg und seine Folgen zugleich als ein moralisch-politisches Verjüngungsbad, als eine Veranlassung zu innerer Parteiversöhnung und zur [illegible]

[illegible] Gesinnungsgenossen. In der Zeit der tiefsten [illegible] dort, den nahmen sie. Und sie nahmen auch [illegible] mit dem geringsten Einfluß sehr [illegible] viel verdienen würde. Mein Volk könnte dabei [illegible] gehen; auf absehbare Kriege in hundert Jahren hätte es auch ein napoleonisches Eroberungsgelüst nicht treiben können, ohne ernstlich zu verbluten und von der Erde zu verschwinden. England aber könnte in zweihundert Jahren wieder Kriege führen, der reichste Staat der Welt werden und seine Weltherrschaft verstärken.

In der Tat, das ist nicht anders erklärlich als durch einen industriellen Weltbetrieb. Die Schöpfergeister Englands betrachten in früheren Zeiten weit mehr als heute aus internationalen Elementen. Und die Engländer haben nie nach Ehre getragt bei ihren Kriegern und nach Tapferkeit, wer sich ihren Gegnern ergab. In der Zeit der tiefsten

Indessen ist Schmoller über die wirtschaftliche Zukunft beruhigt. Er ist mit allen sachkundigen Beurteilern der Ansicht, daß die Mittelmächte schließlich doch dieselben Waffen gegen den Vierverband besitzen, die der Vierverband gegen die Mittelmächte anzuwenden droht. Es würde sich alsdann fragen, wer bei der Aussperrung vom eigenen Markt den größeren Schaden hat. Auch eine große Schutzzollrolle, wenn sie wirklich käme, würde, meint Schmoller, heute viel rascher als früher ihr Ende finden. Es wäre „gegen die Natur der Dinge", wollte sie eine internationale Arbeitsteilung vernichten, wie sie sich von 1860 bis 1914 zum Segen der Menschheit entwickelt hat. Schmoller hält es für sehr wahrscheinlich, daß der Vierverband bald in einem „großen Katzenjammer" endigen wird und daß schon deshalb die handelspolitischen Verabredungen der Feinde scheitern werden. „Unsre Feinde werden dabei einsehen, daß die Fortsetzung des Wirtschaftskrieges im Frieden falsch wäre; sie werden diese Versuche nicht bloß aufgeben, sondern ihre ganze innere und äußere Politik neu orientieren müssen. Rußland wird einsehen lernen, daß es auf ein bis zwei Menschenalter auf Eroberung verzichten, daß es der inneren Reform sich widmen muß. Und dazu braucht es den Absatz nach Deutschland. Italien beginnt schon jetzt einzusehen, daß es ohne unser Kapital, ohne den Handel mit uns nicht auskommt. Frankreich wird durch den wahrscheinlichen russischen Staatsbankerott einsehen lernen, wie falsch es handelte; es wird ihm klar werden, daß es sich ruiniert hat, indem es sich zum Soldaten Englands verkaufte. Und Großbritannien ist realpolitisch viel zu klug, um nicht bald einzusehen, es fahre besser mit uns als gegen uns. Es braucht nur ein mäßiges Stück seiner Weltherrschaftspläne aufzugeben, dann kann es in Frieden und Harmonie mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn weiter gedeihen und blühen. Vielleicht fängt die jüngere englische Generation, durch den Krieg belehrt, an, endlich Zentraleuropa genügend kennen zu lernen und so einzusehen, daß die Erde Platz für Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Großbritannien hat."

„Vielleicht," schreibt Schmoller. Wenn aber dies „vielleicht" nicht Wirklichkeit wird? Darüber ist sich Schmoller klar: Lernt England das nicht einsehen, so wird allerdings der Kampf von heute nach ein oder zwei Generationen verstärkt wiederkehren. „Man könnte ihn überhaupt mit dem zwischen Rom und Karthago vergleichen. Wir wären jetzt am Ende des zweiten Punischen Krieges. England hat die Wahl, unser Emporkommen zu dulden oder nicht. Tut es letzteres, so wird auch in Deutschland der Cato kommen, der jede Rede mit den Worten schließt: Ceterum censeo Carthaginem esse delendam. Und Deutschland wird dann die Männer haben und die Kräfte, diese Drohung wahr zu machen."

Nicht alle Vorhersagungen des Berliner Gelehrten brauchen sich zu erfüllen, aber daß diese letzte eine in die Zukunft hinausverlegte Gewißheit ist, das ist nach dem Erlebnis dieses Krieges eherne Wahrheit, an der es kein Rütteln und kein Zweifeln gibt.

Berlin, den 11. August.

M. L.

Arbeiterzeitung
17. Juni 1916
196

Krieg und Seelsorge.

Von **Wilhelm Börner.**

Wir wollen unter „Seelsorge" im weitesten Sinne — nicht in kirchlicher Bedeutung — alle Maßnahmen verstehen, die zu dem Zwecke unternommen werden, das menschliche Seelenleben vor Schaden zu behüten, es gesund zu erhalten und es zu heilen, wenn es krank geworden. Das ist natürlich nicht im ärztlichen Sinne gemeint, sondern in einem geistig-sittlichen. Wenn man den Begriff der Seelsorge so faßt, dann kann man sich kaum einen ärgeren Feind einer solchen „Seelenpflege" ausdenken, als es der Krieg ist. Denn das wird doch auch der begeisterteste Lobredner des Krieges, auch derjenige, der den „Seelenaufschwung" der „großen Zeit" in den leuchtendsten Farben sieht, nicht in Abrede stellen wollen und können, daß der Krieg nicht etwa zufällig, sondern seinem Wesen nach das geistig-sittliche Leben außerordentlich schädigt. Was sollen also „Krieg" und „Seelsorge" beisammen bedeuten?

Zu einer Verknüpfung dieser beiden, einander so widersprechenden Begriffe gibt eine kleine Schrift Anlaß, die der Wiener Theologe Professor Dr. Heinrich Swoboda, der als feinsinniger Kunstarchäologe auch in weiteren Kreisen bekannt ist, kürzlich veröffentlicht hat. Er nennt die Schrift eine „Kulturpredigt" und sie trägt den Titel „Universalseelsorge und Weltfriede" (Wien, 1916). Die Ausführungen Swobodas sind schon dadurch bemerkenswert, daß sie in so grellem Gegensatz zu dem Kriegshurra der klerikalen Kreise in Oesterreich stehen und dem Verfasser gewiß von der „Reichspost" die Bezeichnung „Westler" eintragen werden. Die Haltung des Theologen hat zwei Gründe: erstens steht im Mittelpunkt seines Interesses die Seelsorge und zweitens nimmt er die Friedenspropaganda des Papstes wirklich ernst. Er zitiert selbst die markigen Worte Benedikts von dem „Gemetzel, welches Europa und die Menschheit entehrt", und ist sicherlich auch der Meinung, „daß heute die schrecklichste Lästerung gegen Gott geschieht, die jemals ... begangen worden ist".

Wie wenig Swoboda gewillt ist, den Krieg als etwas Natürliches und Gutes anzusehen, geht auch aus einer anderen Schrift hervor, die früher über „Unser Krieg in seinen sittlichen Werten" erschienen ist (Wien, 1915). Hier heißt es: „Unleugbar besteht jeder Krieg in einer Reihe von Uebeln und kann darum in diesem Sinne niemals etwas Gutes sein, noch dazu werden." Ferner: „In seiner letzten Wurzel ist eben das Mysterium des Krieges auch ein Beweis für den unserer innersten Natur anhaftenden Mangel, für jene Trübung des Intellekts und Schwächung des Willens, die der Theologe als Folge der Erbsünde kennt, für die der Atheist vielleicht ein anderes Wort wählt, die er aber nicht leugnet, sondern zugibt, wenn er im Kriege, und in keinem mehr als im gegenwärtigen, eine Antinomie der Kultur erkennt ... Er (der Krieg) ist und bleibt ein Uebel, schon deshalb, weil er aus einem Mangel der Natur hervorgeht." In der erstgenannten Broschüre schreibt Swoboda: „Niemand irrt stärker, als wer den Krieg für einen naturgemäßen Zustand des Menschen hält. Gewiß kann auch eine solche Katastrophe reinigende, erhebende und stärkende Kräfte entfalten, aber während der langen Dauer des jetzigen Krieges haben wir immer deutlicher empfunden, daß unsere innerste Natur vor seinen Greueln erschauert. Zweifellos giltig ist der Satz, daß nicht die Natur, sondern nur ein Mangel derselben den blutigen Streit hervorruft."

Mit diesen Wendungen zeigt Swoboda, wo für ihn die tiefste Ursache des Krieges liegt, und zugleich, wo der Punkt ist, an dem einzusetzen hat, wer den Frieden vorbereiten und sichern will. Der Mangel an humaner Gesinnung, das Fehlen einer vertieften sozialen Kultur und der fadenscheinige Idealismus der Menschheit — sie sind die eigentlichen Wurzeln des Krieges. „Widerlegt, leider blutig widerlegt ist die Phrase von der Neutralität der Kultur ... Gerade in diesem Kriege erleben und fühlen wir, daß sich der höchste und stolzeste Kulturfortschritt auch gegen diejenigen wenden kann, die ihn geschaffen haben, wenn er nicht mit der heiligen Kultur des Herzens verbunden ist." Deshalb ist der Verfasser der Ueberzeugung: „Wahre Kriegsvorbeugung liegt ... nur in der innersten Umwandlung der Menschen. Dann werden die Friedensgerichte gelten. Man müßte danach trachten, daß durch Erziehung ... jener Heroismus aller erreicht werde, der die Mängel der Natur eines jeden einzelnen dauernd ergänzt. Systematische Seelsorgearbeit ist ihrem Wesen nach, freilich auch in Harmonie mit den wirtschaftlichen und politischen Faktoren, die wirksamste Kriegsvorbeugung." Und an einer anderen Stelle fordert er speziell für die Oesterreicher eine „Verwaltungsreform vom Gewissensstandpunkt". „Welch eine Wiedergeburt", so ruft er aus, „ergäbe dieser Vorsatz bei den Führenden, den Beamten, den Seelsorgern und ebenso bei denen, die für das leibliche Wohl in all seinen Belangen zu sorgen haben, ebenso im geschäftlichen und gewerblichen Leben, im großen und im kleinen! Mehr Strammheit, exakteres Wesen im österreichischen Charakter wäre praktische Gewissenhaftigkeit."

Weil Swoboda in solcher Weise die Ursachen des Krieges — in Uebereinstimmung mit dem Papst — erblickt, deshalb erkennt er nur ein Heilmittel und das ist die Seelsorge. Einzig und allein durch sie kann der dauernde Friede bewirkt werden. „Weil wir Kultur ausbauen und tatkräftige Kriegsvorbeugung für später wollen, verlangen wir in erster Linie das größte Friedenswerk, den Ausbau wahrer, idealer Seelsorge." Seelsorge ist für Swoboda die wichtigste Kulturaufgabe der Gegenwart und der Friede ist für ihn eine Forderung der Seelsorge.

Es ist nur selbstverständlich, daß der Theologe alle diese Gedanken in religiöser, ja spezifisch katholischer Weise begründet. Es fragt sich aber, ob sie selbst mit dieser einseitigen (dogmatischen) Begründung stehen und fallen. Und auf diese Frage kann man nur mit einem entschiedenen Nein antworten. Swoboda hat mit seinen den Krieg betreffenden Urteilen, wie sie hier zitiert wurden, vollkommen recht. Es sind letzten Endes tatsächlich seelische Faktoren, die den Krieg verschuldet haben, und nur eine durchgreifende Aenderung der seelischen Verfassung der Menschheit kann den Frieden gewährleisten und sichern. Eben dieser Wandel kann aber nur durch eine großzügige „Seelsorge" bewirkt werden. Daß Swoboda als katholischer Theologe eine solche in katholischem Sinne fordert und erhofft, ist nur zu begreiflich. Wer aber die geistige Entwicklung der Menschheit vorurteilslos betrachtet, wird sich dieser Auffassung unmöglich anschließen können. Nicht einer konfessionellen Seelsorge bedarf es, die von einem „Weltseelsorger", dem Papst, geleitet wird, sondern einer rein weltlichen, allgemein humanen Seelsorge, welche die Menschheit humanisiert und sozialisiert und ihr die Bedeutung der „Menschenökonomie" im Sinne Rudolf Goldscheids als obersten Grundsatz einimpft. Dies und nichts anderes wird den Krieg unmöglich machen. So ist mit Swoboda zu wünschen, daß „die moderne Menschheit das Wort Seelsorge wieder in ihr Wörterbuch aufnehme". Nicht aber als Zentralbegriff einer Kirche, sondern als Mittelpunkt des Sozialismus, der internationalen Erziehungspolitik und der gesamten Kultur.

Vossische Zeitung
17./VIII. 1916

Die Erörterung der Kriegsziele.

Die Frage der realen Garantien erörtert Geheimrat Fester in einem Aufsatz, den die „Deutsche Politik" veröffentlicht. In dem Verlangen nach Erörterung der Kriegsziele sieht auch er die Tatsache, „daß das ganze deutsche Volk sich an dem Aufbau seines künftigen Wohnhauses beteiligen will". Dann aber fährt er fort: „Heute weiß jeder, daß der Grenzschutz Ostpreußens für Oesterreich-Ungarn und der Grenzschutz Galiziens für Deutschland eine Lebensfrage geworden ist. Das Entbehrliche unserer Eroberungen sind in den künftigen Friedensverhandlungen unsere Faustpfänder, das militärisch Unentbehrliche ist das, was wir reale Garantien nennen. Man versteht es daher, daß die Reichsregierung einer Erörterung der Kriegsziele ausweicht. Die Veränderlichkeit der Frontlinie wird im Westen wie im Osten erst mit Entritt der Waffenruhe stabil. Die Größe der Faustpfänder kommt daher erst bei Beginn der Friedensverhandlungen für diese in Betracht. Zum Schluß sagt Geheimrat Fester dann:

„Unbedingt unentbehrlich aber sind uns im Westen wie im Osten nur die militärischen Grenzen. Indem sich die Kriegszielerörterungen vorzugsweise mit dem Schicksal der zum Glacis Neudeutschlands bestimmten Länder beschäftigen, fassen sie die Sache allerdings bei dem verkehrten Zipfel an und erschweren die Einigung, statt sie zu fördern. Jeder Deutsche wünscht doch, daß der limes (Grenzwall) Germaniens hinausgeschoben wird, damit sich der Alpdruck von 1914 für Rheinländer und Ostdeutsche nicht wiederholt. Warum machen wir uns nicht klar, daß aus diesem militärischen Postulat zunächst alle militärischen Folgerungen gezogen sein müssen, ehe eine Erörterung über die Zukunft Belgiens, Polens und Kurlands überhaupt Sinn und Verstand hat. Diese Folgerungen aber sind von massiver Eindeutigkeit. Der militärische Glacieszweck muß restlos erfüllt werden. Was ihn stören oder gar zerstören kann, darf nicht geduldet werden. ... Ueber das Verhältnis jener Länder zu Deutschland und Oesterreich-Ungarn können sich Politiker und Staatsrechtslehrer später noch lange genug unterhalten, und es ist jedem unbenommen, sich heute schon darüber seine Gedanken zu machen. Das Nächstliegende aber ist nicht die Bestimmung über das Maß ihrer künftigen Artonomie, sondern die genaue Umgrenzung der militärischen Postulate, nach deren Sicherstellung sich erst die politische Gestaltung jener Länder bestimmen läßt. Auch da wird der Laie sich bescheiden müssen; aber er wird es um so vertrauensvoller tun dürfen, als wir die Verheißung der realen Garantien aus dem Munde des Reichskanzlers haben, und als der Krieg über die Deutung derselben keinen Zweifel läßt.

Frankfurter Zeitung
17. Juni 1916

Die polnische Staatsangehörigkeit.

N Berlin, 16. August. Aus Krakau kam kürzlich die Meldung, daß ebenso wie in dem von deutschen Truppen besetzten Gebiete Kongreß-Polens auch in dem von Oesterreich-Ungarn okkupierten Teile Russisch-Polens die Bewohner auf den Pässen und anderen amtlichen Urkunden nicht mehr als russische Untertanen, sondern als Polen oder als Bürger des Königreichs Polen bezeichnet werden sollten. Was es mit dieser Verordnung für eine Bewandtnis hat, geht dem „Tag" zufolge aus einem Lubliner Bericht der polnischen Blätter hervor, in dem es heißt:

... Gleichzeitig tritt eine Verfügung ins Leben, der eine tiefere politische Bedeutung zukommt. Den Einwohnern unseres Landes wurde die „polnische Staatsangehörigkeit" zuerkannt. Seit der Okkupation ließ sich des öfteren in staatsrechtlicher Beziehung viel Peinliches wahrnehmen. Europa hat seit vielen Jahren die Existenz der durch eine internationale Vereinigung anerkannten polnischen Staatshoheit vergessen und gewöhnte sich im Laufe der Jahre, das Königreich als eine der zahlreichen Provinzen des russischen Reiches zu betrachten. Entsprechend den Haager Beschlüssen von 1907 betrachten also die Okkupationsbehörden die Einwohner des Königreichs als russische Staatsangehörige, und diese Staatsangehörigkeit wurde auch in den ausgestellten Pässen dokumentiert. Nicht genug damit. Die Einwohner des Königreichs Polen, die der Krieg in Polen überrascht hat, wurden in weiterer Konsequenz als Staatsangehörige eines feindlichen Landes betrachtet und dementsprechend behandelt. Freilich: die österreichischen Behörden bemühten sich nach Möglichkeit, diesen unerfreulichen Zustand zu mildern. Im Prinzip aber waren sie gezwungen, den bestehenden Bestimmungen Rechnung zu tragen. Es kamen direkt verzweifelte Fälle vor. So geschah es zum Beispiel, daß die Frau eines Legionärs, der im Verbande der österreichisch-ungarischen Armee kämpfte, als feindliche Staatsangehörige behandelt wurde. Die Fälle gelangten zur Kenntnis des Ministeriums für Galizien. Minister Morawika intervenierte mit Erfolg in jedem Falle, doch im Wesen blieben die Polen aus dem Königreich russische Staatsangehörige.

Das Ministerium für Galizien verfaßte eine Denkschrift, in der auf historischer und staatsrechtlicher Grundlage der Beweis erbracht wurde, daß die unabhängige polnische Staatshoheit Europa gegenüber nie aufgehört hat zu existieren. Zum Beweise hierfür werden einige Redewendungen aus amtlichen Aktenstücken der letzten hundert Jahre angeführt, und dann heißt es: „Wir hoffen alle, daß diese neue Verfassung allgemeine Beachtung finden wird, daß das Königreich Polen für immer das Königreich Polen bleiben wird."

In einer Fußnote dazu wird bemerkt: „Auch das Generalgouvernement Warschau hat die Staatsangehörigkeit im Königreich Polen im gleichen Sinne geregelt. Das hat seinen Ausdruck in der Wahlordnung für die Stadtverordnetenversammlung in der Landeshauptstadt gefunden; ferner wird auf den Reisepässen statt der bisherigen Bezeichnung: „Russe" fortan „Pole", Generalgouvernement Warschau, angeführt.

Frankfurter Zeitung 17./VIII. 1916.

Dänische Politik.

Von Fritz Max Cahén (Kopenhagen).

I.

Wahrscheinlich würde eine konservative dänische Regierung im August 1914 Dänemark in den Krieg hineingezogen haben. Als über die Frage der dänischen Neutralität von der Verteidigungskommission des Jahres 1902, die zu diesem Zwecke eingesetzt war, eine besonders eingehende und wichtige Diskussion eingeleitet wurde, haben die Kreise der Rechten ihre Stellung zur Genüge klargelegt. Es handelte sich damals darum, die bestmögliche Ordnung des Heer- und Flottenwesens mit dem Ziel der Aufrechterhaltung der dänischen Neutralität zu erreichen. In der Eingabe des konservativen Völkerrechts-Sachverständigen Professors Matzen verzichtete die dänische Rechte damals jedoch auf die Wahrung der Neutralität: es könne sich im Kriegsfalle für Dänemark nur darum handeln, Partei zu ergreifen. Und — wie auch aus der konservativen Eingabe als solcher hervorging — Heer und Flotte hätten nur den Zweck, das Land so lange vor Uebergriffen zu schützen, bis die Erlangung einer wirksamen und vor allem Gewinn versprechenden Allianz mit einem der Kriegführenden ermöglicht sei.

Die Parteien dagegen, die sich in Gestalt einer vom Sozialismus gestützten radikaldemokratischen Regierung bei Ausbruch des Weltkrieges in Dänemark tatsächlich am Ruder befanden, sind durchaus antimilitaristisch: der Sozialismus verlangte in der Verteidigungskommission von 1902 vollkommene Abrüstung, der demokratische Radikalismus lediglich Wahrung einer Neutralitätspolizei, wie sie sich schon während des Krimkrieges unter dem Ministerium Bluhme, gegenüber englischen Drohungen, die als Antwort auf den Gedanken einer dänischen Mobilisierung erfolgten, als nützlich erwiesen hatte. Durch diesen Gegensatz ist fast die ganze äußere Politik Dänemarks während des Krieges gegeben. Die rechtsstehenden Kreise, denen die Möglichkeit eines profitversprechenden Angelns nach Allianzen am Herzen liegt, sind durch die zweite Rolle, die sie augenblicklich in der inneren Politik spielen, darauf angewiesen, die Politik der Regierung nach Außen zu stützen, wenn sie nicht ein Bild der Uneinigkeit, das dem Lande schädlich sein könnte, ins Ausland gelangen lassen wollen. Und dieser Zwang wird dadurch noch bedeutend erhöht, daß ihnen die radikal-sozialistische Regierung, die seit dem Jahre 1909 am Ruder ist, durch die teilweise Anwendung ihres alten Abrüstungsprogrammes die Mittel aus der Hand genommen hat, mit dem Säbel zu klirren. Nachdem es durch eine geschickte innerpolitische Wendung der augenblicklichen Regierung gelungen war, die Neuwahlen, die eigentlich vor einiger Zeit stattfinden sollten, zu verschieben, ist die Regierungsgewalt auf eine weitere Zeit den Parteien der äußeren Linken verliehen. Sie sind also auch für die nächste Zukunft ausschlaggebend für die weltpolitische Stellung Dänemarks und in ihrem Rahmen für seine Haltung gegenüber Deutschland.

Der dänische Radikalismus ist in seinen Ursprüngen eine intellektuelle Partei. Seine Propaganda ist in den 70er Jahren aus akademischen und literarischen Kreisen hervorgegangen. Er trägt einen weltbürgerlichen Zug und hat sich in der Person des bekannten Literarhistorikers Georg Brandes, der in ihren Anfängen die Seele der ganzen Bewegung war, oft genug gegen Verletzungen der internationalen Moral erhoben. Auf den „unfruchtbaren Blättern der Geschichte" stehen für ihn, wie einst für Lord Byron „zehntausend Eroberer neben einem Weisen." Georg Brandes schrieb kürzlich an George Clemenceau, daß tatsächlich die großen Denker den politischen Fortschritt machten. Die Politik hat übrigens aus einem ganzen Teil dieser Ideologen und Weltverbesserer, die in den 70er und 80er Jahren den Radikalismus aus der Taufe gehoben haben, höchst praktische und auf das Reale gewandte Männer gemacht. Das heutige Ministerium rekrutiert sich zum großen Teil aus ihnen. Georg Brandes' Bruder Edvard, der ursprünglich Sanskritist war, eine Dramaturgie verfaßt hat und von dem man Theaterstücke las und aufführte, ist heute der Finanzminister Dänemarks, das unter seiner Führerschaft während des Krieges die Staatsschuld um etwa 85 Prozent, 700 Millionen dänischer Kronen, heruntergeschreiben konnte. Peter Munch, ein gescheiter und weitsichtiger Historiker und Soziologe und dazu ein erklärter Pazifist, ist Dänemarks Kriegsminister. Ove Rode, Schauspieldichter, Uebersetzer und Versemacher, verwaltet das Innenministerium.

Durch die Agitation von Georg Brandes in den 70er Jahren ist dieser Radikalismus von Anfang an bei uns einigermaßen in den Geruch der Deutschenfeindlichkeit gekommen. Georg Brandes eiferte gegen die Romantik. Gegen das reaktionäre Element in der Romantik aller Länder, das nach Dänemark aus Deutschalnd gebracht worden war, trat der intellektuelle dänische Kreis der 70er Jahre auf und wandte sein Gesicht dadurch drohender, als er eigentlich wollte, gegen Deutschland selbst. Die Entwickelung, die der dänische Radikalismus nahm, hat den falschen Schein dieser Stellungnahme fast selbsttätig korrigiert. Georg Brandes hat nacheinander die Reaktion in fast allen Ländern scharf und geistreich angegriffen und dadurch seiner Kritik an Deutschland den richtigen Hintergrund gegeben. Axel Garde, einer der geistreichsten unter den jüngeren Publizisten Dänemarks, hat kürzlich das Problem Deutschlands als die Frage nach der Abwendung seiner Isolierung dargestellt; für die Zukunft Deutschlands erhofft er alles von der Ueberwindung eines allzu engen Nationalismus. In diese Formel kristallisiert sich die Stellungnahme des radikalen Dänemark, das dem demokratischen Deutschland mit voller Sympathie gegenübersteht. Man sieht in diesen dänischen Kreisen in einer Annäherung und dem endlichen Zusammenschluß aller Demokratien sein ideales und politisches Ziel.

Dieses Verhältnis zu den deutschen Problemen trägt natürlich keinen offiziellen Charakter. Es verzichtet auf alle Reklame und ist mehr zwischen den Zeilen zu finden. Die radikale Regierung enthält sich selbstverständlich jeglicher Sympathiekundgebung und erstrebt eine absolute Neutralität. Sie treibt Politik mit beiden Gruppen von Kriegführenden und läßt das „do ut des" in der Ausnützung der augenblicklichen Konjunktur ziemlich offen in den Vordergrund treten. Dabei zeigen die Warnungen, die bestimmte mit der Regierung in enger Fühlung arbeitende Institutionen gegen übertriebene, aus der jetzigen Lage entspringende Zukunftshoffnungen erlassen, daß ihre Handlungsweise auf scharf umrissenen realpolitischen Erwägungen fußt. (Die Konjunktur begünstigt vor allem den Verkehr nach Rußland, für dessen Erhaltung bedeutende agitatorische Kräfte von der Entente in Bewegung gesetzt sind.)

In den 70er Jahren lief die Agitation des dänischen Radikalismus in der gleichen Richtung, wie der dänische Handel: nach Westen, auf England zu. Die Moral vom Glück des Einzelnen, die Stuart Mill gab, Darwinismus, Freihandel und die Absatzmöglichkeit für die dänische Butter zeigten der dänischen Politik ihren Weg. Heute will Frankreich für seine normännischen Bauern, Kanada für seine landwirtschaftlichen Betriebe den englischen Markt. Georg Brandes aber schreibt eine Goethebiographie. Die Intelligenz im dänischen Radikalismus fühlt sich zu dem deutschen Humanismus und zur deutschen Demokratie hingezogen.

England und der amerikanische Nachrichtendienst.

K. **New-York**, 14. August. (Funkspruch des Vertreters des Wolffschen Bureaus.) Unter der Ueberschrift „Blockade der Kabel" beschäftigt sich der Leitartikel der „New-York World" mit dem Protest amerikanischer Journalisten in Berlin gegen die Unterdrückung ihrer Meldungen durch die britische Zensur und schreibt: Da keinem militärischen Interesse dadurch gedient werden kann, muß man annehmen, daß England darauf ausgeht, die Welt außerhalb der Kriegszone über die Verhältnisse innerhalb derselben zu täuschen. Zu diesem Zwecke tut seine Zensurbehörde den Neutralen Feindseligkeiten an, ohne seinem Feinde Schaden zuzufügen. Die Lage in Deutschland wird nicht dadurch geändert, daß Meldungen über dasselbe verstümmelt oder vernichtet werden. Dies ist der Fall bei dem Vertreter des „World" in Berlin, von dessen 72 Meldungen im Juli nur 21 angekommen sind. Es geht daraus klar genug hervor, daß man in London in der Blockade von Nachrichten ebenso entschlossen und rücksichtslos vorgeht, wie in irgend einer Maßnahme des wirklichen Krieges. Für eine solche Kritik muß es Gründe geben. Vielleicht werden sich die amerikanischen Geldgeber und Kaufleute, die den Alliierten meist ins Blaue hinein ungeheuere Kredite eröffnen, veranlaßt fühlen, nach den wahren Absichten dieser Politik zu forschen.

Eine Erklärung des amerikanischen Botschafters in Berlin.

K. **Berlin**, 16. August. Das Wolffsche Bureau meldet: In Angelegenheit des Protestes der amerikanischen Berichterstatter in Deutschland gegen die Behinderung ihrer Berichterstattung nach Amerika durch die englische Zensur gab der amerikanische Botschafter den Korrespondenten folgende Erklärung, die er uns gemeinsam mit den amerikanischen Korrespondenten zu veröffentlichen bittet:

„Ueber die Haltung der amerikanischen Berichterstatter in Deutschland und des amerikanischen Botschafters zu der Frage der Zensur scheint ein leichtes Mißverständnis zu bestehen. Auf Bitten der Berichterstatter übermittelte der Botschafter einen Protest der amerikanischen Berichterstatter in Berlin gegen die britische Zensur nach Washington, um dadurch vielleicht einen nicht formellen Schritt zu veranlassen, da natürlich ein formeller Protest eines Landes gegen die Zensur eines anderen Landes unmöglich ist. Später machte der Botschafter in einer Unterhaltung den Berichterstattern die Mitteilung, daß er seiner Regierung verschiedentlich berichtete, daß ganz natürlicherweise eine Zensur über Depeschen von Deutschland nach Amerika in Berlin bestehe, und brachte bei den Berichterstattern in freundschaftlicher Weise in Anregung, daß möglicherweise Gelegenheit wäre, eine gewisse Erleichterung dieser Zensur zu erhalten, da er glaube, daß je freier der Nachrichtenverkehr zwischen Deutschland und Amerika wäre, umso besser ein Verständnis zwischen beiden Ländern erzielt werden könnte.

Der Botschafter freut sich, feststellen zu können, daß die von den amerikanischen Berichterstattern in Deutschland nach Amerka gesandten Berichte die Lage in Deutschland stets wahrheitsgemäß darstellten, daß diese Berichte seiner Meinung nach den besten Traditionen ehrenwerter Zeitungsberichterstatter treu geblieben sind, sowie daß nur in wenigen Fällen in vergangener Zeit sachliche Einwirkungen des deutschen Zensors auf ihre Telegramme zu seiner Kenntnis gekommen sind. Der Botschafter verstand die Berichterstatter dahin, daß sie ihn baten, ihre Beschwerde gegen den britischen Zensor zu unterstützen, was er natürlich in seiner Eigenschaft als Botschafter nicht tun konnte. Es ist nunmehr klar, daß die Berichterstatter ihn nur baten, Uebermittler ihrer Beschwerde zu sein. Die amtliche Ablehnung des Botschafters kann andererseits nicht als Mißbilligung des Protestes betrachtet werden. Sowohl die amerikanischen Berichterstatter wie der Botschafter hoffen, daß das einzige Ergebnis dieses kleinen Mißverständnisses in einem freieren Nachrichtenaustausch zwischen Deutschland und Amerika und infolge dessen in freundschaftlicheren Empfindungen zwischen beiden Ländern bestehen wird."

Aeußerungen Gerards.

K. **Köln**, 16. August. Ein Berliner Telegramm der „Kölnischen Zeitung" führt eine Mitteilung der „Times" an, wonach der amerikanische Botschafter in Berlin Gerard zu Berliner Vertretern amerikanischer Zeitungen sich dahin geäußert haben soll, es sei ihm bekannt, daß scharfe ausfällige Kritiken deutscher Zeitungen von der Zensur nicht durchgelassen worden seien. Er habe deshalb, wenn er angenommen habe, daß von der Zensur eine Zeitungsnachricht nicht durchgelassen werde, seinerseits seiner Regierung solche Pressestimmen, wenn sie Amerika feindlich gesinnt waren, übermittelt.

Das Telegramm sagt dann: Dieses Vorgehen des Botschafters Gerard muß die schärfste Kritik herausfordern. Abgesehen davon, daß die hiesigen amerikanischen Pressevertreter selbst in der Lage sind, wenn nötig, sich über die Handhabung der deutschen Zensur zu beschweren, und daß es nicht Sache des Botschafters ist, die amerikanischen Korrespondenten, ohne daß sie ihn darum ersucht haben, gegen die deutsche Zensur in Schutz zu nehmen, beruht das Vorgehen des Botschafters auf einer grundsätzlich falschen Auffassung. Die englische Zensur hält unberechtigterweise durchgehende Depeschen aus Deutschland, die England nichts angehen und an ein neutrales Land gerichtet sind, an. Daß Telegramme, die aus einem kriegführenden Lande hinausgeschickt werden, die Zensur dieses Landes zu passieren haben, ist selbstverständlich und das Recht und die Pflicht der Behörden des kriegführenden Landes und wird in allen kriegführenden Ländern so gehandhabt. Das erfordert die Sicherheit des Landes und ist eine notwendige Kriegsmaßregel, die so selbstverständlich ist, daß darüber nichts weiter gesagt zu werden braucht. Daß Botschafter Gerard diese in einem kriegführenden Lande notwendige Bestimmung der unberechtigten englischen Zensur der durchgehenden Depeschen gleichstellt, daß er den grundsätzlichen Unterschied nicht sieht, der darin liegt, daß die Engländer systematisch in ihrem Interesse eine wahrheitsgemäße Unterrichtung eines neutralen Landes verhindern, während wir eine Maßregel der Sicherheit üben, zu der wir als kriegführendes Land berechtigt sind, ist außerordentlich bedauerlich und es wäre recht sehr zu wünschen, daß sich Herr Gerard dieses Unterschiedes bewußt würde. Was die Ausübung der Zensur an ausgehenden Depeschen betrifft, so kann der Botschafter gar nicht feststellen, ob und was für Streichungen von uns daran vorgenommen werden, weil diese Telegramme ja bekanntlich auch noch die englische Zensur passieren, die, wie die amerikanischen Journalisten genau wissen, systematisch streicht und verstümmelt, wie es ihr paßt. Die Behauptung, daß die deutsche Zensur amerikafeindliche Presseäußerungen nicht durchlasse, ist schon aus dem Grunde gegenstandslos, weil die deutschen Zeitungen sofort nach ihrem Erscheinen unbehindert nach dem neutralen Ausland versandt werden können, so daß auch die amerikafeindlichen Auslassungen der deutschen Zeitungen unbehindert nach den Vereinigten Staaten und zur Kenntnis des amerikanischen Publikums gelangen können.

Reichspost 17./VIII. 1916

201

Die letzte Friedensbotschaft des Papstes an das amerikanische Volk.

Anläßlich der ernsten Krise zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten veröffentlichte die „Reichspost" den Text einer Friedensbotschaft, die damals Papst Benedikt XV. an das Volk der Vereinigten Staaten Nordamerikas richtete. Im Anschluß an die Friedenskommunion der Kinder am zweiten Jahrestag des Kriegsausbruches hat die in der „United Presse" vereinigte Publizistik Nordamerikas an den Papst die Bitte gerichtet, neuerdings eine Friedensbotschaft an die Vereinigten Staaten zu richten. Kardinalstaatssekretär Gasparri antwortete:

„Der Hl. Vater, dem ich Ihre Bitten übermittelt habe, sagt Dank für die Gefühle der Achtung und der Verehrung, welche die Presse Nordamerikas ihm ausdrückt. Er betet täglich zu Gott, daß der Gott der Erbarmungen die Bitten aller seiner unschuldigen Söhne anhöre, die den Frieden herbeisehnen, nachdem das zweite Jahr des gräßlichen Konfliktes beendet ist, und betet daß der Weltkrieg bald ende."

Neues Wiener Tagblatt 17. Juli 1916

Rumäniens Zukunft.

Unter der Ueberschrift „Rumäniens Zukunft" veröffentlicht ein hervorragender rumänischer Politiker einen vielbemerkten Artikel im „Bukarester Tagblatt", in welchem er unter anderm folgendes ausführt:

Der Drang nach dem Meere in Rußland ist heute die große Triebfeder in der Maschinerie des Weltkrieges, welche auch auf die Geschicke des Königreiches Rumänien nicht ohne Einfluß bleiben kann. Es fehlt Rußland die Bewegungsfreiheit, beziehungsweise der Zugang zu einem offenen Meere. Vergeblich hat Rußland bisher getrachtet, eine solche Bewegungsfreiheit sich zu verschaffen, beziehungsweise einen solchen Zugang zu einem offenen Meere zu erlangen. Der Japanische Krieg hat den Russen den Stillen Ozean für immer verschlossen, und das kürzlich abgeschlossene russisch-japanische Abkommen bezüglich Ostasiens ist ein sichtbares Zeichen, wie tief die Wunde gesessen haben muß, die das kleine Inselvolk der Japaner Anno 1905 den Russen beigebracht hat. Ebenso kläglich haben die russischen Aspirationen auf Bender-Abas im russischen Meerbusen geendet und Rußland mußte Anno 1907 die rein englischen Interessenpläne in dieser Zone formell anerkennen.

Es bleibt also den Russen nur noch der Durchbruch der Dardanellen und der Ausweg durch die Ostsee übrig, also Gründe genug, um in diesem Weltkriege bis zum Aeußersten zu gehen. Die Bemerkung der „Nowoje Wremja" im Frühjahr 1905, daß, wenn Rußland seine historischen Aufgaben lösen will, es einen Zutritt zum Weltmeer braucht, der seiner Größe entspricht; der Ausspruch Safonows im Februar 1915, daß die Ereignisse an der russisch-türkischen Grenze eine weitere Lösung der politischen und wirtschaftlichen Fragen, die sich an das Streben nach dem Zutritt zum freien Meere knüpfen, bringen werden; endlich die Kundgebung Greys vom 25. Februar 1915, daß dies eine Aspiration ist, die Englands völlige Sympathie hat — all das ist ein vollgültiger Beweis für die obige Behauptung.

Daß Rußland auf seinem Wege zum Mittelmeer früher oder später einmal über den Leichnam des rumänischen Königreiches schreiten wird, will ich als eine für jeden Rumänen so feststehende Tatsache hingestellt sein lassen, daß darüber kein Wort zu verlieren ist.

Unter diesen Umständen fragt es sich also: Welche Grundpfeiler muß Rumänien für seine Zukunft haben? In geopolitischer Beziehung ist Rumänien mit seinen 130,020 Quadratkilometer Bodenfläche und seinen etwas über sechs Millionen Einwohnern allerdings ein Kleinstaat. Es hat aber den Vorteil seines zusammenhängenden Gebietes, also der Möglichkeit des Zusammenhaltens, und am Schwarzen Meer mit den Donaumündungen im Verhältnis zu Rußland ziemlich genügende Bewegungsfreiheit. Um aus den Grenzen des Kleinstaates herauszutreten, kann sich Rumänien nur auf das heute schwunghaft betriebene Nationalitätenprinzip berufen, aber für Siebenbürgen und das Banat ist Rumänien niemals Mutterland gewesen. Ganz abgesehen von dieser in Rumänien selbst niemals abgeleugneten historischen Tatsache, spielt heute noch Siebenbürgen für das Königreich Rumänien eine ganz besondere und sehr wichtige kulturhistorische Rolle.

Es haben nämlich die mit dem Westen in steter Berührung gestandenen und noch immer stehenden Siebenbürger Rumänen seit jeher und bis auf unsre Tage den eigenen kulturellen Ueberschuß in der Weise an Rumänien abgegeben, daß inzwischen in der rumänischen Geschichte berühmt gewordene Männer aus Siebenbürgen nach Rumänien gewandert sind, im Königreich Schulen gegründet und Lehrkanzeln errichtet und auf diese Weise zur Hebung des Landes in jeglicher Beziehung mit Erfolg beigetragen haben. Bezüglich der Bukowinaer Rumänen läßt sich dasselbe behaupten; auch hier ist das rumänische Bildungswesen in der Anlehnung an den vorgeschrittenen Westen bedeutend früher hochgestanden als in Rumänien, und auch die Bukowinaer Rumänen haben verhältnismäßig viel gebildetes Material nach Rumänien hinübergeschickt, und alle diese Pioniere wahrer rumänischer Kultur sind ebenso geehrt in ihrer alten wie in ihrer neuen Heimat.

Ganz anders steht es aber mit Bessarabien. Aus diesem Lande selbst, welches lebendiges Fleisch aus dem lebendigen Körper des Königreiches darstellt, ist uns trotz der mit mehr als zwei Millionen Seelen bezifferten Stärke des rumänischen Elements auch nicht ein einziges Zeichen gegeben worden, daß dieses rumänische Element sich in irgendwelcher Weise mindestens wie der letzte Siebenbürger oder Bukowinaer Bauer rumänisch betätigen dürfe.

Dagegen liefern uns die beiden unter uns weilenden größten bessarabischen Rumänen, Moruzzi und Stere, in ihren bis zur klassischen Reife reichenden Werken ein derart trostloses Bild der russischen Herrschaft im rumänischen Bessarabien, daß man sich nicht genug wundern kann, wie es noch in Rumänien Politiker gibt, die auch den Rest ihres Vaterlandes eher unter der russischen Knute als an der Seite der Zentralmächte sehen möchten.

Vom Standpunkt des Nationalitätenprinzips ist es somit für Rumänien eine historische und nationale Pflicht, viel mehr an Bessarabien zu denken und dieses Land endlich einmal aus den russischen Ketten zu befreien.

Die Frage, welche Grundpfeiler Rumänien für seine Zukunft haben müsse, kann und darf daher nach reiflichster Erwägung nur so und nicht anders entschieden werden: Rumänien kann die Grundpfeiler seiner Zukunft niemals im Zusammengehen mit Rußland, sondern nur im Anschlusse an die Zentralmächte aufrichten!

* * *

Einberufung des Parlaments.

Budapest, 16. August. (Privattelegramm.) Die Bukarester „Minerva" berichtet über den Beschluß des jüngsten rumänischen Ministerrates, das Parlament noch in der zweiten Augusthälfte zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen, in der die Regierung Mitteilungen über die auswärtige Politik machen wird.

* * *

Bukarest, 15. August. Die föderalistische Union hielt gestern unter dem Vorsitze Filipescus eine Sitzung ab, der auch Take Jonescu beiwohnte. In Besprechung der auswärtigen Lage wurde eine vollständige Einmütigkeit aller Anwesenden festgestellt. Freitag findet wieder eine Versammlung statt.

Reichspost

Abendblatt 17. VIII. 1916

204

Die Befreiung Polens.

Zu den Veröffentlichungen in unserem heutigen Morgenblatt.

Unter dem Titel „Die Befreiung Polens" veröffentlichten wir in unserem heutigen Morgenblatte die Aeußerungen Warschauer Blätter, die feststellten, daß der Gedanke einer Autonomie Polens unter russischer Oberstaatlichkeit, der einmal den nationalen Kreisen Russisch-Polens als hohes Ziel vorgeschwebt hat, nun nach zwei Jahren des Krieges völlig liquidiert sei und nicht mehr in Betracht käme; heute könne von einer Autonomie Polens von Rußlands Gnaden nicht mehr die Rede sein, da Rußland Polen nicht mehr besitzt.

In diesen Aeußerungen trat gleichzeitig gegenüber den früheren Autonomiegedanken unter russischer Führung das einstige Ziel eines freien Polen deutlich hervor.

Wenn Warschauer Blätter, Zeitungen, die unmittelbar hinter der nordöstlichen Front von der Bevölkerung gelesen werden, derartiges zu äußern in der Lage sind, so ist dies ein Zeichen, daß die heutige in den Händen der Mittelmächte befindliche Verwaltung Polens weiß, in welcher Richtung sie die Erwartungen des polnischen Volkes, seinen Ehrgeiz und seine Tatkraft lenken will. Die Minister und Großfürsten Rußlands können heute den Polen versprechen, was sie wollen — was sie bieten, ist doch nur ein armseliges Linsengericht, für das heute Polen sein Erstgeburtsrecht nicht mehr hergeben wird. Es wird die Freiheit des polnischen Eigenstaates, die ihm aus dem Weltkriege erwächst, mit festen Armen umschlingen und verteidigen. Die polnischen Legionen haben dafür schon ein Beispiel gegeben.

Ein grandioses Schauspiel der Weltgeschichte vollzieht sich: Diejenigen, die ausgezogen waren, um mit dem lauten Redeschall eines Grey, Asquith, Poincaré und Sasonow den Schutz und die Freiheit der kleinen Völker auszurufen, haben sich überall, wo sie einen kleinen Staate anrührten, dessen Verderb und Unfreiheit heibeigeführt: Belgien, Serbien, Montenegro, Griechenland sind Zeugen dessen und Rumänien wird auch von demselben Schicksal bedroht. Die Mittelmächte aber, die man als den Inbegriff eines finsteren, freiheitsfeindlichen Militarismus vor das Gericht des zwanzigsten Jahrhunderts schleppen wollte, erhoben sich als die Bringer und Erretter wahrer Völkerfreiheit.

•

Eine deutsche Stimme.

Die „Chemnitzer Allgem. Ztg." schreibt unter dem Titel: „Das neue Polen":

„Polnisches Blut! So siegst du endlich, du heiße Glut!" Das, was der polnische Dichter als eine Vision auf den Wassern der Zukunft sah, scheint sich erfüllen zu wollen: das polnische Volk steht vor der Verwirklichung seines jahrhundertalten Traumes, vor der Wiederaufrichtung seines alten Königreiches! Wir hören, daß in den Konferenzen der leitenden Männer Deutschlands und Oesterreich-Ungarns in Wien „volle Einigung" erzielt worden ist und wissen, daß das abgerissene Diplomatenwort diesmal welthistorische Bedeutung hat. Es ist ein Erfolg von weittragender geschichtlicher Bedeutung, wenn es den Verbündeten nunmehr gelungen ist, das polnische Problem, das die europäischen Diplomaten bisher wie heißes Eisen mieden, zu entwirren, ein Erfolg, der sich vielleicht schon in dem Fortgang des Völkerringens bemerkbar machen wird. Wenn es gelungen ist — was das erste Erfordernis — den Polen Freude an ihrem neuen unabhängigen Vaterlande zu machen, dann wäre es wohl möglich, daß die polnischen Legionen, die unter dem Doppeladler Habsburgs kämpfen, die auch die deutsche Heeresleitung neuerdings anerkannt und rühmend erwähnt hat, anschwellen werden, und daß das polnische Volk entschlossen auf die Seite der Mittelmächte tritt, die nicht nur für sich selbst, sondern auch für das neue Polen kämpfen. Das neue Polen wird den Vorposten europäischer Zivilisation gegenüber dem Russentum stellen müssen, dessen Vergangenheit und Zukunft, dessen Wurzeln im Osten Europas liegen.

Arbeiterzeitung
17 Sept. 1916

Scheidemanns Friedensrede.

Die Rede, die Scheidemann dieser Tage in Dresden gehalten hat, ist in der telegraphischen Inhaltsangabe schlecht weggekommen. Wir wollen deshalb aus dem Bericht der „Dresdner Volkszeitung" die entscheidenden Stellen wiedergeben. Scheidemann führte im wesentlichen aus:

Seit zwei Jahren durchleben wir Zeiten, wie sie schlimmer noch keinem Kulturvolk beschieden waren. Groß ist die Not und es wäre töricht, dies leugnen zu wollen, da es die Gegner doch genau wissen und alle Hoffnung auf den Zusammenbruch im Innern setzen. Wenn das deutsche Volk doch noch zusammenbräche, es würde trotzdem vor der Weltgeschichte groß dastehen, als ein Volk, das Uebermenschliches geleistet hat im Ringen um seine Selbständigkeit. Aber Deutschland kann nnd wird nicht zusammenbrechen, weil es nicht zusammenbrechen darf. Denn der Zusammenbruch Deutschlands würde für das Volk von den schlimmsten Folgen begleitet sein. Die vorübergehende Not würde zum dauernden Elend und die Arbeiterklasse würde unter dem Trümmerhaufen am tiefsten begraben sein. Voraussetzung für eine einigermaßen glückliche Beendigung des Krieges ist aber zunächst, daß dem Volke das nötige Brot gesichert wird. Nicht nur darunter leiden wir, daß England auch Frauen und Kinder auszuhungern sucht, sondern vor allem darunter, daß sich der Wucher breit macht und nicht genügend bekämpft wird. Die Regierung hat in der Ernährungsfrage versagt. Sie muß dafür sorgen, daß die nötigsten Nahrungsmittel zu erschwinglichen Preisen zu haben sind. Wenn die Soldaten im Felde so zögernd gewesen wären im Kampfe gegen den äußeren Feind wie die Regierungen gegenüber dem Lebensmittelwucher, dem inneren Feind, dann wäre es schlecht um das ganze Land bestellt. Endlich muß nun ernstlich eingegriffen werden. Man möchte der Regierung zurufen: Lernt, ihr seid gewarnt!

Die zweite Voraussetzung für eine glückliche Beendigung des Krieges ist, daß das Volk nicht irre gemacht wird in der festen Ueberzeugung, daß wir einen Verteidigungskrieg führen und keinen Eroberungskrieg. Das Gerede vom deutschen Eroberungskrieg ist durchaus falsch, denn Deutschland kämpft heute noch tatsächlich um seine nackte Existenz. Von den Annexionspolitikern, die Bethmann bekämpfen, weil er für sie eine Gefahr für die innere Entwicklung Deutschlands bedeutet, darf man sich nicht beirren lassen. Ferner darf bei dem Worte Bethmanns von der Kriegskarte und den Faustpfändern nicht vergessen werden, daß die deutschen Kolonien verloren sind und daß Deutschland vom Meere und vom Ausland völlig abgeschlossen ist. Unsere Aufgabe muß es sein, die Massen zu sammeln, damit sie gegen uferlose Forderungen hüben und drüben ankämpfen und für einen baldigen und dauernden Frieden ohne Demütigung wirken, der es ermöglicht, mit den Nachbarländern wieder in Frieden und Eintracht zu leben.

Schon vor anderthalb Jahren ist von der Sozialdemokratie der Ruf nach einem ehrenvollen Frieden für alle erhoben worden. Er ist nie verstummt. Jetzt in der Zeit des Nationalausschusses soll er mit verstärkter Kraft erklingen. Es ist aber außerordentlich schwierig, den Frieden zu erreichen, und viele fordern deshalb einen Frieden um jeden Preis. Das würde jedoch die Zerstückelung und Zerstörung Deutschlands bedeuten. Wir wollen einen Frieden ohne Demütigung, während die französischen Sozialisten neuerdings noch die Wiedereroberung Elsaß-Lothringens verlangten und den Ruf nach verschärfter Kriegführung erhoben. In der Frage des Unterseebootskrieges haben dagegen unsere Abgeordneten gegen dessen Verschärfung votiert. Wenn schon unter den Sozialisten der verschiedenen Länder eine so große Kluft besteht und im eigenen Lande keine Einigung zu erzielen ist, dann ist einigermaßen zu ermessen, wie schwierig es sein wird, die Staaten zusammenzubringen. Mindestens zehnmal ist von uns versucht worden, mit den französischen Genossen in Verbindung zu kommen, und immer wieder sind diese Versuche gescheitert. Wie uns, so ist es der deutschen Regierung mit den gegnerischen Staaten gegangen. Immer wieder hörte man in den feindlichen Staaten nur vom Zusammenbruch Deutschlands, vom endgiltigen Siege und vom Diktieren des Friedens reden. Es hängt also nicht von einem Teil allein ab, sondern zum Friedenmachen gehören zwei.

Nach dem Kriege muß eine Neuorientierung in der inneren Politik kommen. Jawohl, wir brauchen eine einige Arbeiterbewegung nicht nur wegen eines besseren Steuersystems, guter sozialer Fürsorge für die Kriegsopfer und ihre Angehörigen, sondern auch wegen der Erringung eines besseren Wahlrechtes. Draußen im Felde heißt es nicht: Preußen erster Klasse in den ersten Schützengraben, Preußen zweiter Klasse in den zweiten Schützengraben, Preußen dritter Klasse in Reservestellung. Da sind alle Preußen gleich, aber wenn die Preußen vor dem Feinde gleiche Pflichten haben, dann kann man ihnen daheim nicht weiter die gleichen Rechte verweigern. Das werden sich alle, die draußen gekämpft und das Fürchten verlernt haben, nicht gefallen lassen. Alle diese Aufgaben, vor die wir nach dem Kriege gestellt werden, erfordern eine große und starke, also einige Partei. Deshalb versündigt sich an der deutschen Arbeiterschaft, wer die Einigkeit der Partei stört.

Die deutsche Sozialdemokratie geht mit reinem Schilde aus den Wirren dieses Krieges hervor und kann jederzeit mit gutem Gewissen vor die Internationale wie auch vor das deutsche Volk hintreten. Nichts haben wir von unseren früheren Forderungen, nichts von unseren Grundsätzen preisgegeben. Immer wieder können wir nur erklären, daß wir zum Frieden bereit sind. Es ist furchtbar, uns noch länger wehren und schlagen zu müssen, obwohl wir wissen, daß sich auch die Völker auf der anderen Seite nach dem Frieden sehnen. Aber nirgends ist der Friedenswille so deutlich vor aller Welt von Volk und Regierung bekanntgegeben worden wie in Deutschland. Man müßte an der Menschheit verzweifeln, wenn das Morden und Brennen noch lange fortdauern sollte. Wir hoffen, daß bald die Zeit kommt, wo wir wieder in alter Weise für den Fortschritt auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit kämpfen und ungehindert unserer Kulturarbeit dienen können.

Berner Bund
17./VIII. 1916

206 17

Portugal und die Entente

(Von unserem Korrespondenten)

Z Paris, 14. August.

Am 7. August hat in Lissabon eine wichtige außerordentliche Sitzung der vereinigten portugiesischen Kammern stattgefunden. Der Finanzminister und der Minister des Aeußern gaben die Ergebnisse ihrer Reisen nach London und Paris bekannt. Der Finanzminister Affonso Costa rief die Beschlüsse der Wirtschaftskonferenz von Paris in Erinnerung und kündete an, daß Portugal seine innere Gesetzgebung nach den Beschlüssen dieser Konferenz richten werde. Aus den weitern Ausführungen Costas und Soarès' erfahren wir Näheres über ihre persönlichen Unterhandlungen in London. Diese umfassen drei Hauptpunkte: die Frage der von den Portugiesen beschlagnahmten deutschen Schiffe, die Frage der englischen Finanzhilfe für Portugal und die Frage der Beteiligung portugiesischer Truppen am europäischen Krieg.

Was die beschlagnahmten deutschen Schiffe anlangt, so beabsichtigte Großbritannien zuerst ihren Ankauf für drei Millionen Pfund. Costa schlug Großbritannien vor, die deutschen Schiffe nur zu mieten, wobei es auch die Gefahr des Verlustes der Schiffe zu tragen hätte. Die englische Regierung ging auf diesen Vorschlag ein. Die deutschen Schiffe werden also jetzt von der englischen Regierung gemietet; die Besatzung der Schiffe ist portugiesisch, wird aber von England besoldet. „Aus Dankbarkeit für die ehrliche Beihilfe," die Portugal seinem Verbündeten von Kriegsanfang an zuteil werden ließ, verspricht Großbritannien Portugal eine „bedeutende" Geldunterstützung. Die englische Regierung hat die portugiesischen Minister ermächtigt, im Parlament zu erklären, daß Großbritannien Portugal jeden Vorschuß gewähren wird, den es für den Krieg nötig hat. Die Vorschüsse werden in englischen Schatzscheinen gewährt und sind in einer Frist von zwei Jahren durch eine portugiesische auswärtige Anleihe rückzahlbar, die England begünstigen wird. Schließlich verlas der Minister des Auswärtigen, Soarès, eine in herzlichen Worten abgefaßte Einladung der britischen Regierung an ihren portugiesischen Verbündeten, in Europa eine weitergehendere Waffenhilfe zu leisten, in dem Maße dessen, was die portugiesische Regierung für möglich halte. Diese Einladung ist nach dem Berichte des „Temps" von den portugiesischen Volksvertretern mit Begeisterung aufgenommen worden. Eine Tagesordnung, die die Erklärungen der beiden Minister billigt und der Regierung ihre unbeschränkten Vollmachten erneuert, wurde fast einstimmig angenommen. Nur ein Sozialist stimmte dagegen, einige Unionisten enthielten sich der Stimmabgabe.

Man wußte in den verbündeten Ländern, daß der portugiesische Finanzminister Affonso Costa und sein Kollege Soarès, Minister des Auswärtigen, in London über die portugiesische Waffenhilfe auf den europäischen Kriegsschauplätzen unterhandelten. In Paris hieß es lange, daß Großbritannien zögere, das Anerbieten anzunehmen. Als aber die portugiesischen Minister auf der Rückreise von London noch mit dem spanischen Ministerpräsidenten in San Sebastian eine Unterredung hatten, war es nicht mehr schwer zu erraten, daß sie in London erfolgreich gewesen waren. In den letzten Tagen haben dann die französischen Blätter etwas genauere Angaben über die portugiesische Waffenhilfe gebracht. Darnach werden nacheinander einige Divisionen von je zwanzigtausend Mann für den europäischen Krieg ausgebildet. Die Ausbildung der ersten dieser Divisionen ist abgeschlossen, und die Manöver sollen die französischen und englischen Offiziere sehr befriedigt haben. Man hat darauf mit der Ausbildung der zweiten Division begonnen. Ueber die Bedeutung dieser Hilfe ist man in Frankreich verschiedener Ansicht gewesen. Die einen meinten, die Sache sei sehr viel wichtiger für die junge portugiesische Republik als für die Entente. Mit seiner Beteiligung nicht nur am Kolonialkrieg, sondern auch am europäischen Krieg sichere sich Portugal einen guten Platz an der Friedenskonferenz. Die andern meinten, auch an und für sich sei der Beistand portugiesischer Divisionen nicht zu unterschätzen. So meint Clémenceau im „Homme Enchaîné" vom 14. August, in der jetzigen Phase des Krieges, wo man sich der Endkrise nähere, sei keine Hilfe zu verachten.

Ueber einen Punkt schweigen sich alle Mitteilungen aus: über die Abmachungen betreffend den Zuzug von Arbeitskräften aus Portugal. Eines der wichtigsten Ergebnisse der Pariser Märzkonferenz war die Annahme des Grundsatzes, daß sich sämtliche Alliierte gegenseitig durch Austausch von Truppen, Material oder Arbeitskräften unterstützen sollten. So hat zum Beispiel Italien eine große Menge Gewehre an Rußland abgegeben, und es hat nach Frankreich Arbeitskräfte, hauptsächlich für die Kriegsindustrie, geliefert. Indes hat der Zustrom doch nicht alles ergeben, was man von ihm erwartete. Die italienischen Arbeiter finden, seitdem die Mobilisation und die eigene Kriegsproduktion intensiver geworden ist, im Lande selbst sehr lohnende Beschäftigung, so daß sie keinen Vorteil mehr sehen, ins Ausland zu gehen. Eben darum hätte man den Zufluß von portugiesischen Arbeitern gerne gesehen. Es ist möglich, daß der portugiesische Finanzminister Costa auch diese Frage in London und Paris geregelt hat. Aber man erfährt darüber nichts. Der stets etwas ungeduldige Clémenceau schreibt dazu: „Der Zuzug portugiesischer Arbeitskräfte wäre ebenfalls sehr kostbar gewesen, und wir können nicht am guten Willen Englands zweifeln, uns den Vorteil davon zu sichern. Wie kommt es, daß in den offiziellen Protokollen, die man uns zur Kenntnis gibt, davon keine Rede ist? Ich bin darüber sehr überrascht. Sollte es denn möglich sein, daß so viele schöne Worte sich in Rauch und Dunst verwandelt haben? Wann endlich wird einer unserer dringendsten Wünsche in Erfüllung gehen?"

Die Zeit Abend
17./VIII. 1916

Botschafter Sharp in Berlin.

Widersprechende Mitteilungen.

≈ Berlin, 17. August. (Priv.-Tel.)

Der Berliner Korrespondent der New York Times telegraphiert seinem Blatte, daß Sharp, der Botschafter der Vereinigten Staaten in Paris, mit den führenden Politikern Sonntags in Berlin Besprechungen hatte. Trotzdem hierfür keine positive Grundlage vorhanden sei, gingen Gerüchte um, daß Sharp infolge einer Betrauung Wilsons bei den kriegführenden Großmächten vorgefühlt habe, ob eine eventuelle Friedensvermittlung möglich wäre.

Daily Telegraph erhält demgegenüber aus Washington die Mitteilung, daß der Botschafter sich nur auf der Durchreise nach Amerika in Deutschland befinde und die verbreiteten Gerüchte unwahr sind.

Neues Wiener Tagblatt 18./VIII. 1916

Kaiser Wilhelm über den Krieg.

Berlin, 17. August. (Privat.) Die „Vossische Zeitung" meldet aus Amsterdam: Ein Korrespondent der „Daily News" hatte eine Unterredung mit einer hochgestellten neutralen Persönlichkeit, die Ende des vorigen Jahres und ein zweitesmal im Laufe des letzten Monats in amtlicher Eigenschaft Berlin besuchte.

Während des ersten Besuches wurden der Gewährsmann und andre Mitglieder der Deputation zum Tee beim Kaiser und bei der Kaiserin eingeladen. Nach dem Tee zogen sich die Kaiserin und die Damen zurück und die Unterhaltung wurde allgemein. Der Kaiser redete mit uns abwechselnd über Wetter und neue Bücher, die veröffentlicht wurden, sowie über die Tüchtigkeit des deutschen Eisenbahnwesens, eine Bemerkung, die veranlaßt wurde durch unsre schnelle Reise von München nach Berlin.

Der Kaiser schien bestrebt, die direkte Frage des Krieges von der Unterhaltung fernzuhalten. Aber der Führer unsrer Deputation, so erzählte der Gewährsmann, gab Gelegenheit dazu, sie zu berühren, indem er sein Erstaunen und seine Bewunderung ausdrückte über die Disziplin und die Einigkeit im deutschen Volke. Da leuchteten die Augen des deutschen Kaisers, und er sagte nachdenklich: Das ist der Eindruck, den die meisten Fremden, selbst feindliche Fremde, erhalten. Ich glaube, daß der Gegensatz zwischen dem Deutschland, wie es sich unsre Feinde vorstellen, nämlich einem Deutschland, das unruhig, kriegsmüde und halb verhungert ist, zu dem begeisterten, immer noch gedeihenden Deutschland, wie es tatsächlich ist, bei allen große Ueberraschungen hervorrufen muß. Ich glaube, fuhr der Kaiser fort, daß die Theorie, daß ich für den Krieg verantwortlich wäre, auch in Ihrem Volke Wurzel gefaßt hatte.

Das war die Frage, die uns in Verlegenheit setzte. Aber der Kaiser schien keine Antwort zu erwarten und meinte weiter: „Es ist seltsam, diese Theorie scheint meine Feinde in Bann zu halten. Gerade die Leute, die mich der Veranlassung zum Kriege zeihen, sind dieselben, die vorher die Aufrichtigkeit meines Friedenswunsches bezeugten."

Wilhelm II. hielt einen Augenblick an und setzte dann ernsten Tones fort: „Ich beneide den Mann nicht, der die Verantwortlichkeit dieses Krieges auf dem Gewissen hat, denn ich bin nicht jener Mann. Ich denke, daß die Geschichte mich von diesem Verdacht freisprechen wird. In gewissem Sinne hat jeder zivilisierte Mann Teil an der Verantwortlichkeit des Krieges, und je höher seine Stellung ist, desto größer ist seine Verantwortlichkeit. Ich behaupte, daß ich durchaus in gutem Glauben handelte und schwer für den Frieden stritt, obwohl der Krieg unvermeidlich war. Warum redet Ihr Neutralen bloß über den deutschen Militarismus und niemals über den russischen Despotismus, über Frankreichs Revancheideen und Englands Verrat. Ich glaube, die kommende Generation wird die Schuld gerechter verteilen."

Pester Lloyd Abendblatt
18./VIII. 1916

210 18/2

Kaiser Wilhelm über die Verantwortlichkeit für den Weltkrieg.

(Telegramm des „Pester Lloyd".)

Berlin, 18. August.

Die „Vossische Zeitung" meldet aus Amsterdam:

Der Berner Korrespondent der „Daily News" hatte eine Unterredung mit einer hochgestellten neutralen Persönlichkeit, die zu Ende des vorigen Jahres und dann zum zweiten Male im Juli dieses Jahres Berlin in amtlicher Eigenschaft besucht hat.

Während ihres ersten Besuches wurde sie mit anderen Mitgliedern der Deputation zum Tee bei dem Kaiser und der Kaiserin geladen. Nach dem Tee zog sich die Kaiserin mit den Damen zurück. Die Unterhaltung wurde allgemeiner. Der Kaiser erzählte. Er redete mit uns abwechselnd über neue Bücher, deren Veröffentlichung bevorstand, über die Tüchtigkeit des deutschen Eisenbahnsystems, eine Bemerkung, die durch unsere schnelle Reise von München nach Berlin veranlaßt wurde. Er schien bestrebt zu sein, die delikate Frage des Krieges von der Unterhaltung fern zu halten. Aber der Führer unserer Deputation gab Gelegenheit hiezu, indem er sein Erstaunen und seine Bewunderung über die Disziplin und die Einigkeit des deutschen Volkes ausdrückte. Des Kaisers Augen leuchteten. Er sagte nachdenklich:

„Das ist der Eindruck, den die meisten Fremden, selbst die feindlichen Fremden erhalten. Ich glaube, daß der Gegensatz zwischen dem Deutschland, wie es sich unsere Feinde vorstellen, nämlich einem Deutschland, das unruhig, kriegsmüde, halb verhungert sei, und dem begeisterten, immer noch gedeihenden Deutschland, wie es tatsächlich ist, bei ihnen große Ueberraschung hervorrufen muß. Ich glaube, daß die englische Annahme, ich sei für den Krieg verantwortlich, auch bei Ihrem eigenen Volke Wurzel gefaßt hat."

Dies war eine Wendung, die uns in Verlegenheit brachte. Aber der Kaiser schien keine Antwort zu erwarten, sondern fuhr fort:

„Es ist seltsam, diese Annahme scheint meine Feinde förmlich in Bann zu halten. Gerade die Leute, die mich der Veranlassung des Krieges zeihen, sind dieselben, die vorher die Aufrichtigkeit meines Friedenswunsches bezeugten."

Der Kaiser hielt einen Augenblick inne und setzte dann in ernstem Tone fort:

„Ich beneide den Mann nicht, der die Verantwortlichkeit für diesen Krieg auf dem Gewissen hat. Ich bin nicht jener Mann. Ich denke, daß die Geschichte mich von diesem Verdacht freisprechen wird. In gewissem Sinne nimmt jeder zivilisierte Mann Europas teil an der Verantwortlichkeit des Krieges; je höher seine Stellung, desto größer seine Verantwortlichkeit. Ich wage zu behaupten, daß ich durchweg in gutem Glauben handelte und schwer für den Frieden stritt, obgleich der Krieg unvermeidlich war. Warum redet Ihr Neutralen stets über den deutschen Militarismus und niemals über den russischen Despotismus, Frankreichs Revancheidee und Englands Verrat? Ich glaube, die kommende Generation wird über die Schuld ein gerechtes Urteil fällen."

Vossische Zeitung
18./VIII. 1916

Französische Betrachtungen über Andrassy.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **Bern,** 18. August.

Die Möglichkeit des Ersatzes des Freiherrn Burian durch den Grafen Andrassy wird in der französischen Presse lebhaft und, wie man wohl kaum hervorzuheben braucht, durchaus tendenziös und verständnislos besprochen. Der „Temps" meint, daß der Personenwechsel im österreichisch-ungarischen Ministerium des Aeußern durch den Widerstand gewisser Politiker verzögert werde, die sich einer „vollkommenen Beschlagnahme Oesterreich-Ungarns durch Deutschland" widersetzen und die der Meinung sind, daß die „Subordination" der österreichisch-ungarischen Armee unter den deutschen Generalstab nicht die erhoffte Wirkung gehabt habe. Der „Temps" glaubt also, Unzufriedenheit und an Berlin gerichtete Vorwürfe zu wittern, meint aber, daß der preußische Einfluß unüberwindlich sei. Graf Andrassy flöße als „der Sohn seines Vaters" mehr Vertrauen in Berlin ein als Burian und befinde sich mit dem Reichskanzler in vollkommenem Einverständnis über die polnische Frage. Nicht mißzuverstehen ist die Absicht, wenn der „Temps" schreibt, daß selbst ein Sieg der Doppelmonarchie keine andere Aussicht eröffne, als „Vasall des großen Deutschland zu werden". Das „Journal des Débats" meint, der Wechsel könnte für die inneren Beziehungen der Zentralmächte Bedeutung haben, nicht aber für Frankreich. Andrassy habe zwar gelegentlich die Flöte der ungarischen Freundschaft für Frankreich gespielt, sei aber Erbe der väterlichen Tradition. „Gaulois" bezeichnet Andrassy als eine persona grata in Berlin; aber käme er zur Macht, so würde die Doppelmonarchie nunmehr von zwei Ungarn verwaltet, d. h., Oesterreich sei einerseits an die ausgeliefert, die es absorbieren wollen, anderseits an die, die seit einem halben Jahrhundert darüber nachdenken, wie sie sich für die unter Habsburg erlittenen Erniedrigungen rächen können. „Echo de Paris" würde in der Ernennung Andrassys das Eingeständnis erblicken, daß Ungarn besonders bedroht sei. Die Andrassys kämen aus Transsylvanien, der Glanz des Namens soll den Verlust der Provinz decken. „Figaro" kennzeichnet in gleicher Tonart Andrassys „vollkommene Ergebenheit an Deutschland", während dieses bei Burian gelegentlich Widerstand gefunden habe.

Hamburger Fremdenblatt
18. Jan. 1916

I
212

Was wird aus Polen?

⊙ Hinter dem Wall von Blut und Feuer, der in riesigem Kreise Mitteleuropa vor dem ringsum anbrandenden Völkerhaß schützt, wird eine stille Vorarbeit für die staatliche Neugestaltung der Kernlande unseres kriegszerwühlten Erdteiles geleistet. — Was wird aus Polen? — Man weiß, daß reichsdeutsche und österreichisch-ungarische Staatsmänner über diese schwerwiegende Frage sich beraten haben. Es ist bekanntgemacht worden, daß die Vertreter der beiden Kaisermächte über die Grundsätze der geplanten Neuordnung ein Einvernehmen erzielt haben. Das sind die einzigen Tatsachen, die der Oeffentlichkeit mitgeteilt worden sind und an die eine öffentliche Erörterung sich vorläufig zu halten hat, bis eine voraussichtlich in naher Zukunft erfolgende, weitergehende Aufklärung unserem Volke die Möglichkeit geben wird, an der im Gange befindlichen Neugestaltung ersprießlichen Anteil zu nehmen. Immerhin genügen die heute bereits feststehenden Tatsachen, um sich über die Grundlagen, auf die der polnische Zukunftsbau gegründet werden soll, klar zu werden:

Ueber Polens Geschick haben Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu entscheiden, sonst niemand. Rußland, der frühere Gewalthaber über das Land, ist so völlig ausgeschlossen von jeder Einwirkung darauf, daß die russische Presse gerade in den letzten Tagen ganz ernsthaft die Frage erörtern darf, ob und wie weit die Regierung des Zaren ihre alten Freiheitsversprechungen an die Polen erneuern, erweitern oder gar — halten solle. Für Gebiete, in denen es noch etwas zu sagen hat, läßt Rußland erfahrungsgemäß keine Erörterungen über Selbstverwaltung, Volksfreiheit und ähnliche unrussische Dinge zu. Geradezu spaßig sind im Vergleich damit die französischen Bemühungen, den Polen durch Vermittlung schweizerischer Blätter klarzumachen, weshalb die früher für die polnische Freiheit so feurig entflammte Republik heute zwar für die Befreiung der Serben und Belgier, aber nicht für die der Polen sich begeistert. An dieser Herzlosigkeit der Franzosen sind wieder einmal die Engländer schuld — so entschuldigen sich die Franzosen. Das Londoner Abkommen verpflichte nämlich alle Beteiligten, keinen Sonderfrieden zu schließen und überhaupt keine Sonderpolitik zu treiben. Und da infolgedessen .... mit einem Worte: der langen Rede kurzer Sinn ist der: die Freiheitsliebe der französischen Republik darf nur so weit gehen, wie es dem russischen Zaren beliebt. Die Engländer nehmen sich gar nicht erst die Mühe, sich vor den Polen mit solchen Spitzfindigkeiten herauszureden. Sie verstehen unter „Freiheit" die Behandlung, die Irland unter der britischen Herrschaft erfährt. Wenn sie also nach der „Befreiung Polens" trachten, so weiß der Zar und wissen die Polen, was damit gemeint ist.

Dem deutschen Volke dürfte kein Staatsmann mit der Behauptung kommen, es habe das Blut seiner Söhne hingegeben, um ein fremdes Volk zu beglücken. Wohl aber ist es nach unserer tiefbegründeten Ueberzeugung ein Glück für Polen, daß ihm der Verlauf des uns aufgezwungenen Verteidigungskrieges die Befreiung von der russischen Gewaltherrschaft gebracht hat. Was die deutschen und österreichisch-ungarischen Heere zur Sicherung der Mittelmächte und zum Segen Polens errungen haben, das gilt es jetzt auszubauen und festzulegen für die Zeiten des Friedens. Die unter russischer Hoheit gehaltenen Polen waren nicht unsere Bundesgenossen. Ihre wehrfähigen Männer haben die feindlichen Reihen verstärkt. Wir zürnen ihnen nicht darob, daß sie sich dem Zwang, der ihnen nach manchem blutig unterdrückten Aufstandsversuch als unzerbrechlich vorgekommen sein mochte, nicht zu entziehen gewagt haben. Zu unserem und ihrem Besten müssen wir sie in Zukunft vor diesem Zwange bewahren. Sie können nicht verlangen, daß Deutschland, dessen opferschwerem Heldenmute sie nunmehr ihre Befreiung verdanken, auch für den Fortbestand der polnischen Unabhängigkeit vom Zaren allein zu bluten bereit sein soll. Deutschland braucht die Gewißheit, daß weder Gewalt noch im Dunkeln schleichende Beeinflussung — wie sie Belgien und Serbien ins Unglück gestürzt hat, und wie sie in einem andern, zu wenig eigenkräftigen Nachbarstaate gerade jetzt wieder ihre verhängnisvolle Wirksamkeit entfaltet — die Sicherheit des Deutschen Reiches von einem befreiten Polen aus jemals bedrohen werden. Auch die Wahrung des inneren Friedens in unseren Grenzgebieten mit gemischter deutscher und polnischer Bevölkerung gehört hierher. Fürst Bülow hat in seinem Buche diese unbedingt feststehende Forderung in die Worte gekleidet: „Was das deutsche Schwert mit deutscher Kraft und deutschem Blut für die polnische Sache erkämpft, darf in der Folge nicht dem preußischen Staat und dem Deutschtum Schaden bringen." — Es fehlt schon heute nicht an Versuchen unserer Feinde, gerade diese einfache und selbstverständliche Voraussetzung zu den bekannten Verdrehungen und Hetzereien zu mißbrauchen, um in leichtgläubigen und kurzsichtigen Kreisen Polens Unzufriedenheit und Aufsässigkeit heranzuzüchten. Deutschland muß sich sicher fühlen dürfen vor der Wirksamkeit der in ihrer ganzen Gefährlichkeit uns jetzt hinreichend bekannten Lügenwaffe unserer Feinde. Dasselbe Ziel muß jeden wahren Volksfreund in Polen selbst beseelen. Denn hierin wie in jeder andern Hinsicht decken sich die naturnotwendigen Erfordernisse des Deutschen Reiches wie Polens vollständig. Vertrauensvolles Zusammenarbeiten ist daher vonnöten und ist daher möglich.

Hamburger Fremdenblatt

I

213

18./VIII. 1916

Und wir und Polen?

Vertrauen gegen Vertrauen! Die deutsche und österreichisch-ungarische Wehrmacht haben sich das Vertrauen auf die Zuverlässigkeit ihres Schutzes in harter Probe voll verdient. Die Verwaltungsbehörden der Mittelmächte im besetzten Lande haben — ohne laut tönende, verschwommene Versprechungen nach russischem Muster — durch ihre Maßnahmen und Handlungen bewiesen, daß es ihnen ernst ist mit den Selbstbestimmungs- und Freiheitsrechten, die sie den ehemaligen Provinzen des Zaren bringen wollen. Es muß auch anerkannt werden, daß auch das polnische Volk selber begonnen hat, sich dieses ihm entgegengebrachte Vertrauen zu verdienen. Denn die tatkräftige Mitarbeit seiner Vollsvertreter an der Leitung der öffentlichen Geschäfte, wie sie durch die stetig sich ausbreitende Einrichtung der Selbstverwaltung in den Städten des Polengebietes ermöglicht worden ist, läßt guten Willen und eine selbst unter dem langen russischen Druck nicht erstickte Fähigkeit zum Wirken für die gemeine Wohlfahrt erkennen. In demselben Maße, in dem sich diese Erkenntnis ergab, ist das Verwaltungswesen, der Unterricht, die Rechtspflege in immer weiterem Umfange im Sinne der von der polnischen Bevölkerung geäußerten Wünsche ausgestaltet worden. Denn das Ziel der Mittelmächte ist es, ein freies und zufriedenes Polen zum zuverlässigen Nachbarn und Freund zu haben. Die Freiheit Polens ist der Wunsch seines Volkes, aber sie ist auch die Bedingung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns. Die beiden Mittelmächte werden sich Sicherheit dafür verschaffen müssen, daß ein Rückfall in die russische Abhängigkeit weder durch äußere Gewalt, noch durch innere Schwächung und Unterwühlung des künftigen Staatsgebildes eintreten kann.

Unser und unseres österreichisch-ungarischen Waffenbruders Verhältnis zum werdenden Polen ist in seinen Grunderfordernissen also wirklich klar genug vorgezeichnet. In welcher äußeren Form die gemeinsame Anteilnahme des Deutschen Reiches und der Donaumonarchie an dieser Neugestaltung festgelegt werden wird, das steht noch dahin. Die bisher schon zu Oesterreich gehörigen Polen haben sich als treue Anhänger des schwarzgelben Kaisertums bewährt. Die Erfahrungen, die mit ihnen gemacht wurden und die sie selbst gemacht haben, können sehr wohl als günstige Faktoren bei dem staatlichen Neubau, den es aufzuführen gilt, genutzt werden. Als ein beachtenswertes Kennzeichen ist es anzusehen, daß kürzlich zum ersten Male seit Kriegsbeginn die oberste deutsche Heeresleitung in ihrem amtlichen Kriegsberichte eine besondere Heldenleistung der polnischen Legion — deren Bildung von Oesterreich ausgegangen ist — rühmend hervorhob. Die Waffenhilfe freiwilliger Polen mag ein günstiges Vorzeichen sein für die Waffenbrüderschaft mit einem freien Polen. Es kündigt sich in seinen Grundrissen heute bereits an: Wie wir bereits meldeten, werden von den österreichisch-ungarischen und von den deutschen Behörden die Bewohner der den Russen abgerungenen Lande nicht mehr als Russen, als Feinde, auf ihren Ausweispapieren bezeichnet, sondern als polnische Staatsangehörige, als „Bürger des Königreiches Polen".

In der Feuerprobe des Weltkrieges hat sich manche staatliche Form als verfehlt erwiesen, manche andere hat eine ungeahnte Kraft und Entwicklungsfähigkeit offenbart. Hoffen wir, daß unsere Staatsmänner nach den Lehren der Geschichte auch für das neue Polen die richtige Staatsform finden und einrichten werden. Sie darf keine guten Kräfte hemmen, keine unheilvollen Triebe begünstigen. Auf den Geist wird es ankommen, der diese Staatsform schafft, und mehr noch auf den, der sie dann erfüllen wird.

———+++———

Neues Pester Journal
18./VIII. 1916
214

(Nach Schluß des Blattes eingelangt.)

Ein gemeinsamer österreichisch-ungarisch-deutscher Schritt in Bukarest.

Verwahrung gegen den russischen Durchmarsch.

(Privat-Telegramm des „Neues Pester Journal.“

Berlin, 17. August. Die „Nationalzeitung“ berichtet censurirt aus Kopenhagen: „Berlingske Tidende“ meldet: Aus Wien wird mitgetheilt, daß der **deutsche** und der **österreichisch-ungarische Gesandte** in **Bukarest** bei der rumänischen Regierung **gemeinsame Schritte** unternommen haben, um sie darauf aufmerksam zu machen, daß die **Erlaubniß eines russischen Durchmarsches durch rumänisches Gebiet mit Rumäniens Neutralität unvereinbar sei.** Dieser Schritt steht im Zusammenhang mit der in den letzten Tagen in der rumänischen Presse aufgetauchten Behauptung, daß eine derartige Erlaubniß des [illegible]sches nicht unbedingt die Verletzung der [illegible]htungen zu bedeuten brauche.

Neues Wiener Tagblatt
1./VIII. 1916

Drei Erlässe Kaiser Wilhelms.

Kaiser Wilhelm an den Reichskanzler.

Berlin, 31. Juli. Das Wolffsche Bureau meldet: Kaiser Wilhelm hat an den Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg folgenden Erlaß gerichtet:

„Zum zweiten Male kehrt der Tag wieder, an dem mich die Feinde zwangen, Deutschlands Söhne zu den Waffen zu rufen, um die Ehre und den Bestand des Reiches zu schützen. Zwei Jahre beispielloses Heldentums in Taten und Leiden hat das deutsche Volk durchmessen. Heer und Flotte haben im Verein mit den treuen, tapferen Bundesgenossen in Angriff und Abwehr höchsten Ruhm erworben. Viele Tausende unsrer Brüder haben ihre Treue gegen das Vaterland mit ihrem Blute besiegelt. In West und Ost bestehen unsre heldenmütigen Feldgrauen in unerschütterlicher Festigkeit den gewaltigen Ansturm der Gegner. Unsre junge Flotte hat am ruhmreichen Tage vom Skagerrak der englischen Armada einen harten Schlag versetzt.

Leuchtend stehen mir die Taten nie ermüdenden Opfermutes und treuer Kameradschaft an der Front vor Augen. Aber auch daheim ist Heldentum bei Mann und Frau, bei jung und alt, bei allen, die Trauer und Sorge still und tapfer tragen, die ordnen und helfen, um die Leiden des Krieges zu mildern, in der Arbeit derer, die Tag und Nacht unermüdlich schaffen, um unsre kämpfenden Brüder im Schützengraben und auf der See mit allem notwendigen Rüstzeug zu versorgen.

Die Hoffnung der Feinde, uns in der Herstellung von Kriegsmitteln zu überflügeln, wird ebenso zuschanden werden, wie ihr Plan, durch Hunger zu erzwingen, was ihr Schwert nicht erreichen kann. Auf Deutschlands Fluren lohnt Gottes Gnade des Landmannes Fleiß mit reicherer Frucht, als wir zu hoffen wagten. Süd und Nord wetteifern darin, die rechten Wege für die brüderliche Verteilung von Nahrung und anderm Lebensbedarf zu finden.

Allen, die draußen und daheim für Volk und Heimat kämpfen und streiten, ihnen allen gilt mein heißer Dank.

Noch liegt Schweres vor uns. Zwar regt sich nach den furchtbaren Stürmen zweier Kriegsjahre die Sehnsucht nach dem Sonnenschein des Friedens in jedem menschlichen Herzen; aber der Krieg dauert fort, weil die Losung der feindlichen Machthaber auch heute noch Deutschlands Vernichtung ist.

Auf unsre Feinde allein fällt die Schuld des weiteren Blutvergießens. Niemals hat mich die feste Zuversicht verlassen, daß Deutschland trotz der Uebermacht der Gegner unbezwingbar ist, und jeder Tag befestigt sie aufs neue. Das deutsche Volk weiß, daß es um sein Dasein geht. Es kennt seine Kraft und vertraut auf Gottes Hilfe. Darum kann nichts seine Entschlossenheit und Ausdauer erschüttern. Wir werden diesen Kampf zu einem Ende führen, das unser Reich vor neuem Ueberfall schützt, und der friedlichen Arbeit deutschen Geistes und deutscher Hände für alle Zukunft freies Feld sichert. Frei, sicher und stark wollen wir wohnen unter den Völkern des Erdballs. Dieses Recht soll und wird uns niemand rauben.

Ich beauftrage Sie, diesen Erlaß zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Großes Hauptquartier, 31. Juli 1916.

Wilhelm I. R."

* * *

An die deutsche Wehrmacht zu Lande und zur See.

Berlin, 31. Juli. Das Wolffsche Bureau meldet:

Kaiser Wilhelm erließ folgende Kundgebung an die deutsche Wehrmacht zu Lande und zur See:

„Kameraden! Das zweite Jahr des Weltkrieges ist vollendet. Es war wie das erste für Deutschlands Waffen ein Ruhmesjahr!

Auf allen Fronten habt Ihr dem Feinde neue schwere Schläge versetzt. Ob er niedergekämpft, der Wucht Eures Angriffes wich, oder ob er, durch fremde, aus aller Welt zusammengeraffte und erpreßte Hilfe verstärkt, Euch den Preis der bisherigen Siege wieder zu entreißen suchte, Ihr habt Euch ihm stets überlegen gezeigt. Auch da, wo Englands Gewaltherrschaft unbestritten war, auf den freien Wogen der See, habt Ihr siegreich gegen eine erdrückende Uebermacht gefochten. Die Anerkennung Eures Kaisers, die stolze Bewunderung der dankbaren Heimat sind Euch für diese Taten unerschütterlicher Treue, kühnen Wagemutes und zäher Tapferkeit gewiß. Wie das Andenken an die gefallenen Helden, so wird auch Euer Ruhm bis in die fernsten Zeiten wirken.

Was die Wehrmacht vor dem Feinde an Lorbeern pflückte, trotz Not und Gefahr, stets hochgemut, weil ihr das stolze Los des Soldaten beschert war, ist unzertrennlich verknüpft mit der hingebungsvollen, unermüdlichen Arbeit des Heimatheeres. Immer frische Kräfte hat es den fechtenden Truppen zugeführt, immer wieder das Schwert geschärft, das Deutschlands Zuversicht und der Feinde Schrecken ist. Auch dem Heimatheer gebührt mein und des Vaterlandes Dank.

Noch aber sind Macht und Wille des Feindes nicht gebrochen. In schwerem Streit müssen wir weiterringen um die Sicherheit unsrer Lieben, um unsres Landes Ehre, für die Größe des Reiches. Wir werden in diesem Entscheidungskampf, gleichviel, ob der Feind ihn mit Waffengewalt oder mit kalt berechnender Tücke führt, auch im dritten Kriegsjahr die alten bleiben. Der Geist der Pflichttreue gegen das Vaterland und der unbeugsame Wille zum Siege durchdringen heute wie am ersten Tage des Krieges Wehrmacht und Heimat.

Mit Gottes gnädiger Hilfe, dessen bin ich gewiß, werden Eure zukünftige Taten der vergangenen und gegenwärtigen würdig sein.

Großes Hauptquartier, 31. Juli 1916.

Wilhelm I. R."

* * *

Der deutsche Kaiser über die Arbeiter in der Heimat.

Berlin, 31. Juli. Das Wolffsche Bureau meldet: Das Armeeverordnungsblatt veröffentlicht nachstehenden Allerhöchsten Dankerlaß:

„Ueber der unauslöschlichen Dankespflicht gegen unsre todesmutigen Kämpfer draußen werde ich und wird ganz Deutschland niemals derer vergessen, die in der Heimat in treuer Pflichterfüllung rastlos tätig waren und tätig sind, alle Streitmittel in vorbildlicher Vollkommenheit zu schaffen, die Heer und Marine zur Erfüllung ihrer gewaltigen Aufgaben Tag für Tag brauchen. Ich beauftrage Sie, meinen und des Vaterlandes besonderen Dank allen denen auszusprechen, die in nimmer ruhender Geistesarbeit oder in der Werkstatt, am Schmiedefeuer oder im tiefen Schacht ihr Bestes hergeben, um unsre Rüstung stahlhart und undurchdringlich zu erhalten.

Pester Lloyd
1. VIII. 1916

Die Schwarzen Listen.

Budapest, 31. Juli.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat einen Erfolg zu verzeichnen. Der bloße Umstand, daß das Kabinett von Washington die Frage der Aufnahme amerikanischer Firmen in die berüchtigten Schwarzen Listen der britischen Regierung in Beratung zog, hatte bereits die Folge, daß der britische Botschafter in einer Unterredung mit dem Unterstaatssekretär Polk eine Erklärung abzugeben versprach, des Inhalts, daß sich das Handelsverbot nur auf solche amerikanische Firmen beziehe, die den größten Teil ihres Gewinns aus dem Handel mit den Feinden Englands zögen und ihnen ihre Kredite zur Verfügung stellten. Dies verdient besonders jetzt angemerkt zu werden. Das erste Handelsunterseeboot „Deutschland" hat die Wiederanknüpfung des Verkehrs zwischen Nordamerika und dem Deutschen Reich möglich gemacht. Obgleich ein Unterseehandelsfahrzeug nur eine Ladung von 700 bis 800 Tonnen mit sich zu führen vermag, so ist es doch imstande, ganz ungeheuerliche Kapitalien in Wertpapieren zu verfrachten. Damit ist die Frage der Kreditgewährung gelöst. Deutschland kann heute bar kaufen. Die Zahl der Firmen, die also Deutschland auf Kredit liefern, ist somit jetzt, wie die Verhältnisse liegen, schon sehr beschränkt. Ungleich geringer ist aber die Zahl jener Unternehmungen, die ihren Hauptgewinn aus dem Handel mit den Feinden Englands ziehen. Denn dieser ist tatsächlich seit zwei Jahren nahezu völlig unterbunden. Man kann annehmen, daß auch die größten Lieferanten Deutschlands in Nordamerika heute und wohl auch für die ganze Dauer des Krieges höhere Gewinne aus Geschäften in Amerika selbst und aus solchen in neutralen und mit uns im Kriege befindlichen Staaten ziehen. Wenn also eine derartige Erklärung der englischen Regierung tatsächlich erfolgen und wirklich eingehalten werden sollte, so wäre der ganze Schachzug Englands ein Schlag ins Wasser. Es wäre aber auch eine Ungeheuerlichkeit, wenn der Plan Englands, den Handel mit amerikanischen Lieferanten Deutschlands zu verbieten, verwirklicht werden sollte. Es erscheint am Platze, sich mit der Frage näher zu befassen. Die praktische Wirkung auf den Fortgang des Krieges wäre keine große. Im Handumdrehen lassen sich derartige Eingriffe in die Rechte Neutraler, auch wenn diese selbst es dulden, nicht wirksam durchführen. Das, was Deutschland und seine Verbündeten vom neutralen Ausland brauchen, vermögen sich die amerikanischen Händler auch ohne Zuhilfenahme englischer Firmen zu beschaffen. Und wenn sie diesen Handel betreiben, so können sie aus ihm so großen Nutzen ziehen, daß sie auf die englische Kundschaft zu verzichten in der Lage sind. Etwas anderes ist es um den völkerrechtlichen Standpunkt. Das Handelsverbot mit gewissen Firmen ist nichts anderes als ein Boykott. Wenn ein solcher spontan von Privaten über gewisse Handelshäuser verhängt wird, so hat der betreffende Staat das Recht der Einsprache. Um so mehr, wenn der Boykott durch eine fremde Regierung verhängt wird. Die Einsprache ist aber dann nicht mehr das Ersuchen an eine andere Macht, den eigenen Untertanen gegenüber die Strenge des Gesetzes walten zu lassen, sondern Abwehr eines widerrechtlichen Eingriffes jener Macht selbst.

Die englischen Schwarzen Listen wurden im Zusammenhang mit dem Einfuhrtrust bei schwachen neutralen Staaten Europas eingeführt. Durch ihre Anlegung gewannen die Engländer einen tiefen Einblick in das ganze Getriebe des Handels jener Länder. Widerwillig und nur dem Druck der Gewalt gehorchend, gaben die betroffenen Staaten nach, weil sie eben das letzte Mittel, sich zu wehren, den Krieg, scheuten. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind aber in einer ganz anderen Lage. Sie sind nicht irgendein neutraler Staat, sondern das mächtigste unter den nicht am Kriege beteiligten Ländern und eine Großmacht, die über eine Flotte verfügt, deren Stärke ungefähr jener Deutschlands gleichkommt. In dem Augenblick, als die Union das letzte Mittel, das ihr gegen Uebergriffe Englands zur Verfügung steht, ergreifen wollte, wäre Großbritannien schon besiegt. Präsident Wilson will den Frieden. Er hat dies immer und immer wieder gesagt und stets aufs neue betont. Ebenso sehr wacht er eifersüchtig über die Rechte der Vereinigten Staaten. Er liefe nicht die geringste Gefahr, wenn er England gegenüber mit dem äußersten Mittel drohen würde, denn Großbritannien kann keinen Krieg gegen die Union führen, ohne den kürzeren zu ziehen. Daher ist diese Möglichkeit überhaupt auszuschalten. Ein freundlicher, aber ernst gemeinter Wink aus Washington, und England muß nachgeben.

Würde Großbritannien auf dem Handelsverbot im ursprünglichen Sinne bestehen, so ergäbe sich eine sehr bedenkliche Wirtschaftslage für die Vereinigten Staaten. Das Handelsverbot beinhaltet nämlich im vollen Umfange nichts anderes als die Ausschließung aller amerikanischen Firmen, die mit Deutschland Beziehungen haben. Das sind aber fast alle. Allerdings würde ihnen theoretisch der Handel vorläufig nur während des Krieges verboten werden. Es fragt sich aber, ob die Beziehungen nach dem Kriege wieder in dem bisherigen Umfang aufgenommen werden könnten. Eine leichte Erhöhung der Einfuhrzölle im Deutschen Reich und in den mit ihm verbündeten Ländern würde genügen, um die amerikanischen Industrieartikel auszuschließen, während die Rohprodukte anderswoher bezogen werden könnten. Um Gummi aus Südamerika zu erhalten, bedarf man nicht des nordamerikanischen Zwischenhandels und nach dem Kriege würde sicherlich England selbst Baumwolle liefern. Der Zweck der Schwarzen Listen ist ja überhaupt nicht nur der, den Handel Deutschlands während des Krieges zu unterbinden, sondern auch der, den Handel mit Deutschland nach dem Kriege für England zu reservieren. Man darf nicht außer acht lassen, daß Großbritannien in den Kampf gezogen ist, um sich die erste Stelle als Handelsmacht zu sichern. Deshalb führt es ihn wirtschaftlich ebenso sehr, besser gesagt in noch höherem Maße gegen die Neutralen als gegen seine Feinde. Wenn die Neutralen, insbesondere Nordamerika, sich jetzt dem britischen Gebote fügen, so ist es ganz leicht denkbar, daß beim Friedensschluß sich Deutschland seine Garantien für die wirtschaftliche Entwicklung von England geben läßt. Man darf ja nicht vergessen, daß die Mittelmächte zum Zweck ihrer Vernichtung angegriffen wurden. Sie mußten sich wehren. Der Vernichtungszweck wurde nicht erreicht. Sie haben sich als zu stark erwiesen. Jetzt will England den Wirtschaftskrieg führen. Auch das kann ihm nicht gelingen. Es kann ihm aber glücken, die Neutralen in eine derartige Lage zu bringen, daß in den Welthandel sich nicht mehr alle Völker der Erde teilen, sondern daß beim Friedensschluß sich England selbst einen großen Anteil sichert, indem es auch Deutschland jene Vorteile gewährt, die ihm die Neutralen während des Krieges aus Scheu vor einem Waffengang mit Großbritannien nicht zukommen ließen. Die Schwarzen Listen Englands haben daher für die Mittelmächte im wesentlichen nichts Bedrohliches, sondern nur für jene Neutralen, die ihre Rechte nicht zu wahren verstehen. Sie geben voll ausgefüllt England Werte in die Hand, die es beim Friedensschluß zur Befriedigung deutscher Entschädigungsansprüche verwenden könnte. Die Mittelmächte traten für die Rechte der Neutralen auf den freien Verkehr zur See ein. Sie werden auch künftig alles tun, um die Interessen der Neutralen zu schützen. Dieser Altruismus hat aber seine Grenzen. Man kann von den Zentralmächten nicht verlangen, daß sie in den Friedensverträgen, die auch Handelsverträge sein werden, auf erlangbare eigene Vorteile verzichten, nur um am Kriege unbeteiligten Staaten alle Rechte zurückzugewinnen, auf die diese selbst verzichtet haben. Als Augenblickserleichterung mag somit das Nachgeben Neutraler britischen Anmaßungen gegenüber entschuldbar erscheinen, es birgt aber große Gefahren für deren wirtschaftliche Entwicklung nach dem Kriege in sich. Deshalb verwahren sich auch die Vereinigten Staaten gegen solche Uebergriffe. Im Bewußtsein ihrer Kraf werden sie sich wahrscheinlich mit freundlichen Vorstellungen begnügen. Sie haben die Macht, England zu zwingen, ihnen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Sie können Großbritannien geradezu diktieren, nur müssen sie das auch wollen.

Jövő.

Frankfurter Zeitung 2./VIII. 1916

Versammlungen des Deutschen Nationalausschusses.

Die Versammlung im Frankfurter Schumanntheater.

= Frankfurt, 1. Aug. In neununddreißig deutschen Städten ließ Dienstag den 1. August der Deutsche Nationalausschuß Versammlungen abhalten, in denen von bekannten Rednern das Thema „An der Schwelle des dritten Kriegsjahrs" behandelt wurde. Der Nationalausschuß geht dabei, wie Bürgermeister Dr. Luppe, der die Frankfurter Versammlung im Schumanntheater eröffnete, in seinen einleitenden Worten ausführte, von dem Gedanken aus, daß uns heute Einigkeit mehr als je nottut, nachdem wir nun zwei Jahre in dem furchtbaren Weltkrieg stehen, in dem unsere Truppen zu Wasser und zu Lande Heldentaten über Heldentaten verrichteten, während das deutsche Volk hinter der Front alle Opfer, die der Krieg ihnen auferlegte, willig getragen hat. Milliardenwerte hat der Krieg verschlungen, und noch ist das Ende nicht abzusehen. Da ziemt es, rückschauend und ausschauend die Ereignisse der beiden vergangenen Kriegsjahre zu betrachten. Hier wird das ein Mann tun, der mit berufen ist, an leitender Stelle die kommenden Geschicke des deutschen Volkes mit zu regeln.

Reichstagsabgeordneter Payer

ergriff alsdann, mit lebhaftem Beifall empfangen, das Wort.

Zwei Jahre sind es heute, so begann der Redner, daß wir mit unseren tapferen und treuen Bundesgenossen gegen eine Welt von Feinden in kriegerischem Ringen stehen, wie menschliche Phantasie es nie ersonnen hätte. Das ist wohl ein Anlaß, uns Rechenschaft abzulegen darüber, was geschehen ist, wie wir stehen, was wir wollen und was wir können. Deshalb müssen wir es auch begrüßen, daß der Deutsche Nationalausschuß heute in einer großen Anzahl von Städten nach einem einheitlichen Plan der Bevölkerung Gelegenheit gibt, sich mit diesen Fragen zu befassen, und ich bin ihm besonders dankbar dafür, daß er mich aufgefordert hat, gerade hier in der alten Kaiserstadt Frankfurt zu sprechen, mit der uns Schwaben und uns Demokraten von altersher bewährte Bande der Freundschaft und Gesinnungsverwandtschaft verknüpfen.

Der Redner führte dann aus, daß wir mit begründetem Stolz auf unsere und unserer Bundesgenossen Stellung auf den Kriegsschauplätzen des Weltkrieges blicken können. Das unerhört gewaltige, aber im ganzen doch ergebnislose Anstürmen unserer Feinde gegen unsere Linien, das jetzt im Gange ist, verleiht unserer Ueberzeugung die Sicherheit, daß wir auch behaupten werden, was wir gewonnen haben. Hat sich auch die Zahl der uns angreifenden Staaten vermehrt, so haben auch wir neue wertvolle Bundesgenossen gewonnen. Vor allem erfüllen uns jetzt lebhaft zwei Gefühle: das unaussprechlicher Dankbarkeit für unsere Kämpfer und ihre Führer, und das der inneren Beruhigung, daß wir als die Angegriffenen diesen Krieg nicht zu verantworten haben und daß wir in ihn mit reiner Hand gezogen sind und daß wir mit gutem Gewissen unseren Feinden zurufen können: Die Ströme von Blut, die Meere von Elend, die dieser Krieg über die Welt gebracht hat, sie kommen über Euch und Eure Kinder!

Wirtschaftlich und finanziell stehen wir, obwohl in der Hauptsache gleich einer belagerten Festung von der Welt abgeschnitten, heute nach zwei Jahren noch unerschüttert da. Im Gegensatz zu unseren Feinden ist es fast ausschließlich das deutsche Volk selbst, das der

Gläubiger des deutschen Volks

geworden ist. Selbst wenn wir die Frage einer an uns zu zahlenden Kriegsentschädigung als zur Zeit unüberblickbar aus unserer Rechnung ausschalten, können wir doch mit voller Zuversicht in die Zukunft sehen. Nur das Gefühl unserer Kraft und Sicherheit erklärt es, daß wir noch Zeit und Lust finden, uns über die paar Fragen, über die bei uns wirklich oder scheinbar Uneinigkeit herrscht, so gar weitläufig und temperamentvoll auseinanderzusetzen. Bleiben wir einmal beispielsweise bei den Ernährungsfragen. Wird durch Mangel an Lebensmitteln wirklich unsere Existenz bedroht? Niemand kann eine solche Behauptung aufstellen. Sicher sind auf dem Gebiet der Volksernährung Unterlassungssünden und Fehlgriffe vorgekommen, aber wir dürfen jetzt, da die neue Ernte gut und reichlich in die Scheunen kommt, hoffen, daß der Höhepunkt aller Schwierigkeiten (auch der lokalen) überschritten ist. Wir müssen lernen, das Interesse der Allgemeinheit über das Interesse des einzelnen zu setzen. Der Verbraucher muß sich daran gewöhnen, sachgemäß zu bezahlen, vielleicht manchmal etwas darüber, und im übrigen lernen, sich nach der Decke zu strecken. Der Landwirt aber muß sich darüber klar sein, daß es mitten in einem solchen Krieg keine Gefälligkeit und Gnade von ihm, sondern eine einfache und zudem recht gut bezahlte Pflicht und Schuldigkeit ist, an Nahrungsmitteln zu produzieren und für die Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen, was er nur immer kann.

Der Redner wandte sich dann dem Streit um die

Tauchbootfrage

zu, die zur Zeit am meisten unser öffentliches Leben vergiftet. Erfreulich an ihm ist nur das eine, daß er allmählich abflaut. Die Auseinandersetzung würde an Ruhe und Klarheit gewinnen, wenn man die doch sehr maßgebende Frage, wie stark und leistungsfähig unsere U-Boots-Flotte ist, öffentlich durchdiskutieren könnte. Diese Diskussion müßte aber tatsächliche Angaben und Ziffern zur Grundlage haben, deren Geheimhaltung das militärische Interesse erfordert. So muß eben diese Diskussion unterbleiben. Kein ruhig denkender Mann sollte bei einer Frage von solcher Tragweite die Verantwortung denen zu entreißen und damit abzunehmen suchen, die sie in voller Kenntnis aller einschlägigen Fragen von amtswegen zu tragen haben. Einig sind wir in Regierung und Volk vor allem darüber, daß wir nicht den geringsten Anlaß haben, auf England, das uns seit zwei Jahren rücksichtslos auszuhungern sucht, und seine Bevölkerung irgendwie Rücksicht zu nehmen. Wir sind nicht berechtigt, sondern sogar verpflichtet, auch unsererseits England den Brotkorb so hoch als möglich zu hängen. Teilweise ähnlich liegt die Sache bei der Frage der verstärkten Anwendung unserer Zeppeline gegen England. Diplomatische Verwicklungen wären hier nach der Art, wie unsere Feinde vorgehen — ich erinnere nur an die schmachvollen Bombardements von Karlsruhe — nicht zu befürchten, jedenfalls nicht zu beachten; aber wirklich beurteilen, wie weit wir gehen können oder sollen, können auch hier nur die Eingeweihten.

Ueber Kriegsziele

soll man nicht reden, schon weil es verboten ist, aber darüber darf und soll man reden, weshalb es wirklich gescheiter ist, wenn man über Kriegsziele nicht redet. Praktisch betrachtet läuft der Ruf nach Freigabe der Diskussion über die Kriegsziele auf dasselbe hinaus, wie das Verlangen, die Regierung solle ihre Kriegsziele endlich einmal angeben. Im übrigen hat sich der Reichskanzler ja nicht so ganz über die Kriegsziele ausgeschwiegen. Beispielsweise hat er am 15. April im Reichstage ausgeführt, daß wir im Westen reale Garantien dafür schaffen müssen, daß Belgien nicht ein französisch-englischer Vasallenstaat werde, und erklärt, daß es dort keinen Statusquo mehr geben könne, d. h. daß wir einerseits Belgien nicht annektieren wollen, andererseits aber, daß Belgien nicht bleiben dürfe, wie es vorher war, also nicht seine staatsrechtliche Stellung und Freiheit beibehalten könne. Was könnte es aber nutzen, wenn der Reichskanzler noch in die Einzelheiten dieser staatsrechtlichen Regelung eingetreten wäre. Was den Osten anlangt, so sagte der Reichskanzler, daß Deutschland freiwillig die von ihm und seinen Bundesgenossen befreiten Völker zwischen der baltischen See und den wolhynischen Sümpfen der Herrschaft des reaktionären Rußland nicht wieder ausliefern werde. Nicht zum zweitenmal dürfe Rußland an der ungeschützten Grenze Ost- und Westpreußens seine Heere aufmarschieren lassen, und nicht noch einmal dürfe mit französischem Geld das Weichselland als Einfalltor in das ungeschützte Deutschland eingerichtet werden. Soll nun auch gleich die neue Grenze öffentlich gezogen werden? Ich meine die Erfahrungen der letzten Wochen sollten uns gerade an der östlichen Front gezeigt haben, daß man den Tag nie vor dem Abend loben soll, und daß es unweise ist, Erfolge, die doch auch nur vorübergehend sein können, im Voraus zur Grundlage einer künftigen Endabrechnung zu machen. Hier würde wirklich die lächerliche Komödie aufgeführt, das Fell des Bären zu verteilen, ehe er erlegt ist. Sollen wir auch hierin unseren Gegnern Konkurrenz machen?

Der Redner setzte dann auseinander, daß die Aufstellung der Kriegsziele gar nicht in Deutschlands Hand allein liegt, daß unsere Bundesgenossen auch ihre Rechte haben, und daß schon aus der Tatsache allein, daß wir uns über so wichtige Fragen öffentlich bekämpfen, die Feinde Schlüsse auf unsere Zersplitterung, auf den inneren Zusammenbruch und auf die Notwendigkeit ziehen werden, den Krieg erst recht mit Nachdruck zu führen. Darum ist es von uns nicht nur vorsichtig gehandelt, sondern unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, wenn wir zu den vielen Kriegsopfern, die wir der Heimat zu bringen haben, auch noch den Verzicht auf die öffentliche Diskussion der Kriegsziele gesellen. Das sollte uns um so leichter fallen, als wir ja die Zusicherung haben, daß Parlament und Volk vor Abschluß des Friedens Gelegenheit finden werden, sich zu äußern.

Der Kanzler, der einmal den Frieden schließt, wird sich mit Oesterreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien bundesfreundlich beraten müssen, und wenn er auch hoffentlich den Neutralen die Türe des Beratungszimmers vor der Nase zuschlägt, wird er doch, gern oder ungern, einigermaßen beachten müssen, was England, Rußland und Frankreich selbst einzuwenden haben werden. Es ist unmännlich und kurzsichtig, anzunehmen, daß wir England, weil wir es nicht erobern können, auch nicht besiegen können, aber es ist irrtümlich, damit zu rechnen, daß wir einen um seine gefährdete Weltstellung kämpfenden Staat mit so reichen Hilfsmitteln wie England samt den ihm verbündeten vier Großstaaten seinerzeit zu den Friedensverhandlungen hilflos und ergeben wie Kälber zur Schlachtbank würden schleppen können.

Uebrigens ist in den letzten Wochen ein Geist der Besonnenheit und Mäßigung in dieser Frage zutage getreten, den wir nur freudig begrüßen können. Hätten wir alle den Willen und die Selbstlosigkeit, unsere Sondermeinung zu opfern, dann könnte man auch fordern, daß endlich einmal der unseren inneren Frieden zermürbende

Minenkampf gegen den Reichskanzler

aufhört. Ich fühle mich auf Grund langjähriger Erfahrungen frei von kritikloser Bewunderung der verbündeten Regierungen und ihrer Vertreter, aber wenn der Bundesrat samt allen Bundesfürsten heute einstimmig hinter dem Kanzler steht, so sollte das denen, die den Kanzler nicht aus eigenem Wissen kennen, mehr wert sein als das voreingenommene und ungerechte Urteil einer verhältnismäßig kleinen, aber rührigen und geldkräftigen Anzahl von Politikern und Agitatoren, die den Kampf gegen den Reichskanzler hauptsächlich wegen seiner Stellungnahme zur künftigen inneren Neuorientierung aufgenommen haben. Ueber deren Einzelheiten besteht noch keine Klarheit und kein bestimmtes Wollen, aber Einverständnis herrscht darüber, daß sie erfolgen muß und zwar in weitblickendem, freiheitlichem Geist. Den Pflichten, welche die Kämpfer im Felde wie zu Haus auf sich genommen haben, müssen auch die Rechte entsprechen, die wir ihnen zu gewähren haben. Es darf weder zweierlei Recht noch zweierlei Wertschätzung für die Bürger eines und desselben Vaterlandes geben.

Die Punkte, über die das deutsche Volk einig ist, sind zahlreich, der anderen sind es wenige. Einig sind wir über die großen Fragen der Gegenwart und der Zukunft, verschieden sind die Meinungen im wesentlichen nur über die Anforderungen des Tages, über taktische und strategische Maßnahmen. Wir wehren uns unserer Haut, bis wir den Frieden haben, den wir brauchen, einen Frieden, den unsere Feinde nicht nur unterschreiben sollen, sondern für den sie uns auch reale Garantien geben müssen, daß sie ihn auch halten werden. Mit Zuversicht erwarten wir den Ausgang. Die Entscheidung liegt bei unseren Kämpfern an der Front. Das Wenige, was wir zu Hause dabei tun können, sollte einer von uns unterlassen? Begeisterung, Pflichttreue, Aufopferung und Unterordnung unter das Ganze müssen unsere Losung sein. Keine Kleinmütigkeit und kein Streit erwecke die Hoffnung des Gegners und beschwere das Gemüt unserer Kämpfer. Geschlossen und entschlossen wollen wir dem Feind gegenüberstehen, unerschütterlich im Bewußtsein, daß der Sieg uns zufallen muß, weil für uns nicht nur unsere guten Waffen und unsere treuen Bundesgenossen streiten, sondern auch Recht und Gerechtigkeit! (Stürmischer Beifall.)

*

N Berlin, 1. Aug. (Priv.-Tel.) Den vom Deutschen Nationalausschuß nach der Philharmonie einberufenen Versammlungen waren mehrere tausend Personen gefolgt. In einer kurzen Ansprache stellte der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, v. Krause, als den Zweck des Abends hin, die seelische Rüstung des deutschen Volkes zu stärken. Dann erhielt Exzellenz v. Harnack zu dem Vortrag „An der Schwelle des dritten Kriegsjahres" das Wort. Niemand von uns hat den Krieg gewollt, so führte er aus, aber nachdem der Krieg über uns hereingebrochen war, sind wir in dem Bewußtsein der Gerechtigkeit der Sache fest zusammengestanden, in dem Bewußtsein, daß das Schicksal unseres Vaterlandes in unsere Hand gegeben war. Mit bitteren Worten sprach von Harnack über die Verleumdungen, die von unseren Gegnern gekommen seien. Daß der Krieg hart sein würde, hat jeder gewußt, daß wir ihn siegreich bestehen würden, hat jeder gefühlt, daß er so lange dauern würde, hatte niemand geahnt. Aber wir sind fest in unserem Vertrauen auf Gott, auf unser unvergleichliches Heer zu Wasser und zu Land und in der Luft, auf unsere Heerführung, an deren Spitze der Kaiser steht. Aber wir vertrauen auch auf unsere leitenden Staatsmänner und unsere Regierung. Wir danken es unseren führenden Männern, daß sie bis zuletzt, solange es irgend anging, den Krieg vermieden haben, sodaß die Schuld Rußlands und Englands klar zu Tage ligt. Wir danken es der Regierung, besonders dem Reichskanzler und seinem unvergeßlichen Helfer Dr. Delbrück, daß es ihm gelungen ist die Zersplitterung in unserem Volke zu bannen, die Gegensätze zu beseitigen und ein einiges Volk zu schaffen. Der Politik unserer Regierung ist es gelungen, Bulgarien und die Türkei als Bundesgenossen zu gewinnen, Amerika, Holland, Dänemark und andere Staaten bei ihrer Neutralität zu halten, und wenn auch den einen oder anderen die Politik nicht immer unfreundlichen Neutralen gegenüber energisch genug war, so wird die Geschichte unserer Regierung doch recht geben. Wir danken es auch dem Reichskanzler, daß er das Wort von der Neuorientierung gesprochen hat. Er hat damit Vertrauen im Volke geschaffen. Denn Freiheit im Staatsleben entspringt aus dem Vertrauen, und Freiheit begründet wiederum Vertrauen. Wir müssen uns während des Krieges große Ziele stecken, zunächst im Innern, die Erhaltung und Steigerung unserer Volkskraft. Die Opfer, die gebracht werden mußten, können niemals ganz wieder ersetzt werden, aber sie können ergänzt werden durch eine richtige Politik im Innern, durch eine gute Wohnungspolitik, durch unser Volksbildungswesen und durch die Abwehr von Volkskrankheiten. Das Wahlrecht in allen Ehren, ich wünsche, daß sich weitgehende Hoffnungen erfüllen mögen. Die religiöse Freiheit in allen Ehren; ich wünsche, daß der Staat nicht mehr nach der Religion forscht, sondern nur nach der Befähigung und Tüchtigkeit auswählt. Aber viel wichtiger ist, daß wir eine neue Nationalwirtschaft bekommen. Wir hatten vor dem Kriege eine internationale Privatwirtschaft und daneben eine fiskalische und militärische Staatswirtschaft. Die militärische und fiskalische Staatswirtschaft hat sich gut bewährt, aber die internationale Privatwirtschaft brach zusammen, und es wurde daraus im Innern eine Profitwirtschaft. Wir mußten es erleben, daß auch während des Krieges der Egoismus und das rücksichtslose Geldverdienen im Vordergrund standen, und deshalb klage ich das ganze System an und deshalb müssen wir hinarbeiten auf die Herstellung einer sozialen Gemeinwirtschaft. Wir müssen gemeinwirtschaftliche Unternehmen bekommen. Jeder soll verdienen, aber die Grenzen sollen im Wohle des Ganzen liegen, und diese Grenzen muß der Staat bestimmen.

Unser Ziel nach außen muß dahin gehen, daß der status quo vor dem Krieg nicht wieder eintreten kann. Wir müssen in unserem Ziele weiter gehen, als daß wir uns nur damit begnügen, die Angriffe des Feindes abgeschlagen und abgewehrt zu haben. Bei dem Friedensschluß werden wir Rücksicht nehmen müssen auf unsere Bundesgenossen, aber wir müssen immer von dem Ziele geleitet sein, daß unser Land besser als bisher geschützt ist. Ein Mittel, das uns für alle Ewigkeiten den Frieden sichert, gibt es nicht. Aber wir müssen Vorkehrungen treffen gegen ähnliche Ueberfälle, und deshalb muß unser Feind im Osten wieder zurückgedrängt werden auf seine östliche Mission in der Weltgeschichte. In die westeuropäische Kultur paßt Rußland nicht hinein. In der abendländischen Kultur wird es nur zerstören, während im Osten seine wirkliche Mission liegt. Deshalb müssen wir die abendländischen Grenzen im Osten ziehen für uns und für die abendländische Kultur. Im Westen wollen wir uns sicherstellen, daß England nicht mehr allein das Meer beherrscht und daß Belgien nicht mehr seine Satrapie treibt. Das alles müssen wir erreichen, ohne unseren Nationalstaat zu gefährden. Das ist ein großer, aber kein ungewöhnlicher Friede, und wir müssen weiter dafür sorgen, daß die feindliche Koalition, die uns diesen Krieg gebracht hat, zersprengt wird. Dieser Friedensschluß wird nicht eine Utopie sein können, sondern ein erster Schritt. Wir müssen uns nach dem Worte richten: „Ich habe stets den nächsten Schritt gewählt, ein ferneres Ziel hat nicht dabei gefehlt." In seinen Schlußworten ermahnte der Vortragende das deutsche Volk in der Heimat zur Einigkeit und zum tapferen Durchhalten, bis uns der Sieg beschieden sei.

d Kassel, 1. Aug. (Priv.-Tel.) Prof. Dr. v. Oncken (Heidelberg) sprach im größten, dicht besetzten Saale Kassels über den Weltkrieg. Er gab einen Rückblick und Ausblick, wobei ihm die Richtlinien maßgebend waren: militärische, volkswirtschaftliche und ethische Werte und Leistungen der Gegenwart. Die von England geführte europäische Koalition hoffe noch immer, daß drei Faktoren: Generaloffensive, Aushungerung und sittliche Ermattung ihnen den Sieg herbeiführen könnten. Prof. v. Oncken erläuterte mit heißem Dank für die heroischen Kämpfe unserer Truppen, weshalb diese Rechnung der Gegner falsch sei. Er betonte lebhaft, daß jetzt mehr als je der innere Zusammenschluß und das Vertrauen zur Reichsleitung notwendig sei, da doch nur diese von höchster Warte übersehen könne, was dem deutschen Reiche und Volke notwendig sei. Zum ersten Mal in seiner Geschichte lasse es nicht auf deutschem Boden den Kampf ausfechten, der auf Jahrhunderte seine Gestaltung Europas schaffen werde. Es wäre aber gerade bei diesem Kampf gegen eine so große Anzahl Feinde verhängnisvoll gewesen, wenn irgend welche Maßnahmen, die vielleicht unseren verhaßtesten und gefährlichsten Feind England doch nicht zu Boden schmettern könnten, ein Einmischen Nordamerikas verschuldet und damit einen bestimmenden Druck auf noch schwankende Neutrale hervorgerufen hätten. Das durfte man nicht wagen, wenn man politisch klug handeln wollte, und das eine wußte die Reichsregierung, die sich auf einen langen Schlag rüsten müßte, da der Siegeswille der Gegner auch jetzt noch ungebrochen sei. Von Friedenszielen zu reden sei daher verfehlt. Der Redner sprach zum Schluß unter lebhaftem Beifall die Hoffnung aus, daß dieser Kampf nach außen wie nach innen das bringe, was das gesamte deutsche Volk erhoffe.

E Hamburg, 1. Aug. (Priv.-Tel.) In der zahlreich besuchten Versammlung des Deutschen Nationalausschusses in Hamburg leitete der Referent, der Reichstagsabg. Conrad Haußmann, seine Ausführungen mit der Anerkennung für die tapferen Kämpfer in der Front ein. Dann sprach er von unserer grundsätzlichen Friedensbereitschaft. Die Neutralen hätten sich nicht zu einer einheitlichen Haltung aufgerafft, und deshalb kein starkes Gewicht in die Wagschale werfen können, vielleicht weil der windschiefe Wilson der Führung nicht gewachsen sei. Die Entente speise ihre Völker mit Hoffnungen, Vertröstungen und Enttäuschungen ab. Sie mache seit Jahr und Tag keine Politik, sondern nur Munition. Der deutsche Kaiser und seine Regierung hätten vor einem Jahr frei von aller Schwäche dem Bedürfnis nach dem Frieden Ausdruck verliehen. Dem habe die Entente die fluchwürdige Politik der Friedensbekämpfung entgegengesetzt. In Deutschland habe man sich offen und frei, aufrichtig und gelassen über den Frieden äußern können und nicht in den Fehler der Entente zu verfallen brauchen. Ueber die Kriegssicherungen führte Haußmann aus, daß das erste Wort über die strategischen Dinge der Generalstab zu sprechen habe. Von den realen Sicherungen würde sich Deutschland keine erreichbaren entgehen lassen. Das Gebot des Tages sei: Bereit sein ist alles, bereit zum dritten Winterfeldzug! Für die Zukunft seien höhere Leistungen auch im Wirtschaftsleben nötig und möglich, denn die Eigenschaften der Einzelnen haben sich erprobt und können gesteigert werden. Die Stellung des Staates zu den Bürgern könne freier werden, weil alle sich von Staatsbewußtsein erfüllt gezeigt haben. Die Auslandspolitik müsse Gegenstand sorglicher Teilnahme werden. Freie Bahn und kein Titelgeist werde die Losung sein. Der Redner wandte sich noch gegen die Auslassungen Steinmann-Buchers über die Lust am Kriege, die er unter lebhaftem Beifall mit scharfen Worten zurückwies.

Frankfurter Zeitung 3./VIII. 1916

Die deutsche Note und die Not der Schweiz.

dt Bern, Ende Juli.

Die Delegierten der Schweiz sind zum zweiten Male nach Paris gereist, um einen letzten Versuch zu machen, ihrem Lande das Recht auf ein halbwegs selbständiges Wirtschaftsleben zu sichern oder richtiger neu zu erkämpfen. Große Hoffnungen haben sie nicht nach Frankreich mitgenommen. Sie wissen sie werden in der Sprache dieses Landes, mit deren glatten Redewendungen sich so gut der Kern einer Sache umgehen läßt, wieder höflich und liebenswürdig empfangen werden, Gerechtigkeit aber wird man ihnen kaum widerfahren lassen. Leichthin, wie bei der ersten Unterhandlung schon, wird man alle Verantwortlichkeit von sich abwälzen und die Schuld an der Zwangslage der Schweiz wieder denen zuschieben, die heute nun einmal die Urheber jedes Unglücks in der Welt sein sollen, den Deutschen. Die französische Presse wird zum hundertsten Male ihr altes Lied vom deutschen „chantage", vom Erpressungsversuche anstimmen, den die deutsche Regierung mit ihrer Note vom Juni an der Schweiz begangen habe, und schließlich werden wohl gar einige Schweizer selbst, Westschweizer wenigstens, diesen Unsinn glauben. Es ist ja die traurige, nebenbei von erschreckender geistiger Armut zeugende Methode der französischen Zeitungsleute, Tag für Tag in immer den gleichen Phrasen immer dieselben Entstellungen zu wiederholen, bis sie endlich in die erschöpften Hirne der Leser einsickern. Uns widerstrebt es, Gesagtes nochmals und dreimal zu sagen. Aber im gegenwärtigen Augenblicke, wo die neutrale Eidgenossenschaft unter dem Druck des Weltkrieges ihre schwerste Prüfung erfährt, darf und muß es doch noch einmal betont werden, daß die Not der Schweiz mit jener deutschen Note so wenig in ursächlichem Zusammenhange steht, wie die zwei ähnlich klingenden Wörter selbst ihrem Ursprung nach etwas miteinander zu schaffen haben. Die Note ist nur ein Symptom der bestehenden Notlage.

Als während der Sommertagung der schweizerischen Bundesversammlung der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements etwas unerwartet das Parlament mit der Mitteilung des ungefähren Inhaltes der deutschen Note an die Schweiz überraschte, mochte es den Anschein haben (und Uneingeweihte sind vielleicht noch heute der Meinung), daß die Ankunft dieses Schriftstückes für den Bundesrat selbst eine große Ueberraschung bedeutet hätte, daß es wie ein Blitz aus zwar nicht heiterem, aber auch nicht gewitterdrohendem Himmel plötzlich ins friedliche Behagen des Schweizerlandes hineingefahren wäre. Davon kann keine Rede sein. Die am 9. Juni übergebene Note ist nichts weiter als ein Glied in der Kette von Verhandlungen, die zwischen Deutschland und der Schweiz schon seit Monaten über die längst bestehende Frage des Kompensationsverkehrs gepflogen wurden. Eine Ueberrumpelung kann auch der böswilligste Beurteiler nicht gut in der Ueberreichung eines Schriftstückes erblicken, das einfach die Fortsetzung eines durch die Verhältnisse gebotenen, dabei beiderseits vollkommen freundschaftlichen Gedankenaustausches bildet. Man hat in der Schweiz wiederholt die Veröffentlichung dieser Note verlangt. Aber eben weil sie kein selbständiges Dokument, kein in sich abgeschlossenes „Ultimatum" darstellt, weil sie auf frühere Verhandlungen zurückgreift und darum außer dem Zusammenhange kaum richtig verstanden werden dürfte, wird sie sich, vermuten wir, zur Bekanntgabe nicht recht eignen. Immerhin könnte der Augenblick kommen, wo es angezeigt erscheinen mag, der Oeffentlichkeit wenigstens bruchstückweise die Note mitzuteilen. Dann wird man vielleicht erkennen, daß sie auch ihrem Inhalte, ihren Forderungen nach, obwohl sie ursprünglich befristet war, sich durchaus nicht zu der Schärfe eines wirtschaftlichen Ultimatums zuspitzt. So ist darin unseres Wissens von der Androhung einer Sperre, einer vollständigen Unterbindung der deutschen Kohlen- und Eiseneinfuhr in die Schweiz überhaupt nicht die Rede. Es wird einfach der deutsche Standpunkt und die aus ihm sich ergebenden selbstverständlichen Forderungen, die die Schweiz längst als berechtigt anerkannt hat, die sie aber in letzter Zeit wider Willen nicht mehr erfüllen konnte, noch einmal auseinandergesetzt. Und Deutschlands Standpunkt ist sonnenklar. Es kämpft gegen die halbe Welt auf Tod und Leben. Es hält trotzdem nach wie vor Zehntausende von Arbeitskräften, Tausende von rollenden Wagen täglich für die stammesverwandte Schweiz bereit, um ihr Eisen und Kohle kompensationsfrei und zu Preisen zu liefern, die um das Achtfache von den Preissätzen der Entente übertroffen werden, ganz abgesehen davon, daß diese etwa Eisen an die Schweiz gar nicht abzugeben in der Lage wäre. Aber Deutschland liefert der Schweiz auch Waren, an denen es selber heute schweren Mangel leidet. Das kann es, will es sich nicht ins eigene Fleisch schneiden, natürlich nur auf sich nehmen, wenn es andere,

---

Zurückhaltung des deutschen Warenverkehrs in der Schweiz auch durchaus nicht tragenbare empfindlich getroffen werden können. Tatsächlich schwerer treffen die Folgen die Schweiz. Eine ungünstige Entscheidung der Entente, die Deutschland nicht überhaupt e i n e Rückwirkung haben, die Deutschland nicht unbefriedigt zu lassen braucht: die in der Schweiz noch vorhandenen Sympathien für die Alliierten werden auf ein Minderheitsmaß zusammengeschrumpften.

...nung, 3. August 1916.

...ung

...r Zeitung.)

...mer 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:
Kolonelzeile 60 ₰, Abendbl. 75 ₰, Reklamen ℳ 2 —, Abendbl. ℳ 2 50, Familienanzeigen ℳ 1.–, Platz- u. Daten-Vorschriften ohne Verbindlichkeit. – Anzeigen nehmen an: Unsere Expeditionen in Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Schillerstr. 20, Mainz: Schillerpl. 3, Berlin: Mauerstraße 16/18, Dresden-A: Waisenhausstr. 25, München: Perusastr. 5, Offenbach: Biebererstr. 34, Stuttgart: Poststr. 7, Zürich: Nordstraße 62. Uns. übrig. Agentur. u. d. Annonc.-Exped. Ferner in New York: 20 Broad Street
Verlag u. Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.
Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

Neutrale sozialistische Konferenz.

t Haag, 2. Aug. (Priv.-Tel., zf.) Auf der Konferenz der neutralen Mitglieder des Internationalen Sozialistischen Bureaus teilte Branting (Schweden) mit, daß in Finland zum ersten Male eine sozialistische Mehrheit für den finnischen Landtag gewählt worden sei. Wenn auch diese Tatsache ihre Bedeutung habe, so sei es doch nicht zu leugnen, daß die Lage des Landtags äußerst schwierig sei, da Finland überhaupt keine Rechte mehr habe.

Die internationale neutrale Sozialistenkonferenz erfährt jetzt bereits, wie zu erwarten war, heftige Angriffe von der Entente. Das in Rotterdam erscheinende, sich besonders gehässig gebärdende belgische Blatt „La Belgique" sagt über die Eröffnungsrede Troelstras:

„Diese bösartige Rede hatte absolut den Stempel des „Made in Germany", das heißt der Fabrikation im Lande der Boches", und der Umstand, daß ein Brief Vanderveldes verlesen wurde, veranlaßt dies zu schreiben, daß ihr die Schamröte ins Gesicht gestiegen sei, da Vandervelde seine Zustimmung zur Einberufung der gegenwärtigen Konferenz gegeben habe.

Wie bereits gemeldet, hat sich die Konferenz in eine wirtschaftliche und eine politische Sektion geteilt. Die wirtschaftliche Kommission hat folgende Resolution ausgearbeitet, die auch einstimmig von der Konferenz gutgeheißen wurde:

„In Erwägung, daß von beiden Gruppen der Kriegführenden eine Wirtschaftspolitik geplant wird, die den Zweck hat, nach dem Kriege den wirtschaftlichen Verkehr der anderen Gruppe systematisch zu schädigen, in Erwägung, daß bei derartigen Bestrebungen ein

wirtschaftlicher Krieg

an die Stelle des Waffenkrieges treten und die Gefahr des Ueberganges des einen in den andern permanent und unabwendbar sein würde, in Erwägung, daß diese Absichten der Sicherung eines dauerhaften Friedens im Wege sein würden und die Förderung und Pflege der internationalen Solidarität der Arbeiterklassen bedeutend erschweren würden, in Erwägung, ferner, daß das Proletariat für seine Zukunft wirtschaftliche Verhältnisse braucht, welche die Entfaltung der Produktivkräfte aller Nationen fördern, statt sie zu hemmen, begrüßt es die Konferenz mit Genugtuung, daß sich die französische Parteileitung solchen Ansichten sofort entgegengestellt hat, und hegt die Hoffnung, daß sich die Sozialisten der anderen kriegführenden Länder in gleich deutlicher Weise aussprechen werden. Die Konferenz ist der Meinung, daß das Proletariat eine derartige Wirtschaftspolitik abzulehnen hat, die den Klassenkampf trügt und erschwert, und daß die Arbeiterklassen von ihren eigenen Grundsätzen ausgehend sowohl in ihrem allgemeinen Interesse als auch in dem der ganzen Menschheit bei ihren Regierungen einzutreten hat für eine internationale Handelspolitik des ungehinderten Warenaustausches zwischen den verschiedenen Nationen nebst ihren Kolonien und Protektoraten, für die Freiheit der See und stellt fest, daß diese Politik des voller Freihandels den Weg bahnt zur Weltproduktion auf sozialistischer Grundlage.

Die Resolution wurde durch den Amsterdamer Schöffen Wybaut in ausführlicher Weise begründet. Wybaut bekämpfte namentlich den Naumannschen Gedanken der Bildung eines „Mitteleuropas" und die auf Grund der Naumannschen Ideen weitergeführten Rennerschen Ideen, die in England durch die Propaganda des australischen Ministers Hughes ihr Pendant gefunden hatten.

Die politische Abteilung hat folgende Resolution gefaßt, die ebenfalls einstimmig angenommen wurde:

„Die Konferenz erklärt, daß für den Weltkrieg in erster Instanz das ökonomische und politische System des Kapitalismus verantwortlich ist, auf dessen Boden der Imperialismus und der damit verknüpfte Militarismus sich entwickelt hat. Hieraus folgert die Konferenz die Notwendigkeit für das sozialistische Proletariat, seinen Kampf wider den Kapitalismus und für die Eroberung der politischen Macht mit erhöhter Anstrengung zu führen. Der Kampf gegen den Absolutismus und für die verfassungsmäßige Anerkennung der Souveränität des Volkes in den noch noch nicht parlamentarisch regierten Ländern ist dazu unerläßlich und wird die Möglichkeit einmütigen internationalen Auftretens des Proletariats aller Länder nur fördern können. Die Konferenz konstatiert, daß der zwei Jahre währende Krieg zwar viel Greuel, ein unsägliches materielles und moralisches Elend, eine zerrüttete Weltwirtschaft und eine zu einer unerträglichen Last für die Zukunft anwachsende Anhäufung der Staatsschulden, aber keine Entscheidung zu Gunsten der einen oder anderen Seite herbeigeführt hat, daß es zweifelhaft ist, ob er eine Entscheidung herbeiführen wird, und daß es nicht wünschenswert ist, daß eine der kämpfenden Mächtegruppen die andere ganz auf die Knie zwingt. Ungeachtet der jetzigen Kriegskarte erscheint der Angriff auf die Länder, die sich zur Verteidigung haben rüsten müssen, verfehlt, weil jede Aenderung der militärischen Lage nur mit Aufopferung tausender von Menschenleben erreicht werden kann, so drängt sich die Frage auf, ob diese Sachlage nicht einen Ausgangspunkt bietet zu einer baldigen Eröffnung der

Friedensverhandlungen.

Es erscheint also als die Pflicht der sozialistischen Parteien ernstlich zu erwägen, ob sie es sowohl vor ihrer Nation als vor der Internationalen verantworten können, eine Verständigung aller Sektionen der Internationalen über die Fragen, deren Lösung für die Beendigung des Krieges notwendig ist, länger hinauszuschieben."

Die Konferenz weist auf die Forderungen des internationalen sozialistischen Kongresses von Kopenhagen (1910) als die Grundlage eines sozialistischen Friedensprogramms hin, welches im großen und ganzen während des Krieges wiederholt von den Parteien der kriegführenden Länder bestätigt wurde. Die Hauptforderungen dieses Programmes sind obligatorische Schiedsgerichte im Rahmen einer internationalen Rechtsordnung, allgemeine Verminderung der Rüstungen, Abschaffung der geheimen Diplomatie, parlamentarische Kontrolle über die auswärtige Politik und Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Die Konferenz fordert die sozialistischen Parteien auf, sich zur Verständigung auf dem Boden dieses Programms bereit zu erklären, damit nicht der historische Moment, für eine Verwirklichung dieses Programms zu wirken, vielleicht verpaßt und der Friede von imperialistischen Gruppen diktiert werde.

Was die nationalen Fragen betrifft, so betrachtet die Konferenz die Wiederherstellung Belgiens als selbständigen Staat als eine selbstverständliche Vorbedingung jeder Unterhandlung über den Frieden, wie sie auch für die Wiederherstellung Serbiens und für ein autonomes Polen eintritt. (Bei der Erklärung wurde hinzugefügt, daß in diesem autonomen Polen die Rechte der Juden, Litauer usw. durchaus gewährt werden müßten). Sie spricht die Erwartung aus, daß auch die deutsche sozialdemokratische Partei bereit sein werde, über die elsaß-lothringische Frage mit der französischen Partei zu verhandeln, und erklärt weiter, daß die Autonomie der Nationen am besten zu verwirklichen sei auf dem Boden einer demokratischen dezentralisierenden Staatsverfassung, welche den Kulturbedürfnissen der Nationen vollständig Rechnung trägt. (Troelstra fügte bei seiner Erläuterung hinzu, daß die deutsche Partei anerkennen solle, daß eine elsaß-lothringische Frage existiere. Wenn sofort Verhandlungen über diesen Punkt zwischen den Parteien eintreten würden, so sei eine Verständigung sicher.) Damit diesen Forderungen in dem künftigen Friedensprogramm genügend Rechnung getragen wird, wird es notwendig sein, daß die Sozialdemokratie in allen Ländern dafür wirkt, daß im Friedenskongreß nicht nur die Regierungen, sondern auch die Parlamente und damit auch die sozialistischen Gruppen vertreten sind. Es genügt, daß die Sozialdemokratie bei ihren Regierungen für einen Frieden in ihrem Sinne plädiert, und sie soll ihren Einfluß im Volke ausnutzen, um sich direkte Teilnahme an den

Arbeiterzeitung 6. Juli 1916

Die Konferenz der sozialistischen Neutralen.

(Von unserem Berichterstatter.)

Haag, 31. Juli.

Die Nachmittagssitzung ist allgemeinen Ausführungen der Delegierten gewidmet. Die Reihe eröffnet Branting mit einer Rede, deren Ausführungen im ganzen ungefähr dem Standpunkt der französischen Parteimehrheit entsprechen und stellenweise zu denen Troelstras in scharfe Opposition treten. Branting sagt:

Ich hätte gern französisch gesprochen, um dem internationalen Charakter der Konferenz einen stärkeren Ausdruck zu geben und keinen falschen Eindruck aufkommen zu lassen; da aber jeder hier Deutsch versteht, spreche ich in dieser Sprache. Die gedankenreiche Rede Troelstras war sicher in vielen Punkten allen aus dem Herzen gesprochen, aber sie enthielt auch Ausführungen, mit denen nicht alle einverstanden sein können und über die man sich am besten freundschaftlich, aber ohne Verschweigung ausspricht. Einverstanden sind wir alle mit Troelstra, wenn er die Konferenz von Zimmerwald als ein Zeichen des Bedürfnisses begrüßt, die Internationale hochzuhalten. Aber ich glaube betonen zu müssen, daß unsere Erfahrung in Schweden — und dies ist wohl auch anderswo so — gezeigt hat, daß diese Bewegung auch andere Ziele gehabt hat. Bei uns ist die Zimmerwalder Aktion eine Aktion professioneller Nörgler, von Dichtern, die erst kurze Zeit bei uns sind, und wohl auch von Leuten, die zwar schon länger bei uns sind, ohne unsere Ansichten aber ganz geteilt zu haben. Da ist nun die Idee einer dritten Internationale entstanden. Angeblich hat die zweite den Nationalismus nicht scharf genug abgewiesen und zu wenig Klassenkampf getrieben. Aber wir haben immer den nationalen Gedanken neben dem internationalen hochgehalten und erkannt, daß er fruchtbar ist, da die Menschheit nicht nur aus entwurzelten Existenzen besteht. Unsere Kongresse haben sogar den Krieg zur Verteidigung der Nation gebilligt. Wir hatten in Schweden eine Programmkommission, wo man das Wort „Entwaffnung" an Stelle von „allmähliche Abrüstung" setzen wollte. Ich kann diese Strömung heute verstehen, halte es aber für notwendig, daß die Internationale für die Nationalverteidigung entschieden eintritt. In diesem Sinne hat sich die Programmkommission für die Selbstbestimmung und dementsprechende nationale Verteidigung ausgesprochen und erklärt, daß die Zeit während eines Weltkrieges für eine Programmänderung nicht geeignet ist.

Troelstra sagt, daß das Ergebnis des Krieges kein vollständiger Sieg einer der Parteien sein wird. Diese Anschauung hat gute Gründe für sich, aber es ist die Frage, ob sie die ganze Wahrheit ausspricht. Troelstra fürchtet, wir könnten vom Frieden überrumpelt werden, und meint, die Internationale wäre dann wirklich tot. Ich halte das nicht für richtig, auch wenn die Vertreter der Internationale in verschiedenen Ländern Fehler begangen haben. Die ökonomischen Tatsachen werden uns wieder zusammenführen. Aber natürlich muß man, wenn man kein entscheidendes Ergebnis erwartet, fordern, daß dem Blutvergießen möglichst schnell ein Ende gemacht werde. Aber das ist eben die Frage. Troelstra selbst fragt sich, ob die Zentralen nicht ihren Höhenpunkt auf militärischem Gebiet schon überschritten haben. Als Realpolitiker müssen wir uns sagen, daß es für die künftige Entwicklung und den dauernden Frieden nicht gleichgiltig ist, ob der Friede geschlossen wird, wenn sich die Zentralen auf dem Kulminationspunkt oder wenn sie sich auf der absteigenden Linie befinden. Es kann nicht geleugnet werden, daß die Geneigtheit zum Frieden bei den Zentralen in einem Verhältnis zur Kriegslage steht und daher auf dem Gipfelpunkt ihres militärischen Erfolges am größten ist. Auf der anderen Seite hinwiederum, wo man nicht auf den Krieg so vorbereitet war, will man begreiflicherweise warten, bis sich die militärische Lage verschoben hat. Und just weil ich einen dauerhaften Frieden wünsche, halte ich es für wünschenswert, daß der Frieden nicht auf der gegenwärtigen Basis im Sinne einer Zerschmetterung geschlossen werde.

Und nun zur Frage der Einberufung der Vollsitzung. Ich für meinen Teil bin ganz einverstanden mit der bisherigen Haltung des Büros. Ich erkenne an, daß das Büro verpflichtet war, solche Einladungen zu erlassen, aber ich erkenne auch die Pflicht der Parteien an, sich zu fragen, ob es für die Zukunft der Welt von Vorteil wäre, dieser Einladung zu folgen und ob — wie die Franzosen sagten — die Partei nicht damit ihren Einfluß verlieren würde, den sie nicht leichtsinnig aufs Spiel setzen darf.

Ueberhaupt muß ich sagen, daß ich mit Troelstras allgemeinen Ausführungen über die Ursachen des Krieges keineswegs einverstanden bin. Auch wir in Schweden haben im Anfang auf die imperialistische Ursache hingewiesen, und in der Tat bildet sie den Hintergrund. Aber jetzt, nach zwei Kriegsjahren, kann nicht geleugnet werden, daß es ein bestimmter Imperialismus ist, der in erster Linie verantwortlich und daß daher die verschiedene Haltung der Parteien gerechtfertigt ist. Daß unsere belgischen Genossen überfallen worden sind, ist nicht zu leugnen. Das gleiche gilt für die Franzosen, wenn dort auch die Sache wegen des Bündnisses mit Rußland nicht so klar ist. Darum verstehe ich ihre Ablehnung einer Vollsitzung, wenn ich auch ihre Formeln — wie die, daß sie erst an einer Beratung teilnehmen wollen, wenn kein Teil des Landes mehr besetzt sei — nicht alle unterschreibe — ich glaube auch, daß das nicht wörtlich genommen werden muß. Aber weil sie sich als ein Teil der überfallenen Nation fühlen, ist es nicht möglich, daß sie sich ohne eine Abrechnung mit den Deutschen mit den Genossen zusammensetzen. Wir werden diese Abrechnung nicht los und müssen suchen, wo die verantwortlichen Männer sitzen. Aber es ist die Frage, ob eine solche Abrechnung in der nächsten Zeit am Platz ist. Aber das muß den Genossen der betroffenen Länder selbst überlassen werden. Es wäre nicht gerecht, daß eine internationale Sitzung des Büros ohne diese Parteien stattfände.

Ich stimme mit Troelstra darin überein, daß in den Ländern, wo bisher ein verkappter Absolutismus herrscht, eine wirkliche Demokratie, worin die Partei auf einer großen Grundlage die ministerielle Verantwortung übernimmt, kommen muß. Unleugbar liegt eine Ursache des Krieges in den verschiedenen Graden des Einflusses der Parlamente. Diese Reste der Feudalzeit sind vielleicht von den Genossen dieser Länder nicht genug ernst genommen worden. Wohl kämpften sie, ohne jedoch Erfolg zu erzielen und vielleicht weil sie um sozialer Ziele willen die anderen zu sehr zurückstellten. Das hat sich gerächt. Das Wort Jaurès' in Amsterdam bleibt nur allzu wahr, daß die größte Gefahr für den Sozialismus und den Frieden nicht das Bündnis der französischen Sozialisten mit der bürgerlichen Demokratie, sondern die politische Machtlosigkeit der deutschen Sozialdemokratie ist. Wir wollen hoffen, daß die deutschen Genossen diese Rückständigkeit gutzumachen suchen. Wir mischen uns in ihre Politik nicht ein, aber wir dürfen uns fragen, ob sie Hand in Hand mit der gegenwärtigen Regierung die Demokratie durchführen können.

Wichtig ist, daß kein ökonomischer Krieg kommt. Dies scheint auch überall gebilligt zu werden.

Mit Vanderveldes Brief bin ich durchaus einverstanden. Es scheint mir eine moralische Pflicht aller Neutralen, sich ohne Rücksicht für die Forderungen der Unabhängigkeit und des Schadenersatzes für Belgien auszusprechen, wenn die Sozialdemokratie ihren Anspruch, als Vorkämpferin der Moral in der Welt zu gelten, rechtfertigen will.

Auf die elsaß-lothringische Frage will ich nicht weiter eingehen. Auch ich halte es für möglich, daß eine Einigung darüber jetzt ebenso erzielt wird wie vor dem Kriege. Aber eine Bedingung ist, daß die deutschen Genossen erkennen, daß eine elsaß-lothringische Frage existiert. Das Recht der Selbstbestimmung besteht auch für die Grenzbevölkerungen. Diese Frage war seit 1870 eine Wunde im Leibe Europas; sie muß verschwinden. Darum müssen die sozialistischen Neutralen bei den Friedensunterhandlungen mitsprechen, wo auch über das Los der neutralen Staaten, die ihr Lebensrecht haben, entschieden wird.

Repetto (Argentinien) betont, daß der Friede keinerlei Demütigung für eine Seite enthalten dürfe, wenn er Aussicht auf Dauer haben solle. Der Friede müsse den sozialistischen Grundsätzen entsprechen. Das Verhalten der europäischen Genossen sei nicht immer mit diesen Prinzipien vereinbar gewesen. Die argentinischen Genossen wünschen gleich der sozialistischen Partei Nordamerikas Garantie für freie wirtschaftliche Entwicklung der Nationen, fügen aber dennoch die Forderung auf Freihandel hinzu. Mit dem, was Branting über Belgiens politische und wirtschaftliche Wiederherstellung gesagt, erklärt er sich nachdrücklich einverstanden. Seine Mandatgeber wünschen mit ihm jedoch Freiheit und Selbstständigkeit für alle unterdrückten Länder.

Lee (Sozialistische Partei der Vereinigten Staaten) überbringt die Grüße Hillquitts, der bedauerlicherweise verhindert sei, zu erscheinen. Die Stimmung unter den Sozialisten Nordamerikas sei bei Ausbruch des Krieges sehr bedrückt gewesen. Manche verzweifelten am Sozialismus und verließen die Partei. Andere meinten, daß sich nicht der Sozialismus als untauglich erwiesen habe, sondern der Internationalismus. Es sei nationaler Sozialismus nötig. Die Informationen über die europäischen Verhältnisse während des Krieges erklärt der Redner für sehr mangelhaft. Sie basierten vornehmlich auf Darstellungen von Seite der Alliierten. Wir haben, so führte der Redner weiter aus, in unseren Reihen starke prodeutsche Sympathien, besonders unter den aus Rußland und Russisch-Polen stammenden Juden; anders muß mit der englischen Tradition gerechnet werden. Im Laufe der Zeit sind die Gegensätze in der Partei geringer geworden und die Uebertreibungen und Gereiztheiten lassen auf beiden Flügeln nach. Man wird ruhiger, leidenschaftsloser. Die Genossen bei uns erwarten die Demokratisierung der Mittelmächte nicht von einem Sieg über diese, aber auch keinen günstigen Einfluß von einem Sieg der Mittelmächte über die Ententeländer. Die Einberufung einer Vollversammlung, wie sie von der Labour Party verlangt wird, ist eine Frage der Zweckmäßigkeit, über die wir uns ein Urteil nicht erlauben.

Stauning (Dänemark) begnügte sich mit wenigen Worten. Er sagte: Was Branting an den deutschen Genossen auszusetzen hat, trifft leider auch für die der anderen Länder zu. Wir in Dänemark meinen gleich Troelstra, daß es die Aufgabe der Sozialdemokraten der neutralen Länder ist, zu versuchen, die Genossen der kriegführenden Länder wieder einander näherzubringen. Nur in diesem Sinne haben wir uns mit der Konferenz einverstanden erklärt.

Van Kol (Holland) betrachtet die Konferenz als die Vorläuferin einer Vollversammlung des Internationalen Sozialistischen Büros. Der Krieg habe zwar dem Sozialismus eine Krise bereitet, aber die Internationale werde diese Krise überwinden, wie die erste Internationale die Krise überstand, die sich auf deren letzten Kongreß im Jahre 1872 offenbarte. Das Prinzip der Menschlichkeit werde trotz alledem von der Sozialdemokratie verwirklicht werden.

Damit waren die Ansprachen beendet. Der Vorsitzende betonte, daß die Konferenz durchaus autonom sei, unbeschadet des Umstandes, daß Huysmans die vorbereitenden Geschäfte geführt habe. Deshalb schlage er auch vor, daß die Konferenz einen besonderen Sekretär ernenne. Als solcher wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden Genosse Albarda gewählt. Nachdem der Vorsitzende noch mitgeteilt, daß der Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei die Delegierten auf den Abend zu einem Essen eingeladen habe und daß am Mittwoch in Amsterdam ein internationales Meeting stattfinden solle, zu dem die ausländischen Delegierten eingeladen werden, werden die öffentlichen Verhandlungen auf Mittwoch vertagt.

Neue Freie Presse 7./VIII. 1916

Völkerrechtsverletzungen und Barbarei der Russen

alle, auch die Frauen und Kinder, waren am ganzen Körper zerbissen. Wenn es tagte und die Wanzen sich verliefen, erschienen Tausende und Tausende von Fliegen, die uns nicht weniger peinigten. Wir waren zu völliger Langeweile verurteilt. Man durfte nicht arbeiten, nicht singen, nicht pfeifen, nicht musizieren, ja nicht einmal laut sprechen oder lachen. Wer sich dagegen im geringsten verging, kam in eine unterirdische, finstere, nur mit einer Matratze und einem Kübel ausgestattete Zelle, die drei Meter lang, zwei Meter breit und bloß anderthalb Meter hoch war, so daß die allermeisten darin nicht aufrechtstehen konnten. Bei Tag wurde auch noch die Matratze herausgenommen. Der Arzt leistete den Kranken keine Hilfe. Er meinte stets: „Wozu soll ich sie erst untersuchen? Laßt sie eben liegen! Sie werden davon nicht hinwerden!" Es gehörte stets zu unseren größten Sorgen, krank zu werden."

Den größten Teil der Sammlung nehmen, wie in den früheren Rotbüchern, Schilderungen der russischen Kriegsgreuel ein. Plünderungen, Brandlegung, Vergewaltigung von Frauen und Mädchen, Verwendung von Dumdumgeschossen und Explosivgeschossen, Verwendung der österreichisch-ungarischen Uniformen durch russische Soldaten, Mißhandlung und Tötung von Gefangenen, Beraubung und Massakrierung von verwundeten Soldaten, unwürdige Behandlung kriegsgefangener Offiziere, völkerrechtswidrige Verwendung von Zivilisten zu Dienstleistungen für die russische Armee, Brandlegung an Roten Kreuz-Häusern, eine lange martervolle Reihe von nahezu 70 Dokumenten geben neuerdings Zeugnis von der Wildheit, mit der die russische Armee den Krieg führt. Zahlreiche Abbildungen von zugerichteten Dumdumkugeln und von den gräßlichen Wundwirkungen machen die barbarische Gesinnung lebhaft anschaulich, die sich in der Anwendung solcher Waffen kundgibt.

Ein Gesamtbild von dem Verhalten der russischen Armee liefern die Mitteilungen des Majors i. R. Stanislaus R. v. Osnialowski über seine Beobachtungen während der Besetzung Lembergs durch die Russen. Da heißt es:

„Behandlung der Offiziere in Kriegsgefangenschaft. Die kriegsgefangenen Offiziere wurden niemals per Wagen, sondern immer nur zu Fuß unter Ueberwachung von mit Nagaikas versehenen russischen Soldaten weiterbefördert. Zivilpersonen, welche den Offizieren Zigaretten und Eßwaren geben wollten, wurden mit Knutenhieben bearbeitet. Major v. Osnialowski erhielt selbst bei einer solchen Gelegenheit Knutenhiebe.

Herr Halpern, ein sehr reicher Bürger aus Stanislau, wurde auch in „Brygitki" inhaftiert. Als er sein Testament von einem herbeigerufenen Notar im Arrest verfassen ließ (er war für den Abtransport nach Sibirien bestimmt), war dieser Notar Zeuge der menschenunwürdigen Behandlung der Offiziere. Er wurde von kriegsgefangenen Soldaten speziell auf einen österreichischen Major aufmerksam gemacht, der bereits drei Tage nichts zu essen bekommen hatte und halbtot auf einer Pritsche lag. Infolge der schlechten Behandlung sollen zwei deutsche Offiziere Selbstmord begangen haben. . . . Plünderung im Palais des griechisch-katholischen Erzbischofs Grafen Szeptycki. Die Wohnung wurde vollständig ausgeplündert. Auch erfuhren die Russen, daß ein größerer Geldbetrag in der Wohnung vermauert sei. Der Maurer wurde eruiert und gezwungen, die Stelle anzugeben, wo sich das Geld befinde. Hiebei wurden gegen 600.000 K. in Effekten weggenommen. . . . Pogrom der Juden an einem Sonntag im Monat November 1914. Angeblicher Grund, daß ein russischer Soldat von Juden geprügelt wurde. Russische Kosaken haben jüdische Häuser am Haliczer Platz, dann in der Zolkiewer und Krakauer Vorstadt umstellt und stark beschossen. Hiebei fielen 20 Juden, zirka 30 wurden verwundet. Drei jüdische Häuser am Haliczer Platz wurden durch einen Ukas konfisziert. . . . Die „Ochrana". Für die Geheimpolizei wurde unter der Bevölkerung eifrig geworben. Die Russen suchten hauptsächlich die Hausbesorger zu gewinnen. Die Arretierungen der von Mitgliedern der Ochrana denunzierten Personen wurden in der Nacht von 1 bis 3 Uhr, in öffentlichen Lokalen zwischen 4 und 8 Uhr nachmittags und auch bei Platzmusiken vorgenommen. Für die Arretierung erhielt der Denunziant 3 Rubel. Die Arretierten wurden ohne Rücksicht auf ihre Intelligenz und gesellschaftliche Stellung zu Befestigungsarbeiten verwendet und durch Nagajkahiebe zur Arbeit gezwungen. Hie und da gelang es einigen, sich loszukaufen."

Besonders grausam verfahren die Russen in der Bukowina gegen die Rumänen und in Galizien und in der Bukowina gegen die Juden. Befehl Nr. 289 vom 8./21. April an das 278. Krimski-Infanterieregiment sagt:

„§ 2a). Es gelangen Mitteilungen an den Minister des Innern, wonach mit der Evakuierung der Juden aus Galizien nach dem Innern Rußlands begonnen wurde. In Anbetracht des Umstandes, daß wir in Rußland ohnehin schon viel zu viel Juden haben, kann ein weiteres Zuströmen solcher und noch dazu aus Galizien nicht geduldet werden. Der erlauchte Höchstkommandierende hat daher befohlen, daß bei der Besetzung neuer Gebiete durch unsere Truppen sämtliche Juden zu versammeln und nach vorwärts, den feindlichen Truppen entgegen, zu jagen sind. In den von uns besetzten Gebieten des Hinterlandes sind aus den vermögenderen und einflußreicheren Juden Geiseln auszuheben, welche nach Rußland zu schaffen sind, und zwar in den vorgesehenen Ansiedlungsrayon; sie sind aber unter Bewachung zu halten, das heißt im Gefängnis, und ihr Besitz ist zu sequestrieren. Der Besitz solcher Juden, die sich auch nur die geringste Feindseligkeit zuschulden kommen ließen oder die der Spionage verdächtigt werden, ist einzuziehen."

Der Bezirkshauptmann von Horodenka berichtet an die galizische Statthalterei: „Augenzeugen der von der russischen „Wilden Division" verübten Räubereien und Gewalttätigkeiten — dieselbe steht unter dem Kommando des Bruders des Zaren Michael Alexandrowicz — erzählen mir geradezu Abscheu erregende Szenen, so zum Beispiel: Nach dem Einmarsche der russischen Truppen am 12. Mai l. J. begann die Soldateska Geschäfte und Privatwohnungen zu plündern und zu vernichten, so daß alles, was nur einen Wert hatte, ihnen zum Opfer fiel.

Um die Spuren der Verwüstung zu verwischen, haben die feindlichen Truppen noch am selben Tage zwischen 9 und 10 Uhr abends die in der inneren Stadt sowie auch in der Vorstadt Folwark vorwiegend von den Juden bewohnten Häuser und Geschäfte angezündet. Während des Brandes durchzogen die Stadt russische Patrouillen und verhafteten unter dem Verdachte der Brandstiftung jeden Juden, der sich zufällig auf der Gasse aufhielt oder sich den brennenden Häusern näherte, um sein Hab und Gut zu retten. Am nächsten Tage wurden sechs angeblich auf frischer Tat ertappte Juden in der Hauptstraße aufgehängt; vorher wurde noch mit ihnen ein Protokoll aufgenommen, in dem sie gestehen und mit der Unterschrift bestätigen mußten, daß sie tatsächlich selbst das Feuer gelegt haben.

Diese Exekution wurde unter dem Kommando eines Obersten des Generalstabes bei den Klängen der Militärmusik durchgeführt.

Ueber das Vorgehen der russischen Offiziere, die sich an solchen Greueln beteiligen, fällt ein unter den Schriften eines höheren russischen Kommandos erbeutetes Schreiben eines russischen Offiziers an den russischen G. d. J. M. W. Alekseiew gerichtete Eingabe ein vernichtendes Urteil. Es heißt dort: „Chyrow, am 18./31. Januar 1915. Eure hohe Exzellenz! Hochverehrter Michail Wassilijewitsch! Die Pflicht als Offizier und anständiger Mensch, dem der Ruf und das Ansehen der russischen Armee teuer ist, befiehlt mir, Ihnen diesen Brief zu schreiben, und Ihnen Mitteilung zu machen von einer höchst betrübenden Erscheinung in unserer Armee.

Das inkorrekte Verhalten einiger Offiziere gegenüber fremdem Eigentum hatte ich verschiedentlich zu konstatieren Gelegenheit. Jetzt aber erhielt ich ganz positive Nachrichten darüber, daß Offiziere viel geraubtes Gut nach Rußland an ihre Familien schicken. Es werden Equipagen, Services, sogar kostbare Möbel versendet. Welche Schande! Welch niedrige Gesinnung! All diese Sendungen rollen über Lemberg und gelangen aller Wahrscheinlichkeit nach als Staatsgut zur Beförderung."

Aehnlich berichtet der russische Oberst Sasonow an seinen Vorgesetzten: „Eure hohe Exzellenz! In letzter Zeit erschienen Anordnungen zur Hintanhaltung von Plünderungen seitens der Kosaken. Letztere schänden den russischen Namen nicht nur in Galizien, sondern in der ganzen Welt, und jetzt wiederholen sich die Plünderungen und Vergewaltigungen bei den friedlichen Einwohnern, bei russischen Untertanen! Ein ähnliches Vorgehen wie jenes der Kosaken findet man auch bei anderen Truppen, besonders bei der Mannschaft der Parks und der verschiedenen Trains. Es ist furchtbar, um so mehr als die Betroffenen nirgends Schutz finden. Wollte man bei den Familien der im Felde stehenden Offiziere nachforschen, so fände sich sehr viel Gestohlenes, und zwar Geschirr, Kristall, Bilder, Teppiche, Stoffe und andere Wertsachen. Während des ganzen Feldzuges wurden Gegenmaßregeln erst dann ergriffen, als niemand mehr zu beschützen war."

Den Beschluß des Heftes machen Dokumente über die Greuel der serbischen Armee. Dieser Gegner ist mittlerweile unschädlich gemacht worden.

Die Zeit 8. VIII. 1916

Die deutschen Professoren und der Weltkrieg.

Von Dr. Walter Schücking,
Professor des Völkerrechtes an der Universität Marburg.*)

Einer der tüchtigsten Diplomaten des Deutschen Reiches, unser Botschafter in den Vereinigten Staaten, Graf Bernstorff, hat in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg eine große Anzahl amerikanischer Universitäten besucht und dort über allgemein interessierende Dinge wie unsere Sozialgesetzgebung einen wissenschaftlichen Vortrag gehalten. Zahlreiche amerikanische Hochschulen haben ihm dafür die Würde eines Ehrendoktors verliehen. Als er aber einmal gefragt wurde, ob denn die Sammlung amerikanischer Doktorhüte für ihn zu einem neuen Sport geworden, hat er resigniert geantwortet, seine Aufgabe lag vornehmlich darin, Sympathien für seinen deutschen Heimatstaat zu erwecken. Die einzigen Kreise, die dafür einen geeigneten Boden abgäben, seien die Gelehrten, und so wende er sich zunächst an die amerikanische Wissenschaft, um dort für Deutschland zu wirken.

Die geistige Isolierung Deutschlands bei Ausbruch des gegenwärtigen Krieges beweist zur Genüge, daß jener Diplomat sich in bezug auf die allgemeine Stimmung in den Vereinigten Staaten uns gegenüber keinem falschen Pessimismus hingegeben, sondern die Dinge durchaus richtig beurteilt hat. Das gilt aber auch von seiner positiven Meinung über die Wertschätzung deutscher Wissenschaft im Ausland. Wer selbst als Gelehrter draußen war, unter den Gelehrten des Auslandes etwa bei wissenschaftlichen Kongressen, konnte sich wirklich nicht über Zurücksetzung beklagen, er spürte etwas von einer gewissen Weltpopularität seiner Zunft, und rührend war es, wie sich einem andere Gelehrte aus den fernsten Erdteilen näherten und erzählten, was sie ihrem Studium in Deutschland verdankten. Es waren keineswegs nur Worte der Erkenntnis, die sie aus Deutschland mitgebracht, es waren oft Klänge des Herzens, die bei ihnen wieder auflebten, wenn sie der Poesie unserer Universitätsstädte gedachten. In diesem Ansehen deutscher Wissenschaft im Ausland lag für uns Deutsche ein großes Kapital, doppelt wertvoll in einer Zeit, wo nun einmal tatsächlich unsere Aktivposten dort so überraschend gering waren.

Es stellt dem vaterländischen Eifer unserer Professoren ein ausgezeichnetes Zeugnis aus, daß sie sich sofort bemüht haben, bei der Krisis des deutschen Gedankens da draußen dieses Kapital für ihr Vaterland nutzbar zu machen. Aber in der Art, wie das geschehen, ist man in Erklärungen und Broschüren vielfach so ungeschickt gewesen, daß ich fürchte, es ist der entgegengesetzte Effekt eingetreten. Das neutrale Ausland ist durch diese Kundgebung deutscher Gelehrter vielfach so peinlich berührt worden, daß dieser große Aktivposten im Saldo des Völkerlebens, der für uns das Ansehen der deutschen Wissenschaft bedeutete, noch wesentlich herabgemindert ist, ohne daß der gewünschte Erfolg auch nur im geringsten erreicht wäre.

Wer das Geistesleben an unseren Universitäten aus eigener Anschauung kennt, konnte freilich dadurch kaum überrascht werden. Unsereinem ist es kein Geheimnis, daß die Vertreter der Geisteswissenschaften seit Jahrzehnten in Deutschland vorzugsweise nach rückwärts orientiert sind, daß zum Beispiel für die neueren Historiker in der großen Mehrzahl die nationale Einigung im Jahre 1870/71 noch den Brennpunkt ihres Denkens ausmacht. Von diesem Standpunkt alldeutsch gefärbter nationalliberaler Gesinnung aus, die für das Denken unserer Professoren charakteristisch ist, gab es zwischen Deutschland und dem Ausland keine geistige Brücke mehr, die man mit Erfolg hätte beschreiten können. Wie viel Gutes hätte sich zum Beispiel gegen den Vorwurf des Militarismus sagen lassen. Wenn der Zar während obschwebender, von ihm selbst erbetener diplomatischer Verhandlungen mit Kaiser Wilhelm II. heimlich ein Heer von acht Millionen gegen uns mobil macht und, trotzdem er damit die Schuld auf sich ladet, die diplomatische Situation in eine militärische verwandelt zu haben, von den Kulturmächten des Westens weiter unterstützt wird, heißt das den deutschen Militarismus bekämpfen? Aber statt sich mit solchen Feststellungen zu begnügen, konstatieren mehr als 3000 deutsche Professoren frisch und munter, daß es in Deutschland gar keinen Militarismus gibt. Als ob sie damit unser unvergleichliches Heer schützen müßten, obgleich Militär und Militarismus ganz verschiedene Dinge sind. Denn unter Militarismus hatte man bisher die Uebertragung spezifisch militärischer Anschauungen auf die Dinge des bürgerlichen Lebens verstanden, wo sie nicht hingehören. Wenn der junge Hindenburg aus dem Deutsch-Französischen Feldzug nach Hause schreibt, der Krieg ist sozusagen der natürliche Zustand für den Soldaten, so wäre der ein Narr, der darin Anstoß nähme. Daß sich aber unsere gute Gesellschaft jahrzehntelang durch alle möglichen pensionierten Generale in den nationalen Zeitungen überzeugen ließ, daß die Friedensbewegungen ein Blödsinn seien, ist im höchsten Maße bedauerlich. Wenn ich als Völkerrechtslehrer mich über strategische Probleme äußern wollte, so würde mich niemand ernst nehmen, und es würde mir wahrscheinlich nicht einmal gelingen, meine darauf bezüglichen geistigen Produkte in irgendeiner besseren Zeitung unterzubringen, aber über die völkerrechtlichen Probleme des Ausbaues einer internationalen Rechtsordnung bestimmen dann tatsächlich die Meinungen alter Generale das öffentliche Denken.

Gerade hier liegen aber die tiefen Wurzeln für die allgemeine Hetze gegen den deutschen Militarismus. Jüngst haben sich wenigstens die Preußischen Jahrbücher zu der Erkenntnis durchgerungen, daß Frankreich und die angelsächsischen Länder mit dem pazifistischen Gedanken geradezu durchtränkt werden, und daß, wenn selbstverständlich für jeden „tiefen Denker" dieser Standpunkt auch unmöglich sei (!!!), es doch ein schwerer politischer Fehler sei, diese Tatsache völlig zu übersehen. Des letzteren Fehlers haben sich all die Kundgebungen deutscher Gelehrter schuldig gemacht, die mir bisher zu Gesicht gekommen sind. Nirgendwo hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß alle praktische Friedensliebe, die Deutschland in 44 Jahren betätigt hat, in der öffentlichen Meinung des Auslandes den Schaden nicht hat wettmachen können, den die Haltung Deutschlands gegenüber der theoretischen Bewegung, statt des Krieges den Frieden zu rüsten, im Ausland verursacht hat. Wer von all den Professoren, die Kundgebungen unterzeichnet und Kriegsbroschüren geschrieben haben, weiß denn überhaupt etwas davon, wie sehr Deutschland in dieser Frage die Auslandmächte auf den Haager Konferenzen vor den Kopf gestoßen hat? Wer von den neueren Historikern in Deutschland hat es überhaupt für notwendig erachtet, sich mit dem Hergang der Dinge auf den Haager Friedenskonferenzen auch nur eingehend vertraut zu machen? Auch das mangelnde Verständnis Deutschlands für die pazifistische Kulturbewegung hätte sich durch unsere Gelehrten mit Leichtigkeit gegenüber dem Ausland aus unserer politischen Vergangenheit erklären lassen. Es hätte nur des Hinweises bedurft, daß uns, den jüngsten unter den Nationalstaaten, nur die Tüchtigkeit der preußischen Waffen aus einer politischen Misere von sechs Jahrhunderten herausgeführt hat, daß die militärische Ohnmacht Deutschlands von unseren Nachbarn früher so böse ausgenützt worden ist, daß sie selbst schon damit an unseren Tendenzen gesteigerter Rüstungen die Schuld tragen, und daß der Krieg, den sie gegenwärtig gegen uns führen, leider zunächst nicht geeignet ist, auch bei uns das pazifistische Ideal zu fördern.

Das alles hätte gesagt werden können und gesagt werden müssen. Aber leider ist es nicht geschehen, weil man die Probleme auf der deutschen Seite überhaupt nicht gesehen hat. Damit bringe ich nur ein Beispiel, das mir als modernem Völkerrechtslehrer besonders naheliegt. Mit anderen Dingen steht es so.

Immer wieder wird der Neid des Auslandes auf unsere wirtschaftliche Entwicklung betont. Dabei übersieht man ganz, daß schon unser ganzes Verfassungssystem uns auch zu den Völkern verwandten Blutes in Gegensatz stellt, die, wie das norwegische, keinen Grund haben, uns gerade unter dem Gesichtswinkel des wirtschaftlichen Konkurrenten zu betrachten. Ebenso unsympathisch wie uns der Zarismus ist, ebenso peinlich empfindet das Ausland unser autoritäres Prinzip des deutschen Konstitutionalismus. Demokratie, bei uns eine bei den herrschenden Schichten übelbeleumdete Parteiforderung, ist dem Ausland nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern wird geradezu als ein Gebot der Moral angesehen. Darum werden wir uns natürlich unsere Verfassungsform nicht von dem Ausland vorschreiben lassen, aber wenn man über den Gegensatz zwischen Deutschland und der übrigen Welt schreiben und versuchen will, für unsere Sache Verständnis zu erwecken, muß man diese Gegensätze zunächst einmal kennen.

Nach dem Kriege wird in Preußen-Deutschland bekanntlich alles anders! Hoffen wir, daß wir dann auch ein Geschlecht von Gelehrten bekommen, das die Sache Deutschlands zu vertreten weiß, indem es zum Ausland auch in politischen Dingen, wie oben gesagt, „die geistigen Brücken" findet.

*) Zuerst veröffentlicht in der Münchener Zeitschrift Das Forum. A. d. R.

2.80 K. Bloss Abendblatt: Ganzj. 18 K, halbj. 9 K, viertelj. 4.50 K, monatlich 1.50 K. Mittäglich zweimaliger Zustellung ins Haus: Ganzj. 44 K, halbj. 22 K, viertelj. 11 K, monatlich 4 K. Für das Inland: Bloss Morgenblatt: Ganzj. 36 K, halbj. 18 K, viertelj. 9, monatlich 3.40 K. Bloss Abendblatt: Ganzj. 28 K, halbj. 14 K, viertelj. 7 K, monatl. 2.50 K. Morgen- u. Abendblatt: Ganzj. 48 K, halbj. 24 K, viertelj. 12 K, monatlich 4.40 K. Mit separater Postversendung des Abendblattes viertelj. 2 K mehr. Für Wien auch durch Herm. Goldschmidt. Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung vierteljährig: Für Deutschland 18 K, für alle übrigen Staaten 21 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

PESTER LLOYD

ABENDBLATT

„Pester Lloyd" und in den Annoncen-Bureaus: J. Blackner, B. Eckstein, Győri & Nagy, Jaulus & Co., Geb. Leopold, Ant. Mezei, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Regyl, Jos. Schwarz. Generalvertretung des „Pester Lloyd" für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 16. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den „Pester Lloyd".

Einzeln: Morgenblatt in Budapest und in der Provinz 12 Heller. Abendblatt in Budapest 6 Heller, in der Provinz 8 Heller.

Redaktion und Administration: V., Mária Valéria-utcza 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

63. Jahrgang. Budapest, Mittwoch, 9. August 1916 Nr. 220

Kriegstagung des Reichstages.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 9. August.

Das Abgeordnetenhaus bot heute ein Bild der Erwartung. Der Sitzungssaal war voll besetzt, namentlich die Reihen der Opposition. Dort sah man nach langer Zeit wieder Julius v. Justh, der an der Seite des Grafen Michael Károlyi Platz nahm. Die Galerien waren überfüllt. Auf der Journalistentribüne wohnte ein ausgezeichneter Staatsmann des ottomanischen Reiches, Achmed Riza, der Sitzung bei.

Um 10¾ Uhr eröffnete Präsident Paul v. Beöthy die Sitzung. Er berichtete, daß Graf Michael Károlyi und Graf Albert Apponyi vor der Tagesordnung das Wort ergreifen werden. Nunmehr erhob sich Graf Michael Károlyi, um seine bereits angekündigten Erklärungen abzugeben.

Er war heute bestrebt, Ruhe und Kühle walten zu lassen und auch bemüht, die Geste der Leidenschaft und der Sensation zu vermeiden. Ruhig wiederholte Graf Károlyi die bereits bekannten Motive seines Austritts aus der Unabhängigkeitspartei. Eingehender verwies er auf sein schon früher betontes Bestreben, eine auslandspolitische Richtung zu befolgen, die nicht nur zu den Verbündeten, sondern zu allen Mächten günstige Beziehungen unterhalten soll. Die Vergangenheit habe erwiesen, daß die Mittel der Diplomatie versagt haben, die Zukunft müsse neue Mittel sichern. Diese Mittel seien in der Demokratisierung des diplomatischen Betriebes zu suchen. Dann verwahrte sich Graf Károlyi entschieden gegen die Zumutung, als könnte Rumänien in seiner Haltung eine Kräftigung aggressiver Tendenzen erblicken. Mit der lauten Erklärung, daß es in dieser Hinsicht in Ungarn keinen Unterschied in den Auffassungen und den Gesinnungen geben kann, daß Rumänien im Falle eines Angriffes auf die mit aller Entschlossenheit aufgebotene Kraft der ganzen ungarischen Nation, die für ihre Integrität wie ein Tiger kämpfen wird, stoßen würde, schloß Graf Michael Károlyi seine Ausführungen.

Graf Albert Apponyi führte den Nachweis dafür, daß die beiden Gruppen der Unabhängigkeitspartei vor der Trennung im wesentlichen gleiche Ziele hatten. Eine Differenz muß anerkannt werden: die Verschiedenheit des Temperaments. Graf Albert Apponyi will und muß den Standpunkt vertreten, daß das Temperament heute allerdings durch die Rücksichten auf den Krieg gezügelt werden müsse. Daß diese Auffassung den Zielen seiner Partei günstig ist, konnte Graf Albert Apponyi mit reichen Belegen beweisen.

In feierlicher Betonung stellte Graf Albert Apponyi dann fest, daß auch er eintrete für eine friedliche Organisation der zivilisierten Völkerfamilie Europas. Die Lehren des Krieges werden die Liebe zum Frieden stärken. Aber werden diese Ideale, wenn sie in Ungarn werben, auch überall im Auslande siegen? Solange das nicht geschehen ist, muß auch Ungarn, müssen auch wir die Garantien des Friedens in den Faktoren der Macht suchen, vor allem in der Kräftigung unserer gegenwärtigen Bündnisse, allerdings bei voller Wahrung unserer staatlichen Souveränität, also auch unserer Souveränität gegenüber Oesterreich und gegenüber dem Deutschen Reiche.

Stürmischer Beifall folgte diesen Worten, und Ministerpräsident Graf Stefan Tißa ergriff das Wort. Er griff zurück auf jenes Stück der Rede des Grafen Michael Károlyi, das sich mit Rumänien beschäftigte. Jenem Teil der rumänischen Presse, der die Hetze gegen die Monarchie seit Kriegsbeginn betreibt, kam die Stellungnahme des Grafen Károlyi gelegen. Gewiß, sie hat diese Stellungnahme in lächerlicher Weise verdreht, um sie auszunützen. Gegen diese Gefahr mußte jedoch Stellung genommen werden. Unter stürmischem Beifall des Hauses wiederholte der Ministerpräsident die Worte, mit denen Graf Károlyi es aussprach, daß, solange ein Ungar lebt, die Integrität Ungarns, das unsere Feinde zerreißen wollen, beschützt bleiben wird. Und der Applaus steigerte sich zum tosenden Sturm des Beifalls, als Graf Stefan Tißa laut in den Saal rief, daß angesichts des Strebens unserer Feinde, solange die Dinge so liegen, in diesem Hause nicht vom Frieden, sondern vom Sieg die Rede sein könne.

Es folgte eine Pause. Nach der Pause eröffnete Vizepräsident Karl Szász die Sitzung. Dann trat das Haus in die Beratung der Gegenstände der Tagesordnung ein. Das Haus nahm einen ausführlichen, sehr sachkundigen Bericht des Abgeordneten Roland Hegedüs über die drei Steuervorlagen entgegen, deren vereinte Beratung auf der Tagesordnung des Hauses steht. Aus der Theorie des Steuerwesens, aus der Steuergeschichte Europas und aus dem Steuerbilde der Gegenwart, dann auch aus der Not der Zeit heraus holte Hegedüs seine wirksamen Argumente, um schließlich dem Hause, das seinen Ausführungen aufmerksam folgte, die Annahme der Vorlagen zu empfehlen. Lauter Beifall folgte seinen Worten.

Um 1¼ Uhr ergriff Abgeordneter Béla Földes das Wort, um den Standpunkt der Opposition darzulegen, um in ihrem Namen einen Beschlußantrag einzubringen. Er bot theoretisch tiefgreifende, vom Willen zur Sachlichkeit zeugende Ausführungen.

Um 2 Uhr unterbrach der Präsident die Sitzung bis nachmittags 4 Uhr.

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Paul v. Beöthy eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10¾ Uhr vormittags.

Schriftführer: Peter Mihályi, Feliz Szinyei-Merse, Koloman Szpjka.

Auf den Ministersauteuils: Graf Tißa, Teleßky, Sándor, Balogh, Baron Harkányi, Baron Hazai, Hideghéty.

Präsident meldet dem Hause die in Berettyóujfalu erfolgte Wahl des Abgeordneten Ludwig Szilágyi. Nach Erledigung des Einlaufes berichtet der Präsident, daß die Abgeordneten Graf Michael Károlyi und Graf Albert Apponyi die Erlaubnis erhalten haben, vor der Tagesordnung das Wort zu ergreifen und daß der Abgeordnete Baron Géza Manndorff eine dringliche Interpellation in Sachen der Getreide- und Mehleinkäufe der Militärbehörden zu stellen wünsche. Das Haus nimmt die den Abgeordneten Károlyi und Apponyi erteilte Erlaubnis zur Kenntnis; die Interpellation Manndorff wird nach den übrigen Interpellationen eingebracht werden. (Zustimmung.)

Graf Michael Károlyi

hält es für seine Pflicht, als Führer der neugebildeten Partei sich kurz über die allgemeine Lage zu äußern. Er ist sich des vollen Ernstes der gegenwärtigen Zeit bewußt und wird darum nur ganz kurz allgemeine Fragen berühren. Die neue Partei ging von dem Grundgedanken aus, daß das Unabhängigkeitsprogramm jetzt verwirklicht werden müßte. Das würde nicht nur dem ungarischen Staate, sondern auch der Dynastie und der Monarchie frommen, weil in dem Fall, wenn Ungarn alle Attribute der Souveränität erhält, jede Reibungsfläche mit Oesterreich vollständig beseitigt und ein harmonisches Zusammenwirken ermöglicht würde. Daß bisher eine seelische Harmonie nicht eintreten und Ungarn seine Souveränität nicht erringen konnte, lag nur an dem Mangel an Vertrauen. In Oesterreich war man des Glaubens, daß Ungarn seine volle Souveränität nicht im Interesse der Dynastie, sondern vielleicht gegen die Interessen der Dynastie benützt hätte. Dieses Mißtrauen war vollständig unberechtigt. Jedenfalls hätten die Erfahrungen des seit zwei Jahren tobenden Weltkrieges diesen Mangel an Vertrauen beseitigen können. Mit größter Besorgnis muß jedoch festgestellt werden, daß dieses Mißtrauen auch jetzt noch besteht, daß man diesem Mißtrauen von Schritt zu Schritt begegnen kann, denn sonst wäre es nicht zu erklären, daß Ungarn für seine riesigen Opfer an Gut und Blut noch keine faßbare Genugtuung erhalten hat, keine wirtschaftlichen und politischen Rechte, auf die es mit Recht Anspruch erheben kann. Infolgedessen wäre es ein Versäumnis, wenn man in diesem Augenblick nicht alles aufböte, um das Programm der Unabhängigkeitspartei vor dem Friedensschluß zur Verwirklichung zu bringen, ehe noch Tatsachen geschaffen werden, die es für lange Zeit unmöglich machen, das erstrebte Ziel zu erreichen. Nicht nur Redner und seine Partei, sondern viele Hunderttausende, die jetzt draußen kämpfen oder wegen des Kriegszustandes ihre Stimme nicht erheben können, hegen den Wunsch, daß Ungarn aus diesem Kriege als ein neues demokratisches national starkes unabhängiges Ungarn hervorgehe. (Beifall links.) Die ungarische Nation kann in diesem Kriege keine anderen Erfolge erringen als seine volle demokratische Unabhängigkeit. Könnte sie dies nicht erringen, so würde sie, möge der Triumph unserer Waffen noch so groß sein, nur eine Niederlage erleiden. Ungarn kämpft nicht nur dafür, den Statusquo zu erhalten, sondern um ein neues demokratisches Ungarn zu schaffen.

Die vereinigte Unabhängigkeitspartei hatte in der Abwesenheit des Redners beschlossen, für das Programm der Partei während der Dauer des Krieges nicht mit derselben Intensität zu kämpfen wie vorher, da dies mit den Interessen des Krieges im Gegensatze stünde. Redner hat dies von Beginn an nicht gebilligt, denn er war der Ansicht, daß gerade während des Krieges das Parteiprogramm verwirklicht werden kann. Doch hegte er die Hoffnung, alle Mitglieder der Partei für seinen Standpunkt zu gewinnen. Die Passivität der Partei hatte gar keine Ergebnisse gezeitigt. Die Regierung habe Richtungen eingeschlagen, die man mit allen Mitteln hätte vermeiden müssen. Wohl wäre es kleinlich gewesen, nur aus denjenigen Gründen, die vor dem Kriege maßgebend waren, gegen die Regierung zu kämpfen. Indes wurde der Abgrund, der zwischen der Regierung und der Opposition bestand, im Laufe des Krieges zu einer ganzen Welt erweitert. Denn wir wollen Ungarn, das neue Ungarn auf ganz anderen Grundlagen aufbauen. Deshalb ist es notwendig, mit den heftigsten Mitteln gegen diese Regierung zu kämpfen, selbst auf die Gefahr hin, dadurch eine Krise hervorzurufen. Redner verweist darauf, daß Verhandlungen für einen langfristigen Ausgleich geführt werden. Wird hier ein fait accompli geschaffen, dann würde die Unabhängigkeitspartei lange Jahre hindurch vergeblich für ihr Programm kämpfen müssen. Das Zustandekommen eines solchen Ausgleiches muß schon jetzt mit allen Mitteln bekämpft werden und wir müssen daher alles anwenden, um diese Regierung zu stürzen.

Auch andere Gründe waren für die Spaltung der Unabhängigkeitspartei maßgebend. Diese stehen in engem Zusammenhang mit dem Krieg. Redner hält den Zeitpunkt nicht für geeignet, sich über diese Fragen jetzt eingehend zu äußern. Dennoch hält er es für seine Pflicht, dieses heikle Thema kurz zu berühren. Vor dem Kriege hat Redner und sein Anhang alles angewendet, damit die Gefahr des Krieges abgewendet werde. Er tat dies mit anderen Mitteln und entfaltete die größte Aktivität, um mit denjenigen Staaten, mit denen wir nicht im Bundesverhältnis stehen, ein besseres Verhältnis anzubahnen. Redner schämt sich nicht, dies getan zu haben, und er würde es wieder tun, wenn die Reihe dran käme. Deshalb dürfe man ihn keinesfalls in der Weise verurteilen, wie das heute so manche tun wollen.

Was die zukünftige auswärtige Politik betrifft, so kann man sich darüber nicht äußern, da ja dafür jetzt noch die Vorbedingungen fehlen. Nicht nur als Ungar, sondern als zivilisierter Mensch wünscht er einen baldigen Frieden. Doch wenn wir erreichen wollen, daß der furchtbare Weltkrieg den erwünschten Erfolg habe, so können wir nur einen dauernden Frieden wünschen. Ohne einen dauernden Frieden wäre das Blutvergießen vergeblich gewesen. Diesen dauernden Frieden muß man indessen mit ganz anderen Mitteln sichern, als dies in der Vergangenheit geschah. Die Mittel, die man in der Vergangenheit für die Aufrechterhaltung des Friedens anwendete, haben Schiffbruch erlitten. Nicht die Diplomaten sollen über Krieg oder Frieden entscheiden, nicht geheime Verträge sollen geschlossen werden, sondern, wie Jaurès gesagt hat, die Verträge sollen geschlossen werden von Volk zu Volk. Nicht die Diplomaten, die Völker untereinander müssen den Frieden schließen.

Die engere wirtschaftliche und politische Annäherung an die Bundesgenossen kann Redner prinzipiell nicht billigen, denn er fürchtet, daß hiedurch die Souveränität der Vertragsstaaten, namentlich aber der kleineren, schwächeren Staaten, gefährdet würde. Allein auch vom Gesichtspunkte des dauernden Friedens wäre ein so enger Anschluß gefährlich, denn es würde auch auf der Gegenseite ein Staatenblock entstehen, und wenn zwei solche mächtige Bündnisse einander gegenüberstehen, dann kommt es zu Reibungen, die dann wieder nur zum Kriege führen. Jedenfalls wäre es jedoch der größte Fehler, wenn in dieser Beziehung während des Krieges vollendete Tatsachen geschaffen würden. Unter allen Umständen soll unsere volle Aktionsfreiheit in wirtschaftlicher und politischer Beziehung gewahrt werden.

Im Interesse des Friedens würde es liegen, und zur Klärung der Lage würde es beitragen, wenn die Regierung sich über die Kriegsziele und die Bedingungen des Friedens äußern wollte. Dies ist auch in den meisten kriegführenden Staaten bereits geschehen.

In der jüngsten Zeit hört man viel von dem bedenklichen Verhalten Rumäniens. Die Gerüchte, daß Rumänien uns angreifen will, wurden in der Presse trotz der Zensur überall verbreitet. Die Presse der ungarischen Regierung war merkwürdigerweise bestrebt, die Verantwortung für eine eventuelle rumänische Gefahr auf den Redner zu wälzen. (Heiterkeit rechts, Lärm links, Rufe links: „Igazmondó!") Redner weist auf einen Artikel des Blattes „Igazmondó" hin, der ja infolge der Zensur mit Wissen der Regierung erschienen ist. Die Regierung scheint einen Sündenbock für eine eventuelle rumänische Intervention in dem Redner gefunden zu haben. Redner ist der Ansicht, daß der Austritt einiger zwanzig Männer aus einer Partei tatsächlich nur eine Episode ist und keinen Krieg hervorruft. Die Frage der Verantwortung ist ganz anderswo zu suchen. Für das Verhalten der Rumänen mag die Lucker Episode und die italienische Offensive eine viel größere Rolle gespielt haben, und dafür kann Redner wirklich nicht verantwortlich gemacht werden. Inwieweit die Regierung und den Ministerpräsidenten die Verantwortung in dieser Beziehung trifft, will Redner nicht untersuchen. An die Adresse der Rumänen will Redner nur folgende Worte rufen: Solange ein Ungar atmet, werden wir unentwegt für die Integrität Ungarns, für die Verteidigung Siebenbürgens kämpfen. Und die Rumänen sollen es wissen: wenn sie uns angreifen, so werden sie nicht auf Menschen, sondern auf Tiger stoßen. Wir werden wie Tiger für unser Ungarn für unser Siebenbürgen kämpfen. (Lebhafter Beifall links und äußerstlinks.)

Graf Albert Apponyi

erklärt, er habe vor der Tagesordnung das Wort erbeten, um auf die Erklärungen des Grafen Károlyi zu reflektieren. Er will vor allem ein Mißverständnis richtigstellen. Als Ursachen der Sezession habe Graf Michael Károlyi gewisse Bestrebungen hingestellt. Es könne dadurch der Anschein erweckt werden, als ob diese Bestrebungen nicht von allen Mitgliedern der Unabhängigkeitspartei vollauf gebilligt würden. Es besteht darin kein Unterschied unter den Mitgliedern der Partei, daß bei dem Aufbau des neuen Ungarn der nationale und der demokratische Gedanke vollauf verwirklicht werden müsse. Selbst in den Details herrscht eine einmütige Auffassung. Es gibt nur Schritte nach vorwärts, nicht aber nach rückwärts. Den Schritt nach vorwärts hat die Unabhängigkeitspartei schon getan, denn sie hat den Rakovszkyschen Antrag, daß alle über zwanzig Jahre alten Männer, die mit den Waffen für das Vaterland gekämpft haben, ohne jede Einschränkung das Wahlrecht erhalten sollen, ihrem Wahlrechtsprogramm eingefügt.

In den innerpolitischen Fragen herrscht keine Meinungsverschiedenheit. Es können vielleicht in gewissen Nuancen Unterschiede bestehen, doch unter diesem Titel wäre die Trennung nicht begründet. Denn der Erfolg ist in dem Zusammenhalten der Kräfte gelegen. In den Modalitäten des Kampfes bestehen indes vielleicht manche Abweichungen, die nicht ignoriert werden können. Eine so große Neugestaltung, wie sie unter den gegenwärtigen Umständen zu erwarten ist, kann auch nach dem Krieg nicht sprungweise durchgeführt

Fremdenblatt
9./VIII. 1916

giens, selbst trotz aller Anzeichen für dessen Hinneigen nach der Feindesseite den aufrichtigen Wunsch, diesem Lande die Leiden des Krieges ersparen zu können. Die Rolle Englands dagegen bestand darin, daß es schon das lange umgarnte Belgien im englischen Interesse zwar zum Widerstand aufgereizt, auf die erhoffte Unterstützung aber vergeblich hat warten lassen. Asquith mag heute noch so laut von dem englischen Millionenheer sprechen, niemand glaubt ihm, daß England es um Belgiens Willen aufgestellt hat. Man kann Asquith nur raten, sich in Belgien selbst zu erkundigen, dann wird er erfahren, wie man in dem von England ins Unglück gestürzten Land heute über den vermeintlichen Schutzherrn denkt.

Deutsche Antwort an Asquith.

K. **Berlin**, 8. August. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Die Welt hat sich seit langer Zeit abgewöhnt, von einem leitenden Staatsmanne Englands Worte der Nüchternheit und Sachlichkeit zu erwarten. Eine solche Sprache wäre heute in England nicht populär. In einem Lande, wo das Auswärtige Amt über den „Baralong"-Fall in einem Ton gesprochen hat, der die englischen Seeleute nur dazu ermuntern konnte, im Vertrauen auf die Straflosigkeit dem Beispiel der „Baralong"-Mörder nachzueifern, in einem Lande, wo ein Mann wie der Bischof von London von der Kanzel herab den Kapitän des „King-Stephen" dazu beglückwünschte, daß er an der ertrinkenden Mannschaft von „L 19" vorbeifuhr, ohne einen Versuch zu ihrer Rettung zu unternehmen, in einem Lande, wo ein englischer Richter öffentlich sagen darf, das Schlachten von Feinden und das Schlachetn von Schweinen seien gleichwertige Beschäftigungen, und wo in gleichem Geiste am 15. Juli 1916 ein englischer Offizier an die „Times" schreibt: „Stechen auf Deutsche sei noch schöner als Polo," kann es nicht überraschen, daß es der Premierminister für nötig hält, die Offensive der englischen Armee mit einem Wutgeheul gegen den Feind zu begleiten.

Wir können uns damit begnügen, die Asquithsche Rede dem Urteil der gesitteten Welt ohne Kommentar zu überlassen. Nur auf eine Stelle, worin Asquith die diplomatische Vorgeschichte des Krieges erneut zur Diskussion stellt, wollen wir kurz eingehen.

Asquith behauptet, daß die deutsche Diplomatie völlig sicher gewesen sei, England würde niemals mit den Waffen in der Hand an die Seite Frankreichs und Rußlands treten. Ebenso sicher sei man in Deutschland gewesen, daß das schwache und — wie es Deutschland schien — schutzlose Belgien mit Schmeichelworten oder Gewalt dazu gebracht würde, Deutschland das Recht des Durchmarsches nach Frankreich zu gewähren." Das seien zwei große verhängnisvolle Irrtümer der deutschen Diplomatie gewesen.

Es ist selbst angesichts der gegenwärtigen englischen Kriegspsychose erstaunlich, daß der englische Premierminister es wagt, eine derartige Geschichtsfälschung öffentlich auszusprechen. Asquith, Lord Grey und Lord Haldane müssen wissen, daß die deutsche Regierung immer wieder auf die Gefahr für den Weltfrieden aufmerksam machte, die darin lag, daß bei jeder europäischen Krisis Frankreich und Rußland mit der bedingungslosen Unterstützung durch England rechneten. Die deutsche Re-

Der Görzer Brückenkopf.

Berlin, 8. August. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Im „Berliner Tageblatt" wird zur Räumung des Görzer Brückenkopfes gemeldet: Die heldenmütige Besatzung des Görzer Brückenkopfes hat sich vierzehn Monate hindurch der italienischen Uebermacht gegenüber glänzend in ihren Stellungen gehalten, die zu halten im Beginn des Krieges nicht die Absicht war, denn die geplante erste Verteidigungslinie zog sich am linken Isonzoufer hin. Görz, das trotzdem jetzt noch hinter unserer Front liegt, steht noch unter dem Feuer der italienischen schweren Artillerie und brennt an mehreren Punkten.

Der „Berliner Lokalanzeiger" schreibt: Man solle den Verlust des Görzer Brückenkopfes weder unter- noch überschätzen. Wenn auch durch den Verlust für die österreichisch-ungarischen Truppen vorübergehend ein Ausfallstor verloren geht, so wird das doch andererseits für die Italiener verhängnisvoll werden können, wenn sie versuchen sollten, an dieser Stelle in das Tal des Isonzo hinabzusteigen. Für den Verlauf des Krieges bleibt demnach dieser italienische Erfolg trotz des Unheiles, welches er für die Stadt Görz selbst als solche im Gefolge haben mag, nichts als ein Scheinerfolg.

Budapest, 9. August. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Der militärische Mitarbeiter des „Pester Lloyd", Major Hueber, schreibt: Die Aufrichtigkeit gebietet zu gestehen, daß der Gedanke unbehaglich ist, den Italienern einen Erfolg einräumen zu müssen. Wenn es schon sein muß, dann lieber einem andern, einem offenen, ehrlichen Feinde, aber den Italienern, gerade diesen treulosen Bundesgenossen, fällt es schwer. Gefühlsregungen sind bekanntlich Vernunftsgründen wenig zugänglich. Die Vernunft muß es als Wunder betrachten, daß dieses Ereignis nicht schon vor einem Jahre eingetreten ist. Man muß darauf hinweisen, daß unsere dortigen Stellungen die denkbar ungünstigsten waren, ferner daß Görz im Vergleiche mit den Schauplätzen des großen Krieges ein Sandkorn in der Wüste ist, ein verschwindendes Nichts im Vergleiche mit unseren Erfolgen. Für die Italiener aber ist es das einzig greifbare Resultat des mehr als einjährigen Krieges ihrer ganzen Wehrmacht gegen den Bruchteil unserer Streitkräfte. Aber gerade in den Motiven dieses schmerzlichen Empfindens ist das größte Armutszeugnis der italienischen Kriegsführung enthalten.

Wir fragen uns, würde uns dieser Verlust ebenso gekränkt haben, wenn dies vor einem Jahre geschehen wäre, unmittelbar nachdem uns Italien in den Rücken fiel, wenn schon der erste Anlauf des ungeschwächten italienischen Heeres unseren schwachen Kordon durchbrochen hätte und unsere ersten Linien weiter landeinwärts gewesen wären? Sicherlich nicht. Wir hätten es als etwas natürliches, unter den obwaltenden Verhältnissen unvermeidliches, hingenommen. Ueberhaupt hätte es für selbstverständlich gegolten, wenn die Italiener mit ihrer Uebermacht langsam Raum ge-

Fremdenblatt
9./VIII. 1916

Vertragsloser Zustand zwischen Deutschland und Italien.

Zwischen Italien und Deutschland ist auf handelspolitischem Gebiete der vertragslose Zustand eingetreten. Der preußische „Staatsanzeiger" veröffentlicht, wie wir schon berichtet haben, eine Bekanntmachung des Finanzministers über den deutsch-italienischen Handels-, Zoll- und Schiffahrtsvertrag, in der es heißt, daß dieser Vertrag von der italienischen Regierung als nicht mehr wirksam angesehen werde und daß demgemäß nunmehr auch deutscherseits auf die italienischen Boden- und Gewerbeerzeugnisse die Sätze der autonomen Tarife angewendet werden.

Nach dem Wortlaute des bisher in Geltung gestandenen deutsch-italienischen Handelsvertrags, war Italien nicht in der Lage, die dort vielfach vorausgesagte Kündigung des Vertrags auszusprechen. Denn am 3. Dezember 1904 wurde in dem damals zum 1891er Handelsvertrage abgeschlossenen Zusatzvertrage die Geltung des Vertragsverhältnisses mit der fixen Dauer bis zum 31. Dezember 1917 bemessen und erst vom 31. Dezember 1916 ab die Möglichkeit einjähriger Kündigung eingeräumt. Von diesem Kündigungstermine trennen uns jetzt also etwa 4½ Monate und Italien konnte deshalb noch nicht den Weg der Kündigung betreten. Indes, bei dem in Italien vorhandenen Maß an Vertragstreue hätte dieser Umstand allein wohl nicht entschieden. Wichtiger war es wohl, daß mit einer Kündigung dann doch wohl noch die einjährige Fortdauer des Vertrags verbunden gewesen wäre, eine Fortdauer, die man eben auch bei deren zeitlicher Befristung vermieden sehen wollte. Offenbar deshalb entschloß sich Italien, selbst die Kündigung zu unterlassen und über den Handelsvertrag kurzweg zur Tagesordnung überzugehen, ihn also, wie die deutsche Regierung erklärt, als nicht mehr wirksam anzusehen.

Damit ist nun der Zustand der Vertragslosigkeit zwischen Deutschland und Italien eingetreten und es erhebt sich die Frage nach den mutmaßlichen Folgen dieser Entschließung beider Regierungen. Die deutsche Regierung hat bereits erklärt, auch sie werde nunmehr auf die Waren italienischer Herkunft die Sätze des autonomen Zolltarifs anwenden.

Die Anlegung des autonomen Zolltarifs bedeutet eigentlich noch nicht die letzten Konsequenzen des Beginnes der Vertragslosigkeit. Denn da schon die Aufhebung der Geltung der Vertragszollsätze den Beginn der Differentialbehandlung bedeutet, ist damit auch bereits die Handhabe und Voraussetzung für die im Zollgesetze vorgesehene Auflegung von Zollzuschlägen gegeben, von Zollzuschlägen zu den Sätzen des autonomen Zolltarifs. Solche Zollzuschläge sind auch im deutschen Zollgesetze vorgesehen. Im § 10 des deutschen Zollgesetzes wird die Regierung ermächtigt, zollpflichtige Waren aus Ländern, in denen deutsche Schiffe oder Waren ungünstiger als diejenigen anderer Länder behandelt werden, neben dem tarifmäßigen Zollsatze einem Zollzuschlage bis zum doppelten Betrage dieses Satzes oder bis zur Höhe des vollen Wertes zu unterwerfen und tarifmäßig zollfreie Waren in der Höhe der Hälfte dieses Wertes zu belegen.

Die deutsche Regierung ist indes noch nicht so weit gegangen, sie hat gegen Italien den Uebergang vom Vertragszoll-Regime bis lediglich zum Regime des autonomen Zolltarifs verfügt. Auch diese Verfügung wird indes, soweit dies nicht schon früher durch die Lösung der mit den jetzigen Feindesländern bestandenen Vertragsabmachungen bedingt war, die Forderung der Beibringung von Ursprungs-Zertifikaten für Wareneinfuhren aus jenen Ländern mit sich bringen, mit denen Deutschland sich jetzt noch im Vertragsverhältnis befindet, so Schweiz 2c.

Im Uebrigen können sich aus dem Eintritte der Vertragslosigkeit zwischen Deutschland und Italien auch andere als bloß zolltarifarische Veränderungen in den Grundlagen der Handelsbeziehungen Deutschlands zu Italien ergeben. In ganz demselben Maße, in dem der bisher bestandene Handels- und Zusatzvertrag Abmachungen über den Handels- und Schiffahrtsverkehr zwischen den beiden Staaten geschaffen hat, muß ja selbstverständlich das Erlöschen dieser Verträge auch jene Vereinbarungen erlöschen lassen, sofern die beiden Regierungen es nicht vorziehen, sie stillschweigend ganz oder wenigstens teilweise weitergelten zu lassen. Es ist dies zunächst die Sicherung der Freiheit des wechselseitigen Handels und der Schiffahrt. Diese Freiheit ist indes schon vor einigen Tagen durch Verfügung Italiens aufgehoben worden. Ferner die Meistbegünstigung und die Gleichbehandlung mit den Inländern bezüglich Gewerbsbetrieb, Privilegien, Abgaben und Auflagen, ferner die Gleichbehandlung hinsichtlich der bürgerlichen Rechte, die Befreiung von Requisitionen 2c. 2c. In all' diesen und in einer Reihe anderer Richtung hatte der Handelsvertrag die Behandlung auf Grundlage der Meistbegünstigung oder die Gleichbehandlung mit den Inländern sichergestellt. Der Eintritt der Vertragslosigkeit schafft beiden Staaten die formelle Möglichkeit, in diesen Fragen künftig autonom vorzugehen.

Zentrale der Bank bis zur Bezahlung des Kaufpreises deponiert. Als die Papiere im Kurse fielen und die erlegte Deckung nicht mehr den 10 Prozent entsprach, mußte die Deckung vom Besteller wiederholt ergänzt werden. Die letzte, unter Androhung des Verkaufes der Papiere erfolgte Aufforderung der Bank zur Ergänzung der Deckung blieb aber unbeantwortet, weshalb die Prioritäten mit großem Verlust durch Vermittlung eines Börsensensals tatsächlich verkauft wurden. Die Bank klagte nun den Besteller auf Zahlung des restlichen Kaufpreises, nämlich der Differenz zwischen dem Kaufpreise von 278 Kronen 50 Heller und dem durch die Bank erzielten Verkaufspreise von 236 Kronen 20 Heller per Stück. Der Beklagte beantragte die Abweisung des Klagebegehrens, weil hier kein Kauf, sondern ein Differenzgeschäft vorliege. Die klägerische Bank erklärte sich dagegen zu dem Nachweise bereit, daß sie die Wertpapiere tatsächlich angekauft habe.

Das Landesgericht Krakau gab der Klage Folge, das Oberlandesgericht Lemberg als Berufungsgericht wies jedoch die Klage der Bank ab und hob in der Begründung hervor: Ein Differenzgeschäft liegt vor, wenn der Parteienwille nicht auf wirkliche Lieferung von Wertpapieren, sondern auf Bezahlung der Kursdifferenz gerichtet ist. Zur Annahme eines Differenzgeschäftes ist es nicht notwendig, daß die Parteien die effektive Lieferung von Wertpapieren im vorhinein ausschließen, es genügt vielmehr die Feststellung, daß der Vertragswille nicht auf wirkliche Lieferung gerichtet war. Im gegebenen Falle liegt ein Differenzgeschäft vor, weil bei einem wirklichen Kaufvertrage der Verkäufer die Bezahlung des Kaufpreises und der Käufer die Lieferung der Ware verlangt, im vorliegenden Falle jedoch die klägerische Bank nie die Bezahlung des Kaufpreises verlangte, sich vielmehr mit nur zehn Prozent des Kaufpreises begnügte. Die klägerische Bank nennt diesen Betrag „Deckung", bei Kursfällen „Ergänzung der Deckung", das Wort „Kaufpreis" kommt in ihrer Korrespondenz nicht vor. Ein solches Geschäft ist fast immer für den Bankier vorteilhaft, denn im Falle eines Kurssturzes und Nichtbeschaffung der Deckung sichert sich der vorsichtige Bankier durch zwangsweise Versteigerung gegen Verluste und die Gegenpartei verliert im günstigsten Falle das, was sie als Deckung erlegt hatte. Außerdem ermöglicht eine solche Prozedur einer Partei, welche in ihrem Vermögen einige tausend Kronen besitzt, die Abschließung von Transaktionen auf viele Zehntausende Kronen und erleichtert den weitesten Kreisen der Gesellschaft das Börsenspiel, welches immer für einen außerhalb der Börse stehenden Privatspekulanten äußerst nachteilig ist. Der Besteller wußte, daß er den Kaufpreis nicht zu bezahlen braucht, er spekulierte lediglich auf Gewinn bei einer Kurssteigerung und zu diesem Zwecke genügte eine Deckung von 10 Prozent; die klägerische Bank wieder hatte keine Absicht, dem Auftraggeber die Papiere effektiv zu liefern, sie kümmerte sich nicht darum, in welcher finanziellen Lage sich der Auftraggeber befindet und ob es ihm möglich wäre, den ganzen Kaufpreis zu bezahlen.

Der Oberste Gerichtshof hat der von der Bank ergriffenen Revision keine Folge gegeben und in der Begründung hervorgehoben, es liege ein verschleiertes Börsenspiel vor. Ob die Bank die betreffenden Wertpapiere tatsächlich angeschafft und verkauft hat, sei nicht maßgebend, nachdem festzustellen sei, daß sie niemals wahre Eigentümerin der betreffenden, für sie individuell angeschafften Effekten geworden ist. Die übliche Bemäntelung des Börsenspieles mit einem Kontokorrent sei diesfalls nicht geeignet, über den wahren Charakter des Geschäftes zu täuschen und es war deshalb unerheblich, Erhebungen darüber zu pflegen, ob die Wertpapiere tatsächlich angekauft wurden.

Kölnische Zeitung
10./VIII. 1916

Politischer Sommer in Rumänien.

* **Bukarest**, am letzten Julitage.

Seit einigen Jahren hat sich der Sommer in Bukarest gewaltig verändert. Das Bild, das die Stadt um diese Jahreszeit bot, läßt sich mit wenigen Worten wiedergeben. Verödete Straßen, geschlossene Häuser fast auf Schritt und Tritt, in der Sonnenglut welkende Gärten, die einen um so traurigern Anblick boten, als Bukarest eine richtige Gartenstadt im orientalischen Sinn ist. Fast jedes Haus ist von Grün, und mag es noch so wenig sein, umgeben; nur die wenigen Geschäftsviertel machen eine Ausnahme, die an die europäische Großstadt auch nur durch die hohen Häuser erinnern, denn der überwiegend größte Teil der mehr als 1200 Straßen zählenden Stadt macht den Eindruck eines Villenviertels in der Umgebung unserer Hauptstädte. Alles, was Namen, vor allem, was Geld hatte, und diese beiden Eigenschaften gehören hier mehr als anderswo zusammen, war mit dem Beginn des Sommers verschwunden, entweder an die See bei Constanza oder ins Gebirge, mehr noch aber ins Ausland, denn alle gesetzlichen Maßregeln konnten nicht verhindern, daß der vermögende Rumäne sein Geld lieber in französischen oder deutschen Bädern ausgab als im eigenen Lande. Den ersten Riß in diese Gewohnheit brachte der Feldzug des Jahres 1913 mit dem folgenden Bukarester Frieden. Damals, in der lichterloh brennenden Begeisterung für einen leichten Krieg mit noch leichtern Lorbeeren, blieb alles hier, und es herrschte das den Bukarestern bis dahin im großen Stil unbekannte Manövertreiben, gefolgt von einer Kongreßzeit im kleinen Stil mit orientalischem Anstrich. Aber auch damals kamen die Bukarester nicht ganz um ihren Sommer. In nicht ganz zwei Wochen war das schwierige Werk, „die Balkanfrage endgültig zu lösen", vollbracht. Wer den orientalischen Grundsatz kannte, daß alle Lösungen auf diesem Teil der Weltkarte niemals endgültig, sondern nur bis zum nächsten Male erfolgen, wußte schon damals, daß auch der Bukarester Friede keine Ausnahme machen werde. Die Boshaften meinten allerdings, daß er immerhin ein dauerhafteres Ergebnis gehabt hätte, wenn er nicht in der Zeit der Hundstage zustandegekommen wäre. Nun, Toten soll man nichts Schlechtes nachsagen, und so mag er denn in Frieden ruhen.

Seitdem der Weltkrieg mit immer verheerendern Schlägen an die Pforten Rumäniens klopft, ist es auch mit dem Sommerleben des Jahres 13 zu Ende. Die drei Sommer, die wir jetzt hinter uns haben, waren sich trotzdem nicht gleich. Im ersten Jahre hier erlebten, waren sich trotzdem nicht gleich. Im ersten fahren wir das Stichwort in die Heimat, und viele schöne Sommer kennen gelernt haben, im zweiten Jahre ihr Land im Rundfunknen mögen daraus zum ersten Male ihr Land in der Regel von Grund begeisterte Herrlichkeit, ins Ausland aber in der Regel von Grund begeisterte Herrlichkeit, ins Ausland zu gelangen, im dritten hat man sich abgefunden: Man bleibt hier und entdeckt, daß der Sibirand der Karpathen so viele schöne Fleckchen hat, daß man vermutlich von diesem Gesichtspunkt aus nicht nötig hätte, so sehnsüchtig nach der andern Seite zu schielen. Man findet, daß der Strand des Schwarzen Meeres zwar nicht die Bequemlichkeiten von Nordernay, Ostende und Trouville bietet, immerhin viele Bäder an hohen Ufern gewaltig übertrifft und somit die wichtigste Bedingung eines weltanderer, der vor nicht langer Zeit von seinem Vater ein ungeheures Vermögen geerbt hat, und nun 100 000 Lei wetten will, daß Rumänien in längstens einem Monat gegen die Mittelmächte losgehen werde. Gerade dieser schreckt aber niemand, denn man weiß, daß er von seinem Vater nichts als das Geld hat. Nur Fürst Hilipescu bleibt dem Streit fern. Er sucht an einem andern Hang der Karpathen seine Zerstreuung loszuwerden, die ihm das Leben vergällt, weil er sein gegebenes Wort — Krieg gegen die Mittelmächte — nicht einlösen kann. Ein reger Telephoner an dem Leben, das sich unter der Leitung des ruffischen Generals abspielt, war sein Gehilfe, der französische Geschäftsträger Blondel, der nun in nicht amtlicher Eigenschaft im gleichen Sinn fortwirken will, und man ist begierig, welche Methoden sein Nachfolger einschlagen wird, dem der Ruf vorausgeht, daß er die kleine katerlich schwefter im entschiedenern Sinn nach der Verordnung Zuckerbrot und Peitsche behandeln will. Herr von allen und unmöglich in seinem Aufenthalt bedrohen will. Herr von Mirlitzerpräsident Bratianu in seiner Sommerruhe, die zu oft gestört worden ist, als daß sie diesen Damen mit Recht verdrießen müßigen Frage, was er tun wird, obliegt, die mehr in das Gebiet der Madame Thebes, als in das eines praktischen Politikers Frage, ist ist man um so sicherer in der Beantwortung einer andern gehört, so ist man um so sicherer in der Beantwortung einer andern Frage, nämlich was er tun möchte: Daselbe, was er bisher seit dem Beginn des Krieges getan hat, es fragt sich nur, ob er die Kraft dazu hat. Darüber sind, wie leicht begreiflich, die Meinungen sehr verschieden, und diejenigen, welche die Vereinfachung der Problemen lieben, antworten mit der Gegenfrage: Was wird Hindenburg tun? Die Rumänen lieben es, ihren Mitmenschen prägnanten schmunzelnd mit der Sphinx zu vergleichen, die den europäischen Rätseln Rätsel aufgibt, die sie bisher nicht gelöst haben. Die Fortsetzung des Vergleichs ist ihnen hierbei nicht gegenwärtig: Diese Sphinx hat noch keinen verschlungen, der ihre Rätsel nicht lösen konnte, und wer weiß, vielleicht findet sich der Oedipus, der sie löst. Ob sie sich aber dann gemäß der Sage von ihrem Felsen herabstürzen wird, erscheint höchst ungewiß.

Kölnische Zeitung 10./VIII. 1916

Schwedens politische Lage.

r. **Stockholm**, 3. August.

In dem Buche „Neutrale Stimmen" (erschienen bei Hirzel in Leipzig), weist Professor Rudolf Eucken in seiner Vorrede mit Recht darauf hin, daß wir Deutsche zu Beginn des Krieges eine irrtümliche, allzu gefühlsmäßige Auffassung von der Haltung der neutralen Staaten hegten. Man kann sich darüber nicht wundern, wenn man bedenkt, wie durchaus jugendlich unpolitisch die große Mehrzahl bei uns dachte, wie groß der Glaube an Begriffe wie Stammesverwandtschaft und geistige Gemeinsamkeit war. Diese Gedanken hatten wir vom Frieden herübergenommen, und wir verstanden noch nicht, daß der Krieg mit andern, härtern Bedingungen rechnet. Aber er selbst hat es uns dann beigebracht und ein feiner (übrigens schwedischer) Beobachter hat kürzlich wohl mit Recht gesagt, es nehme ihn nicht wunder, wenn das deutsche Volk durch seine jetzigen Erlebnisse zu einer vollkommen klaren Nüchternheit erwacht sei. Diese Nüchternheit muß uns auch in unserm Urteil den Neutralen gegenüber bestimmen. Politik ist für den Handelnden nach Bismarcks Worten „die Kunst des Möglichen", für den Beurteiler aber die Naturgeschichte des Notwendigen. Erst wenn wir das erkannt haben, können wir von Grund aus begreifen und verstehen.

Wenn ich daher jetzt versuche, die Lage in Schweden zu schildern, so bemühe ich mich zunächst, mir über die notwendigen Grundbedingungen dieses Landes Klarheit zu verschaffen. Dann erst kann ich Schlüsse ziehen und Vermutungen aufstellen. Vor Forderungen und Wünschen werde ich mich hüten, denn erstens liegen sie nicht im Rahmen eines Berichts, und zweitens muß man den Schweden gegenüber damit besonders vorsichtig sein. Denn man kann hier leicht in den Verdacht geraten, als spreche man rein deutsche Hoffnungen aus, wie es erst kürzlich geschehen ist, als eine führende deutsche Zeitung die schwedischen Maßnahmen zur verstärkten Küstenbewachung als mutige Handlung gegen Rußland pries und ihr dann von Stockholmer Blättern geantwortet wurde, das sei eine falsche Auffassung der Neutralität, die Maßnahmen richteten sich gegen alle Kriegführenden in gleicher Weise. Auch hier wollen wir uns von der gleichen Nüchternheit leiten lassen und nur da Hoffnungen aussprechen, wo es sich für uns selbst um Notwendigkeiten handelt, was ja im Falle Schwedens — dies sei den betreffenden Stockholmer Blättern zur Antwort gesagt — nicht der Fall ist. Die Neutralen dürfen sich nicht täuschen: Deutschland löst seine Aufgabe allein, und wenn es einer ihrer Handlungen zustimmt, so geschieht das nicht aus Freude über einen eigenen, dieser Handlung entspringenden Vorteil, wie kürzlich Stockholms Dagblad meinte, sondern nur aus dem Gefühl der Genugtuung heraus, daß es noch Nationen gibt, die ihre Freiheit bewachen; und wenn wir diese Eigenschaft anerkennen, so können wohl auch die Neutralen mit den Ansichten über unsern „Vorteil" zufrieden sein.

Schwedens Stellung im Weltkrieg wird nicht zum geringsten Teil durch seine geographische Lage bestimmt. Diese geographische Lage nun ist leicht auf der Karte abzulesen: ein langes Land mit einer langen Küste, das auf der einen Seite an Norwegen, auf der andern, ganz im Norden, an Rußland angrenzt. Das würde an und für sich noch nicht so viel bedeuten, wenn man die Karte jetzt noch immer nach Ländern und nicht vielmehr nach Ländergruppen beurteilen müßte. Tut man nämlich das letztere, so erkennt man, daß der skandinavische Staat sich wie ein halber Keil zwischen die großen Verbündeten England und Rußland hineinschiebt. Die andere Hälfte dieses Keiles wäre Norwegen, aber sie ist aufgeweicht durch Nachgiebigkeit gegen die Verbandsmächte — aus welchen Gründen sich das so verhält, gehört nicht in den Rahmen dieser Untersuchung. Wir haben uns nur an die Tatsache zu halten, daß Schweden die beiden genannten kriegführenden Großmächte trennt. Handelspolitisch gesprochen ist es das Durchfuhrland oder die kürzeste Brücke, die beiden dazu dienen muß, sich gegenseitig mit Waren zu versehen. Denn der Weg über den nordrussischen Hafen Archangel ist einmal viel weiter und dann auch im Jahre neun Monate lang zugefroren. Dieser ganze Umstand ist ungeheuer wichtig. Er gibt auf der einen Seite Schweden eine wirkungsvolle Waffe in die Hand, um sich gegen Übergriffe zu verteidigen, auf der andern Seite macht er es für die Verbandsmächte besonders begehrenswert. Denn wenn diese Brücke in deren Gewalt kommt, ist der Ring um Deutschland im Norden geschlossen und zugleich der handelspolitische Eroberungszug Englands durch Skandinavien nach Rußland hinein durch nichts mehr gehemmt. Dazu aber kommt noch, daß an dieser Stelle die britischen Wünsche den russischen Bedürfnissen begegnen. Denn wo kann der Koloß des Zarenreiches leichter Zufuhr von außen bekommen, als gerade über Schweden, wo die „Beherrscherin der Weltmeere" ihm am nächsten liegt.

Hier hat man den Schlüssel zu den meisten Ereignissen der letzten Zeit. Das sind Gesichtspunkte, die sich natürlich im Krieg doppelt stark geltend machen, aber es wäre töricht, anzunehmen, daß sie mit dem Kriege in sich verfallen. Im Gegenteil, sie werden dauern, solange England und Rußland durch ihre gemeinsame Gegnerschaft gegen den Zentralblock aufeinander angewiesen sind.

Vossische Zeitung 11./VIII. 1916.

Junius.

Wer sich auf die Zensur verläßt, der ist verlassen. Insonderheit ein leitender Staatsmann. Denn ist die Zensur gleich von der besten Gesinnung, so ist sie, angenommen selbst allwissend, so ganz und gar nicht allmächtig. Sie kann nicht einmal die Verbreitung von Schriften hindern, über die der Reichskanzler öffentlich den Stab gebrochen hat. Was hat er nicht am 5. Juni über Junius Alter und dessen Anschuldigungen gesagt? Ein paar Wochen schien es, als hätten die rauhen Stürme nachgelassen. Aber es war trügerischer Schein. Seit etlichen Tagen fliegt wieder bald hier bald da ein geheimnisvolles Heft auf einen Schreibtisch, will sagen auf viele Schreibtische, sogar öffentlicher Büchereien und Lesehallen, und siehe da, es ist in neuem Gewand der alte Junius Alter, und manche anderen Klageschriften sind auch wieder da. Woher alles kommt, wer weiß es? Am Ende machen's die Heinzelmännchen, die sich darauf verstehen, der Zensur ein Schnippchen zu schlagen.

Wäre das Juniusbüchlein: „Das Deutsche Reich auf dem Wege zur geschichtlichen Episode" oder, wie es in der neuen Auflage heißt, „Deutsche Reichspolitik seit 14. Juli 1909" von jenem Geist beseelt und von jener Sprachgewalt wie die Juniusbriefe des achtzehnten Jahrhunderts, des Junius Alter angeblich „historisch gewordene" Streitschrift könnte — vielleicht — „historisch" werden. Wenn man näher zusieht, kann man freilich zweifeln, ob Junius Alter sein vermeintliches Vorbild sonderlich gekannt und seines Geistes einen Hauch verspürt hat.

Des alten Junius Briefe atmen durchweg Freiheitsliebe, geißeln jede Verkümmerung der Volksrechte, wollen den Einfluß der Wählerschaft auf das Parlament und die Regierung stärken, treten dem Mißbrauch der Macht durch die konservative Partei schroff entgegen — weshalb auch die Demokratie in aller Welt Junius als ihren Gesinnungsgenossen und Vorkämpfer beansprucht und seine Schrift in alle Kultursprachen übersetzt hat. In Deutschland erschien eine musterhafte Ausgabe von Arnold Ruge, der am 1. Juni 1847 in der Vorrede sagte: „Junius' Kämpfe für die englische Freiheit gegen die Jacobitische Absolutistenpartei, der Georg III. in die Hände gefallen war, enthalten den ganzen Grundriß politischer Logik, auf welchem die jetzige Staatsordnung, soweit sie dem menschlichen Geschlecht gelungen ist, beruht. Darum hab' ich den Engländer ins Deutsche übersetzt. Er ist einer der Unsrigen und verdient, daß er es ganz werde ... Das Volk von England regiert sich nach seinen von ihm selbst gegebenen Gesetzen, und wie es das Gesetz gibt, so verwaltet es auch das Recht — dies ist die Politik, die Junius gegen die Attentate der jacobitischen Doktrinärs verteidigt." Ist das die Gesinnung auch des Junius Alter und der „drei Deutschen", die seine Schrift verbreiten, und der Kreise, deren Geschäfte sie besorgen?

Im Gegenteil, die Angst vor einer freiheitlichen Gestaltung der inneren Politik schwitzt Junius Alter aus allen Poren. Er ist außer sich über das Wort von der „Neuorientierung" und die Möglichkeit seiner Erfüllung und fabelt von Verhandlungen, bei denen der Reichskanzler der Sozialdemokratie diese Neuorientierung in Aussicht stellte, sobald die Partei erklärte, daß mit inneren Unruhen keinesfalls zu rechnen, sie vielmehr sogar für die Kriegskredite zu stimmen bereit sei. Die Haltung der Sozialdemokratie am 4. August 1914 sei nur ein „taktisches Nützlichkeitsmanöver" gewesen, keiner Gegenleistung wert. Aber schon im Frieden sei die Regierung entschlossen gewesen, „sich nicht mehr auf jene Kreise zu stützen, die ihr auf Grund ihres staatserhaltenden Charakters besonders hätten nahestehen sollen", sondern ihre Stütze bei den Parteien zu suchen, „die ihre Aufgabe nicht in der natürlichen Weiterentwicklung des geschichtlich Gewordenen, sondern in der mehr oder minder gewaltsamen Einführung neuer Formen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens erblicken zu sollen glauben". Schon damals, im Frieden begegneten daher die Konservativen dem Kanzler „mit dem äußersten Mißtrauen wegen seiner blinden und schwächlichen Nachgiebigkeit demokratischen und ochlokratischen Wünschen gegenüber". Statt den schwarzblauen Block zu stärken, „legte er sich stark auf die linke Seite". „Der Zug nach links riß ihn hemmungslos fort — halb zog es ihn, halb sank er hin", bis zu Wahlrechtsfrage und Wehrbeitrag: „Nirgends auch nur die Spur eines Versuchs, dem Massenwillen entgegenzutreten".

So Junius Alter, von freiheitlicher und demokratischer Gesinnung so frei, wie der alte Junius von ihr erfüllt war. Er wegen der Zensur. Alle Maßregeln dagegen sind so eitel wie der Zaun, den ein Parkbesitzer errichten ließ, um die Krähen abzuhalten. Wer weiß, am Ende hat Junius, der Alte, in dem man Sir Philip Francis erkannt zu haben glaubt, nicht Junius Alter, den kennen zu lernen nicht der Mühe verlohnt, recht, wenn er die Preßfreiheit das Palladium des Staats und des Bürgers nannte.

Die Preßfreiheit ist der sicherste Schutz auch für jeden Staatsmann. Je freier aber die Presse ist, um so eher wird sie sich den ehernen Notwendigkeiten fügen, die ihr die Rücksichten auf die vaterländische Kriegführung auferlegen.

J. L.

tung

terreich.

hr nachmittags.

Abonnementsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus: Wöchentlich 60 h, monatl. K 2.60, vierteljähr. K 7.80
Zum Abholen in den Filialen, in allen Tabak-Trafiken und Verschleißstellen: Monatlich K 2.60.
Provinz und Ungarn: Monatl. K 3.—, vierteljähr. K 9.— bei freier Zustellung durch die Post.
Deutschland: Vierteljähr. K 12.—. Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Viertelj. K 15.—.
Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen:
I. Schulerstraße 13, Telephon 9194
II. Taxmanitengasse 20, Tel. 40228
X. Wielandplatz 5, Telephon 58244
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 33126
XVI. Klausgasse 24, Telephon 34146
XVII. Backnergasse 23, Telephon 17175
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind portofrei.

XXVIII. Jahrgang.

Arbeiterzei

Der Rat der Neutralen.

Die Haager Konferenz, die vom 31. Juli bis 2. August tagte und die Vertreter unserer Bruderparteien in den neutralen Ländern zur Beratung über Krieg und Frieden vereinigte, hat ihre bedeutsamen und denkwürdigen Verhandlungen geschlossen. Mit lebhaftem Interesse haben die Sozialisten der Länder, die in Drang und Not des Krieges auf sich selbst gestellt sind und den furchtbaren Seelenkampf zwischen der Selbstbehauptung ihrer Völker und der völkerverbrüdernden Idee des Sozialismus durchzuringen haben, den Verlauf dieser Tagung verfolgt und ihre Ergebnisse erwartet. Ein beneidenswertes Los, frei von der unmittelbaren Bedrängnis der Waffen, frei von der quälenden Sorge und furchtbaren Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft des eigenen Proletariats und frei von Leidenschaft, von Furcht und Hoffnung und unbeirrt von den ringsum brandenden Kriegsstimmungen ein objektives Urteil über das furchtbarste Weltgeschehen und einen mittelbaren Ausweg für die kämpfenden Staaten und Völker suchen zu können — ein beneidenswertes Los und ein hohes Amt zugleich. Man muß dem Kongreß zubilligen, daß er sich um die redliche Erfüllung dieses Amtes gewissenhaft bemüht hat. Zu schwierig allerdings war die Aufgabe für die Vertreter kleinerer Staaten, über die politischen und wirtschaftlichen Triebkräfte, über die verwickelten staatlichen und nationalen Verhältnisse aller Großstaaten Europas einen vollen Ueberblick zu gewinnen, und mancher heilsame Ansatz, den das Manifest des Baseler Friedenskongresses vor dem Kriege genommen hat, erscheint nicht fortgeführt. Hervorgehoben zu werden verdient die völlige Unbefangenheit und weise Zurückhaltung des Referenten Troelstra, der die Konferenz mit einer in jedem Sinne glücklich gefaßten Ansprache eröffnete. Der taktische Gedanke, in den seine Rede ausklingt, trifft sicher den nächsten möglichen Schritt, nämlich „daß die sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder ihre Freiheit gegenüber den eigenen Regierungen und bürgerlichen Parteien zurücknehmen und sich miteinander über die Herbeiführung eines dauernden, das heißt auf den Hauptforderungen des internationalen sozialistischen Friedensprogramms aufgebauten Friedens verständigen". Selbstverständlich kann ein solcher Schritt nur einvernehmlich, nur international vollzogen werden, wenn er wirksam sein soll. Dieser Appell richtet sich wohl in erster Linie an die französische Sektion, deren Mehrheit erst jüngst wieder unmögliche, kaum ernst gemeinte Voraussetzungen für ein Eintreten in die Verhandlungen gestellt hat. In keinem Augenblick des nun zweijährigen Krieges hat sich die deutsche Sozialdemokratie gegen ein Zusammentreten des Büros geweigert, sie hat es vielmehr immer mit Eifer angestrebt.

Die wirtschaftliche Entschließung, die von dem Holländer Wibaut begründet wurde, wendet sich mit dankenswerter Entschiedenheit gegen den von imperialistischer Seite geforderten Wirtschaftskrieg nach dem Kriege. Für diese Bestrebungen liegen zwei sehr auffällige Kundgebungen vor: die private und privat gebliebene Tagung der mitteleuropäischen Vereinigungen zu Dresden und München, die halb private und später von den Regierungen der Ententeländer anerkannte Pariser Konferenz. Wibaut übersieht den gewaltigen Unterschied zwischen diesen beiden Kundgebungen, von denen die zu München ein freies Bündnis zwischen Nachbarn ohne Feindseligkeit gegen Dritte fordert, während jene von Paris den Geist der Feindseligkeit atmet und nicht mehr und nicht weniger beabsichtigt als die wirtschaftliche Erdrückung der Mittelmächte durch eine überwältigende ökonomische Uebermacht, eine Haltung, die das Proletariat dieser Länder im höchsten Grade beunruhigen muß. Wahr ist allerdings, daß die parlamentarische Gruppe der Partei diese Absichten klipp und klar zurückgewiesen hat. („Wir lehnen es ab, das Unheil des europäischen Krieges in einem Wirtschaftskrieg zu verlängern." „Humanité" vom 25. Juni 1916.) Aber gegen diese Erklärung steht die Teilnahme an einer Regierung, von der man sagt, daß sie die Seele der Pariser Konferenz gewesen ist.

Genosse Wibaut setzt sich mit der Zusammenkunft deutscher und österreichischer Sozialdemokraten am 9. Jänner 1916 zu Berlin auseinander, wo die Erörterungen über die mitteleuropäische Frage eröffnet, im übrigen jedoch Beschlüsse nicht gefaßt worden sind. Seine scharfsinnige Darstellung scheint uns ein Mißverständnis zu verraten: weder die deutsche noch ein Zweig der österreichischen Sozialdemokratie fordert ein schutzzöllnerisches oder nach außen feindseliges Wirtschaftsbündnis der Zentralmächte, beide sehen in ihm vielmehr einen gangbaren Weg zur Verkehrsfreiheit im Innern und nach außen, einen geschichtlich und geographisch gegebenen Ausweg aus der schutzzöllnerischen Verranntheit ihrer herrschenden bourgeoisen und agrarischen Klassen. Und voll berechtigt ist die Annahme Troelstras: „Von den Verhandlungen der Vertreter der österreichischen und deutschen Sozialdemokraten habe ich den Eindruck empfangen, daß sie ein Bündnis nicht zur wirtschaftlichen Bekämpfung der Ententeländer, sondern zur Erleichterung des Verkehrs zwischen beiden Staaten anstreben." Auf Seite der Zentralmächte liegt weder ein Beschluß der sozialdemokratischen Parteien noch eine Regierungserklärung vor, die eine andere Deutung zuließe.

Die Entschließung der Konferenz kommt zu dem Ergebnis, die einzige Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse sei der Freihandel. Vorbehaltlos unterschreibt diesen Satz jeder Arbeiter Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, der zwei Länder, deren Proletariat — mit alleiniger Ausnahme des englischen — seit Jahren einen unermüdlicheren und opfervolleren Kampf gegen das Schutzsystem geführt hat als jedes andere Proletariat. Die Resolution fordert eine internationale Handelspolitik des ungehinderten Warenaustausches zwischen den Nationen nebst ihren Kolonien und Protektoraten und für die Freiheit der See, diese Politik des vollen Freihandels bahne den Weg zur Weltproduktion auf sozialistischer Grundlage — Forderungen und Auffassungen, die die deutsche Sozialdemokratie in beiden Staaten zu vertreten niemals müde werden wird. Sie hätte indessen mit Fug erwarten dürfen, daß sich die neutralen Genossen über die Mittel und Wege näher aussprechen, wie zur Freiheit der

Die Kämpfe in Wolhynien.

Von unserm zum Ostheer entsandten Kriegsberichterstatter Rolf Brandt.

6) Zwischen Witoniez und Zaturcy.

Bei Kieselin, den 6. August.

Seit dem 3. Juli war auch auf der Front südlich der Eisenbahn Kowel—Rowno die Bewegung dem Stellungskrieg gewichen; die letzten deutschen Unternehmungen hatten der Nase von Kijaz nordöstlich Trysten und der Brücke von Zabora gegolten, dann begann man sich einzugraben, und auch die Russen spitzten Pfähle und bauten Hindernisse.

Daß sich die Russen mit dem bisherigen Erfolg ihres „Vormarsches auf Kowel" nicht zufrieden geben würden, daß es noch zu heftigen Kämpfen in Wolhynien kommen würde, war zu erwarten.

Am 10. und 11. Juli setzten dann auch die heftigen Angriffe längs der Bahn Kowel—Rowno gegen Swidniki ein. Sie brachen zusammen; aber gleichzeitig wurden vom 11. an stärkere Truppenansammlungen gegenüber der Front, südlich der Bahn bei Tichotyn, Dorosin und Jozefin festgestellt. Alle drei Orte liegen ungefähr östlich Trysten, das ja dann auch, als die Angriffe begannen, besonders schwere Stürme auszuhalten hatte.

Die kleinen Anzeichen für russische Truppenverschiebungen und Angriffsabsichten vermehren sich nun täglich; dabei kommt den Russen zustatten, daß vom 17. an bis zum 20. Juli eine Regenperiode von außerordentlicher Heftigkeit einsetzt, die Fliegeraufklärung kann nicht arbeiten, alle Truppenansammlungen können unbeobachtet und ungestört durchgeführt werden. Vom 20. ab, bei aufklärendem Wetter, sehen unsere Beobachter aus den Schützengräben bald hier, bald dort feindliche Marschkolonnen in der Ferne über Höhen ziehen. Unsere Artillerie feuert, und man kann etwa beobachten, wie die ziehende feindliche Artillerie antrabt und die Bataillonskolonnen Schutz in Mulden suchen. Am 23. Juli wird bei einer Patrouille endlich ein Gardist der 3. russischen Garde-Division gefangengenommen. Die russische Garde hat sich bei Dorosino bis zur Bahn in die Front eingeschoben. Langsam schießt sich neue schwere Artillerie des Feindes ein, die Fliegertätigkeit wird sehr rege, russische Fesselballons gehen überall hoch. Unsere Flieger sehen am Abend weitgedehnte Biwakfeuer hinter der feindlichen Front. Am 27. Juli macht sich das Abtasten und Einschießen der feindlichen Artillerie immer stärker fühlbar. Besonders gegen die Höhen bei Twerdyn, nordöstlich Kieselin, bei Zabora und Studynie werden Wabengräben für die Sturmtruppen beobachtet. Der Angriff muß unmittelbar bevorstehen.

In der Nacht vom 27. zum 28. beginnt dann die russische Artillerie auf der ganzen Linie in Wolhynien mit Wirkungsschießen. In dem Frontteil zwischen Witoniez und Zaturcy, der die stärksten Angriffe auszuhalten hat, sind bei Zubilno, bei Trysten, bei Sczczuryn die Hammerpunkte zu erkennen. Am Morgen setzt der russische Angriff ein. Südlich Zaturcy biegen österreichisch-ungarische Truppen dem russischen Drucke aus, gegen 2 Uhr mittags aber gelangt dort der Gegenangriff gut vorwärts, und die drohende Gefahr einer Flankierung Zaturcys ist von 2 Uhr ab nicht mehr vorhanden. Die ganze Linie steht unter heftigstem Artilleriefeuer, das teilweise die Gräben einebnet. Die Angriffe der Infanterie setzen überall fast den ganzen Tag über nur so lange aus, bis die Russen nach einem Angriffe die Sturmtruppen neu geordnet haben. Alle Angriffe gegen Zaturcy bis Trysten werden abgeschlagen. Die Truppen feuern wieder oft, auf den Brustwehren stehend, in die russischen Linien. Um 2 Uhr mittags kann man feststellen, daß bis auf die Sumpfinsel Perechody, die vor der Stellung lag und um 1 Uhr mittags geräumt wurde, die russischen sehr starken Angriffe alle vergeblich waren.

Nach 2 Uhr gelingt es den aufs neue anrennenden Sturmkolonnen, die Stelle zwischen Kolonie Kurhan und Trysten zu durchbrechen. Sie stoßen bis Apolonia vor. Im Verein mit den eingeschobenen österreichisch-ungarischen Truppen gilt es nun für die deutschen Nachbarregimenter, Riegelstellungen zu schaffen, denn die Russen versuchen nach Norden und Süden aufzurollen. Die Kräfte der Regimenter scheinen sich zu verzehnfachen. Es gelingt nördlich in der Linie Wladimirowka, Apolonia, Babie den Riegel aus Tapferkeit und Heldenmut vorzuschieben.

Das südlich Kurhan fechtende Regiment hatte von 1 Uhr an unter russischem Trommelfeuer gelegen, auf Zugbreiten wurde der Graben eingeebnet, Minenwerfer wurden verschüttet. Gegen 2 Uhr begannen dann in zahlreichen Wellen hintereinander die russischen Infanteriestürme, sie brachen unter den schwersten Verlusten zusammen. Auch die jungen Mannschaften bewehrten sich glänzend in der Feuertaufe, auch sie sprangen in der Aufregung des Kampfes auf die Brustwehr und verfeuerten stehend Magazin auf Magazin in die dichten Kolonnen. Man brauchte kaum zu zielen, jeder Schuß riß Lücken in die grau-braune Welle, die sich aus dem hellen Grün emporhob. Die Stimmung war glänzend. Da gegen 4 Uhr waren die Russen im Rücken des Regiments, bald in dichten Massen. Schritt für Schritt hauend, ingrimmig die Zähne zusammenbeißend, gingen die Bataillone zurück gegen die Mühle von Woroncyn. Sumpfgelände ist zu durchwaten, sieben Brücken überschreiten die Truppen, bis sie die geplante Aufnahmelinie östlich des Stochod erreichen. Zäh hält inzwischen eine Abteilung östlich der Stochod-Brücke jedem Ansturm stand, so daß auch die Fahrzeuge auf dem Wege Julyanowka-Woroncyn zurückgebracht werden können.

Am Abend wird, trotzdem der Riegel hält, beschlossen, alle Truppen östlich des Stochod in die allgemeine Stochod-Linie einzuschwenken. Der Befehl wird bei beginnender Dunkelheit in aller Ordnung durchgeführt. Die Russen zeigen auch keine Lust, durch den Wola-Wald westlich Trysten nachzudringen. Die Haselnußstauden bilden auf dem feuchten Grund ein dichtes Gewirr, man kann auf keine fünf Schritt in der unbändigen Wildnis des Wola-Waldes den Gegner erkennen, und mit deutschen Nachhuten wäre in dieser Nacht ein noch schlechteres Zusammentreffen gewesen als sonst. Von der Schwierigkeit des Vordringens durch dies Urwaldgebiet, das auch westlich des Stochod noch hinübergreift, haben dann die Russen in den nächsten Tagen, als sie die neuen Stochod-Stellungen angriffen, genug kennen gelernt. Der Waldgrund dort, auf dem keine Blumen wachsen, wurde besät mit russischen Toten.

Am Vormittag des 29. Juli herrschte aber hier und auf der Linie südlich Kieselin Ruhe.

Gegen Kieselin selbst wächst an diesem Tage der Angriff südlich der Straße Zabora—Kieselin zu seinen stärksten Ausmaßen an. Der Zielpunkt des russischen Ansturms ist das Vorwerk Leonowka, dessen ausgebrannte Wände von den Granaten, die die Höhe 229 und die Anmarschwege absuchen, zerschlagen und durchsiebt werden. Nach drei dünnern Wellen der vorspringenden Stürmer, die den Sumpf nicht scheuen, kommen Gruppenkolonnen, dann 20 Reihen, die den Durchbruch erzwingen sollen. „70 v. H. Verluste wären beim Sturm anzunehmen", sprach ja einmal ein russischer Armeebefehl aus — wie uns Gefangene erzählten. Drei Kavallerie-Divisionen sind bereitgestellt. Das Zusammenarbeiten unserer Artillerie und Infanterie ist großartig. Die Batterien feuern Tod, die Maschinengewehre sicheln, die Infanterie ist ruhig, ruhig, bis das Visier sein Recht hat, und im Sumpfland sinken die Massen.

Gleichzeitig ist am Nachmittag auf der ganzen Linie in immer wiederholten Wellen der Angriff vorgetragen worden. Er fand nirgends Türen in der Mauer. Es geht nun Artilleriespiel, Angriff, Artilleriespiel, Umgruppierung, Angriff Tag und Nacht. Die neue Front am Stochod wird am Abend des 29. zum erstenmal bei Ostrow und Witoniez angegriffen, so vergeblich wie alle anderen Stellen der Front.

Durch den Wola-Wald, westlich Trysten, greift die russische 2. Garde-Division an; immer wieder stößt sie durch Lichtungen vor; immer wieder werden die Stürmer, oft im Wetteifer der Maschinengewehrschützen, abgeschossen.

Am Vormittag des 30. Juli tritt die erste Atempause ein. Die Russen sind nicht mehr in der Lage, anzugreifen; sie ziehen Reserven heran; am Abend beginnen die Stürme aufs neue. Sie führen bei Witoniez zu Nahkämpfen. Das Gut Witoniez, zwischen zwei Stochodarmen, wird geräumt, und es gelingt den Russen, sich von dort hinaufschiebend, auf der Höhe 192 Fuß zu fassen. Gegenstöße führen zu erbitterten Nahkämpfen. Ein glänzender Angriff kommt vor, muß vor neuen russischen Verstärkungen zurück; schließlich halten wir den Südhang des langgesenkten Hügels, während die Russen am Nordhang sitzen. Dazwischen liegt eine Mulde. Wer den Kamm überschreitet, ist gutes Ziel. Der tapfere Angriff in der schweren Nacht hat auch hier die gut haltbare Stellung erzwungen. Der Hügelhang bei Witoniez war der letzte, kaum greifbare Erfolg der Russen; das Dorf selbst blieb ihnen unerreichbar.

Wohl setzen die Angriffe auch am 31. nachts und am 1. August nicht aus, wohl kann man ein Dutzend Angriffe und Angriffsversuche an einem Tage an der ganzen Linie noch zählen, wohl haben die Truppen, die nun seit dem 27. im Feuer stehen, noch harte Stunden, der Eindruck wird aber bestimmter, daß die Höhe der russischen Kraftentfaltung überschritten ist.

Am 2. morgens melden alle Truppenteile schwere Verluste der Russen, die russische Infanterietätigkeit setzt aus. Noch wogt der Artillerielärm, wie Meeresbrausen nach Sturmtagen, aber am Nachmittag wird auch die Artillerie stiller. Die Nacht zum 3. August bleibt ruhig.

Die Russen beginnen wieder Hindernisse auszubauen. Die Sanitätsmannschaften arbeiten; die Toten werden begraben.

Deutsche Patrouillen klären das Vorgelände.

Tägliche Rundschau
12. Aug. 1916

Frankfurter Zeitung 12/VIII. 1916.

Unser Bündnis mit Bulgarien.

...elsblatt.
...old Sonnemann.

...er Zeitung

(Neue Frankfurter Zeitung.)

Für Auswärts: Amt Fernzimmer 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:
Kolonelzeile 60 ₰, Abendbl. 75 ₰, Reklamen ℳ 2.–, Abendbl. ℳ 2.50, Familienanzeigen ℳ 1.–, Platz- u. Daten-Vorschriften ohne Verbindlichkeit. – Anzeigen nehmen an: Unsere Expeditionen in Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Schillerstr. 20, Mainz: Schillerpl. 3, Berlin: Mauerstraße 16/18, Dresden-A: Waisenhausstr. 25, München: Perusastr. 5, Offenbach: Biebererstr. 34, Stuttgart: Poststr. 7, Zürich: Nordstraße 62. Uns. übrig. Agentur. u. d. Annonc.-Exped. Ferner in New York: 20 Broad Street.
Verlag u. Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.
Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

Unser Bündnis mit Bulgarien.

III.*)

O. M. Sofia, Ende Juli.

Aus dem Rückblick auf die politische Entwicklung Bulgariens seit der Befreiung, den ich im vorausgegangenen Aufsatz gegeben habe, geht deutlich hervor, daß die Parteikämpfe und damit die Bildung der Ministerien fast nie von innerpolitischen Fragen bestimmt wurden; die auswärtige Politik oder, konkret ausgedrückt, die Alternative Oesterreich-Deutschland oder Rußland war es, welche das politische Leben Bulgariens leidenschaftlich gestaltete, ihm seine Probleme gab und den handelnden Personen die Gesetze des Kampfes vorschrieb. Der Entwicklungszustand des jungen Staates spiegelt sich in dieser Besonderheit seines politischen Lebens wieder: Bulgarien war von Rußland aus der türkischen Knechtschaft befreit worden; dieser geschichtlichen Tat des slawischen Großstaats lagen ideale und machtpolitische Motive zu Grunde, die ersteren durch das Wort von den „slawischen Brüdern" populärisiert, die letzteren, das Streben nach Byzanz, als Ziel der imperialistischen Politik Rußlands bald verheimlicht, bald offen zugestanden. Dankbarkeit konnte Bulgarien nur gegen jenen idealistischen Zug der russischen Politik empfinden, während ihm der Machthunger des großen Wohltäters die stärksten Bedenken für die Zukunft seiner Freiheit einflößen mußte. So machte die bulgarische Politik alle Schwankungen und Unsicherheiten mit, denen Europa seit dem Berliner Kongreß ausgesetzt war, und die Lockspeise, die Rußland je nach Bedarf der bulgarischen Liebe aussetzte, war die mazedonische Frage, der noch ungelöste Rest der nationalen Befreiung. So stark war auch in dem nüchternen Staat der Bulgaren diese nationalistische Idee, daß die realpolitische Vorsicht gegen Rußland schwieg, als unter dessen Führung der Balkanbund gegen die Türkei gegründet wurde, obwohl es schon damals offensichtlich war, daß Rußland weniger das Ziel der Befreiung Mazedoniens verfolgte, als den Wunsch hatte, den Zentralmächten den Weg nach Konstantinopel als dem Sitze eines kräftigen und lebendigen türkischen Staatswesens zu verlegen. Aber die Zweideutigkeit der russischen Balkanpolitik rächte sich: da sie der Versuchung nicht widerstehen konnte, Mazedonien an Serbien auszuliefern, das nicht nur aus idealen, sondern auch aus machtpolitischen Interessen mit Rußland verbunden war, zwang es Bulgarien, wie ein enttäuschter Träumer sich den Tatsachen des Lebens zuzuwenden: so kam nach einer langen Periode russisch gerichteter bulgarischer Politik das Kabinett Radoslawow zur Regierung, das den Uebergang zu den Zentralmächten vollzog.

Ist dieser Uebergang dauernd, soweit man in der Politik von dauernden Erscheinungen sprechen darf, oder haben wir darin eine der Nuancen der bulgarischen Politik zu erblicken, wie sie eben für dieses Land bezeichnend waren, das mit seinen Sonderinteressen in die großen Streitfragen Europas eingeklemmt saß und von diesem hin- und herbewegt wurde? Dies ist das Grundproblem bulgarischer Politik und zugleich die Hauptfrage, die Deutschland heute und morgen an den kriegsverbündeten Staat zu richten hat. Es ist selbstverständlich, daß eine Antwort nur unter der Voraussetzung zu geben versucht wird, daß die Kriegslage im wesentlichen so günstig bleibt, wie sie heute ist, und daß ihr entsprechend die politische Neueinrichtung Europas und besonders des Balkans die Wünsche und die Verdienste Bulgariens um die gemeinschaftliche Sache befriedigt. Aber auch dann wäre es denkbar, daß das geschlagene und zu einem nachgiebigen Frieden genötigte Rußland seine Balkanpolitik wieder aufnähme und hierzu die Brücke zu Bulgarien wieder herzustellen suchte. Theoretisch könnte daraus für Bulgarien die Versuchung abgeleitet werden, aufs neue zwischen den großen in Europa herrschenden Tendenzen zu spielen und aus einer solchen Politik die bulgarischen Interessen zu befriedigen. Es liegt nahe, solche Gedankengänge bei den Politikern zu vermuten, die den heutigen Kurs der bulgarischen Politik nur ungern gesehen haben und deren Vergangenheit durch den Umschwung der Dinge ausgelöscht wurde. Ausgesprochen wurden solche Meinungen jedenfalls öffentlich nicht; im Gegenteil haben Führer der Opposition im Parlament erklärt, daß sie die auswärtige Politik des Kabinetts in allen ihren Folgerungen unterstützten. Inwieweit aber in einem Teil der Opposition der Hintergedanke lebt, daß Bulgarien sich den Weg nach Petersburg offen halten müsse, ist natürlich schwer festzustellen, umsomehr als Malinow, der als natürliches Haupt einer solchen Richtung gelten müßte, klug genug ist, zu schweigen. Unstreitig aber bestimmt der Verdacht, daß ein Teil der Opposition in der auswärtigen Politik noch nicht als sattelfest angesehen werden kann. — ob mit Recht oder mit Unrecht, lassen wir einstweilen dahingestellt sein — das Verhältnis der Regierung und vor allem ihres Chefs Radoslawow zu den Parteien der Kammer, die der Mehrheit nicht angehören. Dies war der eigentliche Inhalt der leichten Regierungskrise während der kurzen Sommertagung der Sobranje. Aeußerlich drehte sich der Konflikt um Fragen der inneren Politik, wie Budget, Lebensmittelversorgung, Teuerung u. a. m. Innerlich aber stand der Anspruch der Opposition, zur Teilnahme an den Regierungsgeschäften zugelassen zu werden, zur Entscheidung. Die Ansprüche der Minderheit gründen sich in der Agitation auf die Lage des Staates, die alle Parteien zur Mitarbeit an den nationalen Aufgaben rufe. Diese Begründung hätte, wenn sie ohne Parteiegoismus erhoben würde und wenn nicht gar versteckte Gegnerschaft gegen die neuen Lebensziele Bulgariens dahinter stehen, wohl vieles für sich; denn was kann einem Staat nützlicher sein, als wenn im Kriege und in Zeiten, in denen alle Kräfte zum Sieg angespannt werden sollten, die ganze Nation einmütig und arbeitsam hinter den Regierenden und den draußen Kämpfenden steht? Aber es scheint, daß Radoslawow, der in einem langen politischen Leben ein nüchterner Betrachter der politischen Verhältnisse seines Vaterlandes geworden ist, der Meinung ist, daß man solchen rein idealen Begründungen gegnerischer Ansprüche nicht unbedingt vertrauen dürfe. Die Pflicht, sein Werk zu Ende zu führen, die Verantwortung die er durch die Teilnahme am Krieg übernommen hat, und daneben wohl auch das Bestreben, sich und seiner Partei die Erfolge des mutigen Handelns zu sichern, haben ihn bisher dazu bestimmt, die formelle Teilnahme der Opposition an der Regierung abzulehnen. Die Partei- und Mehrheitsverhältnisse, die ich im letzten Artikel darlegte, machen dies Beharren nicht ganz leicht; aber es ist Radoslawow, wie man gesehen hat, inzwischen gelungen, durch ein Entgegenkommen in der Budgetfrage seine Mehrheit nicht nur zu halten, sondern sogar durch Zuzug von zehn gegnerischen Abgeordneten zu verstärken. So ist bis auf weiteres die Regierung, die den Bund Bulgariens mit uns vertritt, gesichert und auch der flüchtigsten Hoffnung unserer Gegner, in Bulgarien Kriegsmüdigkeit oder gar Widerstand gegen die Fortführung der Politik an der Seite der Mittelmächte feststellen zu können, jeder Boden entzogen. Jedenfalls ist während des Krieges eine Neubildung der bulgarischen Regierung so gut wie unmöglich, bei der nicht Radoslawow und sein Anhang den bestimmenden Einfluß haben.

Aus dieser Sachlage nun den Schluß zu ziehen, daß unser Verhältnis zu Bulgarien, um es scharf auszudrücken, mit der Person Radoslawows stehe oder falle, hieße das Wesen und die Bedeutung von Persönlichkeiten in der Politik überschätzen und das Gewicht der Tatsachen, Interessen und grundlegender Veränderungen der europäischen Lage verkennen; abgesehen davon, daß auch in einem demokratisch regierten Land wie Bulgarien wichtige Staatsfragen nicht ohne einen so ausgeprägten und bedeutenden politischen Faktor gelöst werden können, wie ihn König Ferdinand darstellt. Es ist, wie ich schon bei der Kennzeichnung der Parteien bemerkt habe, wenig wahrscheinlich, daß die demokratische Partei mit ihrem starken Gehalt an politischer Energie und Intelligenz lange oder dauernd von der Regierung ausgeschlossen werden kann. Aber jede neue Regierung fände schon heute so sehr veränderte Grundlagen der auswärtigen Politik und auch der inneren Stimmung vor, daß sie gar nicht in der Lage wäre, die Politik des heutigen Kabinetts in der Richtungslinie zu ändern. Die Kriegsziele Rußlands und der Entente vertragen sich nun einmal nicht mehr mit den Interessen Bulgariens, das nur durch Vernichtung Serbiens oder durch dessen Herabminderung bis zur Unschädlichkeit seine heutige Stellung als zentrale Vormacht auf dem Balkan aufrechterhalten kann. Mit der Einverleibung Mazedoniens, die Bulgarien seinen eigenen Waffen und der Hilfe der heutigen Verbündeten verdankt, hat das russische Balkanprogramm jede idealistische Werbekraft für Bulgarien verloren; es enthält nur noch das realpolitische Element, den Drang nach Konstantinopel, der den bulgarischen Interessen zuwiderläuft Daß Rußland versuchen wird, in Bulgarien einen Bundesgenossen gegen die Türkei zu finden, ist zwar möglich, ja wahrscheinlich, aber es ist kaum zu befürchten, daß sich ein bulgarischer Politiker zu einer Aufgabe mißbrauchen läßt, in der für Bulgarien kein Gewinn zu holen ist, da es in byzantinischen Träumereien mit Rußland nicht wetteifern will und kann, da es seine Grenzansprüche gegen die Türkei durch den allerdings nicht unbelasteten Abtretungsvertrag vom Sommer letzten Jahres beglichen hat

*) Siehe Erstes Morgenblatt vom 18. Juli und Zweites Morgenblatt vom 30. Juli.

Neue Freie Presse 13./VIII. 1916

Paul Miljukow über die Politik Sasonows.

Von Dr. Hans Uebersberger.
Professor für Geschichte Osteuropas an der Wiener Universität.

Wien, 12. August.

Die Aufregung über den Rücktritt Sasonows will im Blätterwalde des russischen liberalen Lagers nicht zur Ruhe kommen. Die dem sozialdemokratischen Lager nahestehende Kiewer Zeitung „Kiewskaja Mysl" trifft, wie mir scheint, den Nagel auf den Kopf, wenn sie über diesen Preßlärm folgendes schreibt: „Die Versuchung einer direkten Ueberschätzung der Tätigkeit des zurücktretenden Ministers wird für viele, und darunter vor allem für unsere liberalen Kreise noch dadurch erhöht, daß sie geneigt sind, in dem erfolgten Personenwechsel die Möglichkeit eines Abweichens der augenblicklichen Politik von jenen Losungen und jenen Programmen zu sehen, mit denen sie durch Herrn Sasonow gefüttert wurden und die von ihrem und dazu sehr schwankenden Standpunkt als dem „Nationalinteresse" am meisten entsprechend angesehen werden." Wie ich mir schon einmal in diesen Spalten auszuführen erlaubt habe, ist Sasonow vollständig dem Beispiele seines unmittelbaren Vorgängers Iswolsky auch darin gefolgt, sich auf die liberalen Parteien zu stützen, die sich von dem zunehmenden Einflusse Englands einen Systemwechsel in der inneren Politik Rußlands versprachen. Durch diese Hoffnung verlockt, wurden, wie das Kiewer Blatt mit Recht feststellt, die liberalen Politiker bewußt und unbewußt aber dazu verleitet, eine aggressive Außenpolitik zu unterstützen, deren Zweck für Iswolsky, Sasonow und ihre Hintermänner eigentlich nur darin lag, aus der „chronischen inneren Krise" eben auf diese Weise herauszukommen. Schärfer ausgedrückt könnte man sagen, sie wurden zu „betrogenen Betrügern". Sie fühlen daher jetzt den Boden unter ihnen wanken, und es ist außerordentlich bezeichnend, daß gerade das Hauptorgan der Kadetten es war, das am 28. Juli es für notwendig fand, zu erklären, „daß entgegen den Nachrichten in den Zeitungen Stürmer und die Botschafter der verbündeten Staaten (lies: der englische Botschafter Buchanan) anläßlich jener Ernennung zum Minister des Aeußern noch keine Besuche gegenseitig ausgetauscht haben".

Bei dieser Sachlage ist es begreiflich, wenn die Würdigung Sasonows durch Paul Miljukow in der „Rjetsch" vom 25. Juli unser besonderes Interesse erwecken muß, ganz abgesehen von der Persönlichkeit des Kadettenführers, der ja unbestritten die erste Autorität für die auswärtige Politik in der Reichsduma ist und im Stillen wohl auch die Hoffnung gehegt haben mag, bei der erwarteten Wendung in der inneren Politik durch englischen Einfluß Sasonows Nachfolger zu werden. Da die „Nowoje Wremja" — über die moralischen Qualitäten ihres Begründers und seiner Söhne wäre jedes Wort zu viel — getreu ihrer Tradition, um, durch eine geschickte Wendung den Anschluß an den neuen Kurs und Mann zu gewinnen, Sasonow heftige Tadelsworte wegen seiner zu wenig (!) panslawistischen Politik nachschleuderte, findet es Miljukow für notwendig, Sasonow zu verteidigen. Dabei erhebt er aber seine Einwendungen gegen Sasonows Politik und macht dabei Mitteilungen, die für die Vorgeschichte des Weltkrieges heute schon festgenagelt zu werden verdienen.

Miljukow tadelt Sasonow, daß er dem Weltkrieg den „slawischen Vorwand" — gemeint ist das Auftreten Serbiens und das Eintreten Rußlands für Serbien — gegeben habe. Das sei deshalb geschehen, weil die russische Diplomatie mit dem Instrument des Balkanbundes nicht umzugehen verstanden und durch den Bukarester Vertrag selbst das Brennmaterial herbeigetragen habe, das den Anlaß zum Kriege und in diesem zur Stellungnahme Bulgariens gegeben habe. Doch müsse immerhin Sasonow als mildernd zuerkannt werden, daß die gesamte russische Politik in Serbien seit der Rückkehr der Dynastie der Karageorgievic, eine, wie sie Miljukow nennt, „wirklich slawische" Politik, Oesterreich-Ungarn in den Krieg getrieben habe. Diese Feststellung von gegnerischer Seite ist außerordentlich wichtig, weil sie die Politik unseres Ministeriums des Aeußern vollkommen rechtfertigt. Allen Wechselfällen des ungeheuren und so opfervollen Kampfes gegenüber haben die beiden Zentralmächte eine mächtige moralische Stütze in dem Bewußtsein, den Krieg nicht gewollt zu haben, sondern zur Verteidigung der nackten Existenz gezwungen worden zu sein. Diese unverrückbare Tatsache, daß uns der Kampf aufgezwungen wurde, daß die Gegner es auf die Zertrümmerung unseres Vaterlandes abgesehen hatten, erfährt nun allem scheinheiligen Leugnen der Ententediplomatie und ihrer Orange-, Blau-, Gelb- und Grünbücher zum Trotz durch Miljukow eine wertvolle Bekräftigung. In seiner Verteidigung Sasonows stellt Miljukow — das verdient besonders festgehalten zu werden — fest, daß Sasonow das Balkanbündnis gegen Oesterreich-Ungarn schuf und daß er bisher nicht begriffen habe, daß dasselbe, einmal geschaffen, automatisch gegen die Türkei sich wenden werde. So sei er dann wie das übrige Europa von dem Ausbruche des ersten Balkankrieges im Herbste 1912 vollständig überrascht worden. Einen Teilerfolg habe er dann insoferne errungen, daß er Oesterreich-Ungarn überzeugt habe, sich nicht einzumischen. Mit anderen Worten, nach den Absichten der russischen Diplomatie sollte zuerst unsere Monarchie vernichtet werden, dann wäre erst die Türkei darangekommen. Diese Erkenntnis ist ja für uns nicht neu, aber ihre Bestätigung aus so autoritativem gegnerischen Munde ist ein neuer Beweis dafür, daß wir nicht an Verfolgungswahn gelitten haben, sondern die Gefahr größer war als wir es selbst ahnten.

Im Laufe des Weltkrieges scheint Sasonow allerdings eine andere Auffassung von der Lebensfähigkeit unseres Vaterlandes erlangt zu haben. Miljukow erzählt uns nämlich, daß Sasonow wegen seiner Auffassung über das weitere Schicksal Oesterreich-Ungarns getadelt wurde, weil er unsere Aufteilung und Vernichtung nicht mehr als nächstes Ziel ins Auge faßte. Miljukow gesteht dabei, daß er auch in diesem Punkte mit Sasonow nicht übereinstimmte, daß er aber auch bei den Leitern der Außenpolitik in den verbündeten Ländern darüber keine Uebereinstimmung gefunden habe. Sasonow habe als vorsichtiger Diplomat eben nur die Ziele mit den erreichten Resultaten in Einklang gebracht. Er habe vor kurzem in der Duma mitgeteilt, daß vorläufig die kriegerischen Ereignisse die Existenz der Türkei auf die Tagesordnung gestellt haben. Das heißt also wohl, daß die Entente sich über die Aufteilung unseres tapferen türkischen Bundesgenossen bereits geeinigt hat. Das Fell wurde also wiederum einmal verteilt, ehe der Bär erlegt ist. Die Frage der Aufteilung Oesterreich-Ungarns, stellt Miljukow großmütig fest, sei vorläufig noch Gegenstand der publizistischen Propaganda und werde wahrscheinlich etwas später in das Gebiet der diplomatischen Verhandlungen übergehen. Ich glaube, daß diese Wünsche an den tapferen Heeren der Verbündeten im Osten zerschellen werden.

Wie geringschätzig der sonst von Phrasen über das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationen überfließende Führer der Kadetten von Rumänien denkt, beweist seine Bemerkung, das Verdienst Sasonows, den Besitz der Meerengen von den Verbündeten vertragsmäßig verbürgt zu haben, könne nicht durch den Einwurf geschwächt werden, daß gerade durch diesen Vertrag in Bulgarien und Rumänien Mißtrauen gegen Rußland hervorgerufen worden sei. Die Lösung der Meerengenfrage sei so wichtig, daß die dadurch bei den Uferstaaten des Schwarzen Meeres ausgelösten Gefühle vollkommen in den Hintergrund treten. Jedenfalls ist dies ein Fingerzeig dafür, welches Schicksal Rumänien bei einem Siege Rußlands selbst unter einer liberalen russischen Regierung erwarten würde.

Nur die ostasiatische Politik Sasonows findet nicht die Billigung Miljukows, wenn er auch darin den abgetretenen Minister dadurch zu entschuldigen sucht, daß er die Verantwortung hiefür seinen Mitarbeitern aufbürdet. Der russisch-japanische Vertrag der letzten Wochen wird erst dann in Rußland zur Diskussion kommen, wenn der Friede eingetreten ist. Der gewandte Politiker Miljukow, der auch die Annäherung an Japan so befürwortet hat, sucht augenscheinlich für diese Zeit sich schon heute ein politisches Alibi zu schaffen. Aber all diese Fehler verschwinden nach der Meinung Miljukows vor dem Verdienste Sasonows, sich in einer Weise das Vertrauen der Verbündeten erworben zu haben, die, wie wir hinzufügen möchten, manchmal nicht genau erkennen ließ, ob der englische Botschafter Buchanan oder Sasonow Herr und Gebieter der russischen Außenpolitik sei. Und hier fließt auch der leise Kummer ein, daß Stürmer etwa kein so willfähriges Werkzeug der englischen Diplomatie sein könnte und Miljukow und Genossen nicht mehr die Aussicht haben, auf dem Umwege über Downingstreet in den Sattel zu kommen. Man wäre fast versucht, eine in den letzten zwei Jahren oft erzählte Fabel von den zwei Bauern, der Kuh und dem Frosch, dem Kadettenführer in den Mund zu legen, der nun mit Recht ausrufen kann: „Wozu haben wir eigentlich den Frosch gegessen!"

Westungarischer Grenzbote

13./VIII. 1916

163

Budapester Brief.

—, 11. August 1916.

Wer ein wenig Gelegenheit hat, in ausländische Zeitungen Einblick zu nehmen, der findet leicht einen kritischen Standpunkt zu den letzten Vorgängen in der Unabhängigkeitspartei. Die Spaltung dieser „intransigenten" Oppositionspartei war, deutsch gesagt, „ein wahres Fressen" für das feindliche Ausland und auch für die Neutralen. Namentlich für das mißgünstige neutrale Rumänien. In französischen, italienischen und rumänischen Blättern wurden in letzter Zeit wahre politische Orgien gefeiert an phantastischen Auslegungen und Vorhersagungen unseres nahen Unterganges. Michael Karolyi war der Held, der Europa den Frieden bringen würde, denn er strebe eine innere Umwälzung in Ungarn an, eine ungarische Friedensbewegung gegen Oesterreich, einen Separatfrieden mit Rußland gegen den Willen Deutschlands und ähnliche Dinge.

Was aber beweist das Alles? Beweist es, daß unsere Feinde Phantasten sind oder Lügner? Nein, es beweist, meines Erachtens nur, welch ein schlechter Politiker Graf Karolyi ist. In einer Lage, in der wir uns befinden, von Todfeinden ringsum bedroht, von Spionen umlauert und von Hyänen, die Aas wittern, in einer solchen Lage spaltet man keine Oppositionspartei und gibt ihr einen noch schärfer gesinnten Flügel. Namentlich wenn diese Partei ohnehin schon „Unabhängigkeitspartei" heißt, also ein äußerstes politisches Ziel im Titel trägt. Was noch? Unsere Feinde, die sehr wenig vertraut sind mit dem eitlen Maskenspiel der ungarischen Politik, folgerten mit Recht aus solch einem Vorgang den Ausbruch eines ernsten Zwiespaltes in den inneren Angelegenheiten Oesterreich-Ungarns. Sie haben ihr Publikum denn auch ein paar Wochen hindurch mit Hoffnungen auf unseren Zusammenbruch nähren können und es fehlte namentlich in Rumänien gar nicht viel, so wäre es der Hetzpresse gelungen, das Land mitzureißen zu einem Schritt, der es nicht in unser Lager geführt hätte, denn neben dem Karolyischen Schwabenstreich vollzog sich ja die russische Offensive und ihr nicht zu leugnender Erfolg in der Bukowina.

Die Scharte ist jetzt ausgewetzt worden im Reichstag, Karolyi selber hat sich durch eine Erklärung, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ, den feindlichen Auslegern seiner Parteigründung entgegengestellt und sie lächerlich zu machen gesucht. Graf Apponyi von der Mutter-

Vossische Zeitung
14./VIII. 1916

Montags-Ausgabe
14. August 1916

Zeitung

nd gelehrten Sachen.

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11800, 11801 bis 11850, 15280, 15281 bis 15291. Zentrum 8690.

giebigkeit durchgesetzt. Herr v. Batocki und Graf Rödern sind in gleicher Weise und ganz besonders an der Schonung des deutschen Sondergefühls interessiert, von dessen Opferwilligkeit für sie alles abhängt.

---

me gescheitert.

Türkische Fortschritte in Persien.

Polen und Partikularismus.

Von

Georg Bernhard.

Der Reichskanzler und der Staatssekretär im Auswärtigen Amt sind von ihrer Reise aus Wien zurückgekehrt. Wenn man es nicht vorher gewußt hätte, um wie wichtige Angelegenheiten es sich bei den Wiener Beratungen handelte, hätte man es aus der Tatsache entnehmen können, daß Graf Tisza eigens von Budapest nach Wien kam und eine lange Sonderbesprechung mit Herrn v. Bethmann-Hollweg abhielt. Den Mittelpunkt der Wiener Verhandlungen bildete sicherlich die zukünftige Gestaltung Polens. Diese Frage ist wohl die wichtigste, die augenblicklich überhaupt zu entscheiden ist. Nicht bloß wegen der großen Bedeutung, die das endgültige Schicksal Polens für die Polenpolitik Deutschlands und Oesterreich-Ungarns und mithin für die Zukunft der inneren Politik der beiden Kaiserreiche haben müßte. Auch nicht allein deshalb, weil das dauernde Zukunftsverhältnis zwischen Deutschland und seinem größten Verbündeten dadurch wesentlich mitbestimmt werden muß Viel wichtiger noch als all das erscheint uns, daß von der mehr oder weniger glücklichen Lösung der Polenfragen — vielleicht auch von ihrer Nichtlösung — Frist und Art des Ausganges dieses Krieges bestimmt wird. Wir möchten uns heute des Näheren darüber nicht auslassen. Nicht wegen äußerlicher Schwierigkeiten, die wir deshalb etwa zu befürchten hätten, sondern weil unser eigenes Verantwortlichkeitsgefühl uns Schranken in der Erörterung dieses heikelsten Punktes der ganzen Kriegszielfragen auferlegt. Umsomehr bedauern wir es, daß diese Zurückhaltung nicht auch von anderen Seiten geübt worden ist. Dieses Bedauern richtet sich nicht so sehr gegen diejenigen Zeitungen, die Artikel in dieser Frage veröffentlichten, als gegen deren intellektuelle Urheber. Denn es war klar, daß in dem Augenblick, in dem an einzelnen Stellen solche Artikel erschienen, das Bedürfnis zu antworten sich an anderen Stellen regte, und es ist nun die selbstverständliche Folge der ganzen Angelegenheit wieder, daß ein Gefühl der Verbitterung über die Bevorzugung bestimmter Meinungen in der Presse und damit natürlich auch in breiten Schichten des Volkes entsteht.

Das Verhalten der zuständigen Stellen in dieser wichtigen Lebensfrage erscheint uns wenig verständlich. Niemand außerhalb des Kreises der Mitwirkenden und ihrer Stäbe weiß, wohin die Reise gehen soll. Selbst über die Einzelheiten der polnischen Zukunft sind nur Gerüchte vorhanden, und auch diese Gerüchte schon gehen in Vielem, und zwar gerade im Wichtigsten, auseinander. Aber, welchem großen Ziel nach den Absichten unserer Regierung die Etappe Polen die Wege ebnen soll, weiß überhaupt niemand. Daß sich die Leiter der Reichspolitik über dieses Ziel nicht klar sein sollten, kann man nicht gut annehmen. Weshalb also hüllen sie sich darüber vollkommen in Schweigen? Auch hier liegt wieder einer der von uns schon oft behandelten Fälle vor, in denen niemand eine öffentliche Diskussion anstreben sollte. Aber gerade hier hätte die Notwendigkeit bestanden, die Vertreter der Oeffentlichkeit aufzuklären. Bei einer früheren Gelegenheit ist uns vorgehalten worden, wir verlangten auf diese Weise die Schaffung eines kleinen Kreises von Wissenden, und liebe Freunde haben durchblicken lassen, daß wir womöglich gar für uns eine Spezialwissenschaft in Anspruch nehmen wollten. Davon kann gar keine Rede sein. Wir selbst wissen soviel, daß der Speicher unseres Schweigens bereits jetzt bis oben heran voll gelagert ist. Aber wir stehen allerdings auf dem Standpunkt, daß grundsätzlich diejenigen Männer, die die Oeffentlichkeit aufzuklären haben, und deren Aufgabe in diesen schweren Zeiten von hohen Stellen oft noch ganz besonders anerkannt worden ist, in die Lage versetzt werden müssen, zu wissen, um verständnisvoll — schweigen zu können. Auf die Art, wie man schweigt, kommt es in diesen Tagen, in denen die Gegner unsere Presse mit Argusaugen durchlesen, und in dieser Frage, an der unsere Gegner sehr stark interessiert sind, ganz besonders an.

Wir hoffen, daß nunmehr, nach der Rückkehr des Reichskanzlers und des Staatssekretärs, der Bann des Schweigens sobald wie möglich gebrochen wird. Und wir wollen heute nur die eine erfreuliche Tatsache konstatieren, daß nach den Be-

Österr. Volkszeitung 15./VIII. 1916

Die Gegensätze in der Kriegszielbewegung.

(Von unserem Berichterstatter.)

Berlin, Anfang August 1916.

In erster Linie sollte vollste Einigkeit darüber herrschen, daß ausschließlich sachliche, in keinem Falle persönliche Momente in die Erörterung der Ziele hineingetragen werden, vor die sich die Mittelmächte im Verein mit Bulgarien und der Türkei mit einem siegreichen Kriegsende gestellt sehen. Als selbstverständlich darf angenommen werden, daß die leitenden Kreise des deutschen Reiches mit den verantwortlichen Stellen unserer treuen Verbündeten in dieser so ungeheuer wichtigen Frage diejenige Einigung schaffen werden, die ein Unterpfand für die künftige Friedensarbeit des neuen Geschlechts sein muß. Deutschland hat das denkbar größte Interesse an einem erstarkten und kraftbewußten Oesterreich-Ungarn, wie die Donaumonarchie das gleiche Interesse an einem nach außen gegen Feindesgelüst gesicherten und innen blühenden Deutschland hat. Und genau so verhält es sich in den Beziehungen zwischen den Mittelmächten und der Türkei und Bulgarien beim Friedensschluß. Denn wir haben nicht bloß im Kriege, sondern auch im Frieden an einem Strange mit all unseren Verbündeten zu ziehen, und wir dürfen gar nicht erst einmal das Gefühl haben, daß die Feinde mit Lockungen, an denen es ja kaum fehlen wird, bei unseren Verbündeten Glück haben könnten. Die Grenze der letzteren müssen eine zweifellose Sicherung nach der Richtung erhalten, daß die gemeinsamen Interessen unseres Vierbundes auch über den Krieg hinaus die starken Wurzeln wie bisher haben, womöglich noch stärker und inniger miteinander verschlungen werden. Wollte Deutschland allein seine Grenzen erweitern und Oesterreich-Ungarn ginge leer aus, oder würde die Türkei sich mit Kriegsende aus ihren Fesseln gegenüber dem Verbande nicht befreien und nicht die vollkommene staatliche Selbständigkeit erhalten können, so wäre das vornehmlichste Kriegsziel: die Sicherung gegen eine Wiederkehr des Krieges auf keinen Fall erreicht. Wir haben in Deutschland das allerdringendste Interesse, daß einmal auf dem Balkan reiner Tisch gemacht wird, daß dort der alte Brandherd ins Meer geschleudert wird, daß Bulgarien die gegen alle Wechselfälle absolut gesicherte Brücke zwischen den Mittelmächten und dem Osmanenreich bildet, und daß zweitens Oesterreich-Ungarn neue Grenzen erhält. Der unselige Nationalitätenstreit im Reich der habsburgischen Krone wäre nie so stark ausgeartet, wenn panslawistische und irredentistische Hetzer von außen nicht immerwährend neuen Zündstoff hätten hineintragen können. Diesem Zustande muß ein Ende gemacht werden. Die Herrschaften, die gern einen Brand ins Haus des Nachbarn tragen möchten, müssen ein für allemal wissen, daß kräftige Torwächter vor dem neugefestigten Haus stehen, die jeden Versuch zu neuen Brandstiftungen im Keime ersticken und den gefährlichen Friedensstörern das Handwerk gründlichst legen können.

Es kann der Einwand erhoben werden, daß die Sendlinge des Panslawismus und der Irredenta eine ebensolche, vielleicht gar noch stärkere Tätigkeit entwickeln werden, wenn Teile von Rußland und Italien zu der Doppelmonarchie geschlagen werden, und daß unter diesem neuen Zuwachs das Deutschtum immer mehr Gegner im Reiche selbst und damit immer weniger Bewegungsfreiheit erhalten wird. Selbst wenn dem so wäre, so könnte das immer nur das kleinere Uebel sein. In Wien und Budapest hatte man bis zum Ausbruch des Krieges gegenüber Petersburg und Rom, wo der Panslawismus und tausendfältige Rücksichten auf die herrschenden Strömungen zu nehmen. Die geheime Wühlarbeit zur Unterminierung des österreichischen Staatsgebäudes war in Petersburg und Rom mit Privilegien ausgestattet. An der Donau mußte man gute Miene zum bösen Spiel machen. Und als einmal gegenüber einer Stelle, Serbien, der Geduldsfaden riß, als es galt, der panslawistischen Sturmflut einen Damm entgegenzusetzen und mit der Staatshoheit auch die staatliche Existenzmöglichkeit zu wahren, da war von der Newa aus das Zeichen zum Entfachen des Weltbrandes gegeben. Und da Italien genau die gleichen Ziele wie Rußland gegenüber Oesterreich verfolgte, so triumphierten auch die Herren Irredentisten. Hier gilt es, mit Ende des Krieges neue Bahnen zu schaffen. Ein wesentlich geschwächtes Rußland und Italien werden nicht so leicht in die Lage kommen, durch geheime Gesellschaften den Bestand der Donaumonarchie unterirdisch anzubohren. Ein machtvolles Oesterreich aber wird kräftigst auftrumpfen können, sowie sich an der Newa und am Tiber wenig Verständnis für die Pflichten des anständigen Nachbarn zeigen sollte. Die gekennzeichneten Bestrebungen der Feinde Oesterreichs würden — und dasselbe gilt auch gegenüber Frankreich in Sachen Elsaß-Lothringen! — einen ganz ver-

Genau wie unser Verbündeter brauchen auch wir im Deutschen Reiche, um Ruhe in unserem Haus zu haben, nach Osten und Westen denjenigen Gebietszuwachs, der uns das politische, wirtschaftliche und moralische Uebergewicht in solchem Maße gibt, daß Revanche — und Erlöseridеen weder an der Grenze, noch bei uns im Innern Eingang finden und daß daher ein gehöriger Druck ausgeübt wird, um die Regierungen an der Seine und Newa an die gewissen Anstands- und Vertragspflichten zu erinnern. Die Geschichte des Elsaß-Lothringen aus den letzten vierzig Jahren lehrt uns zur Genüge, auf welcher Seite die Hauptschuld an den vielen betrüblichen Erscheinungen zu suchen war. Ohne Frankreichs Wühlarbeit wäre die Festigung der Verhältnisse im Reichsland schon wenige Jahre nach dem Frankfurter Friedensschluß eingetreten. Man baue nur ja nicht etwa zu sehr auf den Niedergang des Volkstums in Frankreich, der eine Milderung in den Gegensätzen mit unserem Erbfeind herbeiführen könnte. Italien wird nach dem Kriege noch mehr als bisher in die aussterbenden Gebiete Frankreichs den Ueberschuß seiner Bevölkerung zu Hunderttausenden und Millionen schicken, die sich bekanntlich schon nach wenigen Monaten dem Franzosen seelenverwandt fühlen und uns alles, nur keine Freunde sind. Gegen Deutschland aber wird immer stärker der Bevölkerungsüberschuß drücken, der von Rußland nicht ernährt werden kann, gegen dasselbe Deutschland, dessen Volkstum durch eine bedenkliche Minderung der Geburtenzahl gewissen Gefahren ausgesetzt ist, die unabsehbar und absolut werden müßten, wenn es bei Kriegsende nicht gelingen würde, Rußland, dieses Riesenreservoir, politisch zu schwächen, so daß das Eindringen und Vordringen der Slawen auch in ferner Zukunft sich nur noch auf friedlichem Wege vollziehen kann. Ein politisch und militärisch geschwächtes Rußland hat nur die Wahl, sich wirtschaftlich an die Mittelmächte anzulehnen oder einen wenig ruhmvollen Anschluß an Ganz-Asien zu suchen und dort auch seinen Untergang zu finden.

J. S.

Neues Wiener Tagblatt 15./VIII. 1916

Rumänien.

Seit Kriegsbeginn ist die rumänische Frage noch nicht von der Tagesordnung gewichen, nur daß mitunter die Haltung der Bukarester Regierung ein wenig mehr oder weniger von wirklicher Neutralität abwich. Man hatte sich in Rumänien überhaupt eine ganz eigene Art von Neutralität zurechtgelegt, die sich zu Zeiten für die Zentralmächte in durchaus nicht wohlwollender Weise geltend machte. Die Durchfuhr von Waffen, Munition und sonstigen Kriegsbehelfen nach Serbien vollzog sich ohne Hindernisse, und serbische Wehrpflichtige, die jetzt gemeinsam mit den Russen gegen uns kämpfen, fanden zweifellos den kurzen und bequemen Weg durch Rumänien. In Bukarest selbst wurde die wildeste Kriegshetze von den Ententegesandten und der ihnen ergebenen Presse betrieben, und mancher Vorfall zeigte von einer merkwürdigen Auffassung der Pflichten eines neutralen Staates. Im übrigen machten leitende rumänische Staatsmänner kein Hehl daraus, daß das Land erst gegen das Kriegsende eingreifen und sich dann auf die Seite des siegreichen Teiles stellen werde, um für Rumänien territoriale Vorteile zu gewinnen. Wie man sieht, ist das Rezept sehr einfach. Andre mögen ihre Haut zu Markte tragen, Gut und Blut opfern, damit schließlich Rumänien wie ein Sieger mit Erfolg und Gewinn dabei sei. Unterdessen wurde das Drängen der Entente immer leidenschaftlicher, eine wirkliche Entscheidung ist aber auch heute noch nicht in Bukarest gefallen, und wir können getrost warten, wie diese ausfallen wird, da die Zentralmächte angesichts der Haltung Rumäniens und insbesondere angesichts der Entwicklung der dortigen Verhältnisse auf alles vorbereitet sein mußten und waren, was zweifellos in gewissen Kriegsphasen eine Behinderung der vollen Kraftentfaltung bildete.

Rumänien hat in den letzten zwei Jahren eigentlich ununterbrochen für einen Krieg gerüstet. Lange Zeit verfügte es sicherlich nicht über die für einen modernen Krieg notwendige Munition. Das scheint sich jetzt dank der von Rußland durchgelassenen Munitionsmengen wesentlich geändert zu haben, und anderseits würde die Entente, falls Rumänien als Söldner in ihre Dienste träte, für das Kriegsmaterial sorgen. Die Herren in Bukarest sagen aber noch immer nicht laut und vernehmlich ja und Amen zu den Diktaten der Ententegesandten, sie schwanken noch, sei es, weil sie erst die Ernte gern eingebracht haben möchten, sei es, daß sie dem Siegesgeschrei unsrer Gegner denn doch nicht blindlings trauen. Immerhin kann eine Klärung nicht allzulange auf sich warten lassen, es muß sich zeigen, ob Rumänien neutral bleiben will oder in den Weltkrieg eingreift. Es ist natürlich in erster Reihe Sache der rumänischen Staatsmänner, sich darüber klar zu werden, von welchen Folgen für die Zukunft des Königreiches ein Anschluß an die Entente begleitet sein könnte. Wie England und seine Verbündeten mit den kleinen Staaten umgehen, sollte endlich als Wahrzeichen dienen, wenn man überhaupt noch Gefühl für Unabhängigkeit und eigene staatliche Entwicklung besitzt. Das ist aber, wie gesagt, Rumäniens eigenste Sache, auf dessen Entschließung die Zentralmächte sicherlich während der ganzen langen Dauer des Krieges keinerlei Druck ausgeübt haben, wiewohl wiederholt begründeter Anlaß dazu gegeben war, daß sich unter den anläßlich der Anwesenheit des Reichskanzlers in Wien behandelten Fragen auch die rumänische befand. Sie steht, wie wir eingangs sagten, seit Beginn des Krieges auf der Tagesordnung, sie mußte stets unsre besondere Aufmerksamkeit rege erhalten. Die Zentralmächte und ihre Verbündeten halten zusammen gegen jeden Feind, das wissen auch die Herren in Bukarest, die sicherlich bei ihren Entschließungen auch die geographische Lage des Landes nicht außer acht lassen können. Und es gibt auch vieles andre, worüber man in Bukarest nachdenklich werden müßte. Das ist aber die Sache Rumäniens. Wir können warten. Es gibt aber noch immer in Rumänien mutige, einsichtsvolle und erfahrene Politiker, die das Land auf einen andern Weg als den mit der Entente weisen.

Berner Bund
18. VIII. 1916

Die rumänische Sphinx

In den letzten Tagen ist die Erwartung, wohin die rumänischen Geschicke sich wenden werden, wieder in fieberhafte Hitz-Zustände geraten. Und die widersprechendsten Nachrichten werden von beiden Seiten mit Leidenschaft für wahr erklärt. Zu diesem Wirrsal von Kriegs- und Friedensmeldungen hat nicht wenig beigetragen, daß der König in den letzten Tagen sowohl die zur Neutralität ratenden konservativen Politiker Majorescu und Carp, als auch den für den Anschluß an die Entente eintretenden Filipescu empfangen hat. Selbstverständlich knüpfen die Blätter verschiedener Richtung an diese Audienzen Kommentare, die einander genau entgegengesetzt sind. Nach dem einen sei der Vertrag mit Rußland schon geschlossen, Bratianu habe sich zum Eingreifen an der Seite Rußlands verpflichtet — man wisse nur noch nicht, in welchem Zeitpunkte es zu erfolgen habe. Dem gegenüber gibt ein russisches Blatt, „Rußkoje Wjedomosti", eine Uebersicht über die Situation, die die russische Hoffnung auf den Anschluß Rumäniens als sehr gering erscheinen läßt. Es heißt dort:

„Die politische Lage hat in den letzten Tagen an Klarheit gewonnen. Man muß sich mit der Tatsache abfinden, daß die Zentralmächte wieder die Oberhand in Bukarest gewonnen haben. Die Munitionstransporte aus Rußland sind eingestellt, die alte Munition wird in Kiew zurückgehalten. Bei der letzten Unterhaltung Bratianus mit dem russischen Gesandten hat Bratianu erklärt, Rumänien sei nicht in der Lage, gegen die Zentralmächte zu marschieren und auch russische Truppentransporte durch rumänisches Gebiet zu gestatten, solange Rußland nicht erweiterte Territorialbesetzungen in Ungarn vorgenommen hat. Die Besetzungen wären ausreichend, wenn die Russen mindestens die Hälfte Siebenbürgens besetzten. Rumänien könne jetzt den Durchmarsch russischer Truppen nicht gestatten, weil die Zentralmächte dies als ausreichenden Kriegsgrund ansehen würden und Rumänien infolge seiner ungünstigen strategischen Situation in eine sehr kritische Lage kommen würde."

Diese Aeußerungen des russischen Blattes bestätigen übrigens die von uns schon letzte Woche veröffentlichte eigene Meldung, nach der die Vertreter der Zentralmächte der rumänischen Regierung mitgeteilt haben, sie würden einen solchen Durchmarsch als Kriegsgrund ansehen.

In den Zentralmächten scheint man nach der Haltung der Presse für die nächste Zeit eine Entscheidung zu erwarten, und zwar eine Entscheidung im Sinne der russenfreundlichen Politiker Rumäniens. Der 20. August rückt immer näher, und für di sen Tag wurde bekanntlich schon vor Wochen das Losschlagen der rumänischen Armee vorausgesagt. Nicht ohne Absicht gibt heute die Agentur Wolff eine Meldung des rumänischen Blattes „Steagul" wieder, nach dem am Mittwoch eine Art Kriegsrat in Bukarest stattgefunden habe, an dem auch der russische Militärattaché teilgenommen habe. Wenn sie zutrifft, so wäre die Entscheidung eigentlich schon gefallen.

Es ist nicht zu verwundern, daß bei dieser Lage, die der jener Maitage 1915, da Italien vor der Entscheidung stand, verzweifelt ähnlich sieht, auch Gerüchte umherschwirren, die wissen wollen, die Zentralmächte hätten versucht, durch Landabtretungen Rumänien zu gewinnen. Wie ein Telegramm im heutigen Blatte mitteilt, werden diese Gerüchte von deutscher Seite sehr entschieden dementiert. Man kann sich auch nicht recht vorstellen, was abgetreten werden sollte. Es könnte sich natürlich nur um Gebiete handeln, die zu Ungarn gehören. Nun liegen aber aus jüngster Zeit Kundgebungen von jener Seite vor, die es als gänzlich ausgeschlossen erscheinen lassen, daß die ungarische Regierung je in eine Abtretung von Teilen Siebenbürgens an Rumänien einwilligen würde. Man mag sich erinnern, daß in einer der letzten Sitzungen des ungarischen Abgeordnetenhauses von allen Seiten mit leidenschaftlicher Eindringlichkeit erklärt wurde, solange ein Ungar atme, werde das Land für die Integrität und für die Verteidigung Siebenbürgens kämpfen. In diesem Gedanken fanden sich die Redner der Opposition mit dem Grafen Tisza. So ist ein Nachgeben von dieser Seite so gut wie ausgeschlossen.

In Rumänien selbst herrscht offenbar eine Erregung, die schwer mehr einzudämmen ist. Von beiden Seiten wird mit Macht ins Horn gestoßen. In Silistria hat eine russenfreundliche Menge dem französischen Botschafter, der sich auf einer Reise durch die Dobrudscha befand, eine begeisterte Kundgebung gebracht. In Bukarest aber hat die sozialdemokratische Partei Rumäniens am Sonntag eine große Protestversammlung gegen einen Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg abgehalten. In dieser wurde nicht nur aus Grundsatz gegen den Krieg gesprochen, man äußerte sich auch mit großer Deutlichkeit über die Aussichtslosigkeit eines solchen Unternehmens, das als „größte Sinnlosigkeit" bezeichnet wurde. Weder die russische noch die englisch-französische Offensive sei so erfolgreich, daß aus einem Anschluß an die Entente in diesem Augenblick Nutzen für Rumänien erwachsen könnte. Die Redner wendeten sich übrigens ebenso scharf gegen Bratianu wie gegen Take Jonescu und Filippescu. Von Bratianu wurde gesagt, er habe der einen Partei Getreide verkauft und zugleich mit der anderen heimlich ein Bündnis geschlossen — er wolle den Krieg unter allen Umständen, und darum müsse man gerade ihn am heftigsten bekämpfen.

Auf die Gefahren eines Krieges gegen die Zentralmächte weisen übrigens auch nüchtern denkende Rumänen aus anderen Lagern hin. Insbesondere hört man immer wieder Stimmen, die auf die schwere Gefährdung aufmerksam machen, der Rumänien ausgesetzt wäre, wenn die an der Donau stehenden deutschen Truppen den Fluß überschreiten und zugleich die Bulgaren von Süden einbrechen würden. Die Hauptstadt sei in einem solchen Falle von den Bulgaren in fünf Tagen zu erreichen, also viel früher als es einer russischen Armee möglich wäre, zu Hilfe zu kommen.

Wir beschränken uns auf diese Zusammenstellung von Symptomen, die alle bestätigen, daß eine Entscheidung nicht mehr ferne ist.

(Drahtberichte)

München, 17. d. Der Berliner Berichterstatter der „M. N. N." bezeichnet die Nachtricht, Deutschland habe in Bukarest die Abtretung österreichischer Gebiete angetragen, um damit Rumäniens Neutralität zu erkaufen, als törichte Erfindung.

Ein Kriegsrat?

Bukarest, 18. d. (Wolff.) Dem „Steagul" zufolge fanden am Mittwoch im Kriegsministerium Beratungen statt, an denen der Ministerpräsident, der Generalsekretär des Kriegsministeriums, der Kommandant des dritten Armeekorps und der russische Militärattaché, Oberst Tatarinow, teilnahmen.